

Diplomatische Dokumente der Schweiz
Documents diplomatiques suisses
Documenti diplomatici svizzeri

1990



Dodis

VERÖFFENTLICHT
DURCH DIE SCHWEIZERISCHE AKADEMIE
DER GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN,
UNTER DEM PATRONAT DER SCHWEIZERISCHEN GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE,
MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIVS
UND DES EIDGENÖSSISCHEN DEPARTEMENTS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

PUBLIÉS
PAR L'ACADÉMIE SUISSE DES SCIENCES HUMAINES ET SOCIALES,
SOUS LE PATRONAGE DE LA SOCIÉTÉ SUISSE D'HISTOIRE,
AVEC LE SOUTIEN DES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES
ET DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

PUBBLICATI
ATTRaverso L'ACCADEMIA SVIZZERA DI SCIENZE UMANE E SOCIALI,
SOTTO IL PATROCINIO DELLA SOCIETÀ SVIZZERA DI STORIA,
CON IL SOSTEGNO DELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO
E DEL DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

BAND – VOLUME

1990

FORSCHUNGSGRUPPE
GROUPE DE RECHERCHE
GRUPPO DI RICERCA

Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca
Sacha Zala

Redaktionsleiter – Coordinateur de l'édition – Coordinatore dell'edizione
Thomas Bürgisser

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Collaboratrices et collaborateurs –
Collaboratrici e collaboratori

Annina Clavadetscher, Sabine Dändliker, Lena Heizmann, Jonas Hirschi,
Mattia Mahon, Dominik Matter, Maurizio Rossi, Yves Steiner

Dodis

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT
COMITÉ SCIENTIFIQUE
COMITATO SCIENTIFICO

- Präsidentin Prof. Dr. Madeleine Herren, Universität Basel
- Direttore Prof. Dr. Sacha Zala, Direttore del centro di ricerca Documenti diplomatici svizzeri (Dodis) und Professor an der Universität Bern
- Sekretär Dr. Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
- Prof. Dr. Sébastien Guex, Université de Lausanne
Prof. Dr. Claude Hauser, Université de Fribourg
Prof. Dr. Matthieu Leimgruber, Universität Zürich
Prof. Dr. Julia Richers, Universität Bern
Prof. Dr. Davide Rodogno, Institut de hautes études internationales et du développement
Prof. Dr. Kristina Schulz, Université de Neuchâtel
Prof. Dr. Matthias Schulz, Université de Genève
Prof. em. Dr. Brigitte Studer, Universität Bern

ISBN 978-3-907261-00-2 (Hardcover)

ISBN 978-3-907261-01-9 (Softcover)

ISBN 978-3-907261-02-6 (.pdf)

ISBN 978-3-907261-03-3 (.epub)

ISBN 978-3-907261-04-0 (.mobi)

DOI 10.5907/DDS-1990

Grafisches Konzept und Layout: Erik Dettwiler

Bildredaktion: Aaron Estermann (Schweizerisches Nationalmuseum)

Titelbild: Der Schweizer Bundespräsident Arnold Koller unterzeichnet am Gipfeltreffen der Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 21. November 1990 die «Charta von Paris für ein neues Europa» (Keystone-SDA)

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz ([CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)) und ist Open Access online im Volltext verfügbar: dodis.ch/DDS-1990

© 2021 Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)
Archivstrasse 24, 3003 Bern | www.dodis.ch



Institut der Schweizerischen Akademie
der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch

 OPEN
science

Inhaltsverzeichnis
Table des matières
Sommario

I.	Vorwort	VII
	Avant-propos	IX
	Prefazione	XI
II.	Editorische Notiz	XIII
	Note éditoriale	XVIII
	Introduzione editoriale	XXIII
III.	Einleitung	XXIX
IV.	Dokumentenverzeichnis /Table des documents	
	Indice e sommario dei documenti	XLIII
V.	Dokumente / Documents / Documenti	1
VI.	Appendix / Appendice	275
	Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni	275
	Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica	276
	Verzeichnis der benutzten Dossiers / Liste des dossiers utilisés	
	Elenco dei dossier utilizzati	276
	Register / Index / Indici	277
	Personen / Personnes / Persone	277
	Körperschaften / Organisations / Organizzazioni	277
	Geografische Bezeichnungen / Noms géographiques	
	Denominazioni geografiche	277
	Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers	
	Liste des dossiers non accessibles	
	Elenco dei dossier non accessibili	278

I. Vorwort

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) beabsichtigt mit ihren zahlreichen Publikationen, einen Überblick über die Gesamtheit der internationalen Beziehungen der Schweiz zu vermitteln. Sie stellt Forschung und Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung, welche die Geschichte der Aussenbeziehungen und die dichte transnationale Verflechtung der Schweiz illustrieren und deren Verständnis erleichtern. Eine breite Auffassung von grenzübergreifenden Prozessen erlaubt die Reflexion neuer, in der öffentlichen Debatte noch wenig beachteter Themen, die vielfältige Einsichten in die Vernetzung der Schweiz im System der internationalen Beziehungen ermöglichen und einen schweizerischen Beitrag zur Globalgeschichte darstellen.

Als Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW) steht Dodis unter dem Patronat der *Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte* (SGG) und genießt die Unterstützung des *Schweizerischen Bundesarchivs* (BAR) sowie des *Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten* (EDA). Die wissenschaftliche Qualität des Projekts sichert ein Beirat, in dem Professorinnen und Professoren aus den historischen Instituten der Schweizer Universitäten vertreten sind.

Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) besteht aus einer ersten, abgeschlossenen Serie über die Periode 1848–1945 (15 Bände) sowie einer zweiten Serie über die Periode 1945–1989 (bislang 12 Bände). Mit dem vorliegenden Band wird die dritte Serie über die Jahre 1990–1999 lanciert. Diese soll zeitnah an der Öffnung der Archivbestände – entlang der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für das Archivgut des Bundes – mit jährlichen Bänden erscheinen. Mit dem unmittelbaren Zugang zu den Dokumenten nach Ablauf der Schutzfrist erreichen die von Dodis publizierten Dokumente einen bislang nicht realisierten Aktualitätsbezug, der neue Forschungen zur Zeitgeschichte inspirieren und fördern soll. Nebst der stetig wachsenden Menge an Dokumenten der Bundesverwaltung haben die verstärkte internationale Vernetzung und die wachsende Bedeutung transnationaler Fragestellungen die relevanten Bestände für aussenpolitische Analysen substanziell erweitert. Mit dieser massiven Zunahme steigt auch die Bedeutung der Auswahl der für den jeweiligen Zeitraum relevanten Aktenstücke: In den einleitenden Texten sowie im Anhang liefert der Forschungsleiter alle nötigen Informationen, um die Transparenz der getroffenen Selektion zu garantieren.

Durch die bereits eingesetzte Massendigitalisierung von Archivgut und die baldige Zunahme digitaler Quellenbestände wird die Anzahl digital verfügbarer Quellen nochmals massiv ansteigen. Umso wichtiger ist es, deren wissenschaftliche Relevanz durch präzise erfasste quellenkritische Merkmale und die Verwendung von Metadaten sicherzustellen. Die DDS-Bände werden seit 1997 durch die Online-Datenbank Dodis ergänzt (www.dodis.ch), die international als Pionierleistung gilt und sich durch hohe Nutzungsfrequenzen auszeichnet. Durch die in den letzten Jahren erfolgten kontinuierlichen Verbesserungen an der Datenbank Dodis hat die Forschungsstelle eine führende Rolle im Netzwerk der internationalen Editoren diplomatischer Dokumente

erreicht. Die frei zugängliche Datenbank enthält momentan rund 30 000 Dokumente über die gesamte Periode des Bundesstaats ab 1848. Im vorliegenden Band 1990 wurden 62 Dokumente ediert, welche durch die zahlreichen Querverweise und Verknüpfungen im Anmerkungsapparat und in den Registern auch als Orientierungshilfe zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen in der Datenbank Dodis dienen. Alleine aus dem Jahr 1990 hat die Forschungsstelle rund 1500 weitere Dokumente im Faksimile mit präzisen Metadaten publiziert.

Wie sehr das vielfältige Angebot neue Forschungszugänge befördert und zu neuen Erkenntnissen führt, zeigt unter anderem die Reihe *Quaderni di Dodis*, die Monografien, Sammelbände und thematische Quellensammlungen zur Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz enthält. Kürzere Forschungsbeiträge zu denselben Themen können in der Zeitschrift *Saggi di Dodis* veröffentlicht werden. Alle Dodis-Publikationen sind dem Open-Access-Prinzip verpflichtet und können in verschiedenen Formaten frei heruntergeladen werden.

Von der Publikation der Quellenbände, der steten Verbesserung der Datenbank Dodis, der Herausgabe aller anderen Veröffentlichungen sowie den weiteren fruchtbaren wissenschaftlichen Aktivitäten der Forschungsstelle erhoffen wir uns zweierlei: Das Forschungs- und Editionsprojekt soll einerseits dazu beitragen, interessierten Bürgerinnen, Journalisten, Forscherinnen und Analytikern ein besseres Verständnis für die Herausforderungen zu vermitteln, mit denen sich die Schweiz in ihren internationalen Beziehungen stets konfrontiert sah. Andererseits soll es auch allen Mitgliedern von Regierung, Parlament, Bundesverwaltung und Diplomatie ausserpolitische Orientierungshilfe geben und Wissen vermitteln, das bislang nur unter grossem Aufwand zu erlangen war. Es gilt also, das Projekt weiterhin auf Kurs zu halten und über die Dokumentation grenzübergreifender Verflechtungsprozesse die globale Vernetzung der Schweiz analytisch greifbar und einer kritischen Lektüre zugänglich zu machen.

Bern, November 2020

MADELEINE HERREN
Präsidentin des wissenschaftlichen Beirates

SACHA ZALA
Direktor der Forschungsstelle Dodis

I. Avant-propos

Le centre de recherche *Documents diplomatiques suisses* (Dodis) s'applique, à travers ses nombreuses publications, à dresser un panorama de l'ensemble des relations internationales de la Suisse. Pour ce faire, il met à disposition de la recherche et du grand public une sélection de sources officielles. Celles-ci illustrent l'histoire des relations extérieures de la Suisse et de sa dense intégration transnationale tout en facilitant la compréhension. Une vue d'ensemble des processus transfrontaliers permet de réfléchir à des sujets inédits, n'ayant encore guère reçu d'attention dans le débat public. Ces sujets offrent un large éventail d'aperçus sur la mise en réseau de la Suisse dans le système des relations internationales. Ils représentent enfin la contribution suisse à l'histoire mondiale.

En tant qu'institut de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH), Dodis est placé sous le patronage de la *Société suisse d'histoire* (SSH) et bénéficie du soutien des *Archives fédérales suisses* (AFS) ainsi que du *Département fédéral des affaires étrangères* (DFAE). La qualité scientifique du projet est assurée par un comité composée de professeures et professeurs des instituts d'histoire des universités suisses.

L'édition des *Documents diplomatiques suisses* (DDS) se compose d'une première série, intégralement publiée, couvrant la période 1848–1945 (15 volumes) et d'une deuxième série couvrant la période 1945–1989 (12 volumes à ce jour). Le présent volume marque le lancement de la troisième série couvrant la période 1990–1999. Cette collection se déclinera en volumes contenant des documents d'une seule année, publiés au plus proche de l'ouverture des archives correspondantes, à l'expiration du délai de protection légal de 30 ans frappant les fonds de la Confédération. Rendus accessibles immédiatement après l'expiration de leur période de protection, ces documents publiés par Dodis sont d'une actualité jusqu'à présent jamais atteinte. Celle-ci devrait ainsi insuffler de nouvelles recherches en histoire contemporaine. Outre le nombre toujours croissant de documents provenant de l'administration fédérale, le renforcement de l'intégration internationale et l'importance accrue des questions transnationales ont considérablement élargi les fonds d'archives pertinents pour l'analyse de la politique étrangère. Cette augmentation substantielle des sources renforce également l'importance de la sélection des documents pertinents de la période: dans les textes introductifs ainsi qu'en annexe, le directeur de la recherche fournit toutes les informations nécessaires pour garantir la transparence de ses choix.

Le nombre de sources disponibles en format numérique va croissant. En effet, la numérisation des archives progresse à un rythme soutenu, alors que les sources originellement numériques vont, de façon imminente, se multiplier. Il est donc d'autant plus capital d'assurer la pertinence scientifique des sources en soumettant leurs caractéristiques à une critique précise et en recourant aux métadonnées. Depuis 1997, les volumes des DDS ont été prolongés par la base de données en ligne Dodis (www.dodis.ch). Considérée comme une réalisation pionnière au niveau international, elle jouit de fréquences d'utilisation élevées. Grâce aux améliorations continues apportées à sa base de données ces dernières années, le centre de recherche Dodis a

acquis un rôle de premier plan dans le réseau des éditeurs internationaux de documents diplomatiques. La base de données en libre accès contient actuellement environ 30 000 documents couvrant l'histoire des relations internationales de l'État fédéral depuis 1848. 62 documents ont été choisis pour l'édition du présent volume de l'année 1990. Les nombreux renvois et liens dans l'appareil d'annotation et dans les index guident en outre vers d'autres documents, thématiques, personnes, organisations et noms géographiques de la base de données Dodis. Rien que pour l'année 1990, le centre de recherche a publié quelque 1500 documents supplémentaires sous forme de facsimilé, indexés avec des métadonnées précises.

Les multiples accès offerts par Dodis à la recherche sur l'histoire des relations internationales et à la politique étrangère de la Suisse ouvrent de nouvelles perspectives et approches. À cet égard, la série *Quaderni di Dodis* présente des monographies, des volumes collectifs et des recueils thématiques de sources sur ces sujets. Des contributions plus courtes, traitant souvent de travaux universitaires, sont publiées dans la revue *Saggi di Dodis*. À l'instar des autres publications de Dodis, les *Quaderni* et les *Saggi* respectent le principe du libre accès et peuvent ainsi être téléchargés gratuitement dans différents formats.

La publication des éditions de sources, l'amélioration constante de la base de données Dodis, la publication des *Quaderni* et des *Saggi di Dodis*, de même que les autres activités scientifiques fécondes du centre de recherche, permettent un double constat. D'abord, le projet de recherche et d'édition constitue une contribution pour les citoyennes et citoyens, les journalistes, ainsi que les chercheuses et chercheurs afin de mieux comprendre les défis auxquels la Suisse a été confrontée tout au long de l'histoire de ses relations extérieures. Enfin, ce projet fournit également à tous les membres du gouvernement, du parlement, de l'administration fédérale et de la diplomatie des clés de compréhension de la politique étrangère, ainsi que des connaissances qui, auparavant, ne pouvaient être obtenues qu'à grands frais. Il est donc essentiel de maintenir le projet sur la bonne voie, de manière à ce que, grâce à la documentation des nombreux processus d'intégration transfrontaliers, le réseau mondial de relations de la Suisse devienne analytiquement compréhensible et accessible à une lecture critique.

Berne, novembre 2020

MADELEINE HERREN
Présidente du comité scientifique

SACHA ZALA
Directeur du centre de recherche Dodis

I. Prefazione

Il centro di ricerca *Documenti diplomatici svizzeri* (Dodis) intende, con le sue numerose pubblicazioni, fornire una visione d'insieme delle relazioni internazionali della Svizzera. Il centro mette a disposizione della ricerca e del pubblico una selezione di fonti ufficiali che illustrano e facilitano la comprensione della storia delle relazioni internazionali e della densità dei legami transfrontalieri della Svizzera. Un'ampia panoramica dei processi transnazionali permette una riflessione su nuovi temi ancora poco presenti nel dibattito pubblico, offrendo una serie di spunti di riflessione sull'interconnessione della Svizzera nel sistema delle relazioni internazionali e costituendo così un apporto svizzero alla storia globale.

Quale istituto dell'*Accademia svizzera delle scienze umane e sociali* (ASSUS), Dodis è posto sotto il patrocinio della *Società svizzera di storia* (SSS) e gode del sostegno dell'*Archivio federale svizzero* (AFS) così come del *Dipartimento federale degli affari esteri* (DFAE). La qualità scientifica del progetto è assicurata da un comitato composto da professoressa e professori degli istituti storici delle università svizzere.

L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS) è costituita da una prima serie completa che copre il periodo 1848–1945 (15 volumi) e da una seconda serie che copre il periodo 1945–1989 (finora 12 volumi). Con il presente volume viene lanciata la terza serie, relativa agli anni 1990–1999. Questa nuova serie sarà realizzata tempestivamente – lungo il termine di protezione trentennale previsto dalla Legge federale sull'archiviazione – mediante l'apparizione di volumi annuali. Grazie all'accesso offerto ai documenti immediatamente dopo la scadenza dei termini legali di protezione si raggiunge un livello di attualità finora inedito, permettendo così di promuovere nuove ricerche nel campo della storia contemporanea. A causa della quantità sempre più massiccia di documenti dell'amministrazione federale, del rafforzamento dei legami internazionali e dell'importanza crescente delle questioni transfrontaliere, le questioni importanti relative alle analisi sulla politica estera si sono moltiplicate. Parallelamente a questo aumento, è cresciuta anche l'importanza della selezione e dell'analisi dei dossier pertinenti per il periodo corrispondente: nei testi introduttivi, come pure nelle appendici, il direttore della ricerca fornisce tutte le informazioni necessarie a garanzia della trasparenza della selezione effettuata.

Attraverso la digitalizzazione di massa dei fondi d'archivio già in atto e dell'imminente aumento delle fonti di origine digitale, la quantità di documenti accessibili digitalmente aumenterà sempre più massicciamente. In futuro sarà dunque essenziale, alla luce di questi sviluppi, poter valutare accuratamente la rilevanza scientifica dei documenti attraverso annotazioni critiche precise e l'uso di metadati. Fin dal 1997 i volumi dei DDS vengono affiancati dalla banca dati Dodis (www.dodis.ch), la quale viene riconosciuta internazionalmente come un'opera pionieristica e gode di un elevato livello di frequentazione. Grazie al costante miglioramento della banca dati messo in atto negli ultimi anni, il centro di ricerca ha acquisito un ruolo trainante nell'ambito della rete internazionale degli editori di documenti diplomatici. Liberamente accessibile su internet, la banca dati Dodis contiene al momento più di 30 000 documenti che coprono l'insieme

del periodo dello Stato federale dal 1848. L'attuale volume 1990 contiene l'edizione di 62 documenti. I numerosi riferimenti incrociati e collegamenti presenti nell'apparato delle annotazioni e nei registri servono anche come orientamento verso altri documenti, temi, persone, istituzioni e luoghi geografici presenti nella banca dati Dodis. Solamente per l'anno 1990, il centro di ricerca ha pubblicato all'incirca ulteriori 1500 documenti in facsimile con i relativi metadati.

Quanto incisivo sia l'impatto della varietà di percorsi d'accesso offerto alla ricerca per promuovere nuovi approcci è mostrato tra l'altro dalla serie *Quaderni di Dodis*, che contiene monografie, volumi collettanei e raccolte tematiche di documenti riguardanti la storia contemporanea e la politica estera. Contributi di ricerca più brevi sulle relazioni internazionali della Svizzera, spesso tratti da lavori universitari, vengono pubblicati sulla rivista *Saggi di Dodis*. Tutte le pubblicazioni del centro di ricerca rispettano il principio del libero accesso e possono essere liberamente scaricate in vari formati.

La pubblicazione dei volumi di documenti, il miglioramento costante della banca dati, senza dimenticare tutte le altre pubblicazioni, così come l'ulteriore e fruttuosa attività scientifica svolta dal centro di ricerca debbono permetterci di raggiungere due obiettivi: da un lato, il progetto di ricerca e d'edizione deve contribuire a fornire a cittadine e cittadini, analisti, giornaliste e giornalisti, ricercatrici e ricercatori interessati una migliore comprensione delle sfide alle quali la Svizzera si è vista costantemente confrontata nell'ambito delle sue relazioni internazionali. D'altro canto, si tratta altresì di fornire a tutti coloro che sono attivi in politica, in governo, in parlamento, nell'amministrazione federale e nella diplomazia un aiuto per orientarsi nel mondo degli affari esteri, e trasmettere un sapere fino ad ora difficilmente accessibile. È quindi di vitale importanza che il progetto sia mantenuto sulla rotta imboccata cosicché, attraverso la documentazione dei molteplici processi d'integrazione transfrontalieri, la rete globale di relazioni della Svizzera diventi analiticamente tangibile e sia accessibile ad una lettura critica.

Berna, novembre 2020

MADELEINE HERREN
Presidente del comitato scientifico

SACHA ZALA
Direttore del centro di ricerca Dodis

II. Editorische Notiz

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) ist ein Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW) und entsprechend eine Institution der freien Forschung. Dodis ist die Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz, deren Auftrag auf dem Bundesbeschluss zur Forschungsförderung basiert. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) ist ein Beitrag zur Grundlagenforschung der Zeitgeschichte der Schweiz. Der vorliegende Band zum Jahr 1990 eröffnet die dritte Serie der DDS über die Jahre 1990–1999, welche die Umbruchszeit nach dem Ende des «Kalten Krieges» dokumentiert und für die historische Forschung erschliessen will. Die Dokumente der dritten Serie der DDS werden zeitnah an der Öffnung der Archivbestände, entlang der gesetzlichen 30-jährigen Schutzfrist für Archivgut des Bundes, publiziert. Damit verleiht das Editionsprojekt der zeithistorischen Forschung entscheidende Impulse und soll als Katalysator und Orientierungshilfe für weitere Recherchen dienen.

Die Forschungsstelle Dodis besteht zurzeit aus zehn Historikerinnen und Historikern sowie acht bis neun wissenschaftlichen Hilfskräften, Praktikantinnen und Praktikanten und Zivildienstleistenden, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Der Direktor der Forschungsstelle Dodis wird von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt, in welchem Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten sind. Die engen personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind nicht nur für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen, sondern auch für die Nachwuchsförderung von zentraler Bedeutung. Durch die Publikation zahlreicher Studien in der Reihe *Quaderni di Dodis* und in der Zeitschrift *Saggi di Dodis*, die jeweils einen direkten Bezug zu den Editionsarbeiten aufweisen, wird die Historiografie zu den internationalen Beziehungen der Schweiz effektiv gefördert.

Ziel der Edition ist es, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des *Schweizerischen Bundesarchivs* (BAR) eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche ein möglichst breites Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der massgeblichen Akteurinnen und Akteure exemplarisch wiedergibt. Die Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsstelle untersuchten aussenpolitischen Vorgänge ausgewählt.

Die ausgewählten Dokumente werden quellenkritisch präzise erschlossen und in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis (www.dodis.ch) als Faksimile mit allen relevanten Metadaten veröffentlicht. Aus diesem Fundus wird eine noch engere Auswahl an Dokumenten, die sich besonders paradigmatisch für die Illustration einer Problematik eignen, für die Bände der Serie DDS ediert und mit einem weiterführenden wissenschaftlichen Apparat versehen. Für das nun vorliegend erforschte Jahr 1990 wurden aus den zahlreichen konsultierten Beständen 62 Dokumente in den Band und weitere rund 1500 Dokumente in die Datenbank Dodis aufgenommen.

In den DDS-Bänden werden insbesondere Dokumente präsentiert, die einen möglichst breiten Überblick über einen Themenbereich geben, während eine Vielzahl von Anmerkungen zu einzelnen Aspekten oder verwandten Themen auf weitere, respektive weiterführende Dokumente in der Datenbank Dodis verweisen. Der Band wird somit zum unerlässlichen Kompass zur Orientierung in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Im wissenschaftlichen Apparat jedes Dokumentes werden Permalinks angegeben, die gleichzeitig auch ihre persistente Internet-Adresse darstellen. Diese Permalinks ermöglichen direkte und dauerhafte Verweise auf Dokumente und Themen sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geografische Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation der Datenbank Dodis entscheidend. Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenhafte Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse an. Vielmehr versucht die Forschungsstelle, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in einer breiten Auslese verschiedener Aspekte zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen und Ereignissen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Ereignissen und Entscheidungsprozessen zentral sind.

Die ausgewählten Dokumente zum Jahr 1990 stammen in der Regel aus dem *Schweizerischen Bundesarchiv*, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Punktuell wurde die Selektion mit Akten aus anderen Archiven ergänzt (vgl. das *Verzeichnis der benutzten Dossiers* im *Appendix*). Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik zunehmend innenpolitische und transnationale Verflechtungen wider, womit praktisch alle Departemente und Amtsstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Demzufolge stammen die veröffentlichten Dokumente bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Beschlüsse des Bundesrates –, von den verschiedenen Departementen und besonderen Ämtern sowie von Delegationen oder Spezialmissionen und nicht zuletzt vom Parlament; auch Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen werden berücksichtigt.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsstelle Dodis für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft* gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Wissenschaftsunternehmen ist die Forschungsstelle Dodis deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor von Dodis. Die Forschungsstelle ist dem von der *Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte* verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet. Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im *Bundesgesetz über die Archivierung* (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen, listet die Forschungsstelle Dodis im *Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers* im *Appendix* alle Dossiers auf, die sie aufgrund der geltenden

gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen Grundlagen erklärt und es wird über die gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt. Ein kumulatives und aktualisiertes Verzeichnis der für die Forschungsstelle Dodis nicht konsultierbaren Dossiers ist ferner online zugänglich. Für Dossiers, für die der Forschungsstelle Dodis im ordentlichen Forschungsprozess aus rechtlichen Gründen die Konsultation nicht gewährt wurde, werden in regelmässigen Abständen erneut Einsichtsgesuche gestellt. Damit wird der aktenabliefernden Stelle die Möglichkeit geboten, die Berechtigung einer verlängerten Schutzfrist zu überprüfen. Eine Liste der nachträglich freigegebenen Dossiers inklusive der gegebenenfalls daraus publizierten Dokumente ist ebenfalls online zugänglich unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA.

Im Dokumententeil richtet sich die Struktur des Bandes nach den international geltenden, klassischen Grundsätzen der Editionen diplomatischer Dokumente. Die Dokumente werden nach Verfassungsdatum in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente.

Im Allgemeinen sind die Transkriptionen der Dokumente im Band und die Faksimiles in der Datenbank Dodis vollständig abgedruckt. Die duale Publikationsform der Edition mit transkribierten und annotierten Dokumenten sowie Faksimiles erlaubt es, in den DDS-Bänden vereinzelt Kürzungen vorzunehmen, um lange Texte zu straffen oder Redundanzen zu vermeiden. Diese Praxis ermöglicht somit auch die Publikation von Auszügen von Quellengattungen, wie z. B. Studien, Berichte, aber auch Protokolle von Debatten unterschiedlicher Gremien, die sonst ihrer Länge wegen kaum Eingang in vergleichbare Akteneditionen finden. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind immer durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugebracht werden kann. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Faksimile immer in ganzer Länge konsultierbar. Durch die Implementierung neuer Editionsprozesse erfolgen die Transkriptionen nach den Standards der Text Encoding Initiative (TEI) und können somit auch im Internet im HTML-Format konsultiert oder im maschinenlesbaren XML-Format heruntergeladen und weiterverwendet werden.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente sowie den Anmerkungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokuments gibt originale Hervorhebungen an (Zwischentitel, Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgebenden in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthografie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht.

Der Kopf der Dokumente enthält den Permalink (z. B. dodis.ch/54523) für das Auffinden des Faksimiles und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, geheim, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf das sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Originaltitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Wörtlich wiedergegebene Originaltitel sind in VERSALIEN gesetzt.

Die erste Anmerkung jedes Dokuments verweist über die Archivsignatur auf den Fundort. Zusätzlich zu den Archivsignaturen werden auch die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. B.25.61.1), in Klammern angegeben, was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sichern sowie weiterführende Recherchen erleichtern soll. Ferner enthält die erste Anmerkung auch eingehende Informationen zur Quellengattung, ggf. die Ord-

nungsnummer des Aktenstücks und mögliche Hinweise auf die Autorschaft, die Adressaten und den Entstehungskontext sowie weitere relevante quellenkritische Informationen.

Die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Telegrammen und Fernschreiben wird zugunsten der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen editionsphilologischen Fragestellungen sowie text- und quellenkritischen Fragen können Forschende den edierten Text immer mit dem Faksimile des Originaldokuments in der Online-Datenbank Dodis überprüfen und vergleichen.

Im wissenschaftlichen Apparat werden zudem zahlreiche Hinweise zu weiterführenden Dokumenten, Themen, Zusammenstellungen oder Archivbeständen angegeben. Soweit möglich, werden Dokumente, die in den veröffentlichten Transkriptionen erwähnt sind, ebenfalls erschlossen. Konnte ein referenziertes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht gefunden werden, ist die Formel «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*» angegeben.

Der *Appendix* des Bandes führt zu dynamischen Online-Verzeichnissen und Registern, welche die hier edierten Dokumente mit zahlreichen Informationen der Datenbank Dodis verbinden. So gruppiert ein *thematisches Verzeichnis* die Dokumente nach den Themenschwerpunkten des Jahres 1990, die wiederum zu weiteren verknüpften Dokumenten aus anderen Zeitperioden führen. Register zu *Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen* ermöglichen das rasche Auffinden der gesuchten Informationen.

Die Bände der dritten Serie der DDS (1990–1999) sollen just zum Zeitpunkt der Freigabe der Archivbestände erscheinen und somit eine Orientierungshilfe für neue Forschungen bieten. Der vorliegende Band zum Jahr 1990 erscheint pünktlich zum Jahresanfang 2021. Dieses ehrgeizige Ziel wäre nicht ohne den ausserordentlichen Einsatz aller Mitglieder der Forschungsstelle möglich gewesen. Für das gemeinsam geteilte Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis und für die Freude an der täglichen Forschungsarbeit danke ich herzlich meinen langjährigen Kollegen Thomas Bürgisser und Yves Steiner sowie den Forscherinnen und Forschern Annina Clavadetscher, Sabine Dändliker, Jonas Hirschi, Mattia Mahon und Dominik Matter. Ohne den unermüdlichen Einsatz von Maurizio Rossi und Lena Heizmann würde das technische Innovationspotential der Forschungsstelle mit ihrer Vielzahl von unterschiedlichen Systemen und Technologien kaum derart ausgeschöpft werden können, während Christiane Sibille und Tobias Steiner mit dem Projekt Metagrid, die Online-Vernetzung von geisteswissenschaftlichen Ressourcen national wie international entschieden fördern. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsstelle kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften Michael Bellwald, Flurina Felix, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Lukas Nyffeler, Philip Stevanon und Marion Wagnières. Eine wichtige und wertvolle Ergänzung der Forschungsstelle bildete die grosse Equipe von Praktikantinnen und Praktikanten aus den schweizerischen Universitäten sowie die zahlreichen Zivildienstleistenden, denen ich bestens danke: Jan Ackermann, Samuel Ackermann, Yvonne Aregger, Sébastien Broggi, Julia Burkart, Yannick Dittrich, Fabio Guldemann, Lukas Hofer, Jacopo Huebscher, Antoine Lehmann, Gianni Perlini, Andrea Raack, David Rentsch, Marco Schwarzenbach, Joel Sivakumaran, Marc Sladek, Lulgjin Spanca, Benjamin Stauffacher, Florian Steiner, Theodor Truffer, Jakob Weber und Christian Wüthrich. Gleichzeitig freue ich mich, dass diese zahlreichen in der Forschungsstelle Dodis geleisteten Arbeitseinsätze auch einen erfolgreichen Beitrag zur wissenschaftlichen Nachwuchsförderung darstellen.

Schliesslich gilt mein Dank den Institutionen, welche die Forschungsstelle Dodis finanziell tragen und logistisch unterstützen. Insbesondere danke ich deren Vertreterinnen und Vertretern, die mir grosses Vertrauen schenkten: der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften*, insbesondere deren Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser, dem *Schweizerischen Bundesarchiv*, insbesondere dessen Direktor Philippe Künzler und seinem Stellvertreter Stefan Kwasnitza sowie dem *Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten*, vertreten durch Generalsekretär Markus Seiler und die Chefin des

Dokumentationsdienstes Elena Wildi-Ballabio. Der wissenschaftliche Beirat, vertreten durch dessen Präsidentin Madeleine Herren, hat mich stets bei allen neuen Projekten, Initiativen und technischen Innovationen kraftvoll unterstützt und freundschaftlich angespornt, auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten. Möge dieser pünktlich zur Öffnung der Archive erschienene Band der neuen DDS-Serie sie alle für ihr Vertrauen, das Teilen dieses visionären Ziels und ihre stete Unterstützung verdanken.

Bern, November 2020

SACHA ZALA

II. Note éditoriale

Le centre de recherche *Documents diplomatiques suisses* (Dodis) est une entreprise de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH) et constitue à ce titre une institution de recherche libre. Dodis forme le pôle de compétence en histoire des relations internationales de la Suisse et de sa politique extérieure. Sa mission se base sur l'arrêté fédéral relatif à l'encouragement de la recherche. L'édition *Documents diplomatiques suisses* (DDS) est une contribution à la recherche fondamentale en histoire contemporaine de la Suisse. Le présent volume portant sur l'année 1990 inaugure la troisième série des DDS, consacrée aux années 1990–1999 et documentant ainsi la période troublée qui suit la fin de la «guerre froide». Cette collection ouvrira de nouvelles perspectives de recherche: les documents de la troisième série des DDS (1990–1999) seront publiés au plus proche de l'ouverture des archives correspondantes – à l'expiration du délai de protection légal de 30 ans frappant les fonds de la Confédération. Ce faisant, le projet d'édition donnera des impulsions décisives à la recherche historique contemporaine; il pourra également servir de catalyseur et de boussole pour de futures recherches.

Le centre de recherche Dodis est à l'heure actuelle composé de dix historiennes et historiens, huit à neuf assistantes et assistants scientifiques, ainsi que des stagiaires et des civilistes recrutés au sein des universités suisses. Le directeur du centre de recherche Dodis est soutenu par un comité scientifique, dans lequel siègent des professeures et professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels étroits entre Dodis et la recherche universitaire jouent un rôle primordial, non seulement afin de déterminer les thèmes et problématiques essentiels, mais également pour assurer la promotion de la relève. La publication de nombreuses études directement liées aux travaux d'édition dans la série *Quaderni di Dodis* ou dans la revue *Saggi di Dodis* nourrit efficacement l'historiographie des relations internationales de la Suisse.

Le but de l'édition est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les *Archives fédérales suisses* (AFS), une sélection de documents rendant compte aussi largement que possible de la politique extérieure de la Suisse et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les principaux acteurs et actrices ont fait face. Les thèmes, les problématiques et par conséquent les documents qui les reflètent sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des processus historiques étudiés par le centre de recherche.

Les documents sélectionnés sont indexés de manière critique et précise. Ils sont publiés en libre accès sur la base de données en ligne Dodis (www.dodis.ch), sous forme de facsimilé et enrichis de l'ensemble des métadonnées pertinentes. Une sélection restreinte des documents de ce corpus est transcrite dans les volumes de la série des DDS et accompagnée d'un appareil critique approfondi. Pour l'année 1990, quelque 1500 documents pour la base de données Dodis et 62 documents pour le volume ont été choisis parmi les nombreux fonds d'archives consultés.

Les volumes des DDS présentent en particulier des documents offrant un large aperçu d'une thématique, tandis que de nombreuses notes de bas de page sur des sujets spécifiques ou des thématiques connexes renvoient vers d'autres documents de la base de données Dodis. Le vo-

lume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu des nombreuses informations contenues dans la base de données. Les permaliens figurent dans l'appareil critique de chaque document et fonctionnent comme adresse internet pérenne. Ces permaliens renvoient directement et durablement à des documents et des thématiques, de même qu'à des informations supplémentaires concernant des personnes, des organisations ou des noms géographiques, simplifiant ainsi l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique – mais en aucun cas exhaustive – d'événements de politique internationale. Le centre de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse à travers ses aspects les plus divers. Les textes qui permettent de saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation, ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue de la Suisse sur des événements importants et, enfin, des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension de différents sujets et de processus de prise de décision.

Les documents de l'année 1990 sélectionnés proviennent d'abord des *Archives fédérales suisses*, chargées de conserver les actes du parlement, du gouvernement et des départements fédéraux (ministères). Par endroits, la sélection de documents a pu être complétée par des documents provenant d'autres fonds d'archives (cf. la *liste des dossiers consultés* dans l'*appendice*). Le gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral. En outre, tous les départements et les unités administratives sont, directement ou indirectement, en prise avec des questions de politique extérieure. Pour cause, l'imbrication de cette dernière à la politique intérieure et transnationale ne cesse de s'accroître. Les documents publiés ne proviennent donc pas uniquement des fonds du *Département fédéral des affaires étrangères*. Un nombre non négligeable de documents provient du gouvernement lui-même, tels que les procès-verbaux de séances et les décisions du Conseil fédéral, des différents départements et unités administratives, ou encore de délégations, de missions spéciales, et enfin du parlement. À ces sources s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

L'édition des documents étant un projet indépendant, les membres du centre de recherche Dodis sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que tous les chercheuses et chercheurs. L'article 20 de la *Constitution fédérale de la Confédération suisse* garantit la liberté scientifique. Le centre de recherche Dodis, en sa qualité d'entreprise active dans le domaine de la science, jouit donc d'une pleine liberté dans le choix des documents qu'il souhaite publier, dans le respect des dispositions légales applicables. La responsabilité scientifique appartient au directeur de Dodis. Le centre de recherche Dodis applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la *Société suisse d'histoire* (SSH). L'accès aux archives de la Confédération est réglé par la *Loi fédérale sur l'archivage* (LAr) du 26 juin 1998. À des fins de vérification scientifique de ses travaux, le centre de recherche Dodis détaille dans la *liste des dossiers non rendus accessibles*, dans l'*appendice*, tous les dossiers qu'il n'a pu consulter eu égard aux dispositions juridiques en vigueur. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y sont également expliquées. Au surplus, figurent à cet endroit les demandes de consultation adressées et la suite qui leur a été donnée. La liste complétée et actualisée des dossiers dont la consultation n'a pas été accordée au centre de recherche Dodis est disponible en ligne. À intervalles régu-

liers, le centre de recherche Dodis réitère les requêtes de consultation pour lesquels dossiers il n'a pas reçu, pour des raisons juridiques, d'autorisation durant son processus de recherche. Il offre ainsi au service versant la possibilité de contrôler le bien-fondé de la prolongation du délai de protection. Des listes comprenant, d'une part, les dossiers rendus accessibles ultérieurement et, d'autre part, les documents publiés à partir de ces dossiers sont disponibles à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

La structure du corps du texte du volume répond aux principes classiques et internationalement reconnus d'édition des documents diplomatiques. Ces derniers sont ainsi présentés dans un strict ordre chronologique, établi en fonction des dates de rédaction. Une *table des documents*, servant d'index et augmentée d'un résumé dans la langue du document, facilite en outre l'utilisation du volume.

Les transcriptions des documents ainsi que leurs facsimilés dans la base de données Dodis sont en principe publiés dans leur intégralité. La publication conjointe des documents sous forme de transcription annotée et de facsimilé permet de raccourcir, dans les volumes des DDS, certains longs textes et d'éviter les redondances. Cette pratique permet ainsi de publier des extraits de sources, telles que des études, des rapports, des procès-verbaux de débats de différents organes, qui, en raison de leur longueur, ne trouveraient pas leur place *in extenso* dans d'autres éditions de sources. Les passages non reproduits sont cependant toujours indiqués comme tels par des points de suspension entre crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Les formules de politesse ont été omises sans autres indications, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière. Les documents en question sont par ailleurs toujours consultables en intégralité dans la base de données Dodis. Enfin, grâce à la mise en œuvre de nouveaux processus d'édition, les transcriptions respectent les normes de la Text Encoding Initiative (TEI). Elles peuvent dès lors être consultées sur internet au format HTML, ou être téléchargées puis utilisées au format interopérable XML.

La partie rédactionnelle, comprenant l'en-tête des documents et les annotations, est écrite dans la langue du document, soit en général dans l'une des langues officielles (allemand, français et italien). Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte du document, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original mis en évidence (sous-titres, textes soulignés ou en caractères espacés, etc.) sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* et entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre formalité dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte.

L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: le permalien (p. ex. dodis.ch/54523) qui renvoie au facsimilé du document original et à des métadonnées dans la base de données en ligne Dodis, le titre rédactionnel, les éventuels classification et degré d'urgence (confidentiel, secret, etc.), ainsi que la date et le lieu de la rédaction (p. ex. la date d'un procès-verbal). Le cas échéant, la date de l'événement auquel le document fait référence (p. ex. la date de la séance qui fait l'objet d'un procès-verbal) est mentionnée soit dans le titre original soit dans le titre rédactionnel. Quand il est repris littéralement, le titre original du document est rendu en CAPITALES de caractère romain.

La première note de bas de page de chaque document indique le fonds d'archive par sa cote. En plus de cette dernière, les *cadres de classement* des dossiers, tels qu'ils apparaissent dans les instruments de recherche, sont indiqués entre parenthèses (p. ex. B.25.61.1), ce qui permet de retrouver facilement le document en question et offre la possibilité de nouvelles recherches. Cette première note contient également des informations détaillées sur le type du document, le cas échéant sur le numéro de série ainsi que des références relatives à l'auteur, aux destinataires, au contexte d'origine ou à tout autre élément pertinent pour l'examen critique des sources.

L'écriture des majuscules et des minuscules dans les télégrammes et les télex a été adaptée de façon à faciliter la lecture. En cas d'incertitudes relatives à l'édition, au texte ou à la source des documents publiés, il est toujours possible de comparer et de contrôler le texte reproduit dans le volume avec le facsimilé du document original dans la base de données Dodis.

Par ailleurs, l'appareil critique fournit des renvois à des documents, thématiques, compilations ou fonds d'archives connexes. Dans la mesure du possible, les documents mentionnés dans le corps des textes publiés sont également référencés. La formule «*nicht ermittelt / non retrouvé / non ritrovato*» indique qu'un document évoqué a fait l'objet d'une recherche approfondie qui n'a pas abouti.

L'*appendice* du volume donne accès à des listes et index dynamiques en ligne, qui relient les documents édités ici à de nombreuses informations de la base de données Dodis. Ainsi, une *table méthodique* regroupe les documents en fonction des axes thématiques de 1990, ce qui permet par la suite de consulter des documents d'autres périodes portant sur les mêmes thématiques. Les *index des personnes*, des *organisations* et des *noms géographiques* accélèrent enfin la recherche des informations désirées.

Les volumes de la troisième série des DDS (1990–1999) seront publiés concomitamment à l'expiration du délai de protection des fonds d'archives et serviront ainsi de guide pour de nouvelles recherches. Le présent volume portant sur l'année 1990 est publié en début d'année 2021, conformément au calendrier prévu – un objectif ambitieux qui n'aura été possible que grâce à l'engagement de tous les instants des membres du centre de recherche. Pour le plaisir commun et partagé de la découverte scientifique et pour la joie dans le travail quotidien, je tiens à remercier chaleureusement mes collègues de longue date Thomas Bürgisser et Yves Steiner, ainsi que les chercheuses et chercheurs Annina Clavadetscher, Sabine Dändliker, Jonas Hirschi, Mattia Mahon et Dominik Matter. Sans les efforts inlassables de Maurizio Rossi et Lena Heizmann, l'innovation technique du centre de recherche, avec sa multitude de systèmes et de technologies, n'aurait guère pu être aussi aboutie. En parallèle, Christiane Sibille et Tobias Steiner, avec le projet Metagrid, sont les chevilles ouvrières de la mise en réseau numérique des ressources des sciences humaines et sociales, tant sur le plan national qu'international. Dans toutes ses tâches, le centre de recherche a pu compter sur le soutien indéfectible des assistantes et assistants scientifiques Michael Bellwald, Flurina Felix, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Lukas Nyffeler, Philip Stevanon et Marion Wagnières. En outre, j'adresse mes remerciements à l'équipe nombreuse de stagiaires universitaires et de civilistes, qui ont constitué un apport important et précieux: Jan Ackermann, Samuel Ackermann, Yvonne Aregger, Sébastien Broggi, Julia Burkart, Yannick Dittrich, Fabio Guldemann, Lukas Hofer, Jacopo Huebscher, Antoine Lehmann, Gianni Perlini, Andrea Raack, David Rentsch, Marco Schwarzenbach, Joel Sivakumaran, Marc Sladek, Lulgjin Spanca, Benjamin Stauffacher, Florian Steiner, Theodor Truffer, Jakob Weber et Christian Wüthrich. Je ne puis à cet instant que me réjouir de ces nombreuses missions auprès du centre de recherche Dodis. Elles sont le témoin d'une contribution réussie à la promotion de la relève dans le domaine de la recherche scientifique.

En dernier lieu, mes remerciements vont aux institutions qui financent le centre de recherche Dodis ou le soutiennent d'un point de vue logistique, et en particulier à leurs représentantes et représentants qui m'ont accordé leur pleine confiance: l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales*, notamment son secrétaire général Markus Zürcher et son suppléant Beat Immenhauser; les *Archives fédérales suisses*, en particulier leur directeur, Philippe Künzler, et son suppléant, Stefan Kwasnitzer; le *Département fédéral des affaires étrangères*, représenté par son secrétaire général Markus Seiler et la cheffe du Service de documentation, Elena Wildi-Ballabio. Le comité scientifique, par la voix de sa présidente Madeleine Herren, m'a toujours soutenu dans les nouveaux projets, initiatives et avancées techniques, et nous a ainsi amicalement encouragé à pour-

suivre le chemin emprunté. Que toutes les personnes qui ont contribué par leur confiance, leur soutien et leur partage de cet objectif visionnaire soient remerciées par la publication, à temps pour l'ouverture des archives, de ce premier volume de la nouvelle série des DDS.

Berne, novembre 2020

SACHA ZALA

II. Introduzione editoriale

Il centro di ricerca *Documenti diplomatici svizzeri* (Dodis) è un istituto dell'*Accademia svizzera di scienze umane e sociali* (ASSUS) e come tale rappresenta un progetto di ricerca libero e indipendente. Dodis costituisce un polo di competenza per la storia delle relazioni internazionali e della politica estera svizzera i cui compiti sono definiti dal decreto federale sulle istituzioni che promuovono la ricerca. L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS) è dunque un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia contemporanea della Svizzera. L'attuale volume, dedicato all'anno 1990, apre la terza serie dei DDS, consacrata al decennio 1990–1999. Questo periodo è caratterizzato dalla fine della «guerra fredda» e dalla relativa incertezza causata dalla fine del bipolarismo. I documenti di questa terza serie dei DDS vengono pubblicati tempestivamente seguendo la graduale apertura dei fondi archivistici soggetti ad un termine di protezione legale di 30 anni. L'obiettivo di questa serie è dunque quello di fungere da catalizzatore, da stimolo e da guida per promuovere nuove ricerche sulla storia contemporanea.

Il centro di ricerca Dodis consta attualmente di 10 storiche e storici, nonché di 8–9 assistenti di ricerca, stagiste e stagisti come pure civilisti reclutati nelle diverse università svizzere. Il direttore del centro di ricerca è sostenuto da un comitato scientifico, composto da professoressa e professori degli istituti di storia delle università svizzere. Gli stretti contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria rivestono un'importanza di primo piano non soltanto per l'individuazione delle questioni di ricerca e dei temi rilevanti in base ai quali orientare il lavoro di analisi e selezione; essi sono pure essenziali per la promozione di giovani talenti. Nella collana *Quaderni di Dodis* e nella rivista *Saggi di Dodis* vengono pubblicati numerosi studi che hanno uno stretto legame con le ricerche del centro. Questa feconda attività editoriale promuove in misura determinante la storiografia sulle relazioni internazionali della Svizzera.

L'obiettivo dell'edizione, che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'*Archivio federale svizzero* (AFS) con un ricorso puntuale a fonti di altra provenienza, è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più rilevanti della politica estera svizzera, restituendone le maggiori questioni e gli interrogativi dell'epoca. I temi e le problematiche – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa rispetto alla globalità dei processi di politica estera analizzati dal centro di ricerca.

I documenti selezionati sono sottoposti ad una rigorosa analisi critica e sono messi a disposizione, sotto forma di facsimile corredati di tutti i metadati, nella banca dati liberamente accessibile Dodis (www.dodis.ch). Da questa ricca scelta è tratta un'ulteriore selezione che promuove quei documenti che maggiormente si prestano ad illustrare una problematica in maniera paradigmatica. Questi vengono trascritti, corredati da un accurato apparato critico e pubblicati nella serie a stampa dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS). Dopo approfondite ricerche in numerosi fondi d'archivio, per l'anno 1990 sono stati pubblicati circa 1500 documenti nella banca dati Dodis e 62 documenti nel presente volume.

L'edizione presenta in linea di principio i documenti particolarmente adatti a fornire una visione generale su un tema; le note dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volume si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. L'apparato critico dell'edizione riporta per ogni documento un permalink che rappresenta contemporaneamente il suo indirizzo internet permanente. I permalink permettono rimandi diretti e duraturi a documenti e temi così come ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi. Grazie a questa loro caratteristica, i permalink semplificano in modo considerevole l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano così a vicenda in modo simbiotico. I volumi tradizionali assumono in questo modo una nuova funzione: permettono di andare oltre il contenuto del volume attuale e schiudono l'accesso ad un ventaglio ben più ampio di documenti. Le informazioni della banca dati arricchiscono i documenti di numerosi metadati, facilitando così il proseguimento della ricerca nei rispettivi fondi d'archivio.

Il progetto di ricerca si prefigge lo scopo di costituire una documentazione ampia e caratteristica sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero, ma non mira all'eshaustività. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, basandosi su un'ampia scelta di differenti ambiti. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, testi che consentono di cogliere l'orientamento generale della politica estera svizzera, o che in un momento preciso hanno potuto decidere tale orientamento; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte ad un evento o problema particolare; rapporti o analisi di situazione che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di un paese neutrale su avvenimenti importanti; infine, istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni e in particolare per il processo decisionale e il ruolo dei singoli attori.

La maggior parte dei documenti selezionati per l'anno 1990 proviene dall'*Archivio federale svizzero*, che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei vari dipartimenti federali (ministeri). Nei casi in cui sussistono forti connessioni con l'amministrazione federale, la selezione è stata integrata puntualmente con documenti provenienti da altri archivi (cfr. *elenco dei fondi utilizzati in appendice*). Poiché il governo svizzero applica il principio della collegialità, tutte le questioni di una certa portata vengono prese dal Consiglio federale in corpore. Inoltre, in misura crescente, nella politica estera si rispecchiano questioni tradizionalmente legate alla politica interna come pure rapporti transnazionali a diversi livelli. Così, di fatto, tutti i dipartimenti ed i relativi uffici federali sono toccati, direttamente o indirettamente, da questioni legate alla politica estera. I documenti selezionati non provengono dunque esclusivamente dal *Dipartimento federale degli affari esteri* ma pure, in misura sostanziale, da numerosi altri uffici dell'amministrazione federale. Una parte non trascurabile dei fondi presi in esame provengono direttamente dal governo, come per esempio i verbali delle sedute e le decisioni prese dal Consiglio federale; dai vari dipartimenti con i relativi uffici; nonché da differenti delegazioni o missioni speciali o dal parlamento. Sono state inoltre prese in considerazione lettere di personalità ufficiali o che esercitavano attività semiufficiali, come pure scritti di esponenti di istituzioni private ritenute rilevanti.

I *Documenti diplomatici svizzeri* sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori di Dodis sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della *Costituzione federale* garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto scientifico, il centro di ricerca di Dodis è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore della ricerca. Il centro di ricerca Dodis si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento*

scientifico della storia approvati dalla *Società Svizzera di Storia* (SSS). L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla *Legge federale sull'archiviazione* (LAr) del 26 giugno 1998. In nome della verificabilità scientifica del suo lavoro, il centro di ricerca Dodis pubblica un *elenco dei dossier non resi accessibili nell'appendice*. L'elenco contiene i dossier dell'Archivio federale svizzero la cui consultazione è stata negata in base alle disposizioni legali vigenti. Sempre nell'*appendice* si trovano indicazioni delle basi legali rilevanti per la ricerca storica come pure informazioni sulle richieste di consultazione per fondi non accessibili e sulle risposte ottenute. Un elenco completo e costantemente aggiornato dei dossier che il centro di ricerca Dodis non ha potuto consultare è disponibile online. L'elenco riporta anche il nome del dipartimento federale competente e la data della decisione negativa. Per i dossier ai quali, per motivi legali, il centro di ricerca Dodis non ha potuto accedere, vengono regolarmente presentate nuove richieste di consultazione, così da permettere al servizio mittente di verificare se il periodo di protezione prolungato al quale è stato sottoposto il dossier in questione sia ancora giustificato. Un elenco dei dossier che sono stati resi accessibili posteriormente e dai quali, se del caso, sono stati pubblicati documenti su Dodis, sono consultabili all'indirizzo internet dodis.ch/dds/Larc.

Nella parte riservata ai documenti, la struttura del volume si basa sui classici principi delle edizioni di documenti diplomatici. I documenti sono presentati per ordine strettamente cronologico secondo la loro data di stesura. Per facilitarne la consultazione, il volume include un indice e sommario dei documenti con dei registri nella rispettiva lingua originale.

In linea di massima, i documenti trascritti nel volume e i facsimile presenti nella banca dati Dodis sono pubblicati integralmente. La natura duale dell'edizione, in forma trascritta nel volume e in facsimile nella banca dati Dodis, permette tuttavia tagli puntuali nella trascrizione di lunghi testi, evitando così lungaggini e ridondanze. Questa prassi consente la pubblicazione in estratto di fonti che altrimenti, per la loro ampiezza, non troverebbero posto in un'edizione di documenti. I passi soppressi sono sempre indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono accompagnati da una nota a piè di pagina. Le formule di saluto sono state tacitamente sopprese, tranne quando parevano rivestire un significato particolare. I tagli riguardano soltanto la trascrizione; nella banca dati Dodis i documenti sono sempre consultabili nella loro integralità. Attraverso l'implementazione dei più moderni processi di edizione, le trascrizioni vengono effettuate secondo gli standard della Text Encoding Initiative (TEI) e possono quindi essere consultate su internet nel formato HTML oppure scaricate e utilizzate nel formato XML leggibile dal computer.

La parte redazionale si compone dell'intestazione e dell'apparato critico nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; sono resi con il *corsivo* anche i passi del documento originale sottolineati o in caratteri distanziati come pure i sottotitoli. Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate tacitamente nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo. L'intestazione dei documenti comprende il permalink (p.es. dodis.ch/54523) per il reperimento del facsimile e dei metadati nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, l'eventuale grado di classificazione (confidenziale, segreto, etc.) o di urgenza del documento, il luogo e la data della sua stesura (p.es. la data di un verbale). L'eventuale data dell'evento a cui si riferisce il documento (p.es. la data della seduta verbalizzata) è riportata nel titolo originale o nel titolo redazionale. Titoli originali ripresi alla lettera sono trascritti in MAIUSCOLETTO tondo.

Nella prima nota a piè pagina di ogni documento viene indicata la provenienza del documento attraverso la segnatura d'archivio. Oltre alle segnature vengono indicati anche i numeri d'ordine dei dossier (*Aktenzeichen*), così come appaiono negli inventari (p.es. B.25.61.1). Questo

facilita il reperimento dei singoli dossier e l'estensione delle ricerche. Questa prima nota contiene inoltre indicazioni dettagliate sul tipo di documento, un eventuale numero di serie come pure possibili riferimenti all'autore o ai destinatari nonché informazioni supplementari sulla genesi del documento rilevanti per la critica della fonte.

Per facilitarne la lettura, nella trascrizione di telegrammi e telex le maiuscole e le minuscole sono state normalizzate. Per ogni questione filologica o legata alla critica delle fonti, i ricercatori possono sempre confrontare il testo trascritto con il facsimile del documento originale nella banca dati in linea Dodis.

L'apparato critico mira soprattutto a fornire riferimenti supplementari a ulteriori documenti, temi o compilazioni nella banca dati Dodis o a dossier d'archivio. Per quanto possibile, si rinvia sempre ai documenti citati nelle trascrizioni pubblicate. Qualora non sia stato possibile rintracciare, nonostante una ricerca approfondita, un documento citato e ritenuto importante, esso è indicato con la formula «*nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato*».

L'appendice del volume riconduce direttamente a cataloghi e registri online, i quali, dinamicamente aggiornati, permettono di collegare i documenti qui pubblicati con l'immensa quantità d'informazioni della banca dati Dodis. Una *tavola metodica* non solo riunisce e raggruppa i documenti per l'anno 1990 secondo il loro focus tematico, ma permette altresì di correlare dinamicamente ulteriori documenti di altri periodi. I *registri* delle *persone*, delle *organizzazioni* e delle *denominazioni geografiche* permettono un rapido e dinamico accesso alle differenti informazioni cercate.

Dodis intende pubblicare i volumi della terza serie dei DDS (1990–1999) regolarmente alla scadenza dei termini di protezione previsti dalla legislazione vigente. In questo modo, i documenti pubblicati costituiranno un punto cardinale per promuovere e orientare nuove ricerche. Il presente volume concernente il 1990 è dato alle stampe puntualmente per l'inizio dell'anno 2021. Il raggiungimento di questo ambizioso obiettivo ha comportato uno sforzo immane, impensabile senza l'impegno straordinario di tutti i membri del centro di ricerca. Per la loro dedizione, per il piacere comune nel condividere i risultati della ricerca scientifica come pure per l'entusiasmo nell'affrontare il lavoro quotidiano ringrazio di cuore i miei colleghi di lunga data Thomas Bürgisser e Yves Steiner così come le ricercatrici e i ricercatori Annina Clavadetscher, Sabine Dändliker, Jonas Hirschi, Mattia Mahon e Dominik Matter. Sentiti ringraziamenti vanno pure a Maurizio Rossi e Lena Heizmann per il loro instancabile sforzo su svariate piattaforme e molteplici sistemi, senza il quale difficilmente si riuscirebbe a sfruttare pienamente il potenziale innovativo di Dodis. Ancora nel campo dell'innovazione tecnica, Christiane Sibille e Tobias Steiner, portando avanti il progetto delle scienze umane digitali *Metagrid*, promuovono in modo decisivo l'interconnessione d'importanti risorse digitali a livello nazionale e internazionale. Un imprescindibile sostegno è stato fornito anche dagli assistenti di ricerca Michael Bellwald, Flurina Felix, Lelia Ischi, Killian L'Eplattenier, Patrick Maître, Lukas Nyffeler, Philip Stevanon e Marion Wagnières. Un prezioso sostegno è arrivato infine dalle stagiste e dagli stagisti provenienti dalle varie università svizzere come pure da numerosi civilisti: Jan Ackermann, Samuel Ackermann, Yvonne Aregger, Sébastien Broggi, Julia Burkart, Yannick Dittrich, Fabio Guldemann, Lukas Hofer, Jacopo Hübscher, Antoine Lehmann, Gianni Perlini, Andrea Raack, David Rentsch, Marco Schwarzenbach, Joel Sivakumaran, Marc Sladek, Lulgjin Spanca, Benjamin Stauffacher, Florian Steiner, Theodor Truffer, Jakob Weber e Christian Wüthrich. Mi rallegro per il fatto che le numerose occasioni di lavoro presso Dodis rappresentino un'ottima possibilità di formazione per una nuova generazione di ricercatrici e ricercatori.

Desidero infine ringraziare le istituzioni che finanziano il centro di ricerca Dodis o che gli offrono sostegno logistico. Il mio grazie va in particolare a coloro che le rappresentano per la fiducia che hanno riposto nella mia persona: *l'Accademia svizzera delle scienze umane e sociali*,

in particolare il segretario generale Markus Zürcher e il suo supplente Beat Immenhauser; l'*Archivio federale svizzero*, in particolare il direttore Philippe Künzler e il suo supplente Stefan Kwasnitza; il *Dipartimento federale degli affari esteri*, rappresentato dal segretario generale Markus Seiler e dalla capo del Servizio documentazione, Elena Wildi-Ballabio. È poi con vivo piacere che voglio ringraziare il comitato scientifico, rappresentato dalla sua presidente Madeleine Herren, la quale mi ha sempre offerto il suo incondizionato sostegno a tutti i nuovi progetti, le iniziative e le innovazioni tecniche e mi ha sempre stimolato a proseguire sulla via intrapresa. Possa questo volume della nuova serie dei DDS, puntualmente pubblicato in occasione dell'apertura degli archivi, fungere da tangibile ringraziamento per tutti coloro che con la loro fiducia e il loro sostegno hanno condiviso e partecipato alla realizzazione di questo obiettivo visionario.

Berna, novembre 2020

SACHA ZALA

III. Einleitung

Die Teilung der Welt in zwei antagonistische Pole um die Bündnisse der Nato und des Warschauer Paktes endete formell am 19. November 1990 mit der Unterzeichnung des «Vertrags über die Konventionellen Streitkräfte in Europa». Der Kalte Krieg schien damit endgültig Geschichte zu sein. Dieser fulminante Auftakt des Pariser Gipfeltreffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ermöglichte und legitimierte die «Charta für ein Neues Europa», die kühn ein «Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit» einläutete. Feierlich verkündeten am 21. November die 35 KSZE-Mitgliedstaaten aus Europa und Nordamerika im Élysée-Palast ihr «unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder».

Auch der Schweizer Bundespräsident Arnold Koller unterzeichnete die «Pariser Charta». «Die Teilung unseres Kontinents fällt der Vergangenheit anheim», stellte er zuvor in seiner Ansprache vor den Konferenzteilnehmenden im Centre Kléber fest. «Was die Völker jahrzehntelang herbeiwünschten, beginnt: eine Ära der Zusammenarbeit zwischen Ost und West, mit dem Ziel, ein neues, geeintes Europa zu errichten» (Dok. 50, dodis.ch/54685). In der allgemeinen Euphorie schien das «Ende der Geschichte» in greifbare Nähe gerückt zu sein.

Die sich überstürzenden Entwicklungen des europäischen Wendjahres 1989 hatten sich nahtlos fortgesetzt: Auch im Jahr 1990 lag der alte Kontinent im Epizentrum der Umwälzungen. Der demokratische Wandel in Mittel- und Osteuropa, der Wegfall des Ost-West-Antagonismus und die Wiedervereinigung Deutschlands beflügelten die europäische Idee: «Das Wort Europa erweckt heute zurecht wieder Hoffnung», proklamierte Koller in Paris. Freilich stellten die grossen Umbrüche auch für die Schweiz eine enorme Herausforderung dar. Der neutrale Staat, der im Kalten Krieg einen festen Platz und eine unangefochtene Rolle im internationalen System zu haben schien, sah sich plötzlich mit einer ganzen Reihe neuer Fragen konfrontiert: Wie sollte eine schweizerische Sicherheitspolitik jenseits des Konflikts zwischen den zwei hegemonialen Machtblöcken aussehen? Mit welchen Mitteln sollte die Schweiz den Reformprozess in Osteuropa unterstützen und zu einer Stabilisierung des Wandels beitragen? Welche Rolle konnte die Neutralität angesichts der neuen geopolitischen Lage noch spielen und was bedeuteten diese epochalen Umwälzungen für das Verhältnis der Schweiz zu supranationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen? Wie sollte das Land künftig an der immer enger und komplexer verflochtenen Weltwirtschaft und dem globalen Finanzsystem partizipieren? Und die Gretchenfrage: Welches war angesichts des Zusammenwachsens von Ost und West der Standpunkt der Schweiz bezüglich der europäischen Integration? Welchen Spielraum hatte das Land überhaupt noch angesichts der wachsenden Dominanz der Europäischen Gemeinschaften (EG)? Der vorliegende Band der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) beleuchtet diese zentralen Fragen zu den internationalen Beziehungen der Schweiz im Jahr 1990 mit einer Selektion von

Dokumenten und einer Vielzahl von Hinweisen auf weitere amtliche Quellen und weiterführenden Informationen in der Online-Datenbank Dodis.

Dem Regierungsgremium gehörten im Jahr 1990 – nach dem unter Druck erfolgten Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp im Januar 1989 – wieder ausschliesslich Männer an. Kopp's Nachfolger an der Spitze des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), der Appenzell-Innerrhoder CVP-Bundesrat Arnold Koller (1987–1989 Vorsteher des Eidg. Militärdepartements), amtierte in diesem Jahr turnusgemäss zum ersten Mal als Bundespräsident. Die Aussenpolitik stand unter der Führung des Neuenburger SP-Bundesrats René Felber, der seit seiner Wahl im Jahr 1987 dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vorstand. Für die Aussenwirtschaftspolitik war der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements (EVD) verantwortlich; seit 1987 war dies der Waadtländer FDP-Politiker Jean-Pascal Delamuraz. Felber und Delamuraz waren mit dem zentralen Dossier der Verhandlungen zwischen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und den Europäischen Gemeinschaften über den Vertrag für einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) betraut. Delamuraz präsidierte zudem in der zweiten Jahreshälfte den EFTA-Ministerrat. Durch seine repräsentative Rolle als Bundespräsident auf internationaler Ebene sowie als Fachminister war Bundespräsident Koller ebenfalls massgeblich am strategischen Europa-Dossier beteiligt. Aber auch die Bundesräte Otto Stich (SP, Solothurn), Flavio Cotti (CVP, Tessin), Adolf Ogi (SVP, Bern) und Kaspar Villiger (FDP, Luzern) waren sowohl als Mitglieder des Regierungskollegiums als auch als Vorsteher ihrer Departemente – Finanzen (EFD), Inneres (EDI, u. a. mit den international stark vernetzten Ressorts Wissenschaft, Umwelt und Kultur), Verkehr und Energie (EVED) respektive Militär (EMD) – ebenfalls in die aussenpolitische Entscheidungsfindung involviert. Die schweizerische Regierungsform mit dem Kollegialitätsprinzip, die nach dem Zweiten Weltkrieg stetig erstarkte parlamentarische Mitwirkung, die direktdemokratische Rückkoppelung aussenpolitischer Grundsatzentscheide im Volk und nicht zuletzt die virtuell alle Bereiche staatlichen Handelns ergreifende internationale Verflechtung führten in der Nachkriegszeit dazu, dass alle Bundesräte aktiv an der Gestaltung der Aussenpolitik mitwirkten. In der Schweiz stammen daher die «diplomatischen Dokumente» nicht nur aus allen Departementen, sondern auch von allen drei staatlichen Gewalten sowie von einer Vielzahl weiterer Akteure, deren Tätigkeit durch unsere Forschungen in der Datenbank Dodis eingehend dokumentiert ist.

Umbrüche in Mittel- und Osteuropa

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war ein markanter symbolischer Schritt im Wandlungsprozess des Kontinents. Was mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ihren Anfang genommen hatte, fand kein Jahr später, am 3. Oktober 1990, mit dem Tag der Deutschen Einheit bereits ihren zuvor kaum denkbaren Abschluss. Die rasante Entwicklung der Deutschlandfrage bediente aber auch zahlreiche Ressentiments. Das vereinigte Deutschland verdiene Vertrauen, appellierte der schweizerische Botschafter in Bonn darauf anspielend in einer EDA-Zeitschrift eindringlich: «Angst vor einem grösseren Nachbarn im Norden wäre für uns Schweizer völlig deplatziert» (Dok. 44, dodis.ch/56631). Intern bestanden im Departement durchaus Vorbehalte, dass das erstmals «den gleichen demokratischen liberalen Werten» wie die Schweiz verpflichtete «Gesamtdeutschland» aufgrund seiner neuen europaweiten Verantwortungen weniger gewillt sein würde, «auf unsere partikularen Interessen im gleichen Masse einzugehen, wie dies in den letzten Jahrzehnten für die Bundesrepublik der Fall war». Das «Epizentrum der westeuropäischen Politik» werde sich wohl «etwas nach Osten verlegen» (Dok. 43, dodis.ch/56427).

Die Umbrüche in Mitteleuropa spiegelten sich auch in der offiziellen Besuchspolitik: Im Februar weilte der polnische Präsident Wojciech Jaruzelski in Bern, der sein Land unumwunden

als «l'avant-garde des transformations en Europe centrale et orientale» pries (Dok. 5, dodis.ch/56181). In der Tat musste schon Ende Jahr der ehemalige Generalstabschef und langjährige kommunistische Parteiführer in der ersten Volkswahl für das Staatsoberhaupt das Amt an die Symbolfigur der Opposition, den Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa, abtreten. Im September 1990 wurde in Bern erstmals – und letztmals – ein Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik vom Bundesrat zu einem Arbeitsbesuch empfangen. Gut drei Wochen später gab es die DDR, die der erstmals demokratisch gewählte Regierungschef Lothar de Maizière vertrat, nicht mehr (Dok. 35, dodis.ch/55552). Am 22. November, am Tag nach dem die beiden Staatsmänner die «Pariser Charta für ein Neues Europa» unterzeichnet hatten, trafen sich der tschechoslowakische Staatschef Václav Havel – Ikone der «Samtenen Revolution» – und Bundespräsident Arnold Koller im Bundeshaus in Bern (Dok. 54, dodis.ch/55850). Schliesslich besuchte wenige Tage darauf Aussenminister Felber in Moskau seinen sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse. Der Austausch vergegenwärtigte die ambivalenten Seiten des Wandlungsprozesses im Osten. Schewardnadse formulierte einerseits schonungslos die materiellen Hilfsbedürfnisse der UdSSR – «ce n'est pas l'heure de la fausse dignité». Andererseits betonte er die Schwierigkeiten der Transformation und wies angesichts der Souveränitätsforderungen, insbesondere der baltischen Staaten, auf die Komplexität der Nationalitätenproblematik in den Unionsrepubliken hin: «Eine «Entflechtung» dieser Verhältnisse sei ohne Bürgerkrieg gar nicht möglich», so seine pessimistische Einschätzung (Dok. 58, dodis.ch/55430). Den Ansprüchen auf Unabhängigkeit von Estland, Lettland und Litauen blieb die offizielle Schweiz zwar gewogen, sah «aber die Elemente zu deren Anerkennung noch nicht als gegeben» und wünschte, «dass eine Lösung in Verhandlungen zwischen Zentralgewalt in Moskau und Republikverantwortlichen gefunden» werden könne, wie die vorsichtige neutralitäts- und machtpolitisch determinierte Haltung des EDA lautete (Dok. 61, dodis.ch/54526).

Doch die Schweiz war kein blosser Zaungast des Transformationsprozesses in Osteuropa. Mit einem im März beschlossenen ersten Rahmenkredit über 250 Millionen Franken unterstützte das Parlament in erster Linie die beiden Länder, die im Reformkurs am weitesten fortgeschritten waren, nämlich Polen und Ungarn, in den Bereichen (politische) Kultur, Wissenschaft und Ausbildung sowie, wo nötig, mit humanitärer Hilfe. Der Fokus lag mit 160 Millionen allerdings klar auf wirtschaftlichen Massnahmen in den Bereichen Investitionshilfe und Handelspolitik (Dok. 12, dodis.ch/56158). Im August wurde anlässlich des Besuchs von Bundesrat Felber in Budapest mit Ungarn erstmals eine Absichtserklärung bezüglich der Zusammenarbeit unterschrieben – ein für die schweizerische Praxis neues Instrument der internationalen Beziehungen (Dok. 33, dodis.ch/55680). Bis Ende Jahr folgten analoge Erklärungen gegenüber der Tschechoslowakei und der UdSSR. Die traditionell engen Beziehungen zu Jugoslawien nahmen derweil wegen zahlreicher Friktionen zunehmend einen «caractère complexe» an. Die sich abzeichnende Desintegration des Vielvölkerstaates und die damit einhergehenden Spannungen drohten die Probleme in Bezug auf die jugoslawische Migrationsbevölkerung in der Schweiz weiter zu verschärfen (Dok. 2, dodis.ch/56007).

Neutralität und Sicherheitspolitik

Das abrupte Ende des Ost-West-Konflikts und die damit einhergehende, grundlegende Veränderung der Bedrohungslage in Europa stellte auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz eine grosse Herausforderung dar. Angesichts der «historischen Veränderungen in Europa» und der «damit verbundenen Ungewissheiten und Verunsicherungen in der Bevölkerung» forderte der Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrat Villiger, an einer ausserordentlichen Sitzung der Landesregierung im April die Publikation eines Berichts über die Sicherheit der Schweiz – letztmals hatte der Bundesrat 1973 eine sicherheitspolitische Standortbestimmung veröffentlicht.

Mit dem «Bericht 90» sollte insbesondere «die junge Generation wieder angesprochen werden», die dem Militär gegenüber kritisch eingestellt war. Tatsächlich hatte die Volksinitiative zur Abschaffung der Armee Ende November 1989 mit 35,6% Ja-Stimmen einen eindrücklichen Achtungserfolg erzielt, welcher den Grundpfeiler der bewaffneten Neutralität grundsätzlich in Frage gestellt hatte. Dem Anspruch, der Bevölkerung eine überzeugende Orientierungshilfe zu bieten, stand allerdings gerade die «Ungewissheit der Entwicklungen» entgegen, wie Bundesrat Ogi in der Diskussion anmerkte, «so dass der Bericht schon morgen überholt sein könnte» (Dok. 34, [dodis.ch/56205](https://www.dodis.ch/56205)). Schliesslich drehte sich die Diskussion auch um die Beschaffung des Kampfflugzeugs F/A-18, die ebenfalls bei den zwei Besuchen der Bundesräte Villiger und Delamuraz in den USA ein wichtiges Geschäft darstellte (Dok. 6, [dodis.ch/55139](https://www.dodis.ch/55139)). Die Abfassung des «Berichts 90» ermöglichte es der Regierung, eine Abstimmung über dieses unpopuläre Rüstungsgeschäft hinauszuzögern.

Zur Beurteilung der Gefährdungslage im sicherheitspolitischen Bericht müsse unter anderem auch die Migration berücksichtigt werden, wie der Vorsteher des EJPD, Bundespräsident Koller, im Bundesrat bemerkte. Bereits im Februar hatte die Regierung in Klausur über die Entwicklung ihrer Flüchtlings- und Asylpolitik beraten. Insgesamt markierte die Diskussion eine Abkehr von der antikommunistisch motivierten, liberalen Aufnahmepraxis, wie sie während des Kalten Krieges dominant war, hin zu einer restriktiven Anwendung des Asylrechts. Bundesrat Ogi ging weltweit «von einer bedrohlichen Zunahme des Flüchtlingspotentials» und einer «neuen Völkerwanderung von Süden nach Norden» aus und betonte die Notwendigkeit, die «Magnetwirkung» der Schweiz, die «für alle Flüchtlingsarten [...] besonders attraktiv» sei, zu dämpfen (Dok. 8, [dodis.ch/54934](https://www.dodis.ch/54934)). Auch aus Osteuropa und insbesondere aus Jugoslawien, Rumänien und der Sowjetunion wurden massive «Flüchtlingsströme» befürchtet. Umso intensiver bemühte sich der Bundesrat um eine Stärkung der internationalen Koordination und strebte etwa den Beitritt zum Dubliner Erstasylabkommen der EG an (Dok. 53, [dodis.ch/56148](https://www.dodis.ch/56148)).

Auf den KSZE-Prozess wirkte sich «das neue Klima in Europa» dagegen sehr fruchtbar aus, wie die schweizerische Delegation während der Vorbereitungen für den Pariser Gipfel befriedigt feststellen konnte. Sowohl die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit im März und April in Bonn wie auch jene über die menschliche Dimension in Kopenhagen im Juni verdeutlichten, dass die «Konfrontation zwischen den zwei Blöcken» überwunden war und «einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit Platz» gemacht hatte. Die Schweiz engagierte sich während der Verhandlungen für einen neuen Mechanismus zur Überprüfung der Menschenrechtssituation durch Beobachter und lancierte für 1991 ein Expertentreffen über nationale Minderheiten in Genf. Das seit zwei Jahrzehnten gehegte Projekt eines Systems zur friedlichen Erledigung von Streitfällen konnte nun wieder aus der Schublade gezogen werden. Eine Herausforderung nach dem Ende der Blockkonfrontation stellte hingegen der sich nun bald deutlich abzeichnende Bedeutungsverlust der Neutralen und Nichtgebundenen (N+N) dar, die sich im Kalten Krieg oft als Mittler bewährt und die Funktion von Koordinatoren bei den KSZE-Verhandlungen eigenommen hatten. Nun versuchten vermehrt andere Staaten die Handlungsspielräume ihrer gerade erlangten Souveränität auszuloten und die N+N aus ihrer traditionellen Vermittlerrolle zu verdrängen. Etwas wehmütig warnte das EDA: «Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass diese Aufgabe in Zukunft vermehrt mit anderen mittleren und kleineren Staaten Europas geteilt werden muss» (Dok. 34, [dodis.ch/56205](https://www.dodis.ch/56205)).

Die Verunsicherung über die künftige Rolle der Schweiz nach dem Ende des Kalten Krieges widerspiegelte sich auch in einem bemerkenswerten Thesenpapier eines jungen Diplomaten zur schweizerischen Neutralität. «Verschiedene Wandlungen und Entwicklungen», so die Analyse, würden «Bedeutung, Wert und Sinn der Neutralität als Institut des Völkerrechts und als aussenpolitische Maxime der Schweiz zunehmend in Frage» stellen. «Die Neutralität ist nicht ein Ziel

unserer Aussenpolitik an sich», so die Argumentation, «sondern eines unter mehreren Mitteln zu Verwirklichung unserer aussenpolitischen Zielsetzungen.» Sie müsse «in einer sich wandelnden Welt stets auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft und flexibel an neue Notwendigkeiten angepasst werden.» Für die Leistung «Guter Dienste» etwa und als Sitzland internationaler Organisationen sowie Konferenzort sei die Schweiz nicht auf die Stellung eines «Neutralsten aller Neutralen» angewiesen. Das Ende des Ost-West-Konflikts relativiere ohnehin den geostrategischen Wert der neutralen Schweiz und seiner territorialen Stabilisierungsfunktion. Gleichzeitig unterhöhlten wirtschaftliche Verflechtungen und Abhängigkeiten – insbesondere gegenüber der EG – die staatliche Souveränität. Die Neutralität müsse, so die Schlussfolgerung, neu konzipiert werden und dürfe nicht «Vorwand für Abseitsstehen und Igelhaltung sein» (Dok. 24, dodis.ch/54523).

Verhandlungen über den EWR-Vertrag

Das *Pièce de résistance* der schweizerischen Aussenpolitik im Jahr 1990 waren gewiss die Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Zu Beginn der explorativen Gespräche zwischen der EFTA und der EG diskutierte die Landesregierung die verschiedenen Optionen. Alle Bundesräte gaben sich einig, dass an der Teilhabe der Schweiz am europäischen Binnenmarkt kein Weg vorbeiführe. Dass die Schweiz auf Dauer den «cavalier seul» mimen würde, schien ausgeschlossen. Gleichzeitig warf Bundespräsident Koller ein, ein Beitritt zur EG hätte politisch keinerlei Chancen. Der «Mittelweg» des EWR sei deshalb «die einzige realistische Möglichkeit» für die Schweiz. Auch Bundesrat Villiger gab sich überzeugt, es gäbe «keine andere Wahl, als einen gemeinsamen Markt anzustreben», betonte aber, man müsse sich die Möglichkeit offenhalten, die Verhandlungen abzubrechen, «wenn uns ein EWR-Abkommen nicht gefällt». «Das Volk weiss nicht, wohin die Europa-Reise geht», monierte Bundesrat Ogi eindringlich; Verunsicherungen in der Bevölkerung über den europapolitischen Kurs führten «zu Abwehrreaktionen und zu Opposition». Die Regierung müsse nun klar kommunizieren, dass «unser Zwischenziel» ein EWR-Vertrag sei, «der einen vollen Zugang zum Binnenmarkt und eine Mitsprache ermöglicht» (Dok. 8, dodis.ch/54934). Neben dem EWR-Vertrag waren die Verhandlungen von Verkehrsminister Ogi über ein Transitabkommen der Knackpunkt in den Beziehungen zur EG (Dok. 49, dodis.ch/56241).

Als Aussenminister Felber bei einem Arbeitsbesuch in Kopenhagen Ende März erstmals die schweizerische Haltung zu den EWR-Verhandlungen darlegte, zeigten seine Gesprächspartner bereits starke Vorbehalte bezüglich eines Mitspracherechts im Beschlussfassungsprozess. Es sei aber unabdingbar, dass die Schweiz bei Entscheiden, die sie betreffen, ihre Haltung darlegen könne, denn, so Felber: «Alles andere bedeutete Satellisierung.» Der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter sah bei der Umsetzung dieser schweizerischen Forderungen «grosse praktische Probleme». Nicht nur in seinen Augen erschien die Kardinalfrage der Mitbestimmungsrechte als «Quadratur des Kreises» (Dok. 16, dodis.ch/54605). Der italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti gab sich bei seinem Besuch in der Schweiz im Mai zwar diplomatisch optimistischer, was derweil nichts an der komplexen Ausgangslage änderte (Dok. 21, dodis.ch/56125). Dies zeigte sich am Charakter des Verhandlungsmandats, das der Bundesrat im Juni festlegte: «[C]ette négociation représente la première – et sans doute la dernière – tentative réelle d'ouvrir dans nos relations avec la Communauté Européenne une «troisième voie», située à mi-chemin entre l'accession pure et simple à la Communauté et le maintien de notre situation actuelle de coopération ponctuelle, de cas en cas.» Die Bundesräte Felber und Delamuraz betonten, man strebe eine Lösung an, «qui maintienne l'harmonie entre les spécificités suisses et la participation à l'Europe», dürfe aber von den Verhandlungen keine «solution tout à fait conforme à nos espoirs» erwarten (Dok. 23, dodis.ch/55262).

Seit dem hoffnungsvollen Angebot des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors an die EFTA-Staaten zu einer weitgehenden Partizipation am künftigen Binnenmarkt vom Januar 1989 hatte sich die Verhandlungsposition der Schweiz tatsächlich massiv verschlechtert. Eine «intégration à la carte» sei für die EG in dem Augenblick, in dem sie sich hin zu einer Wirtschafts- und Währungs- sowie zu einer politischen Union entwickelte, besonders delikater, warnte der Chef der schweizerischen Mission in Brüssel in einer durchgehend pessimistischen Analyse. Mit der Aufnahme der (mit der BRD nun vereinigten) DDR seien die Erweiterungsbedürfnisse der Gemeinschaft vorerst saturiert; dazu kämen die grossen Herausforderungen, welche die Beitritts-gesuche der Türkei, Zyperns und Maltas sowie dahingehende Absichtsbekundungen Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens stellten. Besonders schmerzhaft wirkte sich das EG-Beitritts-gesuch des EFTA-Partners Österreich aus, zumal Wien die eigene Neutralität aus Schweizer Sicht derart minimalistisch auslegte, dass die Schweiz bezugnehmend auf das eigene Neutralitätsstatut sich kaum mehr eine Sonderbehandlung ausbedingen könne (Dok. 28, dodis.ch/55291). Anlässlich des Besuchs der scheidenden Premierministerin Margaret Thatcher im September zeigte sich zudem deutlich, dass auch von Grossbritannien, das Brüssel gegenüber traditionell skeptisch eingestellt war, keine Schützenhilfe zu erwarten war. Die Neutralität sei kein Hinderungsgrund für einen Beitritt und ohne volle EG-Mitgliedschaft könne es auch keine Mitentscheidung geben, beschied Thatcher dem Bundesrat unmissverständlich (Dok. 37, dodis.ch/55182). Zur unnachgiebigen Haltung der EG kam ein Mangel an Solidarität innerhalb der EFTA-Front hinzu. Als Bundesrat Delamuraz im Oktober von einer Besuchsreise nach Island, Schweden und Finnland zurückkehrte, musste er ernüchtert feststellen, dass die Verhandlungsstrategie der skandinavischen EFTA-Partner zunehmend darauf fokussierte, Forderungen nach Ausnahmeregelungen fallen zu lassen und stattdessen – im Falle Stockholms und Helsinkis auch im Hinblick auf eine künftige Mitgliedschaft bei der EG – durch zeitlich begrenzte Übergangsphasen oder Schutzklauseln zu ersetzen (Dok. 40, dodis.ch/55958).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Notiz des EDA-Thinktanks «Eurovision» über die Haltung von Aussenminister Felber. Persönlich befürworte dieser einen EG-Beitritt der Schweiz «ohne Wenn und Aber» und es stehe für ihn ausser Zweifel, dass «die *Finalität des EWR-Vertrages* auch im Fall der Schweiz die *EG-Mitgliedschaft*» sei. Entsprechend bilde der EWR nur «eine Zwischenstufe auf dem Weg» dahin. Felber ginge zwar davon aus, dass der EWR-Vertrag «mit Gewissheit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben» würde. Der Bundesrat werde aber aufgrund mangelnder Alternativen «*praktisch jeden EWRV annehmen*» und Felber gäbe sich auch zuversichtlich, dass das Volk dem Vertrag zustimmen würde (Dok. 42, dodis.ch/56411). Ende Oktober nahmen aber die Entwicklungen nochmals eine «tour fâcheux». Mit der überraschenden Absichtsbekundung Schwedens zum EG-Beitritt sollte der wichtigste EFTA-Partner und neutrale *alter ego* in absehbarer Zeit aus der Freihandelsassoziation ausscheren. Zeitgleich deutete der Sturz der bürgerlichen Regierung in Norwegen durch ein Misstrauensvotum im Zusammenhang mit den EWR-Verhandlungen ebenfalls auf einen Kurswechsel Oslos Richtung EG-Mitgliedschaft hin. Unter dieser Konstellation schien der EWR-Vertrag, wie Bundesrat Delamuraz vor der Wirtschaftskommission des Nationalrats beklagte, vollends zum «*traité antichambre*» zu verkommen. Nichtsdestotrotz bleibe der Schweiz aufgrund der wirtschaftlichen *de facto* Dominanz des künftigen Binnenmarktes gar nichts anderes übrig, als daran auch *de jure* teilzunehmen – sei es durch den EWR oder die Mitgliedschaft: «[C]hassons de nos esprits l'idée que l'Alleingang est la souveraine solution», mahnte der Wirtschaftsminister eindringlich (Dok. 52, dodis.ch/55288).

Etwas positivere Töne konnten Bundespräsident Koller und Aussenminister Felber aufgrund ihrer bilateralen Besprechungen in der Aufbruchsstimmung am Rande des Pariser KSZE-Gipfels im November anstimmen. Wenngleich die EFTA-Partner den EWR-Vertrag vermehrt «als Zwi-

schenstufe zum Beitritt» verstanden, so bewirkte die Zielsetzung einer Mitgliedschaft bei der EG gleichzeitig auch eine grundsätzliche Aufwertung des EWR. Da Brüssel eine rasche Erweiterung der Gemeinschaft institutionell nicht verkraften würde, erschien nun der EWR, in der Einschätzung von Andreotti, als «absolute Notwendigkeit». Somit schien ein EWR zumindest kurzfristig für alle Beteiligten einen wichtigen «Pfeiler der europäischen Architektur» zu bilden (Dok. 51, dodis.ch/54683). Dennoch herrschte im Bundesrat gegen Jahresende eine gedrückte Stimmung in Bezug auf die Verhandlungen. «Wie die EG die Schweiz behandelt, ist unerträglich», beklagte sich Bundesrat Villiger bitter über neue Forderungen der Gemeinschaft im sensiblen Agrarbereich. Es stehe hier auch die nationale Würde auf dem Spiel: «Wir müssen den Mut haben, nein zu sagen.» Bundespräsident Koller hielt dieser Haltung entgegen, dass ein EWR-Vertrag realisiert werden müsse, denn: «Die Alternative für die Schweiz wäre eine kolossale Isolation in einer Zeit, in der die EG eine sehr grosse Attraktivität aufweist» (Dok. 56, dodis.ch/54945).

Golfkrise

Seit den 1970er Jahren stellte die angespannte Lage im Nahen Osten auch einen Brennpunkt der Schweizer Diplomatie dar, sei es in Bezug auf humanitäre Hilfe oder Vermittlungsdienste zwischen den Konfliktparteien etwa in Israel/Palästina oder im Libanon (Dok. 47, dodis.ch/55025). Ein Schlaglicht auf die enge Verflechtung insbesondere der Stadt Genf als Sitz internationaler Organisationen mit nahöstlichen Akteuren warf die Affäre um den Mordfall an einem iranischen Aktivisten im waadtländischen Coppet. Die während des Gerichtsverfahrens vom Bundesrat verordnete Wiedereinführung der Visumpflicht für offizielle iranische Pässe wertete Teheran als Rufmord und drohte mit einer «schwerwiegenden Störung der bilateralen Beziehungen» (Dok. 62, dodis.ch/56245). Mit der Beherbergung des Treffens zwischen US-Präsident George H. W. Bush und dem syrischen Staatspräsidenten Hafiz al-Assad am 23. November konnte sich Genf ein weiteres Mal als Begegnungsort der internationalen Politik profilieren, wobei allerdings einige Zwischenfälle am Rande des Gipfels die Rhonestadt in Misskredit zu bringen schienen (Dok. 55, dodis.ch/54763). Die Zusammenkunft zwischen Bush und Assad stand ganz unter dem Zeichen der neuerlichen Krise am Persischen Golf, die mit der Eroberung Kuwaits durch Irak im August 1990 dramatisch eskaliert war. Im Gleichklang mit der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte die Schweiz «die zwangsweise völkerrechtswidrige Annexion Kuwaits durch den Irak *nicht* an». Im EDA wurde ein Krisenstab gebildet, der sich insbesondere dem Verbleib der 140 Schweizerinnen und Schweizer annahm, die im Irak und in Kuwait festgehalten wurden (Dok. 29, dodis.ch/55715). Die Schweiz schloss sich ebenfalls dem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen den Irak und Kuwait verhängten Wirtschaftsembargo an. Es war dies das erste Mal überhaupt, dass sich das Land an einem Sanktionsregime der UNO beteiligte. Um einer innenpolitischen Debatte den Wind aus den Segeln zu nehmen, argumentierte die Völkerrechtsdirektion des EDA nachdrücklich, es handle sich dabei keineswegs um einen «dramatischen Kurswechsel in unserer Neutralitätspolitik» oder um die «Aufgabe eines Dogmas», wie in der Presse suggeriert werde: «Vielmehr hat der Bundesrat lediglich die kontinuierliche schweizerische Neutralitätspolitik in einem konkreten Fall zur Anwendung gebracht.» Der Entscheid stelle kein Präjudiz dar, versicherte das Aussenministerium, und die Regierung werde auch in künftigen Fällen «in gleicher Weise unter Abwägung aller relevanten Gesichtspunkte einen dem Einzelfall und den schweizerischen Interessen gerechten Entscheid über die Mitwirkung der Schweiz an Sanktionen fällen müssen» (Dok. 30, dodis.ch/54497).

In einer Rede vor dem Nationalrat erörterte Bundesrat Felber Mitte Dezember die Beteiligung der Schweiz an der internationalen Wirtschafts- und Finanzhilfe für von den Sanktionen betroffenen Länder, ihre Disponibilität für Vermittlungsdienste und die Schwierigkeiten betreffend die Lieferung von Medikamenten und Babymilchpulver an die notleidende Bevölkerung.

Das Schicksal der Schweizerinnen und Schweizer, die im Irak festgehalten wurden (die letzten Geiseln konnten am Vortrag repatriert werden), sei die «*préoccupation constante du Conseil fédéral et du Département des affaires étrangères*» gewesen, konterte Felber die virulenten Vorwürfe mangelnder Unterstützung durch vier Parlamentarier. Diese hatten ihrerseits im November aus eigener Initiative – und unter Missfallen der Schweizer Diplomatie – mit den irakischen Behörden in Bagdad über eine Freilassung der Schweizer Geiseln verhandelt. Die mehrfache Weigerung des Nationalrats, nach der exhaustiven Erklärung Felbers auf eine Debatte einzutreten, führte schliesslich im Gedränge des Schlusstages der Wintersession zu einigen bemerkenswerten Wortwechseln und gar tumultartigen Szenen unter der Bundeshauskuppel (Dok. 60, dodis.ch/55703).

Internationale Organisationen

Selbstbewusst streckte die Schweiz 1990 ihre Fühler aus, um den beabsichtigten Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie zur Weltbank aufzugleisen. Die bedeutenden finanziellen Beiträge, welche die Schweiz in den vergangenen Jahren geleistet hatte und als Kreditgeber künftig leisten würde, berechtigte die Unterhändler zur Forderung auf ein erweitertes Mitspracherecht in Form einer permanenten Präsenz in den entsprechenden Verwaltungsräten. «Diesem Vertretungsanspruch könnte durch die Schaffung einer neuen Ländergruppe entsprochen werden», suggerierte das Memorandum, welches das Eidg. Finanzdepartement an die internationalen Verhandlungspartner herantrug. Die Umbruchsdynamik der Epoche, so das Kalkül, erhöhte die Chancen für eine Rochade innerhalb der Strukturen von IWF und Weltbank. Im «Hinblick auf die Umwälzungen im Osten», argumentierte das EFD, würde sich «die Schaffung einer neuen Ländergruppe im zentralen Europa unter der Führung eines neutralen Landes» anbieten. Der Integrationsprozess in Westeuropa werde «auch in der Schweiz den Gang der Geschichte beschleunigen» und in einer «Phase der Hinwendung zu Europa dürfe die Normalisierung der Beziehungen zu den Institutionen von Bretton Woods den notwendigen und willkommenen Ausgleich schaffen sowie gleichzeitig die offene Haltung gegenüber der Welt dokumentieren» (Dok. 1, dodis.ch/54926). In explorativen Gesprächen lobbyierten Finanzminister Stich und andere Bundesräte sowie Nationalbankpräsident Markus Lusser intensiv bei IWF und Weltbank, damit die Schweiz bei einem Beitritt eine Quote zugesprochen erhalte, die dem Gewicht ihres Finanzplatzes entsprach (Dok. 13, dodis.ch/54922).

Am Vorbild von IWF und Weltbank orientierten sich auch die Bestrebungen, die darauf hinielen, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommens (GATT) in Form einer Welthandelsorganisation zu institutionalisieren. In der nur scheinbar kurz vor dem Abschluss stehenden Uruguay-Runde des GATT erhoffte man sich dadurch Impulse für eine weitere Liberalisierung der Märkte. Die Schweiz engagierte sich in der Uruguay-Runde, wie die Instruktionen für die Verhandlungsdelegation zeigen, im Interesse insbesondere der heimischen Pharmaindustrie beim Schutz des geistigen Eigentums und des Patentrechts sowie – bezüglich des Dienstleistungssektors – für den Finanzplatz (Dok. 20, dodis.ch/54816). Um die stockenden Verhandlungen zu deblockieren mussten aus Schweizer Sicht im Gegenzug Konzessionen im seit jeher heftig umstrittenen Agrarbereich eingeräumt werden. Bundesrat Delamuraz plädierte für eine radikale Transformation der «am meisten subventionierten Agrarwirtschaft der Welt». Sowohl die Produktion wie die Anzahl Bauern müssten drastisch reduziert werden, umriss der Wirtschaft- und Landwirtschaftsminister die Problemlage anlässlich einer Aussprache im Bundesrat. Gleichzeitig dürfe der Nachwuchs nicht entmutigt und die Abwanderung aus den Bergtälern müsse verhindert werden. «[M]ehr Markt und Wettbewerb, mehr Kostendruck und Zwang zur Selbsthilfe, Extensivierung der Landwirtschaft in gewissen Regionen (dank Direktzahlungen)», skizzierte Bundespräsident Koller die Grundsätze der Regierungspolitik. Nüchtern konstatier-

te Bundesrat Delamuraz, dass in der Landwirtschaftspolitik keine «solutions parfaites, sans contradictions» zu finden seien (Dok. 36, [dodis.ch/54935](https://www.dodis.ch/54935)). Dies bewahrheitete sich auch in den GATT-Verhandlungen. Die als Abschluss der Uruguay-Runde bedachte Ministerkonferenz in Brüssel im Dezember scheiterte schliesslich an der Unvereinbarkeit der Haltungen der agrar-exportierenden Länder einerseits und der protektionistischen EG sowie Japans andererseits. Die Hauptverhandlungen blieben «l'otage du dossier agricole» (Dok. 57, [dodis.ch/54822](https://www.dodis.ch/54822)).

Im Hinblick auf die für 1992 in Rio de Janeiro geplante Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) wurden Klima- und Umweltfragen zu einem der grossen Themen der internationalen Beziehungen. Die ökologischen Herausforderungen betrafen «de tout évidence [...] l'humanité entière», betonte Bundespräsident Koller in seiner Rede anlässlich der Eröffnung des Ministertreffens der zweiten Weltklimakonferenz in Genf im November 1990. Als Hauptverursacher des weltweiten Kohlendioxidausstosses stünden die Industrieländer besonders in der Pflicht: «[L]es racines du mal sont dans notre comportement même, dans notre vision dominatrice du monde et de la nature, et c'est pourquoi l'avènement de solutions véritables passe obligatoirement par un changement radical de nos sociétés, qui devront apprendre à tenir compte des réalités d'un monde fini et des lois incontournables de la nature», unterstrich der Bundespräsident unmissverständlich. Die Schweiz werde ihre Verantwortung wahrnehmen; zum einen durch eine Reduktion der CO₂-Emissionen um bis zu 50 Prozent bis zum Jahr 2025 und zum anderen durch eine aktive Mitarbeit in der Ausarbeitung einer Weltklimakonvention, die im Rahmen der UNCED in Rio zwei Jahre später verabschiedet werden sollte (Dok. 46, [dodis.ch/56282](https://www.dodis.ch/56282)).

In der United Nations Transition Assistance Group (UNTAG), die im März im Zuge der Unabhängigkeit Namibias ihre Tätigkeiten beendete, leistete die Schweiz erstmals seit der Korea-Mission von 1953 einen grösseren Einsatz im Rahmen einer friedenserhaltenden Operation und machte damit einen fälligen «Schritt Richtung eines vermehrten weltweiten Engagements auf dem Gebiet der Friedenssicherung». Die UNO-Mission verlief so erfolgreich, dass der Bundesrat künftige Einsätze einer «wohlwollenden Prüfung» unterziehen wollte (Dok. 31, [dodis.ch/56036](https://www.dodis.ch/56036)). Eine Mitgliedschaft der Schweiz in den Vereinten Nationen war 1986 allerdings wuchtig an der Urne gescheitert. Nach dem UNO-Beitritt Liechtensteins im September 1990 verblieben nebst der Schweiz nur noch Palästina und der Heilige Stuhl im Beobachterstatus. In der Folge des Staatsbesuchs von Fürst Hans-Adam II. in Bern wurde auch die Frage aufgeworfen, ob – in der aktuellen Umbruchzeit, die den «Sonderfall Schweiz» generell in Frage stelle – mit der UNO-Mitgliedschaft der benachbarten Erbmonarchie auch die «Veränderung der Beziehungen der Schweiz zur Weltorganisation» wieder an Aktualität gewinnen könnte (Dok. 41, [dodis.ch/56180](https://www.dodis.ch/56180)). Für Franz Blankart, den Staatssekretär im Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI), blieb die Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz, wie er anlässlich seines Besuchs an der ausserordentlichen UNO-Generalversammlung zur internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im April missbilligend feststellte, «un non-sens remarquable faisant preuve de l'extraordinaire propension à l'autodiscrimination dont sont capables les helvètes» und er warnte eindringlich: «Davos ne saurait remplacer New York» (Dok. 18, [dodis.ch/56127](https://www.dodis.ch/56127)).

Wirtschaftsbeziehungen zu Lateinamerika, Afrika und Asien sowie Entwicklungszusammenarbeit

Obschon Staatssekretär Blankart das World Economic Forum (WEF) offenbar nicht als gleichwertigen politischen Ersatz für die Partizipation an der UNO-Generalversammlung einschätzte, entwickelte sich die Davoser Veranstaltung zunehmend zu einem festen Programmpunkt im Besuchskalender des Bundesrats. Erstmals wurde das EDA beauftragt, die verschiedenen Treffen während des WEF systematisch zu planen. Die Einladung zu einem offiziellen

Arbeitsbesuch nach Bern ging 1990 an Mexikos Präsidenten Carlos Salinas de Gortari. Dessen Privatisierungs- und Deregulierungspolitik verschaffte der Schweizer Wirtschaft vermehrte Investitionsmöglichkeiten, weshalb Verhandlungen über ein bilaterales Rahmenabkommen zu Handel, Investitionen und Finanzen lanciert wurden (Dok. 4, [dodis.ch/56233](https://www.dodis.ch/56233)). Im Juli besuchte Bundesrat Delamuraz an der Spitze einer grossen Delegation aus Behörden- und Wirtschaftsvertretern Brasiliens, um die Bande zum wichtigsten Handelspartner in Südamerika zu stärken. Der Besuch des Wirtschaftsministers der Schweiz – des drittgrössten ausländischen Investors in Brasilien – fiel mit der Ankündigung einer wirtschaftlichen Öffnungspolitik durch den neuen Präsidenten Fernando Collor de Mello zusammen. Die Handelsdiplomaten schwärmten enthusiastisch von einem «véritable percée dans les relations économiques suisses avec le Brésil» (Dok. 26, [dodis.ch/56121](https://www.dodis.ch/56121)). Auch die Rundreise des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge zum Jahresende nach Argentinien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Venezuela und Jamaika stand unter dem Eindruck der neoliberalen Wende auf dem südamerikanischen Kontinent. In den Gesprächen hätten bereits verschiedene vielversprechende Geschäftsmöglichkeiten aufgegleist werden können: «Ces entretiens ont mis en évidence la prise de conscience profonde des nouvelles équipes gouvernementales en place sur le caractère inéluctable d'ouverture et de libéralisation des économies de la région» (Dok. 59, [dodis.ch/54750](https://www.dodis.ch/54750)).

Obwohl sich im Jahr 1990 Europa als Schauplatz der internationalen Beziehungen gewichtig in den Vordergrund drängte, blieben neben Lateinamerika auch die beiden dominanten Mächte in Ostasien ein wichtiger Bezugspunkt für die Schweiz. Die Möglichkeit zu einer Ausleagerung der Beziehungen zur Volksrepublik China bot die neuerliche Anfrage des Dalai Lama, ob er anlässlich seines Besuchs bei der tibetischen Exilgemeinde in der Schweiz von einem Mitglied des Bundesrats empfangen werden könnte. Nach Gegenüberstellung der wichtigsten Argumente überwog schliesslich die «Rücksichtnahme auf die chinesischen Empfindlichkeiten» (Dok. 22, [dodis.ch/55586](https://www.dodis.ch/55586)). Gegenüber Japan standen dagegen die Bankbeziehungen im Fokus, ein Gebiet, auf welchem im Laufe der vorangegangenen 20 Jahre schrittweise pragmatische, den Spezifitäten beider Finanzmärkte angepasste Lösungen gefunden worden waren (Dok. 27, [dodis.ch/54862](https://www.dodis.ch/54862)). Auch die Handelsbeziehungen zur grössten Wirtschaftsmacht Afrikas, der Republik Südafrika, hatten sich intensiviert. Dies «trüge dazu bei, die Regierung Südafrikas davon abzuhalten, die Apartheid vollständig abzuschaffen», monierte der Vizepräsident des African National Congress, Nelson Mandela, im Gespräch mit Bundesrat Felber. Die Lichtgestalt der Anti-Apartheid-Bewegung besuchte wenige Monate nach seiner Haftentlassung die Schweiz und drängte den Bundesrat dazu, seine ablehnende Haltung in Bezug auf die internationalen Sanktionen gegenüber Südafrika zu überdenken, denn ohne Druck von aussen könne die vollständige Abschaffung der Rassentrennung nicht verwirklicht werden. «Alle schweizerischen Teilnehmer an diesem Gespräch waren beeindruckt von der Persönlichkeit Mandelas, von seiner Ausstrahlung, von seiner Vitalität und von seiner trotz jahrelanger Haft pragmatischen und unverbitterten Vorgehensweise, wie er eine Lösung der Probleme in Südafrika anzustreben bereit ist», informierte das EDA alle schweizerischen Vertretungen in einem Wochentelex (Dok. 25, [dodis.ch/54851](https://www.dodis.ch/54851)).

Mit seinem Besuch in Madagaskar, das sich zu einem der wichtigsten Partnerländer der Schweiz in Afrika entwickelt hatte, unterstrich Bundesrat Felber im Oktober 1990 die Tatsache, dass trotz der starken Fokussierung auf Hilfsaktionen zugunsten Osteuropas die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der «Dritten Welt» nicht in Frage gestellt würde (Dok. 39, [dodis.ch/56092](https://www.dodis.ch/56092)). Wenige Tage zuvor hatte das Parlament den neuen Rahmenkredit für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern in der Höhe von 3,3 Milliarden Franken verabschiedet. Der Bundesrat betonte in seiner Botschaft, wie wichtig es für die «Umsetzung einer kohärenteren Politik gegenüber den benachteiligten Ländern der Erde» sei, dass die Schweiz sich nicht nur auf die Entwicklungszusammen-

arbeit beschränke, sondern auch andere Bereiche wie Umwelt, Handel, Zollwesen, Flüchtlingspolitik, Technologiepolitik, Verschuldung und Kapitalflucht miteinbeziehe (Dok. 3, [dodis.ch/56143](https://www.dodis.ch/56143)). Dabei offenbarte etwa das Protokoll einer Koordinationssitzung zwischen dem Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD und der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) des EDA die ungeheure Komplexität der diversen Finanzhilfaspekte in diesem Bereich, sei es in Bezug auf die involvierten staatlichen und privaten Akteure, sei es in Bezug auf die Vielfalt von Projekten in Dutzenden von Ländern (Dok. 17, [dodis.ch/56083](https://www.dodis.ch/56083)).

Hierbei stellten sich immer wieder Fragen betreffend die Unterstützung repressiver Regimes. So gaben sich Vertreter des EDA bei einem Treffen mit dem Finanzminister von Nepal beunruhigt über die dortigen Menschenrechtsverletzungen. Das Recht der «Basisbevölkerung auf wirtschaftliche, politische und soziale Entfaltung, auf einen minimalen Gesinnungsfreiraum» sei «eine unabdingbare Voraussetzung dafür [...], dass das mit der Entwicklungszusammenarbeit unterstützte Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe überhaupt zum Tragen kommen kann». Eine weitere Zunahme der Repression im Himalayastaat würde, warnten die Beamten in Bern, die «besonders langjährige und intensive Freundschaftsbeziehung zwischen den beiden Ländern [...] durchaus gefährden» (Dok. 14, [dodis.ch/56128](https://www.dodis.ch/56128)). Ambivalent erschien der Umgang mit einem anderen langjährigen Schwerpunktland der Schweizer Entwicklungshilfe. Als das ungelöste Problem der ruandischen Flüchtlinge in den Nachbarländern zu neuerlichen militärischen Auseinandersetzungen führte, pochte die Schweiz zwar gegenüber dem ostafrikanischen Land auf die Einhaltung der Menschenrechte. Zuviel Druck – etwa in Form der Verweigerung von Entwicklungskrediten – wollte aber das EDA in dieser spannungsreichen Situation auf Präsident Juvénal Habyarimana, dessen Regime es als Stabilitätsfaktor erachtete, nicht ausüben, um dessen Handlungsspielraum nicht einzuschränken. «[I] est nécessaire de montrer à la population rwandaise que nous faisons confiance aux autorités en place», betonte der Direktor der DEH, und die beste Art, dies zu tun sei «de ne pas abandonner les opérations de développement en cours» (Dok. 48, [dodis.ch/56080](https://www.dodis.ch/56080)).

Im Falle der Kriegsmaterialexporte in die Türkei entschied sich der Bundesrat aus wirtschaftlichen Gründen – entgegen der Haltung des Aussenministeriums – für eine Weiterführung, obwohl er anerkannte, dass die Menschenrechtslage im Südosten des Landes, aus dem zahlreiche der kurdischen Flüchtlinge in der Schweiz stammten, «actuellement tout sauf satisfaisante» sei (Dok. 45, [dodis.ch/54975](https://www.dodis.ch/54975)).

Selbstbildnis im Wandel

Das EDA stand im Jahr 1990 vor mannigfachen Herausforderungen nicht nur inhaltlicher, sondern auch technischer Natur. Seit dem Ende der 1980er Jahre war die Ausrüstung der Arbeitsplätze bei der Zentrale in Bern sowie in den Aussenvertretungen mit EDV-Geräten im vollen Gange. Von der Übernahme einer «integrierten, weltweiten Bildschirmverbindung» wurde allerdings vorerst abgesehen, wie die Direktion für Verwaltungsangelegenheiten informierte. Zu gross erschien die Herausforderung, ein solches Netzwerk über den gesamten Globus einzurichten und zu unterhalten. Die Unabhängigkeit und Sicherheit der Datenübermittlung sei durch «Inselnetze», die untereinander weiterhin über den Botschaftsfunk verbunden blieben, besser gewährleistet. In Bern sollte dagegen künftig das ««Electronic Mailing» die heutige, mittelalterlich anmutende Verteilung mit den Couverts ersetzen». Allgemein beklagte das EDA, es sei bei der Informatik im Vergleich zur Privatwirtschaft und anderen Departementen unterentwickelt, und es fehle an Personal und Geld um diesen Missstand zu beheben. «Ein Hinausschieben bedeutet lediglich Produktivitätsverluste, wachsende Kosten durch den Personalaufwand und eine unattraktive Arbeitswelt, die viele gute Kandidaten vor einem Eintritt ins EDA abschreckt oder Mitarbeiter andere Stellen suchen lässt. Idealismus allein und Überstunden sind nicht die besten

Voraussetzungen, damit unser Land an vorderster Front die kommenden entscheidenden Jahre optimal mitgestalten kann», warnte das Departement (Dok. 7, [dodis.ch/56178](https://www.dodis.ch/56178)).

Angesichts des massiven Anstiegs der Besuchsdiplomatie wurde 1990 auch das noch aus dem Jahr 1958 stammende Protokollreglement revidiert. Einziger Streitpunkt war der diplomatische Rang des Bundeskanzlers, der sich vergeblich um einen Vorrang gegenüber den Präsidenten der eidgenössischen Räte bemühte (Dok. 15, [dodis.ch/55848](https://www.dodis.ch/55848)). Auch bei zahlreichen Themen, die innenpolitisch diskutiert wurden, kam das Aussendepartement nicht um eine Stellungnahme herum. So musste das EDA auch prüfen, ob das Departement und die schweizerischen Vertretungen im Ausland ebenfalls in den Fichenskandal involviert waren (Dok. 10, [dodis.ch/56182](https://www.dodis.ch/56182)).

Weniger denn je schien sich das Feld Aussenpolitik auf einen klar begrenzten Bereich zu beschränken. Der Rahmen der internationalen Beziehungen wurde zunehmend weiter gefasst und beinhaltete dauernd neue Tätigkeitsfelder. Bundesrat Felber betonte in einer Grundsatzrede vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, wie sehr das EDA mittlerweile durch interdepartementale Koordinationsaufgaben absorbiert sei, um mit den anderen Verwaltungsstellen die Position der Schweiz in den Bereichen Umweltschutz, Medien, Wissenschaft, Kultur, Transport- und Flüchtlingspolitik, Bank- und Finanzfragen sowie natürlich wirtschaftliche Angelegenheiten abzuklären (Dok. 11, [dodis.ch/56530](https://www.dodis.ch/56530)). Massgeblich für letztere war das Bundesamt für Aussenwirtschaft, dessen dominante Rolle zunehmend auch im Parlament in Frage gestellt wurde. In der Diskussion einer parlamentarischen Initiative bemängelte die Wirtschaftskommission des Nationalrats, das BAWI übe eine «paraprivate Funktion aus, indem es stark mit den Spitzenverbänden der Exportwirtschaft zusammenarbeitet». Es stelle einen «staatspolitische[n] Fremdkörper» dar und verhindere insbesondere die Mitwirkung des Parlaments am Entscheidungsfindungsprozess in ausenwirtschaftlichen Fragen (Dok. 9, [dodis.ch/56535](https://www.dodis.ch/56535)).

Doch schweizerische Aussenpolitik sei nicht reine Aussenhandelspolitik, wie ein oft geäussertes Vorwurf lautete, betonte Bundesrat Felber anlässlich der Botschafterkonferenz im August. Das wachsende Engagement bei friedenspolitischen Massnahmen der UNO, die Hilfe an die Länder Osteuropas, die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak: All diese Entscheide seien nicht durch schnöde «*préoccupations mercantiles*» motiviert. Die Ansprache Felbers bestach durch dessen Überlegungen zur Rolle des von ihm geführten Departements, die der sozialdemokratische Magistrat gerade in dieser entscheidenden Umbruchszeit – und dies nicht nur in der Europapolitik – auch als diejenige eines Vermittlers und Aufklärers gegenüber einer als ignorant empfundenen Bevölkerung sah. «[N]ous sommes là pour convaincre nos concitoyens que leur regard ne doit pas s'arrêter au mur d'en face ni même à la frontière de notre pays – il est trop petit», mahnte er das versammelte diplomatische Corps im Bernerhof. «Il faut savoir regarder ailleurs, il n'y a pas lieu d'inventer quoi que ce soit pour cela. Il faut rendre conscients les Suisses que leur pays n'est pas une île et qu'il y a après leur frontière des horizons énormes à découvrir. Et entre leur œil et l'horizon le plus lointain il y a des millions d'hommes et de femmes qui vivent et auxquels il faut penser.» Es gelte ebenfalls, sich von der lang gehegten Vorstellung der Schweiz als «Sonderfall» zu verabschieden. «[L]a Suisse, État, Nation, n'est pas un «Sonderfall» c'est un petit morceau de la géographie du continent européen et c'est un État qui a les mêmes responsabilités que tous les autres États de ce continent et du monde», so das engagierte Plädoyer des Aussenministers für eine Normalisierung der internationalen Rolle der Schweiz. Viele Botschafter hätten sich während der Konferenz dahingehend geäussert, dass die Schweiz sich sowohl der EG, der UNO als auch den Bretton-Woods-Institutionen anschliessen müsse. «Dans le monde contemporain, le fait de n'appartenir à aucun «club» rend la conduite des relations extérieures particulièrement difficile voire quelquefois impossible», resümierte Bundesrat Felber die Diskussionen des schweizerischen diplomatischen Corps: «Or seule une politique étrangère engageant la Suisse dans un rôle d'État solidaire de la communauté internationale, seule

une politique de ce type menée fermement par le Conseil fédéral saura faire face à ces défis»
(Dok. 32, dodis.ch/54342).

Bern, November 2020

THOMAS BÜRGISSER und SACHA ZALA

IV. Dokumentenverzeichnis

Table des documents

Indice e sommario dei documenti

1

[19.1.1990]
dodis.ch/54926

Memorandum über den Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen

Der Bundesrat hat die Absicht, dem IWF und der Weltbank beizutreten. Bedingung ist die Einsitznahme in den Verwaltungsräten. Diesem Vertretungsanspruch könnte durch die Schaffung einer neuen Ländergruppe Zentraleuropas entsprochen werden.

2

30.1.1990
dodis.ch/56007

Notice du DFAE sur les relations bilatérales Suisse–Yougoslavie

Aperçu des relations générales avec la Yougoslavie, où l'attitude coopérative de la Suisse n'a guère amené Belgrade à assouplir sa position dans les points de friction, causés par la présence en Suisse d'un fort contingent d'émigrés yougoslaves.

3

2.2.1990
dodis.ch/56143

Antrag des EDA an den Bundesrat betreffend der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten der Entwicklungsländer

Die dem Parlament vorgelegte Botschaft über einen neuen Rahmenkredit von 3,6 Mrd. CHF erläutert die Gründe für die nominell starke Ausweitung der Unterstützungsleistungen und gibt einen Überblick über das Programm der Entwicklungszusammenarbeit.

4

5.2.1990
dodis.ch/56233

Entretiens avec le Président mexicain Salinas de Gortari à Davos et à Berne

La Suisse profite de la venue de chefs d'État au WEF pour mener des entretiens sur l'Europe, le GATT et l'OCDE. Le Président mexicain est ensuite invité à Berne, où il rencontre des Conseillers fédéraux pour discuter d'un accord-cadre économique.

5

12.2.1990
dodis.ch/56181

Entretien des Conseillers fédéraux Felber, Stich et Delamuraz avec le Président polonais Jaruzelski

La Pologne, avec ses réformes irréversibles, est à la pointe des transformations en cours en Europe de l'Est. La Suisse soutient ce processus à l'aide d'un nouveau crédit-cadre pour les pays de l'Est et par sa participation au fonds de stabilisation.

6

16.2.1990

dodis.ch/55139

Séance interdépartementale sur les relations bilatérales Suisse–États-Unis d'Amérique

Des représentants de tous les départements se réunissent à propos de problèmes relatifs aux relations avec les États-Unis, en vue des voyages imminents de plusieurs Conseillers fédéraux et de hauts fonctionnaires de l'administration fédérale.

7

16.2.1990

dodis.ch/56178

Notiz des EDA betreffend Fragen der technischen Mittel

Im Bereich der Informatik ist das EDA unterentwickelt. Mit technischen Mitteln soll die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Dazu sind diverse Projekte im Bereich Büroautomation und elektronische Textverarbeitung vorgesehen.

8

19.2.1990

dodis.ch/54934

Ausserordentliche Sitzung des Bundesrats zur Flüchtlingspolitik und zur Europäischen Integration

Die Zunahme der Asylgesuche und der Druck der Kantone veranlassen den Bundesrat, die Thematik eingehend zu diskutieren. Zudem werden die EWR-Verhandlungen zum zentralen Thema der Aussenpolitik und der Bundesrat muss auch hierzu seine Politik definieren.

9

20.2.1990

dodis.ch/56535

Sitzung der Wirtschaftskommission des Nationalrats über die Mitwirkung des Parlaments an der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik

Die Initiative von Nationalrat Zbinden fordert einen stärkeren Einbezug des Parlaments in die Aussenwirtschaftspolitik. Dies würde die Macht der Spitzenverbände einschränken und die öffentliche Diskussion über Europa befeuern.

10

23.2.1990

dodis.ch/56182

Der Vorsteher des EDA, Bundesrat Felber, an Bundespräsident Koller betreffend Datensammlungen der Bundesverwaltung

Die Fichen-Affäre fördert das sensible Dossier «Partei der Arbeit» der schweizerischen Botschaften zu Tage. Dieses enthält eine kontinuierliche Berichterstattung über Aktivitäten dieser Partei in Osteuropa. Das Bekanntwerden könnte weitreichende Folgen haben.

11

27.2.1990

dodis.ch/56530

Séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national sur le fonctionnement de la politique étrangère suisse dans un monde en mutation

Les mutations des relations internationales génèrent des changements au niveau du travail des ambassadeurs, ainsi que dans la préparation des dossiers. Les nombreux thèmes à traiter parallèlement mettent en lumière les problèmes de personnel du DFAE.

12

27.2.1990
dodis.ch/56158

Séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États sur la coopération avec des pays d'Europe de l'Est

En réponse aux bouleversements en Europe, le Conseil fédéral a préparé un crédit-cadre pour les pays de l'Est. La Suisse soutient la Pologne et la Hongrie dans les domaines de la culture, de l'économie, de la science, de la formation, de l'environnement et de l'aide humanitaire.

13

26.3.1990
dodis.ch/54922

Gespräche des Vorstehers des EFD, Bundesrat Stich, in Washington betreffend den Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen

Der Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen und insbesondere zum IWF wirft die Frage nach der Rolle der Schweiz in diesen Institutionen auf. Die Schweiz strebt einen Sitz im Exekutivrat an und sucht die Unterstützung der USA.

14

4.4.1990
dodis.ch/56128

Gespräche mit dem nepalesischen Finanzminister Pradhan

Die Menschenrechtsverletzungen und die zunehmende Repression seit dem Einsetzen der prodemokratischen Unruhen in Nepal untergraben die Bemühungen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit und stellen deren Legitimität in Frage.

15

6.4.1990
dodis.ch/55848

Proposition du DFAE au Conseil fédéral concernant le Règlement protocolaire de la Confédération

Afin d'être en mesure de répondre à de nouvelles exigences et de remplir ses obligations internationales, le Conseil fédéral doit urgemment se doter d'un nouveau règlement protocolaire.

16

9.4.1990
dodis.ch/54605

Gespräche des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, mit dem dänischen Ministerpräsidenten Schlüter und Aussenminister Ellemann-Jensen

In den Gesprächen mit dem wichtigen EFTA-Partner Dänemark werden die europäische Integration, die Verhandlungen zwischen der EFTA und der EG und die Entwicklung in Osteuropa inkl. Aspekte der Sicherheitspolitik besprochen.

17

24.4.1990
dodis.ch/56083

Interdepartementale Koordinationssitzung über Finanz- und Wirtschaftshilfe gegenüber den Entwicklungsländern

Im Rahmen einer Koordinationssitzung zwischen dem BAWI und der DEH findet eine gegenseitige Information über laufende Aktionen mit Schwerpunkt in den Bereichen Finanzhilfe und Handelsförderung sowie über diverse multilaterale Kooperationen statt.

18

26.4.1990
dodis.ch/56127

Le Secrétaire d'État du DFEP, Blankart, sur la Session extraordinaire de l'Assemblée générale des Nations Unies à New York

Malgré une politique très active du Conseil fédéral depuis le vote négatif sur l'adhésion à l'ONU, l'absence de la Suisse dans cette arène essentielle continue à être un non-sens remarquable, manifestant d'une extraordinaire propension à l'autodiscrimination.

19

10.5.1990

dodis.ch/54937*Ausserordentliche Sitzung des Bundesrats zur Sicherheitspolitik*

An einer Klausursitzung diskutiert der Bundesrat verschiedene Aspekte der Sicherheitspolitik. Es geht um eine erste Aussprache über den Bericht zur Sicherheitspolitik 90, das neue Kampfflugzeug F/A-18 und die geheime Widerstandsorganisation P-26.

20

11.5.1990

dodis.ch/54816*Directives générales à la délégation suisse pour les négociations du GATT*

La Suisse se fixe six priorités pour les négociations de l'avant-dernière phase des négociations du cycle de l'Uruguay: la clause de sauvegarde, la propriété intellectuelle, l'accès aux marchés, l'agriculture, les textiles et les services.

21

21.5.1990

dodis.ch/56125*Entretien du Président de la Confédération Koller et des Conseillers*

fédéraux Felber, Delamuraz, Ogi et Villiger avec le Président du Conseil des ministres italien Andreotti

La visite du Président du Conseil italien Andreotti est l'occasion d'aborder les négociations de l'EEE, dans lesquelles l'Italie est un partenaire actif de la Suisse, la CSCE, à propos de laquelle les vues transalpines divergent, et enfin, les problèmes bilatéraux.

22

29.5.1990

dodis.ch/55586*Frage des Empfangs des Dalai Lama im EDA*

Es sprechen diverse Gründe für einen Empfang des Dalai Lama durch Bundesrat Felber. Gleichzeitig gibt es auch Argumente für die Beibehaltung der schweizerischen Politik, auf die chinesischen Empfindlichkeiten in dieser Frage Rücksicht zu nehmen.

23

5.6.1990

dodis.ch/55262*Informations du Conseil fédéral sur la négociation d'un Traité EEE*

Les deux départements responsables de l'intégration européenne élaborent un résumé des principaux blocages avant la dernière phase des négociations sur le Traité EEE. L'unité de l'AELE reste un problème majeur à l'heure où la CE durcit ses positions.

24

8.6.1990

dodis.ch/54523*Thesenpapier zur schweizerischen Neutralität*

Verschiedene Entwicklungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts sowie die europäische Integration stellen Bedeutung, Wert und Sinn der Neutralität als Institut des Völkerrechts, aussenpolitisches Instrument sowie politische Maxime der Schweiz in Frage.

25

11.6.1990

dodis.ch/54851*Gespräch des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, mit dem*

Vizepräsidenten des African National Congress, Mandela

Im Gespräch mit Bundesrat Felber bittet Mandela die Schweiz, sich der europäischen Sanktionspolitik anzuschliessen. Die guten Handelsbeziehungen würden dazu beitragen, die Regierung von der vollständigen Abschaffung der Apartheid abzuhalten.

26

9.7.1990

dodis.ch/56121*Rapport sur la Mission économique suisse au Brésil*

La formule d'une délégation mixte pour une visite au Brésil a porté ses fruits. Principal partenaire latino-américain, le Brésil est sur le point de libéraliser son économie, et l'importante délégation suisse s'est idéalement positionnée pour en tirer bénéfice.

27

9.7.1990

dodis.ch/54862*Notiz zu den Bank- und Finanzbeziehungen Schweiz-Japan*

Die Finanzbeziehungen mit Japan sind deshalb so positiv, weil in den letzten Jahren in offener und kreativer Weise, aber auch pragmatisch, den Spezifikationen beider Finanzmärkte angepasste Lösungen gefunden werden konnten.

28

1.8.1990

dodis.ch/55291*Lettre du Chef de la Mission suisse auprès des Communautés européennes sur les négociations EEE*

Le constat sur les chances de succès des négociations de l'EEE est très pessimiste. La CE ne désire pas s'encombrer d'un accord complexe alors qu'elle doit déjà digérer la réunification allemande et l'indépendance soudaine des pays de l'Est.

29

13.8.1990

dodis.ch/55715*Interne Information des EDA zur Krise in Irak und Kuwait*

Die Schweiz betrachtet die Annexion Kuwaits durch den Irak als völkerrechtswidrig. Im EDA wurde hierzu ein Sonderstab gebildet. Die Bemühungen für eine Evakuierung der Schweizer Bürger in der Region scheiterten bis anhin am Widerstand der irakischen Behörden.

30

15.8.1990

dodis.ch/54497*Beurteilung der Wirtschaftsmassnahmen gegenüber Irak und Kuwait aus der Sicht der schweizerischen Neutralität*

Die Neutralität als Mittel zur Verwirklichung der aussenpolitischen Ziele muss stets überprüft werden. Die Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak liegen im aussenpolitischen Interesse der Schweiz und sind mit der Neutralität vereinbar.

31

16.8.1990

dodis.ch/56036*Schlussbericht zum UNTAG-Einsatz in Namibia*

Der schweizerische Einsatz im Rahmen der UNTAG war die erste Beteiligung des Landes an einer friedenserhaltenden Operation der UNO. Dieser Einsatz hat der Schweiz innenpolitisch wie international viel Wohlwollen eingebracht.

32

23.8.1990

dodis.ch/54342*Conclusions du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Felber, à la Conférence des Ambassadeurs*

Alors que l'attention du monde est retenue par la crise du Golfe, la conférence des ambassadeurs a respecté l'universalité habituelle des thèmes, en abordant l'effondrement du monolithe soviétique, l'intégration européenne et l'unification allemande.

33

28.8.1990

dodis.ch/55680*Notiz des EDA zum Unterstützungsprogramm für Ostmitteleuropa*

Die Absichtserklärung mit Ungarn vom 27. August 1990 bildet für die Schweiz zwar ein neues, international aber durchaus übliches Instrument der Aussenpolitik. Es bietet den politischen Rahmen für das eingeleitete Unterstützungsprogramm.

34

[7.9.1990]

dodis.ch/56205*Notiz des EDA über neueste Entwicklungen und Perspektiven der KSZE*

Die KSZE-Treffen über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn und über die menschliche Dimension in Kopenhagen haben verdeutlicht, dass die Konfrontation zwischen den zwei Blöcken überwunden ist und einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit Platz gemacht hat.

35

17.9.1990

dodis.ch/55552*Gespräch des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, mit dem Ministerpräsidenten der DDR, de Maizière*

Kurz vor der Auflösung der DDR, stattet Ministerpräsident de Maizière der Schweiz einen offiziellen Arbeitsbesuch ab. Im Gespräch mit Bundesrat Felber werden die europäische Architektur, die deutsche Vereinigung und bilaterale Fragen behandelt.

36

18.9.1990

dodis.ch/54935*Discussion du Conseil fédéral sur la politique agricole*

Le Conseil fédéral discute la politique agricole, au regard des négociations du GATT et avec la CE. Les milieux paysans sont inquiets du manque d'informations. Le choc de la population risque d'être rude lorsque la nouvelle politique agricole sera annoncée.

37

24.9.1990

dodis.ch/55182*Gespräch des Bundespräsidenten Koller sowie der Bundesräte Delamuraz, Felber, Villiger und Ogi mit der britischen Premierministerin Thatcher*

Es werden die europäische Integration die Golfkrise und der Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen besprochen. Die britische Aussenpolitik ist oft zurückhaltend und somit der schweizerischen Praxis ähnlich.

38

26.9.1990

dodis.ch/56177*Der Generalsekretär des EDA über eine Besprechung mit dem Generalstaatsanwalt des Kantons Genf*

Ein Ermittlungsverfahren des Kantons Genf im Zusammenhang mit der Entführung von zwei Schweizer IKRK-Mitarbeitern im Libanon erhöht das Sicherheitsrisiko vor Ort und könnte die Schweizer Diplomatie auf verschiedenen Ebenen in Schwierigkeiten bringen.

39

11.10.1990

dodis.ch/56092*Bilan du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Felber, sur son voyage à Madagascar*

Le bilan de la visite à Madagascar est très positif. L'accent a été mis sur la poursuite de l'aide à la balance des paiements et la coopération au développement. Cette dernière se concentre sur la santé, la foresterie et la construction de routes.

40

16.10.1990
dodis.ch/55958

Entretiens du Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Delamuraz, à Reykjavik, Stockholm et Helsinki

À l'approche des négociations décisives pour le traité de l'EEE, le Conseiller fédéral Delamuraz effectue une tournée scandinave, afin de coordonner la stratégie des pays de l'AELE, de fixer ce qui est jugé comme exception et les concessions que ces pays sont prêts à faire.

41

23.10.1990
dodis.ch/56180

Notiz des EDA betreffend Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zur UNO

Der Beitritt Liechtensteins zur UNO hat keine Konsequenzen auf dessen Verhältnis zur Schweiz. Die Entspannung zwischen Ost und West stellt aber sonst neue Herausforderungen an die Haltung der Schweiz zur Weltorganisation.

42

26.10.1990
dodis.ch/56411

Notiz des EDA über die Europapolitik

Minister von Däniken meint, Bundesrat Felber gehe davon aus, dass der EWR-Vertrag hinter den Erwartungen zurückbleiben, der Bundesrat jedoch jeden Vertrag annehmen werde. Für Felber bilde der EWR eine Zwischenstufe auf dem Weg zur EG-Mitgliedschaft.

43

29.10.1990
dodis.ch/56427

Notiz des EDA über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Die BRD hat mit der Wiedervereinigung ihr aussenpolitisches Hauptziel erreicht. Dennoch wird Deutschland keine globale Grossmacht sein. Die Schweiz begegnet erstmals einem Gesamtdeutschland mit den gleichen Werten.

44

11.1990
dodis.ch/56631

Artikel des schweizerischen Botschafters in Bonn zur deutschen Wiedervereinigung für das EDA-Magazin «La Suisse et le Monde»

Die deutsche Wiedervereinigung überraschte am Tempo, in dem sie über die Bühne ging. Doch Angst vor dem grösseren Nachbarn im Norden wäre für die Schweiz völlig deplatziert.

45

5.11.1990
dodis.ch/54975

Proposition du DFAE et du DMF au Conseil fédéral concernant l'exportation de matériel de guerre vers la Turquie

Le Conseil fédéral décide de maintenir sa pratique en matière d'autorisations d'exportation d'armes vers la Turquie, malgré des atteintes aux droits de l'homme. La Suisse s'associe néanmoins aux condamnations des organisations multilatérales.

46

6.11.1990
dodis.ch/56282

Discours d'ouverture du Président de la Confédération Koller à la conférence mondiale sur le climat à Genève

Le climat est une thématique qui préoccupe l'humanité entière. Il s'agit d'intervenir de façon résolue et globale, afin d'enrayer les pollutions et de mettre un terme au saccage des ressources naturelles et ainsi de préserver la planète pour les générations futures.

47

8.11.1990

dodis.ch/55025*Notice du DFAE concernant la position suisse face au Proche-Orient*

Mise au point de la position suisse face aux problèmes du Moyen-Orient, notamment par rapport au conflit israélo-palestinien et à la guerre du Liban. La Suisse est prête à accueillir des conférences de paix et offre ses bons offices dans ces conflits.

48

14.11.1990

dodis.ch/56080*Notice du DFAE concernant la poursuite du programme de coopération avec le Rwanda*

Au vu du conflit et de la crise économique au Rwanda, une suspension de l'assistance suisse risque d'accroître les difficultés et d'augmenter des tensions déjà très vives. La Suisse est confiante que le Président Habyarimana trouve une solution au conflit.

49

15.11.1990

dodis.ch/56241*Discorso del Capo del DFTCE, Consigliere federale Ogi, a Bellinzona sulla nuova linea ferroviaria attraverso le Alpi svizzere*

Spiegazione della politica federale dei trasporti. Quest'ultima si basa su quattro principi fondamentali: libertà di scelta dei mezzi, priorità al trasporto pubblico, smaltimento del volume supplementare e disponibilità a diventare il paese pilota per l'Europa.

50

19.11.1990

dodis.ch/54685*Rede des Bundespräsidenten Koller am Pariser Gipfeltreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*

Bundespräsident Koller verweist auf das epochale Ereignis, das die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedstaaten bezeugen, dass die Teilung Europas nunmehr der Vergangenheit angehört und eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen Ost und West beginnt.

51

23.11.1990

dodis.ch/54683*Bilaterale Treffen des Bundespräsidenten Koller sowie des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, während des Pariser Gipfeltreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*

Im Reigen der bilateralen Treffen und informellen Gespräche während des Pariser KSZE-Gipfels standen die EWR-Verhandlungen (Italien, Finnland, Schweden, Norwegen) und die Unterstützung an Ostmitteleuropa (Ungarn, Rumänien, Bulgarien) im Vordergrund.

52

26.11.1990

dodis.ch/55288*Informations sur l'état des négociations EEE pour la Commission de l'économie du Conseil national*

Le Conseiller fédéral Delamuraz défend l'idée qu'il est possible de parvenir à un bon accord avec la CE. Cela malgré que l'AELE soit désunie et que la CE montre peu d'intérêt à négocier en profondeur. Les Conseillers nationaux, eux, se montrent moins positifs.

53

26.11.1990
dodis.ch/56148

Interdepartementale Sitzung über den Beitritt der Schweiz zum Erstasylabkommen der EG

Ein Beitritt der Schweiz zum Erstasylabkommen der EG wird grundsätzlich von allen Stellen befürwortet. Das Erstasylabkommen ist nicht Teil der EWR-Verhandlungen. Die Möglichkeit, ausserhalb des EWR mit der EG zusammenzuarbeiten, sollte genutzt werden.

54

26.11.1990
dodis.ch/55850

Gespräche des Bundespräsidenten Koller sowie der Bundesräte Stich und Felber mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Havel

Die Tschechoslowakei spielt eine wichtige Rolle bei der Neugestaltung Europas. Die Schweiz begrüsst bspw. den Beitritt der ehemaligen Ostblockstaaten zum Europarat oder einen multilateralen Stabilitätsfonds für die CSFR.

55

26.11.1990
dodis.ch/54763

L'Ambassadeur de Suisse à Washington sur les incidents de Genève lors de la visite du Président Bush

Les incidents lors de la visite du Président Bush à Genève ont excité les esprits des membres de son entourage et de la presse américaine, qui continue à répandre une mauvaise image de Genève comme lieu de rencontre internationale.

56

30.11.1990
dodis.ch/54945

Ausserordentliche Sitzung des Bundesrats zur Fichenaffäre, dem EWR, der PUK-EMD und den Geiseln im Irak

Der Bundesrat diskutiert über die Einsicht in die Fichen und Dossiers der Bundesanwaltschaft, die laufenden Verhandlungen über den EWR-Vertrag, die PUK EMD und die Geiseln im Irak.

57

11.12.1990
dodis.ch/54822

Rapport sur la Conférence ministérielle à Bruxelles du GATT

Les négociations finales du GATT sont un échec: elles ont buté sur des désaccords à propos de questions agricoles, des textiles et des clauses de sauvegarde. La Suisse s'était fixée des objectifs ambitieux mais l'attitude des grandes puissances a été fatale.

58

12.12.1990
dodis.ch/55430

Entretiens du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Felber, avec le Vice-président soviétique Loukianov et le Ministre des affaires étrangères Chevardtnadze à Moscou

La teneur des entretiens avec les interlocuteurs soviétiques traduit bien la préoccupation centrale des autorités, qui consiste à tenir le cap au-delà la mauvaise saison. Elles expriment ouvertement le besoin de soutien de leur pays dans une phase difficile.

59

14.12.1990
dodis.ch/54750

Rapport du Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux sur sa mission en Amérique latine

Lors de cette mission en Amérique latine, il est notamment question de conclure des accords financiers avec l'Argentine, le Chili et la Colombie, ainsi que de discuter de problèmes bilatéraux et de l'intégration économique à l'échelle sud-américaine.

60

14.12.1990

dodis.ch/55703*Séance du Conseil national sur la crise du Golfe*

Le jour après la libération des derniers otages suisses en Irak, le Conseiller fédéral Felber explique la politique suisse pendant la crise du Golfe. Les déclarations des membres du Conseil national qui suivent le discours de Felber sont critiques face à cette politique.

61

18.12.1990

dodis.ch/54526*Information des EDA zur Anerkennung der Baltischen Republiken*

Die Schweiz anerkennt grundsätzlich den Anspruch auf Unabhängigkeit der baltischen Staaten, die Elemente zu deren Anerkennung sind jedoch noch nicht erfüllt. Auf dieser Basis erscheint immerhin eine praktische Zusammenarbeit möglich.

62

27.12.1990

dodis.ch/56245*Der schweizerische Botschafter in Teheran zur Wiedereinführung der Visumpflicht für offizielle iranische Pässe*

Die Visummassnahmen der Schweiz implizieren gemäss iranischer Regierung, dass die Schweiz Teheran den Mord am Oppositionellen Rajavi in Genf zuschreibe. Der Iran befürchtet eine schwerwiegende Störung der bilateralen Beziehungen.

V. Dokumente

Documents

Documenti



Ansprache von Bundespräsident Arnold Koller anlässlich des Neujahrsempfangs für das diplomatische Corps am 11. Januar 1990 in der Wandelhalle des Bundeshauses, dodis.ch/57283 (CH-SNM LM-179658.22).

1

dodis.ch/54926

Memorandum über den Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen¹

AIDE-MÉMOIRE

[Bern, spätestens 19. Januar 1990]

1. Der Bundesrat (schweizerische Regierung) hat die Absicht, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe beizutreten und somit die Beziehungen der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen zu normalisieren.² Zu diesem Zweck hat er den Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes³ zusammen mit dem Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank⁴ beauftragt, vorerst informell die Beitrittsbedingungen abzuklären.

2. Die Politik der Schweiz war es immer gewesen, jenen internationalen Organisationen beizutreten, deren Zielsetzungen, Statuten und Tätigkeiten ihren fundamentalen Interessen entsprechen und mit ihrer Neutralität vereinbar sind. So ist die Schweiz mit Ausnahme der Bretton-Woods-Institutionen (BWI) sämtlichen technischen Organisationen der UNO beigetreten.

Die Frage eines Beitritts zu den BWI wurde bei verschiedenen Gelegenheiten geprüft, erstmals im Jahr 1947.⁵ Bis in die achtziger Jahre haben währungspolitische Gründe von diesem Schritt abgehalten.⁶ Als diesbezüglich keine ernsthaften Bedenken gegen den Beitritt zu den BWI mehr bestanden, war es jedoch die UNO-Mitgliedschaft, der aus politischen Gründen die zeitliche Priorität eingeräumt wurde. Der negative UNO-Volksentscheid⁷ verzögerte die Bemü-

-
- 1 CH-BAR#E6100C#2003/394#35* (972.19). Dieses Memorandum wurde von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe mit Vertretern des EDA, des EVD, des EFD und der SNB vorbereitet. Für die Strategie der Arbeitsgruppe vgl. das BR-Prot. Nr. 2417 vom 20. Dezember 1989, dodis.ch/55676. Dieses Memorandum figurierte als Beilage des Einladungsschreibens für die konstituierende Sitzung der schweizerischen Delegation für die exploratorischen Gespräche im Hinblick auf einen allfälligen Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen vom 23. Januar 1990. Dieses Einladungsschreiben des Vorstehers des EFD, Bundesrat Otto Stich, ging am 19. Januar 1990 an den Präsidenten der SNB, Markus Lusser, an den Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, an den Direktor der Finanzverwaltung des EFD, Ulrich Gygi, sowie an den Direktor des Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD, Staatssekretär Franz Blankart, vgl. dodis.ch/55769. Das Memorandum wurde auch zur Vorbereitung von bilateralen Besuchen verwendet, vgl. bspw. DDS 1990, Dok. 6, dodis.ch/55139.
- 2 Für eine Übersicht über die Beziehungen der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen vgl. das BR-Prot. Nr. 2417 vom 20. Dezember 1989, dodis.ch/55676, den Bericht des ersten Departements der SNB über die Strategie für einen Beitritt vom 8. Februar 1990, dodis.ch/56953 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1731.
- 3 Otto Stich.
- 4 Markus Lusser.
- 5 Vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 26, dodis.ch/321 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1731.
- 6 Für die Diskussion über einen Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen in den 1970er Jahren vgl. dodis.ch/38459, dodis.ch/38485 sowie dodis.ch/53938.
- 7 Vgl. den Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung von 16. März 1986 (Beitritt der Schweiz zur UNO) vom 22. April 1986, dodis.ch/56325. Vgl. dazu auch die thematische Zusammenstellung Abstimmung über den UNO-Beitritt (1986), dodis.ch/T1772.

hungen, den BWI beizutreten, auch wenn keine sachlichen Zusammenhänge zwischen diesen beiden Fragen bestehen.

3. Der Bundesrat ist einerseits der Überzeugung, dass die Schweiz, wenn sie Mitglied der Bretton-Woods-Institutionen wird, die solidarischen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft auf den Gebieten der währungs- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit, der Entwicklungspolitik sowie der Schuldenproblematik wirkungsvoller unterstützen kann.⁸ Andererseits rufen die bedeutenden finanziellen Beiträge der Schweiz an die Bretton-Woods-Institutionen nach einem erweiterten Mitspracherecht. So wird sich unser Land mit einem Anteil von 1,6% (ca. 12. Stelle) an der nächsten Wiederaufstockung der Mittel der IDA in der Form von Kofinanzierungen beteiligen. Was die Währungsaktionen anbetrifft, hat die Schweiz u. a. einen Anteil von 3,6% an die Ölfazilität 1975, 8,4% an die zweite zusätzliche Finanzierungsfazilität, 3,3% an die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität und 6% an die Allgemeinen Kreditvereinbarungen geleistet.⁹ Obschon verschiedene Industrieländer nicht daran partizipierten, hat sich die Schweiz kürzlich mit einem Betrag von 3% am Stabilisierungsfonds für Polen beteiligt, der unter der Patenschaft des Währungsfonds entstanden ist.¹⁰

4. Als Mitglied der Bretton-Woods-Institutionen wird unser Land voraussichtlich eine rasch wachsende Gläubigerposition aufbauen. Daher betrachtet die Schweiz die permanente Einsitznahme in den Verwaltungsräten des IMF und der Weltbank als Voraussetzung für ihren Beitritt. Diesem Vertretungsanspruch könnte durch die Schaffung einer neuen Ländergruppe entsprochen werden. Im Hinblick auf die Umwälzungen im Osten könnte die Schaffung einer neuen Ländergruppe im zentralen Europa unter der Führung eines neutralen Landes gelegen kommen.¹¹

5. Der Anspruch der Schweiz auf die Leitung einer Ländergruppe erscheint angemessen, wenn man folgende Faktoren berücksichtigt:

- Die Schweiz wird den Bretton Woods-Institutionen als potentieller Kreditgeber beitreten;
- der Schweizerfranken steht als Reservewährung im sechsten Rang;
- die schweizerische Wirtschaft steht, was die Direktinvestitionen im Ausland anbetrifft, an fünfter Stelle;
- der schweizerische Finanzplatz spielt eine wesentliche Rolle bei der Finanzierung der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken;
- die schweizerischen Währungsbehörden beteiligen sich – wie bereits erwähnt – regelmässig mit substantiellen Beiträgen an internationalen Währungsaktionen, einschliesslich die Überbrückungskredite der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die einen Vorbezug der Kredite der Bretton-Woods-Institutionen ermöglichen;
- die Schweiz wurde 1984 als Vollmitglied in die Zehnergruppe aufgenommen,¹² deren übrige Mitglieder durch einen Exekutivdirektor im Verwaltungsrat des Währungsfonds (und der Weltbank) vertreten sind.

6. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die massgebenden Mitglieder dieser Institutionen die dargelegten Fakten bei der Bemessung der schweizerischen Quote gebührend berücksichtigen werden. Sie verfügen dabei über genügend Handlungsspielraum, denn die effektiven Quoten

8 Vgl. dazu das Protokoll des Bankausschusses der SNB vom 18. Mai 1990, dodis.ch/56984 sowie den Bericht des ersten Departements der SNB vom 24. August 1990 über die Kompetenzen des Bundesrats und der SNB im Falle eines Beitritts, dodis.ch/56962.

9 Zur Frage der Quotenberechnung im IWF vgl. dodis.ch/55769, Beilage 5.

10 Zum Stabilisierungsfonds für Polen vgl. dodis.ch/55720.

11 In Beilage 4 des erwähnten Einladungsschreibens (Anm. 1) werden verschiedene Varianten für einen Exekutivratsitz der Schweiz beurteilt, vgl. dodis.ch/55769.

12 Vgl. das BR-Prot. Nr. 590 vom 4. April 1984, dodis.ch/56329 sowie das BR-Prot. Nr. 1773 vom 7. November 1984, dodis.ch/56334.

der Industrieländer beim Währungsfonds liegen aus historischen, politischen, geopolitischen und anderen Gründen zwischen 30 und 80% der berechneten Quote. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass eine angemessene Quote für die Schweiz aufgrund der gegenwärtigen Quotenbasis 2,1 Milliarden SZR betragen sollte.

7. Im Hinblick auf die einschlägigen Verfassungsbestimmungen könnte der Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen im Sommer 1992 erfolgen, wobei das Verfahren ein fakultatives Referendum vorsieht. Der Bundesrat – sofern den schweizerischen Mitspracheansprüchen entsprochen wird – wartet mit Zuversicht auf den Ausgang der öffentlichen Debatte über den Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen. Denn der Integrationsprozess in Westeuropa und die Umwälzungen im Osten werden auch in der Schweiz den Gang der Geschichte beschleunigen. Das Parlament und die Öffentlichkeit werden sich intensiv mit der Stellung unseres Landes in Europa auseinandersetzen müssen. In dieser Phase der Hinwendung zu Europa dürfte die Normalisierung der Beziehungen zu den Institutionen von Bretton Woods den notwendigen und willkommenen Ausgleich schaffen sowie gleichzeitig die offene Haltung gegenüber der Welt dokumentieren.

2

dodis.ch/56007

Notice du DFAE¹

LES RELATIONS BILATÉRALES SUISSE–YUGOSLAVIE

Berne, 30 janvier 1990

Relations politiques générales

Nos relations bilatérales avec la Yougoslavie se sont intensifiées ces dernières années et revêtent actuellement un caractère complexe. Outre l'importance croissante de la colonie yougoslave en Suisse, l'approfondissement de nos contacts avec la Yougoslavie peut être mis au compte de deux éléments principaux: d'une part, la CSCE a permis dès le début des années soixante-dix une coopération entre les deux pays dans le cadre des N+N.² D'autre part, la Suisse a joué dès le début de 1983 un rôle très actif en tant que coordonnateur d'une action multilatérale d'assistance

1 CH-BAR#E2010A#1999/367#590* (B.15.21). Cette notice a été rédigée par Jean-François Kammer, de la Division politique I de la Direction politique du DFAE, visiblement en préparation de la venue en Suisse du Premier Ministre yougoslave Ante Marković à l'occasion du Forum économique mondial de Davos en début février 1990. Pour l'entretien de Marković avec le Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, cf. DDS 1990, doc. 4, dodis.ch/56233, note 3. La structure principale du texte provient d'une notice analogue rédigée par Jean-Jacques de Dardel en préparation de la visite d'Edouard Brunner, alors Secrétaire d'État du DFAE, à Belgrade en septembre 1985, cf. dodis.ch/56800. Des versions successivement complétées et ajustées de cette notice de de Dardel, qui était responsable pour les relations bilatérales avec la Yougoslavie jusqu'en 1989, sont utilisées en préparation des différents entretiens de haut niveau entre les deux pays pendant la fin des années 1980.

2 Cf. DDS, vol. 27, doc. 117, dodis.ch/48925 et doc. 173, dodis.ch/49326.

financière à la Yougoslavie.³ Partant de considérations stratégiques générales, la Suisse poursuit une politique d'appui à la Yougoslavie. Force est de constater cependant que, notre attitude coopérative, dans les domaines économiques et financiers en particulier, n'a guère amené Belgrade à assouplir sa position dans les points de friction de nos relations.

Les contacts politiques à haut niveau ont longtemps été fréquents, dans les arènes internationales ou dans le cadre de visites bilatérales. Le Conseiller fédéral Aubert s'est rendu à Belgrade en novembre 1984.⁴ Le MAE Dizdarevic prévoyait de se rendre à Berne au début de 1986. Sa visite à été annulée en raison d'un premier refroidissement de nos relations causé par l'expulsion par la Suisse d'un diplomate yougoslave.⁵ La venue du Secrétaire fédéral suppléant aux AE, M. Loncar, en décembre 1987,⁶ a représenté une reprise des contacts bilatéraux réguliers, poursuivis depuis lors à Vienne où, en marge de la CSCE, le Conseiller fédéral Felber a rencontré son homologue, M. Loncar (devenu entretemps Secrétaire fédéral aux AE).⁷ C'est à l'invitation expresse de ce dernier que le SE Brunner aurait dû se rendre à Belgrade du 29 juin au 1^{er} juillet 1988. Cette visite a cependant été annulée par M. Brunner, à deux jours de son début, en raison des pressions que les Yougoslaves ont tenté d'exercer sur nous, dans le cadre du contentieux portant sur des affaires de sécurité.⁸

Problèmes actuels

Les problèmes qui perturbent nos relations avec la Yougoslavie ont essentiellement trait à la présence en Suisse d'un fort contingent d'émigrés yougoslaves, dont une proportion importante est originaire du Kosovo. Le «Mouvement pour la République albanaise de Kosovo en Yougoslavie», basé à Bienne et actif dans plusieurs pays d'Europe occidentale, a mis sur pied depuis 1981 une série de manifestations dans différentes villes de Suisse. Les autorités yougoslaves ont maintes fois protesté contre ce qu'elles considèrent comme une tolérance suisse à l'égard des visées déstabilisatrices contre leur pays. Tout en observant la philosophie libérale qui prévaut en la matière, les autorités suisses surveillent de très près les activités des franges militantes de l'émigration yougoslave en Suisse et n'hésitent pas à intervenir contre elles lorsqu'elles l'estiment nécessaire.⁹

À l'inverse cependant, les autorités yougoslaves cherchent à encadrer et infiltrer leur émigration en Suisse, parfois au mépris de notre ordre juridique. C'est ainsi que la police et le DFAE ont été amenés à plusieurs reprises à rappeler à l'ordre des représentants de l'Ambassade et du Consulat de Yougoslavie (la dernière fois, par note du 24 juin 1988).¹⁰

3 Cf. la compilation dodis.ch/C1822.

4 Cf. dodis.ch/56936.

5 Radislav Ilić, *Deuxième Secrétaire de l'Ambassade de Yougoslavie à Berne, est expulsé en février 1986 à cause de ses activités dirigées contre l'émigration yougoslave en Suisse pour le compte des services de renseignement yougoslaves*, cf. dodis.ch/56865.

6 Cf. le télex hebdomadaire 51/87 du 15 décembre 1987, dodis.ch/56989, point 4 (directives politiques) et 2.

7 Cf. dodis.ch/56010.

8 Pour l'annulation de la visite, cf. la compilation dodis.ch/C1826.

9 Cf. la compilation dodis.ch/C1825.

10 Une note correspondante émanant du DFAE à l'attention de l'Ambassade de Yougoslavie à Berne datant du 24 juin 1988 n'a pas pu être retrouvée dans les dossiers pertinents. Il s'agit probablement d'une confusion avec la note du Ministère des affaires étrangères yougoslave, remise à l'Ambassadeur de Suisse à Belgrade le 23 juin 1988, dodis.ch/57086, traitant du problème des contacts de représentants diplomatiques et consulaires yougoslaves avec des ressortissants yougoslaves en Suisse. Le 19 juillet 1988, le DFAE tient une séance interdépartementale sur les contentieux avec la Yougoslavie, cf. dodis.ch/55880. Suite à cette séance, le DFAE finalise, le 3 novembre 1988, un aide-mémoire devant servir de réponse au document yougoslave, cf. dodis.ch/56803.

Bien plus, depuis 1980, deux diplomates yougoslaves¹¹ ont dû être expulsés de Suisse, tandis que pas moins de 8 interdictions d'entrées étaient prononcées. En février 1986, le deuxième secrétaire d'Ambassade Ilic était expulsé, et trois autres diplomates déjà absents étaient interdits d'entrée.¹² Par mesure de rétorsion, les Yougoslaves ont peu après expulsé notre Chef de chancellerie à Belgrade, et prononcé une interdiction d'entrée contre son prédécesseur.¹³

Plus récemment, en février 1988, des informateurs arrêtés au Tessin, condamnés et expulsés de Suisse.¹⁴

Les autorités yougoslaves nient, bien sûr, déborder du cadre légal qui leur est assigné, et ont depuis longtemps voulu intensifier leurs contacts avec le DFJP en créant des voies bilatérales de coopération pour traiter de questions de sécurité et de lutte contre le terrorisme. Le Ministère public s'est longtemps refusé à entrer en matière, en estimant que les moyens de contacts existants (Interpol) étaient suffisants et demandaient à être mieux exploités par les Yougoslaves, avant de consentir à de premiers contacts.

La partie yougoslave a tenté d'institutionnaliser ce genre de contacts du plus haut niveau. Mme Kopp s'y est refusée et l'a fait savoir aux Yougoslaves à la mi-mai 1988.¹⁵ Cependant, en égard à la dégradation de l'atmosphère causée par l'affaire Stepanovic et par la découverte d'une bombe placée devant l'ambassade de Yougoslavie à Berne, le DFJP a finalement accepté le principe d'une nouvelle rencontre d'experts.¹⁶

Le 11 mai 1989, M. Godet a reçu à Berne M. Mirovic, Secrétaire fédéral adjoint, responsable pour les affaires consulaires.¹⁷ Il a été décidé à cette occasion de renforcer la collaboration entre services compétents, en particulier lorsque les Yougoslaves croient avoir localisé une activité subversive à partir du territoire suisse.

Le Conseiller fédéral Koller devait évoquer le 24 octobre 1989 à Vienne avec son homologue yougoslave la question d'une réunion d'experts sur les problèmes de sécurité. Tel ne fut cependant pas le cas. Le Ministère public de la Confédération est toutefois prêt à recevoir une telle délégation en avril ou mai 1990 à Berne.

Une autre cause de friction de nos relations est résultée de l'affaire Salihi, à savoir le cas d'un Albanais du Kosovo, candidat à l'asile à Genève, renvoyé par les autorités suisses à fin 1986 en Yougoslavie, où il a été immédiatement appréhendé, jeté en prison et condamné à une peine de 6 ans et demi, ce qui a causé un sérieux émoi dans l'opinion publique suisse. Le DFAE est depuis lors intervenu à de nombreuses reprises pour tenter d'obtenir le retour en Suisse de M. Salihi, sans succès jusqu'à aujourd'hui. Lors de sa visite à Belgrade, le Secrétaire d'État Jacobi a remis un aide-mémoire¹⁸ à ce propos.

11 Il s'agit de Radislav Ilic, expulsé en 1986, cf. la note 5, et du Premier Secrétaire de l'Ambassade de Yougoslavie à Berne, Boško Kajgana, expulsé en août 1980.

12 Il s'agit de Dušan Pavelić, Consul du Consulat général à Zurich, Đon Siništaj, Premier Secrétaire et Bashkim Hisari, Conseiller de l'Ambassade de Yougoslavie à Berne. Cf. le dossier CH-BAR#E2010A#1996/397#6164* (A.44.21).

13 Respectivement Alexander Kubli et Werner Wiedmer. Cf. dodis.ch/56868.

14 Il s'agit du cas Dragiša Stepanović, cf. la compilation dodis.ch/C1837.

15 Lettre de la Cheffe du DFJP, la Conseillère fédérale Elisabeth Kopp, au Secrétaire fédéral des affaires intérieures de la Yougoslavie, Dobroslav Čulafić, du 28 avril 1988, dodis.ch/57083.

16 Pour les affaires mentionnées, cf. la note 14 et dodis.ch/57082. Sur l'initiative du DFAE, la Conseillère fédérale Kopp propose déjà la possibilité de nouveaux contacts directs entre experts de l'entraide policière ou judiciaire dans sa lettre au Secrétaire fédéral yougoslave Čulafić mentionné ci-dessus.

17 Cf. dodis.ch/56008.

18 Non retrouvé. Sur la visite du Secrétaire d'État Klaus Jacobi à Belgrade en novembre 1989, cf. dodis.ch/56779 et dodis.ch/56778. Sur l'affaire Januz Salihi, cf. la compilation dodis.ch/C1823.

Enfin, à un autre chapitre, la Yougoslavie a tendance à nous tenir grief de notre attitude à son rencontre au sein de l'AELE. Comme d'autres en effet, nous refusons de dénaturer l'AELE en l'ouvrant à une forme déséquilibrée d'association de Yougoslavie. Malgré le consensus qui s'est dégagé à ce sujet à l'AELE, les Yougoslaves ont l'impression que nous étions là les plus durs. Cette impression contraste cependant avec le fait que c'est la Suisse qui propose la création d'un Fonds de développement à long terme de l'AELE en faveur de la Yougoslavie.¹⁹

Relations sociales

Les relations sociales avec la Yougoslavie ne donnent pas lieu à des problèmes particuliers. Environ 300 ressortissants suisses, dont $\frac{2}{3}$ de double-nationaux vivent en Yougoslavie.

La colonie yougoslave en Suisse est en constante progression. La population active yougoslave a ainsi plus que doublé en dix ans; plus de 120 000 Yougoslaves se trouvent officiellement dans notre pays dont 35 000 saisonniers en haute saison. C'est parmi ces derniers que se comptent la majorité des Yougoslaves d'origine albanaise, dont le nombre se situe entre 15 000 et 20 000.

Ces travailleurs yougoslaves, le troisième contingent d'étrangers en Suisse, bénéficient des mêmes conditions que leurs collègues espagnols ou portugais. L'écolage des enfants yougoslaves en Suisse est réglé par un protocole signé en octobre 1977.²⁰

L'OFIAMT a accepté le principe d'une réunion bilatérale sur les problèmes relatifs aux travailleurs yougoslaves, et en particulier à l'aide au retour. Cette réunion devait se tenir à Belgrade en 1988, mais a été reportée à plus tard à la demande des Yougoslaves.²¹

Nos représentations en Yougoslavie ont longtemps eu des difficultés de transférer en devises les sommes en dinars accumulées par la perception des visas des travailleurs yougoslaves, visas au demeurant pris en charge dans un premier temps par leurs employeurs suisses, en francs. Nos interventions répétées en la matière, auprès de M. Loncar également, ont amené une amélioration de la situation.

Affaires juridiques

Nous avons souhaité, en octobre 1984, modifier des détails mineurs du traité d'extradition de 1887²² ainsi que de la Convention d'établissement et consulaire de 1888 entre la Suisse et la Serbie.²³ Belgrade souhaiterait, en réponse, renégocier le fond de ces traités. Plutôt que d'accepter des modifications allant à l'encontre des prescriptions de police des étrangers, nous préférons la situation actuelle.²⁴

La Yougoslavie souhaite en outre conclure un accord bilatéral d'entraide judiciaire en matière pénale et civile ou commerciale. Selon nous, la loi fédérale du 20 mars 1987 sur l'entraide pénale internationale²⁵ comble toutes les lacunes en la matière, si la réciprocité est assurée, et les instruments multilatéraux pertinents en matière civile et commerciale, auxquels les deux pays

19 Cf. le Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la participation de la Suisse au Fonds de développement de l'AELE en faveur de la Yougoslavie du 22 août 1990, dodis.ch/55678.

20 Procès-verbal des discussions qui ont eu lieu du 12 au 14 octobre 1977 à Belgrade entre une délégation suisse et une délégation yougoslave concernant la scolarisation des enfants yougoslaves en Suisse et la coopération entre la Suisse et la Yougoslavie dans les domaines de la science et de l'éducation du 14 octobre 1977, dodis.ch/48990. Cf. DDS, vol. 27, doc. 27, dodis.ch/48951.

21 Cf. le dossier CH-BAR#E7175C#1995/259#1645* (573.10).

22 Traité d'extradition entre la Suisse et la Serbie du 28 novembre 1887, RS, 12, pp. 238–246.

23 Convention d'établissement et consulaire entre la Suisse et la Serbie du 16 février 1888, RS, 11, pp. 724–726.

24 Cf. dodis.ch/56781.

25 *Il s'agit en fait de la Loi fédérale sur l'entraide internationale en matière pénale (Loi sur l'entraide pénale internationale [EIMP]) du 20 mars 1981, RO, 1982, pp. 846–890.*

sont parties, règlent nos relations de manière satisfaisante. Ainsi, en l'absence d'une nécessité matérielle, nous ne sommes pas prêts à négocier un nouvel accord particulier.²⁶

Au chapitre économique enfin, un accord de double imposition est en négociation depuis 1983, à la demande de la partie yougoslave.²⁷ Malgré les progrès enregistrés, une nouvelle réunion à une date encore indéterminée devra applanir encore les divergences d'ordre technique qui subsistent.

²⁶ Cf. dodis.ch/56808.

²⁷ Cf. la compilation dodis.ch/C1821.

3

dodis.ch/56143

Antrag des EDA an den Bundesrat¹

BOTSCHAFT ÜBER DIE WEITERFÜHRUNG DER TECHNISCHEN ZUSAMMENARBEIT UND DER FINANZHILFE ZUGUNSTEN VON ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Bern, 2. Februar 1990

Als Beilage unterbreiten wir Ihnen den Botschaftsentwurf über einen neuen Rahmenkredit von 3600 Millionen Franken für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe während einer 4-jährigen Mindestdauer ab Mitte Dezember 1990.²

Art. 9 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe³ (SR 974.0) sieht vor, dass die Mittel für die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe als Rahmenkredite für jeweils mehrere Jahre bewilligt werden. Der gegenwärtige, seit 18. Dezember 1987 gültige Rahmenkredit von

- 1 CH-BAR#E1004.1#1000/9#994* (4.10prov.). Dieser Antrag wurde von Sektionschef Alexandre Melzer unter der Verantwortung des Abteilungschefs für Politik und Planung, Jean-François Giovannini, von der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) verfasst und vom Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, unterzeichnet. Der umfangreiche Botschaftsentwurf wurde von der DEH unter Konsultation diverser Bundesämter ausgearbeitet, ist im Beschlussprotokoll aber nicht abgedruckt. Mit Mitbericht vom 15. Februar 1990 forderte das EFD eine Reduktion des Rahmenkredits für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe um 300 Mio. CHF. Der Bundesrat beschloss am 21. Februar 1990 die Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern, dodis.ch/55479, mit dieser geforderten Reduktion gutzuheissen, vgl. das BR-Prot. Nr. 310 vom 21. Februar 1990, Faksimile dodis.ch/56143.
- 2 Für die weiteren Rahmenkredite im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe im Hinblick auf die Legislaturperiode 1991–1995 vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1727.
- 3 Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976, AS, 1977, S. 1352–1357. Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T1547.

2100 Millionen Franken (BB vom 23. September 1987, BBl 1987 III–261)⁴ wird voraussichtlich im Dezember 1990 ausgeschöpft sein.

Die Situation der Entwicklungsländer

Für die meisten Entwicklungsländer waren die 80er Jahre ein Jahrzehnt des Stillstands, wenn nicht der Krise. Grosse strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft und die Gefährdung der globalen ökologischen Grundlagen haben die schwierige Situation der Entwicklungsländer noch akzentuiert. Die Botschaft stellt fest, dass die Zahl der in absoluter Armut Lebenden weiterhin zunimmt. Sie stellt die hauptsächlichen Probleme dar, durch die Armut entsteht und die gleichzeitig Symptom der Armut sind. Dazu zählt die Krise der staatlichen Institutionen in vielen Ländern und die prekäre wirtschaftliche Lage aufgrund der Überschuldung und der unangepassten Wirtschaftsstrukturen. Die Botschaft beschreibt die davon nicht zu trennenden Probleme der Umwelt – der Druck der Umstände veranlasst zum Raubbau an der Natur. Sie weist auf die verstärkt auftretenden Wanderungsbewegungen und die Probleme der Verstädterung hin.

Die Botschaft ist im Kapitel 2 den «Schritten aus der Krise» gewidmet. In der Tat sind von seiten vieler Entwicklungsländer grosse Anstrengungen unternommen worden, der sich verschlechternden Situation entgegenzuwirken. Viele haben, von der internationalen Gemeinschaft gestützt, tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Reformen eingeleitet. Es sind langfristige Prozesse, welche eine grosse Belastung mit sich bringen. Ihr Gelingen hängt nicht nur von Opfern auf seiten der Entwicklungsländer ab. Sie benötigen ebenso sehr eine langfristige *direkte* wie *indirekte* Unterstützung durch die Industrieländer. Direkt in der Form von Entwicklungszusammenarbeit; indirekt – aber genau so wichtig – über die von den Industrieländern weitgehend bestimmten weltwirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen.

Diesen indirekt wirkenden Rahmenbedingungen widmet die Botschaft das dritte Kapitel. Darin wird ausgeführt, was vor drei Jahren im Bericht über die Politik der Entwicklungszusammenarbeit 1976–85 bereits formuliert wurde.⁵ Es ist eine zentrale Aussage der Botschaft, dass die allgemeine Politik der Schweiz (ausserhalb der Entwicklungszusammenarbeit) die Entwicklungsanstrengungen der Länder der Dritten Welt sehr wirkungsvoll unterstützen, aber umgekehrt auch behindern kann. Das dritte Kapitel beschreibt die verschiedenen Bereiche, in denen eine kohärentere Politik der Schweiz gegenüber den Entwicklungsländern nützt: die Umwelt, den Handel, das Zollwesen, die Flüchtlingspolitik, die Technologiepolitik, die Verschuldung, die Kapitalflucht. Der wichtige Beitrag, den die Privatwirtschaft in diesem Zusammenhang leisten kann, wird hervorgehoben. In den meisten dieser Bereiche ist die Zeit der pauschalen Nord/Süd-Konfrontation vorüber. Es geht heute nicht um Positionen oder globale Konzepte, sondern um konkrete Schritte der Umsetzung einer kohärenteren Politik gegenüber den benachteiligten Ländern der Erde. Die Schweiz hat in vielen Bereichen erste Schritte unternommen, z. B. im Rahmen der Verhandlungen im GATT,⁶ oder in den globalen Anliegen der Umweltpolitik⁷ und der Flüchtlingspolitik.⁸ Die Botschaft bietet eine Grundlage für eine zukünftige Ausweitung dieser Rolle und eine stärkere Profilierung der Schweiz.

4 Bundesbeschluss über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern vom 23. September 1987, BBl, 1987, III, S. 261 f.

5 Bericht über die Politik der Entwicklungszusammenarbeit 1976–1985 vom 2. März 1987, dodis.ch/57023.

6 Vgl. DDS 1990, Dok. 57, dodis.ch/54822.

7 Vgl. DDS 1990, Dok. 46, dodis.ch/56282.

8 Vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934 sowie Dok. 53, dodis.ch/56148.

Das Programm der Entwicklungszusammenarbeit

Das vierte Kapitel stellt detaillierter als bis anhin die in der Laufzeit des kommenden Rahmenkredits absehbaren Schwerpunkte der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe dar. Die Darstellung erfolgt länderweise sowie nach Hauptsektoren. Ein besonderer Akzent wird auf die Umwelt gesetzt; spezielle Erwähnung finden Massnahmen im Flüchtlingsbereich und im informellen Sektor der Städte, die multilaterale Zusammenarbeit und die Forschungspolitik gegenüber Entwicklungsländern. Das Programm zeigt den Einsatz der traditionellen wie der erst in den letzten Jahren ausgebildeten Formen der Zusammenarbeit. Einen grossen Raum nehmen die Strukturanpassungsprogramme ein, die in vielen Ländern vor allem Afrikas unterstützt werden.⁹ Die multilaterale Hilfe bleibt unverändert auf einem Niveau von rund 30% des Volumens.¹⁰ Rechnet man die Kofinanzierungen einzelner Projekte internationaler Entwicklungsbanken und -fonds dazu, so wird die Marke von 48% erreicht.

Wichtig ist, dass diese Form der Planung als indikativ aufgefasst wird. Ebenso wichtig: die Planung gerade von entscheidenden Programmen ist nicht vorhersehbar. Grosse Rückwanderungen in Sri Lanka¹¹ oder in Afghanistan¹² – abhängig von politischen Veränderungen – können sich im Lauf der nächsten vier Jahre ereignen. Ebenso sind umfassende internationale Aktionen im Umweltbereich¹³ denkbar: z. B. zugunsten von Tropenwäldern,¹⁴ in Bezug auf das Klima,¹⁵ usw. In allen diesen Bereichen sind rasche Entwicklungen zu umfassenden Abkommen – mit Kostenfolgen – vorstellbar.

Bisherige Erfahrungen

Der Darstellung bisheriger Erfahrungen ist ein eigener Anhang als «Rechenschaftsteil» gewidmet. In einigen wichtigen Bereichen wird die Arbeit der drei letzten Jahre dargestellt: Massnahmen im Umweltbereich;¹⁶ schweizerische Beteiligung an Strukturanpassungsprogrammen unter spezieller Darstellung von Bolivien;¹⁷ Arbeit im südlichen Afrika,¹⁸ im informellen Sektor der Städte, und mit den multilateralen Organisationen. Diese neue Form der Berichterstattung wird ergänzt durch die übliche Gesamtdarstellung der Tätigkeit in Tabellenform.

Personal und Organisation

Ein weiteres Kapitel ist den Problemen der Organisation der Entwicklungszusammenarbeit und den Personalproblemen gewidmet. Die Arbeitsbelastung der DEH hat eine kritische Grenze erreicht; die stetige Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit entspricht einem nur zu

9 Für die geplanten Kofinanzierungen im Rahmen der neunten Wiederauffüllung der IDA (IDA-9) vgl. DDS 1990, Dok. 17, dodis.ch/56083, Punkt 3.

10 Vgl. dazu dodis.ch/57177.

11 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Tamilische Flüchtlinge, dodis.ch/T1880.

12 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Friedensprozess in Afghanistan, dodis.ch/T1828.

13 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 46, dodis.ch/56282; dodis.ch/56497 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1848.

14 Vgl. dazu dodis.ch/54868.

15 Zur Frage der schweizerischen Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Umsetzung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1887.

16 Für einen Überblick über die Wahrnehmung der schweizerischen Interessen im Bereich der internationalen Umweltangelegenheiten seit 1984 vgl. auch dodis.ch/56497.

17 Vgl. das BR-Prot. Nr. 1157 vom 28. Juni 1989, dodis.ch/55308. Zur technischen Zusammenarbeit mit Bolivien vgl. ferner dodis.ch/57149.

18 Zum Programm der positiven Massnahmen in Südafrika vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1770.

deutlich feststellbaren Bedürfnis der Entwicklungsländer. Andererseits ist die Nutzung von organisatorischen Möglichkeiten zur Vereinfachung der Arbeit und Einsparung von Arbeitsaufwand weitgehend ausgeschöpft.¹⁹ Die DEH muss – um das vorgelegte Programm bewältigen zu können – ihr Personal in der Rahmenkredit-Periode um sechs bis acht Stellen pro Jahr ausweiten können. *Ein gesonderter Antrag, der Ihnen im gleichen Zeitpunkt wie diese Botschaft vorgelegt wird, stellt zwei mögliche Alternativen vor, wie dem Personalproblem bei der Entwicklungszusammenarbeit begegnet werden kann.* Die Vorlage zum Personal wird Ihnen deshalb gleichzeitig mit dieser Botschaft vorgelegt, weil sich das Programm nur mit einem positiven Personalentscheid in verantwortbarer Weise verwirklichen lässt.²⁰

Zum Betrag

Die Botschaft beantragt für die 4-Jahresperiode einen Verpflichtungskredit von 3600 Millionen Franken. Der Betrag hat sich gegenüber dem letzten Rahmenkredit von 2100 Millionen Franken nominell stark ausgeweitet. Einmal enthält er eine Erhöhung von 33% nur schon aufgrund der Tatsache, dass die Laufzeit des Rahmenkredits von drei auf vier Jahre verlängert worden ist. (Ohne Teuerung käme der alte Rahmenkredit somit auf 2800 Millionen Franken.) Diese Verlängerung entspricht der Legislaturperiode des Parlaments und entlastet Parlament sowie Bundesrat. Dies umso mehr, als dieses Jahr auch noch gleichzeitig der ebenfalls auf vier Jahre ausgelegte Rahmenkredit für handels- und wirtschaftspolitische Massnahmen vorgelegt wird, welcher ebenfalls der Entwicklungszusammenarbeit dient.²¹

Zum zweiten ergibt sich eine nominelle Ausweitung des Rahmenkredits durch die aus technischen und entwicklungspolitischen Gründen erfolgende Verlängerung der im Rahmen unseres Programms einzugehenden Verpflichtungen. Durch die verstärkte Zusammenarbeit in grossen Kofinanzierungsprogrammen oder in Strukturanpassungen ergeben sich naturgemäss längerfristige gegenseitige Verpflichtungen. Der verstärkte Einsatz von Regieträgern mit Rahmenmandaten wirkt in die gleiche Richtung. Entwicklungspolitisch ist dies ein erwünschter Prozess, indem stärker auf Institutionen der Entwicklungsländer abgestellt wird. Grössere Programme brauchen zudem längere technische Vorbereitungszeiten nach der erfolgten Absichtserklärung von seiten der Geber. Während sich so das Volumen der Verpflichtungen erhöht, bleiben die effektiven Zahlungen im Rahmen der jährlichen Budgets.

Am 2. Oktober 1989 haben Sie durch einen Budgetentscheid an unserem erklärten Ziel der Legislaturplanung, die Leistungen der Schweiz dem Durchschnitt der OECD-Länder anzugleichen, festgehalten.²² Ein Kürzungsbegehren der Finanzkommission wurde in der Dezember-

19 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 7, dodis.ch/56178, bes. Anm. 11.

20 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 308 vom 21. Februar 1990, dodis.ch/55971 sowie weiterführend zur Personalpolitik der DEH dodis.ch/57019.

21 Zur Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen einschliesslich Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie über die Vereinbarung betreffend die rechtliche Stellung der Internationalen Finanz-Corporation in der Schweiz vom 21. Februar 1990, vgl. dodis.ch/55483 sowie das BR-Prot. Nr. 364 vom 21. Februar 1990, dodis.ch/56144. Für die Behandlung dieses Rahmenkredits im Nationalrat vgl. das Amtl. Bull. NR, 1990, III, S. 1179–1205 und für die Behandlung im Ständerat vgl. das Amtl. Bull. SR, 1990, IV, S. 809–814. Für die Behandlung des hier in Frage stehenden Rahmenkredits zur Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe im Nationalrat vgl. das Amtl. Bull. NR, 1990, IV, S. 1413–1427 und für die Behandlung im Ständerat vgl. das Amtl. Bull. SR, 1990, III, S. 514–523 und IV, S. 836 f.

22 BR-Prot. Nr. 1804 vom 2. Oktober 1989, CH-BAR#E1004.1#1000/9#990* (4.10prov.).

session vom Parlament abgelehnt.²³ Dies bestärkt uns, mit dieser Vorlage an unseren Legislaturzwecken festzuhalten.

Da der Rahmenkredit auf eine längere Zeitdauer als bisher ausgelegt worden ist, muss mit dem Eintritt grösserer Aktionen gerechnet werden, die im bestehenden Programm der technischen Zusammenarbeit nicht vorgesehen sind. Solche Ereignisse sind vor allem in den in einem ausserordentlich raschen Wandel befindlichen Bereichen der globalen Umweltpolitik und der Flüchtlingspolitik absehbar. Der Bundesrat muss sich dabei die Möglichkeit offen halten, rasch, flexibel und angemessen handeln zu können, damit er seine Aussenpolitik mit Entschlossenheit gestalten kann. Der Rahmenkredit enthält somit erstmals eine Reserve von 300 Millionen Franken, die für absehbare, aber noch nicht planbare Ereignisse in den erwähnten Bereichen reserviert werden soll. Aus dem Budget 1990 und den Finanzperspektiven für die darauffolgenden Jahre ergibt sich für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern ein Betrag von 3300 Millionen Franken. Mit dem Einschluss der Reserve erhöht sich der Betrag auf 3600 Millionen Franken. Wir erachten den Einschluss einer solchen Reserve aus den geschilderten Gründen als notwendig. Die gleiche Ansicht vertreten die konsultierten Bundesämter, mit Ausnahme der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

Ämterkonsultation

Folgende Bundesämter sind mit diesem Antrag einverstanden: Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, Bundesamt für Gesundheitswesen, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, Eidgenössisches Personalamt, Eidgenössische Finanzkontrolle, Bundesamt für Organisation, Delegierter für das Flüchtlingswesen, Bundesamt für Aussenwirtschaft sowie das Bundesamt für Landwirtschaft.

Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat gegenüber der Bildung einer Reserve ausserhalb der Finanzperspektiven Vorbehalte angebracht.²⁴

23 Der Nationalrat lehnte das Kürzungsbegehren in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe in der ersten Lesung des Voranschlags der Eidgenossenschaft 1990 am 30. November 1989 mit 113 zu 57 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab, vgl. das Amtl. Bull. NR, 1989, V, S. 1911–1916. Der Ständerat folgte in der zweiten Lesung des Voranschlags der Eidgenossenschaft 1990 am 13. Dezember 1989 der Position des Nationalrats mit 26 zu 6 Stimmen, vgl. das Amtl. Bull. SR, 1989, V, S. 812.

24 Vgl. dazu den Mitbericht des EFD vom 15. Februar 1990 im Faksimile dodis.ch/56143. Der Beschlussentwurf wurde von der Bundesversammlung einstimmig angenommen, vgl. dodis.ch/57910 und dodis.ch/55794. Am 4. Oktober 1990 wurde der Bundesbeschluss über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern verabschiedet, vgl. BBl, 1990, III, S. 617 f.

dodis.ch/56233

*Entretiens avec le Président mexicain Salinas de Gortari à Davos et à Berne
les 2 et 3 février 1990¹*

- 1) WORLD ECONOMIC FORUM, DAVOS: RENCONTRES BILATERALES;
- 2) OFFIZIELLER ARBEITSBESUCH DES MEXIKANISCHEN PRÄSIDENTEN, CARLOS SALINAS DE GORTARI

Berne, 5 février 1990

World Economic Forum, Davos: Rencontres bilatérales²

En marge du Symposium de Davos (World Economic Forum) Chef du Département (BRF [Bundesrat Felber]) a rencontré personnalités suivantes pour entretiens bilatéraux: Président Salinas (Mexique), Vice-PM Medgyessy (Hongrie), PM Markovic (Yougoslavie), Vice-PM Abalkine (URSS), PM Loukanov (Bulgarie), PM Modrow (RDA), PM Calfa (Tchécoslovaquie)³ et Vice-PM Vo Van Kiet (Vietnam).⁴ BRF [Bundesrat Felber] a également eu dans ce contexte contacts avec Président Vassiliou (Chypre), MAE de Michelis, ainsi que des échanges de vues (en compagnie CF Delamuraz) avec Commissaires Andriessen et Brittan (CE)⁵ et Chancelier Kohl (RFA). Rapport circonstances sur entretiens en deuxième partie.

Chef du Département fédéral de l'économie publique⁶ a eu des entretiens bilatéraux avec:

- le Président Salinas et le Ministre des finances Aspe⁷
- le Chancelier Vranitzky, accompagné du Ministre de l'économie extérieur Schüssel et du Ministre des finances Lacina
- le Vice-Premier Ministre de Tchécoslovaquie Komarek

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#385* (A.22.14.7.3). *Les informations hebdomadaires rapides 6/90 sont rédigées par Beatrice Cabalzar, du Service presse et information, et signées par le Directeur de la Direction politique du DFAE, le Secrétaire d'État Klaus Jacobi. Le document est issu de trois notices mises en forme par Cabalzar, cf. les notes 2, 13 et 22 ci-dessous. Les informations hebdomadaires rapides 6/90 sont envoyées comme télex N° 5134 le 5 février 1990, 13h27 à toutes les représentations de Suisse à l'étranger. Des copies sont remises au Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, au Secrétaire d'État Jacobi et à Michel Pache, Chef du Service presse et information. Le même jour, le texte est distribué comme annexe des informations hebdomadaires 6/90 à toutes les représentations de Suisse à l'étranger et à tous les services du DFAE, cf. dodis.ch/55108.*

2 Cette première partie du document se fonde très probablement sur les notes prises par Pierre Combernou, collaborateur personnel du Conseiller fédéral Felber, qui l'assiste lors du sommet du WEF. Pour les contacts bilatéraux dans le contexte du WEF 1990, le Conseil fédéral charge pour la première fois le DFAE d'élaborer une pratique systématique de préparation des rencontres, cf. le PVCFN° 1976 du 8 novembre 1989, dodis.ch/54583, et le télex hebdomadaire 5/90 du 29 janvier 1990, dodis.ch/55107, point 3.

3 Pour les entretiens du Conseiller fédéral Felber avec Hans Modrow, Andreï Loukanov, Mariàn Čalfa, Leonid Ivanovitch Abalkine et Ante Marković, cf. la note d'information au Conseil fédéral du 6 février 1990, dodis.ch/54588.

4 Pour les sept entretiens ci-dessus, cf. le télex hebdomadaire 6/90 du 5 février 1990, dodis.ch/55108, point 1.

5 Cf. dodis.ch/56514.

6 Jean-Pascal Delamuraz.

7 Cf. le compte rendu ci-dessous, ainsi que dodis.ch/54696 et dodis.ch/54837.

- le Ministre de l'économie de RFA Haussmann
- le Ministre du commerce extérieur de l'Italie Ruggiero
- le Secrétaire général de l'OCDE Paye
- le Ministre canadien de l'industrie et de la recherche Andre.

D'une manière générale, les thèmes abordés lors de ces rencontres du Chef du DFEP ont été essentiellement l'Europe (avenir des pays de l'Est,⁸ relations AELE–CE⁹), l'Uruguay Round du Gatt¹⁰ et la ministérielle OCDE (Paye).¹¹

*N[ota] B[ene]*¹²

Die Organisatoren des Davoser Wirtschaftsforums haben vermutlich eine Anzahl schweizerischer Vertretungen im Ausland um Zustellung von Zeitungsartikeln über erwähntes Forum gebeten. Bitten alle Aussenposten, Artikel wie üblich an Presse- und Informationsdienst EDA zu richten und nicht direkt an World Economic Forum, Genf. Pressedienst wird Kopien weiterleiten.

*Offizieller Arbeitsbesuch des mexikanischen Präsidenten, Carlos Salinas de Gortari, in Bern, 3. Februar 1990*¹³

Nach einer kurzen Unterredung zwischen Präsident Salinas und Bundespräsident Koller trafen sich die Delegationen zu Gesprächen. Schweizerischerseits nahmen die Bundesräte Stich und Ogi und mexikanischerseits die Minister Solana (Äusseres), Aspe (Finanzen), Serra Puche (Handel) und Chirinos (Regionale Entwicklung und Umwelt) teil. Auf der Tagesordnung standen Fragen zur europäischen Integration und der politischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, Lateinamerika, bilaterale Themen sowie Fragen im Wirtschafts- und Finanzbereich.

Bundespräsident Koller erläuterte den schweizerischen Standpunkt zum politischen Aufbruch in Mittel- und Osteuropa und sprach die Hoffnung aus, dass diese Entwicklung zu mehr Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte führe.¹⁴ Die Schweiz wünsche, dass diese Länder nach freien Wahlen dem Europarat beitreten und sie sei auch bereit, auf wirtschaftlichem Gebiet Hilfe zu leisten.¹⁵ Was die Integration betreffe, so wolle die Schweiz die Bildung des Europäischen Wirtschaftsraumes mit ihren EFTA-Partnern in pragmatischer Weise angehen. Die Schweiz arbeite darauf hin, Europa nicht zu einer Festung werden lassen. Europa müsse auch nach 1993 nach aussen offen sein und die Freihandelsidee muss für die gesamte Welt sichergestellt sein. Präsident Salinas (S.) informierte über Aspekte der mexikanischen Innenpolitik, er erwähnte dabei insbesondere die Verfassungsreform von 1989 und das neue Wahlgesetz, das noch 1990 in Kraft treten wird.¹⁶ Für ernste Probleme (Umwelt, Drogen, Bevölkerungsexplosion) suche Mexiko nach Lösungen. *S[alinas]* schildert wirtschafts- und finanzpolitische Massnahmen (Privatisierungen, ausländische Beteiligungen an mexikanischen Firmen, Patentschutz,

8 *Pour le point de vue de la Suisse, cf. DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158.*

9 *Pour un aperçu de l'état des négociations entre l'AELE et la CE au début de l'année 1990, cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934.*

10 *Cf. DDS 1990, doc. 20, dodis.ch/54816.*

11 *Pour les comptes rendus des interventions suisses, cf. dodis.ch/55072.*

12 *Diese Bemerkung wurde höchstwahrscheinlich vom Presse- und Informationsdienst des EDA ergänzt.*

13 *Dieser Teil wurde höchstwahrscheinlich von Erich Imm, verantwortlich für die Beziehungen zu Lateinamerika in der Politischen Abteilung II des EDA, verfasst, vgl. dodis.ch/54676.*

14 *Vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158.*

15 *Zur Rolle des Europarats in der neuen europäischen Architektur vgl. dodis.ch/56047 und für den Beitritt Ungarns zum Europarat vgl. dodis.ch/56255.*

16 *Vgl. den Politischen Bericht Nr. 12 des schweizerischen Botschafters in Mexiko, Paul André Ramseyer, vom 25. Oktober 1989, dodis.ch/56475.*

ausgeglichenes Budget).¹⁷ Das Verhältnis zu den USA sei positiv und von gegenseitigem Respekt gekennzeichnet. *S[alinas]* unterstrich das Eintreten seines Landes für eine friedliche Beilegung der Konflikte in Zentralamerika. Er schätze die Aussichten für eine politische Lösung als ermutigend ein. Positive Entwicklungen sieht er in den kommenden Wahlen in Nicaragua und den Bemühungen des salvadorianischen Präsidenten,¹⁸ trotz Druckes seitens links- und rechtsstehender Gruppen, einen Versöhnungsdialog zu suchen. Was Südamerika betrifft, wies *S[alinas]* einerseits auf den positiven Demokratisierungsprozess hin, andererseits hob er die deprimierende Wirtschaftslage hervor. Es müssten in Lateinamerika Brücken geschlagen werden zwischen demokratischen Illusionen und wirtschaftlicher Realität, das gleiche gelte für Osteuropa. Mexiko verfolge einesteils mit Sympathie andernteils mit Besorgnis die Wandlungen in dieser Region Europas, denn Europa dürfe sich nicht in sich selbst verschliessen. Seine Gespräche der letzten Tage hätten aber gezeigt, dass diese Gefahr nicht bestehe. *S[alinas]* wünscht eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Schweiz, er legt Wert auf den Abschluss eines bilateralen Rahmenabkommens.¹⁹ Dieses Abkommen sollte umfassen: Handel, Investitionsförderung, Doppelbesteuerung, Rechtshilfe und Bekämpfung des Drogenhandels. Bundespräsident Koller versichert, die Schweiz werde an der Universalität ihrer Beziehungen festhalten und er nimmt die Idee eines Rahmenabkommens mit den von *S[alinas]* erwähnten Punkten zustimmend auf. Bundesrat Stich wies auf die Wichtigkeit der Schuldenvereinbarung Mexiko-Banken hin (Präsident Salinas wird diese Vereinbarung am 4.2. unterzeichnen). Er erwähnt die technischen Gespräche, die am 31.1. in Bern zwischen Mexiko und der Schweiz in Sachen Doppelbesteuerungsabkommen stattgefunden haben.²⁰ Wenn für dieses Abkommen das OECD-Modell Anwendung fände, würde es schweizerischerseits keine Probleme geben. Bundesrat Ogi zur Zivilluftfahrt: Die Schweiz würde eine Bedienung der mexikanischen Hauptstadt durch die Swissair begrüessen. Mexiko hat einen Direktflug gewünscht, deshalb konnte die Swissair diese Destination bisher nicht anfliegen. Wäre Mexiko bereit, der Swissair einen Zwischenhalt in den USA zu bewilligen? Präsident Salinas sagt seine Unterstützung zu.²¹

*Entretiens Delamuraz/Salinas*²²

Pour leur part, le Conseiller fédéral Delamuraz (CFD) et le Président Carlos Salinas de Gortari, ont saisi l'occasion de leur participation au World Economic Forum à Davos pour s'entretenir, le vendredi 2 février déjà, sur les questions de nature économique intéressant les deux pays.

Animés d'un excellent esprit et d'une volonté réciproque de faire «bouger les choses», les entretiens ont d'abord permis de vérifier le formel engagement du Président du Mexique de

17 Im April 1989 reiste eine schweizerische Wirtschaftsdelegation nach Mexiko. Die Delegation wurde vom Präsidenten des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Pierre Borgeaud, sowie vom Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, Botschafter David de Pury, geleitet, vgl. dodis.ch/56161. Diese Mission markierte den Beginn von Verhandlungen, die 1990 zum Abschluss eines Rahmenabkommens führten, das einen Grossteil der hier erwähnten Themen umfasste, vgl. das BR-Prot. Nr. 909 vom 9. Mai 1990, dodis.ch/56527.

18 Alfredo Cristiani Burkard. Für eine Einschätzung der Demokratisierung in Lateinamerika vgl. den Bericht des persönlichen Mitarbeiters von Bundesrat Felber, Pierre Combernous, für die regionale Botschafterkonferenz vom 29. August 1989, dodis.ch/54890.

19 Vgl. dazu den Bericht von Jean-Jacques Maeder, Chef der Sektion lateinamerikanische Industrieländer im Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD, vom 9. April 1990, dodis.ch/54836.

20 Für die Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen vgl. dodis.ch/56596.

21 Für die Luftverkehrsbeziehungen mit Mexiko vgl. dodis.ch/56595.

22 Cette partie du document est très probablement rédigée à partir d'une notice du 6 février 1990 du Chef de section Maeder, dodis.ch/54837.



Portrait du Président mexicain Carlos Salinas de Gortari lors de sa visite en Suisse en février 1990, dodis.ch/57284 (CH-SNM LM-179743.19).

mener à chef le processus de modernisation et d'ouverture de l'économie mexicaine. Cette plus ample intégration du pays dans le monde doit être facilitée par les accents particuliers donnés à la privatisation et à la dérèglementation de l'économie.

Ainsi que CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*] l'a manifesté à son interlocuteur, la politique économique mise en œuvre suscite la confiance des milieux privés. Cette bonne disposition s'est du reste encore confirmée à l'occasion d'une rencontre que la délégation mexicaine a eue à Davos avec des représentants des milieux d'affaires suisses.

Suivant les travaux engagés par la délégation mixte qui a visité Mexico au printemps dernier,²³ il appartient maintenant aux gouvernements des deux pays de dynamiser le cadre contractuel des relations bilatérales afin d'appuyer les initiatives prises au niveau privé. Dans ce sens, CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*] et son interlocuteur sont convenus de charger leur administration compétente d'explorer l'idée d'un accord économique cadre couvrant les divers aspects des relations économiques: commerce, investissements et finances. Une telle approche intégrée pourrait en effet faciliter le rôle du gouvernement mexicain sur la question épineuse de la protection des investissements qui se heurte encore dans ce pays à la clause Calvo.²⁴ L'entraide en matière fiscale et juridique ainsi que la suppression de la double imposition devraient constituer

²³ Cf. dodis.ch/56161.

²⁴ La clause Calvo désigne une doctrine de droit international qui prévoit que les personnes étrangères renoncent à la protection diplomatique lors d'un litige, du moins tant que tous les moyens juridiques nationaux ne sont pas épuisés. Elle est notamment reprise dans la constitution de nombreux États d'Amérique latine.

un autre pilier essentiel d'un tel accord, que les deux parties s'efforceront de mettre sous toit d'ici la fin de l'année.²⁵

Au plan multilatéral, CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*] et le Chef d'État mexicain ont procédé à une analyse de la situation des deux pays vis-à-vis des défis posés par la coopération économique internationale. Notamment dans le cadre de l'Uruguay Round du Gatt, que le Mexique et la Suisse ont la ferme volonté de réussir. Dans des situations économiques fort différentes, les deux pays ont en commun d'être agro-importateurs, ce qui pourrait favoriser une convergence de leur position sur ce volet important de la négociation.²⁶

Ainsi que l'a exposé le Président Salinas, le Mexique entend faire également des progrès substantiels sur le dossier de la propriété intellectuelle. Une protection plus efficace dans ce domaine est prévu dès 1991.²⁷

Ces entretiens ont par ailleurs porté sur la coopération financière internationale et le rôle, apprécié par M. Salinas, de la Suisse dans le cadre notamment du Club de Paris et du crédit relais accordé l'automne dernier par les banques centrales.²⁸

Finalement, CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*] a exposé la position de la Suisse dans le contexte de l'intégration européenne, position qui intéresse le Mexique eu égard à ses propres relations avec les USA et le Canada. M. Salinas s'est montré particulièrement sensible à l'intention de la Suisse de ne pas renforcer la forteresse communautaire et encore moins de perdre sa capacité négociatoire vis-à-vis des partenaires extraeuropéens, tels que le Mexique.

25 Cf. le rapport du Chef de section Maeder, dodis.ch/54836, en particulier les points 4.1 à 4.3.

26 Cf. la notice préparatoire de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures au Conseiller fédéral Delamuraz du 29 janvier 1990, dodis.ch/54696, en particulier le point 3.

27 Cf. les notices de l'Ambassadeur Ramseyer du 29 janvier 1990, dodis.ch/56472 et du Chef de section Maeder du 6 février 1990, dodis.ch/54837, en particulier p. 2.

28 Pour le procès-verbal de la séance du 30 mai 1989 du Club de Paris, cf. la notice du Bureau pour la garantie contre les risques à l'exportation du 14 juin 1990, dodis.ch/56474, et pour le crédit de transfert de la Suisse, cf. la lettre du 21 mai 1990 de de Pury à la Société de Banque Suisse, dodis.ch/56473.

dodis.ch/56181

Entretien des Conseillers fédéraux Felber, Stich et Delamuraz avec le Président polonais Jaruzelski à Berne le 5 février 1990¹

VISITE DU PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE, WOJCIECH JARUZELSKI

Berne, 12 février 1990

Résumé:

Délégation du Conseil fédéral, présidée par CF Felber, accompagné des CF Stich et Delamuraz a reçu Président Jaruzelski à Berne. Entretiens se sont déroulés dans climat d'intense intérêt réciproque.² M. Jaruzelski a dépeint large fresque de la situation polonaise, dans contexte des quarante-cinq dernières années, situant son pays à l'avant-garde des transformations de l'Europe centrale et orientale.³ A insisté sur règlement européen de question allemande pour assurer sécurité continentale.⁴ A conclu que réformes étaient irréversibles et qu'il fallait garder authenticité de chacun, en s'inscrivant dans système de valeurs universelles (droits de l'homme, pluralisme).

Compte-rendu:

Délégation du CF, CF Felber (BRF), Stich (CFS) et Delamuraz (CFD), a reçu Prés. Jaruzelski (WJ) à la Maison de Watteville

BRF [Bundesrat Felber] souligne importance contact personnel à haut niveau, au vu différences considérables des situations dans chaque État d'Europe centrale + orientale. Il constate que certains pays (notamment Pologne) ont déjà accomplis premières transformations du système,⁵

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#385* (A.22.14.07.03). Cette notice fait partie des informations hebdomadaires rapides 7/90 du 12 février 1990, dodis.ch/54879. Elle est probablement rédigée par Pierre Combernous, collaborateur personnel du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber. Outre les deux premiers mentionnés, font partie de la délégation: les Conseillers fédéraux Otto Stich et Jean-Pascal Delamuraz, respectivement Chef du DFF et du DFEP, le Directeur de la Direction politique du DFAE, le Secrétaire d'État Klaus Jacobi, le Directeur de l'Administration fédérale des finances, Ulrich Gygi, le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur Silvio Arioli, le Chef de la Division politique I, l'Ambassadeur Jenö Staehelin et le Chef du Service presse et information, Michel Pache. Du côté polonais, outre le Président Jaruzelski, le Ministre d'État Józef Czyrek, l'Ambassadeur en Suisse, Zdzisław Czeszejko-Sochacki, le Premier Adjoint du Président de la Banque nationale, Andrej Olechowski, le conseiller politique du Président, Wiesław Gornicki, le Chef du Cabinet du Président, Witold Mielczarek et deux interprètes ont pris part aux discussions.

2 Pour les relations bilatérales Suisse-Pologne, cf. dodis.ch/56594.

3 En août 1989, après la tenue d'élections législatives partiellement libres, qui mènent à une large victoire des membres de Solidarność, Tadeusz Mazowiecki devient le premier Chef de gouvernement non communiste d'un pays signataire du Pacte de Varsovie. Pour une appréciation des événements ayant lieu dans son pays de résidence, cf. le rapport politique N° 7 de l'Ambassadeur de Suisse à Varsovie, Paul Stauffer, du 22 mai 1989, dodis.ch/54690.

4 À ce titre, le 8 mars 1990, l'Ambassadeur de Pologne à Berne, Czeszejko-Sochacki, demande à la Suisse de prendre officiellement position sur la question de la frontière germano-polonaise dans le contexte de la réunification allemande, cf. dodis.ch/56593.

5 Pour l'évaluation suisse du processus de réforme en Europe de l'Est, cf. la compilation dodis.ch/C1729.

WJ [Prés. Jaruzelski] étant premier chef d'État de la région porté à son poste à travers nouvelles structures. D'autres pays (p. ex. Hongrie) sont en voie de transformation, d'autres enfin ont déclaré leur intention.⁶ BRF [Bundesrat Felber] rappelle prochain débat message du CF⁷ au Parlement (250 Mio. SFR.)⁸ ainsi que participation à fonds de stabilisation.⁹ Suisse n'apporte pas de cadeaux, mais répond à demandes qui doivent être précisées, dans ordre de priorité bien compris. Domaines de collaboration prévus (formation, environnement, finances, économie) peut aussi comprendre volet politique/culturel (familiarisation avec pratiques démocratiques/administratives).

WJ [Prés. Jaruzelski] situe développement actuel Pologne dans large fresque évolution historique après-guerre. Rappelle origine exogène d'un système (imposition d'un seul parti), rigidifié par guerre froide, mais qui n'a pas changé fondamentalement Pologne. Éléments positifs ont été redressement d'un pays brisé et instauration discipline nouvelle. WJ [Prés. Jaruzelski] était conscient depuis longtemps besoin modernisation du système, entraînant des mesures impopulaires en faveur développement économique. Appui population devait être trouvé, nécessitant démocratisation et libération de l'idéologie: c'est l'origine Table ronde (fév. 89). WJ [Prés. Jaruzelski] constate que mesures économiques moins radicales prises antérieurement ne trouvaient pas grâce auprès population, alors que recettes draconiennes actuelles passent grâce à démocratie. Pologne veut se donner économie de marché,¹⁰ car compatibilité de systèmes en fera partenaire intéressant. Introduction convertibilité Zloty va dans ce sens. WJ [Prés. Jaruzelski] estime que développements en Pologne sont historiques et constituent modèle pour autres pays (WJ [Prés. Jaruzelski] dixit: c'est la Pologne qui a fait de la table ronde un meuble «à la mode»¹¹). Difficulté dans étape suivante consiste à concilier équilibre et dynamisme. Attend complément de démocratisation par prochaines élections locales et communales. WJ [Prés. Jaruzelski] pense qu'expérience système administratif suisse peut être utile à Pologne.¹² Il souligne rôle essentiel de présidence comme lien entre éléments du système. Faisant référence à 1980, WJ [Prés. Jaruzelski] considère que c'était début processus de réformes et cite lettre E. Honecker de l'époque critiquant mesures polonaises comme «contre-révolutionnaires».¹³ Mais autonomie accordée alors à entreprises ont constitué terrain d'expérience avec impact dépassant frontières du pays. Structure propriété (75 p. cent terres agricoles en mains privées) sont également propres à favoriser ajustement.

Abordant question allemande, WJ [Prés. Jaruzelski] souligne importance cet enjeu. Réunification «per se» n'est pas nœud du problème (si guidée par principes autodétermination) mais bel et bien rythme sa réalisation et choix de son cadre. Émotions et surréaction qu'elle suscite, rappellent dangers du nationalisme et chauvinisme. C'est problème de sécurité pour toute l'Europe, mais particulièrement pays voisins. Quant à URSS impact de son évolution a des implications géopolitiques énormes. Gorbachov a le choix entre reculer d'un pas pour avancer de deux ou de forcer le pas des réformes (pluralismes, abandon monopole du PC).

6 Pour les différences entre les États dans le cadre de l'aide à l'Europe de l'Est, cf. la compilation dodis.ch/C1730.

7 Message concernant le renforcement de la coopération avec des États d'Europe de l'Est et aux mesures d'aide immédiate correspondantes du 22 novembre 1989, dodis.ch/55717.

8 Pour la discussion de la Commission de politique étrangère du Conseil des États et du Conseil national, cf. respectivement DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158, dodis.ch/56469, ici le procès-verbal particulier 4.

9 Cf. le PVCF N° 77 du 18 janvier 1990, dodis.ch/55720.

10 L'introduction de l'économie de marché est une des conditions du soutien de la Suisse dans le cadre de l'aide à l'Europe de l'Est, cf. note 7.

11 Le terme «table ronde» fait référence aux pourparlers qui commencent en février 1989 entre le Gouvernement (PZPR), l'opposition (Solidarność) et des observateurs tels que l'église catholique. L'Ambassade de Suisse à Varsovie fait un rapport détaillé à ce sujet, cf. dodis.ch/56724.

12 Pour les besoins polonais en termes de transfert de connaissances depuis la Suisse, cf. dodis.ch/55697.

13 Pour le mouvement de grève qui secoue la Pologne à l'été 1980, cf. la compilation dodis.ch/C1901.



Le Président polonais Wojciech Jaruzelski lors de sa visite à Berne le 5 février 1990. À sa gauche se trouve le Chef du protocole du DFAE, Daniel Dayer, dodis.ch/57285 (CH-SNM LM-179739.7).

En conclusion, WJ [Prés. Jaruzelski] estime que changement des modèles existants est irréversible (faut garantir que se fasse de façon civilisée), qu'il ne s'agit pas de copier aveuglément l'Occident, mais qu'en gardant particularismes qui enrichissent l'Europe, on doit s'inscrire dans système de valeurs universelles qui ont nom droits de l'homme, démocratie parlementaire, économie de marché. Remercie soutien suisse et espère tirer enseignement ses expériences.

CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] met en exergue courage politique WJ [Prés. Jaruzelski] et se félicite récentes signatures APPI¹⁴ et accord consolidation dette.¹⁵ Constate besoin intensifier échanges commerciaux et accroître investissements. But crédit-cadre 250 Mio. SFR., est de permettre à économie se développer elle-même. Suisse participe à aide multilatérale, et espère aboutir à déclaration commune dans cadre AELE-Pologne¹⁶ (à moyen terme accord association?). Il souhaite ne pas décevoir espoirs polonais.

BRF [Bundesrat Felber] ajoute qu'échec de la Pologne serait échec pour l'Europe occidentale aussi.

CFS [Conseiller fédéral Stich] pense qu'économie de marché ne fonctionne pas automatiquement bien. Elle doit être accompagnée de mesures sociales et écologiques. Participation Suisse à fonds de stabilisation est conséquent avec notre approche générale. Quant à négociation accord double imposition, peut se dérouler rapidement.¹⁷

14 Cf. l'Accord entre la Confédération suisse et la République populaire de Pologne concernant la promotion et la protection réciproques des investissements du 8 novembre 1989, RO, 1990, p. 917-923 et le PVCF N° 1961 du 1^{er} novembre 1989, dodis.ch/56639.

15 Cf. le PVCF N° 599 du 30 mars 1988, dodis.ch/56591.

16 Pour la déclaration commune AELE-Pologne du 13 juin 1990, l'Accord de Göteborg, cf. dodis.ch/56094.

17 Pour le Message concernant une convention de double imposition avec la Pologne du 23 octobre 1991, cf. dodis.ch/56592.

V. Prés. banque centrale Olechowski résume principales mesures et objectifs économiques/financiers: Libéralisation en profondeur, décentralisation, accès aux importations, démonopolisation. Lutte contre inflation: stabilisation cours du Zloty (on est arrivé à cours officiel supérieur à cours au noir), gel des salaires. Deux dangers: pression sur réserves, augmentation des faillites (impact sur taux de chômage). Programme est dans la ligne définie par FMI/BM et Pologne espère nouvelle «credit worthiness».

Convertibilité Zloty: C'est un fait pour transactions internes, devra attendre encore pour rapatriement de bénéfices, en relation avec évolution balance des paiements.

6

dodis.ch/55139

Séance du 26 janvier 1990 d'un groupe de travail interdépartemental¹

TASK FORCE USA

Berne, 16 février 1990

M. l'Ambassadeur de Pury

Il explique avoir convoqué la task force USA afin de coordonner les visites aux États-Unis en février 1990 de Messieurs les conseillers fédéraux Jean-Pascal Delamuraz et Kaspar Villiger.

Monsieur *Delamuraz* se rendra à Washington DC le 22 février 1990.² Il rencontrera vraisemblablement le Ministre de l'agriculture Yeutter, la Représentante du Président pour les affaires commerciales Hills, le Ministre du commerce Mosbacher, le Ministre-adjoint des affaires étrangères Eagleburger et éventuellement le Président Bush.

But de la visite:

1. Expliquer aux Américains la politique européenne de la Suisse³ et connaître leur vision de l'Europe future
2. Échanger les points de vues concernant l'Uruguay Round du GATT⁴

1 CH-BAR#E7115A#1999/273#1317* (821). *Ce compte rendu est rédigé par Nadine Keim, responsable de la section États-Unis d'Amérique de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du DFEP, et envoyé à toutes les personnes participant à la séance interdépartementale. Une copie est aussi envoyée à Thomas Hopf du Ministère public de la Confédération, à Hans Rudolf Lüthi de l'Office fédéral de l'énergie du DFTCE et à Christian Zeender de l'Office fédéral de la culture du DFI. Participe à la séance chaque service de l'administration fédérale ayant des affaires pendantes avec les États-Unis d'Amérique au début de l'année 1990. La séance est co-présidée par le Chef de la Division politique I du DFAE, l'Ambassadeur Jenö Staehelin, et par le Délégué du Conseil fédéral pour les accords commerciaux avec les pays industrialisés non européens, l'Ambassadeur David de Pury. Pour la liste complète des personnes, cf. le facsimilé dodis.ch/55139.*

2 *La visite du Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz, prévue du 21 février au 26 février 1990 doit être reportée à cause de l'absence d'un grand nombre d'interlocuteurs prévus à Washington. La visite s'est finalement tenue du 23 au 26 juillet 1990, cf. la compilation dodis.ch/C1804.*

3 *Cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934.*

4 *Pour la stratégie de la délégation suisse, cf. DDS 1990, doc. 20, dodis.ch/54816.*

3. Procéder à un tour d'horizon bilatéral (commerce, investissements, COCOM)
4. Banque mondiale

M. Marfurt, DMF

Monsieur Villiger ira à Washington le 4 février 1990.⁵ Il discutera probablement avec le Ministre de la défense Cheney, le Ministre-adjoint des affaires étrangères Eagleburger, le Chef du «National Security Council» Scowcroft et certains membres du Congrès.

But de la visite:

1. Connaître l'évaluation américaine de la politique de sécurité en Europe
2. Connaître le point de vue américain sur les conséquences militaro-politiques de l'évolution en Europe de l'Est
3. discuter de l'évolution future de l'armement et de la politique de l'armement ainsi que de l'achat des avions F-18.⁶

Une divergence d'opinion existe entre le DMF et le DFAE en ce qui concerne l'évaluation de la conférence sur le désarmement conventionnel.⁷

M. Huber, DMF

Il précise que le *MOU concernant les achats d'armement* sera prolongé lors de la visite de Monsieur Villiger.⁸

M. l'Ambassadeur Staehelin

L'évolution en Europe intéresse fortement les États-Unis et il importe de les inclure dans ce développement, que ce soit dans le cadre du processus CSCE⁹ ou du sommet à 35 proposé par Gorbatchev.¹⁰ Il doit être évité que Messieurs Delamuraz et Villiger s'entretiennent avec les mêmes interlocuteurs et qu'ils voient le Président Bush, afin de maintenir l'attrait d'une visite américaine en Suisse.

Mme Weber, AFF

Dans le cadre de l'éventuelle *adhésion de la Suisse au Fonds monétaire international*,¹¹ un groupe de travail constitué par le Conseil fédéral a élaboré la stratégie suivante:

- Messieurs Stich et Lusser se rendront dans les pays du G10 pour rencontrer les Ministres des finances et Gouverneurs des Banques centrales respectifs afin de sonder si ces derniers appuieraient la candidature suisse (Messieurs Delamuraz et Felber remplaceraient Monsieur Stich en cas d'empêchement).¹²

5 *Sur la visite du Chef du DMF, le Conseiller fédéral Kaspar Villiger, à Washington du 5 au 10 février 1990, cf. la compilation dodis.ch/C1805.*

6 *Sur cet achat, cf. la compilation thématique F/A-18, avion de combat, dodis.ch/T1818. Cf. aussi DDS 1990, doc. 19, dodis.ch/54937.*

7 *Cf. la compilation thématique Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe (FCE), dodis.ch/T1844.*

8 *Le Memorandum of Understanding original avait été signé le 1^{er} novembre 1988 et prolongé pour la deuxième fois le 5 février 1990, cf. dodis.ch/56683.*

9 *Sur le processus de la CSCE, cf. DDS 1990, doc. 34, dodis.ch/56205.*

10 *Sur le sommet de Paris de la CSCE de novembre 1990, cf. DDS 1990, doc. 50, dodis.ch/54685.*

11 *Cf. DDS 1990, doc. 1, dodis.ch/54926 et doc. 13, dodis.ch/54922. Pour un aperçu de l'évolution de la position du Conseil fédéral sur l'opportunité d'une adhésion au FMI entre 1960 et 1990, cf. la compilation dodis.ch/C1731.*

12 *Sur les entretiens exploratoires menés par le Conseiller fédéral Otto Stich, Chef du DFF, et Markus Lusser, Président de la Direction générale de la BNS, cf. la compilation dodis.ch/C1732.*

- Un aide-mémoire¹³ sera envoyé aux ambassades concernées et les Ambassadeurs des pays du G10 seront convoqués le 7 février 1990 pour une réunion.¹⁴

Il existe encore plusieurs divergences d'opinion entre les divers responsables administratifs et une séance devra avoir lieu au printemps. Monsieur Camdessus se rendra en Suisse le 13 mars 1990 pour s'entretenir avec Monsieur Stich et certains autres Conseillers fédéraux et Parlementaires.¹⁵

M. l'Ambassadeur de Pury

Monsieur Camdessus sera au Symposium de Davos,¹⁶ ainsi que Messieurs Mulford et Coblentz. Il s'agira de s'entretenir avec ces deux derniers également de la candidature suisse au FMI puisqu'ils sont plus « influents » que Brady (que Stich verra en mars)¹⁷ à cet égard.

M. l'Ambassadeur Staehelin

Les propos des Conseillers fédéraux au sujet de la *politique européenne de la Suisse* doivent être identiques. Le 30 janvier, les conseillers fédéraux Delamuraz et Felber se réuniront pour fixer notre politique d'intégration en 1990. À cette occasion, il s'agira de définir une « Sprachregelung » commune.¹⁸

M. Wyss, OFAEE

Les consultations concernant le contrôle des exportations tenues à Washington début janvier¹⁹ ont dégagé les points suivants:

- Assouplissement du contrôle en direction de la Pologne et de la Hongrie dans le domaine des machines-outils, des ordinateurs et des télécommunications
- Création d'une nouvelle licence générale pour le commerce des biens stratégiques à l'intérieur du COCOM, basée sur des déclarations privées entre importateurs et exportateurs. La Suisse serait à nouveau discriminée sauf si elle crée une base légale pour interdire les exportations de biens d'origine suisse
- Les cas de « foreign availability » de la Suisse sont de plus en plus mal vus par les États-Unis (« sputter », « prepreg », « ball bearings »). Le cas des « wire bonders » a été réglé par l'élimination dans la liste de contrôle des exportations, à la grande insatisfaction du Département de la défense.

Problèmes bilatéraux: Il n'existe actuellement aucun problème majeur avec les États-Unis, les restrictions que connaissent les exportations suisses peuvent être qualifiées de relativement modestes. Il s'agit principalement des achats publics (machines-outils, roulements, équipements électriques à haute tension). La question des investissements directs étrangers sera certainement relevée (Exon-Florio amendment).²⁰ De leur côté, les États-Unis nous reprochent certaines pra-

13 Cf. DDS 1990, doc. 1, dodis.ch/54926.

14 Pour la petite conférence des ambassadeurs des pays du groupe des dix, cf. le télex hebdomadaire 7/90 du 12 février 1990, dodis.ch/54879, point 2.

15 Cf. le télex hebdomadaire 12/90 du 19 mars 1990, dodis.ch/54878, point 2.

16 Sur les rencontres en marge du World Economic Forum, cf. DDS 1990, doc. 4, dodis.ch/56233.

17 Cf. DDS 1990, doc. 13, dodis.ch/54922.

18 Cette réunion s'est tenue à la maison de Watteville, cf. dodis.ch/55197 et dodis.ch/55243. Sur le projet des deux Conseillers fédéraux concernant la politique d'intégration européenne de la Suisse, cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934, ainsi que dodis.ch/55203 et dodis.ch/55202.

19 Cf. la compilation dodis.ch/C1845.

20 L'amendement Exon-Florio adopté en 1988 visait à bloquer l'acquisition éventuelle d'une entreprise américaine par des capitaux étrangers.

tiques (importations de films et de viande de bœuf, chocolat, installations électriques, télévision transfrontière).²¹

M. Elmiger, OFIAMT

Au sein de l'OIT entre 1990 et 1993, les représentants européens proviendront exclusivement de la Communauté européenne et par conséquent la Suisse attache une grande importance à l'influence américaine pour soutenir certaines de ses propositions.

M. Baumgartner, AFC

Les prochaines négociations concernant l'accord de double-imposition auront lieu en automne 1990. Les divergences entre les deux pays sont toujours importantes, particulièrement en ce qui concerne l'échange d'informations.²²

M. Aregger, OFAC

Les négociations reprendront en automne 1990. La Suisse ne peut offrir plus dans le domaine des tarifs (conditions prescrites légalement). Elle prône le «double approval» alors que les États-Unis veulent le «double disapproval».²³ En octobre 1989, le Département américain des transports a recueilli les vœux des compagnies aériennes étrangères concernant les points d'atterrissage. Swissair a fait part de son intérêt pour *Washington DC et Miami*.²⁴

M. Pieth, OFJ

En ce qui concerne le *blanchissage d'argent sale* provenant de la drogue, la Suisse participe activement et à haut niveau aux travaux du G7 depuis le sommet de l'Arche.²⁵ La Suisse ainsi que la plupart des autres pays, à l'exception de l'Australie, sont opposés au «*Carry Amendment*»²⁶ (notification aux USA de certaines transactions liquides en dollars). La Suisse soutient par contre les principes de «*know your customer*» et «*suspicious transactions reporting*».²⁷

M. Friedrich, DFAE

L'accord de coopération dans le domaine nucléaire²⁸ ne sera pas prolongé lorsqu'il arrivera à échéance. Le nouvel accord proposé ne convient pas du tout à la Suisse et notre industrie devra cesser de s'approvisionner aux États-Unis.²⁹

21 Cf. dodis.ch/56680.

22 Cf. la compilation dodis.ch/C1846.

23 Finalement, les prochaines négociations ont seulement lieu les 23 au 24 mai 1991 à Washington, cf. dodis.ch/57009.

24 Cf. dodis.ch/56843.

25 Cf. le téléx hebdomadaire 7/90 du 12 février 1990, dodis.ch/54879, point 4, ainsi que le mot-clé Blanchiment d'argent, dodis.ch/D1712.

26 Il est fait référence au Senate Amendment N° 3697 de Sénateur John Kerry du 14 octobre 1988.

27 Cf. dodis.ch/55140 et dodis.ch/56679.

28 Cf. PVCF N° 1923 du 5 novembre 1965, dodis.ch/31235 et le Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant l'approbation de l'accord de coopération entre le gouvernement suisse et le gouvernement des États-Unis d'Amérique pour l'utilisation de l'énergie atomique à des fins pacifiques du 4 janvier 1966, dodis.ch/32919.

29 Sur la coopération nucléaire entre la Suisse et les États-Unis, cf. la compilation dodis.ch/C1801.

M. Seger, DFAE

La Suisse a reçu cinq réponses positives et cinq négatives au sujet de la candidature de l'OLP dans le cadre de l'accord de Genève. Les États-Unis n'ont pas réagi. Étant donné le nombre restreint des réponses, le Conseil fédéral a décidé de ne pas les notifier.³⁰

M. l'Ambassadeur Staehelin

La Suisse serait intéressée à participer à la Conférence «Open Sky». Selon certains sondages, les États-Unis semblent y être opposés. Le DFAE a décidé de suspendre pour l'instant ses démarches à cet égard.³¹

³⁰ Sur la question de l'admission de l'OLP aux Conventions de Genève, cf. DDS 1990, doc. 47, dodis.ch/55025, note 14 et la compilation dodis.ch/C1723.

³¹ Sur les négociations Open Skies, cf. la compilation dodis.ch/C1807.

7

dodis.ch/56178

Notiz des EDA zuhanden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats¹

FRAGEN DER TECHNISCHEN MITTEL

[Bern,] 16. Februar 1990

Welche technischen Mittel stehen unseren Vertretungen auf den Gebieten der Übermittlung sowie der Büroausstattung zur Verfügung?

Antwort

1. Einleitung

Da der ständig zunehmenden Arbeit infolge des Personalstopps nicht mit einer Erhöhung der Mitarbeiterzahl begegnet werden kann, ist es umso dringlicher, mit technischen Mitteln die Arbeitsproduktivität zu steigern.² Die jährlich gekürzten Kredite stellen dieses Ziel jedoch in

¹ CH-BAR#E1050.12#1994/310#8* (1). Die Stellungnahme wurde von Ernst Iten, Vizedirektor der Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst (DVA), verfasst. Im Anschluss an die Ausführungen des Vorstehers des EDA, Bundesrat René Felber, während der Sitzung der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) vom 12. Februar 1990 (vgl. DDS 1990, Dok. 11, dodis.ch/56530) war die Frage nach den technischen Mitteln, die dem EDA zur Ausführung der Aussenpolitik zur Verfügung stünden, von Nationalrat Mario Grassi aufgeworfen worden, vgl. das Faksimile dodis.ch/56530, S. 7. Rudolf Schaller, Generalsekretär des EDA, gab daraufhin der DVA den Auftrag, eine Stellungnahme zu dieser Frage vorzubereiten, die an der Sitzung vom 19. Februar 1990 an die Mitglieder der APK-N verteilt wurde, vgl. das Dossier CH-BAR#E2024B#2001/146#9* (a.123.21).

² Zur Personalsituation des EDA vgl. dodis.ch/56108. Zum seit 1984 laufenden EFFI-Projekt zur Effizienzsteigerung in der Bundesverwaltung und dessen Auswirkungen auf das EDA vgl. das Rundschreiben des Generalsekretärs des EDA, Alfred Glesti, an die schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 26. Oktober 1984, dodis.ch/56811.

Frage, und es ist äusserst schwierig, das bestehende und berechtigte Nachholbedürfnis auf den Gebieten der Übermittlung und Büromatik einigermaßen stillen zu können.³

2. Ist-Zustand

2.1. Übermittlungswesen

Für unsere 162 Vertretungen kennen wir *zwei Arten* der raschen, schriftlichen Übermittlung: den *Telex* und den *Telefax*.⁴

Die Telexe werden auf drei Systemen übermittelt: Via Kurzwellen, über das öffentliche Netz und mit Hilfe eines Satellitensystems. Die Kurzwellenverbindungen, allgemeiner bekannt unter dem Stichwort Botschaftsfunk, bilden nach wie vor das Rückgrat unseres Übermittlungswesens. Der Grund dafür ist folgender: Diese Verbindungen erlauben es, *ohne infrastrukturellen Rückgriff auf nicht schweizerische Stellen* Kontakte zwischen den Vertretungen und der Zentrale zu unterhalten. Dies ist besonders für *Krisenfälle* wichtig. Aber schon in «normalen» Zeiten garantieren sie an vielen Orten der *Dritten Welt*, wo Stromversorgung sowie öffentliche Telefone und Telex nicht oder nur sehr mangelhaft funktionieren, die Verbindung zwischen Bern und seinen Vertretungen. Zur Zeit sind knapp 70 Botschaften mit Funkanlagen ausgerüstet. Dieses Netz ist als «Back-up»-System zum öffentlichen Telex vorgesehen. Damit die Investitionen der Kurzwellenanlagen aber möglichst sinnvoll und kostensparend eingesetzt werden, wird es so stark wie möglich ausgelastet. Damit erreichen wir gleichzeitig die notwendige Übung in deren Handhabung. Etwas vereinfacht gesagt geht deshalb nur der «Überlauf» ins öffentliche Netz. Aus technischen und finanziellen Gründen haben wir zwei Telexleitungen gemietet, nämlich nach New York für die «neue Welt» und nach Hong Kong für Asien. Im September 1989 nahmen wir schliesslich in Windhoek (Namibia) eine Satellitenverbindung in Betrieb.⁵ Die Resultate waren so befriedigend, dass wir an die Einrichtung weiterer Terminals schreiten können. Der grosse Vorteil dieser Verbindungsart besteht darin, dass sie von der lokalen Infrastruktur im Land der Botschaft unabhängig ist.

Die Telefaxübertragung nimmt ständig zu und erfreut sich zu Recht steigender Beliebtheit. Sie ist allerdings abhängig vom öffentlichen Telefonnetz, was mancherorts nicht ohne Probleme ist. Obwohl wir einen beschleunigten Ausbau vorsahen, werden Ende 1990 aus Kreditgründen immer noch 20 Botschaften, 8 Generalkonsulate und 11 Konsulate nicht mit Faxgeräten ausgerüstet sein.⁶

2.2. Büroausstattungen

(Die Aufzählung beschränkt sich auf die wesentlichen technischen Mittel).

3 Zur Diskussion über Kredite und Personalbedürfnisse des EDA im Bereich der Informatik vgl. dodis.ch/56816 sowie dodis.ch/56825.

4 Zur unterschiedlichen Verwendung von Telex und Telefax vgl. dodis.ch/54860.

5 Windhoek war die erste schweizerische Vertretung, die mit einer eigenen Satellitenstation ausgerüstet wurde. Dank der Satellitenstation konnten chiffrierte Verbindungen nach Namibia aufgebaut werden, vgl. dodis.ch/56926. Diese Verbindung nach Namibia war für den schweizerischen Einsatz im Rahmen der UNTAG-Mission von grossem Vorteil, vgl. dazu dodis.ch/56424 sowie weiterführend zu Fragen der Übermittlung im Rahmen der UNTAG-Mission, das Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#5404* (B.56.31.05). Zum UNTAG-Einsatz der Schweiz vgl. DDS 1990, Dok. 31, dodis.ch/56036.

6 Für eine Übersicht der Verbindungen der Zentrale des EDA mit den schweizerischen Vertretungen im Ausland vgl. dodis.ch/54859.

Chiffriergeräte:

Für die Telexverbindungen haben wir bei jeder Vertretung, wo es nötig erschien, ein Chiffriergerät im Einsatz. Ganz anders sieht die Ausrüstung mit Faxchiffriergeräten aus. Bisher stehen lediglich sechs (!) solche Geräte bei multilateralen Missionen im Betrieb.

Textverarbeitungsgeräte:

Zur Zeit sind 209 veraltete Geräte im Einsatz. Zusatzkäufe des eingesetzten Modells sind nicht mehr möglich, weil die neue Generation auf Computer basiert. Die noch offenen Bedürfnisse können nur durch Verschiebung oder Rückschübe bei Ersatz durch Computer befriedigt werden.

EDV-Geräte:

Anfang 1989 begannen wir mit der Ausrüstung unserer Vertretungen mit EDV-Geräten. Es wurden bisher 131 Arbeitsplätze in 22 konsularischen Kanzleien informatisiert. Beim Programm, das gleichzeitig die Textverarbeitung erlaubt, geht es um die Verwaltung der Daten von immatrikulierten Schweizern (Programm «Immapro»⁷).

Die OSEC hat in Zusammenarbeit mit dem EDA eine Datenbank über die Beziehungen von Schweizer Firmen zu deren Vertretungsnetz im Ausland und über den Bezugsquellennachweis entwickelt, die in den Handelsdiensten der Botschaften und Konsulate zum Einsatz kommen soll. Bisher wurden 8 Vertretungen mit der Hardware ausgerüstet.

Im weiteren besitzen der Wissenschaftsdienst auf der Botschaft in Washington, die Delegation bei der OECD in Paris sowie die Koordinationsbüros der DEH in Kigali, La Paz und Dhaka EDV-Geräte.

Passbeschriftungsmaschinen:

Bis Ende 1990 werden erst 45 Vertretungen mit solchen Maschinen ausgerüstet sein. Die übrigen, also rund $\frac{2}{3}$ der Vertretungen, müssen die Pässe handschriftlich ausfüllen. Da die Geräte sehr teuer sind (ca. Fr. 7500.-), werden prioritär jene Vertretungen mit grossen Bedürfnissen bedient.

Wegen der Fälschungsgefahr kommen nur Spezialmaschinen in Frage. Für den Handeintrag sind spezielle Schreibsets im Einsatz.

*3. Neue Vorhaben**3.1. Übermittlungswesen*

Technisch gesehen ist heute fast alles möglich. Aus dem vielfältigen Angebot gilt es, sich auf das den eigenen Bedürfnissen Entsprechende und finanziell Realisierbare zu beschränken. Zudem wird jede technische Einrichtung rasch überholt, so dass einerseits der Begriff «alt» relativiert wird und andererseits nicht für die «Ewigkeit» angeschafft werden soll.

Wir haben verschiedene Lösungsmöglichkeiten geprüft und werden auch weiterhin offen für Neues sein. Zwei grosse Varianten wurden eingehend studiert, nämlich der allmähliche Ersatz der bisherigen Lösungen oder das Weiterentwickeln der bestehenden zwei Übertragungsmittel (Telex und Telefax). Zur ersten Kategorie gehört die *integrierte, weltweite Bildschirmverbindung*. Abgesehen davon, dass ein solches Übertragungsmittel nur dann voll wirksam sein kann, wenn sowohl die Zentrale wie alle Vertretungen gleichzeitig mit der entsprechenden Büromatik ausgerüstet sind, nahmen wir mindestens für die nähere Zukunft aus folgenden Gründen davon Abstand:

⁷ Zur Einführung von Informatik-Lösungen in den schweizerischen Vertretungen im Ausland mit der Projektbezeichnung Immapro vgl. dodis.ch/56816, S. 5.

- a) Das Volumen und die Dringlichkeit eines grossen Teils der Daten rechtfertigen ein solches System nicht, und die blosser Öffnung von Informationen ohne das entsprechende Personal macht wenig Sinn.
- b) Die integrierte Bildschirmverbindung ist nur via Infrastruktur Dritter möglich, so dass wir kein unabhängiges Übertragungswesen für Krisenzeiten mehr hätten.
- c) Wenn wir aber für solche Notfälle das Botschaftsfunksystem beibehalten wollen, zeichnet sich eine teure Doppelspurigkeit und die Gefahr des nichtgeübten Umgangs mit dem Funk ab.
- d) Die Datenübertragung von Terminal zu Terminal benötigt qualitativ gute Übertragungsmittel, die aber rund um die Welt heutzutage noch nicht gewährleistet sind. Vor allem die lokale Feinverteilung lässt an vielen Orten zu wünschen übrig (z. B. für die Verwendung von Telepac⁸).
- e) Die Anschaffung und der Betrieb der integrierten Bildschirmübertragung ist kostspielig und auch ausserhalb der Krisenzeiten sicherheitsmässig kritisch. Je grösser nämlich ein Netz ist, desto anfälliger wird es für Angriffe, Viren etc. *Sensitive Daten brauchen eine entsprechende Abschirmung.* Die sicherste Variante dafür bilden *Insellösungen*.

Wir sind mit unseren Überlegungen übrigens in bester Gesellschaft. Die Privatindustrie, z. B. die Forschungslabors der Basler Chemie, arbeitet trotz anderer finanzieller Möglichkeiten auf der gleichen Basis, um unerwünschte Eingriffe von aussen nicht zu ermöglichen: Auch sie installierte Inselnetze.

Wir entschieden uns deshalb für *die Weiterentwicklung der bestehenden Mittel*, ohne jedoch auf *Bildschirme* oder *Satelliten* zu verzichten. Deren Gebrauch sehen wir jedoch *punktuell* und nicht in einem einzigen Netz vor.

Wie verhalten sich Telex und Telefax zueinander? Obwohl der Telex von vielen als veraltet betrachtet wird, ist er nach wie vor ein wichtiges Übertragungsmittel, da er relativ fehlerresistent ist und in vielen Ländern der Dritten Welt besser funktioniert als der vom Telefonnetz abhängige Fax. Für uns kommt dazu, dass «Telex»-Meldungen nicht nur via öffentliches Netz, sondern auch via Botschaftsfunk und Satelliten übertragen werden. Die Telexgeräte können ferner durch Computer mit einer entsprechenden Telexsoftware ersetzt oder sogar direkt in die Büroautomation einbezogen werden. Der Lochstreifenlose Betrieb wird bei uns realisiert, sobald die neuen Chiffriergeräte dies erlauben (mehr dazu weiter unten). Telex und Telefax sind für unsere Bedürfnisse *zwei Übertragungsmittel, die sich ergänzen*. Die Kosten für die Telefaxgeräte sind übrigens nicht mehr so hoch, dass man von einer teuren Doppelspurigkeit sprechen kann.

Rationalisierung der Zentrale:

Um die personalintensiven und teils ineffizienten Abläufe im Telegrammbüro, wo alle ein- und ausgehenden Meldungen der 162 Vertretungen plus Berns zusammenlaufen, modernisieren zu können, bestehen folgende Pläne:

Mit dem Projekt *Teleprint* ist vorgesehen, *alle Texte elektronisch* zu erfassen, zu bearbeiten und zu versenden, und zwar unabhängig vom Übermittlungsweg (d. h. sowohl Telex- wie Telefaxnachrichten werden berücksichtigt).⁹ Es ist eine phasenweise Einführung vorgesehen, wobei in einer ersten Stufe die Verarbeitung der Telexmeldungen und in einer zweiten die Verarbeitung der Telefaxtexte realisiert wird. Parallel dazu soll der Zusammenschluss mit der *Büroautomation an der Zentrale* vorgenommen werden, damit das «*Electronic Mailing*» die heutige, mittelalterlich anmutende Verteilung mit den Couverts ersetzt. Das System ist so angelegt, dass auch eine allfällige, spätere Datenübertragung integriert werden könnte. Die erste Stufe sollte 1991 eingeführt werden.

8 *Telepac war ein ab 1983 in der Schweiz zur Verfügung stehendes Netz zur Datenkommunikation.*

9 *Zum Projekt Teleprint vgl. dodis.ch/54861.*

Als Sofortmassnahme werden seit 1989 die eintreffenden *Meldungen nach Dringlichkeitsgrad* direkt von den Maschinen *ausgesondert*, und der *automatische Flash-Alarm* wird neu auch auf Telexmeldungen, die nicht per Funk eintreffen, ausgeweitet, so dass sich das manchmal unmögliche telefonische Avisieren der Zentrale erübrigt. Der automatische Flash-Alarm für die Kurzwellenmeldungen wurde bereits früher realisiert.

3.2. Büroausstattungen

Chiffriergeräte:

Das bestehende Chiffriergerät *für Telexmeldungen* wurde 1976 eingesetzt und soll ab 1991 ersetzt werden. Das neue Chiffriergerät, das zur Zeit auf ausgesuchten Vertretungen getestet wird, beruht auf einer *PC-Basis*. Einige Merkmale seien hier erwähnt: Das neue Chiffriergerät arbeitet *lochstreifenlos*, wobei aber trotzdem noch mit dem Lochstreifen gearbeitet werden kann. Es erlaubt eine direkte Textverarbeitung. Zudem sind Sperren, sogenannte «Must»-Tasten, eingeplant, um die Verwechslung von Klartexten und Chiffraten zu verhindern.

Ob und wie eine Zusammenschaltung mit der Büroautomation möglich ist, wird noch abgeklärt. Es sind vor allem Sicherheitsprobleme (Abstrahlung, Zugriff usw.), die noch nicht gelöst sind.

Noch dieses Jahr werden wir 30 neue *Chiffriergeräte für Telefaxmeldungen* erhalten. Mit diesen werden die alten Chiffrieranlagen bei den multilateralen Missionen ersetzt. Ferner werden sie an ausgesuchte bilaterale Vertretungen abgegeben. Weitere 30 Geräte sind für 1991 geplant.

EDV-Geräte und Programme:

Die neuen Vorhaben orientieren sich am mittel- bis langfristigen Ziel, sämtliche 1300 Arbeitsplätze im Ausland zu informatisieren.¹⁰ Die Programme richten sich auf folgende Tätigkeiten:

- Erweiterung des Projektes Immapro auf die Verwaltung der AHV/IV-Aufträge und alle konsularischen Aufgaben
- die generelle Einführung der Textverarbeitung auf den gleichen Geräten (Ersatz von Schreibmaschinen)
- die speziellen Aufgaben der Koordinationsbüros der DEH
- die geplante Ausstellung der Identitätskarten für Auslandschweizer und die Verwaltungsaufgaben hinsichtlich der Ausübung ihrer politischen Rechte (Stimm- und Wahlrecht)
- die maschinelle Passausstellung und die Vergabe von Visa.

Der Ablauf der Projekte ist wie folgt vorgesehen:

- Das bestehende Projekt Immapro soll bis Ende 1992 in sämtlichen konsularischen Kanzleien im Ausland zum Einsatz kommen. Dafür sind noch ca. 500 Arbeitsplätze zu informatisieren. Gleichzeitig sind die neuen Applikationen für AHV/IV, Buchhaltung und teilweise schon für die erwähnten künftigen Aufgaben zu entwickeln. Für die Durchführung des Projektes steht das Personal zur Verfügung, die Finanzmittel sind aufgrund der Budgetkürzungen jedoch gefährdet.
- Im Rahmen des Büroautomationsprojektes der DEH ist die Informatisierung der ca. 150 Arbeitsplätze in den Koordinationsbüros bis Ende 1991 geplant.¹¹
- Für den weiteren Ausbau des OSEC-Programmes sind die Budget- und Personalressourcen noch nicht gesichert. Ohne Zusatz- bzw. Nachtragskredite ist eine Realisierung auf absehbare Zeit nicht möglich.¹²

10 Für eine Übersicht zur Koordination der Informatik im EDA vgl. dodis.ch/56996.

11 Zur Informatisierung der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) des EDA vgl. dodis.ch/56927.

12 Wegen Budgetkürzungen konnte das Projekt 1990 nicht weiter vorangetrieben werden, vgl. dodis.ch/56825.

- Es ist angesichts der äusserst prekären Finanzlage noch sehr fraglich, wann die dringende Einführung der Büroautomation an den verbleibenden 430 Arbeitsplätzen im diplomatischen Bereich in Angriff genommen werden kann.

Die für dieses Programm einzusetzenden technischen Mittel sind evaluiert worden. Angesichts der grossen Produktivitätssteigerung wäre eine rasche Realisierung betriebswirtschaftlich wünschbar, ja angesichts des Personalstopps und der wachsenden Aufgaben sogar absolut notwendig. Der grosse Nachholbedarf im Informatikbereich unseres Departements verlangt deshalb eine entsprechende Erhöhung der personellen und finanziellen Mittel. Diese stehen uns aus der heutigen Sicht der Finanzlage aber nicht zur Verfügung.

Diese dringenden Projekte können nur realisiert werden, wenn uns anstatt des heutigen Budgets für die Informatik im Ausland in der Grössenordnung von Fr. 2–3 Mio in den nächsten drei Jahren rund das Doppelte zur Verfügung stünde und wenn gleichzeitig das EDV- und Betreuungspersonal von ca. 20 auf ca. 35 Stellen erweitert würde.¹³

Budgetkürzungen und Personalstopp werden uns jedoch dazu zwingen, nur punktuell die allerdringendsten Löcher zu stopfen und die Aufgaben in die Zukunft hinauszuschieben, im vollen Bewusstsein, dass durch die Verzögerung und die Überlastung unserer Dienste noch höhere Kosten entstehen.¹⁴

4. Zuwenig Geld, zuwenig Personal

Der *Ist-Zustand* dürfte das grosse Nachholbedürfnis aufgezeigt haben. So gibt es noch viele Vertretungen der Schweiz, die weder über einen Fax, ein Textverarbeitungsgerät noch über weitergehende EDV-Ausrüstungen verfügen, und wo die Mitarbeiter die alten Pässe unserer Landleute, die Ende 1990 ungültig werden, mühselig von Hand ausfüllen müssen. Es versteht sich, dass ein solcher Betrieb nicht rationell läuft, wesentliche Aufgaben (z. B. im Bereich der Handelsförderung) nicht optimal erfüllen kann und mittelfristig – infolge der mangelnden Ausrüstung gepaart mit dem Personalstopp – ein Leistungsabbau zu befürchten ist. Dabei steht die Schweiz gerade im europäischen Raum vor entscheidenden Jahren, der eigentlich einen maximalen Einsatz seiner Ressourcen erheischte.

Unter der Rubrik «*neue Vorhaben*» stehen die Projekte, die in nächster Zukunft realisiert werden sollten. Sie stellen weder Luxus noch Wunschträume dar – und trotzdem ist deren fristgerechte Umsetzung in die Wirklichkeit in Frage gestellt. Einzig mehr Mittel und mehr Personal zur Einführung der technischen Neuerungen können die notwendige Deblokierung bringen. Insbesondere *bei der Informatik ist das EDA unterentwickelt* und zwar nicht nur im Vergleich zur Privatwirtschaft, sondern auch im Verhältnis zu allen anderen Departementen (mit Ausnahme des EVED).¹⁵ Dabei gibt es zur Informatisierung der Arbeitsplätze keine Alternative. Ein Hinausschieben bedeutet lediglich Produktivitätsverluste, wachsende Kosten durch den Personalaufwand und eine unattraktive Arbeitswelt, die viele gute Kandidaten vor einem Eintritt ins EDA abschreckt oder Mitarbeiter andere Stellen suchen lässt. Idealismus allein und Überstunden sind nicht die besten Voraussetzungen, damit unser Land an vorderster Front die kommenden entscheidenden Jahre optimal mitgestalten kann.

13 Zur Frage der Organisation und der Personalbedürfnisse im Bereich der Informatik im EDA vgl. dodis.ch/55771 sowie dodis.ch/56826.

14 Vgl. Anm. 2.

15 Zur Frage der interdepartementalen Koordination der Informatik in der Bundesverwaltung und der Schaffung eines neuen Bundesamts für Informatik, vgl. dodis.ch/56135, S. 8 f. sowie dodis.ch/56996.

dodis.ch/54934

Ausserordentliche Sitzung des Bundesrats vom 14. Februar 1990¹

MITTEL- UND LANGFRISTIGE FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK • INTÉGRATION
EUROPÉENNE

Vertraulich

[Bern,] 19. Februar 1990

Mittel- und langfristige Flüchtlings- und Asylpolitik

Bundespräsident Koller erläutert die Vorschläge der Arbeitsgruppe,² die aufgrund der Vernehmlassung über den Strategiebericht³ mögliche Eckwerte einer mittel- und langfristigen Flüchtlings- und Asylpolitik erarbeitet hat. Es geht dabei um den Flüchtlingsstatus, das Asylverfahren und entsprechende Zuständigkeiten, die Erwerbstätigkeit der Asylsuchenden, die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge sowie um Massnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der Flüchtlingsbewegungen und Migrationen.

In diesem letzten Punkt besteht ein weitgehender Konsens. Die Schweiz sollte mehr tun, damit die Ursachen bekämpft werden können.⁴ Das EDA und das EJPD sollten vom Bundesrat klare Aufträge erhalten, auch wenn die Wirkung dieser Bemühungen als eher gering einzuschätzen ist. Wichtig wäre auch, dass ein Erstasyl-Abkommen zustandekäme.⁵ Die Schweiz wird ihre Bemühungen für das Zustandekommen eines solchen Abkommens fortsetzen, am ehesten im Rahmen des Europarates, allenfalls aber auch in Zusammenarbeit mit der EG. Dadurch könnten zwischen einem Drittel und der Hälfte der Gesuche eingespart werden.

Was die internen Massnahmen betrifft, so sind die Definition des Asylbegriffes, die Respektierung der internationalen Konventionen sowie die Gewährung eines individuellen Asylverfahrens als Fixpunkte zu betrachten – Änderungen sind dagegen in bezug auf eine Beschleunigung des Asylverfahrens und auf die Regelung der Erwerbstätigkeit anzustreben. Die Verwirklichung des «Migrationsmodells», das heisst der Koppelung der Flüchtlings- und der Ausländerpolitik, scheint aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse fragwürdig zu sein. Der Bundesrat soll

1 CH-BAR#E1003#2003/92#1* (4.32). Dieses BR-Beschlussprot. II wurde verfasst von Vizekanzler Achille Casanova. Der Bundesrat hielt seine erste Klausursitzung des Jahres von 17 bis gegen 21 Uhr im von Wattenwyl-Haus in Bern ab. Kopien des Protokolls gingen an die sieben Departementsvorsteher, an den Bundeskanzler sowie die beiden Vizekanzler. Am 15. Februar informierte Casanova mit einer Mitteilung die Bundeshauspresse über die Klausursitzung, vgl. das Faksimile dodis.ch/54934. Als Vorbereitung für die Sitzung wurden den Mitgliedern des Bundesrats zwei Aussprachepapiere unterbreitet: zur Asylpolitik vgl. das BR-Prot. Nr. 277, dodis.ch/55294 und zum Europäischen Wirtschaftsraum das BR-Prot. Nr. 278, dodis.ch/55203, beide vom 14. Februar 1990.

2 Zu den Vorschlägen der Arbeitsgruppe vgl. die Erläuterungen des EJPD zum Entwurf des Bundesbeschlusses über das Asylverfahren, BR-Prot. Nr. 277 vom 14. Februar 1990, dodis.ch/55294, Beilage 4. Für einen breiteren Überblick über das Vernehmlassungsverfahren zur Flüchtlings- und Asylpolitik im Jahr 1989 vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1733.

3 Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre der interdepartementalen Strategiegruppe EJPD–EDA–EVD, dodis.ch/55673. Für die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens vgl. das BR-Prot. Nr. 2399 vom 20. Dezember 1989, dodis.ch/55672.

4 Zum politischen Druck für eine verschärfte Migrationspolitik vgl. dodis.ch/55674.

5 Vgl. DDS 1990, Dok. 53, dodis.ch/56148.

auch entscheiden, ob er das Postulat der GPK⁶ mit einem einzigen oder mit zwei Teilberichten zu erfüllen gedenkt.

Ziel der Klausur ist es, diese Fragen zu diskutieren, damit das EJPD für die Sitzung vom 28. Februar die Unterlagen für eine Vernehmlassung vorbereiten kann.

M. Cotti se dit très satisfait du travail accompli et des propositions faites. Tout en tenant compte de la situation très tendue dans laquelle nous nous trouvons, nous ne faisons aucune concession sur le plan des principes. Notre pays doit rester ouvert vis-à-vis des réfugiés. Certaines propositions constituent dans ce domaine un progrès évident: création d'une commission de recours, institution d'un office pour les réfugiés, coordination améliorée avec les cantons en ce qui concerne les expulsions, accélération des procédures, etc.⁷ Par contre, M. Cotti est perplexe quant à d'autres propositions. Sera-t-il possible de fixer les pays auxquels la procédure d'asile ne s'applique pas? Il s'agit d'un pas qui va très loin et qui peut même avoir des conséquences au niveau des relations internationales. La disposition qui abolit le paiement anticipé des frais aux requérants d'asile est également discutable. Est-il possible de faire supporter aux requérants d'asile, qui généralement sont des personnes démunies, les frais de traduction de leurs requêtes dans une langue nationale par exemple?

Auch Bundesrat Stich dankt für die vom EJPD vorbereiteten Unterlagen.⁸ Die Schaffung eines Bundesamtes ist zu begrüßen, doch muss diese Übung als heikel eingestuft werden. Die Reaktionen der Bevölkerung dürfen nicht vernachlässigt werden. Auch wenn alle sich für eine humanitäre Schweiz aussprechen, ist es meistens schwer verständlich, wenn Asylsuchende besser gestellt werden als AHV-Bezügler. Diese Haltung wird durch Aktivitäten wie Hungerstreiks von Asylbewerbern noch verstärkt. Die Bevölkerung hat zu Recht kein Verständnis, wenn Asylbewerber gegen Schweizer Gesetze protestieren.

Es gilt den Vorschlag weiterzuverfolgen, wonach auf Asylgesuche aus klar definierten Ländern, in denen die Menschenrechte respektiert werden, nicht einzutreten ist.⁹ Wünschbar wäre, dass diese Praxis auf internationaler Ebene angewendet werden könnte. Gewiss bringt eine solche Neuerung auch «diplomatische» Probleme. Die Liste dieser Länder braucht aber nicht veröffentlicht zu werden, analog jener der Bankenkommission über die Länder, aus denen Rückstellungen verlangt werden.

Der Bund muss seine Zuständigkeiten im Asylbereich wahren, doch sollten die Befragungen dezentral vorgenommen werden. Es ist falsch, wenn zuerst kantonale und dann Bundesbeamte diese Befragungen vornehmen. Viel besser wäre es, Beamte des Bundes mindestens in vier Zentren im Raum Basel, in der Westschweiz, im Tessin und in der Ostschweiz zu entsenden. Dies würde auch das Verfahren beschleunigen und die Einstellungsprobleme im Asylwesen mildern.

Bundesrat Stich erkundigt sich, warum die Kantone künftig für die Fürsorge finanziell zuständig werden sollen. Schliesslich ist es ohnehin der Bund, der zu zahlen hat. Es wäre auch fragwürdig, wenn die Kompetenz für eine Erwerbstätigkeit der Asylbewerber auf die Kantone übertragen würde. Diese würden aufgrund der Arbeitsmarktsituation entscheiden. Dagegen sollten Asylbewerber verpflichtet werden können, Arbeiten für die öffentliche Hand zu verrichten. Der Lohn müsste allerdings abgeliefert werden. Der Vorsteher des EFD spricht sich klar für die Er-

6 Für das Postulat 89.021 Flüchtlingspolitik der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats vom 24. Mai 1989 vgl. dodis.ch/55690.

7 Sur les propositions faites dans le domaine de l'asile, cf. le Message à l'appui d'un arrêté fédéral sur la procédure d'asile (APA) et d'une loi fédérale instituant un Office fédéral pour les réfugiés du 25 avril 1990, FF, 1990, II, pp. 537–653.

8 Vgl. Anm. 1.

9 So wurden im Oktober 1990 die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn als verfolgungssichere Staaten erklärt, vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2291 vom 31. Oktober 1990, dodis.ch/56709.

stellung eines einzigen Berichts an die GPK¹⁰ aus, in dem auch Elemente der Bevölkerungspolitik berücksichtigt würden.

M. Delamuraz rappelle les proportions existant entre le nombre de demandeurs d'asile et le nombre de travailleurs étrangers en Suisse.¹¹ Les propositions du rapport stratégique visant à lier les deux politiques ont échoué et doivent être abandonnées. Par conséquent, il n'est pas judicieux d'élaborer un seul rapport. Entre politique des étrangers et politique en matière d'asile, les différences sont trop nombreuses. Dans le domaine de l'asile, on connaît des problèmes de procédure qui n'existent pas dans celui de la main-d'œuvre étrangère. Les décisions concernant l'asile peuvent être prises d'une façon autonome, tandis que pour la main-d'œuvre étrangère, il faut considérer d'autres impératifs. Enfin les deux domaines se trouvent à des stades différents de maturation. Même si l'on n'élabore qu'un seul rapport, il faudra le rédiger en deux parties bien distinctes. Pour ce qui est de la question des saisonniers, il n'est pas possible, en l'état actuel du dossier, de faire des affirmations concrètes. Cela ne signifie pas que ces deux éléments de la discussion doivent être considérés de manière absolument indépendante. Il faut que la politique du Conseil fédéral soit cohérente. En outre, il faut prendre les besoins de l'économie en considération. Globalement, le nombre des étrangers en Suisse ne doit pas trop augmenter. S'il englobe les requérants d'asile, les besoins de l'économie en main-d'œuvre qualifiée ne pourront pas être satisfaits. Par conséquent, le Conseil devrait prendre des décisions rapides dans le domaine de l'asile et éviter un lien absolu entre main-d'œuvre étrangère et requérants d'asile. Quant aux propositions concrètes, on peut se demander s'il faut décréter 3 ou 6 mois d'interdiction de travailler. La solution des 6 mois est à préférer, car cette durée correspond à celle du traitement des dossiers.

M. Felber approuve les deux éléments essentiels de la réforme, à savoir la réduction de la durée de la procédure à 6 mois (et l'interdiction de travailler pendant cette période) et la création d'un office pour les réfugiés.¹² Même si du point de vue qualitatif les besoins de l'économie ne peuvent pas être satisfaits par les réfugiés, les politiques de la main-d'œuvre étrangère et de l'asile ont beaucoup de points communs. Une coordination est nécessaire, et dans cet examen il faut également prendre en considération les travailleurs au noir. Faut-il augmenter les contrôles ou même envisager une amnistie? La renonciation au droit d'urgence est à saluer, mais cela implique de la part de tout le monde plus de précision et de sévérité. L'état d'esprit de larges couches de la population ne doit pas être négligé. Certaines actions, comme la grève de la faim qui a eu lieu récemment ne sont pas comprises. Dans le domaine de l'asile également, il faut essayer d'harmoniser notre droit avec celui des pays européens même si, le nôtre étant généralement plus large, cette harmonisation aura des conséquences pour les requérants d'asile. Le DFAE est prêt à remplir ces tâches dans le domaine de l'asile. Il appuie les propositions visant à éviter les migrations. Mais il ne faut pas se faire d'illusions: toutes les mesures prises ne sauront retenir les dizaines de milliers de personnes qui fuient leur pays. Avec le HCR et le CICR, la Suisse va continuer ses actions d'aide aux pays de premier asile.¹³

10 *Das Postulat wurde schliesslich mit einem einzigen Bericht erfüllt, vgl. den Bericht des Bundesrates zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik vom 15. Mai 1991, dodis.ch/57212.*

11 *Cf. le document de travail du DFEP du 8 février 1990 préparé pour la présente séance extraordinaire et joint au PVCF N° 567 du 12 mars 1990, dodis.ch/55645, annexe 2. Cf. également le compte rendu du 4 décembre 1989 du Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, le Secrétaire d'État Franz Blankart, au Conseiller fédéral Delamuraz sur la séance du 1^{er} décembre 1989 de la Délégation économique permanente, dodis.ch/55598 et la notice du 5 mars 1990 de Klaus Hug, Directeur de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail du DFEP, au Conseiller fédéral Delamuraz, dodis.ch/55574.*

12 *Cf. le PVCF N° 2106 du 1^{er} octobre 1990, dodis.ch/56667.*

13 *Cf. la publication du groupe de réflexion interdépartemental DFJP-DFAE-DFEP Stratégie pour la politique des années 90 en matière d'asile et de réfugiés, dodis.ch/55673, en particulier le chapitre 3.1: Politique internationale de la Suisse à l'égard des réfugiés, pp. 65-69.*

Il s'agit d'actions concrètes qui, comme dans le cas de l'Afghanistan, donnent de bons résultats.¹⁴ Concernant la Turquie, M. Felber va présenter prochainement une proposition sur les investissements.¹⁵ L'action de nos ambassades est souvent couronnée de succès, comme le démontre le cas de Musey.¹⁶

Für Bundesrat *Ogi* ist unsere langfristige Asylpolitik durch vier Grundtatsachen gekennzeichnet. Weltweit ist von einer bedrohlichen Zunahme des Flüchtlingspotentials auszugehen, mit einer möglichen neuen Völkerwanderung von Süden nach Norden. Alle Länder Westeuropas sitzen im gleichen Boot. Daher soll eine koordinierte und konsequente Asylpolitik angestrebt werden. Die Schweiz ist kein Einwanderungsland, denn Platz und Ressourcen sind knapp, die Bevölkerungsdichte und der Ausländeranteil sehr hoch und die Infrastruktur stark belastet. Anwesende Asylbewerber sind fair und menschlich zu behandeln. Dies bedingt, dass das Verfahren straff und klar ist und der Vollzug konsequent. Kantone und Gemeinden sind wirkungsvoll zu unterstützen.

Die Schweiz ist wegen ihres Wohlstands, ihrer Demokratie und ihrer Neutralität besonders attraktiv für alle Flüchtlingsarten (Repression, Hoffnungslosigkeit oder wirtschaftliche Gründe veranlassen Menschen zur Flucht). An dieser Lage wollen und können wir nichts ändern. Trotzdem sollten Massnahmen erwogen werden, um die Magnetwirkung einer prosperierenden Schweiz auf anderen Ebenen zu dämpfen. Dies könnte mit einer gesamteuropäisch koordinierten Flüchtlingspolitik, mit kurzen Verfahrensdauern und mit einem konsequenten Vollzug der Entscheide erreicht werden. Das vom EJPD vorgelegte Aussprachepapier¹⁷ liegt auf dieser Linie und kann deshalb weitgehend akzeptiert werden.

Gestützt auf diese Lageanalyse ist eine Koordination der Ausländer- und der Asylpolitik nötig. Damit ein gemeinsamer Bericht von EJPD, EVD und EDA möglich ist, müssen die Fachleute zuerst ihre Teilbereiche im Griff haben. Das Vorgehen soll in zwei Stufen erfolgen: Zuerst sind Teilberichte von EJPD und EVD zu erstellen, und nachher ist eine Synthese der drei Departemente zu schaffen.

Was die Entwürfe für Erlasse betrifft, ist eine definitive Stellungnahme noch nicht möglich. Die Schaffung eines Bundesamtes sollte unbestritten sein. Das Verfahren soll «streng, aber gütig» ausgestaltet werden, damit die Schweiz bei aller Verfahrenseffizienz und trotz Ausschluss von Missbräuchen gegenüber Flüchtlingen menschlich anständig und fair bleibt.

Für Bundesrat *Villiger* sollten die vorgeschlagenen Massnahmen vor allem die Attraktivität der Schweiz vermindern. Ein auf sechs Monate verkürztes Verfahren ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Vielleicht könnte man noch weitergehen. Es ist anzunehmen, dass die Flüchtlingsströme aus Ländern, in denen blutige Unruhen herrschen, noch zunehmen werden, so dass die Zahl der anerkannten Flüchtlinge, die in unser Wirtschaftsleben einbezogen werden, ebenfalls steigen wird. Dies wird Probleme aufwerfen. Wir werden der EG im Personenverkehr Konzessionen zugestehen müssen,¹⁸ und zwar in einem Moment, in dem der Arbeitsmarkt durch Flüchtlinge belastet wird. Was den Bericht an die GPK betrifft, so ist der Vorschlag von Bundesrat Delamuraz anzunehmen, wonach ein einziger, in zwei Teilen verfasster Bericht vorzubereiten ist.

14 *Sur la situation en Afghanistan en janvier 1990*, cf. dodis.ch/55938.

15 *Sur les relations avec la Turquie, en particulier la coopération au développement et les questions migratoires*, cf. le PVCF N° 309 du 21 février 1990, dodis.ch/55272, et dodis.ch/55640.

16 Cf. Requêtes Maza et Musey. Rapport de la Commission de gestion au Conseil national (s'appuyant sur les avis du Conseil fédéral des 13 avril 1988 et 18 janvier 1989) du 13 mars 1989, FF, 1989, II, pp. 531–538.

17 Vgl. Anm. 1.

18 *Zu den Verhandlungen über den Personenverkehr mit den Europäischen Gemeinschaften* vgl. DDS 1990, Dok. 52, dodis.ch/55288, S. 6 sowie das BR-Prot. Nr. 567 vom 12. März 1990, dodis.ch/55645.

M. Felber partage les préoccupations de M. Cotti quant à l'établissement d'une liste de pays qui ne mettraient pas leurs ressortissants en danger et ne contreviendraient pas aux droits de l'homme. Il serait tout au plus envisageable de donner des directives qui en aucun cas ne devraient être publiées. En la matière, la plus grande prudence est de rigueur. Décider qu'un pays est sûr entraîne une grande responsabilité.

Bundespräsident Koller élabore le projet de la procédure. En raison de la discussion actuelle, il est envisagé de vérifier les propositions, afin que le Conseil fédéral puisse au cours de ce mois de janvier discuter les documents de consultation. L'objectif est de réviser les documents en juin au Parlement, afin que les nombreuses demandes d'asile de l'automne puissent être traitées plus rapidement. Cette révision est la dernière chance avant l'introduction éventuelle de la procédure d'urgence. Cette révision peut permettre à la Suisse de maintenir sa politique humanitaire dans le cadre des conventions internationales, tout en accélérant le processus dans la mesure du possible. Certaines catégories de réfugiés, par exemple les Libanais,²⁰ pourraient être traités de manière globale pendant une certaine période. Les compétences doivent rester au niveau fédéral, même si environ 60 % des enquêtes sont effectuées dans les cantons. Ici, des améliorations sont envisagées.

En discussion, la question de la période est soulevée, ainsi que le moment de la procédure.²¹

Intégration européenne

M. Delamuraz commente l'analyse de la situation telle qu'elle est présentée dans le document de travail²² élaboré par son département et celui des affaires étrangères. Il s'agit de donner des instructions à notre délégation pour la phase exploratoire qui vient de s'ouvrir. La Suisse doit participer de manière active et positive à tous les groupes de travail, dans le but d'arriver à un accord satisfaisant.

Les déclarations de Delors concernant le droit de codécision des pays de l'AELE ont suscité un certain pessimisme.²³ Il faut donc trouver une formule satisfaisante. Il ne s'agit pas d'une question à prendre ou à laisser. Si des exceptions peuvent être négociées notamment pour ce qui est de l'agriculture et de la main-d'œuvre étrangère, l'économie suisse n'aura pas de difficultés à s'adapter à l'essentiel de l'acquis communautaire. Quant à notre participation à la prise de décisions, la question est ouverte. Les effets qu'aurait sur les institutions un accord sur l'espace économique européen suscitent une très grande inquiétude. Cependant, notre neutralité n'est pas touchée, ce qui améliore les chances de succès. Par contre le fédéralisme devra être redéfini, car les cantons perdront une partie de leurs compétences, notamment en ce qui concerne l'ouverture des marchés publics, la police sanitaire, les prix des médicaments etc. Le problème

19 Vgl. die Botschaft zum Bundesbeschluss über das Asylverfahren (AVB) und zu einem Bundesgesetz über die Schaffung eines Bundesamtes für Flüchtlinge vom 25. April 1990, BBl, 1990, II, S. 537–696. Das Parlament hat den Bundesbeschluss über das Asylverfahren am 22. Juni 1990 verabschiedet, vgl. AS, 1990, S. 937–953.

20 Zu den libanesischen Asylsuchenden vgl. dodis.ch/55826.

21 Vgl. Anm. 10.

22 Pour la note de discussion du DFAE et du DFEP, cf. le PVCF N° 278 du 14 février 1990, dodis.ch/55203. Cette note de discussion est élaborée suite aux entretiens de Watteville sur l'EEE du 30 janvier 1990. Pour la préparation de ces entretiens, cf. dodis.ch/55197 et dodis.ch/55243.

23 Les deux discours du président de la Commission européenne Jacques Delors devant le Parlement européen, le 17 janvier 1989, cf. dodis.ch/55195 et dodis.ch/55198, puis le 17 janvier 1990, cf. dodis.ch/56512 et dodis.ch/56513, suscitent des réactions contrastées du côté suisse.

majeur sera l'abandon de certaines compétences dans l'exercice de la démocratie directe. Les droits d'initiative et référendum pourraient certainement être maintenus intégralement, mais au cas où le peuple devrait se prononcer sur un point incompatible avec l'accord sur l'EEE, celui-ci devrait être remis en cause.

Actuellement il s'agit d'engager les discussions exploratoires.²⁴ Deux conclusions sont possibles: ou bien on parvient à un accord satisfaisant et l'opération peut continuer, ou bien le Conseil fédéral n'est pas satisfait et décide de ne pas proposer notre intégration dans cet EEE. La Suisse ferait alors cavalier seul. À la longue cette solution n'est guère praticable, à moins que la CE ne réussisse à créer le marché unique. À court terme, notre économie pourrait supporter l'isolation. Mais le danger que l'accord de 1972²⁵ soit lui aussi dénoncé n'est pas à écarter. Cela nous condamnerait à la longue à nous plier à la volonté de la CE. Il faut donc négocier, situer le plus haut possible nos ambitions. Actuellement la situation est encore très incertaine et les positions ne sont pas encore bien définies. Mille hypothèses sont encore réalisables.

M. Felber analyse les résultats des nombreux sondages réalisés dans les pays de l'AELE et de la CE. Les mutations dans les pays de l'Est ont des effets à tous les niveaux. La Suède craint d'être considérée comme les pays d'Europe centrale et n'exclut pas la fuite en avant. La Norvège et la Finlande vont sans doute suivre l'exemple de la Suède. Mais dans ce cas il n'y aura plus d'AELE. Dans les pays de la CE la possibilité d'intégrer les pays de l'Est est mise en doute. Le gouvernement britannique veut éviter des structures trop supranationales; il est au plus disposé à accepter une confédération.²⁶ Cette situation encore floue et mouvementée permet d'espérer que l'accord sur l'EEE ne soit pas trop strict. Le Conseil fédéral est appelé à confirmer sa volonté de discuter avec l'AELE la création de l'EEE. Il ne s'agit pas seulement pour la Suisse d'intérêts économiques²⁷, car les politiques d'accompagnement (possibilités de faire des études à l'étranger, difficultés dans l'engagement de professeurs étrangers, discrimination aux postes frontières etc.) jouent également un rôle important. Il faut continuer dans la voie visant à la conclusion d'un accord sur l'EEE, accord dont le contenu n'est pas encore défini.

En ce qui concerne le droit de codécision, nous avons placé la barre très haut et le discours de Delors a jeté un froid. Néanmoins il ne faut pas se laisser obséder par ce point. Si le droit de codécision nous est refusé, nous pouvons toujours invoquer le droit de ne pas appliquer les nouvelles décisions prises contre notre volonté. Il faut éviter de faire apparaître de nouvelles incertitudes: nous négocions un accord et nous serons liés par les modalités de cet accord.

M. Cotti estime que le document de travail est cohérent et en approuve les conclusions, à savoir commencer les discussions exploratoires même si la situation est très floue et que la fin des négociations n'est pas encore en vue. Sur le front intérieur, le gros désavantage réside dans le fait qu'on ne peut pas donner les informations que tous les milieux réclament. Cette critique est compréhensible mais injuste. La stratégie de discussion proposée doit être acceptée. Les oppositions à un accord se manifestent déjà. Elles seront à la mesure de la fermeté de l'accord lui-même. Parmi les points contestés, il faut mentionner ceux qui ont trait à la politique de protection de l'environnement. Si l'accord entraîne une perte de l'acquis écologique, les oppositions seront

24 Pour le calendrier des séances exploratoires au sein de l'AELE et avec la Commission de la CE au mois de février, cf. dodis.ch/55247 et le dossier CH-BAR#E7113A#2001/192#323* (777.231.1).

25 Accord entre la Confédération suisse et la Communauté économique européenne du 22 juillet 1972, RO, 1972, pp. 3159–3380. Cf. DDS, vol. 25, doc. 182, dodis.ch/35776, en particulier note 3.

26 Pour les entretiens exploratoires avec les pays de l'AELE et de la CE et les positions des différents pays, cf. le téléx hebdomadaire 4/90 du 22 janvier 1990, dodis.ch/55105, points 1 et 2 ainsi que points 1 et 5 (rapides); sur la Finlande, cf. le téléx hebdomadaire 6/90 du 5 février 1990, dodis.ch/55108, point 3; sur la Grande-Bretagne, cf. le téléx hebdomadaire 7/90 du 12 février 1990, dodis.ch/54879, point 2 et aussi dodis.ch/55179.

27 Cf. par exemple la position positive du Vorort, dodis.ch/55196.

très vives. Heureusement, le commissaire Ripa di Meana²⁸ a déjà promis que les pays de l'AELE ne seront pas obligés de revenir en arrière dans le cadre de leur politique de protection de l'environnement. Il faut en outre s'attendre à de fortes oppositions de la part des cantons en ce qui concerne les soumissions publiques. Il s'agit là d'un secteur très sensible.

La situation actuelle est encore insatisfaisante quant à la définition des points que le Conseil fédéral est prêt à accepter et ceux qu'il n'estime pas négociables. Il convient certes d'approcher les négociations avec une grande flexibilité, mais il faut éviter de perdre le nord. Il apparaît nécessaire d'établir le plus rapidement possible les procédures ainsi que le mandat donné à nos négociateurs. Il faut également étudier les deux situations extrêmes qui résulteraient d'un non-accord sur l'EEE: isolement ou adhésion. Là aussi, il faut établir des scénarios.

Enfin le Conseil fédéral devrait être renseigné sur les structures à engager dans les négociations. M. Cotti souhaite obtenir un tableau complet des organismes et des délégations qui seront chargés des négociations.

Bundesrat *Stich* ist mit dem Vorgehen grundsätzlich einverstanden. Exploratorische Gespräche sollten es uns ermöglichen, in Erfahrung zu bringen, was die EG tatsächlich will. Man muss sich aber immer bewusst sein, dass sich die Welt und Europa in einem Wechselbad befinden. Was heute als sicher gilt, kann schon morgen anders sein. Dies zwingt uns zwar zu einer seriösen Verhandlung, aber mit der nötigen Flexibilität. Das Erstellen von Szenarien ist wenig sinnvoll, denn darin wären wohl vor allem die Wünsche der Autoren zu finden. Die Zeit arbeitet gegenwärtig für die Schweiz. Die Gespräche, die er in Genf mit Frau Scrivener²⁹ geführt hat, bestätigen seinen Eindruck, dass die Leute in erster Linie einen freien Markt wollen, wo sie frei kaufen können. Dies hätte schwerwiegende Folgen für unsere Landwirtschaft. Nur einen Markt zu schaffen, darf nicht das einzige Ziel bleiben, denn es geht um eine bessere Ordnung in Europa, um Lösungen, die ein Zusammenleben ermöglichen. Wir sollten in aller Ruhe verhandeln, ohne uns allzu stark festzulegen. Falls wir zu einem Alleingang gezwungen wären, hätte die Bekanntgabe dieses Entscheids für die Börse und für den Schweizer Franken schlimme Folgen. In bezug auf den Umweltschutz sind Konsequenzen unvermeidlich, denn ein verstärkter Umweltschutz kostet Geld und würde die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen.

Bundesrat *Ogi* unterstreicht, Europa befinde sich in einem Umbruch. Die EG hat ein Dach, die EFTA-Länder haben es nicht. Die deutsche Frage verlangsamt die EG-Entwicklung nicht. Unsere Bevölkerung weiss, dass wir auch irgendwie mitmachen sollten, aber sie weiss nicht wie. Das führt zur Verunsicherung, zu einer negativen Betrachtungsweise, zu Abwehrreaktionen und zu Opposition.³⁰ Von Bundesrat und Parlament fehlen klare Wegweiser. Das Volk weiss nicht, wohin die Europa-Reise geht. Wir sind in der Defensive. Wir sollten wie in einem Unternehmen operieren: Zuerst gilt es klar zu definieren, welchen Stellenwert die Schweiz in Europa hat. Um dies zu erreichen, sollte der Bundesrat vermehrt mit Leuten sprechen, eine breite Diskussion vornehmen. Jeder Bundesrat sollte diese Frage mit zwei ausgewählten Persönlichkeiten diskutieren, damit eine Vision formuliert werden kann.

Gegenwärtig sind wir mit zwei Problemen konfrontiert: Das strukturelle Problem besteht darin, dass wir mit Instrumenten der fünfziger Jahre die Probleme des Jahres 2000 lösen wollen. Die Strukturen müssen angepasst werden, die Verhandlungen hat der Bundesrat zu führen.

28 *Pour l'entretien du Conseiller fédéral Flavio Cotti, Chef du DFI, avec le Commissaire européen chargé de l'environnement, de la sûreté nucléaire et de la protection civile, Carlo Ripa di Meana, cf. dodis.ch/55200 et le télex hebdomadaire 8/90, dodis.ch/55109, point 2.*

29 *Für das Gespräch mit der Europäischen Kommissarin für Steuern und Zollunion, Christiane Scrivener, vgl. dodis.ch/55201.*

30 *Vgl. dazu z. B. die Haltung des Schweizerischen Gewerbeverbands, dodis.ch/55365 und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), dodis.ch/54496.*

Das zweite Problem betrifft die Information: Sie muss mit viel Aufwand und professionell betrieben werden. Wir müssen deutlich sagen, dass wir einen EWR-Vertrag erreichen wollen. Die Grundstimmung gegenüber Europa ist trotz Verunsicherung positiv, vor allem in der welschen Schweiz. Unser Zwischenziel ist ein EWR-Vertrag, der einen vollen Zugang zum Binnenmarkt und eine Mitsprache ermöglicht. Dies muss deutlich zum Ausdruck kommen.

Für Bundesrat *Villiger* ist der Wunsch nach Führung gerechtfertigt. Dies ist nur möglich, wenn man vom Ziel überzeugt ist. Aber im heutigen Zeitpunkt ist noch alles offen. Die Schweiz befindet sich nicht in einer guten Lage: Wir haben keine grossen Ziele mehr und Probleme mit Generationen, Regionen, Politikern und Medien. Eine Lageanalyse mit Professor Eichenberger³¹ ist sehr nüchtern ausgefallen. Sogar unsere Institutionen haben an Bedeutung eingebüsst. Der Föderalismus ist krank geworden, und die direkte Demokratie hat an Substanz verloren, denn das Initiativrecht beschränkt sich auf nebensächliche Probleme und wird zu einer Plattform für Minderheiten. Das Milizsystem hat an Sinn verloren. In dieser Situation ist es für Professor Eichenberger nicht schlimm, wenn die europäische Integration ein Opfer verlangt.

Alle drei Alternativen (EWR, Alleingang, Beitritt) befriedigen uns nicht ganz. Das Volk merkt dies. Dazu kommt die Bewegung im Osten: Ein vereinigtes Deutschland wird eine seelische Ostbewegung verursachen. Zudem muss auch die Referendumsfähigkeit eines Abkommens ständig mitberücksichtigt werden, denn die Opposition hat sich bereits manifestiert, vor allem in Gewerbetkreisen. Auch wenn wir es nicht wollen, steigen die Chancen eines Alleingangs. Deshalb müssen wir immer im Hinterkopf haben, dass wir zum Aussteigen bereit sind, wenn uns ein EWR-Abkommen nicht gefällt. Gewiss könnte der Alleingang kurzfristig verkraftet werden. Doch dies würde Probleme in bezug auf die nationale Kohäsion schaffen, denn wir würden marginalisiert. Der Wirtschaftsstandort Schweiz wäre nicht mehr so attraktiv. Deshalb bleibt uns keine andere Wahl, als einen gemeinsamen Markt anzustreben. Wir sollen verhandeln, eine harte Haltung beibehalten, das beste Abkommen anstreben. Wissen wir, was uns erwartet, muss eine neue Lageanalyse vorgenommen werden. Es stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, bereits jetzt als Fernziel den Beitritt ins Auge zu fassen und den EWR als Zwischenziel zu definieren. Vielleicht gibt es aber auch noch andere Lösungen? Auch hierüber sollten Überlegungen erfolgen.

Bundespräsident *Koller* empfindet einen EWR als integrationspolitische Chance für die Schweiz. Ein Beitritt zur EG hätte politisch keine Chance. Der EWR ermöglicht uns die Bewahrung unserer Neutralität, den Zutritt zum freien Markt und Ausnahmen für die Ausländerpolitik und die Landwirtschaft. Dieser Mittelweg ist die einzige realistische Möglichkeit. Der Bundesrat sollte dies klar sagen und nicht immer von Alternativen sprechen. Diese dürfen höchstens im Hinterkopf präsent sein. Wir sollten auch das Problem des Mitspracherechts nicht immer als Schicksalsfrage darstellen. Natürlich hat Delors die EFTA-Länder an der Nase herumgeführt. Doch was zählt, sind die Resultate. Wir werden einen Vertrag zu genehmigen haben. Dies zählt vor allem. Die weiteren Entwicklungen bleiben offen. Die Schweiz hat zu lange auf Schwächen der EG spekuliert. Dies war falsch, ebenso wie es falsch wäre, nun auf die neuen Fragen in bezug auf Osteuropa zu spekulieren. Im EJPD sind die Studien über die möglichen rechtlichen Auswirkungen eines EWR-Vertrages im Gange.³²

M. *Delamuraz* prend position sur les différentes questions soulevées par ses collègues. En matière d'écologie, la CE va simplement fixer des standards minimums. Chaque pays est libre d'aller au delà. Il est juste de fixer des lignes directrices, comme M. Cotti le propose, afin qu'on

31 Kurt Eichenberger, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel. Während und nach seiner akademischen Karriere übernahm er zahlreiche kantonale und eidgenössische Beratungsmandate im Bereich Verwaltungsrecht und öffentliches Recht.

32 Vgl. dazu dodis.ch/56391.

sache jusqu'où peuvent aller les négociations. Il appartient au Conseil fédéral de déterminer quels organes y participeront. Quant aux scénarios, une certaine prudence est de rigueur: il ne s'agit pas d'une science exacte. Si les répercussions sur les institutions peuvent faire l'objet de scénarios assez précis, le domaine économique ne s'y prête pas, même si les différents secteurs étudient actuellement le problème.

L'avis de M. Stich sur la nécessité de maintenir une certaine flexibilité dans les négociations est à partager. À l'intérieur de la CE même, il y a encore des dissensions, notamment pour déterminer qui devra donner le mandat de négociation. La politique agricole doit être exclue de l'EEE.

M. Ogi a raison de soulever les problèmes institutionnels. Il faut s'organiser, s'adapter à la situation et engager plus de moyens. Il serait bon que le groupe de travail appelé à seconder le bureau de l'intégration soit plus actif. Les chefs de département sont priés d'en informer leurs délégués. Quant à l'information, il s'agit d'un problème majeur. Toutefois, il n'est pas encore possible de donner une information complète, la situation étant trop incertaine. Le Parlement est tenu au courant de manière régulière, parfois par le biais de diverses commissions. Pour l'information du public, il a été décidé que deux spécialistes, un romand et un germanophone, seraient engagés au bureau de l'intégration. En outre un séminaire pour les journalistes sera organisé au mois d'avril ou de mai.³³ M. Villiger fait un constat négatif sur la situation du pays. Cette analyse est confirmée par l'attitude de la population à certains égards: par exemple, la charité ne fait que compenser un véritable manque de solidarité et d'engagement. Un organisme supranational risquerait de faire éclater notre pays. Dans les milieux économiques, les réactions sont très diverses.

Le président Koller souhaite que la Suisse travaille avec plus de détermination à la création de l'EEE. En effet M. Blankart a parfois donné l'impression que notre pays était trop statique et conservateur.

M. Felber remercie pour les prises de position globalement positives répondant aux propositions avancées. Il informera nos ambassadeurs sur l'attitude du Conseil. La presse est constamment informée, mais elle semble avoir pris position et n'être pas prête à remettre en cause ce parti pris.

Im Einvernehmen mit dem Bundespräsidenten wird die Öffentlichkeit mit der beiliegenden Mitteilung³⁴ über die Klausursitzung informiert.

33 Sur la politique d'information du Conseil fédéral à propos du Traité EEE, cf. la notice de l'Ambassadeur Jakob Kellenberger, Chef du Bureau de l'intégration, aux Chefs du DFEP et DFAE, les Conseillers fédéraux Delamuraz et Felber, du 22 janvier 1990, dodis.ch/55197, fiches 5 et 6. Cf. aussi le PVCF N° 643 du 28 mars 1990, dodis.ch/56072.

34 Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile dodis.ch/54934.

dodis.ch/56535

Auszug

Sitzung der Wirtschaftskommission des Nationalrats vom 13. Februar 1990¹

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE ZBINDEN HANS. SCHWEIZERISCHE
 AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK. VERMEHRTE PARLAMENTARISCHE
 EINSCHALTUNG, TRANSPARENZ UND ÖFFENTLICHE ABSTÜTZUNG

Vertraulich

Bern, 20. Februar 1990

Präsident: Schon vor Jahren hat sich ein Unbehagen bemerkbar gemacht über die Funktion der Wirtschaftskommission. Wie sich in der letzten Sondersession deutlich gezeigt hat, will man nicht nur eine Anhörungspflicht, sondern ein Mitwirkungsrecht.² Früher oder später müssen wir ja diese Wirtschaftspolitik vor dem Souverän vertreten.

Herr Zbinden zu seiner parlamentarischen Initiative: Wie aus dem Exposé,³ das ich Ihnen zugestellt habe, hervorgeht, kommt das Parlament in der Entscheidungsfindung erst zum Zug, wenn die aussenwirtschaftlich wichtigen Entscheidungen bereits gefällt sind. Das BAWI übt nach wie vor eine Art paraprivate Funktion aus, indem es stark mit den Spitzenverbänden der Exportwirtschaft zusammenarbeitet.⁴ Nach zwei Jahren Mitgliedschaft in der Wirtschaftskommission empfand ich eine doppelte Ohnmacht: einerseits gegenüber der Europapolitik, wo die Schweiz ja nicht nur zuzuschauen braucht, andererseits im Parlament, das defensiv zuschaut, wie der Bundesrat Positionen entwickelt.

Zusätzliche Begründung der Initiative: 1. Bisher findet in der Bevölkerung keine breite Diskussion über Europafragen statt. Ein Grund dafür ist das Fehlen eines öffentlichen Dialoges zwischen Bundesrat und Parlament. Solange das BAWI – unter Ausschluss des Parlamentes – mit den Spitzenverbänden die Positionen aushandelt,⁵ werden wir aus dem punktuellen Feuer der Diskussion kein flächendeckendes staatspolitisches Feuer machen.

1 CH-BAR#E1050.15#1994/313#9* (1). *Der Auszug stammt aus dem Hauptprotokoll der Sitzung der Wirtschaftskommission des Nationalrats vom 13. Februar 1990 von 9:45 bis 14:30 Uhr und dokumentiert die Behandlung der parlamentarischen Initiative 89.241 von Nationalrat Hans Zbinden. An der Sitzung, die von Nationalrat Edgar Oehler präsiert wurde, nahm als Gast der Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft des EVD, Staatssekretär Franz Blankart, teil. Für die vollständige Liste der Sitzungsteilnehmenden sowie der Empfängerinnen und Empfänger des Protokolls vgl. das Faksimile dodis.ch/56535. Verantwortlich für das Protokoll war Kommissionssekretär Alfred Aebi.*

2 *An der Sondersession vom 5. bis 8. Februar 1990 wurde die parlamentarische Initiative 86.246 Parlamentsreform von Nationalrat Heinrich Ott vom 19. Dezember 1986 behandelt. Dabei äusserte sich bspw. Nationalrat Dumeni Columberg folgendermassen: «So muss die Qualität – die Qualität der Kommissionsarbeit – verbessert und ihre Autorität verstärkt werden», vgl. Amtl. Bull. NR, 1990, I, S. 9.*

3 *Vgl. Kommentar und Erläuterung zum Vorstoss zur parlamentarischen Initiative 89.241 Schweizerische Aussenwirtschaftspolitik. Vermehrte parlamentarische Einschaltung, Transparenz und öffentliche Abstützung von Nationalrat Zbinden vom 6. Oktober 1989, dodis.ch/56599.*

4 *Zum Einfluss der Exportwirtschaft auf die Aussenwirtschaftspolitik vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1775.*

5 *So existierte mit der Ständigen Wirtschaftsdelegation eine institutionelle Form des Austausches zwischen dem BAWI und der Privatwirtschaft, vgl. bspw. dodis.ch/55597.*

2. Zur Undurchsichtigkeit: Der erwähnte, korporatistische Zug, der das Parlament ausschliesst, war ein Schlüssel zur Konfliktverarbeitung. Der Einbezug von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen in die Entscheidungsfindung mag früher richtig gewesen sein; heute bildet er die öffentlichen Interessen nicht mehr adäquat ab. Interessengruppen des Umweltschutzes, des Konsumentenschutzes und der Entwicklungszusammenarbeit müssen ebenfalls einbezogen werden. Die Konsultativgremien des BAWI haben diese neuen Interessen nicht aufgenommen. So können diese Anliegen erst zu spät, nämlich in der parlamentarischen Phase, eingebracht werden. Die Tropenholzdiskussion z. B. hätte nicht erst im Parlament stattfinden dürfen, hintendrein wie die alte Fasnacht.⁶

Ich möchte Sie auffordern, die wichtigen Entscheidungen über die Mitwirkung im neuen Europa nicht dem BAWI allein – welches in unserem demokratischen Entscheidungsprozess ein staatspolitischer Fremdkörper ist – zu überlassen und dieser Kommission eine neue Aufgabe zu geben.

Herr Fischer: Ist die parlamentarische Initiative hier das richtige Instrument? Mir scheint, ein Postulat an den Bundesrat oder an das Büro wäre das angemessene Vorgehen.

Herr Mühlemann: Gestern fand in der aussenpolitischen Kommission eine eingehende Diskussion der Vorstösse von Herrn Zbinden und Herrn Scheidegger statt.⁷ De iure weist die Bundesverfassung die Verantwortung für die Aussenpolitik klar dem Bundesrat zu.⁸ Die Neutralitätspolitik dagegen ist Sache des Parlaments.⁹

De facto würde heute der Verfassungsgeber dem Parlament mehr Kompetenzen geben. Entscheidend ist ja, dass wir als einziger Staat in Europa für aussenpolitische Entscheide das Volk befragen müssen¹⁰ – ein riesiges Handicap für unsere Unterhändler. Als Volksvertreter können wir das Volk am ehesten von einer Vorlage überzeugen, wenn wir geschlossen auftreten.

Ein vermehrter Einbezug des Parlaments in die aussenpolitische Entscheidungsfindung muss daher angestrebt werden. Herr Bundesrat Felber hat sich zu Recht beklagt, dass er selber an der

6 *So hat sich das EVD noch im Februar 1989 gegen Importbeschränkungen für Tropenholz ausgesprochen, vgl. dodis.ch/56633. Nichtsdestotrotz wurde am 18. September 1989 das Postulat 89.052 Tropenholzimporte und Schutz der Regenwälder der Wirtschaftskommission vom 24. August 1989 vom Nationalrat überwiesen, welches die Prüfung einer Importbeschränkung für tropische Edelhölzer verlangte, vgl. Amtl. Bull. NR, 1989, IV, S. 1256.*

7 *Im Protokoll der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats ist keine derartige Diskussion erwähnt. Allerdings befasste sich die Kommission durchaus mit der europäischen Integration, vgl. dodis.ch/56556.*

8 *Art. 102, Abs. 8 der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874: Der Bundesrat «wahrt die Interessen der Eidgenossenschaft nach aussen, wie namentlich ihre völkerrechtlichen Beziehungen, und besorgt die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt». Vgl. AS, 1874–1875, S. 29 und BS, 1947, S. 36. Zur Diskussion über die Rolle des Parlaments in der Aussenpolitik vgl. auch DDS 1990, Dok. 11, dodis.ch/56530.*

9 *Gemäss der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 sind sowohl die Bundesversammlung wie auch der Bundesrat für die Neutralität zuständig. Art. 85, Abs. 6 besagt: «Die Gegenstände, welche in den Geschäftskreis beider Räte fallen, sind insbesondere [...] Massregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.» Vgl. AS, 1874–1875, S. 25 und BS, 1947, S. 33. Dagegen lautet Art. 102, Abs. 9: «Der Bundesrat [...] wacht für die äussere Sicherheit, für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz». Vgl. AS, 1874–1875, S. 29 und BS, 1947, S. 36.*

10 *Gemäss Art. 89 der am 13. März 1977 von Volk und Ständen angenommenen und am 5. Mai 1977 in Kraft getretenen Revision der Bundesverfassung sind unbefristete und unkündbare völkerrechtliche Verträge sowie der Beitritt zu internationalen Organisationen dem fakultativen Referendum unterstellt. Der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften untersteht der Zustimmung von Volk und Ständen, AS, 1977, S. 807. Zur Initiative der Nationalen Aktion für ein Staatsvertragsreferendum vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 46, dodis.ch/50063.*

Sondersession noch spät abends über Ostpolitik¹¹ sprechen durfte, und dass den EG-Fragen¹² nur noch am Freitag morgen etwas Zeit eingeräumt wurde.¹³

Gemeinsame Informationssitzungen von aussenpolitischer Kommission und Wirtschaftskommission sind notwendig, zu der auch die ständerätlichen Kommissionen und die Politiker, die im Europarat und in der EFTA-Delegation tätig sind, eingeladen werden. Je mehr Parlamentarier aussenpolitisch engagiert sind, desto grösser ist die Chance für einen Gesinnungswandel. Die aussenpolitische Kommission ist daher nicht für die Schaffung einer neuen Kommission; aber sie will einen Koordinationsausschuss ins Auge fassen. Es wäre sinnvoll, diese Fragen durch beide Kommissionen gemeinsam zu behandeln.

Herr Vollmer: Wir sollten zwei Bereiche auseinanderhalten, nämlich wie organisieren wir uns als Parlament, und wie soll das Verhältnis von Parlament und Regierung in den europapolitischen Fragen gestaltet werden? Die erste Frage betrifft die Selbstorganisation des Parlamentes, die zweite, wichtigere, kann auch Auswirkungen haben auf die Gesetzgebung, etwa auf aussenwirtschaftliche Gesetze oder auf das Geschäftsverkehrsgesetz.

Präsident: Diese Aufteilung ist tatsächlich nötig.

Frau Uchtenhagen: Wie Herr Oehler bin ich nach zwei Jahren in der Wirtschaftskommission zurückgetreten, enttäuscht über die nicht bestehenden Mitwirkungsrechte. Die Wende zwischen 18. September und 19. Dezember war eine Wende um 180°. ¹⁴ Nur am Rande wurde uns Parlamentarier mitgeteilt, dass der Bundesrat jetzt bereit sei, das «Speaking with one voice» mitzumachen und den EWR anzustreben. Die Folgen davon sind ein enormer Souveränitätsverlust, welcher früher oder später zu einer Volksabstimmung führen wird. Wie sollen wir dann als Parlamentarier eine Vorlage vertreten ohne überhaupt informiert zu werden?

Seit Jahren bin ich Mitglied des EFTA-Konsultativrats, einem beratenden Gremium des EFTA-Ministerrats und des Bundesrats. Anfangs Dezember fand in Paris eine Sitzung statt mit dem EG-Ausschuss für Sozial- und Wirtschaftsfragen. Die Schweizer Delegationsmitglieder wurden vom BAWI angewiesen, sich gegen das «Speaking with one voice» zu wehren und auf das Thema «Social dimension» nicht einzugehen. Es wurde echt peinlich; die EG-Vertreter verstanden überhaupt nicht, warum die Schweizer Arbeitgebervertreter noch auf einer Position beharrten, welche schon längstens vorbei war. Als ich – ernüchert – in die Schweiz zurückgekehrt war, erklärte Herr Bundesrat Delamuraz, dass die Schweiz nun voll mitmacht im Rahmen der EFTA und über den EWR mit einer Stimme zu sprechen gedenkt.

Das Problem, das Herr Zbinden aufgeworfen hat, muss neu behandelt werden. Wir Parlamentarier werden zur Kenntnis nehmen müssen, was dieser Acquis Communautaire, den wir

11 Zur schweizerischen Unterstützung für die Länder Osteuropas vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158.

12 Zum Stand der Verhandlungen über ein Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Februar 1990 vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934.

13 Die Sondersession des Nationalrats fand vom Montag, 5. Februar 1990 bis Donnerstag, 8. Februar 1990 statt. Dabei waren keine aussenpolitische Geschäfte traktandiert und es sind auch keine Wortmeldungen vom Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, protokolliert, vgl. Aml. Bull. NR, 1990, I, S. 1–182.

14 Am 18. September 1989 veröffentlichte der Bundesrat im Anschluss an seine Sitzung eine Mitteilung, in welcher er die Position des Bundesrats zur europäischen Integration darstellte. Diese Mitteilung beinhaltet folgende Aussage: «EFTA-interne Verbesserungen dürfen aber nicht zu einer Entwicklung führen, in der Natur und Strukturen der EFTA in einer Weise an die EG angeglichen werden, dass die EFTA supranationale Züge annimmt und ihre Mitglieder die Möglichkeit zur Führung einer selbständigen Aussenwirtschaftspolitik verlieren.» Vgl. die Mitteilung des Bundesrats vom 18. September 1989 im Anhang des BR-Prot. Nr. 1672 vom 18. September 1989, dodis.ch/55995. Am 19. Dezember 1989 wurde unter Beteiligung der Schweiz eine gemeinsame Erklärung der EFTA- und EG-Ministerinnen und Minister angenommen, welche die Aufnahme förmlicher Verhandlungen für eine stärker strukturierte Zusammenarbeit zwischen EFTA und EG vorsah, vgl. dodis.ch/54745.

übernehmen sollen, alles beinhaltet. Ich fürchte diesen Acquis Communautaire nicht; die meisten Gesetze sind progressiver als die schweizerischen Gesetze.

Die parlamentarische Initiative hat drei Aspekte: 1. Eine Änderung des Gesetzes über aussenwirtschaftliche Massnahmen. 2. Eine Änderung der Zusammenarbeit zwischen den Kommissionen. Ich bin gegen die Bildung neuer Kommissionen und Ausschüsse, aber für gemeinsame Sitzungen der aussenpolitischen Kommission und der Wirtschaftskommission. 3. Die Hauptfrage ist das Verhältnis zwischen der Verwaltung und dem Parlament. – Aber zunächst muss die Verfahrensfrage geklärt werden, die bei der parlamentarischen Initiative recht kompliziert ist.

Mme Aubry: On peut comprendre cette angoisse de manquer le train de l'Europe étant donné les nombreux bouleversements qui se sont déroulés depuis un peu moins d'une année, mais je soutiens le refus de créer de nouvelles commissions.

Je demande simplement une meilleure coordination entre les commissions des affaires économiques extérieures et celles des affaires étrangères et, surtout, des séances plus nombreuses, car les quatre réunions annuelles sont insuffisantes. Le contexte évoluant très rapidement, le Conseil fédéral n'a pas la possibilité de nous informer correctement.

L'initiative parlementaire Zbinden est peu adéquate actuellement, d'autant qu'elle fait référence à l'environnement. À la lecture de la presse, on constate que beaucoup de traités sont passés entre la Suisse et ses pays voisins à propos de la protection de l'environnement. Quelque chose se profile à l'horizon, tant avec les pays de l'Est, qu'avec l'Europe économique.

Mme Uchtenhagen a relevé que la Suisse n'était pas suffisamment présente dans le cadre de l'AELE. J'imagine que son rôle sera renforcé prochainement, puisque dans le second semestre 90, la présidence sera assurée par notre pays. En tant que parlementaires, nous n'avons pas à assumer le rôle d'ambassadeur, mais nous devons contrôler et émettre des idées sur la politique économique extérieure de la Confédération. Il faut donc nous borner à lire de nombreux rapports, à prendre position et à informer la population. Jusqu'à présent, cette dernière tâche a été accomplie de manière lacunaire. En effet, si une votation populaire sur l'Europe devait avoir lieu actuellement, le résultat serait probablement négatif comme pour l'ONU.¹⁵

Herr Reimann: Die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz wird von vielen Köchen gebraut. Das Parlament macht höchstens noch den Dessert; es müsste aber mindestens beim Hauptgericht dabei sein. Im Volk besteht ein Malaise über diesen Zustand. Das von Herrn Zbinden aufgegriffene Thema muss uns daher beschäftigen. Ich bin nicht für die Bildung neuer Kommissionen, aber für eine gemeinsame Sitzung mit der auswärtigen Kommission.

Herr Nussbaumer: In den Regierungsrichtlinien 1987–91¹⁶ steht noch nichts von den drängenden Problemen, die wir heute diskutieren. Im Gegensatz zur Zeit der UNO-Abstimmung interessiert sich heute das Volk für Aussenpolitik. Bedenklich ist, dass viele UNO-Gegner von damals heute mit fliegenden Fahnen bereit sind, unsere Souveränität preiszugeben. Wir dürfen jetzt nicht von einer zu passiven Haltung in einen Übereifer verfallen.

Herr Von Tscharner (Chef der Schweizer Mission bei der EG) in Brüssel hat sich schon anfangs 1989 darüber beklagt, dass er dauernd beschäftigt ist mit der Orientierung von Delegationen aus Parlament und Wirtschaft. Heute muss sich jeder Volksvertreter in Bern mit Europa, Osteuropa und der Dritten Welt befassen. Dazu braucht es keine neuen Kommissionen, aber Koordinationsorgane. Diese Funktion könnte z. B. durch die EFTA-Delegation, die EG-Dele-

15 Cf. la compilation thématique Votation sur l'adhésion à l'ONU (1986), dodis.ch/T1772.

16 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Legislaturplanung 1987–1991 vom 18. Januar 1988, BBl, 1988, I, S. 395–568.

gation und die Europaparlamentarier gemeinsam übernommen werden. Ein solcher Vorschlag wurde vor zwei Jahren bereits gemacht,¹⁷ aber von den Büros nicht angenommen.

Schwierig scheint mir die Anregung von Herrn Zbinden, Verhandlungspositionen des Bundesrats vorher vom Parlament absegnen zu lassen. Der Verhandlungsspielraum unserer Delegationen darf nicht zu sehr eingeschränkt werden. Frage an Herrn Blankart: Wie lautet Ihre Stellungnahme zu den auf Seite 2 der Initiative Zbinden geäusserten Vorwürfen über «die grossen Vier»?¹⁸

Herr Biel: In Wirklichkeit existiert in der Schweiz tatsächlich ein korporatistischer Geist; im Parlament gibt es viele Vertreter von Kreisen, welche gar kein Interesse daran haben, dass das Parlament zu wesentlichen Dingen etwas zu sagen hat. Stellen Sie sich vor, der Milchpreis würde in der Bundesversammlung diskutiert, oder etwa Zolltarifsenkungen. Ich bin daher sehr froh um diesen Vorstoss von Herrn Zbinden. Wenn wir wirklich ein Mitspracherecht wollen, dürfen wir keine neuen Gremien schaffen. Je mehr wir uns teilen, desto mehr herrscht die Verwaltung. Wir müssen uns jetzt mit den Europafragen auseinandersetzen und dem Bundesrat und der Verwaltung sagen, in welcher Richtung wir die Dinge sehen. Dass man für die Europadebatte, welche vorbereitet war, keine Zeit mehr fand wegen Problemen wie ausserschulischer Jugendurlaub, Lastwagenpreis etc. ist bedenklich.¹⁹ – Ich beantrage die Überweisung der Initiative Zbinden. Die Realisierung soll von einer Kommission geprüft werden, in welcher das Büro und die beiden Kommissionen, die es betrifft, vertreten sind.

M. Maître: Il faut distinguer l'objectif de la méthode. L'objectif est clairement exprimé dans le titre de l'initiative et les lacunes dans ce domaine sont incontestables. Le Parlement doit beaucoup mieux assumer son rôle de courroie de transmission entre le gouvernement et les citoyens, surtout pour les affaires liées à la politique économique extérieure, notamment en relation avec la construction européenne.

En revanche, j'émet des doutes quant à la valeur de la méthode. On risque d'arriver à la confusion des rôles respectifs entre l'exécutif et le législatif qui compliquerait la tâche au lieu de la simplifier. L'interlocuteur du Parlement ne doit être que le Conseil fédéral, car le dossier européen est pluridisciplinaire. Bien entendu, les démarches et l'opinion du gouvernement sont appuyées par les offices compétents des départements concernés. Ce serait une erreur d'affaiblir le rôle politique et la responsabilité du Conseil fédéral, a fortiori dans le contexte actuel. Il faut au contraire renforcer le relais entre l'administration et le Parlement. Dans cette optique, il serait faux d'envisager qu'un ou plusieurs députés participent aux négociations dans le secteur de l'économie extérieure avec un statut d'observateur. Même si le Parlement pourrait y trouver un avantage, puisqu'il aurait un accès direct à l'information, il ne faut pas oublier que le négociateur flanqué d'observateurs perdrait un certain prestige vis-à-vis des autres parties. Une telle situation serait ressentie comme un affaiblissement du Conseil fédéral.

17 Das Büro des Nationalrats besprach am 3. Juni 1988 Massnahmen für eine bessere Informations- und Koordinationspraxis beim Europa-Dossier, vgl. dodis.ch/56652. Dabei stand die Frage eines Seminars für die Parlamentsmitglieder zur Europa-Diskussion im Zentrum, welches tatsächlich vom 12. bis zum 14. November 1990 in Brüssel stattfand, vgl. dodis.ch/56559 und dodis.ch/56560.

18 Nationalrat Zbinden bezeichnete den Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins, die Bankiervereinigung, die schweizerische Nationalbank und das Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD als «die grossen Vier», welche die ausserwirtschaftspolitischen Entscheidungen dominieren würden, vgl. die parlamentarische Initiative 89.241 von Nationalrat Zbinden, dodis.ch/56599.

19 Nationalrat Walter Biel bezog sich hier offenbar auf die Sitzung des Nationalrats vom 13. Dezember 1988. Die Beratung des Geschäfts 88.045 Europäische Integration. Bericht wurde aufgrund eines Ordnungsantrags von Nationalrat Peter Hess auf die Märzsession 1989 verschoben, damit das Geschäft 87.079 Ausserschulische Jugendarbeit abgeschlossen werden konnte, vgl. Amtl. Bull. NR, 1988, IV, S. 1791–1804.

Les propositions qui nous sont soumises contiennent aussi des éléments positifs. Quels sont les moyens pour améliorer l'intensité de l'information et la transparence? La création d'une commission ne représenterait pas un progrès. Elle serait même contradictoire avec les objectifs de l'initiative qui veulent plus impliquer le Parlement dans les affaires européennes qui recouvrent divers domaines (la politique extérieure, institutionnelle, des transports, de la sécurité, de l'environnement, et la science et de la recherche, etc.). Du point de vue stratégique, on a un intérêt évident à élargir au maximum le cercle des parlementaires concernés. Par conséquent, il serait faux de concentrer la problématique européenne dans une seule commission. Sur le plan méthodologique, nous devons essayer d'améliorer le fonctionnement et la collaboration des commissions existantes entre elles d'une part, et avec le gouvernement d'autre part. Au niveau du législatif, nous devrions disposer d'une sorte de «Bureau de l'intégration» adapté au Parlement. Une structure de coordination et d'intégration nous est indispensable. Comment pourrait-elle être assumée?

S'agissant des relations entre le gouvernement et le Parlement, nous n'avons que la ressource d'intensifier les contacts par le biais de séances et de réunions plus fréquentes. Un rythme plus soutenu de rencontres entre les commissions et les représentants du Conseil fédéral est le seul moyen concret d'établir peu à peu l'osmose entre la position de l'exécutif et celle des Chambres.

Herr Fischer: Ich bin Herrn Zbinden dankbar, dass er das Thema aufgegriffen hat. Mit den im ersten Absatz aufgelisteten Punkten bin ich durchaus einverstanden. Einzelne Forderungen scheinen mir aber doch problematisch: 1. Die Vermengung von Exekutiv- und Kontrollfunktion. Das Parlament würde sich in die exekutive Funktion hineindrängen. Dies würde zwangsläufig seine Kontrollfunktion schwächen. Wie Erfahrungen auf kantonaler Ebene gezeigt haben, kann die Regierung eine Vorlage am besten durchsetzen, wenn sie möglichst viele Parlamentarier in eine Kommission wählt; diese werden die besten Vertreter der Vorlage der Regierung.

2. Wer soll in erster Linie in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, die Kommissionen oder das Parlament? Zum Einbezug des Parlamentes ist es nötig, eine Botschaft als Entscheidungsgrundlage herauszugeben. Der Verhandlungsgegner könnte somit sehr leicht die Positionen unserer Delegation durchschauen, was unsere Stellung in der Verhandlung erheblich schwächen würde.

Zu Frau Uchtenhagen: Der von Ihnen angetönte, informelle Weg scheint mir viel effizienter und praktikabler als Gesetzesänderungen. Der Bundesrat ist sehr gerne bereit, uns frühzeitig zu informieren. Es könnte eine Arbeitsgruppe gebildet werden, welche konkrete Fragen und Wünsche formuliert. Im Rahmen der Kommission ist eine gewisse Vertraulichkeit gewährleistet. – Ich finde, man sollte der Initiative nicht stattgeben.

*Herr Blankart:*²⁰ Das parlamentarische Malaise gegenüber Komplexität und dem Tempo im Bereich der Aussenwirtschafts- und der Europapolitik ist durchaus verständlich. Die Materie ist vielfältig und interdependent; sie spielt sich grösstenteils im Ausland ab, so dass Prognosen nur bedingt gestellt werden können. Die von Ihnen aufgeworfene Sorge ist letztlich ein Problem zwischen Parlament und Bundesrat; insofern bin ich zu einer Stellungnahme nicht befugt. Dieses verfassungsmässige Problem wurde schon vor 20 Jahren von Grund auf diskutiert.²¹ Der Informant der Parlaments ist der Bundesrat und nicht ein einzelnes Amt, auch wenn ich gerne vermehrt mit eidgenössischen Räten solche Probleme besprechen würde. Es ist auch das Parla-

20 Staatssekretär Blankart tauschte sich bereits im Vorfeld der Kommissionssitzung mit Nationalrat Zbinden aus, vgl. dodis.ch/56748.

21 Gemeint sind höchstwahrscheinlich die Diskussionen um das Reglement der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates vom 1. Juni 1972 sowie das Reglement der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrates vom 26. September 1972, AS, 1973, S. 617–623. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 119, dodis.ch/35752.

ment, das seine materiellen Prioritäten setzt, und ich erinnere mich an keine Frage, die nicht umgehend nach Massgabe des Möglichen beantwortet worden ist. Das Parlament ist für uns eine absolute Priorität.

Formell zurückgehen möchte ich den Vorwurf, dass das BAWI ein staatspolitischer Fremdkörper sei. Es ist ein Amt, das in einer Hierarchie steht; wenn dies in Frage gestellt würde, käme es zu einer «Confusion des rôles», wie es Herr Maître genannt hat.

Zu Frau Uchtenhagen: Wir geben nie Instruktionen an den Konsultativauschuss oder an den Parlamentarierausschuss. Ich werde der Sache nachgehen und Ihnen schriftlich antworten. Wenn dies so ist, wird es auch abgestellt.

Zu Herrn Nussbaumer: Der Bundesrat hat die Absicht, einen Informationsbeauftragten für Integrationsfragen zu ernennen.²² – Der Ausdruck «die grossen Vier» stammt aus dem Forschungsprojekt «Parastaatliche Verwaltung» der ETH (1981)²³ und ist eine diabolisierte Ausdrucksweise. Wie alle Ämter hat das BAWI Kontakte mit den Verbänden, die unmittelbar betroffen sind von unserer Tätigkeit. Das sind natürlich zunächst die «Fünf Grossen», d. h. Vorort, Gewerbeverband, Bauernverband, Gewerkschaftsbund und Bankiervereinigung. Wir haben aber nicht nur mit diesen Verbänden Kontakt, und wir erhalten auch keine Instruktionen von diesen Verbänden.

Der Aussenwirtschaftsbericht ist gemäss gesetzlichem Auftrag²⁴ ein Jahresbericht über das verflossene Jahr, nicht ein zukunftsgerichtetes, programmatisches Dokument. Es ist möglich, Zukunftsaussichten zu geben; doch werden diese Ansichten formell und allgemein sein. Das Überraschungspotential ist sehr gross, spielen doch noch 147 andere Staaten bei diesem Spiel mit. Sinnvoller scheint mir, über klare Richtlinien zu verfügen, die für das BAWI vom Bundesrat kommen. Falls das Parlament eine Richtlinie nicht definiert, ist dies eine Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Parlament und Bundesrat. Bei Leitlinien, die man den Unterhändlern mitgibt, ist der Dienstweg strikte einzuhalten: eidgenössische Räte – Bundesrat – Chef des EVD – BAWI – Direktor. Udenkbar wäre, dass das BAWI Instruktionen von einer demokratisch abstimmenden, ausserparlamentarischen Kommission erhielte, die dann möglicherweise in Widerspruch zu den Instruktionen des Bundesrats stünden.

Zum Vertreten des Parlaments in Verhandlungsdelegationen: Vor allem ein Land, nämlich die USA, macht dies von Zeit zu Zeit, weil die Handelspolitik Sache des Kongresses ist. Diese Regelung hat man 1848 bewusst nicht von der amerikanischen Verfassung abgeschrieben. An sich liegt es in der Souveränität des einzelnen Landes, parlamentarische Beobachter einzusetzen. Aber in der Regel sind die Organe internationaler Organisationen wie der EFTA-Rat und der GATT-Rat geschlossen, und man wird nicht zugelassen ohne auf der Diplomatenliste verzeichnet zu sein. Das Wesentliche passiert immer in den «Inner Circles» dieser Organisationen, wo nur eine Person zugelassen wird.

Verhandlungen können auch Jahre dauern und finden auf verschiedenen Ebenen statt. Die Teilnahme im Plenum bringt nicht sehr viel; es ist meist deklaratorischer Natur. Es besteht auch hier das Problem der Gewaltenteilung: Der Chef einer Delegation muss auch der Chef bleiben.

22 Die Stelle des Informationsbeauftragten wurde mit anderen organisatorischen und personellen Massnahmen im Integrationsbüro des EDA-EVD vom Bundesrat am 28. März 1990 eingeführt, vgl. das BR-Prot. Nr. 643 vom 28. März 1990, dodis.ch/56072. Der erste Informationsbeauftragte für Europafragen war der Sektionschef im Integrationsbüro EDA-EVD, Urs Ziswiler.

23 Dieses Forschungsprojekt wurde durch das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung der ETH Zürich durchgeführt.

24 Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen vom 25. Juni 1982, AS, 1982, S. 1923–1926, Art. 10.1: «Der Bundesrat berichtet der Bundesversammlung mindestens einmal jährlich über wichtige Fragen der Aussenwirtschaftspolitik.»

– Die EG-Kommission, die Sie besonders interessiert, lässt nur eine Person zu für die «Inner Circles» (wir haben zwei zustande gebracht) und für das Plenum vier. – Es ist für die Verwaltung nicht einfach, alle Arbeitsgruppen zu bestücken: In der EG-Kommission tagen 30 Verhandlungsgruppen gleichzeitig, im GATT 17 Gruppen. Es ist ein Programm, das man nicht «nebenbei» noch bewältigen kann.

Aber: Das BAWI hat nichts zu verbergen. Ich habe im Amt keinen Brief geschrieben, den man nicht veröffentlichen könnte. Ich begrüße es, wenn das Parlament vermehrt beigezogen werden will. Zu Frau Uchtenhagen: Seit der Luxemburgerkonferenz im Jahre 1984 sprechen wir mit der EG mit einer Sprache; neu seit der Delors-Rede ist nur die Systematisierung.²⁵ Dass wir nicht mehr bilateral verhandeln können, haben wir – zähneknirschend – als Machtdemonstration der EG hinnehmen müssen.

Herr Zbinden: Inhaltlich stehen wir erst am Anfang der Diskussion, und materiell ist dies nicht mein Schlussvotum. Zu den formellen Fragen, die aufgeworfen worden sind:

1. Warum habe ich diesen Weg gewählt? Weil ich das Geschäft zuerst in den Kommissionen besprechen wollte, bevor es an den Bundesrat gelangt.

2. Zur Unterscheidung von Initiative und Motion:²⁶ Die Initiative beschlägt nicht nur den Raum der parlamentarischen Organisation, sondern auch Fragen im Zusammenhang mit der ganzen Entscheidungsfindung.

Von der Zielsetzung besteht offenbar ein Konsens. Zur Konkretisierung habe ich einige Vorschläge gebracht, als eine Art Inventar; aber wir sind hier flexibel. Auch in Bezug auf die Begleitung von internationalen Delegationen durch Parlamentarier bin ich flexibel. Sicher gäbe es auch andere Modelle darzustellen.

3. Was das Verfahren betrifft, sind wir noch in der Anfangsdiskussion. Ich beantrage, die Diskussion ein anderes Mal fortzusetzen.

Herr Biel akzeptiert die Anregung von Herrn Zbinden.

Präsident zur Initiative Zbinden: Es besteht somit Einigkeit über die Zielrichtung, aber noch nicht über die Gangart. Das Thema soll an der nächsten Sitzung wieder traktandiert werden.²⁷

25 *Zum gemeinsamen Ministertreffen der EG- und EFTA-Staaten vom April 1984 in Luxemburg vgl. die Zusammenstellung* dodis.ch/C1904. *Zur Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jaques Delors, vom 17. Januar 1989 vgl.* dodis.ch/56512 *und* dodis.ch/56513.

26 *Die Motion 89.768 Europafrage. Entsprechende Anpassung der Parlamentsorganisation von Nationalrat Zbinden vom 13. Dezember 1989 verlangte vom Büro des Nationalrats, dass das Parlament die Europafrage integral bearbeiten könne. Dies sollte beispielsweise durch die Bildung eines Europausschusses aus Mitgliedern der Kommission für auswärtige Angelegenheiten und der Wirtschaftskommission oder durch die Schaffung einer neuen parlamentarischen Europakommission erfolgen. Das Büro lehnte neue Strukturen ab, war jedoch bereit die Motion von Nationalrat Zbinden – gemeinsam mit der Motion 90.303 Ausschuss für Europabelange von Nationalrat Théo Christian Portmann vom 5. Februar 1990 – als Postulat entgegenzunehmen, um eine verbesserte Koordination der verschiedenen parlamentarischen Gremien in der Europafrage zu prüfen, vgl. Amtl. Bull. NR, 1991, III, S. 1301–1303.*

27 *Die parlamentarische Initiative Zbinden wurde am 25. April 1990 erneut von der Wirtschaftskommission des Nationalrats behandelt und mit acht zu fünf Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt, vgl.* dodis.ch/56613. *Bei der Volksabstimmung vom 27. September 1992 wurde eine Parlamentsreform angenommen, welche den Zielen der Parlamentarischen Initiative Zbinden zu weiten Teilen entsprach und die Rolle des Parlaments in der Aussenpolitik stärkte. So wurde der Art. 47 dem Bundesgesetz über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung beigefügt, welcher vorsah, dass die eidgenössischen Räte die Aussenpolitik der Schweiz «verfolgen und begleiten». Dabei müssen sie vom Bundesrat «regelmässig, frühzeitig und umfassend» über die aussenpolitischen Entwicklungen informiert werden. Zudem dürfen die aussenpolitischen Kommissionen Richt- und Leitlinien für das Verhandlungsmandat der Schweiz in internationalen Organisationen festlegen, vgl. AS, 1992, S. 2344–2349. Für das Abstimmungsergebnis vgl. BBl, 1992, VI, S. 441–442.*

Zur Motion Zbinden: Die Mehrheit der Kommission scheint sich darüber einig, dass nicht eine neue Kommission geschaffen, sondern die Koordination verbessert werden muss. – Am letzten Sessionstag war ich von Herrn Ständerat Rüesch zu einer Koordinations-Konferenz eingeladen, wo Herr Bundi und die Präsidenten aller Kommissionen, die sich mit Aussenpolitik befassen, teilgenommen haben. Am 25. Juni wird eine Orientierung durch den Bundesrat stattfinden;²⁸ die Frage der Mitwirkungsrechte bleibt aber offen.

Die geforderte Konzentration der Kräfte, bzw. der Information, könnte schriftlich erfolgen oder in gemeinsamen Sitzungen, auch eine Bildung von Ausschüssen wäre denkbar.

[...]²⁹

28 Am 25. Juni 1990 wurde ein zweitägiges Europa-Symposium des Gottlieb-Duttweiler-Instituts in Rüslikon eröffnet. Eine Woche zuvor hatte der Bundesrat die Richtlinien für die EWR-Verhandlung beschlossen, vgl. DDS 1990, Dok. 23, dodis.ch/55262 sowie das BR-Prot. Nr. 1287 vom 18. Juni 1990, dodis.ch/55263.

29 Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile dodis.ch/56535.

10

dodis.ch/56182

Der Vorsteher des EDA, Bundesrat Felber, an Bundespräsident Koller¹

DATENSAMMLUNGEN DER BUNDESVERWALTUNG

Vertraulich

Bern, 23. Februar 1990

Mit beiliegendem Schreiben² vom 23. Februar 1990 hat der Generalsekretär³ meines Departementes auf Ihren Brief vom 20. Februar 1990 geantwortet, in dem Sie um unsere aktive Mithilfe bei der Komplettierung der Übersicht über die in der Bundesverwaltung bestehenden Datensammlungen gebeten haben.⁴ Ein sensibles Dossier ist in dem erwähnten Schreiben nicht aufgeführt; es liegt mir daran, Sie darüber möglichst umgehend in Kenntnis zu setzen, obwohl Abklärungen gegenwärtig noch im Gange sind.

Bei der minuziösen Kontrolle aller im EDA bestehenden Registraturen sind wir auf ein Dossier «Partei der Arbeit» gestossen.⁵ Es enthält eine kontinuierliche Berichterstattung unserer Botschaften in osteuropäischen Ländern über Aktivitäten von Mitgliedern dieser Partei. Gemeldet werden Reisen von Parteimitgliedern sowie des Präsidenten der PdA, Interviews, die

1 CH-BAR#E2010A#2001/161#1124* (A.25.13.0). *Das Schreiben, abgelegt im Dossier Handakten «Fichen» des stellvertretenden Generalsekretärs des EDA, Felix Meier, wurde von Bundesrat Felber unterzeichnet.*

2 Vgl. dodis.ch/56418.

3 Rudolf Schaller.

4 Vgl. dodis.ch/56526. *Ein gleichlautender Aufruf ging am Folgetag an die schweizerischen Vertretungen im Ausland, vgl. dodis.ch/56415. Vgl. dazu auch die thematische Zusammenstellung Fichenskandal, dodis.ch/T1705.*

5 *Es handelt sich für den Zeitraum 1945–1990 um 13 Dossiers, die allesamt unter den Aktenzeichen A.42.11.02, A.42.11.2 bzw. A.42.11.2.0 abgelegt worden sind.*

von ihnen gegeben werden, Zeitungsartikel über Aufenthalte dieser Personen in den jeweiligen Ländern usw.⁶ Unsere bisherigen Abklärungen haben ergeben, dass es sich bei der PdA um die einzige Partei handelt, die von unserer Registratur mit einem eigenen Dossier erfasst wird. Die Aktivitäten von Mitgliedern anderer Parteien finden wohl in EDA-Dossiers ebenfalls Eingang, doch handelt es sich jeweils um das unter dem Namen des jeweiligen Parteimitglieds angelegte Dossier. Das Dossier der PdA wurde nach den uns vorliegenden Angaben im Jahre 1937 eröffnet und seither kontinuierlich weitergeführt. Der letzte Eingang, die Übermittlung eines Prawda-Interviews von Jean Spielmann,⁷ geht auf den 16. Januar 1990 zurück. Die Berichte unserer Botschaften werden jeweils an die Politische Abteilung I, das Politische Sekretariat sowie an den Informations- und Pressedienst gerichtet. Kopien an Dienststellen ausserhalb des EDA werden von unseren Botschaften nicht erstellt. Eine Weiterleitung der Berichte von Bern aus an andere Verwaltungsstellen findet ebenfalls nicht statt. Es wird Gegenstand unserer weiteren Abklärungen sein, den damaligen Grund für die Eröffnung des Dossiers sowie die (bisher nicht aufgefundenen) Instruktionen an unsere Botschaften zur Berichterstattung zu eruieren.

Ich bin mir bewusst, dass das Bekanntwerden der Existenz dieses Dossiers auf verschiedene – und nicht zuletzt für mein Departement allenfalls auch unangenehme – Art interpretiert werden kann. Ich werde nicht verfehlen, Sie nach dieser ersten und schnellen Information über den weiteren Gang unserer Abklärungen auf dem Laufenden zu halten.⁸

6 Für eine Auswahl vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1736.

7 Vgl. dodis.ch/56518.

8 Am 5. März 1990 informierte Bundesrat René Felber Bundespräsident Arnold Koller, dass die Berichterstattung über die PdA nicht «aufgrund einer speziellen Instruktion» erfolgt sei, sondern gemäss einer allgemeinen Weisung des Presse- und Informationsdiensts des EDA. Diese instruierte die schweizerischen Vertretungen im Ausland, Informationen über schweizerische offizielle Persönlichkeiten, die im Ausland auf Besuch weilten, an die Zentrale weiterzuleiten. Felber schloss mit den Worten: «Die ganze Angelegenheit hat sich demnach als weit weniger problematisch oder gravierend herausgestellt, als es bei ihrem Bekanntwerden den Anschein zu erwecken vermochte», vgl. dodis.ch/56414. Ein weiteres sensibles Dossier wurde im Rahmen der Erhebung durch das EDA gemeldet. So hatte die Botschaft in Beijing zwischen 1975 und 1980 Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die sich zu politischen Veranstaltungen nach Nordkorea begaben oder engen Kontakt zu chinesischen Behörden hatten, fichiert, vgl. dodis.ch/56528.

dodis.ch/56530

Extrait

*Séance du 12 février 1990 de la Commission des affaires étrangères du Conseil national¹*FONCTIONNEMENT DE LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE DE LA SUISSE DANS UNE
MONDE EN MUTATION

Berne, 27 février 1990

M. Felber, Conseiller fédéral:[...]²*2. Aperçu de la politique étrangère suisse*

Depuis la Deuxième Guerre mondiale, les mutations de plus en plus rapides de notre environnement influencent toujours davantage nos relations extérieures. Les données de la politique étrangère internationale varient en fonction de deux types de critères:

les mutations objectives, liées aux progrès techniques, intéressent:

- la globalisation des problèmes,
- le renforcement de l'interdépendance entre les États,
- la forte croissance économique;

les mutations subjectives découlent des évolutions politico-historiques et résultent:

- des programmes politiques des gouvernements avec lesquels nous entretenons des relations ou pas,
- d'une volonté directement exprimée par les peuples de ces États.

3. Les mutations objectives

Les modifications techniques dans le secteur des communications et de la transmission des informations exercent une incidence considérable sur notre politique étrangère,³ de même que la dimension globale des grands défis de notre temps tels que la protection de l'environnement, qui touche simultanément tous les pays, les questions de santé et de drogue, le terrorisme international, les problèmes de développement et leur fréquent corollaire: l'endettement. Face à ces défis, le seul moyen d'obtenir des résultats perceptibles passe par la dimension internationale, comme on aura l'occasion de le voir au fil de toute une série de rapports, contrats, accords, qui vous seront soumis au cours de l'année. Quant aux aspects que revêt la diplomatie sur le terrain, on observe qu'en dépit du titre prestigieux que nos ambassadeurs extraordinaires et plénipotentiaires portent toujours, ils

1 CH-BAR#E1050.12#1994/310#8* (1). *La séance s'est tenue de 17h00 à 21h30 au Palais fédéral à Berne. Lors de la séance, présidée par le Conseiller national Martin Bundi, est présent comme invité le Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, accompagné par le Directeur de la Direction politique du DFAE, le Secrétaire d'État Klaus Jacobi, et le Secrétaire général du DFAE Rudolf Schaller. Le procès-verbal de la séance est pris sous la responsabilité du Secrétaire de la Commission, Alfred Aebi. L'extrait sélectionné est issu de l'allocution du Conseiller fédéral Felber. Le Conseiller fédéral Felber tient la même allocution devant la Commission des affaires étrangères du Conseil des États lors de la séance du 15 février 1990, cf. dodis.ch/56114. Ce débat sur le fonctionnement général de la politique étrangère de la Suisse a apparemment été déclenché par les nombreux changements de personnel dans les Commissions, cf. dodis.ch/56537.*

2 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/56530.

3 Cf. DDS 1990, doc. 7, dodis.ch/56178.

ne disposent plus du temps nécessaire pour traiter, de manière indépendante, les affaires bilatérales engagées dans les États dans lesquels ils sont accrédités. Ils ne sont plus extraordinaires parce qu'ils restent en place, ils ne sont plus plénipotentiaires parce qu'ils reçoivent quotidiennement des directives, quand ce n'est pas d'heure en heure (enlèvements d'otages, par exemple). Leur liberté est donc beaucoup plus limitée que par le passé. On demande au diplomate – ce qui demeure sa vocation – d'être un généraliste à même de faire appel au plus vaste champ de connaissances possibles, mais on exige de lui qu'il cerne avec la plus grande célérité d'infimes détails relatifs à certains documents quelquefois fort complexes, comme les dossiers financiers, en particulier: on attend d'un diplomate qu'il soit en mesure de rédiger des rapports synthétiques, pratiquement sur n'importe quel sujet. Compte tenu de telles circonstances, je suis de ceux qui considèrent que la diplomatie de salon ne correspond plus aux réalités. Nos diplomates sont de plus en plus amenés à s'adresser simultanément à un grand nombre de pays appartenant à une même organisation, à une même région avec lesquels nous éprouvons un problème relationnel identique. Il est indispensable, par exemple, que nos douze ambassadeurs tiennent le même langage lorsque nous nous adressons à la CEE. De plus en plus fréquemment, les ambassadeurs intéressés sont réunis en conférence restreinte:

- la conférence sur les problèmes de Bretton Woods a déjà eu lieu;⁴
- mars 1990: conférence des 18 ambassadeurs dans les pays de la CEE et de l'AELE, en vue de l'engagement de négociations relatives au traité sur l'Espace économique européen;⁵
- juin 1990: conférence des ambassadeurs accrédités en Europe centrale et en Europe occidentale;⁶
- conférence générale.⁷

À l'instar de leurs collègues à l'étranger, les ambassadeurs rattachés à la centrale sont aussi tenus, à côté de leurs obligations professionnelles, d'étendre le champ de leurs connaissances. En effet, il n'est pas d'activité étatique qui ne comprenne des aspects internationaux; c'est ainsi que les services du DFAE s'occupent:

- de protection de l'environnement,
- de coopération internationale en matière de médias,
- d'affaires scientifiques et culturelles,
- de transports,
- de navigation maritime,
- de politique des réfugiés,
- des questions bancaires et financières,
- de l'intégration économique sous toutes ses formes, etc.

Tous ces services travaillent en étroite collaboration avec les autres départements et les offices fédéraux directement intéressés ou qui détiennent le dossier, en assumant la responsabilité principale ainsi que la gestion. Par conséquent, le DFAE remplit une tâche de coordination, d'autant plus que la sauvegarde de nos intérêts à l'étranger implique parfois qu'un gain dans un domaine compense une concession dans un autre.⁸ Voilà la raison pour laquelle, la présence d'une représentation diplo-

4 *La petite conférence des ambassadeurs sur les problèmes de Bretton Woods a lieu le 7 février 1990 à Berne, cf. le télex hebdomadaire 7/90 du 12 février 1990, dodis.ch/54879, point 2.*

5 *La consultation des ambassadeurs concernant l'Espace économique européen (EEE) a lieu le 11 et 12 avril 1990 à Gerzensee, cf. le télex hebdomadaire 16/90 du 17 avril 1990, dodis.ch/55115, point 3 (rapides).*

6 *La conférence régionale des ambassadeurs sur l'Europe centrale et occidentale a lieu les 22 et 23 juin 1990 à Gerzensee. Pour un résumé d'une partie des discussions, cf. dodis.ch/56301, ainsi que le télex hebdomadaire 26/90 du 25 juin 1990, dodis.ch/55149, point 1.*

7 *La conférence générale des ambassadeurs a lieu du 21 au 23 août 1990, cf. DDS 1990, doc. 32, dodis.ch/54342. Pour le rapport de la conférence, cf. dodis.ch/54340.*

8 *Pour la coordination interdépartementale de la politique étrangère de la Suisse, cf. la compilation dodis.ch/C1867.*

matique ou celle du DFAE dans toute espèce de conférence est indispensable. Une telle évolution exige beaucoup de discipline de la part des autres départements, ainsi qu'une très grande transparence quant au traitement des questions internationales figurant aux dossiers concernés. Ces mêmes départements bénéficient également des infrastructures ainsi que de toutes les ressources techniques et humaines que le DFAE entretient à l'étranger. La nature des défis que rencontrent les sociétés d'aujourd'hui est telle qu'une approche internationale et multilatérale s'impose de plus en plus; elle remplace progressivement l'approche strictement nationale ou bilatérale, ce qui explique l'engagement accru de notre pays dans de nombreux forums internationaux: CSCE,⁹ Conseil de l'Europe,¹⁰ GATT,¹¹ AELE,¹² organisations spécialisées du système des Nations Unies et bientôt, peut-être, les institutions de Bretton Woods.¹³ Lorsque l'on évoque la globalisation des problèmes, on ne saurait ignorer les clivages Nord/Sud, les questions de développement,¹⁴ et celle, de plus en plus aiguë, de l'endettement.¹⁵ Un échec dans la résolution de ces graves problèmes ne restera certainement pas sans conséquences sur les pays industrialisés en général et sur la Suisse, en particulier.

4. Les mutations subjectives

Ces modifications relèvent d'évolutions politiques et économiques qui nous touchent plus directement:

- la dynamique de l'intégration européenne (thème d'actualité pour les deux prochaines années),¹⁶
- les changements en Europe centrale et orientale,
- la détente Est-Ouest,
- les perspectives de résolution des conflits régionaux,
- l'essor de nouveaux pôles économiques et politiques dans le monde.

L'intensification de nos activités dans ce domaine absorbe, aujourd'hui, les ressources de mon département, d'une manière croissante, qu'elles aient trait aux effectifs du personnel ou soient d'ordre intellectuel et financier. Notre tâche ne se limite pas à la gestion des affaires courantes: il est indispensable que nous disposions du temps nécessaire afin d'effectuer un travail conceptuel en vue de la formulation des nouvelles structures paneuropéennes, par exemple, qui devront, à terme, remplacer l'ordre existant en Europe, depuis la mise en place des structures de Yalta.¹⁷ Plus que tout autre domaine, les Affaires étrangères subissent les répercussions d'évolutions sur lesquelles nous n'avons aucune prise (cette constatation vaut, d'ailleurs, pour les deux types de mutations évoquées).

Sans nulle intention de me livrer à un plaidoyer *pro domo*, il est de mon devoir de rendre les membres de la commission attentifs aux conditions de travail au DFAE, dont le personnel

9 Pour les développements et les perspectives du processus de la CSCE, cf. DDS 1990, doc. 34, dodis.ch/56205.

10 Pour le rôle du Conseil de l'Europe comme instrument de la politique étrangère de la Suisse, cf. dodis.ch/56252.

11 Pour les négociations en cours dans le cadre du cycle de l'Uruguay, cf. DDS 1990, doc. 20, dodis.ch/54816.

12 Pour les rapports de la Suisse avec ses partenaires de l'AELE, cf. DDS 1990, doc. 16, dodis.ch/54605 et doc. 40, dodis.ch/55958.

13 Pour la discussion sur l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods, cf. DDS 1990, doc. 1, dodis.ch/54926; doc. 13, dodis.ch/54922 et la compilation thématique Adhésion de la Suisse aux Institutions de Bretton Woods (1989–1993), dodis.ch/T1721.

14 Pour les principes de la politique de développement suisse, cf. DDS 1990, doc. 3, dodis.ch/56143.

15 Pour la politique suisse en matière de mesures de désendettement, cf. dodis.ch/56477.

16 Pour un aperçu de l'état des négociations entre l'AELE et la CE au début de l'année 1990, cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934.

17 Lors de la conférence de Yalta en 1945, les chefs d'État des États-Unis, de l'URSS et de la Grande-Bretagne ont négocié l'ordre d'après-guerre en Europe.

est *extrêmement restreint*.¹⁸ Les exemples foisonnent: nos missions à l'étranger sont quelquefois réduites au strict minimum, de sorte qu'une évolution politique soudaine dans un pays nous met dans l'impossibilité de recueillir les informations en suffisance ou de mener à bien divers travaux particuliers et immédiats;¹⁹ ce fut le cas dans presque tous les pays d'Europe centrale, au cours de ces derniers mois. De même, nous avons besoin, à la centrale, d'un certain nombre de personnes capables d'assumer les responsabilités de la coordination.

L'année dernière, une demande de quarante postes supplémentaires a été présentée (CSCE, nouvelle division destinée à faire face aux opérations de maintien de la paix et à la problématique des droits de l'homme, intégration européenne, coordination du dossier de l'Europe de l'Est, etc.). Or, nous en avons reçu 19: il a fallu en retrancher 7 ou 8, que nous avions en prêt! Le dimanche après-midi à 15h00, il arrive que 250 responsables de mon département soient présents dans leurs bureaux!

5. Aperçu des représentations suisses à l'étranger (voir annexe)

Le nouvel organigramme du département est en voie de publication, il vous sera communiqué sous peu.

Un diplomate se forme en deux ans, après s'être présenté au concours d'accession à la carrière diplomatique, concours définitivement éliminatoire. On observe un regain d'intérêt (17 candidats retenus sur 47, cette année). L'âge moyen d'entrée a augmenté en raison des exigences de la formation complémentaire (droit, économie publique, culture, etc.), jusqu'à trente ans environ. C'est à la suite des stages que les candidats sont désignés en qualité d'agents diplomatiques. La carrière est assez longue. Un grand effort de recrutement a été effectué dans les universités. On constate, par ailleurs, un déplacement dans la formation: on n'est plus nécessairement juriste ou économiste avant que d'être diplomate, mais historien, licencié ou docteur ès lettres, voire ès sciences, et ingénieur EPF.²⁰

Il faut également mentionner la surcharge consulaire, entre autres due à l'introduction du droit de vote des Suisses à l'étranger.²¹ La dispersion du personnel accroît les difficultés de rationalisation: par la force des choses, certains postes sont encombrés alors que d'autres ne le sont pas.

Les membres de la Commission des Affaires étrangères sont cordialement invités aux manifestations officielles consécutives à la Conférence générale des ambassadeurs. Un jeune ambassadeur se plaignait de n'avoir personne du même niveau de formation à ses côtés, de manière à le contredire le cas échéant et à mettre ainsi fin à un certain isolement intellectuel. La Communauté européenne elle-même, pour pallier ces difficultés, envisage de n'établir qu'un seul service diplomatique dans certains pays.

Les voyages de conseillers fédéraux sont de plus en plus indispensables, toute une série de rencontres multilatérales étant réservées aux seuls ministres; le temps dont ils disposent s'est réduit que nos ambassadeurs ne bénéficient plus que de brèves audiences. Dès lors, une visite bilatérale s'impose pour combler cette lacune – je rentre de Grande-Bretagne²² où je n'ai pu que constater l'entière ignorance, faute de temps, qui règne au Foreign Office, quant à la position suisse sur l'intégration. De sorte que la nécessité de rencontrer nos collègues devient impérieuse: c'est là une tâche nouvelle des conseillers fédéraux. Par ailleurs, les exigences proto-

18 *Sur la situation du personnel du DFAE, cf. dodis.ch/56108.*

19 *Cette situation difficile du DFAE en termes de personnel est notamment mise en lumière lors de la réouverture de l'ambassade de Suisse à Hanoï, cf. la compilation dodis.ch/C1720.*

20 *Cf. la compilation thématique Concours diplomatique, dodis.ch/T1405.*

21 *Cf. le Message du Conseil fédéral concernant la révision de la loi fédérale sur les droits politiques des Suisses de l'étranger du 15 août 1990, dodis.ch/56116.*

22 *Pour la visite du Conseiller fédéral Felber à Londres, cf. le télex hebdomadaire 7/90 du 12 février 1990, dodis.ch/54879, points 1 et 2 (rapides).*

laïques²³ ont gagné en importance: là où un ambassadeur suffisait à représenter le gouvernement de son pays aux funérailles d'un chef d'État ou à l'occasion d'une passation de pouvoirs, par exemple, on exige aujourd'hui qu'un ministre se déplace.²⁴

[...]

Rychen:

Mich beschäftigt die Frage der Rolle des Parlaments in der Aussenpolitik sehr. Mit Blick auf die Umgestaltungen in Europa scheint es mir – gerade in einer direkten Demokratie – ausgesprochen wichtig, dass das Parlament in der Aussenpolitik eine aktivere Rolle spielt. Herr Bundesrat Felber hat einmal sehr richtig gesagt, die Aussenpolitik müsse zu einem Thema der Innenpolitik werden. Das ist noch nicht gelungen. Für die Schweizer Bevölkerung ist Aussenpolitik – ausser wenn sie finanzielle Folgen zeitigen kann – etwas zum zuschauen, etwas zum zuhören. Letztlich werden aber alle entscheidenden Fragen vom Volk entschieden.²⁵

[...]

M. Felber, Conseiller fédéral:

(À M. Rychen)

Qui fait la politique étrangère? C'est, constitutionnellement, le Conseil fédéral – cette règle est nécessaire. La définition et la décision finale doivent appartenir au gouvernement, parce que les choses sont très rapides et que les temps de réaction presque inexistantes ne permettent pas d'attendre que la machine parlementaire se mette en route. Le Conseil fédéral doit être en mesure d'agir promptement de manière à éviter *a posteriori*, les accusations de s'être soumis à une décision majoritaire ou à celle d'un parti. Cela dit, les Commissions des Affaires étrangères pourraient être mieux employées dans l'action. Le Parlement se désintéresse des Affaires étrangères.

[...]

Auer:

Zur Rolle der Kommission für auswärtige Angelegenheiten. Die Aussenpolitik ist Sache des Bundesrates. Die Stellung der aussenpolitischen Kommission hing immer von einigen ganz wenigen Persönlichkeiten ab. Ich erinnere mich an Walter Renschler, Walther Hofer und Gerhard Schürch. Aussenpolitik war in der Schweiz nie populär. Aussenpolitik machte das Parlament nur bei spektakulären Ereignissen (Ungarn, Tschechoslowakei, Afghanistan, Rumänien usw.).²⁶ Suchen wir also zunächst einmal bei einigen Geschäften etwas zu leisten, bevor wir über eine neue Stellung des Parlaments diskutieren. Für die nächsten zwei, drei Jahre sehe ich die Hauptaufgabe des Parlaments darin, das Schweizer Volk zu informieren. Das bedeutet aber auch, dass der Bundesrat uns über die EG-Politik besser informieren muss. Die Hauptaufgabe der Kommission für auswärtige Angelegenheiten sehe ich gegenwärtig in der Europapolitik (EG und Osteuropa).²⁷

[...]

23 Cf. DDS 1990, doc. 15, dodis.ch/55848.

24 Cf. à ce propos la compilation thématique *Diplomatie des visites officielles*, dodis.ch/T1408, ainsi qu'Introduction du titre de Secrétaire d'État, dodis.ch/T1888.

25 *Zur Rolle des Parlaments in der Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik* vgl. auch DDS 1990, Dok. 9, dodis.ch/56535.

26 *Für die Diskussionen im Parlament zur sowjetischen Intervention in Ungarn 1956* vgl. dodis.ch/50874 sowie die *Zusammenstellung* dodis.ch/C1610; *zur Tschechoslowakei 1968* vgl. dodis.ch/50874 sowie die *thematische Zusammenstellung Prager Frühling*, dodis.ch/T941; *zu Afghanistan* vgl. dodis.ch/56901 sowie die *thematische Zusammenstellung Sowjetische Intervention in Afghanistan (1979–1989)*, dodis.ch/T1834 und *zu Rumänien* vgl. dodis.ch/56902 sowie die *thematische Zusammenstellung Rumänische Revolution (1989)*, dodis.ch/T1835.

27 *Zur Rolle des Parlaments in der Ausgestaltung der schweizerischen Europapolitik* vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158 sowie dodis.ch/54883.

M. Felber, Conseiller fédéral:

Politique d'information. Un projet d'information du Conseil fédéral, du Parlement et de la presse est en préparation, en collaboration avec M. Delamuraz.²⁸ Il s'agit d'un processus lent – que M. Bircher se rassure! – et d'une telle importance dans les négociations, qu'il sera discuté en commission. [...]

28 Concernant les mesures d'organisation et de personnel dans le domaine de l'information relatives à la politique européenne, cf. le PVCF N° 643 du 28 mars 1990, dodis.ch/56072.

12

dodis.ch/56158

Extrait

Séance du 15 février 1990 de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États¹

COOPÉRATION AVEC DES PAYS D'EUROPE DE L'EST

Berne, 27 février 1990

M. Felber, Conseiller fédéral:

1. Introduction

La réaction de la Suisse aux bouleversements considérables intervenus en Europe de l'Est ne se limite pas à l'attitude officielle du gouvernement. De nombreux Suisses ont spontanément démontré leur disponibilité à contribuer concrètement au soutien des réformes, ainsi qu'à apporter tout spécialement de l'aide dans les cas de première nécessité. L'action entreprise en faveur de la Roumanie par les œuvres caritatives a permis de rassembler la somme de 20 millions de francs.² Par ailleurs, certaines communes suisses se sont alliées à des communes roumaines.³ Les nombreux projets et propositions qui nous parviennent intéressent tous les pays réformistes d'Europe centrale et de l'Est. Une sélection très stricte s'impose, en vue du financement éventuel

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#172* (A.12.13.40). La séance s'est tenue de 8h45 à 14h00 au Palais fédéral à Berne. Lors de la séance, présidée par le Conseiller aux États Franco Masoni, est présent comme invité le Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, accompagné par le Directeur de la Direction politique du DFAE, le Secrétaire d'État Klaus Jacobi, le Secrétaire général du DFAE Rudolf Schaller, le Chef de la Division politique I, l'Ambassadeur Jenö Staehelin, le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur Silvio Arioli, et par les collaborateurs du DFAE Walter Gyger et Daniel Woker. Alfred Aebi assiste à la séance en qualité de Secrétaire de la Commission et est responsable du procès-verbal. Le procès-verbal est envoyé le 1^{er} mars 1990 entre autres aux différents chefs des services parlementaires, au Service de documentation de l'Assemblée fédérale, au Président de la Commission des affaires étrangères du Conseil national, Martin Bundi, à la Commission des finances du Conseil des États et aux groupes parlementaires du PRD et de l'UDC. Pour le procès-verbal général, cf. dodis.ch/56541. L'affaire est également traitée par la Commission des affaires étrangères du Conseil national les 12 et 13 février 1990, cf. dodis.ch/56469.

2 Pour les aides privées de la Suisse à la Roumanie, cf. dodis.ch/54470.

3 Cf. dodis.ch/56718.

par le crédit-cadre présentement en discussion.⁴ Toutes ces marques d'intérêt confirment que les propositions du Conseil fédéral répondent à un souhait national.

D'autres contributions suisses en faveur des pays de l'Est sont prévisibles. Notre pays, sur la base de l'arrêté fédéral sur la collaboration de la Suisse à des mesures monétaires internationales,⁵ a décidé de participer à *un crédit-relais*, par un montant de 30 millions de dollars, au Fonds international de stabilisation pour la Pologne.⁶ Une délégation suisse participe aux négociations en vue de la création de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement des pays de l'Est;⁷ la possibilité d'une adhésion à cette institution se pose concrètement. À ce sujet, le Conseil fédéral présentera une proposition séparée ultérieurement.⁸ Il n'est pas exclu que d'autres initiatives financières voient le jour. Par conséquent, le crédit-cadre en discussion ne constitue qu'une partie, certes essentielle, de la réponse suisse à ce qui est véritablement un défi historique.

2. Principes du soutien suisse

Depuis la rédaction du message⁹, en automne dernier, les événements en Europe de l'Est se sont précipités: la révolution démocratique s'est propagée de Pologne et de Hongrie en Tchécoslovaquie, en RDA, puis en Roumanie et en Bulgarie.¹⁰

Les modalités d'interventions suisses sont décrites, à dessein, dans des termes généraux. Les réformes économiques et politiques mentionnées intéressent essentiellement:

- la création et le respect des règles à la base de l'État de droit,
- le respect des droits de l'homme,
- le pluralisme politique y compris les élections libres et à scrutin secret, dans un proche avenir,
- la mise en œuvre de mesures concrètes destinées à l'introduction de l'économie de marché.

L'Europe centrale peut se répartir en trois groupes de pays:

- pays définitivement engagés dans les réformes (Pologne, voire Hongrie),
- pays ayant formellement déclaré leurs intentions de s'engager dans des réformes et qui en ont posé les prémices (RDA, Tchécoslovaquie),
- pays ayant annoncé leur volonté de procéder à des réformes (Bulgarie, Roumanie).

Désormais, la Tchécoslovaquie et la RDA sont susceptibles de compter parmi le premier groupe d'États. Par conséquent, l'importance que le message accorde aux mesures suisses en faveur de la Pologne et de la Hongrie se justifie toujours. Une interprétation logique des critères d'aide suppose leur application à la Tchécoslovaquie et à la RDA. La situation économique de ces deux derniers États est cependant meilleure qu'en Pologne et en Hongrie.¹¹ Par exemple, la Tchécoslovaquie ne souhaite pas recevoir un soutien financier de la Suisse, mais plutôt une coopération accrue dans

4 Pour les discussions sur les critères de soutien, cf. la compilation dodis.ch/C1730.

5 Arrêté fédéral sur la collaboration de la Suisse à des mesures monétaires internationales du 20 mars 1975, RO, 1975, pp. 1293s.

6 Il s'agit en fait d'un montant de 20 mio. USD, cf. le PVCF N° 77 du 18 janvier 1990, dodis.ch/55720.

7 Cf. dodis.ch/55610 et le téléx hebdomadaire 4/90 du 22 janvier 1990, dodis.ch/55105, point 3. L'acte fondateur de la BERD est paraphé par la Suisse le 9 avril 1990, cf. dodis.ch/54933.

8 Pour l'adhésion de la Suisse à la BERD, cf. le PVCF N° 975 du 16 mai 1990, dodis.ch/56194 et le Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant l'adhésion de la Suisse à la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (BERD) du 5 septembre 1990, dodis.ch/56195.

9 Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant le renforcement de la coopération avec des États d'Europe de l'Est et aux mesures d'aide immédiate correspondantes du 22 novembre 1989, dodis.ch/55717.

10 Cf. dodis.ch/55713.

11 Cf. dodis.ch/56413.

des domaines d'intérêt mutuel.¹² M. Modrow, quant à lui, insiste sur la formation et le transfert général de savoir-faire technique.¹³ En outre, la RDA bénéficiera d'une assistance économique considérable de la RFA, ainsi que d'un traitement de faveur de la part de la CEE, en raison des événements liés à une éventuelle réunification. Toute forme d'aide destinée à ces deux derniers États aura des implications financières sur le crédit en discussion. La Tchécoslovaquie et la RDA sont concernées par des mesures ponctuelles destinées à des domaines particuliers, comme la formation. En Roumanie, une aide officielle d'urgence est indispensable.¹⁴ Cela dit, la situation politique est à même de se modifier rapidement pour qu'une aide suisse substantielle se justifie en Roumanie et en Bulgarie. Dans ce cas, le problème de la répartition du crédit limité gagnera en acuité.

L'Union soviétique constitue un cas particulier parce qu'elle n'est pas engagée dans un processus identique de réformes, mais aussi en raison de son étendue, ainsi que des ressources propres à sa disposition.¹⁵ Il est cependant impensable que nous ne recherchions pas une forme de coopération avec l'URSS, dont les représentants insistent sur deux domaines des relations bilatérales futures:

- la culture politique: fédéralisme,
- le transfert en matière de savoir-faire économique (PME).

La Yougoslavie connaît actuellement de graves difficultés: les récents événements montrent que l'on se heurte à des problèmes liés aux réformes démocratiques (Serbie) et à l'introduction des principes de l'économie de marché. L'aide suisse, en l'occurrence, accorde la priorité aux mesures envisagées dans le cadre de l'AELE, au sein de laquelle et sur l'initiative de la Suisse un fonds spécial a été créé.¹⁶ Le développement d'un soutien bilatéral dépendra aussi de l'avancement des réformes dans ce pays (la constitution yougoslave garantit le droit de veto à chacune des républiques, ce qui constitue une entrave considérable aux travaux du parlement central).

3. Coordination des mesures en faveur de l'Europe de l'Est

Le G-24 (tous les pays d'Europe de l'Ouest, États-Unis, Canada, Nouvelle-Zélande, Australie, Japon) a considérablement augmenté son efficacité en la matière. Cet organisme est destiné à:

- fournir l'information réciproque au sujet des mesures envisagées par chaque pays,
- procéder à l'analyse des besoins et à la préparation des projets.

Des évaluations communes aux pays réformistes ont eu lieu et un représentant de l'Office fédéral de l'environnement a, par exemple, pris part à une mission internationale en Hongrie.¹⁷ C'est la Commission des Communautés qui met son secrétariat à disposition, à la suite d'un consensus au terme duquel les États-Unis, entre autres, considèrent que le rôle moteur de l'aide destinée aux pays de l'Est revient, pour des raisons pratiques, à la CEE.

Le soutien multilatéral proprement dit, est le fait d'institutions déjà existantes (Banque mondiale, FMI), ainsi que de structures spécialement créées à cette fin (Banque européenne de déve-

12 Pour la rencontre entre Marián Čalfa et le Conseiller fédéral Felber du 4 février 1990, cf. [dodis.ch/54817](https://www.dodis.ch/54817), et le télex hebdomadaire 6/90, [dodis.ch/55108](https://www.dodis.ch/55108), point 1. L'aide financière, au sens d'un fonds de stabilité, devient effective pour la Tchécoslovaquie en novembre 1990 cf. DDS 1990, doc. 54, [dodis.ch/55850](https://www.dodis.ch/55850).

13 Pour la rencontre entre le Ministre-président de la RDA Hans Modrow et le Conseiller fédéral Felber, le 4 février 1990, cf. le télex hebdomadaire 6/90, [dodis.ch/55108](https://www.dodis.ch/55108), point 1. Pour les autres rencontres bilatérales lors du WEF à Davos cf. DDS 1990, doc. 4, [dodis.ch/56233](https://www.dodis.ch/56233).

14 Cf. le télex hebdomadaire 1/90 du 29 décembre 1989, [dodis.ch/55102](https://www.dodis.ch/55102).

15 Cf. [dodis.ch/56276](https://www.dodis.ch/56276).

16 Cf. le Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la participation de la Suisse au Fonds de développement de l'AELE en faveur de la Yougoslavie du 22 août 1990, [dodis.ch/55678](https://www.dodis.ch/55678). Pour les relations avec la Yougoslavie, cf. DDS 1990, doc. 2, [dodis.ch/56007](https://www.dodis.ch/56007).

17 Il s'agit de Jean-Bernard Dubois des affaires internationales de l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage du DFI. Pour son rapport cf. [dodis.ch/56489](https://www.dodis.ch/56489).

loppement et de reconstruction). L'AELE est sur le point de rendre publique une déclaration de coopération avec la Hongrie, puis avec la Pologne.¹⁸ Cet organisme est sollicité par tous les pays d'Europe de l'Est, sauf la RDA.

4. Nature des mesures envisagées

4.1. Culture et culture politique:¹⁹

Par culture, il faut avant tout entendre *culture politique*:²⁰

- gestion communale,
- fonctionnement du fédéralisme, etc.

4.2. Économie:

- échanges d'expériences à long terme,
- aide financière et encouragement à l'investissement,²¹
- promotion commerciale.

4.3. Sciences:

Il s'agit de faciliter la coopération directe des Hautes écoles et des instituts de recherche;²² le Fonds national assure l'exécution et la gestion des moyens engagés. Trois formes de soutien sont prévues:

- réalisation de projet de recherche communs,
- échange de chercheurs,
- participation à des réunions scientifiques et organisation en commun de manifestations scientifiques.

Aujourd'hui déjà, presque toutes les universités suisses nous soumettent des projets de participation.

4.4. Formation

Tous nos interlocuteurs insistent sur ce domaine. Il appartient aux autorités des États intéressés de fixer leurs priorités à partir desquelles nous serons à même de présenter des offres intégrées dans des programmes bien définis, de manière à éviter un effet d'arrosage. Les dossiers indicatifs établis avec la Pologne et la Hongrie ou dans le cadre du G-24 montrent les tendances suivantes:

- Pologne:²³
- management et organisation industrielle: gestion d'entreprise pour cadres moyens,
 - finances et système bancaire,
 - démocratie locale, organisation des communes,
 - formation de l'environnement en contexte industriel et pédagogique (écoles élémentaires),
 - perfectionnement dans des domaines spécifiques de l'industrie (construction de machine, conditionnement alimentaire),
 - organisation de la distribution des biens de consommation.

18 Pour la déclaration de Göteborg du 13 juin 1990, cf. dodis.ch/56094.

19 Pour l'échange culturel, cf. dodis.ch/56253.

20 Pour la distinction entre «culture» et «culture politique», cf. dodis.ch/56720 et dodis.ch/56451.

21 Pour la ligne de crédit-cadre d'aide financière à la Pologne, cf. le PVCF N° 1679 du 29 août 1990, dodis.ch/55732.

22 Cf. dodis.ch/56292.

23 Sur les besoins polonais dans le domaine de la formation, cf. aussi dodis.ch/55697.

- Hongrie:²⁴ – enseignement des langues étrangères.
- RDA:²⁵ – formation professionnelle,
– management,
– protection de l'environnement en contexte industriel et pédagogique (scolarité obligatoire).

Un certain nombre de projets concrets sont soutenus par des institutions publiques ou privées:

- Coop-Suisse, Migros: – commerce de détail,
Société suisse des constructeurs
de machines: – protection de l'environnement
Association suisse des banquiers: – formation bancaire
Hôteliers et restaurateurs, etc.²⁶

4.5. Environnement²⁷

Quant aux problèmes d'environnement, les projets de collaboration avec la Pologne seront considérés sur la base d'expériences faites en Hongrie. Une action dans d'autres pays nécessiterait une augmentation considérable des moyens financiers à disposition (la Tchécoslovaquie fabrique encore son électricité à base de charbon non raffiné et n'a d'autre solution de remplacement que l'énergie atomique). Tous les pays sollicitent une collaboration dans le secteur des déchets spéciaux et du traitement des déchets en général.

4.6. Aide humanitaire

L'aide humanitaire relève de la DDA;²⁸ des experts externes, sous la direction d'un collaborateur de la DDA²⁹ ont reçu mandat de déterminer les modalités d'un engagement suisse dans le secteur des systèmes de distribution et celui des processus de soutien aux réformes.

Les chiffres indiqués ne correspondent pas à la réalité concrète: le crédit-cadre a été partagé entre la Pologne et la Hongrie sur la base d'un catalogue de demandes et d'estimations approximatives.³⁰ La répartition se fera selon les besoins.

C'est à la Division politique I (Europe) qu'incomberont les responsabilités de la coordination, la gestion des aspects financiers et économiques revenant à l'OFAEE. Des renforts en personnel sont indispensables pour la durée de réalisation de ces projets.

Seiler:

Die Massnahmen sollen der Hilfe zur Selbsthilfe und damit der Förderung der Selbstverantwortung dienen. Sie sollen in den jeweiligen Reformprozess integriert und den Bedürfnissen angepasst werden. Diese Kriterien scheinen mir sinnvoll.

Die schweizerische Wirtschaft hat sich bisher in Osteuropa nur zögernd engagiert. Die grossen wirtschaftlichen Probleme einerseits und auch der ungewisse Ausgang der Reformprozesse sind die Gründe dafür.

24 Sur les besoins hongrois dans le domaine de la formation, cf. dodis.ch/56408.

25 Sur les besoins de la RDA dans le domaine de la formation, cf. dodis.ch/56488.

26 À propos des projets du secteur hôtelier et de la restauration, cf. le procès-verbal du 18 mai 1990 de la séance du Conseil de banque de la Banque nationale suisse, dodis.ch/56984.

27 Pour les mesures dans le domaine de l'environnement, cf. dodis.ch/55684.

28 Par exemple dans le cas de l'aide alimentaire à la Pologne, cf. dodis.ch/56293.

29 Il s'agit très probablement de Alexandre Melzer, Chef de la Section politique et recherche de la DDA.

30 Pour la distribution du crédit-cadre, cf. dodis.ch/55692.

Dieser Bundesbeschluss³¹ ist von sehr grosser Bedeutung. Ist die Höhe des Kredites nicht zu klein oder die Laufzeit zu lange? Der Kredit muss unter sechs oder sieben Staaten verteilt werden, da in Kürze neben Ungarn und Polen auch weitere Staaten unseren Kriterien entsprechen werden.³²

Die Mittel sollten nicht die Ausgaben für die Entwicklungshilfe schmälern.³³ In der Entwicklungshilfe muss langfristig geplant werden. Die Massnahmen für Oststaaten sind kurze und mittelfristige Starthilfen auf dem Weg zu einer gesunden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Kriterien für die Gewährung von Hilfe sollten differenziert angewendet werden, d. h. restriktiv für wirtschaftliche Hilfe, locker für Massnahmen auf kultureller und umweltschützerischer Ebene. Im wirtschaftlichen Bereich gilt als Ziel die Schaffung funktionierender marktwirtschaftlicher Systeme. Die Weiterentwicklung der Demokratie ist sehr stark abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Massnahmen sollen breit wirken, Katalysatorwirkung enthalten und Bindungen zwischen Ost und West wiederherstellen, die in der Zeit des Kalten Krieges unterbunden worden sind. Diese offene Konzeption birgt die Gefahr der Verzettelung. Daher muss der Grundsatz der Konzentration hinzugefügt werden. Wir sollten uns heute auf zwei, drei kleinere Staaten konzentrieren. So kann man sich besser und gezielter auf die Bedürfnisse einstellen und die Hilfe effizienter gestalten. Dagegen stünde es der Schweiz schlecht an, wenn sie die übrigen Staaten von Hilfeleistungen ausschliessen würde. Im Interesse einer wirkungsvollen Hilfe müssen jedoch Schwerpunkte gesetzt werden. Ein Kompromiss bestünde darin, dass gewisse Massnahmen allen reformwilligen Staaten offen zu halten wären, beispielsweise auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung. In Absprache mit anderen hilfeleistenden Staaten sollten auch Schwerpunktbildungen möglich sein. Schweden beispielsweise hat sich in Polen insbesondere auf dem Gebiete der Umwelt angeboten.³⁴

Dobler:

Ich stelle die Frage, ob man die Entwicklungshilfe nicht neu definieren müsste. Bis jetzt haben wir die ärmsten aller armen Länder zu den Entwicklungsländern gezählt. Dazu sind die Schwellenländer gekommen. Bei den heutigen Massnahmen soll die Lebensmittelversorgung – eine akute Hilfeleistung – eine prioritäre Stellung einnehmen.³⁵ Dies deckt sich mit unseren Leistungen in Afrika während den Hungersnöten. Auch die technische Entwicklungshilfe ist vorgesehen.

Als Präsident der Finanzkommission würde ich es begrüssen, wenn die Aufwendungen bei der Entwicklungshilfe platiert werden könnten. Wir haben Schwierigkeiten, unser Image gegenüber dem Ausland zu wahren, wenn wir den Mittelwert der europäischen Staaten (Aufwendungen für Entwicklungshilfe) nicht erreichen.

M. Cavadini:

Les mesures envisagées dans le message sont déjà dépassées dans bien des domaines par l'évolution de la situation. La révolution politique est relativement facile à mener, et les pays intéressés pourront aisément souscrire aux conditions requises dans le message, pour l'obtention

31 Vgl. die Botschaft über eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfsmassnahmen vom 22. November 1989, dodis.ch/55717.

32 Tatsächlich stellte sich bereits im November 1990 die Frage, wie die ganze Region mit einem neuen Kredit unterstützt werden konnte, vgl. dazu dodis.ch/55710 und dodis.ch/56289.

33 Für die Konkurrenz zwischen Osthilfe und Entwicklungshilfe vgl. dodis.ch/55696 und dodis.ch/55691.

34 Die Schweiz konzentrierte sich im Gebiet der Umwelt deshalb v. a. auf Ungarn und die Tschechoslowakei, vgl. dodis.ch/55684.

35 Für die Nahrungsmittelhilfe an Polen vgl. dodis.ch/56293.

d'aide (État de droit, pluralisme des partis, droits de l'homme, ouverture à l'économie de marché). Or, les difficultés vont apparaître lorsque les populations seront confrontées à une baisse du pouvoir d'achat et à de très fortes restrictions – si, aujourd'hui, l'URSS cherchait à donner une certaine réalité à son économie, les produits alimentaires augmenteraient de 200 à 300%, le coût de son énergie, de 80%! Par conséquent, notre intervention dans le domaine économique est indispensable; c'est pourquoi, nous souscrivons au projet du Conseil fédéral.

Nous avons été frappés de recevoir, à la Conférence des directeurs de l'Instruction publique, une requête de l'Union soviétique qui nous demande de recevoir une mission d'information sur *les structures fédéralistes dans l'enseignement*.³⁶ On a fait rire le monde entier avec nos 26 systèmes de formation et maintenant, nous excitons l'admiration de l'Union soviétique qui vient voir comment fonctionnent nos systèmes – il y a des revanches dans l'histoire ...

Une des qualités particulières du message est de ne pas cacher les dangers de l'évolution dans les pays de l'Est: comment passer d'une économie intégralement centralisée, dépourvue d'infrastructure bancaire, de système fiscal, etc. à une économie de marché?

Quelles sont les perspectives envisagées au DFAE quant à la nature des besoins en personnel?

La Confédération n'est pas la seule à prendre des initiatives; les cantons, les communes, les organismes caritatifs, etc. ne sont pas en reste. Comment conçoit-on les indispensables structures de coordination alors que les besoins ont suivi une progression géométrique depuis la parution du message?

Dans quelle mesure les montants prévus pour la Pologne et la Hongrie (250 millions de francs) seront-ils diminués afin de répondre aux demandes d'urgence d'autres États? Un message séparé est-il envisagé?

Hefti:

Es scheinen gewisse Parallelen zu Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu bestehen. Der Marshall-Plan war mit konkreten Auflagen verbunden und wurde durch alliierte Hochkommissäre durchgesetzt. Mit der wirtschaftlichen Gesundung kam auch die Demokratie zum Zuge. Ostdeutschland erfährt nicht zuletzt durch die Emigration Erschütterungen. Es stellt sich die Frage, ob nicht die helfenden Nationen einen Kommissär einsetzen müssten, der ein vorher gegenseitig abgesprochenes Programm in der Praxis durchsetzen würde.

Ich unterstütze den Gedanken, Polens Energieversorgung durch Kernkraft zu sichern. Dies stösst zwar in der Schweiz auf eine gewisse Skepsis, da wir bezüglich Energie unseren Blick noch nicht nach Europa gewendet haben.

Die Entwicklungshilfe hat sehr wenig an Resultaten gezeigt, nicht zuletzt wegen der Korruption und der unmöglichen Verwaltung eines grossen Teiles der entsprechenden Länder.³⁷

Frau Weber:

Ich begrüsse die Vorlage. Es ist wichtig, dass wir den betreffenden Staaten helfen, Wege zu finden, ihre wirtschaftlichen Probleme selber zu lösen.

Wir können zur Schaffung wettbewerbsmässiger Verhältnisse beitragen. Die Bildung und die Ausbildung erwähne ich speziell. Nebst Technik und Industrie haben auch der Handel und die

³⁶ *Le Comité d'État de l'URSS pour l'Instruction publique demande à la Suisse, le 15 décembre 1989, d'effectuer des échanges d'expertise dans le domaine de l'éducation. Cependant, l'Ambassade de Suisse à Moscou sait que la même note est envoyée à différentes ambassades occidentales en ne changeant que le nom du pays, cf. dodis.ch/55955. Margrit Meier, de la Section culture et UNESCO de la Direction des organisations internationales du DFAE, transmet la demande à la Conférence des directeurs de l'Instruction publique le 29 décembre 1989. Il n'a pas pu être déterminé si l'échange a effectivement eu lieu.*

³⁷ *Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 3, dodis.ch/56143.*

Dienstleistungen einen hohen Stellenwert. In Ungarn ist beim mittleren Kader das Know-how für ein wettbewerbspolitisch ausgerichtetes Bankensystem praktisch nicht vorhanden.

Die Gewerkschaften wurden für ihre Mithilfe angefragt. In den früher kommunistischen Ländern ist das Funktionieren der Gewerkschaftsarbeit äusserst wichtig. Die Länder haben im Allgemeinen keine Erfahrung in einer echten Sozialpartnerschaft: Sie wissen nicht, wie man miteinander redet. Es wäre im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit wichtig, auch an die Angestelltenorganisationen zu denken.

250 Millionen Franken sind ein schöner Anfang. Wir haben uns auf eine lange Atemzeit einzustellen. Die Entwicklung wird mehr als ein, zwei Jahre dauern. Darauf müssen wir uns auch budgetmässig einstellen. In dieser Beziehung muss man departementsübergreifend zu denken beginnen.

Onken:

Ich möchte meine Anerkennung aussprechen, dass der Bundesrat so rasch gehandelt hat.³⁸ Die Risikobereitschaft ist notwendig: Wir müssen schon in der Zeit des Umbruchs Hilfeleistungen erbringen. Die Schweiz zeigt sich in einer solidarischen Haltung.

Diese Hilfsmassnahmen sollen nicht zulasten der Entwicklungszusammenarbeit gehen.³⁹ Eine neue Aufgabe muss mit neuen Mitteln angegangen werden. Die europäische Peripherie (Portugal, Italien, Griechenland usw.) fürchtet, zu kurz zu kommen, weil sich die EG-Entwicklungsleistungen auf den Osten verlagern.

Es ist richtig, dass das EDA – nicht das BAWI – die Federführung innehat.⁴⁰ Wir müssen anerkennen, dass hier gewisse Spannungen bestehen. Für die Investitionshilfe und Handelspolitik sind 160 Mio. Franken vorgesehen, für Ausbildung, Umweltschutz, Kultur lediglich 90 Millionen. Ist diese Gewichtung richtig?

- Genügen die Mittel? Die Kommission könnte mit einem Postulat signalisieren, dass ein Anschlussprogramm folgen muss.⁴¹
- Wie wird im EDA die neueste Entwicklung im Osten eingeschätzt? Ein Rückschlag in der UdSSR könnte Auswirkungen auf die osteuropäischen Länder haben. Besteht dieses Risiko? Ist die Entwicklung in der UdSSR wirklich unter Kontrolle (Nationalitätenkonflikte)?⁴²
- Ist es richtig, dass die Sowjetunion aufgrund ihrer wirtschaftlichen Potenz keine Hilfe braucht? Näher betrachtet könnte sich auch ihre wirtschaftliche Lage als bedenklich erweisen.⁴³
- Wie sieht die interne Koordination aus? Die Länder sollen nach Möglichkeit selbst beteiligt, nichtstaatliche schweizerische Organisationen sollen beigezogen werden. Inwieweit bestehen hier schon Anzeichen einer fruchtbaren Zusammenarbeit?⁴⁴
- Die Lebensmittelhilfe in Polen ist kritisiert worden. Wie sind diese Erfahrungen ausgewertet und in die neuen Projekte integriert worden?

38 Zu den Sofortmassnahmen für Osteuropa vgl. das BR-Prot. Nr. 2221 vom 1. Dezember 1989, dodis.ch/55779.

39 Vgl. Anm. 33.

40 Für die Kompetenzabgrenzung zwischen dem EDA und dem Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD vgl. DDS 1990, Dok. 9, dodis.ch/56535 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1735.

41 Ein entsprechendes Postulat, welches Nationalrat Otto Zwygart bereits am 8. Februar 1990 eingereicht hatte, wurde am 5. März 1990 vom Bundesrat entgegengenommen, vgl. Amtl. Bull. NR, 1990, II, S. 377.

42 An der G-24-Konferenz vom 4. Juli 1990 wurde die Aufnahme der Sowjetunion in den Begünstigtenkreis diskutiert, vgl. dazu die Erklärung von Bundesrat Felber vor der G-24 vom 4. Juli 1990, dodis.ch/55708.

43 Zur Einschätzung, ob die Sowjetunion in den Kreis der begünstigten Länder aufgenommen werden sollte vgl. dodis.ch/55709.

44 Für die verwaltungsinterne Koordination vgl. dodis.ch/56288.

- Welcher Art sind die Schwierigkeiten der Universitäten, ihre Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern voll auszuschöpfen?⁴⁵
- Die Bereiche Energie, öffentlicher Verkehr fehlen im Konzept. – Wie sieht das Departement die Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Gemeinden?
- Bei der Ausbildung denkt man nicht an das höhere, sondern an das mittlere Kader und an die Mechanikerausbildung. Wie soll konkret den Berufstätigen Wissen und Ausbildung vermittelt werden? Der Anteil von 14 Mio. für die Ausbildung sollte eventuell aufgestockt werden.
- Man denkt an ein privatwirtschaftliches Institut für internationale Zusammenarbeit. Es besteht die Gefahr, dass dies zu einer reinen Management-Ausbildung führen würde.
- Wir wollen den Ländern helfen, eine soziale und ökologische Marktwirtschaft aufzubauen. Auch für uns war hierzu ein langer Prozess notwendig; die demokratische Linke und die Gewerkschaften haben ihren Beitrag dazu geleistet. Diese Aspekte sollten in unsere Hilfsmassnahmen integriert werden.

Schoch:

Ich bin erfreut, dass der Bundesrat rasch und in sinnvollem Rahmen reagiert hat. Das Konzept ist überzeugend. Was aufgrund der raschen Entwicklung in der Botschaft gefehlt hat, hat uns Herr Bundesrat Felber heute mündlich vorgetragen.

Es ist Sache des Bundesrates und der Verwaltung, dieses Konzept in die Tat umzusetzen, da das Parlament mit diesen neuen Aufgaben noch nicht vertraut ist. Es kann – wenn notwendig – punktuell Einfluss nehmen. Wie stellt sich Herr Bundesrat Felber zum Sinn der Schwerpunktsetzung im jetzigen Zeitpunkt?

Die Höhe des Betrages ist ausgewogen. Es wird sicherlich notwendig sein, ein Anschlussprogramm vorzulegen.⁴⁶ Ich habe Vertrauen in den Bundesrat, dass er – wenn nötig – wieder rasch reagieren wird.

Die Hilfeleistungen für Osteuropa dürfen nicht von den Entwicklungshilfe-Krediten in Abzug gebracht werden. Die traditionellen Entwicklungsländer sind heute im Zusammenhang mit unseren Aktivitäten in Osteuropa von grosser Sorge erfüllt. Wir müssen Osteuropa helfen und gleichzeitig mit der Entwicklungshilfe weiterfahren wie bis anhin. Es lässt sich nichts dagegen einwenden, die Leistungen für Osteuropa bei der Entwicklungshilfe aufzurechnen und damit den Anteil am Bruttosozialprodukt zu erhöhen, wenn dies im Rahmen der OECD-Kriterien möglich ist.⁴⁷

Schönenberger:

Wesentlich ist, dass der Bundesrat gehandelt hat. Es ist nebensächlich, wer die Federführung innehat. Die Forderung nach Anschlussprogrammen stösst ins Leere: Der Bundesrat ist sich dieser Notwendigkeit bewusst. Es ist erstaunlich, dass in Osteuropa tatsächlich jeden Tag eine neue Situation herrscht. Dass Russland keine Nationalitäten- und wirtschaftlichen Probleme kenne, hat sich als Lüge herausgestellt. Ebenso hat Herr Gorbatschow zehn Tage vor der Einführung des Mehrparteiensystems öffentlich erklärt, dieses sei für Russland undenkbar. Zu meinem grossen Erstaunen sieht man im Westen diese Widersprüche nicht.

45 Für die Strategie der Schweizer Universitäten bezüglich eines Ausbildungsprogramms im Managementbereich für osteuropäische Staaten vgl. dodis.ch/56292.

46 Vgl. Anm. 32 und 41.

47 Die Schweiz sprach sich im Rahmen der Koordination der Entwicklungshilfe der OECD-Staaten gegen eine Aufnahme Polens und Ungarns in den Kreis der Entwicklungsländer aus, setzte sich aber dafür ein, dass die Osteuropahilfe speziell statistisch erfasst und ausgewiesen wurde. Die OECD-Staaten konnten sich 1990 auf eine Praxis einigen, vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1769.

Es freut mich, dass in der Botschaft nicht an erster Stelle das Geld steht, sondern die Frage, wie und wofür es eingesetzt werden soll. Wir müssen bedenken, dass die Menschen in den Oststaaten nicht in demokratischen Verhältnissen aufgewachsen sind. Sie müssen verstehen lernen, was eine Demokratie ist; sie müssen wieder lernen zu arbeiten.

Es besteht der Grundsatz, dass die Projekte sowohl auf schweizerischer als auch auf internationaler Ebene in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden sollen. Im Verhältnis zum Manko in den Oststaaten sind 250 Mio. Franken ein kleiner Betrag. Daher müssen die Gelder zusammengelegt und koordiniert werden.

Die Aufteilung der Gelder auf die verschiedenen Bereiche ist Angelegenheit des Bundesrates. Diese erste Phase soll als Pilotprojekt angeschaut werden; aus den Erfahrungen können wir lernen für weitere Phasen.

Präsident:

Ich bitte um laufende Orientierung über die Hilfeleistungen anderer Länder in den nächsten Sitzungen.⁴⁸ Leider ist nichts irreversibel, wie wir dies im Falle von Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg erlebt haben. Unsere Hilfe dient dazu, die Reversibilitätsgefahr klein zu halten. Wir erleben heute im Gegensatz zur Frustration während des Kalten Krieges eine Sternstunde.

Wie nimmt die schweizerische Gesellschaft Anteil am Geschehen? Die Hilfe im kulturellen und kulturpolitischen Bereich darf nicht als eine staatliche Indoktrinierung erscheinen. Daher müssen Parteien, der Nationalfonds, das Parlament usw. eingespannt werden.

Im Nationalrat steht eine Motion zur Diskussion: Die Parlamentsdienste sollen Kurse für die politische Ausbildung durchführen.⁴⁹

Es gibt in den Oststaaten viel Organisatorisches zu leisten. Es stellt sich die Frage, ob seitens der Katastrophenhilfe und der Armee Personal eingesetzt werden könnte.

M. Felber, Conseiller fédéral:

Les nombreuses sollicitations des pays intéressés, mais aussi celle du G-24, décidé à associer la Suisse à ses travaux, ont persuadé le Conseil fédéral de l'opportunité d'un geste politique qu'il a été le premier à accomplir et à chiffrer, ce qui nous a valu les remerciements de MM. Helmut Kohl et James Baker.

(À M. Masoni)

Chaque fois que nous engagerons un projet, nous ferons connaître le nom des organisations avec lesquelles nous collaborerons. Les nombreuses offres, d'ailleurs, proviennent de gens intéressés à un secteur particulier qui nous demandent de financer leur action.

(À M. Hefti)

La nomination d'un Haut commissaire ne relève pas de la problématique des pays de l'Est: en effet, il ne s'agit pas de pays entièrement détruits, mais qui tentent de transformer leurs conditions existantes. Le plan Marshall s'adressait à l'ensemble des pays européens à part la Suisse et la Suède. Tous les pays européens ou presque étaient au même point de départ, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui.

48 Die schweizerische Osthilfe und die Entwicklungen in Osteuropa wurden auch an den Sitzungen der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 6. und 7. September 1990 und vom 15. und 16. November 1990 behandelt, vgl. dodis.ch/56466 bzw. dodis.ch/56467.

49 Die Motion 89.075 Ausbildungsangebot der Parlamentsdienste der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 19. Februar 1990 wurde am 13. März 1990 vom Nationalrat als Postulat an den Bundesrat überwiesen, vgl. *Amtl. Bull. NR, 1990, II, S. 371-373*.

Après quarante-cinq ans d'obscurantisme, d'écrasement idéologique et économique, on découvre une Europe de l'Est, dont chaque élément se retrouve isolé, mais qui réagit comme elle le faisait avant 1939. On mesure tout à coup que les anciens nationalismes demeurent intacts. La peur, voire la haine que ces pays ont conservé de l'Allemagne de l'Est ne s'est pas apaisée: c'est en Pologne, en Hongrie, en Tchécoslovaquie que l'on mesure l'intensité du ressentiment, pays où l'on nous rappelle que la RDA fut la première à intervenir en 1956 ou en 1968. Je me suis fait le porte-parole de l'idée selon laquelle ces mêmes États devaient établir des relations économiques entre eux, en mettant leurs capacités propres à contribution. La Hongrie a proposé la formation d'un groupe avec la Tchécoslovaquie et la Pologne.

Les problèmes de nationalités rencontrés en URSS se répètent: on ignore, par exemple, si les Allemands du sud de la Pologne ne vont pas revendiquer leur rattachement à l'ensemble de l'Allemagne unifiée ou encore quelles seront les réactions de telle ou telle minorité allemande ou hongroise de Roumanie. On comprend dès lors, mieux le projet de M. Gorbatchev, que les États-Unis d'ailleurs appuient, de réunir un sommet spécial de la CSCE⁵⁰ afin d'essayer d'obtenir de tous les États participants que les frontières soient définitivement arrêtées, à l'exception de celles qui séparent les deux Allemagnes.

URSS. Nul ne saurait affirmer que les processus engagés en Union soviétique sont définitifs. Cela dit, au fil des mois, une transparence croissante et les structures se modifiant rendent un retour aux anciennes institutions peu probable. Le défi des nationalités est tellement grand que l'URSS n'a en réalité aucune unité – d'où l'intérêt que les Soviétiques portent au fédéralisme. M. Gorbatchev a laissé entendre que les transformations visaient essentiellement à préserver l'intégrité de la Russie d'Europe; il semblait indiquer que les territoires asiatiques représentaient un problème en soi.

Montant et durée du crédit-cadre. Deux amendements ont été présentés (puis retirés) lors de la séance de la commission du Conseil national. Il s'agissait d'ajouter 50 millions de francs (proposition Bircher) et de ramener les délais à 2 ans (proposition Loretan).⁵¹ À l'heure actuelle, le coût exact de l'aide envisagée n'est pas mesuré (ni mesurable) avec précision: 250 millions de francs représentent une estimation. Le Conseil fédéral préfère, le cas échéant, présenter un nouveau message pour demander un deuxième crédit fondé sur l'expérience alors acquise. Quant à la limitation à trois ans, la mise en œuvre des projets, ainsi que leur financement, justifient de tels délais.

Mise au point: à ceux qui m'ont fait le reproche de ne m'être pas précipité en Roumanie, par exemple, au moment des événements dont nous avons été les témoins, je répondrai d'abord qu'il n'y avait rien à faire, que je préfère envoyer, le moment venu, des spécialistes susceptibles d'accomplir un travail efficace et qu'enfin, tous ces pays se trouvent à la veille d'élections.⁵²

[...] ⁵³

50 Sur le sommet de Paris de la CSCE de novembre 1990, cf. DDS 1990, doc. 50, dodis.ch/54685.

51 Pour la séance de la Commission des affaires étrangères du 12 février 1990 et la discussion des deux propositions, cf. dodis.ch/56469.

52 Selon l'Ambassadeur de Suisse en Roumanie, Ernst Thurnheer, la visite d'une délégation parlementaire n'a pas de sens, cf. dodis.ch/55997.

53 Suite au vote du Conseiller fédéral Felber, le Secrétaire d'État Jacobi et les hauts fonctionnaires Arioli, Staehelin et Gyger ont pris la parole. Le projet d'arrêté fédéral a été adopté à l'unanimité par la Commission des affaires étrangères du Conseil des États. Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/56158. Par la suite, l'arrêté est également adopté à l'unanimité par l'Assemblée fédérale, cf. Bull. of CE, 1990, II, p. 66, et Bull. of CN, 1990, II, p. 371. Il entre en vigueur le 13 mars 1990, cf. FF, I, 1990, p. 1622.

dodis.ch/54922

Gespräche des Vorstehers des EFD, Bundesrat Stich, in Washington¹

ZUSAMMENFASSUNG DER GESPRÄCHE VON BUNDESRAT O. STICH MIT MICHEL CAMDESSUS (GESCHÄFTSFÜHRENDE R D I R E K T O R, I M F), BARBER CONABLE (PRÄSIDENT, WELTBANK), ALAN GREENSPAN (VORSITZENDER DES FED) UND NICHOLAS BRADY (SCHATZSEKRETÄR)

Washington, 26. März 1990

Vorbemerkung

Die Argumentation von BR Stich wird in den folgenden Gesprächsnotizen nicht wiedergegeben, da diese bekannt ist. Ausgehend von der hohen Quote, welche die Schweiz berechtigt sei zu erwarten, unterstrich BR Stich immer wieder die Überlegungen, welche die schweizerische Regierung veranlassen, auf einen Exekutivdirektorensitz zu bestehen.²

Gespräch mit Michel Camdessus (begleitet von Richard Erb, stv. geschäftsführender Direktor, und Massimo Russo, Direktor Europa)³

Herr Camdessus gibt zu verstehen, dass er sich der Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz voll bewusst sei und die Schweiz eine dieser Bedeutung entsprechende Quote zugesprochen erhalten sollte. Er habe grundsätzlich zwei Interessenspole zu berücksichtigen:

- einerseits sollte der Fonds über möglichst viel Kapital verfügen und somit alles unternehmen, damit die Schweiz eine hohe Quote zugesprochen erhält;
- andererseits müsse das bestehende Gleichgewicht im Rahmen der Quotenverteilung nicht gestört werden. Die IMF-Mitglieder werden den Fall Schweiz in dieser Hinsicht genauestens studieren.

Gegenwärtig ist es dem Fonds unmöglich, irgendwelche Prognosen über die Chancen der Erfüllung des Begehrens der schweizerischen Regierung nach einer zusätzlichen Stimmrechtsgruppe und einem eigenen Exekutivdirektor zu stellen. Es wäre auch kontraproduktiv, wenn

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1818* (C.41.103.2(12)). Diese Notiz wurde vom mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten betrauten Mitarbeiter der schweizerischen Botschaft in Washington, Minister Jean-Daniel Gerber, verfasst und ging an die Politische Abteilung I, den Finanz- und Wirtschaftsdienst sowie die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe des EDA, an den Direktor des Bundesamts für Aussenwirtschaft des EVD, Staatssekretär Franz Blankart, die Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge Mario Corti, David de Pury und Pierre-Louis Girard, an den Vizedirektor Daniel Kaeser, den Sektionschef Währung und Wirtschaft, Hans Ith, Fritz Zurbrügg von der Finanzverwaltung sowie an das Generalsekretariat des EFD.

2 Für die Vorbereitung der USA-Reise von Bundesrat Stich vgl. DDS 1990, Dok. 1, dodis.ch/54926 und Dok. 6, dodis.ch/55139; das BR-Prot. Nr. 2417 vom 20. Dezember 1989, dodis.ch/55676; das Protokoll vom 27. Februar 1990 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 15. Februar 1990, dodis.ch/56114, Teilprotokoll 2, Punkt 3 sowie die vorbereitende Notiz von Minister Gerber vom 23. März 1990, dodis.ch/55129.

3 Vgl. auch die Notiz von Sektionschef Ith vom 23. März 1990 über den Besuch des geschäftsführenden Direktors des IWF Michel Camdessus in Bern vom 13. März 1990, dodis.ch/56164.

er dazu aussagen würde, denn die Mitgliedländer würden dies als eine Einmischung in ihren Kompetenzbereich empfinden.

BR Stich weist auf den nicht kleinen Einfluss hin, den der Fonds bei der Berechnung der Ausgangsquote spielen kann, worauf Camdessus bekräftigt, dass die Analysen des Fonds die Wirtschaftskraft der Schweiz voll berücksichtigen werde. Ferner werde sich unser gutes Zeugnis in wirtschafts- und währungspolitischer Hinsicht positiv auswirken. Er findet auch, dass BR Stich gut beraten wäre, nicht nur mit den G-10 Ländern zu sprechen, sondern auch den Kontakt zu wichtigen Entwicklungsländern zu suchen,⁴ denn diese würden anlässlich der Beratungen im Exekutivrat eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Schliesslich meint Camdessus, je schneller der Bundesrat seinen offiziellen Mitgliedschaftsantrag stelle, desto besser. Mit Befriedigung nimmt er zur Kenntnis, dass dies bereits im Frühsommer der Fall sein könnte.⁵

Auf die Frage von BR Stich, wie weit die Arbeiten zur Eingliederung der Tschechoslowakei und Bulgarien unter die Fondsmitglieder fortgeschritten seien, antwortet Camdessus, dass die Bestrebungen dazu bestens liefen. Bereits sei eine Mission aus der Tschechoslowakei zurückgekehrt⁶ und Bulgarien werde demnächst von IMF-Spezialisten besucht werden. Er erwarte, dass die Tschechoslowakei und Bulgarien an den Jahrestagungen bereits als Vollmitglied aufgenommen werden könnten. Er rechnet ferner damit, dass Namibia ebenfalls bald, wenn auch später als die beiden andern Ländern, Mitglied des Fonds werden wird.

Gespräch mit B. Conable (Begleitet von Ernest Stern, Senior Vice President)

Herr Conable macht von anfang an klar, dass die Schweiz in der Weltbankgruppe sehr willkommen sei und ihre bisherige Abwesenheit einer Anomalie gleichkomme, insbesondere wenn man berücksichtige, wie eng die Schweiz auf praktisch allen Gebieten bereits eng mit seiner Institution (Weltbank, IDA, IFC, MIGA) zusammenarbeite.⁷ Für ihn sei es klar, dass die Schweiz einer «significant representation» bedarf: «The Worldbank welcomes Switzerland under almost any term». Die Strategie, die G-10 Länder zu besuchen, findet Conable grundsätzlich richtig. Conable weist auch auf die nicht existierende Homogenität der mittel- und osteuropäischen Staaten hin, was bei der Eingliederung in eine bestehende bzw. Schaffung einer neuen Stimmrechtsgruppe berücksichtigt werden müsse.

Auf entsprechende Fragen von Stern erklärt BR Stich den intern schweizerischen Prozedurablauf, inkl. mögliches Referendum. Er macht auch klar, dass die Schweiz nicht etwa eine eigene Stimmrechtsgruppe alleine für sich verlange, sondern wünsche, den Exekutivdirektor in einer neuen Gruppe stellen zu können.

Stern weist darauf hin, dass die Frage des Exekutivdirektors bei den Amerikanern Schwierigkeiten auslösen könnte, denn die USA würden eher für eine Verkleinerung als eine Erhöhung der europäischen Sitze am Tisch der Exekutivdirektoren plädieren. Herr Lusser bestätigt, dass die amerikanische Regierung eine entscheidene Rolle spielen werde, was Conable zur Bemerkung

4 Zu den Gesprächen mit Ländern der Zehnergruppe vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1732. Zu Kontakten mit Brasilien vgl. DDS 1990, Dok. 26, dodis.ch/56121; mit Indien dodis.ch/54921 und mit Ägypten dodis.ch/55883. Für einen Überblick über die exploratorischen Gespräche zur Frage des Beitritts der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen vgl. den Bericht des Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Markus Lusser, an Bundesrat Stich, dodis.ch/56942.

5 Der Bundesrat beschloss am 16. Mai 1990 dem IWF einen offiziellen Mitgliedschaftsantrag zu stellen, vgl. dodis.ch/55966. Vgl. dazu auch dodis.ch/54915.

6 Der IWF startete noch im Dezember 1990 eine Zahlungsbilanzhilfe an die Tschechoslowakei, an der sich die Schweiz mit 30 Mio. USD beteiligte, vgl. dazu dodis.ch/55852.

7 Zum Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Weltbankgruppe vgl. dodis.ch/55131 und dodis.ch/56538.



Arbeitsbesuch des Direktors des IWF, Michel Camdessus (Mitte) am 13. März 1990 in Bern: Empfang durch Bundesrat Otto Stich (rechts) sowie den Vizedirektor der Finanzverwaltung des EFD, Daniel Kaeser (links), dodis.ch/57286 (CH-SNM LM-179736.9).

kung veranlasst, er habe etwelche Mühe zu verstehen, welche Schwierigkeiten uns das Treasury bereiten könnte.

Gespräch mit A. Greenspan (begleitet von Staff Director Edwin Truman)

Herr Greenspan ist sich der wichtigen Rolle der Schweiz im Rahmen der G-10 und des internationalen Wirtschafts- und Währungssystems bewusst. Wie Conable empfindet er das bisherige Abseitsstehen der Schweiz als Anomalie, und er ist erfreut, dass die schweizerische Regierung diese zu korrigieren gedenke. Hingegen glaubt er zu wissen, dass unser Wunsch nach Erhöhung der Sitzzahl der Exekutivdirektoren der amerikanischen Regierung Schwierigkeiten bereite, und er fragt sich, ob nicht eine andere praktikablere Lösung ins Visier genommen werden sollte.

BR Stich weist nachdrücklich darauf hin, dass unser Begehren nach einem 23. Sitz vermutlich weit weniger Probleme schaffe als uns in eine bestehende Gruppe integrieren zu wollen.⁸ Die uns zustehende hohe Quote (über 2 Mia SZR) würde bestehende Gruppen kopflastig machen und deren jetzige Exekutivdirektoren möglicherweise verdrängen. Er unterstreicht die unabhängige Geld- und Währungspolitik der Schweiz und macht klar, dass unser Land diese Politik in einer eigenen Gruppe weit besser fortführen könne als in einer der bestehenden europäischen Gruppen. Dies sollte auch den amerikanischen Interessen dienen.

Greenspan sichert BR Stich zu, dass die Haltung der amerikanischen Regierung zu unserem Begehren nicht leichtfertig getroffen werden wird. Er werde sich persönlich mit Schatzsekretär Brady und seiner Kollegen im Rahmen der G-7 und G-10 unterhalten. Für die Schweiz spreche

⁸ Zur Frage der Erhöhung der bestehenden Anzahl von 22 Mitglieder im Exekutivdirektorium des IWF in Folge des Beitritts neuer Mitgliedsländer vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1732.

neben den von BR Stich genannten Argumenten ihr «unlimited goodwill», den sie zweifellos zu Recht genieße.

Gespräch mit David Mulford (Unterstaatssekretär), begleitet von den Herren Bestani und Mackour

(Staatssekretär Brady an Grippe erkrankt)

Bundesrat Stich erläutert umfassend das Anliegen der Schweiz und streicht die Argumente heraus, die aus US-Sicht für eine Mitgliedschaft der Schweiz mit Exekutivdirektor sprechen.

Mulford stellt zwei Fragen: Ist der Beitritt der Schweiz untrennbar mit der Forderung nach einem Exekutivdirektor verbunden? Welche Quote stellen wir uns vor?

Bundesrat Stich: Quote grösser als 2 Milliarden SZR. Der Exekutivdirektor ist für uns eine sine qua non-Bedingung, einmal aus innenpolitischen Gründen, aber auch weil wir sonst schlechter gestellt würden als die andern G-10-Länder.

Mulford begrüsst unser Vorhaben, betont die engen Beziehungen zur Schweiz und zeigt Verständnis für unseren Standpunkt: schliesslich wären wir ja ein grosses Land, wenn man die Alpen plattwalzen würde. Er stellt Übereinstimmung in wirtschaftspolitischer Hinsicht fest und schätzt unser Bemühen um Vermittlung in schwierigen internationalen Fragen wie letzthin bei der EBR. Die Schweiz wäre eine Stärkung des IMF. Allerdings wirft unser Verlangen äusserst komplexe Fragen auf. Erinnert sei an die zähflüssige Quotenverhandlung, die durch unser Begehren noch beeinflusst werden könnte. Ein empfindlicher Punkt für die USA ist die Zahl der europäischen Sitze im Board. Die USA würde eine Lösung unseres Problems ohne zusätzlichen europäischen Sitz vorziehen. Angesichts des entstehenden Binnenmarktes in der EG sollte das eine oder andere EG-Land seinen Sitz aufgeben. Der Abtausch eines EG-Sitzes im Board gegen einen europäischen Nicht-EG-Sitz wäre für die USA interessant. Leider gibt niemand freiwillig etwas auf. Im übrigen ist für die Frage eines Schweizer Beitritts nicht der Treasury allein zuständig; vielmehr ist es auch eine aussenpolitische Frage, die wir entsprechend in der Administration diskutieren werden. *Mulford* schlägt vor, wir sollten Staatssekretär Brady an der Frühlingstagung des IMF im Mai unsere Aufwartung machen.⁹ Die USA wird bis dahin ihre Position konsolidieren. Wie ernst ist es übrigens mit der Bereitschaft der Schweiz, eine Ländergruppe mit den Osteuropäern zu bilden?

Bundesrat Stich bekräftigt, dass wir diese Frage intensiv prüfen, jedoch noch keine Kontakte aufgenommen haben. Wir sehen in einem zusätzlichen Sitz zusammen mit Neumitgliedern die beste Möglichkeit, unser Ziel zu erreichen, ohne das Gleichgewicht im IMF zu stören. Wir wollen keine EG-Ländergruppe sprengen, schon nur deshalb nicht, weil wir dann gezwungen wären, EG-Positionen zu vertreten. Dies liefe unserem, aber auch den Interessen der USA zuwider.

Präsident Lusser unterstreicht, dass wir eine EG-unabhängige Gruppe bilden möchten. Wir wollen für die ganze Welt offen bleiben, ob es gelingt, ist praktisch eine Frage der uns offerierten Quote.¹⁰

Mulford erkundigt sich nach unseren Vorstellungen bezüglich Quote und der japanischen Reaktion auf unser Begehren.¹¹ Die Festlegung unserer Quote müsste mit der generellen Quotenerhöhung im IMF verknüpft werden.

Bundesrat Stich und *Präsident Lusser* situieren unsere Quotenvorstellungen im Bereich der Belgier (2,31 Prozent) und Holländer (2,51 Prozent). Unser Beitritt hätte quantitativ einen mi-

9 Vgl. den *Wochentelex* 20/90 vom 14. Mai 1990, dodis.ch/55119, Punkt 2.

10 Für das Interesse der SNB und deren Argumente für einen IWF-Beitritt vgl. das *Aide-mémoire* vom 30. August 1990, dodis.ch/56960.

11 Für die Finanzbeziehungen zu Japan vgl. DDS 1990, Dok. 27, dodis.ch/54862.

nimen Einfluss auf die relative Höhe der Quoten der Mitgliedländer und wäre deshalb für die generelle Quotenerhöhungsdiskussion kaum relevant.

Mulford verspricht eine solide Prüfung unseres Anliegens. Die Bedenken der USA wegen der Vergrößerung des Board bleiben zwar bestehen, aber «you have some appeal to us and strong arguments for your case».

Präsident Lusser betont, dass wir zu einem starken Gläubiger des Fonds würden; einige Länder würden auf den Schweizerfranken ziehen, und wir wären deshalb zur Führung unserer Geldpolitik auf frühzeitige und umfassende Informationen aus dem Board angewiesen, was unseren Wunsch nach einem Exekutivdirektor untermauert.

Bestani: Wurde im Zusammenhang mit unserem eventuellen Beitritt nicht bereits die Frage eines alternierenden Sitzes diskutiert?

Bundesrat Stich verneint. Wir beabsichtigen nicht, in eine EG-Ländergruppe einzutreten. Die Gruppe würde zu gross und mit alternierendem Direktor wäre unsere Position im G-10 nicht adäquat wiedergegeben. Wir wären dankbar, wenn wir Staatssekretär Brady im Mai sehen könnten,¹² wir möchten eine gewisse Garantie erhalten, dass unser Anliegen nicht ins Leere stösst.

12 Vgl. Anm. 9.

14

dodis.ch/56128

Gespräche mit dem nepalesischen Finanzminister Pradhan am 28. März 1990¹

RÉSUMÉ DER GESPRÄCHE

Bern, 4. April 1990

Der nepalesische Finanzminister B. B. Pradhan (P), begleitet vom Untersekretär des nepalesischen Finanzministeriums, B. M. Shakya, und dem Geschäftsträger der nepalesischen UN-Mission in Genf, G. B. Shah, wurde (in dieser Reihenfolge) von R. Wilhelm (WM), stv. Direktor DEH, F. R. Staehelin (SFR), Direktor DEH, und Botsch. M. Krafft (KT), Dir. Direktion für Völkerrecht, empfangen.

Gespräche mit SFR [F. R. Staehelin] / WM [R. Wilhelm]

Die gegenwärtige, von den internationalen Medien einseitig dargestellte Situation in Nepal könne, so P[radhan], nicht ohne Berücksichtigung externer Faktoren verstanden werden. Indien

1 CH-BAR#E2025A#2000/138#1906* (t.311-Nepal). Diese Notiz wurde gemeinsam von Christian Hauswirth von der Politischen Abteilung II und von Peter Spycher von der Sektion Asien II der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) des EDA verfasst. Die hier edierte überarbeitete Fassung verschickte Spycher am 5. April 1990 per Fax an Hauswirth. Der beiliegende Übertragungsschein enthält die Anweisung, das Dokument samt diversen Instruktionen per Telex an den schweizerischen Botschafter in Dhaka, Jean-Pierre Zehnder, zu übermitteln, da dieser auf seiner Rückreise nach Delhi am 9. April 1990 in Kathmandu einen Zwischenstopp einlegen werde, vgl. das Faksimile dodis.ch/56128.

habe sich in letzter Zeit politisch und wirtschaftlich wenig freundschaftlich gesinnt gezeigt. Dies zeige u. a. die bereits ein Jahr dauernde Nichterneuerung der Handels- und Transitabkommen sowie versuchte Einflussnahmen auf Nepals Beziehungen zu China. Leader der indischen Kongresspartei hätten am neulichen Meeting der (verbotenen) nepalesischen Kongresspartei teilgenommen. Man müsse sich daher ernstens fragen, inwiefern die im Zusammenhang mit dem «democracy day» (18. Febr.) von Linken angezettelten Agitationen effektiv «homegrown» seien.

Der Ruf nach mehr Demokratie, nach einem Mehrparteiensystem werde der Tatsache nicht gerecht, dass die nepalesische Gesellschaft noch sehr vertikal gegliedert sei (ethnisch, kastenmässig). «It's not a question of haves and havenots». Es gehe darum, diese Gesellschaft zunächst zu modernisieren, danach in einem höheren Mass zu demokratisieren. Die Grundprinzipien der Demokratie seien mit der Volkswahl der Panchayats gegeben. Beim Referendum 1980 sei das Panchayat-System (gegenüber einem Mehrparteiensystem) klar bevorzugt worden. Die Einführung von Parteien zum jetzigen Zeitpunkt könnte die nationale Einheit und Identität gefährden.²

SFR [F. R. Staehelin] und WM [R. Wilhelm] betonen, dass das Recht der Basisbevölkerung auf wirtschaftliche, politische und soziale Entfaltung, auf einen minimalen Gesinnungsfreiraum eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, dass das mit der Entwicklungszusammenarbeit unterstützte Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe überhaupt zum Tragen kommen kann. In diesem Zusammenhang betonen SFR [F. R. Staehelin] und WM [R. Wilhelm] auch ihre grosse Besorgnis über die Menschenrechtsverletzungen in Nepal.³ Gerade weil über die Entwicklungszusammenarbeit eine besonders langjährige und intensive Freundschaftsbeziehung zwischen den beiden Ländern bestehe, sei diese Zusammenarbeit bei uns auch in einem besonderen Mass exponiert, und die Zunahme der Repression könnte sie durchaus gefährden. Wie kann sich die Schweiz dafür verwenden, den Dialog zu fördern in Nepal?⁴

P[radhan] gibt zu bedenken, dass die Menschenrechtssituation in Nepal grundsätzlich nicht mit derjenigen in der Schweiz verglichen werden könne. Die Regierung versuche, die Unruhen so gewaltlos wie möglich einzudämmen. Der Dialog sei ihr wichtig, sei von der Opposition aber abgelehnt worden. Der König⁵ habe klargemacht, dass das gegenwärtige System nicht rigide, sondern flexibel sei, dies aber innerhalb des verfassungsmässig gegebenen Rahmens.

Die Regierung lege grosses Gewicht auf die Dezentralisierung und das Basic Needs Program, das nur mit einer aktiven Partizipation seitens der Basis zum nachhaltigen Erfolg geführt werden können.

Seitens der DEH-Vertreter wird dargelegt (und mit Beispielen untermauert), dass die Regierungsproklamationen zugunsten der Dezentralisierung und der Basispartizipation in der Praxis oft unterwandert, ja blockiert würden, was zusammen mit zunehmenden administrativen Hürden die Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit beeinträchtige. SFR [F. R. Staehelin] hebt die spezielle Brisanz der unakzeptablen Tatsache hervor, dass Projektfahrzeuge entgegen vertraglichen Vereinbarungen beschlagnahmt und im Kontext der Unruhen zweckentfremdet eingesetzt würden. P[radhan] verspricht, bis Ende der folgenden Woche für Rückerstattung dieser Fahrzeuge zu sorgen.⁶

2 Zur politischen Lage in Nepal vgl. den Politischen Bericht Nr. 10 von Botschafter Zehnder vom 15. Mai 1990, dodis.ch/55635.

3 Für weitere schweizerische Demarchen vgl. dodis.ch/56746 und dodis.ch/56129.

4 Zum Stand der technischen Zusammenarbeit mit Nepal vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1885.

5 Birendra Bir Bikram Shah Dev.

6 Vgl. dazu dodis.ch/56744 und dodis.ch/56745.

Gespräch mit KT [M. Krafft]

P[radhan] wiederholt im Wesentlichen die bereits gegenüber den Vertretern der DEH gemachten Ausführungen zur Lage in Nepal und den Gründen, die zu den Unruhen führten. Er weist auf die Rolle des Königs zur Bewahrung der Integrität des Landes hin. Er räumt ein, dass in Nepal die Menschenrechte und deren Beachtung nicht soweit gediehen seien wie in den westlichen Staaten. Eine grosse Anzahl der nach den Februar-Unruhen Verhafteten befänden sich wieder auf freiem Fuss, bei anderen ist das Ermittlungsverfahren noch im Gange, je nach dessen Ausgang werden sie freigelassen oder vor ein ordentliches Gericht gestellt. Schliesslich unterstreicht P[radhan], dass ein Zusammenhang zwischen erfolgreicher Entwicklungsarbeit und Beachtung der Menschenrechte bestehe. Es ist daher die Politik seiner Regierung, die Respektierung der Menschenrechte zu verbessern und zwar in erster Linie nicht deshalb, weil es die Geberländer wünschten, sondern weil dies der Überzeugung der politisch Verantwortlichen seines Landes entspricht.

15

dodis.ch/55848

Proposition du DFAE au Conseil fédéral¹

NOUVEAU RÈGLEMENT PROTOCOLAIRE DE LA CONFÉDÉRATION

Pas destiné à la presse

Berne, 6 avril 1990

I

Les relations internationales sont marquées depuis plusieurs années par un foisonnement de visites.² Cela tient au progrès des transports et des communications, mais davantage à l'interdépendance croissante des États, qui les a conduits, sur le plan bilatéral ou multilatéral, à nouer un dialogue permanent dans les domaines politique, économique, social et culturel.

Cette évolution a naturellement *accélééré la diplomatie de visites*, qui voit les chefs d'État ou de Gouvernement ou leurs Ministres discuter eux-mêmes les divers problèmes auxquels leur pays doit faire face et les solutions à apporter. La facilité et la fréquence des déplacements à l'étranger des responsables politiques imposent dès lors une *gestion à la fois flexible et rigoureuse des questions protocolaires*. Le DFAE se trouve aujourd'hui placé devant des exigences croissantes:

- 1) il doit *concevoir suffisamment tôt, proposer, coordonner et organiser les visites de chefs d'État, de Gouvernement ou de Ministres que le Conseil fédéral décide de recevoir en Suisse;*³

1 CH-BAR#E1004.1#1000/9#997* (4.10prov.). *Le Chef du protocole Daniel Dayer est responsable de la préparation du nouveau règlement protocolaire. En plus de Dayer, le Directeur de la Direction du droit international, Blaise Godet, est également en charge de ces travaux. La proposition signée par le Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, est acceptée lors de la réunion du Conseil fédéral du 2 mai 1990, cf. le PVCF N° 837 du 2 mai 1990, dodis.ch/55848. Le nouveau et l'ancien règlement protocolaire sont annexés au PVCF.*

2 Cf. la compilation thématique *Diplomatie des visites officielles*, dodis.ch/T1408.

3 Cf. aussi la notice du Chef du protocole sortant, Dayer, au nouveau Chef du protocole, Gaudenz von Salis, du 16 juillet 1990, dodis.ch/55846.

- 2) il doit parallèlement *garder une vue d'ensemble* des voyages que les conseillers fédéraux sont appelés à entreprendre de plus en plus souvent à l'étranger, afin de *coordonner* et *d'échelonner* ces déplacements;⁴
- 3) il doit mettre sur pied des rencontres entre hôtes étrangers, à l'occasion notamment de *sommets*;
- 4) il doit enfin, à la requête des hôtes étrangers qui sont de passage chez nous, mettre sur pied des visites et des contacts, à l'occasion par exemple de *conférences* ou de manifestations telles que le *Forum économique mondial de Davos*.⁵

Dans ce contexte, à la fois administrateur du Corps diplomatique et consulaire (agrément, exequatur, lettres de créance, sécurité, etc.) et fournisseur de prestations politiques et diplomatiques (visites officielles, cérémonial), le *Service du Protocole du DFAE* est à la disposition de l'Administration fédérale. Ses activités ne cessent toutefois de s'étendre, dans la mesure où il est amené à entretenir également des relations toujours plus étroites avec les *cantons*, les *communes*, les *entreprises* et les *particuliers*.

II

Pour répondre à ces exigences et *remplir ses obligations internationales*, il est urgent que le Conseil fédéral approuve un *nouveau Règlement protocolaire*. Le Règlement actuel date du 31 janvier 1958⁶ et ne répond plus du tout aux besoins de la diplomatie moderne, aussi bien du point de vue *structurel* qu'*opérationnel*.

Le DFAE a élaboré un *nouveau Règlement*⁷ dont le texte ci-joint fait l'objet de la présente proposition. Conçu pour être à la fois flexible et précis, cet instrument permet *d'alléger le Conseil fédéral* dans le domaine des visites, en laissant au DFAE le soin de caractériser les événements du point de vue diplomatique et protocolaire en collaboration avec les instances concernées (Première et troisième partie et deuxième partie chapitre XI). Le nouveau Règlement vise par ailleurs à régler *les relations du Corps diplomatique* accrédité en Suisse avec nos autorités, compte tenu des *usages internationaux* en vigueur (deuxième partie chapitres I à X et XII à XVIII).

III

Non seulement désuet et inutilisable pour notre diplomatie, le *Règlement protocolaire de 1958* l'est aussi en tant que *reflet de nos institutions*, spécialement en matière de codification des *préséances* des autorités gouvernementales, parlementaires, judiciaires, fédérales, cantonales, communales, civiles, militaires et religieuses.

Suite aux consultations effectuées par le DFAE auprès de la Chancellerie fédérale, du Protocole militaire et de l'Assemblée fédérale, seul le *rang du Chancelier de la Confédération* n'a pas rencontré l'*unanimité*.

Le Secrétariat de l'Assemblée fédérale⁸ maintient la position, selon laquelle *les Présidents du Conseil national et du Conseil des États ont la préséance sur le Chancelier de la Confédération conformément au Règlement protocolaire de 1958*. Ses arguments se fondent sur la Constitution fédérale, laquelle au chapitre II (Autorités fédérales) mentionne l'Assemblée fédérale (art. 71) puis le Conseil fédéral (art. 95) ensuite la Chancellerie fédérale (art. 105) et enfin le Tribunal

4 Une telle liste – comprenant aussi les déplacements des membres du Conseil fédéral à l'étranger – est établie pour les années 1990 et 1991, cf. dodis.ch/56685.

5 Pour les contacts à l'occasion du WEF à Davos, cf. DDS 1990, doc. 4, dodis.ch/56233 et dodis.ch/54583.

6 Cf. l'annexe 3 du facsimilé dodis.ch/55848.

7 Cf. l'annexe 2 du facsimilé dodis.ch/55848.

8 Cf. la lettre du 26 février 1990 du Secrétaire général de l'Assemblée fédérale, l'ancien Vice-Chancelier fédéral Jean-Marc Sauvant, à Dayer, dodis.ch/56725.

fédéral (art. 106). Cet ordre, à leurs yeux, n'est pas arbitraire puisque l'Assemblée fédérale est «l'autorité suprême de la Confédération» (art. 71).⁹ De plus, le Président du Conseil national est le Président de l'Assemblée fédérale. Il reçoit le serment des Conseillers fédéraux. Dans l'opinion publique il est en quelque sorte le premier citoyen du pays. En cela, notre système démocratique ne diverge nullement des États républicains comme la France, l'Italie, les pays nordiques, les États-Unis, et bien d'autres, qui placent le ou les Présidents de leur Législatif aux premiers rangs après le Chef de l'État. Bon nombre d'entre eux, même *avant* les membres de gouvernement.

La *Chancellerie fédérale* défend, de son côté, la position contraire (voir à ce sujet échange de notes annexées).¹⁰

Nous partageons pour notre part les vues du Secrétariat de l'Assemblée fédérale. Nous pensons même que, protocolairement, l'*ordre judiciaire* suit immédiatement l'ordre législatif. Le Président du Tribunal fédéral et le Président du Tribunal fédéral des assurances, tous deux également élus par l'Assemblée fédérale, ont dès lors la préséance sur le Chancelier de la Confédération. Telle est d'ailleurs la solution retenue dans l'actuelle «*Liste de préséance des autorités et fonctionnaires suisses*», que nous ne voyons pas de raison de modifier sur ce point.

Tous les Protocoles des États disposent d'un ou de plusieurs décrets ou règlements dans ce domaine, sachant bien que ce sont là des instruments d'influence, de gestion et de consolidation indispensable de leur Administration.

Dans un monde où les opinions publiques dialoguent en permanence par le biais des *médias*, nous avons l'urgent besoin de disposer d'un tel instrument. Un Protocole suisse, à la fois moderne et fidèle à notre simplicité républicaine, affirmerait de surcroît *l'ouverture et l'identité de la Confédération*, en même temps que la *crédibilité de ses autorités*.

IV

Le nouveau Règlement est destiné, d'une part, aux Corps diplomatique et consulaire étrangers en Suisse, envers lesquels nous avons de multiples obligations fondées sur les Conventions de Vienne sur les relations diplomatiques et consulaires de 1961 et 1963.¹¹ Il est destiné d'autre part et *surtout au DFAE*, pour faire face à ses tâches de politique étrangère et renforcer la diplomatie professionnelle suisse face aux exigences de notre temps, spécialement dans le domaine des visites officielles.¹²

Vu ce qui précède, nous avons l'honneur de proposer au Conseil fédéral d'approuver le nouveau *Règlement protocolaire de la Confédération*.

9 *Constitution fédérale de la Confédération suisse du 29 mai 1874*, RO, 1876, pp. 1–36 et RS, 1947, pp. 1–88.

10 *Pour la notice du Vice-Chancelier François Couchepin au Conseiller fédéral Felber du 2 avril 1990, cf. l'annexe 4 du facsimilé dodis.ch/55848.*

11 *Cf. la compilation thématique Convention de Vienne sur les relations diplomatiques (1961–1964), dodis.ch/T961.*

12 *Le nouveau règlement protocolaire est envoyé aux bureaux concernés le 16 juillet 1990.*

dodis.ch/54605

Gespräche des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, mit dem dänischen Ministerpräsidenten Schlüter und Aussenminister Ellemann-Jensen in Kopenhagen¹

INFORMATIONSNOTIZ ÜBER MEINE REISE NACH DÄNEMARK 29./30.3.1990

Nicht an die Presse

Bern, 9. April 1990

Am 29./30. März 1990 weilte ich auf Einladung meines dänischen Kollegen, Uffe Ellemann-Jensen (E.), zu politischen Gesprächen in Dänemark, in denen ich mit ihm sowie mit Ministerpräsident Poul Schlüter (S.) Fragen der europäischen Integration und der Entwicklung in Osteuropa inkl. der Aspekte der Sicherheitspolitik erörterte.² Ich wurde auch von Königin Margrethe II. in Audienz empfangen und habe ein Gespräch mit einer Delegation der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks geführt. Nachstehend möchte ich die zwei offiziellen Gespräche wie folgt zusammenfassen.

Gespräch Schlüter

Nach meiner ausführlichen Darlegung der schweizerischen Position mit Bezug auf die Beziehungen EG–EFTA und unserer institutionellen Besonderheiten³ versicherte *S[chlüter]*, dass Dänemark im positiven Sinn zum Erfolg der Annäherung zwischen EG und EFTA beitragen werde. Realismus sei jedoch angezeigt. Während die technischen Fragen bei gutem Willen leicht zu lösen seien, werfe der Beschlussfassungsprozess⁴ gewisse Probleme auf. Die Erwartungen der EFTA-Staaten werden schwer zu erfüllen sein, was an der Verschiedenartigkeit der Partner – einerseits die EG mit obligatorischen Beschlüssen, qualifizierten Mehrheiten und andererseits die EFTA (Länder) – liege. *S[chlüter]* drückte die Erwartung aus, dass bald einmal Österreich und später auch Norwegen der EG angehören werden.

Ich wies darauf hin, dass das Beschlussfassungsverfahren nur ein, allerdings wichtiges Element bei der Aushandlung des EWR sei, und unterstrich, dass wir kein Mitspracherecht bei EG-internen Entscheidungen beanspruchen. Was wir forderten, sei ein Mechanismus, der es uns erlaube, unsere Haltung darzulegen bei Entscheiden, die uns betreffen, oder die Möglichkeit, eine automatische Ausdehnung uns nicht betreffender Entscheide auf die Schweiz auszusetzen. Alles andere bedeutete Satellisierung. Ich gab der Erwartung Ausdruck, dass konkrete Konfliktfälle

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#3659* (B.15.21(4)). Diese Informationsnotiz wurde von Bundesrat René Felber unterzeichnet und am 9. April 1990 an die Mitglieder des Bundesrats verteilt. Aufgrund der Korrespondenz im Dossier lässt sich mit grosser Wahrscheinlichkeit vermuten, dass es sich beim Verfasser um Botschafter Jenö Staehelin, Chef der Politischen Abteilung I des EDA, handelt. Dieser hatte an beiden Besprechungen teilgenommen.

2 Für weitere Informationen zu diesen Gesprächen vgl. auch den Wochentelex 14/90 vom 2. April 1990, dodis.ch/55113, Punkt 1 sowie 1 (rapides). Zu den bilateralen Beziehungen mit Dänemark vgl. dodis.ch/54609 und dodis.ch/54606.

3 Zur schweizerischen Haltung gegenüber den Verhandlungen EG–EFTA vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934. Zu den institutionellen Fragen im Hinblick auf den EWR-Vertrag vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1886.

4 Zum Beschlussfassungsprozess («decision shaping») vgl. das BR-Prot. Nr. 278 vom 14. Februar 1990, dodis.ch/55203, bes. S. 4f.

nicht häufig sein werden, weil die Schweiz ja mit dem EWR auch den «acquis communautaire» übernehmen werde. Das Problem des Ausschlusses vom Mitentscheidungsrecht liege mehr im politisch-psychologischen Bereich.

Trotz meinen Ausführungen sieht S[chlüter] sehr grosse praktische Probleme bei der Beschlussfassung. Man suche die Quadratur des Kreises. Die EFTA-Länder könnten versucht sein, aus protektionistischen Gründen unterschiedliche Standards (z. B. im Bereich des Umweltschutzes)⁵ anzusetzen zu wollen. Vor allem Frankreich habe bereits derartige Bedenken geäussert.

Ich entgegnete, die Schweiz sehe dieses Risiko nicht. Wir setzen uns mit einer Ausnahme (Landwirtschaft) für die Liberalisierung des Handels ein. Deshalb die Bedeutung, die wir der Uruguayrunde beimessen.⁶ Im übrigen stehen im Umweltbereich alle Länder vor den gleichen, grenzüberschreitenden Problemen.⁷ Schon heute verlangen wir generell, dass alle Gesetzesvorlagen auf ihre Übereinstimmung mit dem Recht der EG geprüft werden. Dies zeige, dass wir auf Konvergenz und nicht auf Divergenz aus seien. Übergangsbestimmungen werden aber notwendig sein, ohne dass wir davon ausgingen, dass deren Dauer in allen Fällen jener entspricht, die Spanien und Portugal bei ihrem Beitritt eingeräumt wurden.

Aussenminister Ellemann-Jensen (E.), der dem Gespräch ebenfalls beiwohnte, unterstrich, dass seit der Rede Delors im Januar 1989⁸ eine neue Situation entstanden sei, die nicht vorausgesehen werden konnte. Die Prioritäten der EG-Staaten hätten sich geändert. Im Vordergrund stehe heute wegen Deutschland eine innere Stärkung der EG, was Auswirkungen auf den EWR habe. Bei der Formulierung des Verhandlungsmandates für die Kommission zeichne sich eine Verzögerung ab, angesichts der Kritik, der sich die Kommission vor dem Europäischen Parlament ausgesetzt sah, und weil mit Einwendungen gewisser Mitgliedstaaten zu rechnen sei. Das gelte aber nicht für Dänemark. Es sei angesichts seiner engen Verbindung mit der EFTA an einem raschen Abschluss der Verhandlungen interessiert.

Gespräch Ellemann-Jensen

Anknüpfend an den Gedankenaustausch mit Premierminister Schlüter, erörterten wir den Stand der europäischen Integration und der europäischen Sicherheitspolitik im Lichte der neuesten Entwicklungen in Osteuropa.

Ich unterstrich unser Interesse am direkten Dialog mit den einzelnen Mitgliedstaaten der EG, vor allem den kleinen und mittleren, als Ergänzung zu den Kontakten mit der EG-Kommission, und betonte die Bedeutung des EWR als Instrument der europäischen Integration und den Willen der Schweiz, sich an diesem Prozess zu engagieren. Ich erwähnte den Umweltschutz und die Bildung und Forschung als wichtigste Bereiche der angestrebten Zusammenarbeit in Europa, und wies auch auf die Gründe hin, weshalb die Schweiz beim freien Personenverkehr sich eine Ausnahme vorbehalten müsse.⁹ Schliesslich betonte ich nochmals, dass die Schweiz bei den anstehenden Verhandlungen zum «decision shaping» keine Lösungen annehmen werde, die einer Satellisierung gleichkommen. Ferner unterstrich ich, dass die Entwicklung in Osteuropa einen

5 Zur Umweltschutzfrage im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934, bes. Anm. 28.

6 Zur Uruguayrunde des GATT vgl. DDS 1990, Dok. 20, dodis.ch/54816.

7 Zu den Herausforderungen im Bereich des internationalen Umweltschutzes vgl. DDS 1990, Dok. 46, dodis.ch/56282.

8 Zur Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, vgl. dodis.ch/56512 und dodis.ch/56513.

9 Zu den Perspektiven der schweizerischen Aussenpolitik im Hinblick auf den Personenverkehr in einem EWR vgl. das BR-Prot. Nr. 567 vom 12. März 1990, dodis.ch/55645.

wichtigen Beweggrund zur baldigen Realisierung des EWR bilde, da dadurch die Herausforderung der wirtschaftlichen Förderung in Osteuropa besser bewältigt werden könne.¹⁰

E[*llemann-Jensen*] umschrieb das fundamental veränderte Umfeld, in welchem die europäische Zusammenarbeit in eine entscheidene Phase trete, und in welchem europäische Zusammenarbeit im traditionellen Sinne und europäische Sicherheitspolitik direkt zueinander in Beziehung stünden (deutsche Vereinigung, Aspiration in Osteuropa, EG/EFTA, Kontaktsuche der Mittelmeerländer zur EG). Obwohl E[*llemann-Jensen*] die deutsche Vereinigung grundsätzlich begrüßte, verschwie er nicht ein gewisses Unbehagen Dänemarks darüber, dass mit einem vereinigten Deutschland bald ein «Elefant im Nest» sein werde. Er betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit, dieses Deutschland in den europäischen Rahmen einzubetten. Die in Osteuropa notwendige massive wirtschaftliche Unterstützung werde viel Energie absorbieren, weshalb zu befürchten sei, dass der EWR-Prozess etwas verzögert werden könnte.

E[*llemann-Jensen*] betonte bezüglich des EG/EFTA-Verhältnisses, dass Dänemark schon lange vor der Delors-Initiative auf engere Beziehungen der Gemeinschaft mit der EFTA hingewirkt habe. Die EFTA sei für Dänemark der wichtigste Handelspartner. E[*llemann-Jensen*] äusserte aber gewisse Bedenken, dass die hohen Erwartungen, die vor allem die nordischen EFTA-Staaten an den EWR hegen, zu Enttäuschungen führen könnten. Dänemark werde am EG-Gipfel in Dublin dafür eintreten, dass neben der deutschen Einheit und Osteuropa die Verhandlungen mit der EFTA nicht vergessen werden.

In den sicherheitspolitischen Aspekten der deutschen Vereinigung stellte ich mit E[*llemann-Jensen*] grundsätzlich Übereinstimmung fest.¹¹ E[*llemann-Jensen*] glaubt, dass angesichts des auseinanderfallenden Warschauerpaktes ein neuer Rahmen für die Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen in Europa gefunden werden müsse. Die NATO müsse intakt bleiben.

Das Verhalten der UdSSR in den baltischen Republiken verurteilte E[*llemann-Jensen*] getreu seinen bisherigen Verlautbarungen als gefährlich und abwegig. Die Frage der Anerkennung Litauens stelle sich eigentlich für ihn nicht, da Dänemark bereits 1921 diese Republik als souveränen Staat anerkannt habe. Er gestehe jedoch ein, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in der gegenwärtigen Lage nur Probleme schaffen würde.¹² Unter Hinweis auf die nationalistischen Tendenzen in Osteuropa unterstrich ich, dass die Suche nach einem Mechanismus zur friedlichen Beilegung von Konflikten im Sinne des schweizerischen Vorschlages¹³ noch grössere Bedeutung erhalte. E[*llemann-Jensen*] orientierte noch über das neue dänische Modell zur Investitionsförderung in Osteuropa, in dem Mittel aus einem öffentlichen Fonds bereitgestellt werden können, wenn eine dänische Firma mit einem osteuropäischen Partner in ein Joint Venture eintrete. Ebenso werde eine Garantie für politische Risiken angeboten.

10 Zur Hilfe der Schweiz an die Länder Osteuropas vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158.

11 Zur deutschen Wiedervereinigung vgl. DDS 1990, Dok. 35, dodis.ch/55552 und Dok. 39, dodis.ch/56096.

12 Zur schweizerischen Haltung gegenüber Litauen vgl. DDS 1990, Dok. 61, dodis.ch/54526.

13 Zum neuerlichen Interesse am schweizerischen Vorschlag für ein System der friedlichen Streitbeilegung im Rahmen der KSZE vgl. DDS 1990, Dok. 34, dodis.ch/56205.

dodis.ch/56083

Interdepartementale Sitzung vom 12. April 1990¹

KOORDINATIONSSITZUNG ENTWICKLUNGSDIENST BAWI-DEH,
KURZPROTOKOLL

Bern, 24. April 1990

1. *Budget*: BAWI fehlen ca. Fr. 20 Mio. für 1990, da viele Auszahlungen von Mischkrediten anfallen. Sie werden aufs nächste Jahr übertragen und somit wird es keine Transfermöglichkeiten geben. Für 1991 sind noch keine Kürzungen beim BAWI vorgesehen. Für EDA sind 2% Kürzungen vorgesehen.

2. *FAD/BAD*: DEH würde gerne die Beteiligung von 4% für eine nächste Aufstockung des FAD begrenzen. JAG [*W. Jaggi*] weist darauf hin, dass es politisch schwierig sein könnte, Höchstgrenze vor Verhandlungsbeginn zu fixieren. BAWI sei jedoch mit Grundsatz einer Reduktion schweizerischer Beteiligung einverstanden. Es sollen zudem auch die diplomatischen Anstrengungen anderer Länder (Schweden, Kanada) unterstützt werden, um Änderungen im Management erreichen zu können.²

3. *Kofinanzierungen*: Für IDA-9 sind Fr. 380 Mio. verpflichtet,³ wovon 260 Mio. auf DEH und 120 Mio. auf BAWI entfallen. Von der DEH sind 80 Mio. vorgesehen für quick disbursing Aktivitäten in Mozambique,⁴ Tanzania,⁵ Benin,⁶ Mali⁷ (Landwirtschaftssektor) und Tschad⁸ (neu). Gemäss IBRD können Beiträge an «blend» Projekte (IBRD/IDA) auch für IDA-9 gezählt werden; ebenso Kredite welche bereits in Vorbereitung sind (ca. 30 Mio. von DEH). Parallele Finanzierungen können höchstens in Betracht gezogen werden, wenn sie «on request by the World Bank» stattfinden, damit sie ebenfalls für IDA-9 angerechnet werden können. Die DEH kann angesichts der begrenzten finanziellen Mittel an bestimmten Aktionen des SPA II nur innerhalb der IDA Verpflichtungen mitmachen. BAWI: Stabex-Aktionen und eventuell auch Entschuldungsaaktionen können für SPA II gezählt werden.

1 CH-BAR#E2025A#2000/138#564* (t.300-08(2)). *Das Protokoll wurde von Gregor Binkert von der Sektion Finanzielle Zusammenarbeit der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) des EDA verfasst und unterzeichnet. An der Sitzung nahmen drei mit Entwicklungsfragen beschäftigte Vertreter des Bundesamts für Aussenwirtschaft (BAWI) des EVD teil: Wilhelm Jaggi, Jörg Reding und Christian Häberli. Von der DEH nahmen Vizedirektor Rolf Wilhelm sowie acht weitere Vertreter diverser regionaler Abteilungen und sektorieller Fachdienste an der Sitzung teil: Jean-François Giovannini, Henri-Philippe Cart, Louis Currat, Adrian Hadorn, Pietro Veglio (teilweise), Paul Obrist, Peter Künzi (teilweise) und Gregor Binkert.*

2 *Zur schweizerischen Position bei den Verhandlungen zur sechsten Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (FAD) vgl. dodis.ch/56437.*

3 *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1965 vom 1. November 1989, dodis.ch/55354 sowie dodis.ch/56538 und dodis.ch/57179.*

4 *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 893 vom 24. Mai 1989, dodis.ch/55675.*

5 *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1488 vom 15. August 1990, dodis.ch/55526.*

6 *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1615 vom 18. September 1990, dodis.ch/55983.*

7 *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1752 vom 15. September 1990, dodis.ch/55066.*

8 *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2008 vom 24. September 1990, dodis.ch/56102.*

4. Gegenseitige Information über laufende Aktionen

4.1 *Mischkredite*:⁹ Verhandlungen über neue Abkommen sind vorgesehen mit: Indonesien¹⁰ (Zahnradbahn), Thailand¹¹ (im Herbst), Elfenbeinküste¹² (Rehabilitation von Hydrokraftwerken; Vertrag unterschrieben, Konsulenten werden Arbeit bald aufnehmen), Indien¹³ und Pakistan¹⁴ (laufende Kredite voll verpflichtet), Zimbabwe¹⁵ (läuft gut). Indien und Thailand bemühen sich um Bankkredite ohne Mischkredite, da die letzteren kompliziert sind.

Kolumbien:¹⁶ die Verhandlungen sind schwierig.

China: nicht in diesem Jahr, vielleicht nächstes Jahr.

Ägypten:¹⁷ gute Rehabilitationsprojekte für Hydrokraftwerke und Elektrizitätsverteilung; wobei neue Regelung für ERG-Garantie hier erstmals zur Anwendung gelangen könnte.

Chile¹⁸ und Malaysia:¹⁹ möglich, aber noch nicht entschieden, ob konzessionelle Mittel nötig sind.

Mexico:²⁰ eventuell kommt ein attraktiverer Transferkredit in Frage.

Ecuador²¹ und Costa Rica: noch pendent; Aktion möglich, sofern es gute Projekte gibt.

Zentralamerikanische Integrationsbank: DEH prüft zusammen mit UNDP und IDP eine technische Zusammenarbeit mit der Banco Centroamericano de Integración Económica. Könnte in 2–3 Jahren auch für BAWI interessant werden (Mischkredite).²²

4.2 *Zahlungsbilanzhilfe*: Fr. 50–70 Mio. stehen zur Verfügung für Senegal²³ (II und III sind abgeschlossen), Uganda²⁴ (bilaterale und Kofinanzierung sind im Dezember abgeschlossen worden), SPA I (25 Mio., noch abzuschliessen) für Tanzania,²⁵ Madagascar²⁶ und Ghana²⁷ (1991).

Wiederaufnahme Unterstützung an Zambia ist noch in Diskussion, DEH ist zurückhaltend.²⁸

Mozambique: es ist schwierig, Rehabilitationsprojekte im Rahmen der ZBH zu finanzieren; muss aber noch abgeklärt werden. Präsident Chissano wird dieses Jahr die Schweiz besuchen.²⁹

9 Zu grundsätzlichen Fragen in Bezug auf die Vergabe von Mischkrediten vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1754.

10 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1749.

11 Vgl. dazu dodis.ch/57180.

12 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1750.

13 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 191 vom 30. Januar 1991, dodis.ch/56192.

14 Vgl. dazu dodis.ch/56531.

15 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1751.

16 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2452 vom 21. November 1990, dodis.ch/56445.

17 Vgl. dazu dodis.ch/55600.

18 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2386 vom 14. November 1990, dodis.ch/54783.

19 Vgl. dazu dodis.ch/56484.

20 Vgl. dazu den Bericht des Sektionschefs im BAWI, Jean-Jacques Maeder, vom 9. April 1990, Punkt 4.4 in der Beilage von dodis.ch/54836.

21 Vgl. dazu dodis.ch/56523 und dodis.ch/56524. Zur technischen Zusammenarbeit mit Ecuador vgl. ferner dodis.ch/56525.

22 Vgl. dazu den Bericht Exploration of CABEI's viability as a channel for Swiss development assistance von Lydia Soifer vom September 1989, CH-BAR#E2025A#2000/138#6797* (t.851-073).

23 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1883 vom 18. Oktober 1989, dodis.ch/55255.

24 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2421 vom 20. Dezember 1989, dodis.ch/53828.

25 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2298 vom 31. Oktober 1990, dodis.ch/56215.

26 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2120 vom 1. Oktober 1990, dodis.ch/53642.

27 Vgl. dazu dodis.ch/56459 und dodis.ch/56460.

28 Vgl. dazu dodis.ch/57181.

29 Vgl. dazu dodis.ch/54485. Zur technischen Zusammenarbeit und zur humanitären Hilfe an Mosambik vgl. dodis.ch/57182 und dodis.ch/55814.



Politische Aktion anlässlich der Übergabe der Hilfswerk-Petition «Entwicklung braucht Entschuldung» am 12. Juni 1990 vor dem Bundeshaus in Bern, dodis.ch/57287 (CH-SNM LM-179660.9).

Nicaragua: Die Frage der Rückstände gegenüber IBRD und IWF muss zuerst gelöst werden. (Es ist in Betracht zu ziehen, dass die Erfahrungen mit den Support Groups für Guyana und Surinam nicht gut waren). Vielleicht Schuldenentlastung im Rahmen des neuen BAWI-Rahmenkredites möglich (sofern multilaterale Aktion im Bereich kommerzieller Ausstände).³⁰

Rwanda: hat Probleme mit der IBRD, da nicht genügend Reformwille vorhanden ist. Es muss dabei aber berücksichtigt werden, dass die Reformen in Burundi nicht erfolgreich waren. JAG [W. Jaggi] wird Anfang Mai nach Rwanda reisen. Die DEH wäre bereit, eine internationale Aktion zu unterstützen (CP).³¹

Vietnam und Peru: noch offen; ZBH ist eine Möglichkeit. VO [P. Veglio] ist skeptisch wegen des Wahlergebnisses in Peru.³² Eine neue Regierung wird keine Mehrheit im Parlament haben.

4.3 STABEX: 1989 gab es Leistungen für Gambia, Tschad, Ethiopien und Vanuatu.³³ Seit Ende 1989 ist es möglich, STABEX Gelder auf einem zinstragenden Konto zu «parkieren»; bis gute Einsatzmöglichkeiten gefunden werden.³⁴ Die Zinsen wurden zugunsten der Empfängerländer kapitalisiert.

30 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1738. Zur technischen Zusammenarbeit mit Nicaragua vgl. ferner dodis.ch/56457 und dodis.ch/56458.

31 Vgl. dazu dodis.ch/56462 und dodis.ch/56461. Zur technischen Zusammenarbeit mit Ruanda vgl. ferner DDS 1990, Dok. 48, dodis.ch/56080.

32 Zur politischen Lage in Peru vgl. dodis.ch/55143 und zur technischen Zusammenarbeit mit Peru vgl. dodis.ch/57195.

33 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2339 vom 11. Dezember 1989, dodis.ch/53859.

34 Zur Errichtung von sog. «Zebra-Kontos» vgl. dodis.ch/57148.

4.4 *ITC*:³⁵ Zirka Fr. 3 Mio für Handelsförderung mit Ghana, Senegal, Honduras, Rwanda. Eine Sitzung von BAWI mit Grosshandelsfirmen fand statt, um Importe aus den Philippinen und Indien zu fördern.³⁶ DEH hätte Interesse an Bangladesh. Das ist möglich für BAWI, wenn Indien wegfallen sollte.

4.5 *Lesotho*: Wasser- und Energieprodukte wurden von der IBRD vorgeschlagen. BAWI noch am studieren. Wasserprojekt kommt sicher, aber das Energieprojekt hat Probleme mit der Wirtschaftlichkeit.³⁷

5. *Umweltfazität*:³⁸ Die nächste Etappe ist eine Sitzung des Development Committee (IWF, IBRD) am 8. Mai in Washington D. C. an welcher Staatssekretär Blankart teilnehmen wird. JAG [*W. Jaggi*] hatte Gespräche mit E. Stern der IBRD. Stern will klare Signale der Minister bis Mitte Jahr erhalten und die Verhandlungen bis Ende Jahr abschliessen. Für die Schweiz stellt sich das Problem, woher die Finanzen kommen sollen. Man ist skeptisch, ob das Parlament jetzt einen Zusatzkredit bewilligen wird. DOI könnte eine Rolle spielen. CL [*L. Currat*] war an einer Sitzung mit Direktoren Böhlen, Keusch und F. Staehelin. Die Schlussfolgerung war, dass ein Fonds für *globale* Umweltprobleme nötig sei, und dass er nicht aus APD Geldern finanziert werden soll. Ein solcher Fonds sollte eigentlich nicht kompensiert werden müssen, da er ein Teil der allgemeinen Sicherheitspolitik ist. Dies wird vom Bundesrat Ende April diskutiert.³⁹ JAG [*W. Jaggi*] betont, dass EL's auch Eigenleistungen erbringen sollen, besonders wenn sie von den Massnahmen Nutzen ziehen (z. B. Energieersparungen im Falle von Indien). Er sieht aber keine Probleme mit einer Umweltfazität, sofern man sich auf die 4 Prioritätsbereiche konzentriert. Vorbereitung der Development Committee Sitzung zwischen BAWI (JAG [*W. Jaggi*]) und DEH (CL [*L. Currat*]) vor Blankarts Reise.

6. *Ausbildungsprojekte*: Ein Fr. 3 Mio. Projekt zur Ausbildung von Ingenieuren in Marokko war von der DEH abgelehnt worden, weil Marokko kein Schwerpunktland ist. Im allgemeinen stellt die DEH fest, dass sie kaum Kapazität hat, um solche Projekte zu prüfen. Der Mangel an Schweizer Konsulenten ist ein Engpass. Bei der DEH sind die Vorbereitungen im Gang, eine schweizer. Fachgruppe für Berufsbildung zu schaffen.⁴⁰ Auch werden demnächst sektorielle Leitlinien ausgearbeitet. Zuständig Pfeiffer/Künzi.⁴¹

7. *Evaluation von UNIDO Büro Zürich und TFTP* (Technology for the People): Es ist nicht einfach, operationelle Schlussfolgerungen zu ziehen und Kriterien zu erarbeiten, um die Resultate in Zukunft besser quantifizieren zu können. BAWI wird alle Mandate bis Ende Jahr verlängern. Ein Konsulent (Hr. Jourdain⁴²) wird in der Zwischenzeit (Sommer) Vorschläge für neue Mandate und eine stärkere Performance Orientierung ausarbeiten.⁴³

35 Zur Unterstützung der Projekte des International Trade Centre durch die Schweiz vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1782.

36 Vgl. dazu dodis.ch/56482.

37 Vgl. dazu dodis.ch/56409 sowie das Dossier CH-BAR#E2025A#2000/138#1609* (t.311-Lesotho).

38 Zur Frage der Mitwirkung der Schweiz an der Global Environment Facility (GEF) der Weltbank vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1737.

39 Zwar war die Zukunft der Sicherheitspolitik das Hauptthema der zweiten ausserordentlichen Sitzung des Bundesrats vom 30. April 1990, Umweltfragen wurden allerdings nicht angesprochen, vgl. dazu DDS 1990, Dok. 19, dodis.ch/54937.

40 Vgl. dazu dodis.ch/56640.

41 Hansruedi Pfeiffer und Peter Künzi.

42 Robert Jourdain.

43 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1752.

BAWI ist skeptischer geworden gegenüber der alten Idee einer schweizerischen Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft. Die DEH teilt diese Meinung. Es besteht die Gefahr, dass man Projekte übernimmt, welche vom Markt verworfen worden sind.

8. *Importförderung in die Schweiz*:⁴⁴ Aktionen für Philippinen und Indien: schon erwähnt. Es wird auch ein Exportseminar für Lateinamerika stattfinden, und ein Kleinprojekt wird für Algerien nächstes Jahr organisiert. Eventuell auch für Pakistan. Das Pilotprojekt Rwanda wird im Mai überprüft.⁴⁵ In Rwanda besteht auch die Gefahr von Doppelspurigkeiten im Bereich des Aufbaus von Qualitätskontrollen.

Der Sekretär des Handelsministeriums von Rwanda⁴⁶ wird nächsten Monat die Schweiz besuchen. WM [R. Wilhelm] wird sich erkundigen, ob die geographische Sektion interessiert ist, sich mit dem Sekretär zu treffen.

JAG [W. Jaggi] stellt fest, dass in den EL's oft der Motor, d. h. gute einheimische Unternehmer, fehlt, um Exportförderungsprojekten zum Erfolg zu verhelfen. Er schlägt vor, dass die DEH in ihren Schwerpunktländern Produkte mit Exportpotential identifiziere und solche Projekte in die Importförderung der OSEC einseise. Es sollen konkrete Projekte verfolgt werden, für die auch in der Schweiz ein Markt existiert.

9. *Informationstagung BAWI für DEH-Koordinatoren*: Sie wird am 21. August stattfinden und hat schon grosses Interesse ausgelöst. DEH wird die Information über die Tagung und die Anmeldung übernehmen. Details werden mit R. Dannecker bereinigt. JAG [W. Jaggi] wird auf die Frage der Importförderung auch an der Koordinatorentagung eingehen. Zudem soll die Entschuldungsfrage diskutiert werden, um die Koordinatoren mit Bezug auf das neue Instrumentarium in diesem Bereich zu sensibilisieren.⁴⁷

10. *DAC*: BAWI wünscht, dass es mehr Stabilität des DEH Sachbearbeiters für das DAC gebe. Dies ist auch der Wunsch der DEH, was aber in der Praxis schwierig ist. BAWI und DEH sind sich einig, dass für Routinetagungen des DAC der schweizerische OECD Vertreter allein eingesetzt werden soll.⁴⁸

11. *Internationale Koordination*: CL [L. Currat] erwähnt den letzten Entscheid des Programmkomitees DEH, über die mit der FAO verbundene Hilfe, gemäss welcher nur Programme unterstützt werden sollen, welche gut koordiniert sind, wie das TFAP der FAO (das zwar immer noch verbessert werden kann) und Ernährungssicherheit.⁴⁹ Dieser Approach macht bereits Schule. BAWI ist sehr einverstanden.

12. *Einsätze für Macro-Fragen in Ko[operations]bü[ro]s*: OP [P. Obrist] stellt fest, dass die Erfahrungen bisher unterschiedlich waren. Eine Evaluation ist für nächstes Jahr vorgesehen.

44 Vgl. dazu dodis.ch/57196.

45 Vgl. dazu dodis.ch/56461.

46 Augustin Maharangali.

47 Vgl. dazu dodis.ch/56446.

48 Bei der DEH beschäftigten sich je nach Sachverhalt verschiedene Mitarbeiter und Sektionen mit Fragen betreffend das Development Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Beim BAWI war der Entwicklungsdienst mit dieser Aufgabe betraut, bei der schweizerischen Delegation bei der OECD in Paris war Botschaftsrat Anton Thalmann zuständig für die Berichterstattung und die Teilnahme an Veranstaltungen des DAC. Zu den Beziehungen zum DAC vgl. ferner dodis.ch/56553 sowie den Wochentelex 50/90 vom 10. Dezember 1990, dodis.ch/55175, Punkt 4.

49 Vgl. dazu den Antrag an das Programmkomitee der DEH vom 7. März 1990, dodis.ch/56454 sowie das Protokoll vom 3. April 1990 der dritten Sitzung des Programmkomitees vom 22. März 1990, CH-BAR# E2025A#2000/138#373* (t.183-1).

Es soll auch ein Musterpflichtenheft erstellt werden. Zudem sollen die Macroökonomien an der Zentrale eingeführt werden, um die operationellen Bedürfnissen der DEH kennenzulernen.⁵⁰

13. *Swiss Ecology Idea*: Sie soll privat finanziert werden. Man wartet den Vorschlag von Stefan Schmidheiny ab.⁵¹

14. *Debt for Equity Swaps*: BAWI hat noch keine Position, aber eine gemeinsame Position BAWI/DEH sollte ausgearbeitet werden. BAWI hatte auf eine parlamentarische Anfrage geantwortet, dass es solche Swaps nicht ausschliesse, aber dass sie oft mit Schwierigkeiten verbunden seien.⁵² Sie sollen von Fall zu Fall überprüft werden.

15. *ITTO*: Sie ist eine wichtige Organisation. Aus Sicht der DEH sollte die Qualität der Projekte überprüft und klarer festgelegt werden, auf was sich die ITTO konzentriert, um effektiver zu werden. Eine Vorbesprechung zwischen DEH–BAWI soll vor der nächsten Konferenz der ITTO stattfinden.⁵³

16. Diverses

16.1 *Schuldenerlass der BOAD*. Die DEH soll noch zuwarten bis Ende Jahr, wenn die Mischkredite von BAWI in Geschenke umgewandelt werden sollen, sofern keine grosse Opposition im Parlament im Herbst entstehen wird.⁵⁴ Herr Escher soll mit Hr. Delèze Kontakt aufnehmen.

16.2 Sondersession der UNO über Wirtschaftszusammenarbeit: Blankart und Häberli werden die Schweiz vertreten.⁵⁵

16.3 Im Herbst findet eine PMA Konferenz statt. BAWI bittet, dass die DEH den Bundesratsantrag und allfällige Erklärungen rechtzeitig vorbereitet. WM [R. Wilhelm] wird dies der multilateralen Sektion weiterleiten.⁵⁶

16.4 Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Brasilien, 1992. Die Frage der Federführung wird sich zwischen der DEH und dem BUWAL stellen; BAWI ist nicht daran interessiert.⁵⁷

16.5 Das Beispiel der Umweltsaktionen zeigt, wie anspruchsvoll die Koordination ist. In der Schweiz müssen 4 Ämter und in der DEH allein 3 Sektionen koordiniert werden. Ein Schema

50 Zur Vergabe von Aufträgen an externe Fachpersonen zur Unterstützung der Fachdienste der DEH vgl. das Dossier CH-BAR#E2025A#2000/138#592* (t.300-26).

51 Vgl. dazu dodis.ch/56492.

52 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2266 vom 4. Dezember 1989, dodis.ch/56483 sowie dodis.ch/56540 und dodis.ch/56508.

53 Vgl. dazu dodis.ch/54868.

54 Zum Schuldenerlass der BOAD vgl. das BR-Prot. Nr. 1647 vom 29. August 1990, dodis.ch/56207. Die Bundesumwandlung alter Mischkredite in Geschenke wurde in der Botschaft über die Weiterführung der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen einschliesslich Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie über die Vereinbarung betreffend die rechtliche Stellung der Internationalen Finanz-Corporation in der Schweiz vom 21. Februar 1990 erläutert, vgl. dodis.ch/55483 sowie das BR-Prot. Nr. 364, dodis.ch/56144, Punkt 4.2.2. Im Nationalrat wurde darüber bereits in der Sommersession beraten, Amtl. Bull. NR, 1990, III, S. 1179–1205. Auch im Rahmen der Ständeratsdebatte im Herbst kam es zu keiner wesentlichen Opposition, Amtl. Bull. SR, 1990, IV, S. 809–814. Zur Petition «Entwicklung braucht Entschuldung» und den zusätzlichen Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft vgl. ferner die Zusammenstellung dodis.ch/C1755.

55 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 763 vom 11. April 1990, dodis.ch/56438. Vgl. ferner DDS 1990, Dok. 18, dodis.ch/56127.

56 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1753 sowie den Wochentelex 40/90 vom 1. Oktober 1990, dodis.ch/55167, Punkt 5.

57 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 46, dodis.ch/56282, bes. Anm. 14; das BR-Prot. Nr. 163 vom 30. Januar 1991, dodis.ch/56189 sowie die thematische Zusammenstellung Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro (1992), dodis.ch/T1726.

über Aufgabenverteilung und -koordination wurde als Entwurf in der DEH vorbereitet und wird dem BAWI unterbreitet werden.

16.6 Global Coalition for Africa organisiert eine Konferenz in Holland im Juli, auf hohem Niveau. CP [H.-P. Cart] wird ein Papier dazu vorbereiten.⁵⁸

16.7 Osthilfe: WM [R. Wilhelm] wünscht aufgrund der Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit, dass möglichst einfache Lösungen für ein gemeinsames Vorgehen gefunden werden. Details werden mit Hr. Arioli am 17. April besprochen.⁵⁹

⁵⁸ Vgl. dazu dodis.ch/56515 und dodis.ch/56516.

⁵⁹ Zur Osthilfe vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158 sowie die thematische Zusammenstellung Hilfe für die Länder Osteuropas, dodis.ch/T1676. Zur Frage der diesbezüglichen Kompetenzabgrenzung zwischen DEH und BAWI vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1735.

18

dodis.ch/56127

Entretiens du Secrétaire d'État du DFEP, Blankart, à New York¹

SESSION EXTRAORDINAIRE DE L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES

New York, 26 avril 1990

J'ai saisi l'occasion de mon séjour à New York d'une part pour prononcer un discours² devant la Swiss Society of New York, l'American Swiss Association et la Swiss-American Chamber of Commerce et, d'autre part, pour entretenir, avec l'ambassadeur D. Chenu-Repond, quelques contacts bilatéraux qui font l'objet de ce télégramme. Le rapport sur la conférence vous parviendra plus tard.³

1. Entretien avec le Secrétaire général de l'ONU, M. Javier Pérez de Cuéllar

Après avoir exprimé mon impression que la session extraordinaire de l'Assemblée générale sur la coopération économique internationale s'est empreinte de l'esprit de réalité et quelque peu libéral, j'ai brièvement abordé le problème de la revitalisation de la Commission économique pour l'Europe (CEE/ONU) en vue du dynamisme qui marque la mise en place de nouvelles structures économiques en Europe. P[érez de Cuéllar] s'y est rallié en relatant son récent entretien

1 CH-BAR#E2010-01A#1996/396#534* (B.58.40.1). Ce document est rédigé par le Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures (OFAEE), le Secrétaire d'État Franz Blankart. Il est adressé au Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz, et transmis par télex. En outre, il est envoyé par la même voie à de nombreux services du DFAE, divers hauts fonctionnaires de l'OFAEE et à plusieurs ambassades suisses à l'étranger et, en partie par courrier, à différentes missions et délégations suisses auprès des organisations internationales. Pour la liste exhaustive des destinataires, cf. le facsimilé dodis.ch/56127. En l'occurrence, la version éditée est reçue par Georges Andrey du Service de la documentation politique du DFAE.

2 Cf. dodis.ch/56534.

3 Cf. dodis.ch/57010.

avec le Président de la Commission de la CE Delors qui aurait bien accueilli l'idée d'une meilleure utilisation de la Commission économique pour l'Europe en tant que «dénominateur commun».

Le Secrétaire général a encore une fois exprimé son appréciation pour l'engagement accru de la Suisse pour la cause des Nations Unies, en mettant en relief notre participation au GANUPT⁴ et la mise à disposition de l'Ambassadeur Manz.⁵ J'ai fait valoir la disponibilité de la Suisse au cas où une opération de maintenance de la paix se dégagerait au Cambodge, une éventualité que le Secrétaire général voit avec beaucoup de réserves, si ce n'était que pour des raisons de la circonscription au mandat, de la garantie de la sécurité et du financement des coûts gigantesques d'une telle opération.

J'ai été impressionné de la courtoisie et la concision de Pérez de Cuéllar.

2. Entretien avec M. Antoine Blanca (B), Directeur général au développement et à la coopération économique internationale

Cet entretien m'a permis de rappeler au deuxième fonctionnaire du Secrétariat général qu'actuellement, l'engagement de la Suisse envers l'ONU n'a jamais été aussi grand. J'ai souligné l'importance et la valeur symbolique pour la Suisse d'avoir pu, par mon entremise, s'adresser à l'Assemblée générale. L'un des messages politiques de la Suisse à la communauté internationale étant que notre pays ne recourra pas à la diversion de son aide envers les pays en développement au profit de l'Europe centrale et orientale.⁶

B[lanca] a reconnu que la Suisse a toujours été présente dans les grands moments de l'ONU. Quant à la session extraordinaire, elle sera parachevée par l'adoption d'une déclaration finale sur la coopération économique internationale: résultat de compromis inévitables pour permettre un consensus, elle ne contiendra pas le nécessaire message politique clair à l'intention des pays riches, à qui B[lanca] reproche leur absence de vision et leur cupidité. Le sous-développement croissant émanera, à terme, à des crises politiques dans de nombreux pays africains et asiatiques, où l'on voit déjà une résurgence des problèmes de nationalité, d'ethnie et de fondamentalisme.

3. Entretien avec M. Zdenko Pirek (P), Vice-ministre des affaires étrangères de la CSSR

Cet entretien fut empreint d'une grande civilité, prouvant à quel point la Tchécoslovaquie a retrouvé, en peu de temps, la profondeur historique de sa culture. Après avoir félicité le Vice-ministre du merveilleux discours que le président Havel avait prononcé lors de la réception du Pape (voir NZZ du 23.4.90) et évoqué les relations existant à l'époque entre la Bohême et la Moravie d'une part et la Suisse et surtout Genève d'autre part, j'ai expliqué à P[irek] la teneur de vos vues au sujet d'un élargissement de l'AELE en direction de l'Europe centrale.⁷ P[irek] serait intéressé à signer une déclaration commune avec les pays de l'AELE à Göteborg déjà.⁸ Je lui ai suggéré de prendre contact à ce sujet avec la présidence suédoise et/ou avec le Secrétaire général de l'AELE.⁹ De plus P[irek], dans le contexte de la politique industrielle de son pays, serait intéressé

4 Cf. DDS 1990, doc. 31, dodis.ch/56036 et la compilation dodis.ch/C1719.

5 Le diplomate suisse Johannes Manz est nommé envoyé spécial du Secrétaire général de l'ONU pour le Sahara occidental, cf. la compilation dodis.ch/C1841.

6 Pour le lien entre l'aide au développement et l'aide aux pays d'Europe de l'Est, cf. dodis.ch/55696 et dodis.ch/55691. Cf. aussi DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158, notamment les paroles des Conseillers aux États Bernhard Seiler et Thomas Onken.

7 Cf. dodis.ch/55532.

8 Cette déclaration a été signée à Göteborg le 13 juin 1990, cf. dodis.ch/56094.

9 Georg Reisch.



Portrait du Secrétaire d'État Franz Blankart, Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du DFEP, en décembre 1990, dodis.ch/57288 (CH-SNM LM-179750.15).

à la conclusion d'un accord de promotion et de protection des investissements. Dans le contexte de l'action des 24, Prague nous demande la formation de banquiers.¹⁰

Pour finir P[irek] me dit qu'il est conscient de l'ombre qu'a mis sur nos relations le retrait de notre résidence à Prague.¹¹ La même résiliation avait, à l'époque, été adressée à l'Autriche et à la Suède, lesquelles n'avaient simplement pas réagi, raison pour laquelle elles occupent toujours leurs résidences...

4. Entretien avec le Secrétaire d'État hongrois Ferenc Somogyi

Cet entretien se concentrait sur les futures relations de la Hongrie avec l'AELE.¹² Budapest ne se fait point d'illusions quant à son éventuelle demande d'adhésion à la CE et cherche de ce fait un arrangement avec l'AELE. Les trois conditions que nous avons énumérées aux Hongrois

10 Pour le soutien à la Tchécoslovaquie dans le cadre de la coopération avec des pays de l'Europe de l'Est, cf. DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158. Pour les relations générales avec la CSFR, cf. DDS 1990, doc. 54, dodis.ch/55850.

11 Jusqu'en novembre 1981, l'Ambassade de Suisse à Prague est située dans le Palais Schwarzenberg sur le Hradschin. Le Gouvernement tchécoslovaque annonce avoir besoin du bâtiment pour sa propre utilisation et la Suisse se voit allouer des lieux de remplacement pour la chancellerie et la résidence de l'Ambassadeur. Les demandes suisses, en 1990, de récupérer l'ancienne résidence sont refusées au motif que le Palais Schwarzenberg est prévu pour le siège d'une organisation internationale qui pourrait éventuellement s'installer à Prague dans le futur, cf. dodis.ch/57085 et le dossier CH-BAR#E2024B#2001/146#1455* (a.632.11). Cf. aussi DDS, vol. 27, doc. 100, dodis.ch/49249, note 6 et DDS 1990, doc. 54, dodis.ch/55850, note 28.

12 Cf. le télégramme hebdomadaire 40/90, dodis.ch/55167, point 4.

depuis 1980, à savoir liberté du commerce et de l'industrie, convertibilité et réciprocité, sont admises. La deuxième partie de l'entretien concerne les soucis hongrois au sujet de la Transsylvanie.

5. Entretien avec le Vice-ministre polonais Jersky Makarczyc (M)

Cet entretien donne une confirmation de l'approche polonaise en matière d'intégration. M[akarczyc] exprima ses remerciements pour l'action d'aide du Conseil fédéral.¹³ M[akarczyc] a également cherché notre appui pour obtenir que l'aide accordée par le PNUD à la Pologne ne soit pas réduite. Sachant que le DFAE avait proposé de concentrer les moyens du PNUD davantage sur les pays les moins avancés,¹⁴ je ne pouvais pas le soutenir à cet égard.

6. Entretien avec M. Mbonimpa, Ministre des relations extérieures et de la coopération du Burundi

Le Ministre a tenu à me voir afin de m'informer de l'amélioration de la situation politique dans son pays qui a été secoué, en 1988, par des troubles ethniques meurtriers. Il a notamment formulé l'espoir que l'amorce du processus de réconciliation nationale et la confirmation du programme d'ajustement structurel conduiraient le Gouvernement suisse à reconsidérer sa décision de réduire l'assistance fournie au Burundi. J'ai pris note de ces informations tout en soulignant qu'eu égard à la sensibilité de l'opinion publique en Suisse une augmentation de notre engagement ne serait guère possible sans une amélioration nette de la situation des Droits de l'homme.¹⁵

En conclusion j'aimerais souligner un truisme, à savoir la grande utilité d'une présence à une Assemblée générale qui permet d'avoir, de la façon la plus rationnelle, les contacts nécessaires. Davos ne saurait remplacer New York.¹⁶ Même si nous avons, grâce à une politique très active du Conseil fédéral depuis le vote négatif sur l'adhésion,¹⁷ considérablement intensifié nos relations avec l'ONU, le fait de notre non-appartenance continue à être un non-sens remarquable faisant preuve de l'extraordinaire propension à l'autodiscrimination dont sont capables les Helvètes. La même chose vaut d'ailleurs pour nos relations avec le Saint-Siège.¹⁸ Pour finir je tiens à remercier chaleureusement les Ambassadeurs Chenaux-Repond et Erismann ainsi que leurs équipes de la parfaite organisation de cette visite.

13 Cf. DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158 et dodis.ch/55717.

14 Cf. le PVCF N° 1551 du 13 septembre 1989, dodis.ch/56407.

15 Cf. la compilation dodis.ch/C1853.

16 Sur les contacts bilatéraux au World Economic Forum à Davos en 1990, cf. DDS 1990, doc. 4, dodis.ch/56233.

17 Cf. la compilation thématique Votation sur l'adhésion à l'ONU (1986), dodis.ch/T1772.

18 Cf. le PVCF N° 1643 du 29 août 1990, dodis.ch/56234 et dodis.ch/56615.

dodis.ch/54937

Ausserordentliche Sitzung des Bundesrats vom 30. April 1990¹

ELEMENTE DER SICHERHEITSPOLITIK 90 • NEUES KAMPFFLUGZEUG •
WIDERSTANDSORGANISATION

Vertraulich

[Bern,] 10. Mai 1990

Elemente der Sicherheitspolitik 90²

Für Herrn Bundesrat *Villiger* erfordern die historischen Veränderungen in Europa und die damit verbundenen Ungewissheiten und Verunsicherungen in der Bevölkerung eine neue sicherheitspolitische Standortbestimmung.³ Volk und Parlament brauchen diese als Orientierungshilfe, auch im Hinblick auf das Projekt Armee 95.⁴ Das Problem liegt vor allem darin, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt viele Entwicklungen und Tendenzen noch als unsicher zu betrachten sind. Der Bericht kann deshalb nicht wie derjenige von 1973⁵ von einer als stabil geltenden Lage ausgehen. Soll er deshalb verschoben werden? Die Frage muss verneint werden,⁶ denn in dieser unsicheren Phase will das Volk wissen, welchen Gefahren es ausgesetzt ist und welche Massnahmen getroffen werden können. Gewiss wird der Bericht⁷ nur vorläufigen Charakter haben. Er soll deshalb im Sinne einer rollenden Planung ständig angepasst und aktualisiert werden. Auch werden nicht nur die militärischen Gefahren berücksichtigt, so dass dieser Bericht sogar als eine Art «State-of-the-Union-Botschaft» angesehen werden kann. Im Bericht werden Szenarien dargestellt. Es handelt sich nicht um Prognosen, sondern vielmehr um Möglichkeiten, die aufgezeigt werden. Wenn man im jetzigen Zeitpunkt auf die Erstellung des Berichts verzichtet, erweckt die ganze Sicherheitspolitik einen konservativen Eindruck. Dies gilt es zu vermeiden, damit auch die junge Generation wieder angesprochen werden kann. Ziele der Sicherheitspolitik bleiben die Bestimmungen des Artikels 2 der Bundesverfassung,⁸ wobei die Maximen der Aussenpolitik

1 CH-BAR#E1003#2003/92#1* (4.32). *Dieses BR-Beschlussprot. II wurde verfasst von Vizekanzler Achille Casanova. Der Bundesrat hielt seine zweite Klausursitzung des Jahres von 17 bis gegen 21 Uhr im von Wattenwyl-Haus in Bern ab. Kopien des Protokolls gingen an die sieben Departementsvorsteher, an den Bundeskanzler sowie die beiden Vizekanzler.*

2 *Als Diskussionsgrundlage galt das gleichnamige Aussprachepapier, das Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher des EMD, am 9. April 1990 den anderen Mitgliedern des Bundesrats hatte zukommen lassen, dodis.ch/56935.*

3 *Vgl. dazu auch die Kurzansprache von Bundesrat Villiger an der regionalen Botschafterkonferenz vom 22. Juni 1990, dodis.ch/56517.*

4 *Vgl. dazu die Botschaft betreffend das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung sowie den Bundesbeschluss über die Organisation der Armee vom 8. September 1993, dodis.ch/56809.*

5 *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Konzeption der Gesamtverteidigung) vom 27. Juni 1973, dodis.ch/56098.*

6 *Vgl. das BR-Prot. Nr. 146 vom 31. Januar 1990, dodis.ch/56588.*

7 *Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990, dodis.ch/56097. Zur Genese des Berichts vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1840.*

8 *«Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.» AS, 1874–1875, S. 2 und BS, 1947, S. 3.*

ebenfalls in die Philosophie des Berichts einbezogen werden müssen. Die strategischen Absichten sind: Beitrag zu Friedenssicherung und Stabilität, grösstmöglicher Schutz der Bevölkerung, nicht nur gegen Kriegseinwirkungen, indem die Instrumente der Sicherheitspolitik (Armee und Zivilschutz) auch gegen andere Gefahren einsatzbereit sein müssen, sowie ständige Bereitschaft, diese Instrumente an ein neues Umfeld anzupassen. Damit der Bericht lesbarer wird, ist vorgesehen, auch Bilder und Tabellen zu verwenden. Dadurch kann die Vernetzung sämtlicher Elemente der Sicherheitspolitik erklärt werden.

M. Cotti loue la réflexion considérable faite en si peu de temps. Il faut essayer de présenter un rapport susceptible de susciter la discussion dans le pays. Le problème est qu'actuellement, on enregistre nombre d'évolutions, mais aucune évolution définitive qui puisse nous permettre de faire un saut qualitatif. Il serait beau de pouvoir annoncer beaucoup d'ouverture, mais il est impossible de le faire car on ne sait pas encore la tournure que les événements prendront. Il faut donc éviter que le rapport manifeste une trop grande volonté pour des changements que l'on n'est pas en mesure de décider actuellement.

Herr Bundesrat *Stich* teilt diese Auffassung. Der Bericht muss überzeugen, doch ist dies im jetzigen Moment sehr schwer, denn vieles ist noch unsicher. Die Schwierigkeit liegt darin, dass man eine Situation darstellen muss, ohne zu wissen, wohin die Entwicklungen in Ost- und in Westeuropa uns führen werden. Die Sicherheitspolitik beinhaltet noch andere Komponenten, die noch ungenügend berücksichtigt wurden, so zum Beispiel die Wirtschaftsentwicklung, die soziale Politik, die Finanzprobleme usw. Auch wurden andere Bedrohungen wie der Sezessionismus in der Sowjetunion oder der religiöse Fundamentalismus in der Reflexion nicht eingebettet. Methodisch sollte deshalb ein erster Teil des Berichtes zusammen mit den anderen Departementen verfasst werden. Auch die Fragen «Wo stehen wir?» «Wohin gehen wir?» sollen eine Antwort erhalten. Die Wahrung der Flexibilität der Mittel der Sicherheitspolitik ist sicher gerechtfertigt, doch eine solche Option ist sehr teuer. Die finanzpolitischen Möglichkeiten sollten deshalb nicht unerwähnt bleiben. Flexibilität bedeutet unter anderem Prioritäten zu setzen. Der Sicherheitsbericht soll mit dem Leitbild der Armee⁹ koordiniert werden, denn wir müssen überzeugen, was die Armee kann und was nicht. Als Ziel sollte ein Bericht entstehen, der in einer breiten Öffentlichkeit, zum Beispiel in den Schulen Interesse findet.

M. Delamuraz s'interroge sur la finalité du rapport. S'agit-il d'un mode d'emploi pour le futur ou doit-il avoir une signification immédiate en faveur du F-18?¹⁰ Le rapport tel qu'il est présenté¹¹ n'est pas facile à lire et on pourrait en tirer la conclusion que le Conseil fédéral n'a pas réfléchi à une nouvelle politique de sécurité. Dans ce cas, quelle serait l'utilité d'un tel rapport? Il faut en outre coordonner la réflexion avec Armée 95. Pour ce qui concerne la substance, l'aspect de la protection de la neutralité prend une place assez ténue. Il s'agit d'un rapport sur la sécurité en Europe: il faut donc avoir le courage d'aller un peu plus loin dans la réflexion.

M. Felber admet qu'il est très difficile de répondre aux questions posées, mais que le Conseil fédéral doit assumer cette tâche politique. L'intérêt primordial d'un tel rapport est constitué par l'analyse de la situation d'abord, et ensuite par la définition des éléments qui constituent une menace. L'aspect de la neutralité a été un peu négligé. Il faut que le Conseil s'exprime sur la

9 Das Leitbild der Armee wurde ebenfalls überarbeitet und als Armeeleitbild 95 1992 von den eidgenössischen Räten verabschiedet, vgl. Amtl. Bull. NR, 1992, V, S. 2088–2100 bzw. Amtl. Bull. SR, 1992, III, S. 494–511.

10 Pour la décision du Conseil fédéral d'acheter des avions de combat le 3 octobre 1988, cf. dodis.ch/57249. Cf. également la compilation thématique F/A-18, avion de combat, dodis.ch/T1818 et le point suivant de l'ordre de jour.

11 Cf. la note 2.

neutralité et sur la politique de neutralité.¹² En Europe, l'évolution de la situation est loin d'être terminée et les menaces politiques restent réelles. Il faut analyser la situation, quitte à en déduire qu'on ne peut pas tirer de conclusions définitives. Il y a des risques et des moyens de leur faire face. Le danger est de définir des risques nouveaux contre lesquels nous n'avons pas de moyens. Il y a encore les risques économiques. L'analyse ne doit pas se limiter à l'Europe, mais englober aussi les évolutions dans le monde entier. Faut-il publier ce rapport ou donner plus de temps à la réflexion? Renvoyer la publication signifierait susciter de nombreuses critiques. Grâce au rapport, il sera possible d'ouvrir la discussion publique.

Herr Bundesrat *Ogi* bedauert, dass das Thema der Klausursitzung der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist. Bei dieser Diskussion geht es vor allem darum, der Armee den Stellenwert zu verleihen, den sie nötig hat. Der Auftrag an die Armee soll nicht verwässert werden. Folgende drei Feststellungen sollten begleitend sein: In unserem Umfeld existieren weiterhin starke militärische Kräfte mit Offensivcharakter, die bisherigen strategischen Optionen sind nicht ausgeschlossen und militärische Konflikte sind weiterhin möglich. Ziel des Berichtes soll es sein, die Weiterführung der bisherigen Sicherheitspolitik in einem veränderten Umfeld zu ermöglichen. Der Bericht wird politischen Stellenwert haben. Der jetzige Zeitpunkt ist von der Ungewissheit der Entwicklungen geprägt, so dass der Bericht schon morgen überholt sein könnte. Kann der Bericht der Tatsache, dass innenpolitisch über die Landesverteidigung kein Konsens mehr möglich ist, entgegentreten? Dies ist zu bezweifeln; wird der Bericht ein Sammelsurium von Möglichkeiten, kann jeder darin finden, was er will. Auch die Energieszenarien haben keinen Konsens erlaubt. Es fehlt noch die Kombination möglicher Szenarien.

Für Herrn Bundespräsident *Koller* stellt sich die Frage, ob die Zeit für einen solchen Bericht günstig ist. Der Bundesrat wird am sehr guten Bericht von 1973¹³ gemessen. Was erwarten Volk und Parlament? Zunächst eine Beurteilung der Lageentwicklung vor allem in Europa. Diese Beurteilung muss aber auch andere Elemente berücksichtigen, wie zum Beispiel die Migrationen, die ebenfalls als Gefährdung gelten müssen, oder das organisierte Verbrechen. Es geht deshalb primär um eine Beschreibung und eine Bewertung der Lage. Dann sollte der Bundesrat aber feste Pflöcke einschlagen. Die sicherheitspolitischen Ziele bleiben die gleichen. Der Bundesrat kann wenig im Sinne einer neuen Politik sagen. Es bleibt deshalb nur der Einsatz der Mittel. In dieser instabilen Übergangsphase kann der Stellenwert der einzelnen Mittel noch nicht dargelegt werden. Genügt es, wenn der Bundesrat als Schlussfolgerung den flexiblen Einsatz der Sicherheitspolitik ankündigt? Angesichts dieser Lage kann man sich fragen, ob eine andere Form nicht besser wäre. Man könnte die Situation der Schweiz darlegen, die Werte und Zielsetzungen der Sicherheitspolitik bestätigen, einen flexiblen Einsatz der Mittel offen halten und – auch im Hinblick auf das Jubiläumsjahr – eine breite Diskussion ermöglichen.

Herr Bundeskanzler *Buser* unterstreicht die Notwendigkeit, eine klare und verständliche Sprache zu benutzen. Nur so wird der Bericht auch breit gelesen und verstanden. Die vorgeschlagenen Illustrationen sind wenig aussagekräftig. Die staatspolitischen Ziele von Artikel 2 der Bundesverfassung¹⁴ bleiben weiterhin gültig. Ziele und Mittel dürfen nicht vermischt werden. Anstatt den Bericht alle paar Jahre zu überprüfen, könnten diese Gedanken in die Regierungsrichtlinien eingebettet werden.

Herr Bundesrat *Villiger* dankt für die offene und konstruktive Diskussion. Gewiss ist der jetzige Zeitpunkt von Unsicherheiten behaftet. Doch in ein paar Jahren wird die Situation nicht viel anders sein. Die Akzente haben sich verschoben, viele Dinge haben nicht mehr den gleichen

12 Cf. DDS 1990, doc. 24, dodis.ch/54523.

13 Vgl. Anm. 5.

14 Vgl. Anm. 8.

Stellenwert. Der Bundesrat muss jetzt klar zum Ausdruck bringen, dass eine Armee weiterhin notwendig ist. Die heute vorliegenden Papiere¹⁵ sind nur als Skizzen gedacht, die von einem Journalisten in einer griffigeren Sprache neu redigiert werden müssen. Die Szenarien sind nur als Denkhilfe gedacht. Die Darstellung der Entwicklungen soll es ermöglichen, die neuen Risiken einzuschätzen. Bei der Neutralitätspolitik sind noch viele Fragen offen: Welcher Stellenwert misst der Bundesrat der Neutralität bei? Trotz vielen noch offenen Fragen und grossen Schwierigkeiten wäre es politisch falsch, auf einen neuen Sicherheitsbericht zu verzichten. Höchstens können die Resultate der Studie als Zwischenbericht deklariert und die weiterhin gültigen Schwerpunkte aus dem Bericht von 1973 übernommen werden. Der Stellenwert des Berichtes kann vom Bundesrat später festgelegt werden. Ohne eine Revision der Sicherheitspolitik wäre es im jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, neue Waffen für unsere Armee zu kaufen.

Herr Bundespräsident *Koller* schlägt einen klareren Bezug zum Bericht von 1973 vor, mit einer Stellungnahme zu den Änderungen und zu den Zielen.

M. Cotti, il serait faux de tomber dans l'illusion que les accents puissent être mis par le Conseil fédéral. Ce sera l'opinion publique qui les mettra. De ce rapport, il y a beaucoup d'attentes. Les éléments essentiels de la politique de sécurité sont la rapide évolution de la situation, le fait que tous les scénarios sont possibles et que l'armée reste un élément déterminant de la politique de sécurité.

Herr Bundesrat *Stich* unterstreicht, dass der Bericht als Grundlage für das Projekt Armee 95 und für das Leitbild der Armee gelten soll. Die heutige Situation muss dargestellt werden, und der Bundesrat muss klar sagen, was der Bund tut und was er tun kann, ohne sich auf Prognosen einzulassen. Deshalb wird es nötig sein, den Bericht in einen grösseren Zusammenhang einzubetten.

Herr Bundespräsident *Koller* stellt fest, der Rat sehe trotz Bedenken die Notwendigkeit einer neuen Lagebeurteilung ein. Der Stellenwert werde vom Bundesrat erst nach Vorliegen des Berichtes diskutiert.

Herr Bundesrat *Villiger* dankt für die Zustimmung zum Versuch, einen Bericht zu redigieren. Er wird nach dieser Diskussion einen Zeitplan für die weiteren Arbeiten vorlegen.¹⁶

Neues Kampfflugzeug

BR Villiger kommentiert das Aussprachepapier,¹⁷ das die militärische Notwendigkeit eines neuen Kampfflugzeugs unterstreicht. Vom militärischen Standpunkt aus bestehen keine Zweifel: Ein neues Kampfflugzeug ist für die Glaubwürdigkeit des Neutralitätsschutzes unerlässlich. Der Kauf des F/A-18 würde auch die Dissuasionskraft erhöhen und Führungsstärke zeigen, hätte eine positive Wirkung auf die wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA und würde unser Interesse nicht nur an Europa bezeugen, wäre finanzierbar und könnte die Abwanderung der Militärpiloten zu der Swissair etwas bremsen. Andererseits aber scheint die Volksmeinung klar gegen eine solche Ausgabe gerichtet zu sein. Die Medien sind ebenfalls gegen die Anschaffung.

15 Vgl. Anm. 2.

16 Die verschiedenen Entwürfe des Berichts wurden in der Ablage der Zentralstelle für Gesamtverteidigung unter CH-BAR#E5680C#435 archiviert. Der Bundesrat unterbreitete den Bericht 90 am 1. Oktober 1990 dem Parlament, vgl. Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel. Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz, dodis.ch/56097.

17 Nicht ermittelt. Bei der Notiz des Kommandos der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen vom 20. April 1990, dodis.ch/57207, handelt es sich höchstwahrscheinlich um einen Entwurf für das Aussprachepapier. Der Bundesrat hatte in seiner Sitzung vom 24. Januar 1990 entschieden, er wolle «an einer Klausursitzung im April die Analyse der Bedrohung vornehmen und über die allfällige Notwendigkeit einer Anpassung der Sicherheitspolitik Beschluss fassen. Erst danach wird er die Botschaft zum Kampfflugzeug beraten und zuhänden des Parlaments verabschieden», vgl. dodis.ch/56520.

Zu denken gibt aber vor allem die Stimmung im Parlament und bei den politischen Parteien. Die Opposition ist gross, und ein Antrag bringt das Risiko mit sich, abgelehnt zu werden.

34 Flugzeuge des Typs F/A-18 würden 3,48 Milliarden kosten, 24 Stück nur 660 Millionen weniger. Andere Flugzeuge existieren auf dem Markt im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht, auch nicht Occasions F-16, die man beschaffen könnte.

Damit die Akzeptanz etwas erhöht würde, könnte man sich vorstellen, die Militärausgaben einzufrieren oder gar leicht zu senken und dem Flugzeugkauf höchste Priorität einzuräumen. Dabei müssten aber die bereits beschlossenen Rüstungsprogramme zu Ende geführt werden. Die heutige Diskussion soll einen Entscheid zwischen einer sachlich guten Lösung und einem politisch bedingten Verzicht erlauben.

M. Cotti remercie le chef du DMF de la présentation sincère et honnête des données du problème. Il faut partir de l'idée que ces avions sont nécessaires. Or, la réaction du Parlement est prévisible: le Conseil fédéral risque un échec qui pourrait mettre en cause l'armée et la défense nationale. Pour maintenir sa crédibilité, le Conseil fédéral ne peut renoncer tout simplement à cette acquisition. La proposer maintenant est une opération risquée. La seule solution est donc d'ajourner toute décision, en arguant qu'avant de faire de tels investissements, il faut revoir toute la politique de sécurité. Cette solution serait plus facile s'il n'y avait pas les élections de 1991. On pourrait accuser le Conseil fédéral de prendre une décision tout de suite après ce rendez-vous électoral s'il décidait au début de 1992.

BR Stich teilt diese Auffassung. In einem Wahljahr bringt ein solches Geschäft eine ZerreiSSprobe, die für die Landesverteidigung nur von Nachteil sein kann. Wenn das Parlament einen solchen Antrag ablehnt, sind die Folgen noch schlimmer als eine Verschiebung um 2 oder 3 Jahre,¹⁸ welche in der heutigen Situation vertretbar ist. Vom militärischen Standpunkt aus gibt es ebenfalls noch Fragen: Brauchen wir tatsächlich solche Flugzeuge? Wie weit geht der Neutralitätsschutz? Sind 34 F/A-18 genügend oder brauchen wir nicht mehr, um diese Aufgabe zu erfüllen? In der jetzigen Lage soll der Bundesrat nichts überstürzen: Zuerst muss die Sicherheitspolitik überprüft und neu definiert und anschliessend das neue Leitbild der Armee erstellt werden. Beide Studien werden als Grundlage für den Entscheid sehr nützlich sein.

M. Delamuraz souligne que le débat sur les F 18 est caractérisé par nombre de facteurs irrationnels. Le Conseil fédéral doit rester lucide et éviter le risque de devenir irrationnel à son tour. Il sera difficile au Conseil fédéral de proposer l'achat de 34 avions sans avoir démontré qu'il a reconsidéré la question. Pour cela, le rapport sur la politique de sécurité tel qu'on le discute actuellement ne suffit pas, il faut avoir d'autres arguments. Il s'agit alors de dire que l'on est prêt à sacrifier d'autres secteurs de l'armée, d'affirmer que si l'avion est indispensable, c'est qu'il est prioritaire par rapport à d'autres dépenses d'armement. Il en va également de la crédibilité des militaires, car si l'avion est refusé au Parlement, il sera nécessaire de revoir l'organisation de notre armée. Un échec au Parlement serait plus grave pour la crédibilité du Conseil fédéral qu'une décision de différer cet achat.

Pour *M. Felber*, l'acquisition de l'avion de combat est discutée de façon subjective. On veut donner une leçon au Conseil fédéral. Le langage du Conseil fédéral doit être clair: Gouvernement, Parlement et peuple veulent maintenir une armée crédible, donc une armée qui doit objectivement pouvoir bénéficier d'une couverture aérienne. Mais le moment est tout sauf favorable et il ne suffira probablement pas d'affirmer que l'on va économiser dans d'autres secteurs. Il faut une attitude prudente pour éviter un échec.

BR Ogi unterstreicht die militärischen, aussenpolitischen und staatsrechtlichen Argumente, die für den Kauf sprechen. Was die Zahl der Flugzeuge betrifft, so sind 34 gegenüber nur

18 Vgl. Anm. 19.

24 Stück klar vorzuziehen. Bleibt aber die Frage der Bewaffnung, vor allem der Rakete der neuen Generation, die noch nicht zur Verfügung steht. Die innenpolitische Beurteilung kann noch nicht definitiv vorgenommen werden. Es ist klar, dass das Verständnis für teure Vorhaben der Armee gesunken ist. Was passiert, wenn die Vorlage am gespaltenen Bürgerblock scheitert? Wie kann man den Vertrauensverlust einschätzen? Wie gross ist die Verunsicherung? Das EMD sollte ein Konzept erarbeiten, um die Parlamentarier zu überzeugen. Es gilt, mit jedem einzelnen zu sprechen. Ist es aber nicht zu spät?

Bundespräsident Koller stellt fest, dass im Rat der militärische Bedarf nach 34 F/A-18 nicht bestritten ist. Trotzdem hat der Rat zwischen zwei Übeln zu wählen: Der Entscheid, keinen Kauf zu beantragen, hätte schwerwiegende Konsequenzen. Ohne Verschärfung der internationalen Lage kämen wir in eine ähnliche Situation wie die österreichische Armee. Die Alternative besteht darin, dem Flugzeug höchste Priorität zu gewähren und den Kauf gleichzeitig mit der Verwirklichung des Projektes Armee 95 zu tätigen. Welches wäre der Zeitpunkt? Ist es möglich, den Verteilungskampf innerhalb der Armee vorzunehmen? Die Unpopularität dieses Geschäftes wird auch nach den Wahlen weiterhin gross sein.

BR Villiger dankt für die wertvollen Anregungen. Bis vor kurzem war er der Meinung, der Bundesrat müsse führen, indem er dem Parlament diesen notwendigen Kauf beantrage. Heute ist er über dieses Vorgehen nicht mehr sicher. Es wird aber schwierig sein, eine Verschiebung zu begründen, denn sie bedeutet auch eine neue Evaluation in ein paar Jahren. Es wird zudem nicht einfach sein, Projekte, die noch nicht bewilligt sind, als Sparanstrengungen zu präsentieren. Das Projekt Armee 95 wird es ermöglichen, altes Material auszuscheiden. Darüber sind aber die Meinungen bereits jetzt geteilt.

Für *Bundespräsident Koller* kann der Kauf des F/A-18 nur vorgeschlagen werden, wenn der Bundesrat gleichzeitig verdeutlicht, wo er Militärausgaben kürzen will. Ein solcher Plan soll ebenfalls geprüft werden.

BR Stich würde einen negativen Entscheid des Parlaments als das Schlimmste betrachten, was passieren könnte, denn dies wäre einmalig für die Landesverteidigung.

M. Delamuraz est favorable à la solution du renvoi à condition que toutes les chances pour une acquisition ultérieure soient réunies. Il s'agit de faire un rapport sur la politique de sécurité plus étoffé et de présenter en même temps Armée 95. Il faut présenter globalement cette nouvelle conception.¹⁹

Widerstandsorganisation

Der Generalstabschef²⁰ hat zuhanden des Bundesrats einen geheimen Bericht über diese Widerstandsorganisation für den Fall einer Besetzung der Schweiz vorbereitet.²¹ Für *BR Villiger* stellen sich primär drei Fragen: Ist eine solche Organisation funktionsfähig? Ist sie angesichts der Bedrohungslage noch notwendig? Ist sie mit unserer offenen Gesellschaft kompatibel? Technisch scheint diese Organisation gut vorbereitet zu sein. Das Problem sind aber die Menschen, die relativ alt sind. Fragen hierüber sind noch offen. Was die Bedrohung betrifft, ist eine Besetzung nicht sehr wahrscheinlich, eher eine Erpressung. Die Erfahrung hat gezeigt, dass besetzte

19 *Suivant la proposition du DMF, le Conseil fédéral décide dans sa séance du 27 juin 1990 de soumettre aux Chambres fédérales en premier le rapport 90 sur la politique de sécurité suisse puis de présenter le message sur l'acquisition des avions de combat à l'évaluation d'une nouvelle version du Mirage 2000, cf. dodis.ch/56568 et la compilation thématique F/A-18, avion de combat, dodis.ch/T1818.*

20 *Heinz Häslar.*

21 *Die Unterlagen des Stabs der Gruppe für Generalstabsdienste zum Projekt 26 (P-26) sind unter CH-BAR#E5563#1 und CH-BAR#E5563-01* abgelegt. Diese Dossiers unterstehen gemäss BGA Art. 12.1. zur Zeit einer verlängerten Schutzfrist und konnten nicht ausgewertet werden.*

Länder kaum zu halten sind. Schliesslich ist in unserem Land alles, was geheim ist, suspekt. Könnte eine solche Organisation auch für andere Zwecke missbraucht werden? Die PUK 2²² hat sich bereits erkundigt, ob eine rechtliche Grundlage besteht und welche Möglichkeiten der Bundesrat sieht, eine solche zu schaffen. Der Rat muss entscheiden, ob eine solche Organisation aufrechterhalten werden sollte, und die Rechtsgrundlage sowie die Finanzierungsfragen lösen. Eine Arbeitsgruppe könnte diese Fragen prüfen, aber es gilt zu bedenken, dass die PUK 2 diese Prüfung bereits vornimmt. Schliesslich kann der Rat diese Übung abbrechen.

Für *BR Stich* ist wahrscheinlich eine Rechtsgrundlage vorhanden. Eine neue soll nicht geschaffen werden. Es ist falsch, Leute für eine solche Aufgabe im voraus rekrutieren zu wollen. Im Ernstfall muss man Leute finden, die bereit sind, eine solche Aufgabe zu übernehmen. Man sollte die technischen Vorbereitungen beibehalten, aber auf die Rekrutierung verzichten.

M. Delamuraz affirme qu'en principe l'idée d'une telle organisation est bonne. Il faudrait néanmoins étudier si elle est actuellement efficace. En ce moment, il faut éviter tout activisme.

M. Felber précise qu'une telle organisation ne devrait pas exister dans le cadre d'une armée secrète. Il faut prévoir de telles actions mais avec du personnel que l'on recrutera en cas de besoin.

BR Ogi fragt sich, ob die Organisation effizient ist oder ob sie eher als «Indianerspiel» oder «Pfadfinderübung» angesehen werden muss. Sie ist kein Putschinstrument. Bei solchen Organisationen sind die Chefs und die Mitglieder massgebend. Dies bringt Probleme in bezug auf die Erpressbarkeit. Die Frage der Kontrolle durch das Parlament bleibt offen. Eine Lösung wie im deutschen Bundestag sollte in Erwägung gezogen werden. Auch sollte die Organisation einen klaren Auftrag haben. Es wäre falsch, die Übung abrupt zu stoppen.

Bundespräsident Koller teilt diese Meinung. Die Auflösung dieser Organisation würde als Zeichen der Schwäche interpretiert.²³ Dagegen müssen alle offenen Fragen geprüft und die nötigen Konsequenzen gezogen werden.

22 Parlamentarische Untersuchungskommission zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im EMD.

23 Am 14. November 1990 beschloss der Bundesrat die Aufhebung der Kaderorganisation P-26 in ihrer damaligen Form, vgl. das BR-Prot. Nr. 2368 vom 14. November 1990, dodis.ch/56590. Vgl. dazu auch DDS 1990, Dok. 56, dodis.ch/54945.

dodis.ch/54816

Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur de Pury¹

DIRECTIVES GÉNÉRALES À LA DÉLÉGATION SUISSE POUR L'AVANT-DERNIÈRE
PHASE DU CYCLE DE L'URUGUAY DU GATT

Berne, 11 mai 1990

Au vu des décisions du dernier TNC² – engagement de préparer d'ici fin juillet dans tous les groupes de négociation des textes préfigurant les accords finaux – et des impressions qui sont dégagées de la dernière réunion ministérielle informelle de Puerto Vallarta (Mexique) (18–20 avril), la Suisse poursuivra d'ici juillet la *stratégie* générale de négociation suivante:

1. Six priorités:

1.1. Règles (notamment clause de sauvegarde)

À Puerto Vallarta, le Conseiller fédéral Delamuraz, s'est fait le porte-parole de nombreux petits et moyens pays, développés et en développement pour lesquels les résultats finaux du Round n'auront un sens que si les «Grands» (USA, CEE, Japon) se tiennent dorénavant aux règles du jeu renforcées du multilatéralisme et abjurent une fois pour toutes tout recours à des mesures unilatérales (type: super 301³) ou bilatérales (accords «volontaires»). Il s'agit d'élever le sujet des règles au niveau des trois thèmes que les «Grands» considèrent comme essentiels pour un succès du cycle (Agriculture, Propriété Intellectuelle, Textiles).⁴ La Suisse tentera d'introduire ce «sense of urgency» au sujet des règles dans le communiqué ministériel de l'OCDE.⁵

Parmi les *règles* sont *prioritaires*: clause de sauvegarde (exclusion de toute sélectivité), subventions (catégorisation des subventions selon leur nocivité du point de vue commercial), antidumping (éviter la pénalisation de mesures de concurrence loyale via une utilisation abusive des mesures anti-dumping et donc précision de la notion de dumping). *Deuxième priorité*: art. XVIII (mesures de sauvegarde en cas de difficultés de balance de paiement). *Troisième priorité* art. XXVIII (droits de négociation), art. XXV, 5 (waivers), art. XVII (commerce d'État).

1 CH-BAR#E7113A#2001/193#276* (787.0.2). Cette notice est rédigée et signée par le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur David de Pury, et est envoyée à tous les services concernés par les négociations du GATT et à toutes les représentations suisses à l'étranger. La copie ici éditée est reçue par Karl Weber de l'OFAEE. Pour la liste complète des destinataires, cf. le facsimilé dodis.ch/54816. Ces directives sont rédigées à la suite de la réunion ministérielle de Puerto Vallarta. Sur la réunion, cf. la note d'information du Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz au Conseil fédéral du 22 avril 1990, dodis.ch/55210 et le télex hebdomadaire rapide 17/90 du 23 avril 1990, dodis.ch/55116.

2 Annotation dans le texte original: «Trade Negotiations Committee, dernière réunion: 9–11 avril».

3 Le terme «super 301» fait référence à la section 301 de l'US Trade Act de 1974. Il s'agit d'une provision juridique qui permet au Président des États-Unis de prendre des sanctions à l'encontre d'un pays qui contreviendrait à un accord de libre-échange de manière à désavantager des entreprises états-uniennes.

4 Pour la stratégie de la Suisse à Puerto Vallarta, cf. dodis.ch/54831.

5 Pour la position de la Suisse lors de la réunion ministérielle de l'OCDE, cf. le PVCF N° 1065 du 23 mai 1990, dodis.ch/55074.

1.2. Propriété intellectuelle (TRIPS)

Il ne saurait être question pour la Suisse d'accepter des résultats substantiels en matière d'agriculture, sans résultats substantiels sur la protection de la propriété intellectuelle. L'introduction de ce thème dans le corps même des règles du GATT («gattability») est pour nous la condition sine qua non d'un succès du Round.

La Suisse va incessamment mettre sur la table de la négociation un projet de texte complet d'accord TRIPS.

Dans les semaines à venir notre stratégie vise:

- à augmenter le nombre de pvd susceptibles d'accepter l'inclusion des TRIPS dans l'accord du GATT;⁶
- à maintenir élevé le niveau d'ambition des États-Unis et de la Communauté;⁷
- à assurer un véritable progrès dans la protection de la propriété intellectuelle dans le monde au travers du GATT;
- à éviter que les États-Unis finissent par soustraire le secteur pharmaceutique d'un accord, réservant le traitement de ce secteur à la méthode unilatérale.⁸

1.3. Accès au marché (tarifs)

La négociation sur l'accès au marché (tarifs, obstacles non-tarifaires etc.) vient de commencer. La Suisse a présenté ses offres le 15 mars et vient de présenter, le 1^{er} mai, sa liste de requêtes. Conformément aux impulsions qui ont été données à Puerto Vallarta, nos négociateurs vont tâcher de terminer le gros de nos négociations tarifaires et non-tarifaires d'ici fin juin.

Le secteur tarifaire ne doit pas être sousestimé. De nombreux obstacles tarifaires continuent à freiner nos exportations. Un résultat dans ce domaine sera par ailleurs parmi ce que l'industrie suisse retirera de plus concret et à plus court terme de la négociation de l'Uruguay. Psychologiquement, un résultat satisfaisant est donc important dans ce volet de la négociation.

Offensivement, nos principales cibles sont: L'Australie, le Brésil, le Canada, la Corée, les États-Unis, l'Inde, Israël, le Japon, la Thaïlande, la Turquie.⁹

Défensivement, ce sont nos obstacles tarifaires et non-tarifaires dans le secteur agricole qui nous causent le plus de souci. Les difficultés que nous éprouvons dans ce domaine – qui font l'objet de négociations dans le groupe de négociation sur l'agriculture – paralysent du moins partiellement notre stratégie offensive vis-à-vis des principaux pays exportateurs de produits agricoles (Australie p.ex.).

1.4. Agriculture

La négociation sur l'agriculture est celle qui attire le plus l'attention de l'opinion publique suisse, car elle est perçue, à raison, comme pouvant influencer de manière déterminante l'avenir de notre politique agricole et de notre agriculture.¹⁰ Cela dit, la Suisse poursuit dans la négociation agricole une stratégie axée, dans le cadre certes de la poursuite de l'objectif d'un respect accru des signaux du marché, sur l'obtention d'un maximum de latitude dans la formulation de sa

6 Pour un aperçu des objectifs et de la stratégie suisses dans les négociations TRIPS, cf. dodis.ch/56702.

7 Pour la stratégie suisse envers, notamment, les États-Unis et la Communauté européenne, cf. la notice de Wasescha du 6 avril 1990 à propos de la réunion informelle de Chaumont, dodis.ch/54835.

8 À propos du secteur pharmaceutique dans les négociations de l'Uruguay Round, cf. la prise de position de la Société suisse des industries chimiques, dodis.ch/54891.

9 La stratégie offensive de la Suisse consiste notamment, dans la phase préparatoire, à organiser deux réunions informelles à Chaumont, Canton de Neuchâtel, en invitant des hauts fonctionnaires de la plupart des pays cités ci-dessus. Cf. dodis.ch/54834 et dodis.ch/54835.

10 Cf. DDS 1990, doc. 36, dodis.ch/54935.

politique agricole. (Stichwort: spécificité). Il est essentiel en effet, que les changements qui seront introduits dans la politique agricole suisse, tiennent compte des besoins spécifiques de notre agriculture. L'apparence d'un «Diktat» du GATT les condamnerait sur le plan politique intérieur. C'est ainsi que toutes les propositions suisses sont basées sur l'équivalence des efforts et des effets, et non sur celle des moyens. L'instrument du contingentement de l'offre assorti de restrictions quantitatives à l'importation p.ex., requiert un effort et produit un effet commercial comparables à la réduction des prix administrés assortie d'une tarification des obstacles à la frontière.¹¹

À Puerto Vallarta, le Conseiller fédéral Delamuraz a fait passer les messages suisses suivants:

- les progrès en matière d'agriculture dépendront des progrès faits dans d'autres domaines (notamment règles et TRIPS);
- la Suisse continuera à participer activement aux cinq volets de la négociation agricole: règles (art. XI et XVI), tarification, soutien interne (via une unité de mesure de soutien de surveillance), subventions à l'exportation, mesures sanitaires et phytosanitaires;
- la Suisse n'acceptera aucun engagement en dehors de règles du GATT clairement définies; elle a fait des propositions précises à ce sujet.
- l'origine du mal dans le chaos agricole mondial réside dans les subventions à l'exportation qui cassent les prix mondiaux. Il s'agit de s'y attaquer en priorité.
- la Suisse n'abandonnera son protocole d'accession que dans la mesure où de nouvelles règles garantissent la survie de son agriculture. Il est notamment indispensable que là où un contingentement de l'offre existe, l'instrument des restrictions quantitatives à l'importation puisse être maintenu. La tarification – transformation des obstacles non-tarifaires en droits de douane – n'entre en ligne de compte que pour une minorité de produits.
- la Suisse ne s'oppose pas à l'introduction d'une unité de mesure de soutien (UMS), à condition que celle-ci ne serve qu'à *surveiller* les engagements pris en matière de gel, voire de réduction du soutien interne (prix notamment) et que dans sa composition l'UMS tienne compte de la spécificité de l'agriculture et des agriculteurs (notamment taux d'autoapprovisionnement).

1.5. Textiles¹²

Le secteur des textiles est un secteur clef de la négociation. Il est probable que le ficelage du paquet final du cycle de l'Uruguay dépendra de percées à l'intérieur du triangle agriculture – propriété intellectuelle – textiles. Pour la Suisse – un des deux États membres de l'accord multifibres (avec le Japon) qui n'applique pas cet accord – la négociation sur les textiles ne pose pas de problèmes. Notre pays se trouve ainsi dans une position idéale pour jouer, dans toute la mesure du possible, un rôle de médiateur. C'est ainsi que nous avons décidé de faire des textiles un secteur prioritaire pour la Suisse. *Notre position sera celle qui aidera à débloquer cette négociation difficile.*

Une telle position s'inspirera des principes généraux suivants:

- durant la période de transition qui s'écoulera entre la date d'expiration de l'accord multifibres (1991)¹³ et l'intégration totale du secteur des textiles dans le régime ordinaire du GATT il ne devra y avoir aucune augmentation de la protection par rapport à l'état actuel.

11 À propos de la nouvelle politique agricole de la Suisse et de la reconnaissance par le GATT des spécificités de l'agriculture suisse, cf. le rapport stratégique du DFEP au Conseil fédéral du 31 août 1990, dodis.ch/56790, en particulier pp. 5–6.

12 Pour les négociations dans le secteur des textiles, cf. dodis.ch/56715.

13 Sur l'accord multifibres, notamment sa prolongation en 1989, cf. le PVCF N° 1203 du 28 juin 1989, dodis.ch/55313.

- c'est ainsi que l'introduction d'un contingentement global tel que proposé par les États-Unis et le Canada ne peut entrer en ligne de compte.
- la durée de transition doit être aussi courte que possible: plus proche des cinq ans que des dix ans.
- le succès de la négociation sur les textiles dépend du renforcement des règles du GATT, notamment de celles sur les sauvegardes et le dumping.

1.6. Services¹⁴

La Suisse, pays exportateur de services par excellence, se doit de jouer un rôle particulièrement actif et imaginatif dans la négociation sur les services. Elle présentera d'ici la fin du mois de mai un projet de texte complet d'accord sur les échanges de services.

Pour notre pays, les objectifs suivants sont les plus importants:

- le futur accord général sur les échanges de services (GATS) *doit s'étendre à tous les services*, sans exception, et introduire dans ce secteur des échanges les principales règles du jeu du GATT: traitement de la nation la plus favorisée, non-discrimination, traitement national et règlement des différends.
- pour la Suisse ce qui compte avant tout est *l'application du principe MFN*. Il est essentiel que dès la conclusion de l'accord GATS, notre pays puisse accéder à tous les bénéfices de libéralisation et de dérèglementation de tous les accords sur les services conclus bi- ou plurilatéralement. Là où des exceptions sectorielles au principe MFN devront être prévues, ceci par le truchement d'annotations sectorielles (secteur financier p. ex.), il est essentiel qu'elles aient un caractère temporaire. La seule exception permanente sera celle accordée, par analogie à l'article XXIV, aux groupements régionaux en voie d'intégration économique.
- Quant aux *modalités de libéralisation progressive*, la Suisse est en faveur d'une approche dynamique – appelée «bottom up» – procédant par voie de négociations sectorielles parallèles et successives. La libéralisation se fera par l'intermédiaire de la clause de la nation la plus favorisée. L'approche «top down» qui est celle des codes de l'OCDE et qui est préconisée au GATT par les Américains nous paraît trop fastidieuse et peu applicable à un accord entre une centaine de parties contractantes dont de nombreux pays en développement. Cette méthode consiste à appliquer dès la conclusion de l'accord tous les principes du GATT (MFN, ND, TN) à tous les secteurs et tous les participants, en assortissant pourtant l'accord d'une longue liste d'exceptions dont l'élimination ferait ensuite l'objet de négociations successives. Étant donné l'importance que le cycle de l'Uruguay débouche, au delà des règles du jeu, sur un début concret de libéralisation, il n'est pas exclu qu'une combinaison des deux méthodes (bottom up et top down) soit choisie. Le degré de libéralisation initial serait défini par la méthode «top down», alors qu'à partir de là, la libéralisation progressive serait atteinte par la méthode «bottom up».

2. Autres thèmes d'importance pour la Suisse

2.1 Règlement des différends

La Suisse a fait de nombreuses propositions sur le renforcement des procédures de règlement des différends.¹⁵

2.2 Fonctionnement du GATT (FOGS)

(y compris création éventuelle d'une organisation mondiale du commerce).

¹⁴ Pour les négociations dans le secteur des services, cf. dodis.ch/56730.

¹⁵ Pour les propositions de la Suisse à Puerto Vallarta, cf. dodis.ch/54831.

La Suisse a présenté cette semaine une soumission très complète sur le fonctionnement du GATT, avec pour objectif à la fois le renforcement de la coopération entre le GATT, le FMI et la BIRD et l'amélioration de la capacité d'analyse et de surveillance du secrétariat du GATT. Ces objectifs doivent être atteints d'ici la fin du Round, alors que la négociation d'un nouvel accord portant sur la création d'une *organisation mondiale du commerce*¹⁶ (un pendant au FMI et à la BIRD), coiffant tous les accords et notamment les mécanismes de règlement des différends conclus ou à conclure dans le cadre du GATT au sens large, pourrait avoir lieu après la fin du Round. Une telle négociation cette année encore pourrait en effet détourner le cycle de l'Uruguay de son objectif prioritaire: la réforme et l'extension des règles du jeu du commerce mondial.

2.3 Investissements (TRIMS)

La Suisse demeurera active dans ce domaine en poursuivant l'objectif d'un examen au sein du GATT de toutes les mesures d'investissement ayant un effet potentiel sur les échanges.¹⁷

3. Stratégie d'ici juillet

- Pour que le cycle de l'Uruguay puisse se terminer dans les délais (début décembre), il est essentiel que le TNC de juillet adopte pour chaque thème de la négociation un texte préfigurant l'accord final. Dans plusieurs domaines la négociation devrait pouvoir être provisoirement conclue d'ici juillet: règles d'origine, antidumping, tarifs, obstacles non-tarifaires, investissements, etc.
- La Suisse veillera à ce que le degré des ambitions reste élevé jusqu'au bout. Cela vaut tout particulièrement pour les mesures de sauvegarde, les subventions et la protection de la propriété intellectuelle.
- Elle veillera à faire du sujet des règles un thème «make or brake».
- La Suisse attachera dans tous les groupes de négociation une importance particulière au problème de l'intégration des pvd dans le système. Une série d'accords dont les pvd auraient été ou se seraient une fois encore exclus, viderait ces accords d'une partie importante de leur substance.
- Vers la fin d'une négociation, le danger de manque de transparence augmente. La Suisse luttera contre ce danger et prônera partout un maximum de transparence. Il en va de sa participation dans l'étape finale de la négociation. Dans les six secteurs clef, la Suisse doit rester dans le «inner circle» de la négociation. Il en va aussi du rôle que pourra jouer dans la phase finale la coalition «café au lait», (groupe de la Paix)¹⁸ qui est celle de la Suisse. Il s'agit donc aussi de contribuer activement à la transparence là où nous sommes dans le «inner circle» et d'autres ne le sont pas (organiser des réunions informelles de transparence).
- Un effort accru de transparence et de mobilisation de soutien doit être entrepris également sur le front interne suisse (pas seulement dans le secteur agricole). Cela d'autant plus que l'attention de l'opinion publique et du secteur privé est de plus en plus et de façon trop exclusive mobilisée au profit des problèmes européens.
- Plus la fin de la négociation approchera, plus les quinze négociations du cycle n'en deviendront qu'une seule. Il est à cet égard important de fondre les quinze équipes de négociation en une équipe dont chaque membre a une bonne vue d'ensemble. Davantage de réunions de toute la délégation seront dorénavant organisées.

16 *L'Organisation mondiale du commerce voit le jour à la fin du Cycle de l'Uruguay, le 1^{er} janvier 1995.*

17 *Cf. la notice de Christian du Plessis, Chef du Secrétariat de direction de l'OFAEE, à Wasescha, Chef de la Division commerce mondial-GATT de l'OFAEE, du 24 avril 1990, dodis.ch/56700.*

18 *La coalition «café au lait» a été formée pour échanger avec le groupe informel des petits pays en développement.*

- Nos postes à l'étranger vont être appelés dans la dernière phase à jouer un rôle de plus en plus actif. Nous œuvrons pour que le Round occupe une place importante lors de la prochaine conférence annuelle des ambassadeurs.¹⁹

¹⁹ Cf. le rapport de la conférence générale des ambassadeurs du 21 au 23 août 1990, dodis.ch/54340, en particulier pp. 85–90.

21

dodis.ch/56125

Entretien du Président de la Confédération Koller et des Conseillers fédéraux Felber, Delamuraz, Ogi et Villiger avec le Président du Conseil des ministres italien Andreotti le 14 mai 1990¹

VISITE OFFICIELLE EN SUISSE DU PRÉSIDENT DU CONSEIL ITALIEN M. GIULIO ANDREOTTI LES 14 ET 15 MAI 1990

Berne, 21 mai 1990

Il s'agissait de la première visite en Suisse d'un Président du Conseil italien.² Celle-ci se plaçait dans la perspective de l'accession de l'Italie à la présidence du Conseil de la CE, et de la Suisse à celle de l'AELE.

Les entretiens officiels entre délégations suisse et italienne se sont déroulés le lundi 14 mai à l'issue d'un déjeuner commun.

Du côté italien, le Président du Conseil des Ministres Andreotti était à la tête de la délégation italienne, rejoint au cours des entretiens par son Ministre des affaires étrangères, M. de Michelis, et assisté du sous-secrétaire d'État aux affaires étrangères, M. Vitalone, et du Secrétaire général du MAE, M. Bottai.

Du côté suisse, le Président de la Confédération, M. Koller, conduisait la délégation suisse avec, à ses côtés, les Conseillers fédéraux Felber, Delamuraz, Ogi et Villiger.

Les discussions portèrent d'une part sur les relations CE/AELE et la négociation de l'EEE, et d'autre part sur les rapports Est-Ouest dans la perspective de la «nouvelle architecture européenne».

CE/AELE

La partie italienne a fait valoir que:

- La CE n'est pas une forteresse.

¹ CH-BAR#E2010A#1999/250#386* (A.22.14.07.03). Cette notice, très probablement rédigée par Jean-François Kammer, responsable des relations avec l'Italie auprès de la Division politique I du DFAE, est extraite du téléx hebdomadaire 21/90 du 21 mai 1990, dodis.ch/55120, point 1.

² En effet, malgré la fréquence des visites bilatérales entre les deux pays, et à l'exception de la visite de Mariano Rumor en 1975, qui est un ex-Président du Conseil, cf. dodis.ch/37755, aucun Président du Conseil des ministres en activité n'est auparavant venu en visite en Suisse.

- Si l'union des deux Allemagnes peut modifier quelque peu l'équilibre européen et créer certains problèmes, elle doit renforcer en fin de compte la CE. Il est certain que les problèmes qui surgiront sont de nature à être résolus dans le cadre de la CE et de la CSCE.
 - La négociation en vue de l'EEE doit être fondée sur une *conviction politique*. Il faut qu'un résultat puisse être satisfaisant pour les deux parties. Dans la négociation, il conviendra de privilégier les points de convergence pour développer un modèle de coopération. À noter dans ce cadre que les disparités entre certains pays à l'intérieur de la CE sont parfois plus grandes qu'entre certains pays de la CE et de l'AELE.
 - L'Italie veut aider la Commission à avoir un mandat plus précis dans lequel soit contenue la volonté d'arriver à une solution.
 - Sur le chapitre des *exceptions*, il faudra faire preuve de souplesse des deux côtés. L'Italie essaiera de convaincre ses collègues de la CE d'être disponibles à la discussion.
 - Dans le domaine des transports, le projet de développement combiné du trafic rail-route est *logique*. Il convient de favoriser les importants projets que la Suisse développera à long terme. Entretemps, il faut chercher des compromis pour éviter des crises.³
- Sur le même sujet, la partie suisse a fait valoir que:
- L'EEE est une grande chance pour la Suisse, en même temps qu'un défi, puisqu'il faudra faire approuver un accord par le peuple.
 - Les pourparlers exploratoires ont été positifs puisqu'ils ont permis l'unification des points de vue de l'AELE, ainsi que l'identification de l'acquis communautaire.
 - les pays de l'AELE ne peuvent accepter tout l'acquis communautaire en un laps de temps extrêmement bref. Ils ont entretemps restreint de manière importante le catalogue des exceptions.
 - Il est juste de dire que l'accord EEE est lié à une volonté politique. Il y a de la part des pays AELE la volonté de construire l'Europe et de sauvegarder en même temps les traditions respectives. En ce sens, l'AELE n'est pas destinée à devenir une mini-communauté.
 - Du point de vue institutionnel, il reste à trouver une solution au problème du «decision shap-ing» et du «decision making». S'il n'est pas question d'interférer dans le processus communautaire, il faut y trouver une place afin que l'accord EEE ne soit pas un accord de satellisation.
 - Il existe une relation entre la possibilité de co-décision et la liste des exceptions qui seront soulevées dans le cadre de la négociation EEE.⁴
 - Le Conseil fédéral n'a jamais exclu formellement à terme le principe d'une adhésion à la CE.⁵
 - L'Europe se construit aussi par les transports. À cet égard, la Suisse doit plaider pour le transport combiné, car elle tient à continuer d'assurer son rôle de pays de transit, tout en devant respecter l'environnement.⁶ En 1994, l'offre de transit ferroviaire sera triplée au Lötschberg, où un nouveau tunnel de base sera inauguré en 2000. En 2010, un nouveau tunnel de base sera opérationnel au Gothard.⁷

3 Cf. à ce propos la notice préparée par Gérard Chappuis, Chef de la Section des organisations internationales à l'Office fédéral des transports (OFT) du DFTCE, à l'attention du Chef du Département, le Conseiller fédéral Adolf Ogi, pour son entretien avec le Ministre italien des transports Carlo Bernini en novembre 1989, dodis.ch/56250. Cf. également la notice préparée par l'OFT pour la visite du président du Conseil italien Giulio Andreotti, dodis.ch/55595.

4 Pour les négociations entre l'AELE et la CE, cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934; doc. 16, dodis.ch/54605; le *télex hebdomadaire* 15/90 du 9 avril 1990, dodis.ch/55114, point 1, et dodis.ch/55260.

5 Cf. DDS 1990, doc. 42, dodis.ch/56411, et le PVCF N° 278 du 14 février 1990, dodis.ch/55203, en particulier le chapitre V: Les alternatives à un traité EEE.

6 Cf. DDS 1990, doc. 49, dodis.ch/56241. Cf. également le *procès-verbal de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États* du 15 février 1990, dodis.ch/56114, en particulier le point 4 des Divers (*procès-verbal particulier* 2): Développements récents du processus d'intégration européenne, pp. 37–39.

7 Cf. à ce propos la *présentation de la politique des transports du Conseil fédéral pour la réunion des ministres*



Réception du Président du Conseil des ministres italien Giulio Andreotti le 14 mai 1990 à Berne par (depuis la gauche) le Président de la Confédération Arnold Koller et les Conseillers fédéraux Jean-Pascal Delamuraz, René Felber et Adolf Ogi, dodis.ch/57289 (CH-SNM LM-179745.14).

Relations Est-Ouest

La CE, et par là bien sûr aussi l'Italie, estime avoir été un élément moteur dans l'émergence d'une Europe nouvelle.

L'Italie tient à ce que l'engagement accru en faveur des pays de l'Est ne relègue pas à l'arrière-plan la nécessaire coopération Nord-Sud. L'Italie donne une grande importance au développement de la CSCE, et se félicite d'y avoir activement collaboré avec la Suisse. De même le Conseil de l'Europe devrait à la lumière des évolutions récentes reprendre une place affirmée dans la concertation Est-Ouest et s'ouvrir aux pays de l'Est.⁸

L'Italie est très intéressée au succès de la nouvelle donne politique à l'Est. Ceci lui fait souhaiter le succès politique de M. Gorbatchev dont les adversaires sont, selon le mot de M. Andreotti, non des personnes physiques mais la multitude des problèmes.

Dans les différents pays de l'Est, il faut chercher à faire baisser la tension issue des problèmes des nationalités, et s'atteler à la mise sur pied de projets de coopération dans le domaine économique et commercial, à un moment où l'ancien système est moribond, et où le nouveau n'existe pas encore.⁹

Pour ce qui touche la CSCE, la participation des États-Unis et du Canada doit être considérée comme un acquis et un succès pour l'institution. Il ne faut rien négliger pour que le calendrier

de l'environnement de l'AELE en avril 1990, dodis.ch/56243.

8 Pour l'évaluation suisse du rôle du Conseil de l'Europe dans la nouvelle architecture européenne, cf. dodis.ch/56047.

9 Pour le processus de réforme en Europe de l'Est, cf. la compilation dodis.ch/C1729 et pour l'aide suisse à l'Europe de l'Est, cf. DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158.

des négociations au sein de la CSCE continue de progresser.¹⁰ En ce qui concerne le désarmement conventionnel des pays de l'Est toutefois, il n'est peut-être pas dans notre intérêt de souhaiter que l'aboutissement soit trop rapide, car le retour de très nombreux soldats soviétiques dans leur pays ne manquera pas d'y provoquer des difficultés supplémentaires.¹¹

La partie suisse a souligné que:

- Il faut faire preuve de retenue devant certaines évolutions en Europe de l'Est (pays baltes) en raison notamment de la gravité des problèmes politiques en URSS même.¹²
- La situation économique en Europe de l'Est est préoccupante dans la mesure où les garanties sociales qui disparaissent devraient faire place à l'inflation et au chômage.¹³
- Il faut éviter de transformer la CSCE en une grande organisation internationale. Elle doit être dotée tout au plus de petits secrétariats permanents spécifiques, le Conseil de l'Europe devant par ailleurs être disponible pour exécuter des tâches définies par la CSCE.
- La commission de Venise pour la démocratie par le droit est une excellente initiative à laquelle la Suisse se rallie, et qui lui rappelle son initiative pour le règlement pacifique des différends, qui sera reprise à Malte l'année prochaine.¹⁴
- Les potentiels militaires en Europe restent importants. Comme pays neutre, la Suisse pense que l'OTAN reste un facteur de stabilité en Europe. Celle-ci dépendra également de l'évolution en Allemagne qui doit être incluse dans un système de sécurité européen.

Relations bilatérales

Les relations bilatérales ne furent que brièvement évoquées dans certains de ses aspects. Le CF Ogi exposa le point de vue suisse sur le ferroutage et remit trois aide-mémoire sur les transports routiers entre les deux pays, les fréquences radio-TV, et les relations aéronautiques¹⁵, tandis que le CF Villiger insista sur l'importance dans le cadre de notre défense aérienne, de pouvoir continuer à entraîner nos pilotes militaires sur la base navale de Decimomannu, en remettant également un aide-mémoire¹⁶ sur ce sujet.

La visite de M. Andreotti se poursuivit le mardi 15 mai au Tessin où il assista, en compagnie de Président de la Confédération et des CF Felber et Cotti, à l'ouverture de la Consulta italo-suisse sur les questions culturelles, procéda à la signature d'un accord de coproduction cinématographique, et fit un exposé sur l'Europe au Palais des congrès.

La visite se termina le même soir à Zurich où M. Andreotti était l'hôte de la chambre de Commerce.

¹⁰ Pour la position de la Suisse sur les différentes questions liées à la CSCE, cf. DDS 1990, doc. 34, dodis.ch/56205.

¹¹ Cf. la compilation thématique Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe, dodis.ch/T1844.

¹² Pour l'attitude de la Suisse vis-à-vis de l'URSS, cf. DDS 1990, doc. 58, dodis.ch/55430, et par rapport aux pays baltes, cf. DDS 1990, doc. 61, dodis.ch/54526.

¹³ Pour l'évaluation suisse de la Situation économique et financière des pays de l'Europe de l'Est, cf. dodis.ch/56413.

¹⁴ Pour la réunion d'experts de la CSCE à La Vallette du 15 janvier au 8 février 1991, cf. la compilation dodis.ch/C1819.

¹⁵ Cf. respectivement dodis.ch/56256, dodis.ch/56471 et dodis.ch/56470.

¹⁶ L'aide-mémoire n'a pas été retrouvé. Sur cette question, cf. la lettre du 4 avril 1990 de l'attaché militaire de la Suisse à Rome, Eugène Scherrer, au Commandant des troupes d'aviation et de défense contre avions, Werner Jung, dodis.ch/56963.

dodis.ch/55586

*Der Chef der Politischen Abteilung II, Botschafter Simonin, an den Vorsteher des EDA,
Bundesrat Felber¹*

EMPFANG DES DALAI LAMA IM EDA

Bern, 29. Mai 1990

(vgl. auch Notiz vom 21.5.90.)²

1. Der Dalai Lama wünscht am Nachmittag des 8. Juni 1990 von Bundesrat Felber empfangen zu werden.

2. Der Dalai Lama besucht die Schweiz, wo sich eine bedeutende Zahl von Exil-Tibetern aufhält, regelmässig, wobei ihm jeweils die Einreisebewilligung mit der Auflage erteilt wurde, sich während seines Aufenthaltes in unserem Land, jeglicher politischer Aktivitäten zu enthalten.

3. Dem regelmässig ausgesprochenen Wunsch des Dalai Lamas von einem Vertreter des Bundesrates empfangen zu werden, ist bisher nie entsprochen worden.³ Die Schweiz betrachtet in Übereinstimmung mit der internationalen Gemeinschaft Tibet als integralen Bestandteil der Volksrepublik China. Sie spricht sich allerdings auch dafür aus, dass die tibetanische Minderheit in der Volksrepublik China ihre eigene Identität finden, ihre jahrhundertealte Kultur beibehalten sowie ihre Religion frei ausüben kann (vgl. Antwort des Bundesrates auf die Einfache Anfrage Longet vom 6.10.1987, Beilage 1).⁴ Die Weigerung des Bundesrates, den Dalai Lama zu empfangen, wird damit begründet, dass es sich bei letzterem um einen religiösen Führer handelt und es daher zu vermeiden ist, durch einen Empfang den Anschein zu erwecken, wir betrachten ihn auch als einen politischen Führer, als welcher er von gewissen seiner Glaubensanhänger auch tatsächlich angesehen wird (vgl. Antwort auf Frage Müller-Meilen vom 13.6.1988, Beilage 2).⁵

4. Der chinesische Botschafter in Bern⁶ sprach innert 10 Tagen zweimal beim Unterzeichneten vor, um sehr eindringlich im Interesse unserer bilateralen Beziehungen von einem Empfang

1 CH-BAR#E2200.174#2000/160#38* (350). Diese Notiz wurde von Botschafter Pierre-Yves Simonin gemeinsam mit dessen Mitarbeiter bei der Politischen Abteilung II des EDA, Christian Hauswirth, verfasst. Kopien der an den Departementschef, Bundesrat René Felber, gerichteten Notiz gingen an den Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, Simonins Stellvertreter François Chappuis sowie an Christian Hauswirth. Diese Kopie ging an die schweizerische Botschaft in Beijing und wurde von Botschafter Erwin Schurtenberger sowie von Botschaftssekretär Rolf Lenz, Botschaftsattachée Marie-Louise Scherer und Kanzleivorsteherin Verena Raffaelli-Jost visiert.

2 Im einschlägigen Dossier CH-BAR#E2010A#1999/367#350* (B.41.21.0) sind vereinzelte v. a. administrative Belange betreffende Unterlagen vom Mai und Juni 1990 zum Besuch des Dalai Lama in der Schweiz abgelegt. Es fehlen jedoch diverse Dokumente, welche gemäss dem auf den aufgefundenen Kopien vermerkten Aktenzeichen B.41.21.0 sich bei normalem Verwaltungsgang darin als sog. «Dossierkopien» befinden müssten. So fehlt in dem Dossier neben dem Original des vorliegenden edierten Dokuments auch die hier erwähnte Notiz vom 21. Mai 1990.

3 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1815.

4 Vgl. das BR-Prot. Nr. 2082 vom 25. November 1987, dodis.ch/56888.

5 Vgl. die Antwort des Bundesrates auf die Frage Nicht-Empfang des Dalai-Lama durch den Bundesrat von Nationalrat Kurt Müller in der Fragestunde des Nationalrats, dodis.ch/56889.

6 Cai Fangbo.

des Dalai Lamas abzuraten. Unser Botschafter in Beijing⁷ ist heute vom Stellvertretenden Direktor der Europa-Amerika-Abteilung⁸ zitiert worden (vgl. Gesprächsnotizen vom 15. und 29.5. sowie Telex aus Beijing vom 29.5.90, Beilagen 3, 4 und 5).⁹

5. Für eine Beibehaltung unserer bisherigen Politik sprechen:

- a) Rücksichtnahme auf die chinesischen Empfindlichkeiten. Das Tibet-Problem ist eine innerchinesische Angelegenheit. Mit einem gewissen Recht könnte daher die chinesische Führung einen Empfang des Dalai Lamas durch die Exekutive auf Bundesebene (oder durch einen hohen Stellvertreter, z. B. Staatssekretär) als eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten betrachten.
- b) Ein Abweichen von unserer Politik könnte unserer diesbezüglichen Berechenbarkeit und Konsequenz in den Augen der Chinesen Schaden zufügen. Das Vertrauen der chinesischen Führung in unsere Unparteilichkeit könnte Schaden nehmen, was unsere Chancen, inskünftig bei der Tibet-Frage gute Dienste leisten zu können, vermindern könnten (z. B. die Schweiz als Standort für Gespräche zwischen den Parteien).
- c) Die Schweiz hat die Tiananmen-Ereignisse und die danach verfolgte repressive Politik klar verurteilt. Die Kriegsmaterialexporte wurden unterbunden und Kontakte auf höherer politischer Ebene mit den chinesischen Behörden vermieden. Damit sind klare politische Signale der Missbilligung gesetzt worden.¹⁰ Dies sollte uns jedoch nicht dazu verleiten, in der politisch anders gelagerten Frage des Tibets, wo es um den Autonomiestatus einer Minderheit geht, von der bisher verfolgten klaren Linie abzuweichen.
- d) Es gilt auch, die mittel- und längerfristigen Interessen unserer Aussenpolitik gegenüber China zu berücksichtigen.¹¹ Eine Befriedigung der öffentlichen Meinung, bzw. von Parlamentariern, die durch den Empfang des Dalai Lamas erzielt werden könnte und nur von befristeter Natur sein kann, steht zudem in einem gewissen Missverhältnis zur Gestaltung unserer Aussenpolitik gegenüber China, die längerfristige Ziele verfolgen muss.

6. Für einen Empfang des Dalai Lamas können folgende Gründe ins Feld geführt werden:

- a) Faktische Aufwertung des internationalen Status' und Ansehen des Dalai Lamas durch die Verleihung des Friedensnobelpreises im vergangenen Jahr.
- b) Sympathien für die gemässigte Haltung des Dalai Lamas in der Tibet-Frage und Solidarisierung mit dessen Forderung nach der Beachtung der Menschenrechte im Tibet inklusive Minoritätenschutz. Dies in einem Zeitpunkt, in welchem unser Land im Rahmen der KSZE der Minoritätenfrage eine besondere Aufmerksamkeit widmet.¹²
- c) Rücksichtnahme auf einen vermutlich gewichtigen Teil der schweizerischen öffentlichen Meinung und des Parlaments.
- d) Haltung anderer europäischer Länder:
Italien: Empfang auf Regierungsebene (nicht Staatspräsident);

7 Erwin Schurtenberger.

8 Wang Yani.

9 Vgl. dodis.ch/55459; dodis.ch/56944 und dodis.ch/56834. Zur Frage des Empfangs von Vertretern chinesischer Menschenrechtsorganisationen im EDA vgl. ferner dodis.ch/55425.

10 Zu den Auswirkungen der politischen Ereignisse in China im Juni 1989 auf die bilateralen Beziehungen mit der Schweiz vgl. dodis.ch/55409. Vgl. ferner die Zusammenstellung dodis.ch/C1714.

11 Für die schweizerischen Beziehungen zu China nach dem Tian'anmen-Massaker vgl. dodis.ch/57006.

12 Am 7. Mai 1990 unterbreitete Staatssekretär Jacobi Bundesrat Felber den Vorschlag, dass die Schweiz sich im Rahmen einer KSZE-Sonderkonferenz über die Minderheitenprobleme engagieren solle, vgl. dodis.ch/56674. Vgl. ferner DDS 1990, Dok. 34, dodis.ch/56205.

BRD: möglicherweise Empfang durch Bundespräsident von Weizsäcker.¹³

Schweden: Gespräche mit der Ministerin für Jugend und religiöse Fragen.¹⁴

7. Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen müssen wir den Entscheid Ihnen, bzw. dem Bundesrat überlassen.¹⁵

PS. Im Falle Sie oder der Bundesrat sich für einen Empfang des Dalai Lamas zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt entscheiden sollten, wäre es angezeigt, vorher eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, in der unsere Haltung in der Tibet-Frage in Erinnerung gerufen wird.

13 Diese Angabe wurde auf der vorliegenden Kopie wahrscheinlich von Botschafter Erwin Schurtenberger handschriftlich durchgestrichen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker empfing den Dalai Lama am 4. Oktober 1990 in seinem Amtssitz in Berlin.

14 Margot Wallström.

15 Der Dalai Lama wurde von Bundesrat Felber nicht empfangen. Hingegen traf er am 7. Juni 1990 im Tibetinstitut in Rikon mit Botschafter Jean-Pierre Keusch, Chef der Direktion für internationale Organisationen, und somit erstmals mit einem Vertreter des EDA zusammen, vgl. dazu dodis.ch/55584.

dodis.ch/55262

Les Conseillers fédéraux Felber et Delamuraz, chefs du DFAE et du DFEP, au Conseil fédéral¹

NÉGOCIATION D'UN TRAITÉ EEE: CONDITIONS POLITIQUES

Berne, 5 juin 1990

En vue de la discussion au Conseil fédéral et en complément des directives détaillées de négociation à l'intention de la délégation suisse, le présent papier a pour objet de rappeler le contexte de cette négociation, en particulier:

- les objectifs fondamentaux de la négociation
- les conditions politiques d'un résultat acceptable
- les difficultés principales de la négociation
- les résultats possibles de la négociation

1. Objectifs politiques

Dans le contexte européen de la fin du XX^e siècle, la Suisse est placée devant un choix fondamental.

1.1. Soit cultiver ses particularismes et le repli sur soi, au risque:

- de l'isolement politique
- d'un développement des forces centrifuges

1 CH-BAR#E1004.1#1000/9#998* (4.10prov.). Cette notice, présentée sous la forme de note politique, est préparée pour la 21^{ème} séance du Conseil fédéral du 11 juin 1990, lors de laquelle les directives pour les négociations sont débattues, et signée par les Conseillers fédéraux René Felber et Jean-Pascal Delamuraz, cf. le PVCF de décision II du 18 juin 1990, dodis.ch/55208. Pour la décision du Conseil fédéral concernant le mandat de négociation, cf. le PVCF N° 1287 du 18 juin 1990, dodis.ch/55263.

- de devoir éventuellement se «raccrocher au train» de l'Europe plus tard, mais en position de faiblesse et de demandeur.

1.2. Soit participer à la construction de l'Europe du XXI^e siècle. Nécessité sans doute plus politique qu'économique dans l'immédiat et dont les modalités doivent rester flexibles afin de pouvoir être adaptées au développement futur sur notre continent.

Dans ce contexte, nous pensons que notre pays doit s'engager résolument dans la négociation d'un Traité EEE: depuis la conclusion de la Déclaration de Luxembourg en 1984,² cette négociation représente la première – et sans doute la dernière – tentative réelle d'ouvrir dans nos relations avec la Communauté Européenne une «troisième voie», située à mi-chemin entre l'accession pure et simple à la Communauté et le maintien de notre situation actuelle de coopération ponctuelle, de cas en cas.

2. Conditions d'un résultat acceptable

2.1. Si le second choix décrit ci-dessus est le bon – il est évident qu'il continuera à y avoir des divergences sur la voie à suivre au sein de l'opinion³ – alors, le Traité devra permettre une solution qui maintienne l'harmonie entre les *spécificités suisses* et la *participation à l'Europe* – faute de quoi un tel Traité n'a aucune chance d'être accepté en votation populaire. Ce corollaire conditionne notre participation à la négociation.

2.2. Autre condition essentielle à la négociation: un intérêt politique de l'ensemble des États membres de la CE à l'élaboration d'un Traité. Même si les événements des douze derniers mois en Europe ont quelque peu détourné l'attention des capitales des Douze de la mise en place de l'EEE, nous devons partir du principe que l'investissement politique consenti de la part des Douze est suffisant pour motiver un succès.

3. Première conclusion: l'intérêt politique de la «formule EEE» est donc:

- d'apporter une solution à court terme tout en nous laissant une marge de manœuvre suffisante pour l'avenir. Il faut rappeler ici que la «formule» est dynamique et n'aboutira pas à un état final et définitif.
- de nous permettre de bénéficier d'un accès non-discriminé au marché intérieur *dans tous ses aspects* (par exemple: éducation) tout en ménageant des *solutions spéciales* – durablement ou transitoirement – en fonction de nos intérêts vitaux (le terme «exception» devrait être abandonné).

4. Les difficultés principales de la négociation

La première constatation qui s'impose est que la négociation sera plus difficile qu'on ne pouvait le penser au début 1989, lors de l'offre du Président Delors d'établir une «forme d'association plus structurée avec des organes communs de décision et de gestion».⁴ Les principales difficultés sont de deux ordres:

4.1. *La CE a considérablement durci sa position*⁵ au cours des derniers mois, à la fois pour des raisons internes et externes. D'une part, la CE a aujourd'hui tendance à être *plus exigeante*

2 Cf. dodis.ch/56099.

3 À propos de la polarisation croissante de l'opinion publique, cf. par exemple les notices du Secrétaire d'État Franz Blankart, Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, au Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Delamuraz, sur les réunions de la Délégation économique permanente, dodis.ch/55546 et dodis.ch/55547.

4 Pour un aperçu des réactions suscitées en 1989 par le discours de Jacques Delors, Président de la Commission européenne, cf. dodis.ch/56512 et dodis.ch/56513.

5 À propos de la position de la CE, cf. le téléx hebdomadaire 19/90 du 7 mai 1990, dodis.ch/55118, point 2 (rapides), ainsi que le téléx hebdomadaire 21/90 du 21 mai 1990, dodis.ch/55120, point 4.

sur l'ampleur de l'acquis communautaire à reprendre comme base du futur Traité et, par conséquent, elle semble de moins en moins disposée à accepter des dérogations de la part des pays de l'AELE; d'autre part, la Communauté a considérablement réduit son *offre institutionnelle*, puisque non seulement il n'est plus question de «mécanismes communs de décision» au niveau de l'EEE, mais qu'en matière consultative aussi (le «décision shaping»⁶), la marge de manœuvre sera vraisemblablement plus mesurée que prévu, en raison de la nécessité de ne pas octroyer des «pouvoirs consultatifs» plus développés à l'AELE qu'au Parlement européen.

Le durcissement de la position communautaire obéit pour une part à des considérations tactiques externes, normales avant toute négociation et internes (mécontentement du Parlement européen), mais il serait faux de n'y voir que la tactique. Cependant, seule la négociation permettra de faire la part du tactique et du fondamental.

4.2. Les autres difficultés tiennent aux divergences au sein de l'AELE, divergences aggravées par la nécessité de s'exprimer d'une seule voix (ce qui revient à confier à d'autres la défense de ses intérêts).⁷ Si les pays de l'AELE ont réussi à demeurer unis tant bien que mal dans les phases préliminaires de la négociation, cette cohésion paraît s'effriter au fur et à mesure où la CE précise ses exigences et où l'on s'approche de la négociation proprement dite.⁸ La Suisse – soucieuse de maintenir une saine relation entre la substance et l'équilibre institutionnel de l'accord – a énormément de peine à faire partager ses préoccupations par les quatre pays nordiques.⁹

Deuxième conclusion: les directives de négociation s'appliquent en fait à une négociation en deux étapes:

- premièrement, à l'intérieur de l'AELE (nécessité de parler d'une seule voix)
- deuxièmement, envers la CE.

5. Les résultats possibles de la négociation

Quatre scénarios sont schématiquement imaginables:

5.1. Un accord qui comporterait une substance acceptable (reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire, dérogations – durables ou transitoires – pour la Suisse, extension de la coopération en matière de politique d'accompagnement) assortie de dispositions institutionnelles garantissant une égalité des droits et obligations des partenaires.

5.2. Un accord qui prévoirait la reprise d'une partie substantielle de l'acquis communautaire mais ne comprendrait pas de mécanisme institutionnel équilibré, c'est-à-dire qui ne permettrait pas à notre pays de participer pleinement à l'élaboration et à l'adoption des règles du futur Espace Économique Européen qui s'imposeraient à lui. Une alternative serait toutefois de compenser l'absence de mécanisme institutionnel, par un «opting-out»¹⁰ des pays AELE, soit la faculté de ne pas accepter les règles futures qui ne nous conviendraient pas.

5.3. Une solution intermédiaire qui se situerait en quelque sorte à mi-chemin des deux hypothèses précédentes. Il s'agirait par exemple d'un résultat qui limiterait à la fois la reprise de l'acquis communautaire existant et les obligations quant à la future législation de l'Espace Éco-

6 À propos du «decision shaping», cf. le PVCF N° 278 du 14 février 1990, dodis.ch/55203, annexe, p. 4. Plus généralement, sur les questions institutionnelles, cf. la compilation dodis.ch/C1886.

7 Sur les difficultés de l'AELE à parler d'une seule voix, cf. par exemple la notice de l'Ambassadeur Jakob Kellenberger, Chef du Bureau de l'intégration DFAE–DFEP, du 16 mai 1990, dodis.ch/55260, et la notice du Secrétaire d'État Blankart au Conseiller fédéral Delamuraz du 28 mai 1990, dodis.ch/55363.

8 À propos de l'unité de l'AELE et des exigences de la CE, cf. DDS 1990, doc. 28, dodis.ch/55291; doc. 40, dodis.ch/55958 et doc. 42, dodis.ch/56411.

9 Cf. DDS 1990, doc. 16, dodis.ch/54605, ainsi que dodis.ch/55363.

10 Cf. le PVCF N° 1287 du 18 juin 1990, dodis.ch/55263, en particulier l'annexe 7, proposition du DFAE et DFEP, chapitre 2: Procédure de décision commune EEE.

nomique Européen, d'une certaine manière «en contrepartie» d'une structure institutionnelle insuffisante. Un tel résultat pourrait créer une situation qui ne serait pas très différente de celle qui prévaut aujourd'hui et constituerait la première étape d'un processus plus long.

5.4 Un échec de la négociation ne doit pas être totalement exclu

- soit pour l'ensemble de l'AELE
- soit pour la Suisse, si le Conseil fédéral est confronté à une situation où il estime impossible d'accepter le Traité, alors que le reste de l'AELE s'en contenterait.¹¹

S'il devait s'avérer – en cours de négociation ou à son terme – qu'une solution équilibrée n'est pas possible (ce pourrait être soit pour des raisons de substance, soit pour des raisons institutionnelles, soit une combinaison des deux facteurs), ce serait au Conseil fédéral d'exercer alors son jugement en fonction de l'ensemble des composantes de la négociation ainsi que des facteurs politiques (intérieurs et extérieurs).

En conclusion générale, si toutes les options présentées ci-dessus sont encore théoriquement possibles, il est néanmoins de moins en moins vraisemblable que nous obtiendrons une solution tout à fait conforme à nos espoirs décrits au point 5.1.

11 Cf. DDS 1990, doc. 42, dodis.ch/56411, et doc. 51, dodis.ch/54683 ainsi que dodis.ch/55363.

dodis.ch/54523

Notiz der Direktion für Völkerrecht des EDA¹

THESENPAPIER ZUR SCHWEIZERISCHEN NEUTRALITÄT

Bern, 8. Juni 1990

1. Verminderter Stellenwert der Neutralität

Verschiedene Wandlungen und Entwicklungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts stellen Bedeutung, Wert und Sinn der Neutralität als Institut des Völkerrechts und als aussenpolitische Maxime der Schweiz zunehmend in Frage:

1.1 Das Neutralitätsrecht hat an Profil und Wirkungskraft verloren. Es wird nur von ganz wenigen Staaten in Europa ernst genommen und gepflegt. Ausserhalb Europas und Nordamerikas ist es weitgehend unbekannt geblieben. Infolge seiner Ausrichtung auf das klassische Bild staatlicher Kriege des 19. Jahrhunderts (offene, mit konventionellen Waffen geführte Kampf-

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1085* (B.51.10). *Dieses Thesenpapier wurde von Thomas Borer von der Sektion Völkerrecht des EDA verfasst. Eine Kopie ging an den Direktor der Politischen Direktion, Staatssekretär Klaus Jacobi. Diese Kopie übermittelte der Chef der Politischen Abteilung I, Botschafter Jenö Staehelin, am 12. Juni 1990 an den Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, mit der Anmerkung: «Wie anlässlich unseres kürzlichen Gesprächs beschlossen, haben wir diese interessante Notiz aus Gründen des thematischen Gleichgewichts und aus anderen Gründen nicht an die Teilnehmer der kommenden Botschafterkonferenz verschickt.» Zur ad hoc einberufenen Regionalen Botschafterkonferenz zum Thema «Europa und die Schweiz» vom 22. bis zum 23. Juni 1990 im Studienzentrums Gerzensee vgl. dodis.ch/55149 und dodis.ch/56301.*

handlungen unter weitestgehender Ausklammerung der wirtschaftlichen und ideologischen Kriegsführung) ist es heute nur noch den Bedürfnissen bei lokal begrenzten bewaffneten Auseinandersetzungen ausserhalb Europas (z. B. Iran–Irak) angepasst.

1.2 Die schweizerische Neutralität hat sich unter den besonderen Gegebenheiten einer vergangenen Epoche herausgebildet und im Rahmen der europäischen Staatengemeinschaft ihre besondere Bedeutung gewonnen. Sie hat dabei der Schweiz die Erhaltung des Eigenen und Besonderen ermöglicht. Der jahrhundertelange Kampf rivalisierender Mächte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft hat aber mittlerweile ein Ende gefunden. Heute lebt die Schweiz neben einer friedlichen Gemeinschaft von Nachbarstaaten, die unsere demokratischen, humanitären, marktwirtschaftlichen Werte weitgehend teilen.

1.3 Der Bedeutungsverlust der schweizerischen Neutralität als wichtiger Pfeiler des europäischen Gleichgewichtssystems wurde nicht durch eine Zunahme ihrer globalen Funktion kompensiert. Im Rahmen der universellen Staatengemeinschaft hat die schweizerische Neutralität mit wenigen Ausnahmen (humanitäres Völkerrecht, Rolle des IKRK)² keinen festen Stellenwert. Ihre «egoistische» Komponente wird in einer Welt der solidarischen Kooperation und weltweiten Integration sogar als fragwürdig oder suspekt bewertet. Die Neutralität ist auch keine unabdingbare Voraussetzung für die Leistung Guter Dienste oder für die Funktion als Sitzland für internationale Organisationen und Ort internationaler Konferenzen.³ Auf diesen Gebieten gibt es paktgebundene Staaten, die darin ebenso erfolgreich sind wie die Schweiz.

1.4 Die starke wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit der westlichen Welt und ihre stets weiter zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von der Europäischen Gemeinschaft relativieren faktisch unsere staatliche Souveränität mehr und mehr. Der Bereich der reinen Selbstbestimmung der Schweiz wird täglich kleiner. Für den Neutralen ist die Handlungsautonomie jedoch absolute Voraussetzung für eine glaubwürdige Neutralitätspolitik.

1.5 Die ursprüngliche Balance- und Stabilisierungsfunktion, welche die bewaffnete schweizerische Neutralität im Rahmen der früheren Mächtekonstellation, insbesondere der Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland, besass, war nach dem Zweiten Weltkrieg in beschränktem Masse noch im Hinblick auf die Ost-West-Spaltung Europas von Bedeutung. Die Wandlungen und Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa⁴ bringen nun auch eine Veränderung dieser Rolle des Neutralen mit sich. Insbesondere relativieren sie den geostrategischen Wert des neutralen schweizerischen Territoriums und die Stabilisierungsfunktion der schweizerischen Neutralität.

1.6 Verschiedene innenpolitische Faktoren, welche zur Entstehung der schweizerischen Neutralität beigetragen haben (z. B. Interessengegensätze zwischen den Kantonen in aussenpolitischen Fragen, Glaubensspaltung in der Schweiz, Gegensätze zwischen den Sprachgruppen), sind weggefallen oder haben stark an Bedeutung eingebüsst.

Diese und andere Entwicklungen berühren die künftige Stellung des «Neutralsten aller Neutralen» aufs Engste und stellen das herkömmliche Unabhängigkeits- und Neutralitätsverständnis der Schweiz grundsätzlich zur Diskussion. Sie werfen Fragen auf: Weshalb und wofür neutral sein? Wieviel an Neutralität und zu welchem Preis? Vermag die traditionelle Neutralität in Bezug auf die Herausforderungen des modernen Europas noch einen Beitrag zu leisten?

2 Zum Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und dem IKRK, vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1855.

3 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Sitzfrage internationaler Organisationen, dodis.ch/T1001.

4 Zum Reformprozess in Ost- und Mitteleuropa vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1729.

2. Der instrumentale Charakter der schweizerischen Neutralität

Wer sich Gedanken über den Sinn der Neutralität im Rahmen einer zukünftigen schweizerischen Aussenpolitik macht, muss sich die aus unserer Geschichte und unserer Verfassung abgeleitete Einsicht vor Augen halten, dass die Neutralität einen bloss instrumentalen Charakter hat. Die Neutralität ist nicht ein Ziel unserer Aussenpolitik an sich, sondern eines unter mehreren Mitteln zur Verwirklichung unserer aussenpolitischen Zielsetzungen.

Daher kann die Neutralitätspolitik der Schweiz nicht losgelöst von den internationalen Gegebenheiten einmal definiert werden und dann immerwährend gelten. Vielmehr muss die Neutralitätspolitik an die sich ändernden internationalen Beziehungen angepasst werden. Neutralitätspolitik ist Interessenpolitik. Als blosses Mittel zum Zweck muss die Neutralität – wie alles politische Handeln – in einer sich wandelnden Welt stets auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft und flexibel an neue Notwendigkeiten angepasst werden. Letztlich muss und soll die schweizerische Neutralität nur in dem Masse aufrechterhalten werden, als sie *besser* als andere Konzepte zur Verwirklichung der für die Schweiz grundlegenden aussenpolitischen Ziele beiträgt.

3. Neutralität und die Herausforderung durch die westeuropäische Integration

3.1 Der Abschluss eines EWR-Vertrages⁵ in der sich zur Zeit abzeichnenden Form und mit dem vorgesehenen Inhalt ist neutralitätsrechtlich nicht relevant. Neutralitätspolitisch erweckt der Abschluss des EWR-Vertrages aber Bedenken, weil die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Schweiz weiter verstärkt und damit ihre herkömmliche Neutralitätspolitik noch weniger glaubwürdig wird.

3.2 Ein Beitritt zur EG wirft neutralitätsrechtliche (u. a. Teilnahme an Wirtschaftssanktionen) und neutralitätspolitische (u. a. politische und sicherheitspolitische Finalität der EG) Probleme auf. Sofern uns die EG bei einem Beitritt nicht weitgehende Vorbehalte zugesteht, können diese Schwierigkeiten nur mit einer Neukonzeption unserer Neutralitätspolitik gelöst werden: die schweizerische Neutralität muss auf die *militärischen und sicherheitspolitischen Aspekte beschränkt werden*;⁶ das bisher gepflegte, wegen der starken wirtschaftlichen Verflechtung grösstenteils falsche Bild einer vollkommenen, integralen Neutralität muss aufgegeben werden. Nur der eigentliche Kern der Neutralität, nämlich das militärische Abseitsstehen unseres Landes bei einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen anderen Staaten, darf auch in Zukunft nicht in Frage gestellt werden. Diesbezüglich müssen die Kriegführenden auf eine dem Neutralitätsrecht entsprechende Haltung des dauernd Neutralen zählen können. Darüber hinaus besteht jedoch kein Anlass, unsere aussenpolitische Handlungsfreiheit weiterhin übermässig einzuschränken und die nicht mehr zeitgemässen Maximen der Unvereinbarkeit von Neutralität und Mitgliedschaft in einer Wirtschaftsunion sowie diejenige der Nichtteilnahme an Wirtschaftssanktionen aufrechtzuerhalten.⁷

3.3 Auch wenn die Schweiz der EG nicht beitrifft, wird die Glaubwürdigkeit ihrer Neutralität in hohem Masse in Frage gestellt: denn welches Mass an Neutralität kann ehrlicherweise von einem Staat noch erwartet werden, der bezüglich seines Volkseinkommens zu über 40 Prozent, bezüglich seiner Einfuhren zu rund 80 Prozent und bezüglich seiner Ausfuhren zu über 65 Prozent vom EG-Block abhängig geworden ist?⁸

5 *Zum Stand der Verhandlungen Anfang Juni 1990 vgl. DDS 1990, Dok. 23, dodis.ch/55262.*

6 *Zur Frage der Neutralität in Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Standortbestimmung der Schweiz vgl. DDS 1990, Dok. 19, dodis.ch/54937, Punkt Elemente der Sicherheitspolitik 90.*

7 *Im August 1990 beteiligte sich die Schweiz mit den gegenüber Irak und Kuwait erlassenen Wirtschaftsmassnahmen erstmals an einem Sanktionsregime der UNO, vgl. DDS 1990, Dok. 29, dodis.ch/55715; Dok. 30, dodis.ch/54497 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1674.*

8 *Für die schweizerische Aussenhandelsbilanz des Jahres 1990 vgl. dodis.ch/54592.*

3.4 Ob die neutrale Schweiz eine Mitgliedschaft in der EG mit ihrer Neutralität vereinbar hält, ist letztlich ein *politisches* Problem: Es geht um die politische Frage, ob die Gesamtinteressen der Schweiz besser durch einen EG-Beitritt mit einem neuen Neutralitätsverständnis oder durch ein Abseitsstehen unter Beibehaltung der überkommenen, sehr strengen Neutralitätspolitik gewahrt werden können. Diese Frage des politischen Preises einer EG-Mitgliedschaft müssen letztlich das Schweizer Volk und die Stände beantworten.

4. Neutralität und der Wandel in Ost- und Mitteleuropa

4.1 Je weniger sich die Staaten des Westens und des Ostens in Antagonismus gegenüberstehen, je mehr ihr Verhältnis durch Kooperation geprägt ist, desto weniger wichtig wird die herkömmliche Stabilisierungs-, Vermittlungs- und Friedensfunktion des Neutralen. Der Schweizer muss sich dieses Wandels der Rolle des Neutralen bewusst werden.

4.2 In dieser Periode des mit einem hohen Grad an Ungewissheit verbundenen Übergangs kann eine auf militärische und sicherheitspolitische Aspekte beschränkte Neutralität weiterhin ein wichtiges Instrument der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik bleiben, zumindest bis ebenbürtige, alternative Sicherheitsstrukturen aufgebaut sind. Der beherrschende Stellenwert der Neutralität als Mittel unserer Aussenpolitik muss aber auch im Hinblick auf Mittel- und Osteuropa reduziert werden. Die Neutralität darf nicht Vorwand für Abseitsstehen und Igelhaltung sein. Wir müssen – im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten eines Kleinstaates – initiativ und aktiv am Aufbau eines neuen, sicheren Europas mitwirken.⁹

4.3 Die vier europäischen Neutralen¹⁰ können während einer Übergangszeit einen stabilisierenden Faktor in einem potentiell destabilisierten Europa bilden. Sie können aufgrund ihres Vertrauenskapitals und ihrer machtpolitischen Unverdächtigkeit wichtige sicherheitspolitische Funktionen übernehmen (Verifikation, Friedenstruppen, Wahlbeobachter,¹¹ friedliche Beilegung von Streitigkeiten).¹² Mittel- oder langfristig wird aber die Neutralität alleine kein sinnstiftendes Kriterium für eine gemeinsame Aussenpolitik der vier Neutralen bilden können.

4.4 Es ist denkbar, dass ein Status der Neutralität mittelfristig allenfalls im künftigen Europa wieder erweiterte Bedeutung gewinnt. Gesetzt der Fall, die Reformen in Osteuropa¹³ schreiten friedlich und unbehindert voran, der Aufbau pluralistischer Systeme nach westlichem Vorbild wird möglich, und vor allem, die Sicherheitspolitik der Sowjetunion begnügt sich damit, dass diese Region nicht in gegnerische Allianzen einbezogen wird, so ist es denkbar, dass gewisse Oststaaten nach und nach einen neutralitätsähnlichen Status anstreben. Diese Staaten müssten wohl – etwa dem Beispiele Finnlands und Österreichs folgend – gewisse sicherheitspolitische Konzessionen zugunsten der benachbarten Grossmacht eingehen, wären aber im übrigen politisch und militärisch unabhängig.

4.5 Sofern in Europa ein den ganzen Kontinent umfassendes System kollektiver Sicherheit (einschliesslich der Möglichkeit von militärischen Zwangsmassnahmen) entsteht, so wird sich

9 Zur Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158.

10 Finnland, Österreich, Schweden und die Schweiz bildeten die informelle Gruppe der «vier Neutralen», vgl. die thematische Zusammenstellung Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten, dodis.ch/T1827.

11 So beteiligte sich die Schweiz im Rahmen der Beistandsgruppe der Vereinten Nationen für die Übergangsperiode (UNTAG) in Namibia erstmals an einer friedenserhaltenden Operation der UNO, vgl. DDS 1990, Dok. 31, dodis.ch/56036.

12 Zum neuerlichen Interesse am schweizerischen Vorschlag für ein System der friedlichen Streitbeilegung im Rahmen der KSZE vgl. DDS 1990, Dok. 34, dodis.ch/56205. Dagegen wurde die traditionelle Mittler- und Koordinatorenrolle der Neutralen und Nichtgebundenen (N+N) gerade im KSZE-Prozess zunehmend in Frage gestellt; *ibid.*

13 Vgl. Anm. 4.

für die Schweiz die Frage der Beibehaltung der Neutralität noch verschärfter stellen: Sollen wir uns an diesem Sicherheitssystem beteiligen und die Neutralität aufgeben (Mitwirkung an militärischen Massnahmen) oder sollen wir als militärisch neutraler Staat abseitsstehen?

25

dodis.ch/54851

Gespräch des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, mit dem Vizepräsidenten des African National Congress, Mandela, vom 8. Juni 1990¹

BESUCH VON NELSON MANDELA

Bern, 11. Juni 1990

Im Verlauf seiner sechswöchigen – bis Mitte Juli dauernden – Reise durch Europa, Nordamerika und Afrika, besuchte Nelson Mandela ebenfalls die Schweiz und wurde am 8. Juni 1990 in Bern von BR Felber zu einem Arbeitsgespräch empfangen. Mandela konnte somit verhältnismässig frühzeitig der Einladung zum Besuch der Schweiz entsprechen, welche ihm kurz nach seiner Haftentlassung ausgesprochen worden war. Mandela äusserte im Verlaufe des Gesprächs, dass er bei anderer Gelegenheit die Schweiz und seine Bewohner näher kennenlernen möchte.

Aus Genf kommend, wo er vor dem Weltkirchenrat und vor der Internationalen Arbeitsorganisation gesprochen hatte (ein Treffen mit IKRK-Präsident Sommaruga sagte Mandela wegen Ermüdung kurzfristig ab), traf Mandela in Begleitung seiner Gattin mit Verspätung im Belpmoos ein, wo sie von BR Felber begrüsst wurden.

Zu Beginn der offiziellen Gespräche hiess *BR Felber* Mandela herzlich willkommen, dankte ihm für den Besuch und zollte dem südafrikanischen Schwarzenführer Respekt für die durchgestandenen Leiden in langjähriger Gefangenschaft. BR Felber begrüsst die Veränderungen in Südafrika als hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft. Getreu ihrer Politik habe sich die Schweiz stets für die Einhaltung der Menschenrechte in Südafrika eingesetzt und habe die Rassentrennung verurteilt. BR Felber ging ausführlich auf die (in den letzten Jahren) stattgefundenen Kontakte mit dem ANC ein² und hob insbesondere die direkte oder indirekte Unterstützung des ANC im Rahmen der Positi-

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#386* (A.22.14.07.03). Diese Notiz wurde höchstwahrscheinlich von André Brandel verfasst, der in der Politischen Abteilung II des EDA stv. für Südafrika zuständig war. Der Text wurde als Punkt 2 im Wochentelex 24/90 vom 11. Juni 1990 versendet, auszugsweise bereits als Punkt 1 (*rapides*), vgl. dodis.ch/55101. Seitens des African National Congress (ANC) nahmen, nebst Nelson Mandela, auch dessen Gattin Winnie Madikizela-Mandela, der Direktor für internationale Angelegenheiten Thabo Mbeki, der Treasurer General Thomas Titus Nkobi, Liaison Officer Trevor Abrahams sowie Ismail Meer am Gespräch im von Wattenwyl-Haus in Bern teil. Bundesrat René Felber wurde begleitet von seinen persönlichen Mitarbeitenden Margrith Hanselmann und Pierre Combernous sowie von Henri-Philippe Cart von der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, dem Presse- und Informationschef Michel Pache, sowie François Chappuis und André Brandel von der Politischen Abteilung II des EDA sowie von Othmar Wyss vom Bundesamt für Aussenwirtschaft des EVD.

2 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1776.



Porträt des ANC-Vizepräsidenten Nelson Mandela an der 77. Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) der UNO in Genf am 8. Juni 1990, dodis.ch/57290 (CH-SNM LM-179746.17).

ven Massnahmen³ hervor. Die Schweiz sei auch weiterhin bereit, u. a. die wirtschaftlichen Kontakte mit dem ANC zu fördern. BR Felber vermerkte auch die Interventionen zugunsten bestimmter Gefangener in Südafrika (für deren Freilassung oder Begnadigung im Falle von Todesurteilen).⁴

Mandela zeigte sich seinerseits geehrt durch die Einladung. Die Schweiz habe in der Vergangenheit bewiesen, dass sie dem Frieden verpflichtet sei. Er dankte für die schweizerische Hilfe und Unterstützung an die Bevölkerung von Südafrika und für die Bemühungen zugunsten seiner Befreiung sowie diejenige anderer ANC-Mitglieder. Alle diese Unterstützungen hätten ihm geholfen, in der Vergangenheit durchzuhalten und Schwierigkeiten zu meistern. Er hoffe und danke für weitere Unterstützungen von ANC-Anliegen.

Tatsächlich hätten in Südafrika Veränderungen stattgefunden, stellte Mandela fest. Er akzeptiere und begrüße sie auch. Der ANC anerkenne Präsident de Klerk's wichtige Rolle. Letzterer hätte mutige Schritte getan und eine neue Richtung eingeschlagen. De Klerk habe die ehrliche Absicht, eine Lösung und Frieden zu suchen.⁵

Im letzten Treffen, führte Mandela weiter aus, wurden der Regierung die Hindernisse zu eigentlichen Verhandlungen klargestellt: Rückkehr der Exilierten, Befreiung der politischen Ge-

3 Zum Programm der positiven Massnahmen vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1770.

4 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1771.

5 Zum Besuch des Staatspräsidenten von Südafrika, Frederik Willem de Klerk, vom 22. Mai 1990 in Bern vgl. dodis.ch/54799.

fangenen, Beendigung von politischen Prozessen, Aufhebung des Ausnahmezustandes und Beseitigung von unterdrückenden Gesetzen. Der ANC habe diese Forderungen in der Folge von einem eigens dafür geschaffenen Komitee überwachen lassen. Ein entsprechender Bericht vom 21. Mai 1990⁶ liege vor. Es gehe nun darum, diesbezügliche Zusagen auch tatsächlich von der Regierung verwirklichen zu lassen. Die teilweise Aufhebung des Ausnahmezustandes (in der Provinz Natal bleibt das Notrecht im Moment noch in Kraft) und die Befreiung von politischen Gefangenen trügen ohne Zweifel zu einer besseren Atmosphäre bei.

Das Hauptanliegen des ANC bleibe trotz all diesen Veränderungen bestehen und müsse erfüllt werden: das «One man – one vote» Prinzip; (ginge es nach dem Willen der Opposition, so würde zuerst eine gemischte Übergangsregierung die Macht übernehmen und eine gemäss dem «one man – one vote» Prinzip gewählte Konstituante würde hierauf eine neue Verfassung zentralistischen, unitären Zuschnitts annehmen). Eine auf diesem System aufgebaute Verfassung, so Mandela, garantiere die Rechte der weissen Minderheit. Der ANC hoffe, dass die Schweiz diesen von ihm gewählten Weg unterstütze, ein Weg, welcher von den bereits besuchten Ländern akzeptiert würde.

Mandela vertrat daraufhin vehement die Ansicht, der internationale Druck auf Südafrika dürfe jetzt nicht gelockert werden; nur durch Druck könne die Rassentrennung vollständig beseitigt werden. Die Schweiz solle ihre Position bezüglich Sanktionen überdenken und ändern und sich anderen europäischen Ländern anschliessen. Mandela fügte bei, dass die Aufrechterhaltung der Sanktionen von den afrikanischen Staaten, den Frontstaaten, der OAU und den Commonwealth-Ländern – mit einer Ausnahme – sowie von der Blockfreienbewegung befürwortet werden. Präsident Mugabe (Präsident der OAU)⁷ habe die EG schriftlich um Aufrechterhaltung der Sanktionen gebeten. Die beiden Gewerkschaften COSATU und NACTU erachteten Sanktionen als nötig. Er wisse, dass die Schweiz sich in der Frage der Sanktionen auf die Neutralitätspolitik stütze und die Schweiz glaube, Sanktionen würden den Schwarzen schaden.⁸ Es läge aber an den Schwarzen Südafrikas zu entscheiden, mit welchen Mitteln das Ziel der vollständigen Abschaffung der Rassentrennung erreicht werden könne: und dies seien Sanktionen. Die schwarze Bevölkerung sei auch bereit, den Preis wie Arbeitslosigkeit und weiterhin schlechtes Erziehungswesen dafür zu bezahlen. Mandela fügte bei «there is no easy way to liberation».

Die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Südafrika, so Mandela, hätten zugenommen⁹ und südafrikanische Multinationals – wahrscheinlich in Anspielung auf die neue Zentrale der südafrikanischen Firma de Beers in der Schweiz¹⁰ – hätten sich in der Schweiz angesiedelt. Auch dies trüge dazu bei, die Regierung Südafrikas davon abzuhalten, die Apartheid vollständig abzuschaffen.

Auf seiner Reise werde Mandela alle Staaten bitten, die Antiapartheid-Kräfte in Südafrika zu unterstützen. Es gäbe aber keine Lösung des Problems, ohne dass der ANC an diesem Prozess beteiligt sei. Die Mehrzahl der Homelands arbeiteten gemäss Mandela in irgend einer Form mit dem ANC zusammen. Buthlezi (Chef-Minister des Homeland Kwazulu) sei der einzige, welcher sich gegen den ANC gestellt habe – und dieser würde offenbar von der Schweiz unterstützt. Die Unruhen in Natal seien auf die Zersplitterung der Meinungen betreffend Unterstützung für

6 Final Report of the Working Group on political offences.

7 Zum Zeitpunkt dieses Gesprächs war Hosni Mubarak Vorsitzender der OAU. Vgl. dazu auch den Politischen Bericht Nr. 16 von André von Graffenried vom 23. August 1989, dodis.ch/55665.

8 Zur Haltung der Schweiz zu den Sanktionen gegenüber Südafrika vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1768.

9 Die 1986 gemeinsam vom EDA und EVD eingesetzte Arbeitsgruppe Südafrika, welche periodisch über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika berichtete, kam zu einem anderen Ergebnis, vgl. dazu dodis.ch/56570 und dodis.ch/54800.

10 Vgl. dazu dodis.ch/56798.

ANC oder für Buthelezi zurückzuführen.¹¹ Durchgeführte Rallies hätten aber auch dort eine krasse Mehrheit für die Anliegen des ANC an den Tag gelegt. Die Schweiz solle, so Mandela, Buthelezi nicht mehr unterstützen.

Schliesslich verwies Mandela auf den Umstand, dass die Regierung offenbar die Kontrolle über die Sicherheitsorgane (Polizei und Armee) verloren habe. Urplötzlich seien Elemente aufgetaucht, die zu einer Polarisierung dieser gefährlichen Situation beigetragen hätten. Mandela befürchte die Schaffung von paramilitärischen Gruppen – ein weiterer Grund seines Appells an die internationale Gemeinschaft, Sanktionen aufrechtzuerhalten.

BR Felber nahm Kenntnis von den Ausführungen Mandelas. In einem Punkt müsse er aber widersprechen, sagte er. Die Schweiz unterstütze Buthelezi nicht. Seines Wissens täten dies einzelne schweizerische Unternehmen.¹² Die Schweiz teile voll und ganz das Prinzip der Einheit. Er würde selbstverständlich den Bundesrat über dieses Gespräch unterrichten, auch was die Frage der Sanktionen betreffe. BR Felber ging nicht weiter auf die Frage der Sanktionenpolitik der Schweiz ein, wohl im Bewusstsein, dass der Hauptfeiler unsere Politik in Südafrika u. a. bezweckt, den Dialog zwischen der Regierung und der Opposition zu fördern. Dieser Umstand dürfe Mandela wohlbekannt sein. BR Felber erklärte, dass die (Handels) Beziehungen mit Südafrika keineswegs so gut seien, wie von Mandela angenommen. Der Plafond des Handelsaustausches z. B. sei nicht erreicht. Waffenverkäufe fänden keine statt. BR Felber wisse, dass grosse Teile des Schweizervolkes die Anliegen für schwarze Bevölkerung unterstützten und sich in dieser Angelegenheit sehr sensibel zeigen. Der Bundesrat würde u. a. mit Hilfe der schweizerischen Botschaft in Pretoria die kommenden Ereignisse in Südafrika, aber insbesondere auch was die Demobilisierung der Rebellen in den Frontstaaten betreffe, sehr genau verfolgen und sich entsprechend verhalten.

Bei dem anschliessend geführten separaten Gespräch wurde BR Felber gebeten, die sehr heikle Rückkehr der Exilierten durch finanzielle Hilfe zu unterstützen.¹³ Dieser Aspekt bereitet dem ANC offensichtlich grosse Sorge.

Alle schweizerischen Teilnehmer an diesem Gespräch waren beeindruckt von der Persönlichkeit Mandelas, von seiner Ausstrahlung, von seiner Vitalität und von seiner trotz jahrelanger Haft pragmatischen und unverbitterten Vorgehensweise, wie er eine Lösung der Probleme in Südafrika anzustreben bereit ist. Man ist geneigt zu glauben, dass seine im Verlauf des vorgenannten Gesprächs gemachte Bemerkung, in Südafrika dürfe es weder Gewinner noch Verlierer geben, nicht bloss ein Lippenbekenntnis war.

11 Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 8 der schweizerischen Botschaft in Pretoria vom 22. August 1990, dodis.ch/55340.

12 Vgl. dazu dodis.ch/56801.

13 Vgl. dazu dodis.ch/54801. Am 12. September 1990 gewährte der Bundesrat einen Zusatzkredit von 10 Mio. CHF für das Programm zur Unterstützung der Rückkehr der Exilierten nach Südafrika. Im Antrag des EDA wurde ausdrücklich auf das Ansuchen Mandelas Bezug genommen, vgl. das BR-Prot. Nr. 1828 vom 12. September 1990, dodis.ch/54534.

dodis.ch/56121

Extrait

Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur de Pury¹

RAPPORT SUR LA MISSION ÉCONOMIQUE SUISSE AU BRÉSIL, 2-6 JUILLET 1990

À l'usage exclusif du service

Berne, 9 juillet 1990

1. Programme et objectifs

Le Conseiller fédéral J.-P. Delamuraz (CFD) s'est rendu la semaine dernière au Brésil à la tête d'une importante délégation économique mixte. Première du genre à s'être rendue à l'étranger à ce niveau, la délégation comprenait l'Ambassadeur D. de Pury, délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, et une trentaine de personnalités dirigeantes de l'économie sous la conduite du Président P. Borgeaud du Vorort (voir liste de la délégation annexée).²

La mission avait trois objectifs:

- témoigner de l'engagement extraeuropéen de la Suisse à un moment où notre pays se concentre de manière parfois trop exclusive sur l'Europe;
- relancer nos relations avec notre principal partenaire économique en Amérique latine,³ le Brésil, à un moment où celui-ci, pour la première fois en plus de quarante ans, s'apprête à ouvrir son économie à la concurrence mondiale (Plan Collor);⁴
- et, de manière plus concrète, entamer des négociations, autant sur le plan bilatéral que multilatéral, sur les conditions cadres de nos échanges économiques.

La mission intervenait à un moment particulièrement propice. Non seulement elle était la première délégation de cette importance – sa composition mixte lui conférait une dimension supplémentaire par rapport à une visite officielle ou une mission d'hommes d'affaires – à rencontrer le nouveau président brésilien⁵ et ses principaux ministres. Mais encore, elle arrivait à Brasilia trois jours seulement après l'annonce, par les autorités brésiliennes, du volet «ouverture du marché brésilien aux produits et aux investissements étrangers». ⁶ C'est ainsi que la délégation a été extrêmement bien reçue tant à Brasilia, qu'à São Paulo et à Rio de Janeiro et qu'elle a bénéficié d'un fort impact médiatique.⁷

Les trois objectifs énoncés ci-dessus ont pu être atteints au-delà de toute espérance. Les contacts noués à Brasilia avec le Président Collor, la Ministre de l'économie et des finances Cardoso, le Ministre des affaires étrangères Rezek, d'autres membres du gouvernement ainsi que le

1 CH-BAR#E2200.114A#1999/62#11* (101.1). Ce rapport est rédigé par Jean-Jacques Maeder, Chef de la Section pays industrialisés latino-américains de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du DFEP, et signé par l'Ambassadeur David de Pury, Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux.

2 Pour une liste complète des membres, cf. le facsimilé dodis.ch/56121.

3 À propos des relations économiques entre la Suisse et le Brésil, cf. les rapports d'Oscar Knapp, conseiller économique de l'Ambassade de Suisse à Brasilia, dodis.ch/54768 et dodis.ch/56156.

4 Pour un avis plus contrasté sur la situation politique du Brésil, cf. la notice de la Division politique II du 22 juin 1990, dodis.ch/54769.

5 Fernando Collor de Mello a pris ses fonctions comme Président de la République fédérative du Brésil en mars 1990.

6 Pour une présentation détaillée de ce plan de la part des autorités brésiliennes, cf. dodis.ch/56695.

7 Sur le bon accueil brésilien de la mission suisse, cf. aussi dodis.ch/56146.

Président de la Banque centrale⁸ et, à São Paulo et Rio, avec le secteur privé brésilien de même que la communauté économique suisse du Brésil ont permis de réaliser une véritable percée dans les relations économiques suisses avec le Brésil.

2. Impressions générales et résultats de la mission

2.1. Les chances du plan Collor

La nouveauté du plan Collor, par rapport aux nombreux plans qui l'ont précédé, se situe dans son volet microéconomique. C'est la première fois que le Brésil, protectionniste depuis des décennies, décide d'ouvrir son marché aux exportateurs et investisseurs étrangers. Ce pas révolutionnaire vers une véritable économie de marché est une indication que le Brésil – huitième puissance économique du monde – a réalisé que le contexte mondial a changé et que sa seule chance de survie est d'abandonner sa stratégie de substitution des importations et de se jeter résolument dans une stratégie d'exportation.

Le secteur privé surtout manifeste davantage d'optimisme quant aux chances de réalisation à moyen et à long terme de ce volet microéconomique du programme Collor que quant à celles du volet macroéconomique du plan: libéralisation massive de fonds privés, gel des prix relâché progressivement etc., bref une attaque frontale contre l'inflation, devenue une deuxième nature du Brésil et des Brésiliens. Ce n'est pas la première fois que les Brésiliens se voient soumis à ce traitement de choc et nombreux sont ceux qui à la fois craignent et constatent une reprise de l'inflation.

Dans l'ensemble pourtant, la détermination du jeune et dynamique Président Collor (41 ans) et de sa Ministre de l'économie Zélia Cardoso (36 ans) paraît grande.⁹ Aussi, les jeunes du pays et une majorité du secteur privé paraissent-ils vouloir la réussite du plan Collor. Le Brésil, enfin, est un pays ambitieux qui veut jouer un rôle dans le monde de plus en plus globalisé d'aujourd'hui. Autant d'éléments qui font penser que le plan Collor a une chance réelle de transformer le Brésil. Cela même si les obstacles autant politiques que de développement paraissent énormes. La population du Brésil (plus de 140 millions d'habitants) a plus que triplé depuis la deuxième guerre mondiale et les problèmes de sous-développement de vastes régions et couches de la population demeurent énormes.

Sur le *plan politique*, il se confirme au Brésil comme ailleurs qu'il n'est pas aisé de jouer simultanément le jeu de la démocratisation politique et de la libéralisation économique. Les prochaines élections au parlement et dans les États (gouverneurs) seront un formidable test politique pour le président et son programme. Ce qui, paradoxalement, pourrait l'aider est le fait que personne ne s'attend à ce que le petit parti qu'il a créé pour se faire élire devienne majoritaire, mais que tout le monde pense que Collor reste un président populaire qui gouvernera par dessus la tête du parlement en faisant directement appel au soutien du peuple.

Dans l'ensemble donc un constat d'espoir. Le Brésil veut réussir et c'est surtout cette volonté qui a frappé durant la visite.

2.2. Résultats de la visite

C'est dans ce climat d'extraordinaire espoir que CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*], s'adressant à la communauté économique suisse au Brésil, a lancé le défi d'un doublement des investissements suisses dans ce pays d'ici l'an 2000.¹⁰ En devenant le troisième investisseur étranger au Brésil – après les États-Unis et la RFA et ex æquo avec le Japon – la Suisse a prouvé qu'elle sait réussir au Brésil. Plus de 250 entreprises suisses y sont actives aujourd'hui, de sorte que notre

8 Ibrahim Eris.

9 Pour l'entretien du Conseiller fédéral Delamuraz avec Zélia Cardoso de Mello, cf. dodis.ch/56698.

10 Pour un aperçu des investissements suisses au Brésil, cf. dodis.ch/56154.

économie est en excellente position pour tirer le meilleur parti d'un redémarrage économique du Brésil. Les entretiens menés à Brasilia ont porté sur la création de conditions cadres optimales – bilatérales et multilatérales – pour la relance des relations économiques helvético-brésiliennes.

Au titre des *conditions cadres bilatérales*, CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] est convenu avec la Ministre de l'économie Cardoso d'entamer immédiatement des pourparlers visant la conclusion d'un *accord de double imposition*¹¹ et d'un *accord sur la promotion et la protection des investissements*. Les négociations bilatérales au titre de l'Uruguay Round sur la *réduction des obstacles tarifaires et non tarifaires* vont également se poursuivre à Genève. CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] a également laissé entrevoir l'octroi au Brésil d'un *crédit mixte* pour la construction dans une des régions défavorisées du pays d'une centrale d'énergie solaire (intérêt d'Asea Brown Boveri).

Quant aux *conditions cadres multilatérales*, CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] a abordé avec ses interlocuteurs brésiliens les nombreux problèmes ayant trait au cycle de l'Uruguay du GATT et à la dette brésilienne.

Pour ce qui est du *cycle de l'Uruguay*, le Brésil a très nettement changé de ton et d'attitude. Alors que jusqu'ici le Brésil n'a fait que compliquer et freiner la négociation de Genève, les interlocuteurs de CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] de la nouvelle équipe gouvernementale l'ont assuré que le Brésil avait dorénavant l'ambition d'atteindre d'ici la fin de l'année un résultat négociatoire substantiel. Cela vaut surtout pour les règles du jeu du commerce mondial (clause de sauvegarde p. ex.).¹² Un changement d'attitude peut être constaté également dans le domaine clé de la protection de la propriété intellectuelle. La décision présidentielle de préparer une nouvelle loi sur la propriété intellectuelle, contenant la protection des brevets pharmaceutiques (produits finis et processus de fabrication), est un pas dans la bonne direction.¹³ Il y a bon espoir qu'à Genève le Brésil abandonnera son opposition intransigeante à l'introduction des normes de la protection de la propriété intellectuelle dans l'accord du GATT. Si aucune promesse n'a été faite à ce sujet, les discussions – également au niveau des hauts fonctionnaires – ont laissé la très nette impression que la position brésilienne étant en voie de révision. Toujours au titre du cycle de l'Uruguay, CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] a bien entendu fait l'objet de pressions dans le secteur agricole. Comme beaucoup d'autres membres du groupe de Cairns, le Brésil également établit un lien entre l'agriculture, où la Suisse est sur la défensive, et la propriété intellectuelle, où la Suisse est dans l'offensive.¹⁴

Quant à la *dette*, les Brésiliens ont assuré CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] qu'ils voulaient régulariser leur situation vis-à-vis du Fonds monétaire international, de la Banque mondiale, du Club de Paris et des banques commerciales d'ici l'automne.¹⁵ Les négociations avec le FMI et les contacts avec les banques ont déjà commencé. CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] a exprimé à ses interlocuteurs les conditions d'une réactivation de la garantie des risques à l'exportation (GRE), acutellement suspendue pour le moyen et long terme.¹⁶ Les arriérés de paiements du

11 Cf. les deux notices de Knapp sur les accords de double imposition signés par le Brésil et sur l'intérêt d'un tel accord pour les banques suisses implantées au Brésil, dodis.ch/56150 et dodis.ch/56159.

12 Pour la position du Brésil durant l'Uruguay Round du GATT, cf. dodis.ch/56160.

13 Pour les entretiens avec le Secrétaire d'État pour la science et la technologie, José Goldemberg, cf. dodis.ch/56696. Pour la préparation suisse en amont, cf. notamment les «speaking notes» préparées par Thomas Cottier, Directeur adjoint de l'Office fédéral de la propriété intellectuelle du DFI, à l'occasion de la visite du Directeur de la Direction politique du DFAE, le Secrétaire d'État Klaus Jacobi, en mars 1990, dodis.ch/54598, ainsi que la notice de Knapp du 6 juin 1990 pour la délégation mixte, dodis.ch/56155.

14 Sur la position respectivement de la Suisse et des pays du groupe CAIRNS, cf. DDS 1990, doc. 20, dodis.ch/54816 et doc. 57, dodis.ch/54822.

15 Le Conseiller fédéral Otto Stich, Chef du DFF, effectue une visite à Brasilia en août au sujet des relations avec le FMI, cf. le *télex hebdomadaire* 33/90 du 13 août 1990, dodis.ch/55153, point 1.

16 Cf. la notice de Knapp sur les relations économiques bilatérales, dodis.ch/56156, pp. 10–11.

Brésil vis-à-vis de la Suisse (dette publique) se montent actuellement à 14 millions de francs, situation que les autorités brésiliennes souhaiteraient régulariser de façon accélérée et qui fera l'objet de pourparlers bilatéraux. En résumé, le Brésil donne l'impression d'avoir voulu mettre sur pied tous les volets de son ambitieux programme économique – ce qui est aujourd'hui chose faite – avant de s'occuper de sa dette. Cela explique le retard pris par le Gouvernement Collor. Les choses devraient maintenant s'accélérer et le Brésil sera sans doute le prochain pays à bénéficier à la fois du plan Brady et du plan Bush (désendettement public).

CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*] a abordé avec les Brésiliens également les problèmes en rapport avec le secteur de l'informatique. Jusqu'ici le Brésil cherchait à favoriser son industrie de l'informatique en fermant son marché à toute concurrence étrangère. Cette politique touche à sa fin, puisque Collor va là aussi introduire une nouvelle loi.

CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*] a d'ailleurs remis à ses interlocuteurs deux aide-mémoire, l'un sur la protection de la propriété intellectuelle (notamment aspects GATT), l'autre sur l'urgence d'ouvrir le marché de l'informatique.¹⁷

3. Conclusions et follow-up

Au moment où le Brésil prend un nouveau départ, les bases ont été créées pour un redémarrage également de nos relations économiques bilatérales. Cela présuppose bien entendu un gros effort dans le suivi de la visite. Mis à part les négociations bilatérales qui vont commencer – dans les secteurs des investissements, de la double imposition, des obstacles tarifaires et non tarifaires et de la dette –, les étapes suivantes ont été prévues dans le cadre de la relance de nos relations:

- *Octobre 1990*: assemblée générale de la Chambre de commerce suisse-brésilienne à Berne, avec participation si possible d'une haute personnalité brésilienne.
- *Octobre/novembre 1990*: atelier (workshop) sur la coopération économique entre la Suisse et le Brésil organisé par l'OSEC et patronné par le Vorort, le VSM, la SSCI, la Chambre de commerce latino-américaine en Suisse et la Chambre de commerce suisse-brésilienne.
- *Février 1991*: Visite du Président Collor à Davos (symposium) et si possible à Berne avec rencontre avec la délégation économique qui vient de se rendre au Brésil.

Dernière remarque:

Il ne fait pas de doute que la formule «Délégation mixte» est une excellente formule, du moins pour certains pays. Elle avait été déjà utilisée avec succès, à un niveau moins élevé (ambassadeur de Pury), deux mois après l'avènement du Président Salinas au Mexique (avril 1989).¹⁸ Les relations entre la Suisse et le Mexique sont aujourd'hui en voie de relance: visite Salinas en Suisse, négociation d'un accord-cadre.¹⁹ Nous serions bien avisés de persévérer dans cette voie, surtout à un moment où nous sommes en danger de négliger nos relations économiques extraeuropéennes, plus importantes que jamais. C'est ainsi que d'entente avec le Vorort, CFD [*Conseiller fédéral Delamuraz*] prévoit une mission du même type durant le premier semestre de 1991 et ceci en Corée et dans un pays de l'ASEAN.

[...] ²⁰

17 Cf. respectivement dodis.ch/56636 et dodis.ch/56699. Après ces entretiens, l'Ambassade de Suisse à Brasilia fait parvenir aux autorités brésiliennes un résumé des positions suisses en matière de droit des brevets, cf. dodis.ch/56703.

18 Cf. le rapport sur la mission économique au Mexique de l'Ambassadeur de Pury du 21 avril 1989, dodis.ch/56161.

19 Pour la visite de Carlos Salinas de Gortari en Suisse, cf. DDS 1990, doc. 4, dodis.ch/56233, et pour la conclusion de l'accord-cadre, cf. le PVCF N° 909 du 9 mai 1990, dodis.ch/56527.

20 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/56121.

dodis.ch/54862

Notiz des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EDA¹

BANK- UND FINANZBEZIEHUNGEN SCHWEIZ–JAPAN

Bern, 9. Juli 1990

1. Das japanische Finanzsystem als Ausgangslage

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der japanische Finanzmarkt nach amerikanischem Vorbild, aber mit japanischen Spezifitäten reglementiert und abgeschottet, um die Zinssätze tiefer als auf dem freien Markt zu halten und die Internationalisierung des Yen zu verhindern. Mittels niedriger Zinssätze und Unterbewertung des Yen sollten der wirtschaftliche Wiederaufbau gefördert und äussere Einflüsse unter Kontrolle gehalten werden. Besonderes Gewicht kam (und kommt heute noch) der Segmentierung des Banksystems in verschiedene Banktypen und der in Art. 65 «Securities and Exchange Law» vorgesehenen Trennung des Kommerzbank- vom Investmentbankgeschäft (Wertpapierhandel) zu, welche dem in der Schweiz geltenden Universalbanksystem entgegenlaufen.

Diese Reglementierung und Abschottung liess ein protektionistisches System entstehen, das ausländische Institute sowohl in Bezug auf Niederlassungsbedingungen als auch auf Geschäftsmöglichkeiten benachteiligt. Unter diesen Umständen spielte das *Instrument der Reziprozität* von Beginn unserer bilateralen Bankbeziehungen an eine entscheidende Rolle zur Herstellung ausgeglichener Bedingungen für unserer Banken.

2. Entwicklung der schweizerischen Reziprozitätspolitik

Den Auftakt der bilateralen Bankbeziehungen bildete 1969 das Gesuch der Bank of Tokyo um Errichtung einer Filiale in der Schweiz.² In der Folge entwickelte sich bis 1976 eine Phase der *numerischen Reziprozität*, d. h. jedem japanischen Gesuch (3) wurde die Forderung nach Gewährung einer Banklizenz an eine unserer drei Grossbanken gegenüber gestellt.³ Mit der Zeit drängten aber zunehmend japanische Institute in die Schweiz, während ein entsprechendes schweizerisches Interesse an einer Etablierung in Japan fehlte. Unter Berücksichtigung der ab 1976 ersichtlichen japanischen Liberalisierungsschritte beendete die EBK deshalb 1983/84 die Politik der numerischen Reziprozität und gewährte Japan zwei zusätzliche Banklizenzen; sie stellte aber klar, dass dies keine generelle Öffnung bedeute und das Gegenrecht weiterhin von Fall

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#703* (B.15.22.19). *Diese Informationsnotiz wurde von Dominik Furgler vom Finanz- und Wirtschaftsdienst im Hinblick auf den Besuch des Direktors der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, beim japanischen Vizefinanzminister für internationale Angelegenheiten, Makoto Utsumi, in Tokio vom 26. Juli 1990 verfasst. Sie basiert auf einer Version vom September 1988 und wurde mit dem Fortgang der bilateralen Finanzverhandlungen regelmässig aufdatiert, vgl. dazu die Dossiers CH-BAR#E2010A#1999/250#4903* und CH-BAR#E2010A#1999/250#4904* (C.41.731.0).*

2 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2226 vom 21. Dezember 1970, dodis.ch/35516.

3 Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 117, dodis.ch/35515 und Dok. 137, dodis.ch/35508; DDS, Bd. 26, Dok. 139, dodis.ch/39653 sowie DDS, Bd. 27, Dok. 20, dodis.ch/51685.

zu Fall beurteilt werde.⁴ In der Folge konnten durch koordinierte Bemühungen von Banken und Behörden schrittweise Fortschritte erzielt werden: «Trust Banking Licence» an SBG und SKA 1985,⁵ 50%-ige Beteiligung an Wertschriftenhäusern für SBG und SBV 1986.⁶

Die EBK verdeutlichte 1986 trotzdem, die *Reziprozität* werde weiterhin *von Fall zu Fall* geprüft, *unter Berücksichtigung der jeweiligen konkreten Verbesserungen für die schweizerischen Institute in Japan*. In einer von der EBK mandatierten Analyse empfahl der Finanz- und Wirtschaftsdienst/EDA, in den kommenden Jahren den japanischen Lizenzgesuchen Forderungen entgegenzustellen, die den bereits in Japan etablierten Grossbanken und den mittleren Banken mit Expansionsabsichten Verbesserungen hinsichtlich Etablierung und Geschäftsmöglichkeiten bringen sollten,⁷ was von der EBK akzeptiert wurde. Dies bedeutete den Beginn der jetzigen Politik *qualitativer Reziprozität*. Diese Politik wurde dem japanischen MOF Ende 1986 in Tokyo erläutert⁸ und in den bisherigen bilateralen Verhandlungen angewendet.

3. Bilaterale Verhandlungen 1988

Die 1988 geführten Verhandlungen führten einerseits zur Genehmigung von 4 japanischen Lizenzgesuchen, worunter erstmals jene zweier Wertschriftenhäuser (Nomura, Yamaichi), was einen systemischen Durchbruch bedeutete, können letztere doch in Japan nicht im Bankgeschäft tätig sein. Andererseits konnten dementsprechend beträchtliche Gegenleistungen erzielt werden, so namentlich 2 von insgesamt 16 ausländischen Instituten gewährten Börsensitze in Tokio, die generelle Zusicherung der Meistbegünstigung bei künftigen Liberalisierungsschritten, die Zusicherung künftiger Lizenzen an interessierte Schweizer Banken von internationalem Standing, eine Wertschriftenlizenz für die Schweizerische Volksbank, eine Erhöhung der Rediskontlimite für Import-Bills der Schweizer Banken und die volle Integrierung des Goldhandels in schweizerische Bank- und Wertschriftenniederlassungen. Dazu kamen weitere im Zuge der generellen Liberalisierung eingetretene Verbesserungen (Zinssatzderegulierungen, neue Finanzinstrumente, Investment Advisory-Lizenzen an SBV und Pictet usw.)⁹

4. Bilaterale Verhandlungen 1989/90

Vor wenigen Tagen, nämlich am 2. Juli 1990, hat die EBK mit ihrem Entscheid, aufgrund der vom FWD geführten Verhandlungen und erzielten Ergebnisse den Japanern 10 weitere Banklizenzen zu gewähren, die Verhandlungsphase 89/90 formell abgeschlossen.¹⁰ Diese ist vor dem besonderen Hintergrund der am 1.1.1990 in Kraft getretenen Revision der Bankenverordnung¹¹ zu sehen. Da ca. 30 japanische Finanzgesellschaften von der Neuunterstellung unter das Bankgesetz betroffen sind, war von Anfang an mit einem gesteigerten Interesse an Schweizer Banklizenzen zu rechnen. Dies umso mehr, als diesen Instituten in Bezug auf das Gegenrechtserfor-

4 Vgl. dazu dodis.ch/57172 sowie die beiden Verfügungen der Eidgenössischen Bankenkommission vom 9. März 1984, im Dossier CH-BAR#E2010A#1995/313#8956* (C.41.731.0(1)). Die EBK erteilte damit der Industrial Bank of Japan die Bewilligung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit in der Schweiz und erteilte der Banca del Gottardo die Bewilligung, ihren Geschäftsbetrieb unter einer Mehrheitsbeteiligung der Sumitomo Bank Ltd. weiterzuführen.

5 Vgl. dazu dodis.ch/56829.

6 Vgl. dazu dodis.ch/56832 und dodis.ch/56833.

7 Vgl. dodis.ch/56830.

8 Vgl. dazu dodis.ch/56831.

9 Vgl. dazu dodis.ch/56864 und dodis.ch/56863.

10 Zu den im Folgenden dargelegten Ergebnissen der letzten bilateralen Verhandlungsrunde vgl. auch dodis.ch/56867.

11 Bankenverordnung. Änderung vom 4. Dezember 1989, AS, 1989, S. 2542–2549.

dernis kein «Grandfathering» gewährt wird und sie nicht sicher sein können, ob sie nach Ablauf der 3-jährigen Übergangsfrist den Bankstatus erhalten werden (wegen mangelnder Reziprozität, wofür sie nicht verantwortlich gemacht werden können). Entsprechend gross ist ihr Druck auf das MOF, ihnen in Verhandlungen mit der Schweiz möglichst innerhalb dreier Jahre eine Lizenz zu sichern. Die Schweizer Strategie bestand darin, den Japanern glaubwürdig zu versichern, dass die Rolle der Reziprozität nicht verschärft und grundsätzlich kein Institut allein aus dem Grunde fehlenden Gegenrechts ausgeschlossen werde; gleichzeitig sollte aber der Druck dieser Institute auf das MOF für substanzielle Gegenleistungen ausgenutzt werden.

In zahlreichen Kontakten gelang es, das MOF unserer flexiblen Haltung in Sachen Bankverordnung und Reziprozität zu versichern und ein weiteres Paket gegenseitiger Leistungen zu schnüren. Nachdem den Japanern lange Zeit 6–7 Banklizenzen in Aussicht gestellt worden waren, konnte diese Zahl aufgrund ihrer substanziellen Gegenleistungen wie erwähnt auf 10 erhöht werden, was unsere Flexibilität klar ausdrückt (die EBK wird vom Herbst an jeden Monat rund 2 Gesuche erledigen); ausserdem kann die Bank of Tokyo (die bereits eine Schweizer Tochter hat) in der Schweiz noch eine Filiale errichten. Einem vom MOF unterstützten Gesuch¹² der japanischen Institute in der Schweiz um Erhöhung der Anzahl Arbeitsbewilligungen für Japaner wird vom BIGA marginal entsprochen werden können (zusätzliche Ausbildungsstellen von 18 Monaten während der Phase der Umstellung auf die revidierte Bankenverordnung).

Die japanischen Gegenleistungen können sich sehen lassen. Einerseits profitieren unsere Institute von zahlreichen Liberalisierungsschritten mit erga omnes-Wirkung (z. B. Zinsliberalisierung; neue Märkte für derivative Produkte; Refinanzierungsverbesserungen; Senkung der Hindernisse für Japaner, die im Ausland Konten führen wollen, um Wertschriftengeschäfte zu tätigen), andererseits wurde ihnen eine massgeschneiderte Konzession gewährt: Die Bewilligung einer 100%-igen Edelmetalltochtergesellschaft für die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) stellt einen zweifachen Durchbruch dar – bisher konnten sich Finanzinstitute nur bis zu 5% an Handelsfirmen (als solche gelten Edelmetallfirmen in Japan) beteiligen, ebenso konnten ausländische Institute *nur eine* Tochtergesellschaft in Japan etablieren (die SKA hat bereits eine Trustbank-Tochter). Damit wurde der führenden Rolle und dem Know-how der Schweizer Banken in dieser Sparte Rechnung getragen.

Mit Befriedigung kann konstatiert werden, dass das MOF auch bei unseren anderen Prioritäten eingelenkt hat. So dürfte die Senkung der Hindernisse für das Halten von Auslandkonten für das Vermögensverwaltungsgeschäft in der Schweiz nur von Vorteil sein. Die Chancen, eine «Investment Trust Management Company» (Anlagefonds-)Lizenz zu erhalten, stehen für unsere Grossbanken gut, sollten sie sich 1991 oder später darum bemühen – numerische Limiten und Bevorzugungen einzelner Länder wurden vom MOF klar in Abrede gestellt. Erfreulich ist schliesslich der Trend zu weiteren Liberalisierungen (Zinsen, neue Produkte, Überwindung des strikt segmentierten Systems) und dem Abbau verzerrender Subventionen (Refinanzierungskontingente).

Die Zusage von 10 Banklizenzen ist schweizerischerseits sowohl eine positive Reaktion auf die japanischen Konzessionen als auch ein deutliches Zeichen für unsere liberale Politik und die Offenheit eines Finanzplatzes, dessen kompetitives Profil in letzter Zeit etwas ramponiert ist.

¹² Vgl. dazu dodis.ch/57173.

dodis.ch/55291

Le Chef de la Mission suisse auprès des Communautés européennes à Bruxelles, l'Ambassadeur von Tscharnner, aux Conseillers fédéraux Delamuraz et Felber, Chefs du DFEP et du DFAE¹

[NÉGOCIATIONS EEE]

Bruxelles, 1^{er} août 1990

Vu de Bruxelles, on ne peut plus exclure que la Suisse et les autres pays de l'AELE soient appelés à se déterminer sur une éventuelle adhésion à la Communauté plus tôt qu'ils ne le souhaitent, peut-être en 1991 déjà. En effet, les négociations sur un Espace économique européen pourraient aboutir à une impasse pour deux raisons principales: le manque de flexibilité de la Communauté et la rupture de la solidarité du camp de l'AELE.² Voici les principales considérations qui justifient cette crainte:

Primo: La rigueur des exigences formulées par les pays de l'AELE, principalement sur initiative helvétique, dans le domaine institutionnel³ a surpris nos interlocuteurs et notamment les États membres de la CE qui sont en train de découvrir le dossier EEE.⁴ Alors qu'au début un EEE, qui donnerait un accès privilégié au grand marché européen aux voisins immédiats de la CE, paraissait comme une solution simple, facile à négocier pendant que la CE se concentrerait sur l'approfondissement et plus particulièrement sur l'achèvement de son marché intérieur, ce traité s'avère maintenant être d'une grande complexité et pourrait, aux yeux de certains, avec la mise en place d'institutions nouvelles et hybrides, affecter les équilibres institutionnels intra-communautaires. Les raisons qui ont, dans le passé, milité en faveur du renvoi d'un éventuel élargissement après 1992, pourraient aujourd'hui être invoquées contre la conclusion d'un tel traité, qui est qualifié de plus difficile à négocier même qu'une adhésion.

-
- 1 CH-BAR#E2210.1-02#1998/351#190* (777.231). *Cette lettre de l'Ambassadeur Benedikt von Tscharnner, Chef de la Mission suisse auprès des Communautés européennes à Bruxelles, est largement diffusée, notamment à tous les Conseillers fédéraux et aux hauts fonctionnaires concernés, soit: aux Secrétaires d'État Klaus Jacobi et Franz Blankart, respectivement Directeur de la Direction politique du DFAE et Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du DFEP, aux Secrétaires généraux du DFI, DFF et DFTC ainsi qu'à certains directeurs de ces Départements. Cette lettre est également transmise en copie aux Ambassades de Suisse à Paris, Bruxelles, Bonn, Vienne, Oslo et Stockholm, ainsi qu'aux représentations suisses auprès de l'AELE, de l'OCDE et du Conseil de l'Europe. Pour la liste complète des destinataires, cf. le facsimilé dodis.ch/55291. Cette lettre intervient peu de temps après et, probablement, comme un commentaire de la rencontre entre le Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Delamuraz, et le Président la Commission européenne, Jacques Delors, à Bruxelles, le 17 juillet 1990, cf. la notice de l'Ambassadeur von Tscharnner du 18 juillet 1990, dodis.ch/55746.*
 - 2 Cf. le télex hebdomadaire 30/90 du 23 juillet 1990, dodis.ch/55148, resp. sur la Communauté, point 1, et sur l'AELE point 1 (rapides).
 - 3 Sur la proposition institutionnelle suisse, cf. le PVCFN° 1287 du 18 juin 1990, dodis.ch/55263, en particulier l'annexe 1, chapitre 3, point 7: Aspects institutionnels et juridiques. Pour une sélection de documents sur l'aspect institutionnel des négociations, cf. la compilation dodis.ch/C1886.
 - 4 Sur le manque de préparation de la CE dans le dossier EEE, cf. le télex hebdomadaire 30/90 du 23 juillet 1990, dodis.ch/55148, point 1.

Secundo: Réaction de perplexité similaire en ce qui concerne l'ampleur et le nombre des exceptions⁵ demandées par les pays de l'AELE par rapport à l'acquis communautaire. À un moment où la Communauté désire opérer sa mutation qualitative vers une union économique et monétaire ainsi que vers une union politique, le problème de l'«intégration à la carte» apparaît comme particulièrement délicat. Pourquoi accorder à des pays riches et stables des régimes particuliers, difficiles à gérer et mettant en cause l'équilibre des droits et des obligations, alors que certains États membres, plus fragiles sur le plan économique que les pays de l'AELE, doivent avaler le menu dans son entier?

Tertio: En 1990, la Communauté aura déjà subi un élargissement par l'absorption de la RDA. Quant aux demandes d'adhésion qui sont aujourd'hui sur la table (dans l'ordre chronologique: Turquie, Autriche, Chypre et Malte), l'on prend conscience ici qu'il faudra, d'une façon ou d'une autre et dans un avenir pas trop lointain, répondre à ces requêtes. L'interprétation minimaliste que font les Autrichiens de leur neutralité ne semble plus choquer personne.⁶ Leur obstination pourrait bien, dans les circonstances nouvelles régnant en Europe, s'avérer payante. Le besoin, pour la CE, d'offrir aux pays neutres autre chose que le choix entre l'adhésion et le statu quo est devenu moins évident; la neutralité ne justifie plus un traitement de faveur.

Ce sentiment est renforcé par le message très clair émanant de la Hongrie, de la Tchécoslovaquie et de la Pologne, à savoir que l'adhésion à la Communauté est leur objectif à moyen terme – cinq à dix ans – et que les accords d'association que Bruxelles s'apprête à négocier avec eux ne peuvent constituer que des solutions provisoires.⁷ N'oublions pas que ces pays n'ont pas une «tradition de la solitude» aussi prononcée que la Suisse, qu'ils éprouvent la nécessité d'accomplir leur mutation politique, économique et sociale dans un cadre stable et que, last but not least, ils auront un besoin persistant d'aide de tout genre et donc d'une solidarité plus que passagère.

Quarto: Vu leur ferme volonté d'avoir un plein accès au marché intérieur de la CE, nos partenaires au sein de l'AELE ne se contenteront pas d'un Traité EEE qui n'aurait, comme effet, qu'un certain renforcement de la coopération de type «Luxembourg-plus», mais qui laisserait de facto et de jure intacts un certain nombre d'obstacles. Ce besoin est à la fois économique et politique. Si, aujourd'hui, les exigences sur le plan institutionnel sont appuyées par tous les pays de l'AELE, 1991, année électorale dans plusieurs pays scandinaves, pourrait se révéler à haut risque pour cette unité.⁸

Quinto: Il devient dès lors de plus en plus évident que la Conférence intergouvernementale sur l'Union politique dont les travaux débiteront en décembre servira aussi à une réflexion et à la préparation du prochain élargissement de la Communauté. Il s'agira, bien sûr, de mieux ancrer une Allemagne unie dans le tissu communautaire (cf. la légende de Gulliver à Liliput), et à cet égard une augmentation du nombre d'États membres peut paraître désirable. Et il s'agira aussi de s'assurer qu'une union économique et monétaire (monnaie unique) ainsi qu'une union politique (politique étrangère commune) fonctionnent de façon satisfaisante également dans une Communauté à 15, 20 ou 25 États membres. On retrouve là le lien qui existait en son temps

5 Pour la liste des exceptions, cf. le PVCF N° 1287 du 18 juin 1990, dodis.ch/55263, en particulier l'annexe 1, chapitre 1, point 1: Exceptions.

6 À propos de la neutralité autrichienne et de l'éventuelle adhésion de l'Autriche à la CE, cf. la compilation dodis.ch/C1878.

7 Cf. par exemple à ce propos les discussions avec la Hongrie et la Roumanie en marge de la Conférence de la CSCE à Paris, DDS 1990, doc. 51, dodis.ch/54683.

8 Pour les différentes positions des pays nordiques, cf. DDS 1990, doc. 40, dodis.ch/55958. Concernant la question de l'unité de l'AELE, cf. également la compilation dodis.ch/C1783.

entre le marché intérieur et l'adhésion de l'Espagne et du Portugal,⁹ d'une part, et l'élaboration de l'Acte unique, d'autre part.

Sexto: Le retrait lent mais inévitable de l'Amérique de sa position de protecteur de l'Europe occidentale et la désintégration qui menace l'Union soviétique conféreront à la CE un nouveau rôle sur ce continent et dans le monde. Ni les organisations mondiales du type GATT, FMI, Banque mondiale ou autre OCDE, créées à l'issue de la seconde guerre mondiale sous l'impulsion des États-Unis et servant largement leurs intérêts, ni une CSCE¹⁰ revue et renforcée, mais loin de constituer un cadre de sécurité vraiment fiable, pourront décharger la CE de cette responsabilité. L'attrait qu'elle exercera sur tous les pays européens non-membres sera d'autant plus fort. Inévitablement, ce «Drang zur Mitte» se manifeste surtout parmi les pays qui se sentent géographiquement et économiquement quelque peu marginalisés. Cette remarque vaut également pour les pays scandinaves. Du coup, la Communauté pourrait avoir un intérêt plus marqué à s'assurer aussi de la collaboration et de la solidarité de pays comme la Suisse, pays du «centre» par excellence, sans pour autant leur faire la cour.

Cette analyse m'amène à formuler deux remarques concernant la politique européenne de la Suisse:

La première concerne la *préparation extérieure* d'une éventuelle adhésion. Alors que nous investissons, à juste titre, beaucoup d'efforts pour jouer un rôle actif au sein des réunions de la CSCE,¹¹ l'avenir de notre pays pourrait, si mon analyse est correcte, se jouer plutôt dans la Conférence intergouvernementale des Douze sur l'Union politique, conférence où nous ne serons pas présents. Par ailleurs, les pays du «premier peloton» des futurs nouveaux membres de la CE pourraient bien, puisqu'ils ont déclaré leur intérêt à temps, jouer un plus grand rôle dans la définition de ce que sera la future Communauté – qui sera plus une nouvelle Communauté qu'une Comunaute élargie – que ceux qui viendront encore plus tard. L'on pourrait dès lors se poser la question si l'architecture de cette nouvelle Communauté ne devrait pas faire l'objet d'un certain «brainstorming» entre les pays concernés, Suisse comprise, si certaines idées ne devraient pas constituer une sorte de «dot» des nouveaux membres. Je pense notamment à des aspects tels que la dimension démocratique, la subsidiarité, certaines techniques de la solidarité confédérale, une protection plus efficace de l'environnement etc. Plus il y aura de pays dans ce premier groupe, plus leur impact se fera sentir.

Ma deuxième remarque concerne les *préparatifs internes*. Je pars de l'idée que certains travaux pourraient être entrepris au titre de «contingency planning», sans que cela ne constitue une charge supplémentaire pour ceux de nos fonctionnaires qui sont déjà très occupés par les négociations sur l'EEE. Une analyse très sérieuse devrait à mon avis être consacrée aux implications, pour la Suisse, de devenir une île au sein d'une Union politique, économique et monétaire européenne comptant une vingtaine de pays membres (aspects économiques, crédibilité d'une politique de neutralité etc.).¹² Parmi les questions de fond qui doivent sans doute être examinées de façon approfondie, et si nécessaire avec l'aide d'experts extérieurs à l'administration, j'en citerais deux: d'abord les effets de la politique agricole commune de la CE et de l'AELE d'une part et de ceux des pays tiers de l'autre («préférence européenne»)¹³ Un des résultats de telles études pourrait être une vue plus précise du contenu et de la durée des régimes transitoires.

9 Sur l'adhésion de l'Espagne et du Portugal à la CEE, cf. la compilation dodis.ch/C1851.

10 Cf. DDS 1990, doc. 51, dodis.ch/54683.

11 Cf. DDS 1990, doc. 34, dodis.ch/56205.

12 Sur l'intégration européenne comme défi pour la neutralité suisse, cf. DDS 1990, doc. 24, dodis.ch/54523, point 3.

13 Sur le futur de la politique agricole de la Suisse, cf. DDS 1990, doc. 36, dodis.ch/54935.

Je me permets, enfin, de suggérer qu'une analyse soit faite de notre système gouvernemental à la lumière des futurs besoins «européens» et notamment l'évolution probable de la composition et du fonctionnement du Conseil des ministres de la CE tel qu'il pourrait se présenter à la suite des réformes introduites par la Conférence intergouvernementale sur l'Union politique. Disons d'emblée que seule une structure gouvernementale comportant une quinzaine de ministres spécialisés (industrie, commerce, agriculture, transport, environnement, énergie, télécommunications, recherche, éducation, affaires sociales, justice, budget, affaires monétaires etc.) permettra à un État membre d'assurer une présence suffisante au sein du Conseil. Quant à la question de savoir si le Conseil fédéral devrait lancer le débat public sur les alternatives à l'EEE, je pense que sur le front de la négociation, cela ne devrait pas affaiblir notre position, mais pourrait au contraire la renforcer, à condition que cela ne se fasse pas sur un ton défaitiste.¹⁴

14 *Sur la politique d'information du public du Conseil fédéral, cf. le télex hebdomadaire 19/90 du 7 mai 1990, dodis.ch/55118, point 1.*

29

dodis.ch/55715

*Notiz des EDA*¹

IRAK/KUWAIT²

[Bern,] 13. August 1990

1. Der Bundesrat hat am 7.8.90 die Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staat Kuwait in Kraft gesetzt.³ Darin wird jeder Handel und Zahlungsverkehr mit diesen Staaten untersagt (siehe Mitteilung 5896 vom 7.8.1990.⁴ Text der Verordnung wurde allen Vetreten per Kurier zugestellt). Am 10.8.90 setzte der Bundesrat eine Verordnung über den Schutz von Vermögenswerten des Staates Kuwait in der Schweiz in Kraft.⁵ Text der Verordnung wurde ebenfalls allen Posten zugestellt.

2. Die Schweizer und Schweizerinnen, die sich seit Ausbruch der Krise in Irak und Kuwait befinden, sind weiterhin in ihren respektiven Ländern blockiert. Es handelt sich um 69 Mitbürger/innen, mit denen die Botschaft in Bagdad und 71, mit denen die Vertretung in Kuwait

1 CH-BAR#E2010A#1990/250#387* (A.22.14.07.03). *Diese Notiz wurde wahrscheinlich vom Krisenstab Irak/Kuwait des EDA verfasst. Die vorliegende Version wurde als Punkt 1 im Wochentelex 33/90 vom 13. August 1990, dodis.ch/55153, versendet.*

2 *Vgl. dazu auch DDS 1990, Dok. 30, dodis.ch/54497 und Dok. 60, dodis.ch/55703 sowie die thematische Zusammenstellung Golfkrise (1990–1991), dodis.ch/T1673.*

3 *Vgl. das BR-Prot. Nr. 1467 vom 7. August 1990, dodis.ch/55525.*

4 *Vgl. dodis.ch/56847.*

5 *Vgl. das BR-Prot. Nr. 1477 vom 10. August 1990, dodis.ch/55271.*

in Kontakt steht. Die Bemühungen des EDA für eine Evakuation der beiden Kolonien werden fortgesetzt, scheiterten bis anhin aber am Widerstand der irakischen Behörden.⁶

3. Wie die Staatengemeinschaft insgesamt (vergleiche Resolution UN-Sicherheitsrat)⁷ erkennt auch die Schweiz die zwangsweise völkerrechtswidrige Annexion Kuwaits durch den Irak *nicht* an. Für die Schweiz besteht der Staat Kuwait vorläufig weiterhin. Rechtmässiger Vertreter dieses Staates ist die sich zur Zeit im Ausland aufhaltende Regierung unter Scheich Jaber. Die Schweiz prüft in enger Absprache mit den übrigen westlichen Staaten, welche Haltung angesichts der irakischen Forderung nach Verlegung der diplomatischen Vertretungen von Kuwait nach Bagdad einzunehmen ist und welche Massnahmen sich aufdrängen.⁸

4. Im EDA wurde betreffend allen Fragen der Krise ein Sonderstab unter der Leitung von Botschafter P.-Y. Simonin gebildet. Alle Mitteilungen betreffend Irak/Kuwait bitte an Krisenstab adressieren.⁹ Interne Verteilung wird hier in Bern vorgenommen. Für dringende Fälle ausserhalb der Bürozeit wurde gelbe *vertrauliche* Pikettnummer in Kraft gesetzt: 031 21 17 73.

6 Zur Frage der Evakuierung der Schweizer Bürger aus dem Irak und Kuwait vgl. die Zusammenstellung [dodis.ch/C1859](https://www.dodis.ch/C1859).

7 Resolution Nr. 662 des UN-Sicherheitsrates vom 9. August 1990, UN doc. S/RES/662. Vgl. den Telex von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar an den Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, vom 9. August 1990, [dodis.ch/56684](https://www.dodis.ch/56684).

8 Zur Frage der Schliessung der schweizerischen Botschaft in Kuwait vgl. die Zusammenstellung [dodis.ch/C1858](https://www.dodis.ch/C1858).

9 Zur Arbeit des Krisenstabs Irak/Kuwait des EDA vgl. die Zusammenstellung [dodis.ch/C1679](https://www.dodis.ch/C1679).

dodis.ch/54497

*Der stv. Direktor der Direktion für Völkerrecht, Minister Godet, an den Vorsteher des EDA,
Bundesrat Felber¹*

BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTSMASSNAHMEN GEGENÜBER IRAK UND
KUWAIT AUS DER SICHT DER SCHWEIZERISCHEN NEUTRALITÄT

Bern, 15. August 1990

Sitzung der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vom 16. August 1990²

Im Hinblick auf die randerwähnte Sitzung erlauben wir uns, Ihnen eine neutralitätsrechtliche und -politische Beurteilung der Wirtschaftsmassnahmen gegenüber dem Irak und Kuwait³ zukommen zu lassen:

1. Der instrumentale Charakter der schweizerischen Neutralität

Eine nähere Analyse der schweizerischen Geschichte und der Bundesverfassung macht deutlich, dass die Neutralität einen bloss instrumental Charakter hat. Die Neutralität ist nicht ein Ziel unserer Aussenpolitik an sich, sondern eines unter mehreren Mitteln zur Verwirklichung unserer aussenpolitischen Zielsetzungen. Daher kann die Neutralitätspolitik der Schweiz nicht losgelöst von den internationalen Gegebenheiten einmal definiert werden und dann immerwährend gelten. Vielmehr muss die Neutralitätspolitik an die sich ändernden internationalen Beziehungen angepasst werden. Neutralitätspolitik ist Interessenpolitik. Als blosses Mittel zum Zweck muss die Neutralität – wie alles politische Handeln – in einer sich wandelnden Welt stets auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft und flexibel an neue Notwendigkeiten angepasst werden.⁴ Diese Aufgabe war dem Bundesrat auch bei der Frage der Verhängung von Wirtschaftsanktionen gegen den Irak gestellt.

2. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Wirtschaftsmassnahmen

Das Neutralitätsrecht auferlegt dem Neutralen in erster Linie nur *militärische* Rechtspflichten. Der Neutrale darf an einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen anderen Staaten nicht teilnehmen; er darf den Kriegführenden keine Waffen und keine Munition liefern und ihnen

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1085* (B.51.10). *Diese Notiz wurde von Thomas Borer von der Sektion Völkerrecht des EDA verfasst und von Blaise Godet unterzeichnet. Die Notiz ging in Kopie an den Direktor der Politischen Direktion, Staatssekretär Klaus Jacobi, sowie diverse Amtsstellen und Personen des EDA. Für die Verteilerliste vgl. das Faksimile dodis.ch/54497. Die hier edierte grüne Kopie entstammt einem Dossier des Bestands der Politischen Direktion des EDA.*

2 Vgl. das Protokoll vom 10. September 1990, dodis.ch/56503.

3 Am 7. August 1990 beschloss der Bundesrat, sich im Einklang mit den UNO-Mitgliedern an den Wirtschaftsanktionen gegenüber dem Irak und Kuwait zu beteiligen, vgl. DDS 1990, Dok. 29, dodis.ch/55715; das BR-Prot. 1467 vom 7. August 1990, dodis.ch/55525 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1674. Für eine Chronologie der Ereignisse vgl. dodis.ch/56995. Zu den ausserordentlichen telefonischen Verhandlungen des Bundesrats vom 6. und 7. August 1990 vgl. dodis.ch/55190 und dodis.ch/57200.

4 Für weitere Thesen über die Entwicklung der schweizerischen Neutralität vgl. DDS 1990, Dok. 24, dodis.ch/54523.

keine finanzielle Unterstützung zur direkten Verwendung für die Kriegführung gewähren. Im Übrigen kennt das Neutralitätsrecht aber keine *wirtschaftlichen* Neutralitätspflichten.⁵ Insbesondere trifft den Neutralen keinerlei Pflicht, die Wirtschaftsbeziehungen mit einer Konfliktpartei aufrechtzuhalten. Während daher die Teilnahme an militärischen Sanktionen mit der Neutralität zum vornherein nicht vereinbart werden kann, ist es grundsätzlich durchaus zulässig, dass ein neutraler Staat Wirtschaftsmassnahmen ergreift. Ob er dies tun will, ist in erster Linie Sache seiner Neutralitätspolitik; diese kann er nach freiem Ermessen gestalten. Der dauernd neutrale Staat muss dabei lediglich alles unterlassen, was ihn in einen Krieg hineinziehen könnte.

3. Neutralitätspolitische Beurteilung der Wirtschaftsmassnahmen

Der Fall der Invasion Kuwaits durch den Irak und der daran anschliessenden Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch andere Staaten unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht grundlegend von anderen Situationen,⁶ in denen für die Schweiz die Verhängung von Sanktionen in Frage stand:

- a) Es bestehen keinerlei Zweifel darüber, dass der Irak durch seine militärische Invasion und Annexion Kuwaits fundamentalste Normen des Völkerrechts in eklatanter Weise verletzt hat. Der Irak kann für seine Vorgehen keinerlei irgendwie beachtenswerte Rechtfertigungsgründe geltend machen.
- b) Die Staatengemeinschaft ist sich in der Verurteilung des Rechtsbrechers und in der Verhängung von Wirtschaftssanktionen bis auf wenige Ausnahmen absolut einig.
- c) Es bestehen berechtigte Aussichten dafür, dass die Wirtschaftsmassnahmen universell durchgeführt werden und innert absehbarer Frist im Irak spürbare Wirkung zeitigen.

Die Verhängung von Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak liegt aus folgenden Gründen im ausserpolitischen Interesse der Schweiz:

- a) Ein Kleinstaat wie die Schweiz hat an der Einhaltung des Völkerrechts und insbesondere des Gebots, dass alle Staaten jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Landes gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen haben, ein überragendes Interesse. Die Schweiz muss daher die Staatengemeinschaft unterstützen, wenn diese einen derartigen Rechtsbrecher zur Verantwortung zieht.
- b) Der unserer Neutralitätspolitik zugrundeliegende Gleichbehandlungsgrundsatz kann nicht auf zwei so ungleiche Konfliktparteien wie einen einzelnen Rechtsbrecher einerseits und die ganze Staatengemeinschaft andererseits angewendet werden. Durch eine Nichtteilnahme an den Wirtschaftssanktionen oder eine blossе Verhängung des Courant normal hätte die Schweiz den Rechtsbrecher Irak faktisch und moralisch unterstützt. Diese Haltung wäre im Ausland nicht verstanden worden. Unser Ansehen hätte weltweit grossen Schaden erlitten. Die schweizerische Neutralitätspolitik hätte ihre Glaubwürdigkeit eingebüsst.
- c) Die Teilnahme an den Wirtschaftssanktionen drängte sich auch unter dem Gesichtspunkt der Solidarität mit unseren westeuropäischen Partnern auf. Ein Abseitsstehen der Schweiz hätte unter anderem unsere Position bei den gegenwärtigen Verhandlungen über einen EWR schwächen können.⁷

5 Vgl. dazu auch DDS, Bd. 27, Dok. 69, dodis.ch/40195.

6 Vgl. die thematische Zusammenstellung Rhodesien-Sanktionen, dodis.ch/T1571. Für die Handhabung der Sanktionsmassnahmen gegenüber Südafrika durch die Schweiz vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1768.

7 Zum Stand der Verhandlungen über den EWR-Vertrag im August 1990 vgl. DDS 1990, Dok. 28, dodis.ch/55291.

d) Trotz Verhängung der Wirtschaftsmassnahmen gegenüber dem Irak kann die Schweiz ohne Zweifel ihre *militärische* Neutralität aufrechterhalten und riskiert nicht in eine militärische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden.

Weil die Neutralität ein Instrument zur Wahrung unserer nationalen Interessen ist, musste der Bundesrat diese aussenpolitischen Interessen berücksichtigen und seinen neutralitätspolitischen Handlungs-Spielraum ausschöpfen. Seine Aufgabe wird es nunmehr sein, von Zeit zu Zeit die Zweckmässigkeit und neutralitätspolitische Opportunität der verhängten Wirtschaftsmassnahmen zu überprüfen und bei Bedarf ihre allfällige Aufhebung zu erwägen.

4. *Echo im Ausland und in den Massenmedien*

Der Entscheid des Bundesrates zur Verhängung von Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak wurde von den schweizerischen Massenmedien durchwegs *äusserst positiv* aufgenommen. Soweit unsere Botschaften im Ausland dies in Erfahrung bringen konnten, wurde der Entscheid des Bundesrates insbesondere in Westeuropa begrüsst.⁸ Lediglich der Irak sah in der schweizerischen Haltung eine Verletzung der dauernden Neutralität.⁹

Zum Teil wurde der Schritt des Bundesrates in der Schweizer Presse als «völliger Kurswechsel», als «Schlachten einer heiligen Kuh», als «Aufgabe eines geliebten Dogmas» bezeichnet und entsprechend kommentiert. Diese Wertung entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten nicht. Der bundesrätliche Entscheid ist Ausdruck einer kontinuierlichen Neutralitätspolitik.

5. *Kontinuität der Neutralitätspolitik*

Historisch gesehen hat die Schweiz, insbesondere im 19. Jahrhundert und während der Völkerbundszeit, eine sehr flexible, weitmaschige und aktive Neutralitätspolitik geführt. Erst kurz vor und während des Zweiten Weltkrieges wurde unsere Neutralität – unter dem Druck der äusseren Ereignisse und aus der Igelstellung der Schweiz heraus – sehr strikt und eng gehandhabt. Nach 1945 setzte aber, namentlich unter den Aussenministern Petitpierre und Wahlen, ein steter Prozess der Auflockerung und Erweiterung der schweizerischen Neutralitätspolitik ein (Disponibilität und Solidarität, Mitgliedschaft in «politischen» internationalen Organisationen, wie etwa dem Europarat). Parallel zur immer intensiveren internationalen Zusammenarbeit verstärkte sich auch in der schweizerischen Neutralitätspolitik der Zug zur aktiven Kooperation und Mitwirkung innerhalb der Staatengemeinschaft. Das Ergreifen von Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak ist ein weiterer Schritt in dieser konsequent geführten Politik der Öffnung und Mitwirkung bei einer umfassenden internationalen Kooperation.

Der Bundesrat hat bereits bei verschiedenen Gelegenheiten verdeutlicht, dass die Schweiz allenfalls an Wirtschaftssanktionen mitwirken könnte. Insbesondere hat er dies in der Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO) vom 21. Dezember 1981 (BBl 1982 I 497, 546 ff.)¹⁰ angekündigt und die Bedingungen für die Mitwirkung der Schweiz an derartigen Sanktionen umschrieben.

Mithin handelt es sich bei der vom Bundesrat ergriffenen Massnahme keineswegs um einen «dramatischen Kurswechsel in unserer Neutralitätspolitik» oder um die «Aufgabe eines Dogmas». Der Bundesrat hat nicht von der «integralen» zur «differenziellen» Neutralität der Völkerbundszeit gewechselt. Er hat auch in keiner Weise die Frage der Vereinbarkeit der schweizerischen Neutralität mit dem Sanktionensystem der Europäischen Gemeinschaft oder

8 Für die Berichterstattung diverser schweizerischer Vertretungen im Ausland vgl. die Dossiers CH-BAR#E2010A#1999/250#4541* und CH-BAR#E2010A#1999/250#4542* (C.23.20).

9 Vgl. dazu dodis.ch/57005.

10 Vgl. dodis.ch/53990.

die Verhängung von Sanktionen in zukünftigen Fällen präjudiziert. Vielmehr hat der Bundesrat lediglich die *kontinuierliche* schweizerische Neutralitätspolitik in einem konkreten Fall zur Anwendung gebracht. Wenn sie in Zukunft in einem anderen Fall die Frage von Sanktionen stellt, so wird der Bundesrat in gleicher Weise unter Abwägung aller relevanter Gesichtspunkte einen dem Einzelfall und den schweizerischen Interessen gerechten Entscheid über die Mitwirkung der Schweiz an Sanktionen fällen müssen.

31

dodis.ch/56036

Der Direktionsausschuss für den schweizerischen UNTAG-Einsatz an den Bundesrat¹

SCHLUSSBERICHT AN DEN BUNDESRAT BETREFFEND DEN SCHWEIZERISCHEN EINSATZ IM RAHMEN DER BEISTANDSGRUPPE DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE ÜBERGANGSPERIODE (UNTAG) IN NAMIBIA, 14. MÄRZ 1989–17. MÄRZ 1990

Bern, 16. August 1990

1. Ausgangslage und Auftrag an die Schweiz

a) Allgemeines

Nach einem langen Verhandlungsprozess betreffend die Unabhängigkeit Namibias kam es am 22. Dezember 1988 zu einem Durchbruch, indem die Volksrepublik Angola, die Republik Kuba und die Südafrikanische Republik in einem Dreierabkommen unter dem Patronat der USA die letzten Hindernisse aus dem Weg räumten. Dies erlaubte es den Vereinten Nationen, die bereits 1978 durch den UNO-Sicherheitsrat beschlossene Resolution 435,² wonach Namibia durch freie Wahlen unter der Kontrolle der UNO zur Unabhängigkeit gelangen sollte, zu konkretisieren. Mit der Resolution 629 vom Januar 1989³ entschied der Sicherheitsrat, den Beginn einer Übergangsperiode auf den 1. April 1989 anzusetzen.

Zur Erfüllung seiner Aufgabe stellte der Sicherheitsrat dem Sondervertreter des UNO-Generalsekretärs für Namibia, dem Finnen Martti Ahtisaari, eine friedenserhaltende Operation,

1 CH-BAR#E2023A#1999/138#3015* (o.713-761). Dieser Schlussbericht wurde von André Regli von der Direktion für internationale Organisationen des EDA verfasst. Dem Direktionsausschuss gehörten diverse Amtsstellenleiter des EDA und des EMD an, vgl. bspw. die Teilnehmer der ersten Sitzung des Direktionsausschusses vom 26. September 1989, dodis.ch/56315. Der Schlussbericht wurde als Beilage des gemeinsamen Antrags des EDA und des EMD vom Bundesrat am 5. September 1990 gutgeheissen, vgl. das BR-Prot. Nr. 1761 vom 5. September 1990, dodis.ch/56324. Für den ausführlicheren Schlussbericht des Sonderbeauftragten des EDA für den UNTAG-Einsatz, Arthur Bill, vgl. dodis.ch/56424. Für eine andere Einschätzung vgl. den Schlussbericht des stv. Sonderbeauftragten, Hans Zimmermann, dodis.ch/56425.

2 Resolution Nr. 435 des UNO-Sicherheitsrats vom 29. September 1978, UN doc. S/RES/435, CH-BAR#E2010A#1999/250#5401* (B.56.31.03).

3 Resolution Nr. 629 des UNO-Sicherheitsrats vom 16. Januar 1989, UN doc. S/RES/629.

die UNTAG (United Nations Transition Assistance Group), zur Verfügung.⁴ Er hatte damit den geordneten Verlauf der Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit zu sichern. Die UNTAG bestand aus einem zivilen Teil, der die Verwaltung, Sicherheit und Wahlbeobachtung abdeckte, sowie einer militärischen Komponente. Diese setzte sich aus drei Infanteriebataillonen aus Finnland, Kenia und Malaysia, 200 Militärbeobachtern sowie verschiedenen logistischen Verbänden zusammen, darunter die Schweizerische Sanitätseinheit (Swiss Medical Unit).

b) Die schweizerische Beteiligung

Auf Ersuchen der UNO beschloss der Bundesrat am 2. November 1988, sich mit einem substantiellen Beitrag an der UNTAG zu beteiligen.⁵ Dabei stützte er sich auf die Absicht in den Richtlinien zur Regierungspolitik für die Legislaturperiode 87/91,⁶ wonach die Mitwirkung der Schweiz an friedenserhaltenden Aktionen und an Bemühungen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten verstärkt werden sollte.

Der Auftrag der Schweiz umfasste:

- die sanitätsdienstliche Versorgung der UNTAG im rückwärtigen Raum der sogenannten 2. Linie und die Zurverfügungstellung eines Chefarztes im UNTAG-Führungsstab sowie
- die Mitwirkung bei der Wahlüberwachung durch ein schweizerisches Wahlbeobachterkontingent.

Mit der Durchführung wurden dabei hinsichtlich der sanitätsdienstlichen Unterstützung EDA und EMD gemeinsam beauftragt, während für die Wahlüberwachung das EDA allein verantwortlich zeichnete.

2. Gesamtwertung des schweizerischen Einsatzes

a) Allgemeines

Am 21. März 1990 wurde Namibia in die Unabhängigkeit entlassen.⁷ Mit diesem Datum ging für die Vereinten Nationen die hinsichtlich personellem und finanziellem Aufwand grösste je von ihr aufgestellte friedenserhaltende Operation zeitgerecht zu Ende.⁸ Die UNO erfüllte ihr Mandat vollumfänglich, wurde Namibia doch im Rahmen der vom Sicherheitsrat vorgegebenen Übergangsperiode von einem Jahr unabhängig. Dies stellt für die Weltorganisation ohne Zweifel einen der grössten Erfolge ihrer Geschichte dar. Mit dem Ende der UNO-Mission fand gleichzeitig auch das Engagement der Schweiz im Rahmen der UNTAG seinen Abschluss und zwar innerhalb der dem Bundesrat im Februar 1989 vorgeschlagenen Zeitspanne,⁹ was angesichts der zahlreichen – insbesondere auch politischen – Unsicherheiten der Operation besonders erfreulich ist.

4 Der Bundesrat hatte bereits 1978 Kenntnis von der Ernennung von Botschafter Martti Ahtisaari zum Sondervertreter genommen und geprüft, ob eine Schweizer Beteiligung an der UNO-Aktion sinnvoll wäre, vgl. das BR-Prot. Nr. 1466 vom 6. September 1978, dodis.ch/53553.

5 BR-Prot. Nr. 1908 vom 2. November 1988, dodis.ch/56322.

6 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Legislaturplanung 1987–1991 vom 18. Januar 1988, BBl, 1988, I, S. 395–568, hier S. 438.

7 Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 2 von Botschaftsrat Francis Gruber vom 28. Mai 1990, dodis.ch/55364. Für die Anerkennung Namibias durch die Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 532 vom 12. März 1990, dodis.ch/56110.

8 Vgl. dazu auch den Wochentelex 13/90 vom 26. März 1990, dodis.ch/55112, Punkt 4.

9 Vgl. das BR-Prot. Nr. 322 vom 27. Februar 1989, dodis.ch/55617.

Die Schweiz hat ihren Auftrag zur vollen Zufriedenheit aller beteiligten Parteien erfüllt, was uns sowohl die Verantwortlichen der UNTAG¹⁰ wie auch des UNO-Hauptsitzes in New York¹¹ beteuerten. Damit war auch der Beweis erbracht, dass grössere schweizerische Kontingente, auch ohne dass unser Land Mitglied der UNO ist, in der Praxis die erforderliche Anpassungsfähigkeit und Beweglichkeit entwickeln können, um sich in einer komplexen UNO-Aktion einzugliedern.

Wenn wir aufgrund des UNO-Urteils aber auch unserer eigenen Einschätzung¹² zum Schlusse kommen, dass die Schweiz in Namibia ihren Auftrag erfüllt hat, so ist nicht ausser Acht zu lassen, dass sich diese Operation in einem überaus günstigen Umfeld abgespielt hat. Die Aufgabe liess sich erfüllen, ohne dass im Land grössere Unruhen stattgefunden hätten und ohne dass es die Swiss Medical Unit mit einem Massenansturm von Schwerverletzten in der Folge kriegerischer Wirren oder von Kranken als Folge von Epidemien zu tun gehabt hätte. Namibia verschaffte uns demnach eine Erfahrung, die mit ihren positiven Aspekten nicht ohne weiteres auf künftige Einsätze übertragen werden darf.

b) Aus aussenpolitischer Sicht

Dieser erste grössere Einsatz der Schweiz im Rahmen einer friedenserhaltenden Operationen der UNO hat unserem Land zweifellos viel Wohlwollen eingebracht. Dies um so mehr, als die Vereinten Nationen selber gestärkt aus dieser Aktion hervorgingen. Nicht nur die Verantwortlichen der UNO, sondern auch andere Vertreter der internationalen Gemeinschaft, insbesondere truppenstellende Staaten und afrikanische Länder haben sich sehr positiv über die vermehrte Beteiligung der Schweiz an den friedenserhaltenden Operationen im allgemeinen und an der UNTAG im besonderen, geäussert. Daraus resultiert ein verstärktes Vertrauen in den Willen und die Möglichkeiten der Schweiz, an internationalen Aktionen mitzuwirken. Diese Art der Beteiligung hat das Bild der Schweiz als ein solidarisches und disponibles Land gestärkt. Zusätzlich hat diese Aktion unser Land Afrika näher gebracht, zu einem Zeitpunkt, in dem sich Stimmen mehren, die befürchten, dass die Entwicklungen im Osten Europas auf Kosten dieses Kontinentes gehen würden.¹³ In diesem Zusammenhang hat sich insbesondere ausbezahlt, dass die SMU ihre Dienste – neben ihrem Primärauftrag – auch der zivilen Bevölkerung in Namibia zukommen liess.

c) Aus innenpolitischer Sicht

Auch innenpolitisch zeitigte dieser erste schweizerische Einsatz erfreuliche Ergebnisse. Er erlaubte es einer grossen Zahl von Personen, sich im Rahmen einer konkreten Aktion zu engagieren. Der Grossteil der Zurückgekehrten hat sich denn auch spontan bereit erklärt, zu einem späteren Zeitpunkt in ähnlichen Missionen wenn möglich wieder mitzumachen.¹⁴ Die Beteiligung der Schweiz an dieser Aktion verschaffte aber auch allen jenen Befriedigung, die für eine aktive schweizerische Aussenpolitik eintreten. Dies zeigt das Resultat einer Befragung im Sommer 1989 durch ein Zürcher Meinungsforschungsinstitut, wonach 94% der Befragten einem vermehrten Engagement der Schweiz in Krisenregionen im friedenserhaltenden und humanitären Sinne zustimmen.

10 Vgl. bspw. die Notiz über den Besuch des UNO-Sondervertreters Ahtisaari in Bern am 3. Mai 1990, dodis.ch/56313.

11 Vgl. DDS 1990, Dok. 18, dodis.ch/56127 sowie das Schreiben des UNO-Generalsekretärs Javier Pérez de Cuéllar an den Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, vom 21. März 1990, dodis.ch/56312.

12 Zur Erfahrungsbilanz von Arthur Bill vgl. dodis.ch/56263.

13 Zur Konkurrenz zwischen Entwicklungshilfe und Osthilfe vgl. dodis.ch/55696 und dodis.ch/55691 sowie DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158, hier insb. die Wortmeldungen der Ständeräte Bernhard Seiler und Thomas Onken.

14 Vgl. dazu den Bericht der 31 Schweizer Wahlbeobachter vom Juni 1990, dodis.ch/56123.

Die Presse hat den Schweizer Namibia-Einsatz zu Beginn mit kritischer Aufmerksamkeit und während der ganzen Dauer des Engagements mit wohlwollendem Interesse verfolgt.¹⁵ Die Beteiligung an dieser Aktion hat einmal mehr aufgezeigt, wie wichtig der Kontakt mit den Medien ist. Diesem Aspekt ist bei künftigen ähnlichen Anlässen zusätzliche Aufmerksamkeit zu schenken, indem beispielsweise in einem Konzept eine aktivere Informationspolitik¹⁶ definiert wird.

Schliesslich hat dieser Einsatz aber auch aufgezeigt, wie Angehörige der Schweizer Armee – dank ihrer Flexibilität – für neue Aufgaben eingesetzt werden können.

3. Die einzelnen Aspekte des Einsatzes

a) Der allgemeine Rahmen des Schweizerischen Einsatzes

Die Entsendung einer schweizerischen Sanitätseinheit nach Namibia erfolgte im Rahmen der grössten von der UNO je aufgestellten friedenserhaltenden Operation, der UNTAG. Das UNO-Sekretariat musste in kurzer Zeit die organisatorischen Strukturen dieser Aktion aufbauen. Die knapp bemessene Vorbereitungszeit wirkte sich deshalb auch erschwerend auf die Vorbereitung der personal- und truppenstellenden Staaten aus.

Die Schweiz, welche sich zum ersten Mal an einer solchen Operation beteiligte, war gezwungen, in kürzester Zeit die politischen Entscheide vorzubereiten, entsprechende Rechtsgrundlagen auszuarbeiten, neue Strukturen aufzubauen sowie die operationellen Grundlagen zu schaffen. Zudem war sie, da das schweizerische Engagement im Rahmen einer friedenserhaltenden Operation der UNO stattfand, bei der Vorbereitung und Durchführung an Vorgaben und Weisungen der Vereinten Nationen gebunden.¹⁷ In diesem Zusammenhang machte die Schweiz Erfahrungen, die andere truppenstellende Staaten von früheren Aktionen bereits kannten: Insbesondere in der Anfangsphase solcher Einsätze ist mit kaum vermeidbaren Schwierigkeiten zu rechnen.¹⁸

b) Organisationsstrukturen in Bern und im Felde

Von Anbeginn traten hier grundsätzlich verschiedene Auffassungen auf, was in einer komplizierten Organisationsstruktur mündete. Die oberste Entscheidungs- und strategische Führungsinanz konnte deshalb anfänglich ihre Führungsfunktion bezüglich Rahmenaufträge, Weisungen und Kontrolle gegenüber der Projektleitung nur sporadisch und nicht mit der erforderlichen Konsequenz und Kontinuität ausüben. Die Aufteilung der operationellen Projektleitung in zwei Stäbe, je einen im EMD und EDA, bewährte sich nicht.¹⁹

Im Rahmen einer Restrukturierung im Sommer 1989 liessen sich diese Mängel dank der Bildung eines gemeinsamen Führungsausschusses mit Vertretern beider Departemente auf Direktionsstufe beheben.²⁰ Die operationelle Projektleitung wurde zusammengefasst und de-

15 Für Presse-Artikel vgl. z.B. die Dossiers CH-BAR#E2010A#1999/250#5395* bis CH-BAR#E2010A#1999/250#5397* (B.56.31.0).

16 Für das Informationskonzept zum UNTAG-Einsatz vgl. dodis.ch/56302. Zudem wurde für die Angehörigen der in der UNTAG-Mission eingesetzten Personen ein eigenes Informationsblatt herausgegeben, vgl. bspw. für die Ausgabe vom Mai 1990 dodis.ch/56124.

17 Vor dem Entscheid einer Schweizer Beteiligung am UNTAG-Einsatz wurde abgeklärt, ob die Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats eine Schweizer Beteiligung befürworteten, vgl. dodis.ch/56268.

18 So steckten bspw. die Diskussionen um die «enabling resolution» betreffend UNTAG wochenlang in einer Sackgasse, vgl. dodis.ch/56304.

19 Bei der Zusammenarbeit zwischen den beiden Departementen ergaben sich einige Probleme, vgl. dazu dodis.ch/56423 und dodis.ch/56307.

20 Für die konstituierende Sitzung des Direktionsausschusses vgl. dodis.ch/56315. Vgl. ferner das Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#5426* (B.56.31.23).

ren Führung in direkter Linie – mit einem Projektleiter und einem Stellvertreter²¹ – festgelegt. Zur finanziellen Überwachung des Projektes wurde schliesslich ein finanzielles Führungsorgan eingesetzt.²²

Diese neuen Strukturen erlaubten eine straffere Führung. Vor allem die Zusammenarbeit innerhalb des Direktionsausschusses und des finanziellen Führungsorgans wirkte sich positiv auf die operative Ebene sowie die Arbeit im Feld aus. Während somit der Direktionsausschuss und das finanzielle Führungsorgan ihre Aufgaben wahrnehmen konnten, brachte die Restrukturierung auf der operationellen Ebene nicht alle erforderlichen Resultate. Namentlich die örtlichen Distanzen der Arbeitsplätze der Mitarbeiter des EMD einerseits und des EDA andererseits erschwerten die Zusammenarbeit innerhalb des gemeinsamen Mitarbeiterstabes, was zu Ungenauigkeiten bezüglich der Verantwortlichkeiten führte.²³

Eine der wichtigsten Lehren, die aus dieser Erfahrung zu ziehen ist, besteht darin, dass die operationelle Leitung eines ähnlichen Projektes nur einem Departement zu übertragen ist. Hingegen hat sich die departementsübergreifende strategische Führungsstruktur bewährt.

Für die Kommandoorganisation der SMU war die Projektleitung verantwortlich, wobei aufgrund des Auftrages verschiedene Möglichkeiten in Frage kommen konnten. Insbesondere die Kompetenzen und die Zusammenarbeitsmodalitäten zwischen dem schweizerischen Chefarzt²⁴ im UNTAG-Führungsstab und dem Kommandanten der Sanitätseinheit²⁵ waren nicht klar geregelt. Für künftige sanitätsdienstliche Einsätze dieser Grössenordnung könnte eine Lösung empfohlen werden, wonach der Chefarzt Kontingentskommandant und der Kommandant der Sanitätseinheit diesem zur Zusammenarbeit zugewiesen ist. Diese, in UNO-Aktionen mehrfach bewährte Organisation hätte zu einer Straffung der Führungsorganisation und zu einer Reduktion der relativ grossen Stäbe geführt.

c) Personalauswahl und -einsatz

Nacheinander wurden drei Equipen aus je etwa 150 Personen engagiert, um die 12 Monate abzudecken, die der UNTAG-Einsatz dauerte. Insgesamt haben rund 400 Personen in der SMU und als Wahlbeobachter Dienst geleistet. Gesamthaft gesehen kann den ausgewählten Personen ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Das Prinzip der Freiwilligkeit für die Rekrutierung des Personals ist auch für künftige Einsätze beizubehalten. Führungsqualitäten der Chefs, echte Einsatz- und Dienstbereitschaft, Durchhaltewille, Belastbarkeit und wenn möglich Einsatz Erfahrung sind die zu fordernden Auswahlkriterien. Der Kenntnis der Arbeitssprache im Felde ist zudem ein grösseres Augenmerk zu schenken.

Dieser Einsatz hat einmal mehr gezeigt, dass der Personalauswahl insbesondere für die Führungsfunktionen eine besondere Bedeutung zukommt. Der Wert eines Kaderangehörigen ist stark verknüpft mit seinem Charakter, seiner Erziehung und seinem menschlichen Verhalten in schwierigen Situationen.²⁶ Einige Ausfälle und aufgetauchte Friktionen im Rahmen der UNTAG-Aktion waren die Folge von Problemen auf diesem Gebiet. Bei künftigen Einsätzen ist

21 Projektleiter war Divisionär André Huber, sein Stellvertreter der Sonderbeauftragte des EDA, Arthur Bill.

22 Für die konstituierende Sitzung des finanziellen Führungsorgans vgl. dodis.ch/56314. Vgl. ferner das Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#5425* (B.56.31.22).

23 Vgl. Anm. 19.

24 François Vulliet.

25 Peter Hiltbrunner.

26 Vgl. dazu die Ansprache des Direktors der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, vor den Teilnehmenden des UNTAG-Vorbereitungskurses am 22. März 1989, dodis.ch/56309.

diesem Aspekt – soweit überhaupt möglich – vermehrt Rechnung zu tragen. Fehlleistungen sind hingegen erst in der Bewährung im Einsatz ersichtlich.

d) Vorbereitung und Ausbildung

Für die Vorbereitung des Einsatzes sind Rekognoszierungen²⁷ unerlässlich. Sie sind durch die zuständigen Verantwortlichen so frühzeitig wie möglich durchzuführen, am besten in verschiedenen Schritten bezüglich Konzeption, operationeller Durchführungsmöglichkeiten und logistischer Konsequenzen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass wir durch eine gegenüber der UNO parallele und etwas unabhängigere Vorbereitung – wie es andere Staaten aufgrund früherer Erfahrungen ebenfalls handhaben – einige Zeit gewinnen und manche Probleme hätten vermeiden können.

Die jeweiligen Equipen der SMU wurden in dreiwöchigen Vorbereitungskursen auf ihre Aufgabe vorbereitet.²⁸ Einer zielbewussten und realitätsbezogenen Ausbildung ist künftig von allen dafür zuständigen Stellen grösste Aufmerksamkeit zu schenken.

e) Material

Die Aufwendungen der Schweiz im Materialbereich einschliesslich der Medikamente beliefen sich auf rund 8 Mio. Franken. Der anfänglich festgelegte Materialstock wurde im Verlaufe der Aktion laufend an die Bedürfnisse im Feld angepasst, so dass die SMU schliesslich, bis auf wenige Ausnahmen, mit funktionstüchtigem und den erschwerten Bedingungen angepasstem Material arbeiten konnte.

Da die UNO insbesondere in der Anfangsphase häufig nicht in der Lage ist, die nationalen Kontingente mit der versprochenen nötigen Infrastruktur, vor allem Fahrzeuge, zu versehen, ist auch bei künftigen Operationen eine möglichst grosse Eigenständigkeit anzustreben. In diesem Zusammenhang hat sich insbesondere das Engagement eigener schweizerischer Flugzeuge bewährt.

4. Der Einsatz der Wahlbeobachter

Die UNTAG hat in wochenlanger gründlicher Vorarbeit zusammen mit der General-Administration des Landes diese Wahlen vorbereitet und organisiert. Das wohldurchdachte Wahlprozedere ist in einer landesweiten Informationskampagne in jeden Winkel Namibias getragen worden. Dabei ist es gelungen, auch die 60% Analphabeten Namibias durch eine sehr aussagekräftige und informative Bildersprache und durch mündliche Aufklärung zu erreichen. So konnte sich in den Monaten und Wochen vor den Wahlen eine Stimmung im namibischen Wahlvolke entwickeln, bei der das ursprünglich vorhandene Misstrauen zusehend schwand, um einem hoffnungsvollen Vertrauen Platz zu machen, was sicher ein Grund für den Erfolg dieser Wahlen war.

In seinem Beschluss vom 2. März 1989²⁹ hielt der Bundesrat fest, dass die schweizerische Unterstützung der UNTAG neben der Sanitätseinheit auch Wahlhelfer beinhalten würde. Das EDA war für die Durchführung dieses Einsatzes verantwortlich.

Aus über 100 Bewerbern wurden nach sehr strengen Kriterien 31 Wahlbeobachterinnen und -beobachter ausgewählt³⁰ und nach einem sechstägigen Ausbildungs- und Informationskurs³¹

27 So gab es im Oktober 1988 sowohl eine Rekognoszierung im Rahmen der UNO-Mission als auch eine rein schweizerische Mission, vgl. dodis.ch/56305 bzw. dodis.ch/56306.

28 Für den sanitätsdienstlichen Ausbildungsbereich war das EMD, für die Ausbildung im ausserberuflichen Gebiet das EDA verantwortlich, vgl. dodis.ch/56308. Für die Ausbildung der Militärbeobachter vgl. dodis.ch/56271.

29 BR-Prot. Nr. 373 vom 2. März 1989, dodis.ch/55818.

30 Für die Kriterien und die Auswahl der Wahlbeobachterinnen und -beobachter vgl. dodis.ch/56311.

31 Für das Programm des fünftägigen Kurses vgl. dodis.ch/56310.

nach Namibia entsandt. In der Zeit zwischen dem 27.10. und dem 19.11.1989 kamen sie im südlichen Teil Namibias zum Einsatz. Ihre Aufgabe bestand darin, die rechtmässige Durchführung der Wahlen zu überwachen. Ausser der Schweiz hatten sich 26 andere Länder mit etwa gleich starken Wahlbeobachterkontingenten an der Wahlüberwachung beteiligt.

Höchste UNO-Stellen sprachen sich sehr anerkennend über den Einsatz, die Qualität und die Kompetenz der schweizerischen Wahlbeobachter aus. Dieser schweizerische Beitrag wurde aber auch von der Staatengemeinschaft mit einigem Wohlwollen zur Kenntnis genommen. In der Tat entsprechen solche Einsätze bester schweizerischer Tradition. Künftige Teilnahmen sind daher abgestützt auf die Namibia-Erfahrung sehr zu empfehlen.³²

5. Finanzielle Aspekte

a) Allgemeines

Im Februar 1989 hat der Bundesrat zur Deckung der Kosten des Einsatzes in Namibia für die Zeit vom 1. März 1989 bis 31. März 1990 einen Verpflichtungskredit von 50 000 000.– Franken bewilligt und weitere 32 000 000.– Franken zugesagt, falls der UNTAG-Einsatz verlängert werden sollte.³³

Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Berichtes ist die definitive Kostenabrechnung für die Gesamtheit des Einsatzes noch nicht abgeschlossen. Einige Schlussfolgerungen lassen sich jedoch bereits jetzt ziehen. Da sich die Operation zeitgerecht beenden liess, werden die zusätzlichen 32 Mio. Franken nicht benötigt. Am 1. August 1990 betrugen die buchhalterisch erfassten Ausgaben ungefähr 30 300 000.– Franken. Somit wurde der zur Verfügung gestellte Kredit zu einem beachtlichen Teil nicht aufgebraucht. Da es sich um den ersten Einsatz dieser Grössenordnung der Schweiz handelte, war es seinerzeit nicht einfach, ein Budget mit den genauen voraussichtlichen Ausgaben aufzustellen, was, wenigstens teilweise, die bestehende Differenz zwischen dem gewährten Kredit und den effektiven Ausgaben erklärt. Die UNO schloss während der ganzen Übergangsperiode übrigens nicht aus, dass die Aktion länger dauern könnte. Dank dem positiven politischen Willen aller Beteiligten und der guten Arbeit der UNTAG konnte die Operation jedoch zeitgerecht abgeschlossen werden.

b) Die Entschädigungsleistungen der UNO

Wie bei praktisch allen friedenserhaltenden Operationen beteiligt sich die UNO an den Ausgaben der truppen- und personalstellenden Staaten. Sie gewährt diesen eine Personalentschädigung (950.– US\$ pro Person/pro Monat), kommt für die Transportkosten zu Beginn und am Ende einer Aktion auf und entschädigt die teilnehmenden Staaten für die Benützung des Materials.

Die Vereinten Nationen haben der Schweiz den gesamten Betrag für die Personalentschädigung in der Höhe von 2,7 Mio. Franken überwiesen. Offen bleiben noch die Materialentschädigung sowie die Rückvergütung der Rückreisekosten.

6. Schlussbemerkungen und Perspektiven

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass unser Land mit dem Engagement in Namibia einen grossen und auch im Ausland wohlbeachteten Schritt in Richtung eines vermehrten weltweiten Engagements auf dem Gebiet der Friedenssicherung gemacht hat. Es war das erste Mal, dass die Schweiz, obwohl Nicht-Mitglied der UNO, die Vereinten Nationen in einer friedenserhaltenden Mission in einem solchen Umfang personell, materiell und finanziell unterstützt und damit ihre

32 Der Bundesrat beschloss im November 1990, Wahlbeobachter nach Haiti zu entsenden, vgl. das BR-Prot. Nr. 2400 vom 21. November 1990, dodis.ch/56151.

33 Vgl. das BR-Prot Nr. 322 vom 27. Februar 1989, dodis.ch/55617.

Bereitschaft zur Mitverantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt unter Beweis gestellt hat. Dieser Einsatz hat es dem EMD und EDA auch ermöglicht, ihre organisatorische Flexibilität im Rahmen der UNTAG unter Beweis zu stellen. Aufgrund der gesammelten Erfahrungen und deren sorgfältiger und vor allem auch selbstkritischer Auswertung wird unser Land seine Einsatzbereitschaft auf dem Gebiet der friedenserhaltenden Operationen um ein gutes Stück erhöhen können.

Das Gelingen der UNTAG-Mission als Ganzes hat aber auch die UNO und ihre Möglichkeiten zur friedenssichernden Intervention in Spannungsgebieten in einem positiveren Licht erscheinen lassen. Der UNO-Sicherheitsrat greift deshalb auch vermehrt auf das Instrument der friedenserhaltenden Operationen zur Lösung von Regionalkonflikten zurück. Für die West-Sahara³⁴ und Kambodscha³⁵ hat das UNO-Sekretariat denn auch schon relativ weit fortgeschrittene Einsatzpläne ausgearbeitet.

34 *Die Schweiz beteiligte sich von 1991 bis 1994 an der MINURSO-Mission der UNO in der West Sahara, vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1842.*

35 *In der Antwort auf die Einfache Anfrage 89.1176 Teilnahme an allfälliger friedenserhaltender Aktion in Kambodscha von Nationalrat Heinrich Ott bekräftigte der Bundesrat, dass die allgemeine Disponibilität der Schweiz für eine Teilnahme an einer friedenserhaltenden Aktion der UNO auch für Kambodscha gelte, vgl. Amtl. Bull. NR, 1990, II, S. 764–765. 1992 startete die UNO die friedenserhaltende Aktion UNTAC in Kambodscha. Die Schweiz entschied sich gegen eine Teilnahme.*

32

dodis.ch/54342

Discours du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Felber, à la Conférence des Ambassadeurs¹

CONCLUSIONS DU CHEF DU DÉPARTEMENT

[Berne,] 23 août 1990

Conférence des Ambassadeurs, jeudi 23 août 1990

Alors que l'attention du monde aujourd'hui comme celle de notre pays et de notre peuple est retenue par la grave crise du Golfe² – une crise très grave – la Conférence des Ambassadeurs a cependant tenu à respecter l'universalité habituelle de nos préoccupations sans écarter ce sujet préoccupant. Les différents thèmes retenus, comme d'ailleurs les questions débattues dans les quatre séminaires parallèles nous auront permis de recueillir vos réflexions et vos suggestions

1 CH-BAR#E2024B#2001/146#33* (a.133.41). *Ce discours du Conseiller fédéral René Felber, probablement rédigé par le Secrétariat politique du DFAE, met fin aux exposés de la conférence des ambassadeurs du 21 au 23 août 1990. La conférence se termine par une excursion en Suisse orientale. Pour le rapport de la conférence des ambassadeurs, cf. dodis.ch/54340. Pour l'exposé liminaire du Conseiller fédéral Felber, cf. dodis.ch/54341. Pour un tour d'horizon de la politique étrangère de la Suisse par le Conseiller fédéral Felber, cf. aussi DDS 1990, doc. 11, dodis.ch/56530.*

2 Cf. DDS 1990, doc. 29, dodis.ch/55715; doc. 30, dodis.ch/54497 et doc. 60, dodis.ch/55703 ainsi que la compilation thématique Crise du Golfe (1990–1991), dodis.ch/T1673.



Conférence des ambassadeurs du 21 août 1990 au Bernerhof à Berne sous la présidence du Conseiller fédéral René Felber (caché), dodis.ch/57291 (CH-SNM LM-179737.2).

sur les principaux dossiers qui nous occupent aujourd'hui. Nous en tirerons – soyez-en certains – les enseignements nécessaires qui devront guider notre action à venir.

Dans un monde qui est marqué très directement par l'élimination de l'antagonisme Est-Ouest,³ par la prépondérance croissante en Europe de la Communauté d'un monde pacifique, la nouvelle architecture européenne⁴ reste pour la Suisse une préoccupation majeure. Cela d'autant plus que depuis notre dernière conférence,⁵ quatre bouleversements se sont produits ou se sont confirmés:

- l'effondrement du monolithe soviétique
- le rétablissement, impensable il y a encore un an dans des délais aussi brefs, de l'Europe, dans ses frontières historiques
- le dynamisme de l'intégration communautaire et
- l'unification allemande, porteuse d'espoirs mais aussi de beaucoup de craintes.

Dans ces conditions et face aux nouveaux défis que représentent le soutien des Occidentaux aux réformes politiques, économiques et sociales de l'Europe centrale et orientale,⁶ le problème des minorités et l'éclatement d'États plurinationaux comme l'URSS et la Yougoslavie,⁷ il s'agit

3 *Au sujet du processus de réforme en Europe de l'Est, cf. la compilation dodis.ch/C1729.*

4 *Pour la nouvelle architecture européenne, cf. la compilation dodis.ch/C1802.*

5 *Cf. le rapport de la conférence des ambassadeurs de 1989, dodis.ch/54420.*

6 *Pour l'aide aux pays d'Europe de l'Est, cf. DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158 et la compilation thématique Aide aux pays d'Europe de l'Est, dodis.ch/T1676.*

7 *Pour les relations avec la Yougoslavie, cf. DDS 1990, doc. 2, dodis.ch/56007.*

donc de savoir quelles seront les institutions existantes ou à créer qui permettront de gérer le patrimoine européen et son avenir ou qui permettront d'aider l'URSS à gérer son repli et sa propre transition.⁸ Dans l'état actuel des choses, il nous a semblé en tous les cas que la CSCE, qui est le seul organe où l'Europe entière est représentée avec la présence des deux États d'Amérique du Nord que sont les États-Unis et le Canada, la Communauté européenne, avec le dynamisme qui est le sien – encore qu'il faut bien le rappeler, elle a prouvé que, politiquement, elle était loin d'être un géant dans les derniers événements du Golfe, et l'OTAN, garante de la présence américaine en Europe, ces institutions continueront à jouer un rôle essentiel. N'oublions pas que le *Conseil de l'Europe*, lequel apparaît de plus en plus comme le point d'ancrage et le centre d'expression privilégié des valeurs démocratiques d'un nombre croissant de pays européens aura, lui aussi, un rôle extrêmement important à jouer – il devra et aurait déjà dû définir d'une manière beaucoup plus précise quel est le champ d'action dans lequel il va opérer.⁹ Parallèlement, nous poursuivons nos efforts en vue de la réalisation de l'*Espace économique européen*, en gardant à l'esprit l'hypothèse d'une adhésion de la Suisse à la Communauté.¹⁰ Et si certains pays étrangers nous imaginent déjà – un peu facilement – membres de la Communauté, j'aimerais vous rappeler cependant qu'un travail considérable reste à accomplir à l'intérieur de notre pays pour atteindre à ce que l'on appelle aujourd'hui l'euro-compatibilité de nos structures politiques, administratives et institutionnelles, et cela à commencer par les problèmes qui seront posés au moment de la conclusion, que nous souhaitons d'un bon accord sur l'Espace économique européen.¹¹

Le Conseiller fédéral Villiger a souligné que le champ stratégique européen a subi des transformations que l'on pourrait désigner d'historiques.¹² Il en découle pour nous l'obligation de redéfinir notre politique étrangère, de même que notre politique de sécurité, ces deux étant étroitement liées. Si tout nouvel affrontement militaire en Europe semble pour l'instant invraisemblable, on ne saurait cependant exclure toute surprise politique qui pourrait dégénérer en un conflit armé, le potentiel d'explosifs étant extrêmement important dans certains États de notre continent. Pour éloigner définitivement cette éventualité, il s'agit pour nous de participer avec les autres États européens à la construction d'un nouveau système de sécurité du continent. Dans ce domaine, le forum privilégié est pour nous la CSCE, il est également le forum privilégié pour tous les pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est.¹³ Comme je l'ai relevé avant-hier,¹⁴ à l'euphorie de la fin de l'année 1989 fait place aujourd'hui la réflexion et l'action patiente, moins spectaculaire et davantage concertée:

On parle de désarmement mais comme l'a relevé mon collègue M. Villiger, si on réduit de moitié l'arsenal nucléaire stratégique, plutôt que de pouvoir détruire 20 fois la planète, on pourra encore la détruire 10 fois. On est loin de se trouver dans un état d'équilibre.

On parle de démocratie et économie de marché, mais en Europe centrale et orientale, en réalité tout reste encore à construire dans ces domaines. Et ce qui pose probablement le problème le plus grave, c'est la façon dont nous remporterons une victoire définitive sur les habitu-

8 Pour l'aide à l'URSS, cf. la compilation dodis.ch/C1877.

9 Sur le rôle du Conseil de l'Europe dans la nouvelle architecture européenne, cf. dodis.ch/56047.

10 Pour l'EEE cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934; doc. 16, dodis.ch/54605; doc. 3, dodis.ch/55262; doc. 28, dodis.ch/55291. Cf. également la compilation thématique Négociations AELE-CEE sur l'Accord EEE (1990–1993), dodis.ch/T1713.

11 Pour les vues du Conseiller fédéral Felber sur les relations entre un accord EEE et l'adhésion à la CEE, cf. DDS 1990, doc. 42, dodis.ch/56411.

12 Le discours de du Chef du DMF, le Conseiller fédéral Kaspar Villiger, figure également dans le rapport de la conférence des ambassadeurs, cf. dodis.ch/54340.

13 Pour les perspectives de la CSCE, cf. DDS 1990, doc. 34, dodis.ch/56205.

14 Cf. l'exposé liminaire du Conseiller fédéral Felber du 21 août 1990, dodis.ch/54341.

des qui ont été prises pendant plus de 40 ans. Vous avez constaté et nous l'entendons à chaque séance multilatérale combien les hommes les plus nouveaux, les plus modernes, les plus offensifs des démocraties nouvelles de l'Europe centrale, font encore toujours référence dans leurs discours et dans leurs propositions à des schèmes qui étaient ceux des régimes totalitaires sous lesquels ils vivaient. Il n'y a pas dans ces peuples-là et même auprès de beaucoup de leurs dirigeants la découverte de toutes les possibilités et de toutes les structures qui existent dans un monde démocratique.

Certains d'entre vous ont relevé que la Suisse, pendant des décennies, n'a fait de politique étrangère que commerciale et qu'il était temps de réinventer une politique étrangère.¹⁵ Cette critique a peut-être été justifiée à certaines époques particulières mais aujourd'hui j'ai l'impression qu'elle a fait son temps et qu'il ne s'agit pas pour nous d'inventer. Nous ne sommes pas des artistes là pour étonner le monde ou les médias, nous sommes là pour servir les intérêts de notre pays et de notre peuple; nous sommes là pour convaincre nos concitoyens que leur regard ne doit pas s'arrêter au mur d'en face ni même à la frontière de notre pays – il est trop petit. Il faut savoir regarder ailleurs, il n'y a pas lieu d'inventer quoi que ce soit pour cela. Il faut rendre conscients les Suisses que leur pays n'est pas une île et qu'il y a après leur frontière des horizons énormes à découvrir. Et entre leur œil et l'horizon le plus lointain il y a des millions d'hommes et de femmes qui vivent et auxquels il faut penser. J'en prendrais pour preuve de l'évolution et de l'activité de la politique étrangère un certain nombre d'exemples récents. Je pense à la participation de la Suisse à l'intervention des forces de paix des Nations Unies en Namibie, la GANUPT,¹⁶ et je vous demande de réfléchir si il y a dix ans encore, ou même cinq ans, on aurait imaginé facilement que la Suisse s'engage dans une opération telle que celle-là. C'est dire que l'on fait aussi la politique étrangère et la politique que sa population, son peuple, convaincus supportent, ce qui nous permet d'avancer et de prendre, peut-être, davantage d'initiatives. Nous n'avons eu à propos de cette initiative dans le cadre des Nations Unies que des remerciements et des félicitations.¹⁷ Il y a eu quelques grincheux, bien sûr, heureusement, ça occupe les parcs et les coins de bistros, mais il y a eu un soutien général de notre population. Il n'y avait donc pas de timidité de la part du peuple suisse. Il y a eu la décision des chambres fédérales, parfaitement comprise par nos concitoyens de participer à l'aide à la Hongrie et à la Pologne,¹⁸ aide qui, dans le cadre du G-24¹⁹ qui s'est réuni encore le 6 juillet dernier à Bruxelles a été élargie désormais à la Tchécoslovaquie²⁰ en particulier et à d'autres États qui rempliraient les mêmes conditions, c'est-à-dire pluralisme démocratique, libéralisme économique, État de droit; il a été décidé d'élever le seuil de l'aide à ces États-là. On devra nécessairement ajouter à cela la décision récente du Conseil fédéral d'appliquer des sanctions économiques à l'Irak et au Koweït à la suite de l'annexion du Koweït,²¹ décision qui a été prise quelques heures après le vote du Conseil de sécurité des Nations Unies à New York.

Avons-nous été motivés, dans ces décisions, par des préoccupations mercantiles? Je pose la question – ce n'est en tous cas pas mon impression.

15 *Pour la relation entre la politique étrangère et la politique commerciale extérieure cf. aussi DDS 1990, doc. 9, dodis.ch/56535.*

16 *Cf. DDS 1990, doc. 31, dodis.ch/56036 et la compilation dodis.ch/C1719.*

17 *Cf. DDS 1990, doc. 18, dodis.ch/56127 ainsi que dodis.ch/56312 et dodis.ch/56313.*

18 *Cf. DDS 1990, doc. 5, dodis.ch/56181; doc. 12, dodis.ch/56158; doc. 33, dodis.ch/55680 et la compilation thématique Aide aux pays d'Europe de l'Est, dodis.ch/T1676.*

19 *Cf. aussi dodis.ch/55726.*

20 *Cf. DDS 1990, doc. 54, dodis.ch/55850.*

21 *Pour la crise du Golfe cf. DDS 1990, doc. 29, dodis.ch/55715 et doc. 30, dodis.ch/54497 et la compilation dodis.ch/C1674.*

Réinventer une politique étrangère? Lorsque l'on utilise ces termes-là ce sont souvent des propositions que l'on affectionne dans certains journaux ou au «Café du coin» lorsque l'on refait le monde. Nous n'avons pas à refaire le monde, nous avons à le prendre tel qu'il est, à y demeurer, à user de toute notre influence avec ceux qui pensent comme nous pour essayer d'y maintenir la paix et en définitive le bien-être de notre pays et de sa population. Ce que l'on doit faire – et nous nous y employons – c'est, dans la mesure de nos moyens, d'intensifier et d'adapter notre action aux circonstances; lorsque le monde change, notre vision du monde doit changer et nous devons aussi avoir des actions qui répondent aux appels du monde. En d'autres termes, et nous venons de l'entendre, nous devons saisir toute occasion pour faire connaître et rappeler notre disponibilité dans le règlement pacifique des conflits comme ceux que nous connaissons, anciens, et qui sont des plaies de l'humanité, le Cambodge ou l'Afghanistan.²² Je voudrais faire une toute petite digression à propos de la disponibilité. On a beaucoup trop abusé de ce terme, à la limite cela ne veut plus rien dire. Disponibles, nous le sommes par définition, si l'on nous demande et que nous pouvons, nous le faisons. Mais il ne faut pas annoncer cela comme un bouclier qui nous empêche de remarquer que quelquefois nous sommes disponibles, mais pas solidaires. Soyons donc attentifs à ne pas jeter constamment des termes qui sont un peu pompiers – pour ne pas dire pompeux – dans la conversation. Nous devons jouer un rôle utile dans la diffusion de nos valeurs démocratiques y compris de notre système fédéraliste: mais nous savons qu'il y a des limites à ce système, ce que je répète souvent à mes interlocuteurs étrangers, car il ne s'agit pas d'exporter le système suisse. Il y a des idées, une tradition, une expérience que nous pouvons expliquer mais que nous ne pourrions jamais convaincre qui que ce soit d'adopter tel quel. Et là on peut s'inspirer de cette remarque que l'un d'entre vous a faite que la Suisse est intéressante pour les autres pays dans la mesure où elle a quelque chose à apporter. Je crois que c'est certain. Et je suis persuadé que le thème qui devra particulièrement animer notre politique étrangère sera celui de la solidarité. La solidarité avec les États du monde qui rétablissent la liberté et donnent la souveraineté à un pays comme la Namibie, la solidarité des États industrialisés et de l'Europe qui soutiennent les démarches vers la liberté qu'ont tentées les peuples d'Europe centrale et de l'Est, la solidarité de la Suisse avec la communauté internationale lorsqu'elle condamne et punit un État qui a violé le droit des gens. Je crois que c'est ainsi que nous reconnaitrons et que nous ferons reconnaître que nous appartenons à la communauté des Nations. Il y a un terme que je voudrais voir définitivement écarté de tout langage de politique étrangère suisse, c'est celui de «Sonderfall Schweiz». C'est inutile et c'est faux. Le «Sonderfall Schweiz», il n'existe que dans la mesure où nos institutions sont différentes des autres, dans la mesure où la façon dont nous traitons politiquement les problèmes intérieurs de notre pays est différente de la façon dont sont traités ces mêmes problèmes à l'étranger. Mais la Suisse, État, Nation, n'est pas un «Sonderfall» c'est un petit morceau de la géographie du continent européen et c'est un État qui a les mêmes responsabilités que tous les autres États de ce continent et du monde.

Plusieurs participants étaient d'accord que la Suisse devra affronter la triple échéance de l'adhésion à la Communauté, à l'organisation des Nations Unies²³ et aux Institutions de Bretton Woods.²⁴ Dans le monde contemporain, le fait de n'appartenir à aucun «club» rend la conduite des relations extérieures particulièrement difficile voire quelquefois impossible. Or seule une politique étrangère engageant la Suisse dans un rôle d'État solidaire de la communauté internationale, seule une politique de ce type menée fermement par le Conseil fédéral saura faire face à ces défis. Ces défis, sont-ils imminents? Pas nécessairement, mais les problèmes qu'ils nous posent

22 Pour l'engagement de la Suisse, cf. la compilation thématique Processus de paix en Afghanistan, dodis.ch/T1828.

23 Pour les relations avec l'ONU après le vote négatif sur l'adhésion à l'ONU cf. DDS 1990, doc. 18, dodis.ch/56127.

24 Cf. DDS 1990, doc. 1, dodis.ch/54926 et doc. 13, dodis.ch/54922.

ne doivent pas être purement et simplement écartés au nom de principes qui ne sont souvent pas connus et en définitive pour servir un intérêt strictement égoïste.

Irak:

Jusqu'à il y a peu de temps, nous avons peut-être trop rapidement cru que nous allions pouvoir enfin toucher les dividendes de la paix après les divers événements qui s'étaient passés en Europe centrale. Avec l'effondrement du communisme, certains prosélytes ont pensé que les normes du droit des gens et les valeurs occidentales allaient triompher dans le monde entier. L'agression flagrante du Président Saddam Hussein contre l'État du Koweït – le 2 août – a remis brutalement en question quelques certitudes. Et là, nous devons bien le reconnaître, nous savions tous, en Occident, que la puissance militaire irakienne était énorme, qu'elle était entre les mains d'un seul homme et de son régime, qu'elle était menaçante et nous n'y avons pas prêté suffisamment d'attention. Nous devrions, une fois de plus – et je dirais presque que cette leçon, si elle n'a pas de conséquences trop graves dans le monde et au Moyen Orient, il est important peut-être de l'avoir vécu – nous devrions nous poser, une fois de plus, la question de notre responsabilité dans les moyens que nous avons donnés à l'Irak au cours des années, jusqu'à la possibilité récente encore, de posséder la bombe atomique. Nous portons notre part de responsabilité dans cette affaire.²⁵ On ne peut pas soutenir une politique qui revient d'une part à défendre le *droit des gens* et les *droits de l'homme* et parallèlement, sous le couvert de la liberté des marchés et des échanges, mettre entre les mains d'un homme que nous savons dangereux et de son régime les moyens propres à fouler aux pieds ces mêmes droits que nous défendons.

Puis se posent les problèmes du *tiers-monde*.

Le Nord de la planète est en pleine période de restructuration si l'on considère les développements européens et le développement du Sud continue d'être entravé par une série de crises et d'affrontements. Il ne doit pas subir que les retombées négatives des bouleversements européens.

Si les événements d'Europe centrale et orientale menacent de nous détourner des problèmes que connaît par exemple l'Amérique du Sud, il me semble pourtant qu'ils devraient au contraire attirer notre attention sur le parallélisme des besoins de ces régions. Il s'agit de trouver une formule pour mener conjointement à bien une démocratisation de la vie politique – on sent ces efforts dans les États d'Amérique latine – et une réforme approfondie des structures économiques, tout en recherchant de part et d'autre leur réinsertion dans l'économie mondiale. De même, il s'agit dans ces deux régions du monde, le Nord et le Sud, de faire en sorte que l'étatisme outrancier qui a prévalu pendant toutes les décennies passées et qui est aujourd'hui rejeté, ne soit remplacé par un capitalisme sauvage, tout aussi peu en mesure de résoudre les problèmes sociaux qui existent des deux côtés.

Nous avons là des expériences d'États à économie de marché, nous avons des expériences à apporter, certainement, quant à l'équilibre social indispensable.

Dans ces conditions, notre politique d'aide au développement à l'Amérique latine garde toute sa signification.²⁶ Mais, nous devons, certainement songer à inscrire davantage ce continent dans les structures multilatérales.

S'il est un continent particulièrement inquiet du détournement des flux de l'aide internationale en faveur de l'Europe centrale et orientale, c'est bien l'Afrique.²⁷ Il nous faut donc ici réaffirmer comme nous l'avons déjà fait à plusieurs reprises, en Suisse, au Parlement, devant la presse, et le Groupe des 24 l'a réaffirmé deux fois solennellement que l'aide aux pays de l'Est n'empêtera

25 Cf. dodis.ch/54560.

26 Pour les relations bilatérales avec les pays d'Amérique latine cf. DDS 1990, doc. 4, dodis.ch/56233; doc. 26, dodis.ch/56121 et doc. 59, dodis.ch/54750.

27 Pour la coopération avec les pays africains cf. DDS 1990, doc. 39, dodis.ch/56092 et doc. 48, dodis.ch/56080.

en aucun cas sur l'assistance que la Suisse accorde traditionnellement aux pays en voie de développement, et par là même à l'Afrique.²⁸ Nous savons, et c'est ça le risque le plus lourd, que si l'aide publique ne sera pas détournée, les investissements privés n'appartiennent évidemment pas à notre décision; le risque est dès lors que les investisseurs choisissent plutôt l'élargissement de leurs entreprises et la possibilité d'investir en Europe, en Europe orientale en particulier, se détournant par là même des États africains.

D'un autre côté, nous devons plus durement que nous l'avons fait jusqu'à présent insister pour que les États d'Afrique empruntent plus résolument les voies qui mènent à la démocratie. Nous savons qu'ils sont victimes d'un handicap que de nombreuses années de colonisation leur ont laissé. Mais nous souhaitons que plus nous engagerons en faveur de cette partie du monde, plus nous puissions intervenir en faveur du respect des droits de l'homme et de l'institution de régimes démocratiques.

Confrontée au Développement historique de l'Europe ou à la dégradation toujours plus pré-occupante de la situation du Tiers Monde, on pourrait penser que la Suisse a désormais fort à faire pour accréditer auprès de l'ensemble des pays du monde l'image d'une nation riche et neutre. Nous avons heureusement la chance que la réputation de solidarité, de loyauté et de paix de notre pays soit ancrée depuis assez longtemps dans l'histoire pour que cette image résiste encore aux changements malgré le retentissement de certaines affaires à l'étranger.

Un danger nous menace. Est-ce que nous ne deviendrions pas les otages de notre propre système si longtemps rôdé et qui est fait aussi d'habitudes. À l'heure des défis que nous devons affronter, quelle image de la Suisse et de ses habitants, de son peuple, désirons-nous projeter à l'étranger. Notre neutralité permettait comme le disait notre Ambassadeur à Moscou²⁹ hier, à Monsieur Schevardnaze de répondre: oui neutres, nous le sommes tous. C'est donc dire que si nous voulons défendre et projeter cette image de la neutralité, nous devons illustrer notre neutralité, et nous ne pourrions l'illustrer et la justifier qu'à travers une politique de neutralité qui soit engagée, qui soit claire et qui soit publique.³⁰ Nous avons pu constater que la décision du Conseil fédéral d'appliquer des sanctions économiques identiques à celles décidées à l'ONU envers l'Irak a montré, a eu comme conséquence que les réactions à l'égard de la Suisse dans le monde ont été extrêmement positives et qu'on a tout-à-coup découvert quelles étaient les possibilités d'un État comme le nôtre.³¹

Puis enfin, Mesdames et Messieurs, vous avez eu l'occasion de discuter des célébrations du 700^{ème} anniversaire et surtout à cette occasion de la nouvelle orientation de notre politique culturelle.³² Je tiens à souligner qu'il faudra que tous ensemble nous obtenions un développement des moyens à disposition de notre politique culturelle. C'est indiscutablement un des moyens les plus importants de nous présenter au monde, partout, de nous manifester en tant que pays; or un pays n'est réellement respectable que lorsqu'il peut montrer ce qu'il crée.³³ C'est une conviction que nous devons tous avoir, et je souhaite que nous puissions, au cours des prochaines années, développer cette dimension diplomatique qu'est la présence culturelle de la Suisse à l'étranger. Nous savons que nous avons pris du retard dans ce domaine, et que des pays de la

28 Pour le lien entre l'aide au développement et l'aide aux pays d'Europe de l'Est, cf. aussi dodis.ch/55696.

29 Francis Pianca.

30 Pour la neutralité suisse dans un environnement en mutation cf. le papier de thèse de la Direction du droit international du DFAE, DDS 1990, doc. 24, dodis.ch/54523.

31 Pour une évaluation des sanctions économiques contre l'Irak et le Koweït du point de vue de la neutralité suisse, cf. DDS 1990, doc. 30, dodis.ch/54497.

32 Cf. les différents exposés sur la politique culturelle dans le rapport de la conférence des ambassadeurs dodis.ch/54340.

33 Cf. la compilation thématique 700^e anniversaire de la Confédération (1991), dodis.ch/T1830. Pour les projets culturels à l'étranger dans le cadre du 700^{ème} anniversaire de la Suisse, cf. dodis.ch/55954.

même dimension que le nôtre ont eu peut-être à cause de leur structure politique aussi, ont eu la possibilité de se présenter mieux, de se présenter plus souvent, de se présenter plus généreusement et plus ouvertement. Nous nous occuperons, et nous engagerons avec vous pour obtenir davantage dans ce domaine.

Enfin, ce matin, tout-à-l'heure, vous avez écouté mon collègue, le Chef du Département de l'Économie Publique. M. le Conseiller fédéral Delamuraz a tiré lui-même les conclusions des discussions qu'il a eu avec lui,³⁴ je crois qu'il n'est pas nécessaire que j'y revienne.

Voilà Mesdames et Messieurs, je voudrais vous remercier de votre présence, de votre participation, de vos contributions souvent substantielles aux discussions qui ont eu lieu, de remercier ceux qui ont par leur préparation permis de préparer, d'organiser les quatre séminaires auxquels vous avez assisté. J'aimerais vous remercier aussi de votre collaboration quotidienne, vous dire que le Conseil fédéral, comme votre Chef de Département sont fiers de votre travail et qu'ils vous témoignent leur plus totale confiance. J'aimerais remercier aussi ici certains absents. Ceux qui sont retenus au Moyen-Orient, pour les raisons qu'on sait, et je me permets, Mesdames et Messieurs, de conclure en demandant à certains d'entre vous de regagner vos postes, dès que cela sera possible, il n'y a pas d'ordre d'urgence – vous aurez le temps de déjeuner. Je vous remerciera de bien vouloir me communiquer les moments de votre départ. Voyez-vous je crois que cela est important, aujourd'hui certains médias ne font plus de l'information, mais un exercice de voyeurisme contre lequel nous devons quelquefois nous défendre. Je ne voudrais pas que dans quelques semaines on se mette simplement à me poser cette stupide question: où étaient les Ambassadeurs? Parce qu'on aura uniquement parlé des Chargés d'Affaires. Cette question, elle viendra, Mesdames et Messieurs, ou alors vous ne connaissez pas la presse suisse. Et je crois que de toute manière, pour vos collaborateurs en place, pour la Centrale et pour nous tous, il sera important de savoir que dans un moment où une crise peut éclater, je ne fus pas pessimiste, je vous dirais même que j'ai l'impression que l'instant est passé. Il y a 20 jours, le 2 août que l'Irak envahissait le Koweït, je ne suis pas persuadé que si les Américains avaient voulu intervenir ils ne l'auraient pas déjà fait. C'est un peu tard. Enfin, je ne suis pas prophète... Mais nous avons des Suisses à rapatrier, il y a des frontières qui se sont fermées, celle de la Jordanie la nuit passée. 180 000 réfugiés sont en Jordanie, dénués de tout, il n'y a plus ni aliment ni boisson, la seule issue est maintenant la Turquie avec des distances assez considérables, assez difficiles, je souhaite donc que les Ambassadeurs, indépendamment de ceux qui remplissent leur mission ou bien parce qu'ils y sont ou bien parce qu'il n'y a pas d'Ambassadeur résident en Irak, en Arabie Saoudite, en Jordanie, en Égypte et en Syrie, je souhaite que les Ambassadeurs à Tel Aviv, à Ankara, les Chargés d'Affaires à Abou-Dhabi et à Tripoli, notre Ambassadeur à Washington,³⁵ parce qu'on tire toutes les ficelles à Washington M. Brunner le sait bien, et il n'y a qu'à voir pendant la seule séance du Conseil fédéral d'hier soir j'ai été dérangé 6 fois pour recevoir des câbles qui venaient de votre Ambassade, je souhaite que ces Chefs de mission regagnent le plus vite possible leur poste. Nous l'avons annoncé publiquement, en disant que nous vous inviterions à regagner vos postes.

Encore une fois, Mesdames et Messieurs, s'il vous plaît je ne suis pas payé ni élu pour jouer un drame, je n'interprète pas un drame classique. Je vous dis simplement que le besoin d'informations, le besoin de contacts, les questions de la presse, les services, et c'est cela qui est essentiel, que nous pouvons rendre en étant sur place m'engagent à vous demander de regagner vos postes dans un délai que vous jugerez convenable. Je ne juge pas moi, si c'est demain, ou cet après-midi ou dimanche soir. Je vous invite à regagner vos postes et à nous faire savoir quand vous pourrez le faire.

34 Cf. les conclusions du Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz dans le rapport de la conférence des ambassadeurs, dodis.ch/54340, ici pp. 107-112.

35 Jean Olivier Quinche, Adolf Lacher, Hansulrich Maurer, Claude Huguenin et Edouard Brunner.

J'aimerais également que les Ambassadeurs, je ne devrais même pas avoir besoin de le dire, mais je le répète quand-même, comme cela je vous aurai fait toute la leçon, que les Ambassadeurs des pays qui sont les membres du Conseil de Sécurité non pas regagnent leur poste immédiatement, mais soient prêts à assurer une espèce de service de garde, c'est-à-dire qu'on puisse rapidement les atteindre le cas échéant, et qu'ils sachent qu'il y aura peut-être nécessité de regagner au plus vite, en cas d'aggravation de la crise, donc là pas d'invitation immédiate, simplement on pourrait avoir à vous demander de retourner à vos postes, c'est donc Paris, Londres, Moscou, Pékin.³⁶

Et enfin, dans un deuxième service, évidemment que les Ambassadeurs à Rome, à Bonn, Bruxelles les Communautés, et l'Organisation des Nations Unies à New York³⁷ soient également à atteindre, mais évidemment dans un délai qui vraisemblablement ne présente aucune urgence. Je suis désolé de devoir donner ces indications, je suis persuadé que ce sera la dernière fois, mais je crois qu'aussi pour l'image de notre pays, pour la confiance que nous, vous, corps diplomatique, nous, Département des Affaires étrangères, devons inspirer à nos concitoyens, il est nécessaire qu'on prenne un minimum de précautions, et qu'on puisse simplement répondre présent si une question nous était posée. Cela dit je sais pouvoir compter sur chacun d'entre vous, et le Conseil fédéral qui m'a aussi demandé d'intervenir dans ce sens et qui soutient cet appel, se joint à moi pour vous remercier de votre travail.

Je souligne que, à la Centrale, toute une série de vos collègues, et de mes collaborateurs ne participeront pas à l'excursion, désirant rester à leur poste pour pouvoir répondre aux éventuels appels urgents qui arrivent.³⁸ Il y a les appels urgents de vos missions, il y a les appels urgents de la presse, c'est autre-chose, il y a les précisions demandées par tel ou tel Département fédéral ou tel Service, il y a aussi les services que nous rendons à nos concitoyens, et il y a de plus en plus à notre époque une concertation très vive entre les divers Ministères. C'est réjouissant, c'est déstabilisant dans la mesure où nous ne sommes plus tranquilles, j'ai un collègue qui m'appelle deux fois par jour maintenant, c'est quelques fois difficile parce que je n'ai pas changé d'avis entre la première et la deuxième. Mais c'est dire que cette concertation même directe entre Ministres à travers le téléphone, n'est-ce-pas, mais qui implique que nous allons ensuite répercuter ces informations sur nos collaborateurs cela mobilise beaucoup de monde, et je tiens à vous remercier d'accepter la mission pour laquelle vous vous êtes engagés, et d'accepter de la remplir dans des conditions difficiles, nous aurons l'occasion encore de nous exprimer et de parler entre nous au cours de cette excursion, je précise qu'au cours de cette excursion je serai naturellement toujours à la disposition de la Centrale, mais qu'on pourra aussi m'atteindre très facilement, tout cela est prévu.

Mesdames et Messieurs, merci de votre attention, bon appétit et à tout-à-l'heure.

36 Carlo Jagmetti, Franz Muheim, Francis Pianca et Erwin Schurtenberger.

37 Francesca Pometta, Alfred Hohl, Benedikt von Tscherner et Dieter Chenaux-Repond.

38 Le 10 août 1990, une cellule de crise Irak/Koweït est créée sous la direction du DFAE pour s'occuper de tous les problèmes en matière de la crise du Golfe. Pour la séance du 23 août 1990, cf. dodis.ch/54678.

dodis.ch/55680

Notiz der Politischen Abteilung I des EDA¹

SCHWEIZ–OSTMITTELEUROPA, ABSICHTSERKLÄRUNGEN

Bern, 28. August 1990

1. Anlässlich eines Besuches von BR Felber (BRF) in Budapest² ist heute Montag, 27.8., von den beiden Aussenministern³ eine bilaterale, befristete *Absichtserklärung*⁴ unterschrieben worden (Beilage). Es handelt sich um ein für die schweizerische Praxis zwar neues, international aber durchaus übliches Instrument, das nicht auf dem Verpflichtungsniveau eines Staatsvertrages liegt, aber doch über eine formlose und/oder einseitige Willenserklärung hinausgeht.⁵ Auf schweizerischer Seite war zur Verabschiedung ein Regierungsentscheid (Bundesratsbeschluss)⁶ nötig; die Erklärung tritt mit der Unterzeichnung in Kraft.

2. Bislang war es nicht unbedingt schweizerische Praxis, solche «wenig konkreten» Vereinbarungen zu treffen. Mit Bezug auf die ostmitteleuropäischen Reformländer⁷ sehen wir uns aber vor eine neue Situation gestellt. Diese Absichtserklärungen sind nicht leeres Gefäss, das erst im Nachhinein gefüllt wird, sondern bilden einen *politischen Rahmen* um bereits eingeleitete konkrete Unterstützungsprogramme in verschiedenen Bereichen herum. Eine solche Erklärung ersetzt weder einzelne Projektvereinbarungen noch eine umfassendere Vereinbarung, wie beispielweise jene über Finanzhilfe zwischen der Schweiz und

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1770* (B.75.77). Diese Notiz wurde vom stv. Chef der Politischen Abteilung I des EDA, Daniel Woker, verfasst und unterzeichnet. Die Notiz richtete sich an die schweizerischen Vertretungen in Staaten und bei Organisationen, mit denen die Schweiz mit Bezug auf die Osteuropahilfe Informations- und Koordinationsverpflichtungen eingegangen war (vgl. Punkt 3 des vorliegenden Dokuments), namentlich an die schweizerische Delegation bei der EFTA in Genf, die schweizerische Mission bei den EG in Brüssel, die das Sekretariat der G-24 führten, die schweizerischen Botschaften in Helsinki, Stockholm und Wien, weil Finnland, Schweden und Österreich gemeinsam mit der Schweiz die informelle Gruppe der «vier Neutralen» bildeten, sowie an die schweizerische Botschaft beim EFTA-Partner in Oslo. Kopien gingen an diverse Amtsstellen und Personen des EDA und des Bundesamts für Aussenwirtschaft des EVD sowie an diverse schweizerische Vertretungen. Für die Verteilerliste vgl. das Faksimile dodis.ch/55680.

2 Vgl. dazu die Informationsnotiz des Vorstehers des EDA, Bundesrat René Felber, an den Bundesrat vom 5. September 1990, dodis.ch/55688 sowie den Wochentelex 36/90 vom 3. September 1990, dodis.ch/55157, Punkt 1 (rapides) und Punkt 1.

3 René Felber und Géza Jeszenszky.

4 Für die Déclaration d'intention sur la coopération entre le gouvernement de la Confédération Suisse et le gouvernement de la République de Hongrie vom 27. August 1990 vgl. das BR-Prot. Nr. 1556 vom 22. August 1990, dodis.ch/55731.

5 Für die grundsätzlichen Überlegungen zu einem Rahmenabkommen für die Osteuropahilfe vgl. dodis.ch/55681.

6 BR-Prot. Nr. 1556 vom 22. August 1990, dodis.ch/55731.

7 Zur schweizerischen Beurteilung des Reformprozesses in Ostmitteleuropa vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1729.

Polen.⁸ Als politischer Rahmen dient sie vielmehr zur sichtbaren Akzentsetzung und Illustration eines von schweizerischer Seite erheblichen finanziellen Engagements. Entsprechend wurde die Erklärung mit Ungarn anlässlich des erwähnten, wichtigen Besuches unterzeichnet; wichtig, weil es sich um den ersten bilateralen Kontakt auf *allgemein politischer*, höchster Ebene handelt (BRF [*Bundesrat R. Felber*] wird neben den Gesprächen mit AM Jeszenszky auch Premier Antall und Präsident Göncz sehen) seit der demokratischen Revolution in Ungarn.⁹

Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass mit weiteren Ländern, denen die Schweiz Unterstützung zukommen lässt, solche Erklärungen unterzeichnet werden. Zu Eurer *eigenen* Information fügen wir bei, dass tatsächlich die Absicht besteht, anlässlich des Besuches von BRF [*Bundesrat R. Felber*] in Moskau Ende Oktober sowie anlässlich des Besuches von Präsident Havel in der Schweiz Ende November eine Erklärung¹⁰ zu unterschreiben. Bei welcher Gelegenheit gegebenenfalls eine Erklärung mit Polen unterzeichnet werden soll, ist noch offen.¹¹

3. Es liegt uns nun sehr daran, dieses bilaterale Instrument, seinen Zweck und Ziel dort und jenen vorzustellen, wo die Schweiz mit Bezug auf Osteuropahilfe *Informations- und Koordinationsverpflichtungen* eingegangen ist.¹² Es handelt sich in erster Linie um die EFTA,¹³ die G-24¹⁴ in Brüssel sowie die Zusammenarbeit der vier Neutralen.¹⁵ Wir bitten Euch, unter Bezugnahme auf den jeweils für Euch gültigen, eben erwähnten Rahmen, in der Euch gut scheinenden Art und Weise die Information zu übermitteln. Dabei kann speziell auf den letzten Abschnitt der Präambel (S. 2) bzw. Art. 2.2. (S. 5) der beiliegenden Erklärung¹⁶ hingewiesen werden. Die dort aufscheinenden ausdrücklichen Verweise auf die Göteborger Erklärung EFTA-Ungarn¹⁷ bzw. auf die G-24 zeigen, dass es nicht um Konkurrenzierung multilateraler Anstrengungen geht, sondern um politische Umrahmung bestehender Kooperation, so wie sie zahlreiche andere Staaten – etwa Finnland und Österreich mit Ungarn – auch betreiben und im Rahmen G-24 notifizieren.

8 Für das Agreement between the government of the Swiss Confederation and the government of the Republic of Poland on the granting of financial assistance vom 29. August 1990 vgl. das BR-Prot. Nr. 1679 vom 29. August 1990, [dodis.ch/55732](https://www.dodis.ch/55732).

9 Der letzte bilaterale Kontakt auf höchster Ebene fand im September 1985 statt, als der Vorsteher des EDA, Bundesrat Pierre Aubert, in Budapest Aussenminister Péter Várkonyi, Premierminister György Lázár sowie den Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Partei János Kádár zu Gesprächen traf, vgl. [dodis.ch/56065](https://www.dodis.ch/56065).

10 Für die Déclaration d'intention sur la coopération entre le gouvernement de la Confédération Suisse et le gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques vom 1. Dezember 1990 vgl. das BR-Prot. 2498 vom 26. November 1990, [dodis.ch/55335](https://www.dodis.ch/55335), für die Déclaration d'intention sur la coopération entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque vom 22. November 1990 vgl. das BR-Prot. Nr. 2352 vom 14. November 1990, [dodis.ch/54814](https://www.dodis.ch/54814). Für den Besuch von Bundesrat Felber in Moskau vgl. DDS 1990, Dok. 54, [dodis.ch/55850](https://www.dodis.ch/55850), für denjenigen des tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel in der Schweiz Dok. 58, [dodis.ch/55430](https://www.dodis.ch/55430).

11 Beim Rahmenkredit für Polen wurde zunächst von einer Absichtserklärung abgesehen, vgl. [dodis.ch/55679](https://www.dodis.ch/55679).

12 Vgl. dazu die Botschaft über eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfsmassnahmen vom 22. November 1989, [dodis.ch/55717](https://www.dodis.ch/55717).

13 Zum Engagement der Schweiz im Rahmen der Zusammenarbeit EFTA-Osteuropa vgl. [dodis.ch/55535](https://www.dodis.ch/55535).

14 Zur Positionierung der Schweiz im Rahmen der G-24 vgl. das BR-Prot. Nr. 1330 vom 27. Juni 1990, [dodis.ch/55726](https://www.dodis.ch/55726) sowie die Erklärung von Bundesrat Felber vom 4. Juli 1990, [dodis.ch/55708](https://www.dodis.ch/55708).

15 Für die Koordination der Osteuropahilfe unter den vier Neutralen Finnland, Österreich, Schweden und der Schweiz vgl. den Wochentelex 23/90 vom 5. Juni 1990, [dodis.ch/55128](https://www.dodis.ch/55128), Punkt 2 und Punkt 6 (*rapides*).

16 Vgl. Anm. 4.

17 Für die Göteborger Erklärung vgl. [dodis.ch/56094](https://www.dodis.ch/56094), für das Ministertreffen der EFTA vom 13.–14. Juni 1990 in Göteborg vgl. den Wochentelex 25/90 vom 18. Juni 1990, [dodis.ch/55146](https://www.dodis.ch/55146), Punkt 1 (*rapides*).

dodis.ch/56205

Notiz des EDA zuhanden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Ständerats¹

KSZE: NEUESTE ENTWICKLUNGEN UND PERSPEKTIVEN²

[Bern, spätestens 6. September 1990]

Seit der Unterzeichnung der Schlussakte am 1. August 1975 in Helsinki³ hat die KSZE über Höhen und Tiefen des Ost-West-Verhältnisses die Beziehungen zwischen den 35 Teilnehmerstaaten allmählich ausgebaut und so einen beträchtlichen Beitrag zum Aufbruch Europas im vergangenen Jahr geleistet. Umgekehrt wirkt sich diese Wende auch fruchtbar auf die Entwicklung des KSZE-Prozesses in allen drei Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt sowie menschliche Dimension aus.

Die beiden Konferenzen über wirtschaftliche Zusammenarbeit im März/April 1990 in Bonn⁴ und über die menschliche Dimension im Juni 1990 in Kopenhagen⁵ haben das neue Klima in Europa noch verdeutlicht. Die Konfrontation zwischen den zwei Blöcken ist überwunden und macht einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit Platz. Die Verhandlungen kommen im Vergleich zu früher zügig voran. Vorschläge werden von Staaten verschiedener Gruppen gemeinsam eingebracht.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Konferenzen sind die Verabschiedung von Grundsätzen zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einschliesslich freier und gerechter Wahlen in Kopenhagen sowie das Bekenntnis zur Marktwirtschaft in Bonn. Auch auf dem Gebiet des Schutzes nationaler Minderheiten⁶ ist man einen Schritt weiter gekommen. Ferner sind Bestrebungen zur Erweiterung des Mechanismus der menschlichen Dimension zur besseren Durchsetzung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Diskussion.

In Kopenhagen beschlossen die Aussenminister der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten am 5. Juni 1990, die Vorbereitung des KSZE-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs, das für den

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#174* (A.12.13.41). Diese Notiz wurde in Hinblick auf die Sitzungen der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 6. und 7. September 1990 verfasst und figurierte als Beilage des entsprechenden Protokolls vom 19. September. Sie wurde an der Sitzung nicht weiter diskutiert, vgl. dodis.ch/56466, Teilprotokoll 1, Punkt 4.2. Der Text wurde in Wien von der schweizerischen Delegation im Vorbereitungsausschuss (PrepCom) für das Pariser KSZE-Treffen der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs verfasst. Geleitet wurde die Delegation von Botschafterin Marianne von Grünigen, Chefin der Politischen Abteilung III sowie von Paul Widmer, Chef des KSZE-Diensts des EDA. Zur Zusammensetzung der schweizerischen Delegation im PrepCom für das KSZE-Gipfeltreffen in Paris vgl. das BR-Prot. Nr. 1649 vom 29. August 1990, dodis.ch/56672.

2 Für die Schweizer Positionen im Hinblick auf den KSZE-Gipfel in Paris vgl. auch dodis.ch/54948.

3 Vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 158, dodis.ch/38867.

4 Für den Austausch mit der bundesdeutschen Delegation im Vorfeld der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 19. März bis 11. April 1990 vgl. dodis.ch/55104 und für den Bericht der Schweizer Delegation über die besagte Konferenz vgl. dodis.ch/55258.

5 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1778.

6 Am 7. Mai 1990 unterbreitete der Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, dem Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, den Vorschlag, dass die Schweiz sich im Rahmen einer KSZE-Sonderkonferenz über die Minderheitenprobleme engagieren solle, vgl. dodis.ch/56674.

19.–21. November 1990 in Paris geplant ist, an die Hand zu nehmen. Einem Vorbereitungsausschuss wurde das Mandat erteilt, die Tagesordnung zu erstellen sowie ein oder mehrere Dokumente für das Gipfeltreffen auszuarbeiten.⁷ Der Ausschuss hielt eine erste Session vom 10.–27. Juli in Wien ab und wird dort seine Arbeit ab 4. September wieder aufnehmen.⁸ Diese Fortschritte sollen die 35 Aussenminister an einem Treffen auf Einladung des amerikanischen Aussenministers Baker am 1. und 2. Oktober in New York überprüfen.⁹

Ziel des Gipfels ist es, an diesem entscheidenden Punkt der europäischen Geschichte gewisse Entwicklungen zu konsolidieren und zu kanalisieren und dem KSZE-Prozess in diesem neuen Abschnitt die erforderlichen Impulse zu verleihen. Dies soll auf der Grundlage der in den letzten Monaten immer mehr als gemeinsames Gut erachteten europäischen Werte von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten geschehen. Schliesslich soll der Gipfel auch von der deutschen Einigung Kenntnis nehmen und deren Beitrag zur neuen europäischen Ordnung würdigen.¹⁰

Bereits in der Julisession konnte der Vorbereitungsausschuss zahlreiche Elemente für ein oder mehrere Gipfeldokumente zusammentragen. Dabei herrschte Übereinstimmung, dass die KSZE den Rahmen für neue Strukturen in Europa bilden soll, einen Rahmen allerdings, in dem auch Platz für andere Organisationen bleibt.

Aus diesen Elementen lassen sich die Perspektiven der KSZE deutlich ablesen. Sie sind in drei Teile gegliedert:

1. Entwicklung eines demokratischen, friedlichen und vereinten Europas und die Rolle des KSZE-Prozesses;
2. Richtlinien für die Zukunft des KSZE-Prozesses;
3. Entwicklung der Strukturen des KSZE-Prozesses.

Allen KSZE-Staaten gemeinsam ist der Wille nach einer ausgewogenen, umfassenden Entwicklung des KSZE-Prozesses. Im Bereich der Sicherheit stehen die beiden Wiener Verhandlungen zwischen den 23 Mitgliedern der beiden Militärbündnisse über konventionelle Abrüstung (CFE) und unter den 35 KSZE-Staaten über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen (CSBM) im Vordergrund.¹¹ Vor allem die Amerikaner halten nach wie vor daran fest, dass der Abschluss eines CFE-Abkommens Voraussetzung für die Abhaltung des Gipfeltreffens ist.¹² Auch von den CSBM-Verhandlungen wird für den Gipfel ein Dokument,¹³ allenfalls im Sinne eines Zwischenberichts, erwartet. Man geht davon aus, dass beide Verhandlungen nach dem Gipfel bis zum nächsten KSZE-Folgetreffen ab März 1992 in Helsinki wie bisher getrennt weitergeführt werden. In Helsinki sollte dann allerdings ein Mandat finalisiert werden, wonach

7 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1649 vom 29. August 1990, dodis.ch/56672.

8 Vgl. dazu das Rundschreiben der schweizerischen Delegationschefin beim KSZE-PrepCom, Botschafterin von Grünigen, das am 9. September 1990 versendet wurde, dodis.ch/56666.

9 Vgl. dazu die Rede von Bundesrat Felber vom 2. Oktober anlässlich des KSZE-Aussenministertreffens in New York dodis.ch/56669 sowie den Wochentelex 41/90 vom 8. Oktober 1990, dodis.ch/55168, Punkt 2 (rapides).

10 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Deutsche Wiedervereinigung, dodis.ch/T1675 sowie DDS 1990, Dok. 43, dodis.ch/56427 und Dok. 44, dodis.ch/56631.

11 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen (VSBM), dodis.ch/T1718.

12 Die Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Pakts unterzeichneten kurz vor Beginn des Pariser KSZE-Gipfels am 19. November 1990 den Conventional Forces in Europe Treaty (CFE), vgl. dazu DDS 1990, Dok. 50, dodis.ch/54685 sowie die thematische Zusammenstellung Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE), dodis.ch/T1844.

13 Wiener Dokument 1990 der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen vom 17. November 1990, dodis.ch/54681. Vgl. ferner die Berichte der schweizerischen Delegation an den Verhandlungen in Wien, dodis.ch/57080 und dodis.ch/56000.

künftige Verhandlungen über Sicherheit und Abrüstung wieder gemeinsam unter den 35 Staaten geführt werden.

Neben diesen Verhandlungen gewinnen die Mittel zur Konfliktverhütung und der friedlichen Erledigung von Streitfällen zunehmend an Gewicht. So findet neben Projekten anderer Staaten für Vermittlung und Streitschlichtung auch der schweizerische Vorschlag, der seit 1975 auf dem Tisch liegt¹⁴ und über Jahre hinweg ein Schattendasein fristete, neue Aktualität und stösst allgemein auf grosses Interesse.

Vermehrte Zusammenarbeit wird auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet gefordert. Dies soll auf marktwirtschaftlicher Grundlage geschehen und Hilfe an jene Staaten einschliessen, die tiefgreifende Reformen anstreben. Ferner sollen die Verpflichtungen im Bereich des Umweltschutzes besser eingehalten und noch ausgebaut werden.

In der menschlichen Dimension sollen demokratische Institutionen ausgebaut, der Mechanismus zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gestärkt sowie der Schutz der Minderheiten verbessert werden. Kulturelle Zusammenarbeit und Jugendaustausch sollen vermehrt gefördert werden. Hier hat die Schweiz in Kopenhagen zwei wichtige Initiativen ergriffen; die eine – die gemeinsam mit den anderen Neutralen erarbeitet und schliesslich von den N+N eingereicht wurde¹⁵ – schlägt als neuen Mechanismus vor, dass Beobachter in Staaten entsandt werden können, um die Menschenrechtssituation an Ort und Stelle zu prüfen, die andere – die von Grossbritannien, der Sowjetunion, Ungarn, Finnland, Schweden, Liechtenstein, Malta und Jugoslawien mitunterzeichnet wurde¹⁶ – schlägt die Abhaltung eines Expertentreffens über nationale Minderheiten in der Schweiz vor.

Am meisten diskutiert wurden in den vergangenen Monaten vor allem die neuen Strukturen des KSZE-Prozesses. Vorschläge reichen von einer leichten Institutionalisierung, die eher eine Verstetigung des Prozesses bewirken soll, bis hin zu Vorstellungen, die KSZE könnte Organisationen schaffen, die in Zukunft die Bündnisse ablösen. Solche ehrgeizigen Pläne scheinen indessen zurzeit keine Chancen für einen Konsens zu finden. Vor allem hat die NATO, wie in ihrer Londoner Erklärung¹⁷ deutlich signalisiert wird, durch die Einbindung des vereinigten Deutschland in die Allianz Aufwind bekommen und ihren Willen zu vermehrter politischer Zusammenarbeit bestätigt. Aber auch den Neutralen könnte ein Ausbau der KSZE zu einer Organisation für kollektive Sicherheit Probleme schaffen, ganz abgesehen davon, dass vielerorts bezweifelt wird, ob eine solche Lösung zeitgemäss wäre.

So zeichnet sich, ganz im Sinne der Schweiz, ein Konsens in Richtung einer leichten Institutionalisierung ab mit Gipfeltreffen alle zwei Jahre, regelmässigen Konsultationen von Aussenministern und hohen Beamten, mit häufigeren und kürzeren Folgetreffen. Dies würde allenfalls

14 *Ein erster Vorschlag für ein System der friedlichen Streitbeilegung wurde vom EDA im Hinblick auf den Beginn der KSZE-Vorverhandlungen im Dezember 1972 ausgearbeitet, vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 173, dodis.ch/34487, Punkt II b), bes. Anm. 15. Das an den Hauptverhandlungen präsentierte Projekt (DDS, Bd. 26, Dok. 32, dodis.ch/38816, Punkte I. C) 1. und III.) fand jedoch unter den Teilnehmerstaaten keine Mehrheit, vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 158, dodis.ch/38867. Vgl. auch die Zusammenstellung dodis.ch/C1874.*

15 Dok. CSCE/CHDC.1 vom 5. Juni 1990. Vgl. dazu den Schlussbericht der schweizerischen Delegation am Kopenhagener KSZE-Treffen, dodis.ch/55259, bes. Beilage 2.

16 Dok. CSCE/CHDC.25 vom 14. Juni 1990. Vgl. dazu ebenfalls dodis.ch/55259, bes. Beilage 9.

17 *In der Erklärung an der Gipfelkonferenz in London vom 6. Juli 1990 bekannten sich die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der NATO-Mitgliedstaaten zu einer Transformation des Bündnisses sowie zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 9 des schweizerischen Botschafters in Brüssel, Gaspard Bodmer, vom 11. Juli 1990, dodis.ch/56908.*

die Gründung eines kleinen Verwaltungssekretariats erforderlich machen, evtl. mit rotierendem Personal aus den KSZE-Staaten.

Weitere Strukturen könnten ein Zentrum für Konfliktverhütung und eine Methode zur friedlichen Beilegung von Streitfällen bringen. Zur Diskussion steht auch die Schaffung eines parlamentarischen Zweiges der KSZE, in den Europarat eingebaut oder zumindest unter Nutzung von dessen Infrastruktur.

Mit dieser leichten Institutionalisierung wäre den schweizerischen Forderungen nach Zentralisierung und Vermeidung von Doppelspurigkeiten durch Ausnützung bestehender Organisationen genüge getan. Die Schweiz ist auch an einer Zusammenarbeit mit dem Europarat im Bereich der Menschenrechte sowie mit der ECE/UNO und der OECD auf wirtschaftlichem Gebiet interessiert.

Eine wichtige Frage für die Schweiz und ihre neutralen Partner ist jene nach ihrer künftigen Rolle in der KSZE. Solange die Blöcke bestanden, bewährten sich die Neutralen und Nichtgebunden (N+N) regelmässig als Mittler und übernahmen die Funktion von Koordinatoren bei den Verhandlungen. Während Vermittlungsfunktionen mit der Auflösung der Blöcke an Bedeutung verlieren, bewerben sich vermehrt auch andere Staaten um Koordinationsaufgaben. So versuchte die von Österreich angeführte Pentagonale (Italien, Österreich, Jugoslawien, Ungarn und CSFR)¹⁸ in Kopenhagen, die Rolle der N+N zu übernehmen, was auf halbem Wege gelang, indem Österreich und Ungarn je eine Arbeitsgruppe zur Koordination zugesprochen erhielten und nur mit knapper Not auch Finnland und die Schweiz zum Zuge kamen.¹⁹ Im Vorbereitungsausschuss für das Gipfeltreffen spielten sich ähnliche Manöver ab, und es gelang erst im letzten Moment, durch Unterstützung der beiden Supermächte und einiger EG-Staaten, die angestammte Koordinatorenrolle nochmals für die Neutralen zu gewinnen (die Schweiz wird die Richtlinien für den künftigen KSZE-Prozess koordinieren). Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass diese Aufgabe in Zukunft vermehrt mit anderen mittleren und kleineren Staaten Europas geteilt werden muss.²⁰

Um so wichtiger wird es sein, dass die Neutralen in der Substanz noch intensiver zusammenarbeiten. Im Vorbereitungsausschuss gelang dies insofern, als die vier Neutralen vom ersten Tag an gemeinsam ein Konzept für ein Gipfeldokument erarbeiteten, dieses den Nichtgebundenen vorlegten, so dass am Ende der ersten Sessionswoche die N+N als erste Gruppe dem Ausschuss ein substantielles Arbeitspapier²¹ vorlegen konnten. Gerade beim künftigen Ausbau der KSZE zum entscheidenden europäischen Forum, das den Rahmen für alle andern Organisationen und Institutionen bilden soll, wird die gemeinsame Wahrung der Interessen der Neutralen immer bedeutungsvoller werden.

18 Zu einer Einschätzung der Pentagonale durch die Politische Abteilung I des EDA vgl. dodis.ch/56722.

19 Vgl. dazu dodis.ch/56676.

20 Zum Stellenwert der Neutralität vgl. DDS 1990, Dok. 24, dodis.ch/54523 sowie dodis.ch/55751.

21 Für das Co-Ordinator's Non Paper der Ad hoc Group on Draft Elements of One or More Summit Documents vom 26. Juli 1990 vgl. das BR-Prot. Nr. 1649 vom 29. August 1990, dodis.ch/56672.

dodis.ch/55552

Gespräch des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, mit dem Ministerpräsidenten der DDR, de Maizière¹

OFFIZIELLER ARBEITSBESUCH DES MINISTERPRÄSIDENTEN DER DDR, LOTHAR DE MAIZIÈRE, IN BERN, 10. SEPTEMBER 1990

Bern, 17. September 1990

Lothar de Maizière (M) stattete der Schweiz im Rahmen eines Aufenthalts, bei dem er vor allem schweizerische Investoren zum Aufbau der maroden DDR-Industrie suchte,² einen offiziellen Arbeitsbesuch ab. Bundespräsident Koller gab ein Mittagessen und empfing den Gast zu einem halbstündigen Höflichkeitsbesuch.³ Die politischen Gespräche mit Bundesrat René Felber (BRF) drehten sich um die europäische Architektur, Aspekte der deutschen Vereinigung und um bilaterale Fragen.

[De] M[aizière] betonte besonders den positiven Aspekt der deutschen Vereinigung im Rahmen der *europäischen Architektur*.⁴ Das Entstehen des grösseren Deutschlands sei für Gesamteuropa ein Katalysator, indem das Beziehungsnetz der DDR zum Osten nun in den Westen eingebracht werde.⁵ Man habe heute die gesamteuropäische Geschichte wiedergefunden: Prag, Budapest und Berlin seien «zurückgekehrt». Grosses Gewicht legte [de] M[aizière] auf die KSZE, deren wichtige Rolle seit ihrem Beginn eben auch massgeblich zum jetzigen politischen Aufbruch Europas geführt habe. [De] M[aizière] plädierte dabei für eine KSZE-Institutionalisierung vor allem im Bereich der friedlichen Streitschlichtung, welche wohl am besten den Frieden überhaupt

-
- 1 CH-BAR#E2010A#1999/250#5979* (B.31.0). Diese Notiz wurde höchstwahrscheinlich von Emanuel Jenni von der Politischen Abteilung I des EDA verfasst und im Wochentelex 38/90 vom 17. September 1990 abgedruckt, dodis.ch/55159. Neben Jenni nahmen an den Gesprächen mit Lothar de Maizière der Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, der stv. Direktor der Politischen Direktion, Botschafter Jenö Staehelin, der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, Botschafter Silvio Arioli, der Chef des Politischen Sekretariats, Botschafter Guy Ducrey, der schweizerische Botschafter in Berlin (DDR), Franz Birrer, Presse- und Informationschef Michel Pache, sowie der diplomatische Sekretär des Vorstehers des EDA, Pierre Combernous, teil. Der Botschafter der DDR in Bern, Arnold Tschirlich, wurde nicht zum Gespräch eingeladen, da das EDA im Vorfeld des Besuchs erfahren hatte, dass de Maizière bei seinen Auslandsbesuchen, «die jeweiligen DDR-Botschaften nicht involviert wissen möchte», vgl. dodis.ch/56491.
 - 2 Für eine Einschätzung der Investitionsmöglichkeiten in der DDR vgl. dodis.ch/55316.
 - 3 Für den Toast von Bundespräsident Arnold Koller vgl. dodis.ch/56550.
 - 4 Auch die Reaktionen des EDA und der schweizerischen Botschaft in Bonn auf die Wiedervereinigung waren positiv, vgl. dazu DDS 1990, Dok 43, dodis.ch/56427 und Dok. 44, dodis.ch/56631 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1739.
 - 5 Im Gegensatz dazu beklagte der scheidende Botschafter der DDR in Bern, Arnold Tschirlich, in einem Schreiben an Bundesrat Felber vom 2. Oktober 1990, dodis.ch/55345, den Diplomaten der ehemaligen DDR würde «kaum eine Möglichkeit geboten, mit unserem Wissen und unseren Erfahrungen im diplomatischen Dienst des vereinigten Deutschlands zur Überwindung der Folgen der Spaltung Europas und zu einem neuen europäischen Bewusstsein frei von Diskriminierungen beizutragen».

sichere. Im Übrigen wünscht er sich allgemein mehr Verbindlichkeit bei den KSZE-Beschlüssen, vor allem im Abrüstungssektor, wo die Sowjetunion noch mehr Schritte machen müsse.⁶

Auf Fragen BRF [*Bundesrat Felber*]'s nach dem *Verhältnis der Deutschen zu Osteuropa* und nach der Einschätzung der Lage in der Sowjetunion beurteilt [*de*] M[*aizière*] die Beziehung der Ostdeutschen zur CSFR und zu Ungarn als unkompliziert, dasjenige zu Polen [*als*] etwas belastet. Mit der Ausdehnung der D-Mark an die Oder-Grenze sei das materielle Gefälle spürbarer geworden, und der Ausverkauf der raren polnischen Waren an DDR-Bürger mit D-Mark schaffe soziale Spannungen. [*De*] M[*aizière*] betont die Wichtigkeit eines umfassenden deutsch-polnischen Vertrags, der neben den unbestrittenen Grenzfragen auch die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen regeln muss. Die landsmannschaftlichen Umtriebe in Oberschlesien bezeichnet er als nicht durchsetzungsfähig, wie er auch die nationalistischen Strömungen in Deutschland als wenig tragend erachtet. Den Republikanern gibt er bei der Dezemberwahl auf dem Gebiet der heutigen DDR keine Chance.⁷

In Bezug auf die *Sowjetunion* äussert sich [*de*] M[*aizière*] sehr pessimistisch. Im Jahre 2000 bestehe die Union nicht mehr, sondern nur noch unabhängige Republiken. Gorbatschow habe dies erkannt; sein Bestreben sei es nun, das Unausweichliche einigermassen zu kanalisieren und den Prozess geordnet ablaufen zu lassen. Dabei müsse er vor allem auf die konservativen Militärs Rücksicht nehmen. Ein flexibles Föderationsgesetz könnte helfen, das Auseinanderbrechen abzdämpfen. Mittelfristig sprechen alle Anzeichen für ein Scheitern Gorbatschows: Keine Erfahrung des Landes mit Demokratie und freien Marktmechanismen, soziale Not, Hunger, ausserhalb der auseinanderfallenden Partei keine sozial integrierenden Kräfte. Diese Notlage habe auch die Kontrahenten Jelzin und Gorbatschow wieder zusammengebracht, in der Erkenntnis, dass nur mit einem gewissen Zusammengehen das Chaos vermieden werden kann.⁸

Besondere Sorge bereiten [*de*] M[*aizière*] auch die sowjetischen Truppen in der DDR, die noch mehrere Jahre dort bleiben. Kontaktlosigkeit zur Bevölkerung und Disziplinlosigkeit schaffen Probleme. Bereits jetzt sei bekannt, dass sich viele Soldaten weigern würden, in ihre Heimat zurückzukehren.

[*De*] M[*aizière*] bezeichnet die *deutsche Vereinigung* als Chance für die Deutschen, endlich die Trümmer eines falschen Systems auszuräumen. Die DDR liege nicht nur wirtschaftlich-politisch als Ruine da, sondern auch kulturell-mental. Gerade die geistigen Deformierungen seien gewaltig. Deren Behebung brauche Zeit. Die schweizerische Seite empfiehlt dazu vor allem auch Kontakte unter Bildungsinstitutionen, Wissenschaftlern und Künstlern.⁹ Mittel- bis langfristig sieht [*de*] M[*aizière*] grossen Bedarf an Mitteln zur Bereitstellung einer wirtschaftlichen Basis. Der technologische Rückstand sei erheblich, und es gehe nun darum, den Gesundungsprozess nicht allein eine innerdeutsche Angelegenheit sein zu lassen. Besonderes Gewicht legt [*de*] M[*aizière*] dabei auf die Wiederherstellung eines funktionierenden Kleingewerbes und Mittelstandes, wo ihm Berufskontakte mit schweizerischen Kreisen als wichtig erscheinen. Föderalismuserfahrung und Gemeindeverwaltung seien ebenfalls unbekannte Grössen, und er bittet die Schweiz, hier hilfreich zur Seite zu stehen. BRF [*Bundesrat Felber*] betont seinerseits, dass die regionale

6 Für eine Analyse der Entwicklungen und Perspektiven der KSZE vgl. DDS 1990, Dok. 34, dodis.ch/56205.

7 Bei der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 erreichte die rechtskonservative Kleinpartei «Die Republikaner» insgesamt 2,1 Prozent der Stimmen, mehrheitlich aus Bayern und Baden-Württemberg. Für eine Einschätzung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen durch den schweizerischen Botschafter in Bonn, Alfred Hohl, vgl. den Politischen Bericht Nr. 72 vom 5. Dezember 1990, dodis.ch/57087.

8 Zur Situation der Sowjetunion vgl. DDS 1990, Dok. 58, dodis.ch/55430.

9 Für den Kulturaustausch mit der DDR sowie für die wissenschaftliche und bildungspolitische Zusammenarbeit vgl. die Übersicht über die bilateralen Beziehungen Schweiz-DDR, dodis.ch/55342.



Arbeitsbesuch des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière (links), in Bern: Begrüssung durch Bundesrat René Felber im Béatrice-von-Wattenwyl-Haus. Im Hintergrund der stv. Protokollchef des EDA, Max Schweizer, dodis.ch/57292 (CH-SNM LM-179737.2).

Zusammenarbeit zwischen Kantonen und den neuen 5 Ländern der DDR wichtig sei. In allen gesellschaftlichen Bereichen müssten nun die Kontakte intensiviert werden.

Im *bilateralen Bereich* sind keine Probleme zu vertiefen. Die Frage nach der Fortführung der mit der DDR abgeschlossenen Verträge wird mit der BRD in jedem Einzelfalle zu prüfen sein.¹⁰ BRF [Bundesrat Felber] betont, dass die Anmeldefrist für Vermögensansprüche zu kurz sei und dass die Schweiz diese Frist (13.10.90)¹¹ nicht als verwirkend betrachte, da die Ansprüche früher bereits bei anderen Stellen geltend gemacht worden seien.¹² [De] M[aizière] zeigt Verständnis und meint, die Wiedereinsetzung der Rechte werde auch bei zu später Anmeldung nicht gefährdet. Die kurze Frist sei vor allem deshalb gesetzt worden, um eine baldige Rechtsklärung herbeizuführen.

10 Zu den Rechtsproblemen im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung vgl. dodis.ch/55346.

11 Am 15. August 1990 entschied die Regierung der DDR die Anmeldefrist für Vermögensansprüche vom 31. Januar 1991 auf den 13. Oktober 1990 vorzuverlegen, vgl. die Antwort des Bundesrats auf die Einfache Anfrage 90.1100 Vermögensverluste von Schweizern in der DDR von Nationalrat Hans-Ulrich Graf vom 20. Juni 1990, Amtl. Bull. NR, 1990, IV, S. 1982.

12 Die 1975 wiederaufgenommenen Entschädigungsverhandlungen mit der DDR über nationalisiertes schweizerisches Eigentum gelangten bis 1990 nicht zu einem Abschluss, vgl. dodis.ch/56428 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1868.

dodis.ch/54935

Extrait

28^{ème} séance du Conseil fédéral du 12 septembre 1990¹

POLITIQUE AGRICOLE

Confidentiel

[Berne,] 18 septembre 1990

[...]²

M. Delamuraz souligne la nécessité de revoir la politique agricole en insistant sur le fait qu'elle est devenue de moins en moins claire et transparente. Le problème est que les souhaits concernant une nouvelle politique agricole sont contradictoires. Si nombre de personnes sont de moins en moins disposées à payer les prix agricoles très élevés, presque la moitié de l'électorat avait adopté l'initiative des petits paysans.³ L'OCDE a montré clairement que notre agriculture est la plus subventionnée du monde.⁴ L'écheance du GATT nous impose également d'agir.⁵ Or, amorcer le virage n'est pas sans risques. Les paysans sont actuellement inquiets car ils ne savent pas dans quelle direction le Conseil veut aller. Le jour où les propositions seront connues, ce sera la colère, il s'agit donc de préparer le monde agricole à des transformations qui ne seront pas faciles. En Suisse romande et orientale, la disponibilité pour des réformes semble être plus grande qu'à Berne et en Argovie. Quel doit être le comportement du Conseil pour faciliter l'acceptation d'une solution? La stratégie 1⁶ est la plus facile, mais elle n'apporte rien. C'est le statu quo légèrement amélioré. La stratégie 2⁷ est plus prometteuse, car elle diminue les quantités produites. Mais laisser le même nombre de paysans coûterait encore plus à l'État. La stratégie 3⁸ est sans doute la meilleure, car elle prévoit une diminution de la production et du nombre de paysans. C'est la seule stratégie logique si le Conseil veut être crédible. Mais faire approuver une baisse du taux d'auto-approvisionnement, qui est actuellement de 66% en moyenne, ne sera pas facile. Pour adoucir les effets de cette politique, il faut prévoir un processus évolutif d'au moins 10 ans et des politiques d'accompagnement. Malgré cette transformation échelonnée, le choc dans les milieux agricoles sera dur. Une conséquence négative sera sans doute le découragement des jeunes. Le Conseil aura-t-il le courage de mener une

1 CH-BAR#E1003#2003/92#1* (4.32). Cet extrait du PVCF de décision II de la 28^{ème} séance du Conseil fédéral du 12 septembre 1990 est rédigé par le Vice-chancelier Achille Casanova et édité le 18 septembre 1990. Pour l'ensemble du procès-verbal de la séance, cf. le facsimilé dodis.ch/54935. Les stratégies discutées lors de cette séance sont issues de la note de discussion du 31 août 1990 Agrarpolitik wie weiter? du DFEP, cf. dodis.ch/56790.

2 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/54935.

3 L'Initiative populaire pour une protection des exploitations paysannes et contre les fabriques d'animaux (aussi appelée Initiative en faveur des petits paysans), est rejetée par le peuple par 51,1% des voix et par 13 cantons et 4 demi-cantons le 4 juin 1989.

4 Cf. dodis.ch/56790, p. 3.

5 Pour la proposition agricole de la Suisse dans les négociations du GATT, cf. le PVCF N° 2246 du 24 octobre 1990, dodis.ch/55460.

6 Il s'agit de la stratégie intitulée Gleiche Menge – weniger Bauern, cf. dodis.ch/56790, p. 8.

7 Il s'agit de la stratégie Kleinere Menge – gleich viele Bauern, cf. dodis.ch/56790, pp. 8 s.

8 Il s'agit de la stratégie Kleinere Menge – weniger Bauern, cf. dodis.ch/56790, p. 9.

transformation si profonde? La démarche doit être macro-économique et s'étendre aussi aux secteurs annexes, par exemple aux producteurs de machines agricoles, qui, en Suisse, coûtent beaucoup plus cher qu'à l'étranger.

Rein wirtschaftlich gesehen wäre nach Meinung von Bundesrat *Ogi* Variante 3 vorzuziehen. Sie wäre auch GATT-konform. Doch die Unzufriedenheit in der Landbevölkerung wäre sehr gross. Die Schweiz ist auf den Bauernstand angewiesen. Unsere Landwirtschaft ist zwar sehr kostspielig. Der Bundesrat darf aber die Bauernkreise nicht durch den Verzicht auf einvernehmliche Lösungen schockieren, um eine Abwanderung zu vermeiden. Bereits heute stellt man ein sinkendes Interesse für die Landwirtschaftsschulen fest. Man sollte auch nicht vernachlässigen, dass heute die Landwirtschaft viele Dienste für andere Wirtschaftszweige (Tourismus, Handel usw.) erbringt. Auch soll eine Abwanderung aus den Bergtälern verhindert werden. Die Information über die Absichten des Bundesrates wird ausschlaggebend sein. Auch wenn der Bericht sehr interessant ist, sollte man eine volksnähere Sprache gebrauchen. Dies ist auch in Bezug auf die GATT-Verhandlungen wünschbar. Die Leute, die tagtäglich mit der Landwirtschaft zu tun haben, sollten in die Operation einbezogen werden. Es braucht nicht unbedingt Parlamentarier, die schon in Verbänden sitzen. Es geht aber um die breitere Abstützung der Reform. Die Probleme der Berglandwirtschaft sollten differenzierter angepackt werden.

M. *Cotti* juge la note de discussion intéressante mais regrette que des préoccupations nouvelles, telles que la protection de l'environnement, n'aient pas été considérées.⁹ Aux critères économiques, financiers, internationaux et sociaux, il faut ajouter les critères écologiques. Le problème sera de trouver un dénominateur commun à tous ces critères. Une agriculture plus écologique sera une agriculture moins intensive mais employant plus de main-d'œuvre. Les stratégies 1 et 3 ne considèrent pas cet élément, qui revêt pourtant une importance essentielle.

Herr Bundesrat *Stich* unterstreicht, dass eine Reform weniger für die GATT-Verhandlungen als vielmehr für die Durchsetzbarkeit der Landwirtschaftspolitik notwendig ist. Unsere Landwirtschaftspreise sind viel höher als im Ausland, so dass der Import dank den Transportmöglichkeiten ständig zunimmt. Deshalb sind wir schon aus praktischen Gründen gezwungen, Änderungen vorzunehmen. Die Variante 3 ist vorzuziehen. Wie kann aber eine solche Reform durchgesetzt werden? Möglichst rasch sollten die interessierten Kreise informiert werden, denn bereits bei den Budgetberatungen werden konkrete Fragen gestellt. Eine neue Preisrunde ist nicht denkbar. Welche Haltung wird die bundesrätliche Delegation bei den Gesprächen mit den Landwirtschaftsvertretern einnehmen? Die Ausführungen über die integrierte Produktion sind sehr interessant.

M. *Felber* juge également les notes de discussion extrêmement intéressantes. Le problème de fond est posé. Deux éléments sont à mettre au premier plan: la surproduction, qui date de plus de 20 ans, et les prix à la consommation. Le Conseil doit trouver une solution, indiquer la voie à suivre. Si le Conseil ne prend pas de décisions, elles seront prises par d'autres (négociations internationales et initiatives populaires). Il y a un fossé entre consommateurs et paysans. Il vaut mieux préparer des transformations échelonnées sur 10 ans plutôt que d'être confronté à des décisions sectorielles. M. *Cotti* a raison de proposer la dimension écologique. Une première solution peut être trouvée dans la production intégrée. Le Conseil doit s'engager pour la solution la plus audacieuse. Il ne s'agit pas de punir les paysans qui ont augmenté leur production, mais bien de donner un avertissement.

9 Cf. le rapport intermédiaire résumé La Suisse face au problème du changement climatique du groupe de travail interdépartemental sur l'évolution du système climatique d'octobre 1990, en particulier point 7. Ce rapport est l'annexe 2 du PVCF N° 2284 du 31 octobre 1990, dodis.ch/55228.

Herr Bundesrat *Villiger* weist darauf hin, dass die Diskussion die Zielkonflikte aufzeigt. Die Schweiz verfügt über tüchtige Bauern, was im Grunde genommen positiv ist, doch die Produktion ist zu gross. Es ist zu begrüßen, dass erstmals die ökonomischen Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden. Dies ist ein Bruch gegenüber der bisherigen Politik. Ist die Lage im GATT tatsächlich so schlimm? Unsere Delegation sollte vermehrt unterstreichen, dass die Schweiz am meisten Agrarprodukte importiert. Dies ist ein Trumpf in unserer Hand, der besser ausgespielt werden sollte. Der ökologische Aspekt ist nicht stark gewichtet worden. Wie kann man aber die Produktivität senken? Es ist anzunehmen, dass das Volk hinter einer mutigen Politik steht. Doch die Resultate der Kleinbauern-Initiative¹⁰ zeigen, dass auch Widersprüche nicht auszuschliessen sind. Die einzunehmende Strategie muss sehr gut überlegt werden. Soll man einen Versorgungsgrad festlegen? Dadurch hätten die Bauern weniger Angst vor der Reform. Auch die politischen Widerstände müssen berücksichtigt werden.

Für Herrn Bundespräsident *Koller* ist gegenwärtig die Verunsicherung bei den Bauern gross, denn sie haben wegen der GATT- und der EG-Verhandlungen Angst. Sie sind sich auch bewusst, dass eine Neuorientierung nötig ist. Alle warten auf den Bundesrat, der sagen soll, wohin der Weg führt. Es ist wichtig, mit den Bauern selber eine Einigung anzustreben. Ist die Strategie aufs Talgebiet hin orientiert? Die Berggebiete bleiben ein Sonderfall. Auch sollte der Bundesrat vermeiden, strukturpolitische Ziele zu formulieren (z. B. von weniger Bauern zu sprechen). Dies wäre fatal. Die Abnahme der Zahl der Bauern soll eine Folge einer Politik bleiben. Der Rat sollte deshalb die Grundsätze seiner Politik festlegen: mehr Markt und Wettbewerb, mehr Kostendruck und Zwang zur Selbsthilfe, Extensivierung der Landwirtschaft in gewissen Regionen (dank Direktzahlungen). Die Situation der GATT-Verhandlungen ist noch unklar.¹¹

M. Delamuraz souligne que la réforme n'est pas motivée par les négociations au sein du GATT, même si celles-ci l'ont actualisée et rendue plus urgente. Ces négociations sont très difficiles, car la pression des pays producteurs de biens agricoles est considérable. Si la Suisse ne montre pas un minimum de souplesse, cela aura des conséquences dans d'autres dossiers. La CE et le Japon semblent sur le point de renoncer à bloquer le dossier agricole et de faire des concessions.¹² Il faut espérer que pour la Suisse l'annonce d'une concession puisse suffire. Mais les limitations à la frontière devront être assouplies. Il ne faut pas oublier que dans le passé c'est le secteur industriel qui a fait des concessions en faveur de l'agriculture. La réforme proposée va dans la bonne direction, car elle diminuera la production et ménagera donc une ouverture aux importations. La proposition du Président¹³ de renoncer à parler des conséquences structurelles doit être acceptée. Il n'est pas réaliste de vouloir maintenir le nombre des paysans grâce à une production écologique. Dans ce secteur, c'est la production intégrée qui aura des effets. Malgré cela, il faudra pousser un peu plus loin la réflexion écologique. Dans le domaine de la politique agricole, il n'est pas possible de trouver des solutions parfaites, sans contradictions, susceptibles de permettre d'atteindre des buts qui parfois sont contradictoires. Il est néanmoins nécessaire de fixer des priorités et de montrer les buts principaux. La stratégie 3, bien ajustée, est sans doute la meilleure. Il va de soi que la réduction du nombre des paysans n'est pas un but en soi. La concertation avec les paysans ne sera pas facile. À la suite de la discussion au Conseil, il s'agit maintenant d'affiner le contenu de la note, de prendre en compte les remarques formulées et

10 Vgl. Anm. 3.

11 Zu den GATT-Verhandlungen vgl. DDS 1990, Dok. 20, dodis.ch/54816 und Dok. 57, dodis.ch/54822. Vgl. dazu ferner das BR-Prot. Nr. 2246 vom 24. Oktober 1990, dodis.ch/55460.

12 Sur l'état des négociations au sein du GATT, cf. dodis.ch/54824.

13 Arnold Koller.



Le 9 novembre 1990, des agricultrices et agriculteurs ont manifesté sur la Place fédérale, devant la Banque nationale suisse, contre l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT), dodis.ch/57293 (CH-SNM LM-117947.1).

d'exprimer les contradictions. Le document ainsi remanié sera présenté au Conseil lors de l'une des prochaines séances¹⁴ et servira de base à nos négociateurs ainsi qu'à l'élaboration du 7^e rapport sur l'agriculture.¹⁵ Le Conseil en prend acte.

[...]¹⁶

14 Cf. le PVCF N° 2130 du 1^{er} octobre 1990, dodis.ch/56529.

15 Septième rapport sur la situation de l'agriculture suisse et la politique agricole de la Confédération du 27 janvier 1992, FF, 1992, II, pp. 140–567.

16 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/54935.

dodis.ch/55182

Gespräche des Bundespräsidenten sowie der Bundesräte Delamuraz, Felber, Villiger und Ogi mit der britischen Premierministerin Thatcher am 20. September 1990¹

OFFIZIELLER BESUCH DER BRITISCHEN PREMIERMINISTERIN MARGARET THATCHER (T) IN BERN, 20./21. SEPTEMBER 1990

Bern, 24. September 1990

Unter Leitung von Bundespräsident Koller (K) und im Beisein der Bundesräte Delamuraz (D), Felber (BRF), Ogi und Villiger fanden am 20. September politische Gespräche statt. Im Zentrum standen dabei die europäische Integration, die Golfkrise und der Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen.

1. Europäische Integration²

K[oller] betont einleitend die Wichtigkeit eines fairen EWR-Abkommens für die Schweiz, das uns im Mitbestimmungsbereich und bei den Ausnahmen etwas bringe, wobei letztere allerdings auf ein Minimum zu beschränken seien. K[oller] legt Wert darauf, dass der EWR ein wichtiger Baustein der neuen gesamteuropäischen Architektur sei und pragmatisch auch osteuropäische Länder aufnehmen könne. D[elamuraz] seinerseits unterstreicht die für die EFTA-Länder unakzeptable Steigerung der Forderungen der EG: – Präsident Delors habe zunächst von gemeinsamen Entscheiden gesprochen, nun sei nichts mehr davon zu hören, und die zweijährige Übergangszeit zur Übernahme des *acquis communautaire* sei zu kurz.³ Im Übrigen habe man das Gefühl, die EG sei durch ihre Aussenpolitik gegen Osten und ihre inneren Strukturfragen so absorbiert, dass weder Zeit noch Kraft bestünden, sich mit den EWR-Verhandlungen richtig zu befassen.⁴

T[hatcher] nimmt zunächst mit Befriedigung Kenntnis von der aktiveren Rolle der Schweiz in der internationalen Gemeinschaft. In Bezug auf die EWR-Verhandlungen bleibt sie unmissverständlich: ohne volle EG-Mitgliedschaft könne keine Mitentscheidung erreicht werden,⁵ und

- 1 CH-BAR#E2010A#1999/250#4159* (B.15.21(20)). Diese Notiz wurde von Emanuel Jenni vom Dienst Bilaterale Angelegenheiten der Politischen Abteilung I des EDA verfasst. Die vorliegende Version wurde als Punkt 1 (*rapides*) und Punkt 2 im Wochentelex 39/90 vom 24. September 1990 versendet, dodis.ch/55160.
- 2 Zu den Verhandlungen über ein Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934; Dok. 16, dodis.ch/54605; Dok. 23, dodis.ch/55262; Dok. 28, dodis.ch/55291 sowie Dok. 52, dodis.ch/55288.
- 3 Vgl. dazu die Notiz des schweizerischen Botschafters bei der EG in Brüssel, Benedikt von Tscharnner, über den Besuch des Vorstehers des EVD, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, in Brüssel, am 17. Juli 1990, dodis.ch/55746 sowie die Notiz des Direktors des BAWI, Staatssekretär Franz Blankart, an Bundesrat Delamuraz vom 20. August 1990 über seine Gespräche mit Horst Krenzler, dem Verhandlungschef der EG für den EWR-Vertrag, dodis.ch/55368.
- 4 Vgl. dazu auch die Überlegungen von Botschafter von Tscharnner, DDS 1990, Dok. 28, dodis.ch/55291.
- 5 Zum Mitentscheidungsrecht in den Verhandlungen mit den EG, vgl. das Wochentelex 4/90 vom 22. Januar 1990, dodis.ch/55105, Punkt 2; die Notiz vom 18. Februar 1990 von Staatssekretär Blankart an Bundesrat Delamuraz, dodis.ch/55204; und die Notiz vom 30. August von Sektionschef Marc-André Salamin vom Integrationsbüro EDA-EVD, dodis.ch/55740. Zu den institutionellen Aspekten der Verhandlungen vgl. dodis.ch/C1886.



Die britische Premierministerin Margaret Thatcher bei der Besichtigung der Ciba-Geigy in Basel anlässlich ihres offiziellen Besuchs in der Schweiz am 20. und 21. September 1990. Links hinter ihr geht Bundespräsident Arnold Koller, dodis.ch/57294 (CH-SNM LM-179748.27).

sie fragt sich, warum eigentlich die Neutralität ein Hinderungsgrund für einen Beitritt zur EG darstelle; das neutrale Irland sei auch dabei, und Österreich hätte einen Beitrittsantrag gestellt, ganz zu schweigen von den Diskussionen in Schweden.⁶ Die zur Übernahme des *acquis communautaire* vorgesehenen 2 Jahre seien in der Tat *sehr* kurz, – T[hatcher] umging dabei geschickt den schweizerischen Vorbehalt, die Frist sei *zu* kurz – und es sei an den EFTA-Ländern, sorgfältig zu prüfen, was sie übernehmen könnten. In jedem Fall müsse man sich bewusst sein, dass das bisher ausgestaltete EG-Recht und die Direktiven in sich bereits ausgehandelte Kompromisse darstellen.

Nach diesen für die Schweiz nicht sehr ermutigenden Bemerkungen tönten die weiteren Ausführungen von T[hatcher] weit weniger EG- oder kommissionsfreundlich. T[hatcher] entwickelte resp. wiederholte ihre bekannte Integrationsphilosophie, diese mit verschiedenen Beispielen untermauernd:

Die EG resp. die Kommission versuche, ihre Kompetenzen in immer mehr Gebieten auszuweiten, dies unter Druck der ärmeren Mitgliedländer. Diesem Trend sei entgegenzuwirken. Wie komme ein *nicht* vom Volk gewähltes Gremium wie die Kommission, die mächtigste nicht

6 Zur europäischen Integration als Herausforderung für die Schweizer Neutralität vgl. DDS 1990, Dok. 24, dodis.ch/54523, Punkt 3.

gewählte Institution in der westlichen Welt, dazu, ihre Macht immer mehr auszuweiten? Europa muss eine *Gemeinschaft der Nationen* werden, wo die Beschlüsse des Ministerrates in den Ländern nach jeweiligem Landesrecht durchzuführen seien.⁷ Firmenübernahmen z. B. gehörten nicht in die Hände der Kommission, ebensowenig die Sozialgesetzgebung, weshalb Grossbritannien der EG-Sozialcharta seine Zusage verweigert habe. Um zu verhindern, dass ihren Vorstellungen zuwiderlaufende Entwicklungen in der EG eintreten, macht T[hatcher] sich auch für das strikte Einstimmigkeitsprinzip stark. Im Übrigen greift T[hatcher] die verschiedenen in den EG-Ländern praktizierten Industriesubventionen an, besonders in Frankreich, und wehrt sich gegen die Wirtschafts- und Währungsunion; das Aufgeben der nationalen Geld- und Steuerpolitik mache aus Europa nicht etwa den Gemeinsamen Markt, sondern den Einheitsmarkt. Die Menschen brauchen immer einen nationalen Bezug, eine kleinere Einheit, ein Gegenstück zu undemokratischen und nicht einmal gewählten Zentralinstitutionen.

Mit Blick auf die von der EG angestrebte Politische Union meint T[hatcher], das heutige System der EG eigne sich nicht dafür. Für eine politische Union bräuchte die Gemeinschaft die Souveränität. Diese sei aber dort nicht vorhanden, sondern verbleibe in den Mitgliedsländern.

2. Golfkrise⁸

K[oller] und BRF [Bundesrat Felber] skizzieren die schweizerische Haltung in der Golfkrise und betten sie in die Neutralitätspolitik ein. Dabei betont K[oller] den Unterschied zwischen Neutralitätsrecht, das die Schweiz strikt anzuwenden gedenke, da es das Herzstück dessen darstellt, was das Volk nie aufgeben würde. Im Gegensatz dazu stehe die Neutralitätspolitik, die je nach den politischen Entwicklungen flexibel zu handhaben sei.⁹ BRF [Bundesrat Felber] informiert über die Initiative des irakischen Botschafters,¹⁰ wonach die Schweiz als Übermittlungsland für Nachrichten Gute Dienste leisten könne. Es werde abgeklärt, ob es sich um eine persönliche Idee des Botschafters handle oder um einen offiziellen Vorschlag seiner Regierung. Die Schweiz habe ihm keinerlei Zusagen gemacht.

T[hatcher] beglückwünscht zunächst den Bundesrat zu seiner Sanktionspolitik und erläutert dann die historisch und politisch völlig ungerechtfertigten Forderungen des Irak. Für sie gibt es an den UNO-Resolutionen nichts zu deuten, und es bestehe keinerlei Notwendigkeit, mit Saddam Hussein zu diskutieren. Insofern sei die Fernsehbotschaft des US-Präsidenten an das irakische Volk ein Fehler gewesen.¹¹ Eine arabische Lösung der Krise käme nicht in Frage, es handle sich um ein Weltproblem, das auf breiter Front angegangen werden müsse. T[hatcher] hält die militärische Option vollständig für möglich. Es müsse verhindert werden, dass Irak in wenigen Jahren zur Atombombe komme: «We have to be prepared to everything.» Eine gewaltsame Befreiung von Kuwait durch einen Angriff auf den Irak sei gemäss Art. 51 der UNO-Charta

7 Vgl. dazu auch die Ausführungen von Premierministerin Thatcher anlässlich des Besuchs von Bundesrat Delamuraz in London im Oktober 1990, dodis.ch/55821.

8 Vgl. DDS 1990, Dok. 60, dodis.ch/55703 sowie die thematische Zusammenstellung Golfkrise (1990–1991) dodis.ch/T1673.

9 Im August 1990 beteiligte sich die Schweiz mit den gegenüber Irak und Kuwait erlassenen Wirtschaftsmassnahmen erstmals überhaupt an einem Sanktionsregime der UNO. Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 29, dodis.ch/55715 und Dok. 30, dodis.ch/54497 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1674. Zur sich wandelnden Bedeutung der Neutralität als aussenpolitische Maxime der Schweiz vgl. DDS 1990, Dok. 24, dodis.ch/54523.

10 Abdo Ali Hamdan Al-Dairi.

11 Saddam Hussein hatte George Bush die Möglichkeit geboten, sich an das irakische Volk zu wenden. In einer Fernsehansprache, die am 16. September 1990 vom irakischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, erläuterte der US-Präsident die Reaktionen auf die Invasion Kuwaits.

möglich, wenn der Emir¹² ein formelles Hilfesuch stelle. Es sei zu vermeiden, dass für einen solchen Schritt erneut der Sicherheitsrat gemäss Art. 42 angerufen werden müsse, um ein eventuelles chinesisches Veto zu verhindern.

In Bezug auf die Sanktionen scheint für T[hatcher] vor allem das Ölembargo Wirkung zu zeitigen. Trotz der medienwirksam ausgeschlachteten angeblich ersten Versorgungsempässe im Lebensmittelsektor vertritt T[hatcher] die Auffassung, der Irak habe für eine längere Zeit genügend Vorräte gehortet. Um die immer noch offenen Löcher zu stopfen, sei ein Luftverkehrs-Embargo dringend einzuführen. Vor allem die Nachbarländer des Irak müssten mit einer Resolution dazu zwingen werden, analog zur Seeblockade alle Flugzeuge zur Landung und Inspektion zu zwingen.

In einem Ausblick auf die Zeit nach der Lösung der Golfkrise betont T[hatcher] die Notwendigkeit, den arabisch-israelischen Konflikt erneut anzugehen.¹³ Um die Chancen zu einem dannzumaligen Erfolg zu erhöhen, tue Grossbritannien alles, um Israel in der jetzigen Krise zur völligen Zurückhaltung zu bringen.

Eine Aufstellung einer regionalen Sicherheitsarmee sei notwendig, zusammengesetzt aus Truppen der Länder in der Region selber, wobei die Präsenz «westlicher» Truppen nur auf spezielles Ersuchen einzelner Länder tolerierbar sei. Jedenfalls werde der Nahe Osten in absehbarer Zukunft ein anderes Gesicht als heute haben.

3. Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen¹⁴

Das Fehlen von bilateralen Problemen im engeren Sinne machte das Thema des Beitritts der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen zur einzigen Frage, die zwischenstaatlich einer Erörterung bedurfte. Das schweizerische Begehren nach 2,1 Mrd. Sonderziehungsrechten und einem Sitz im Direktorium stiess vor 10 Tagen vor allem beim britischen Delegierten¹⁵ auf Unverständnis, dies im Kontrast zu den früheren sehr positiven Äusserungen Frau Thatchers in dieser Hinsicht und zur am Gespräch in Bern wiederholten Freude am schweizerischen Gesuch.¹⁶

T[hatcher] hatte keine Kenntnis von der Haltung ihres Delegierten, der anscheinend vom Schatzamt entsprechend instruiert worden war. Sie versprach, sich der Sache anzunehmen und liess durchblicken, sie sei durchaus dafür, dass die Schweiz einen Sitz im Direktorium erhalte. (Eine Frage, die mit einem genügend hohen Anteil an Sonderziehungsrechten verknüpft ist.)

12 Jaber Al-Ahmad Al-Sabah.

13 Zur schweizerischen Haltung zum Nahostkonflikt vgl. DDS 1990, Dok. 47, dodis.ch/55025.

14 Vgl. DDS 1990, Dok. 1, dodis.ch/54926 und Dok. 13, dodis.ch/54922.

15 Robin Leigh-Pemberton. Vgl. dazu dodis.ch/56997.

16 Vgl. dazu auch dodis.ch/55821.

dodis.ch/56177

Notiz des Generalsekretärs des EDA, Schaller¹

BESPRECHUNG MIT BERNARD BERTOSSA, GENERALSTAATSANWALT DES
KANTONS GENÈVE²

Vertraulich

Bern, 26. September 1990

Auf meine Anregung hin empfängt mich Herr Bertossa (B) zu einem Gedankenaustausch über das von ihm ins Auge gefasste Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Entführung der beiden IKRK-Mitarbeiter Christen und Erriquez.³ Ich bin von André Pasquier (P) begleitet, Chef des ehemaligen IKRK-Krisenstabes.

B[ertossa] meint im Verlaufe des Gesprächs u. a., «quelques actes en relations avec cet enlèvement se sont passés à Genève», «les victimes sont des Suisses». Deshalb sei er entschlossen, «de faire ce qui est possible de faire». Er gedenke polizeiliche Ermittlungen anstellen zu lassen und über deren Ergebnisse die Öffentlichkeit zu informieren. Kriminelle Akte dürften nicht unverfolgt bleiben. Auch gelte es abzuklären, ob allenfalls Auslieferungsgesuche zu stellen oder verdächtige Ausländer (z. B. Libanesen) bei ihrer Einreise in die Schweiz zu verhaften seien. Alles in allem wolle er den Eindruck vermeiden «qu'on est des dupes».

P[asquier] schildert seine Bemühungen zur Freilassung der Geiseln. Ich gehe auf diejenigen von Bundesseite ein. Wir weisen beide B[ertossa] auf die Gefahren hin, welche die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, resp. ihr Bekanntwerden in den einschlägigen Kreisen allenfalls mit sich bringen könnten: erhöhtes Sicherheitsrisiko für IKRK-Mitarbeiter im Libanon, Infragestellung von Bemühungen zur Freilassung weiterer Geiseln, Auswirkungen auf gewisse internationale Beziehungen (z. B. Schweiz-Iran-USA),⁴ Abnahme der Bereitschaft ausländischer Sicherheitsdienste, mit ihren Genfer oder Berner Kollegen zusammenzuarbeiten. P[asquier] macht keinen Hehl daraus, dass die Einleitung einer Untersuchung bei den meisten seiner ehemaligen Gesprächspartner wahrscheinlich als Provokation empfunden würde.

B[ertossa] hört sich unsere Argumente zwar an, scheint dafür aber nicht übermässiges Verständnis aufzubringen. Für ihn ist offensichtlich am wichtigsten, wie er den Medien erklären könne, er habe nichts unternommen, um Licht in die Entführung und ihre Hintergründe zu bringen.

1 CH-BAR#E2010A#2001/161#4190* (B.32.32.Liban). Dieses Exemplar der Notiz von Rudolf Schaller wurde vom Chef der Politischen Abteilung II des EDA, Botschafter Pierre-Yves Simonin, visiert und mit zahlreichen Textmarkierungen versehen. Weitere Kopien waren gerichtet an den Generalsekretär des EJPD, Samuel Burckhardt, mit der Bitte Bundespräsident Arnold Koller zu informieren, an Bundesanwalt Willy Padrutt mit der Bitte seine Mitarbeiter Hans-Rudolf Knaus und Christian Duc ins Bild zu setzen sowie an den Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, und an den stv. Chef der Politischen Abteilung II, François Chappuis.

2 Handschriftliche Marginalie von Botschafter Simonin: Otages. Enquête Genève.

3 Am 6. Oktober 1989 wurden zwei schweizerische Angehörige einer IKRK-Delegation im Südlibanon, die Orthopäden Emanuel Christen und Elio Erriquez, entführt. Nach weltweiten intensiven diplomatischen Bemühungen des IKRK mit Unterstützung des EDA wurden sie schliesslich im August 1990 freigelassen. Bis zuletzt konnte die Identität der Entführer nicht ermittelt werden, vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1777.

4 Zum Stand der Vertretung der US-amerikanischen Interessen im Iran durch die Schweiz und zur Frage einer konzertierten Befreiungsaktion aller im Zusammenhang mit dem Libanonkonflikt festgehaltenen Geiseln vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1817.



Empfang des IKRK-Delegierten Elio Erriquez (im blauen Hemd) durch seine Familie am Flughafen Genf-Cointrin nach seiner Entführung im Libanon, dodis.ch/57295 (CH-SNM LM-179281.19).



Empfang des zweiten im Libanon entführten IKRK-Delegierten Emanuel Christen (links) durch seine Familie am Flughafen Zürich-Kloten am 9. August 1990, dodis.ch/57296 (CH-SNM LM-179282.9).

Nach weiteren Hinweisen auf die internationale Gepflogenheiten in solchen Geisellaffären (unseres Wissens hat kein betroffenes Land bisher Verfahren gegen unbekannte Entführer eingeleitet) und dezenten Anspielungen auf die Art und Weise, wie eine Genfer Aktion interpretiert werden könnte, zeigt B[ertossa] Zeichen des Einlenkens. Er verspricht nachzudenken, «ce qu'il me faut pour justifier que je ne fais rien»... Unter Umständen könne er zu einem solchen Schluss kommen, wenn ihm Einblick gegeben werde ins Einvernehmerprotokoll der Bundespolizei, das diese nach ihren Gesprächen mit Christen und Erriquez erstellt hat.⁵

Wir gingen auseinander ohne konkrete Absprachen über das weitere Vorgehen. Aller Voraussicht nach wird B[ertossa] als nächstes erneut der Bundespolizei resp. dem Bundesanwalt⁶ schreiben.

P. S. Mein Fazit:

Wir haben es hier mit einem in höchstem Grade idealistisch veranlagten Menschen zu tun, der – vielleicht auch etwas ideologisch verklärt – über einen überraschend engen Horizont zu verfügen scheint, wenn es um das Erkennen und Gewichten von internationalen Implikationen geht, die eine Affäre mit sich bringt, die gewisse – wenn auch nicht ganz offensichtliche – Bezüge zu Genf aufweist. Unter Umständen wird der Bund nicht darum herumkommen, die Existenz übergeordneter nationaler Interessen – je nach Entwicklung der Aktivitäten von B[ertossa] – nochmals und diesmal deutlicher und abschliessender zur Geltung zu bringen, um einen ambitiösen lokalen Einzelgang zu verhindern, der – weniger national als – international in beträchtlichem Mass Geschirr zu zerschlagen vermag und ausserdem die zukünftige Tätigkeit des IKRK gefährden könnte.

⁵ Der Genfer Staatsanwalt Bertossa wurde anschliessend von der Bundespolizei eingehend über die ersten Angaben nach der Freilassung von Christen und Erriquez zu ihrer Entführung und Geiselhafte, den Verlauf der Bemühungen von IKRK und Bundesbehörden für ihre Befreiung sowie zur Frage weiterer Ermittlungen informiert, vgl. dodis.ch/56176.

⁶ Willy Padrutt.

dodis.ch/56092

Discours du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Felber, du 11 octobre 1990 lors de son voyage à Madagascar¹

CONFÉRENCE DE PRESSE DE BRF

Tana[narive,] 11 octobre 1990

Bilan

La partie officielle de mon voyage au Madagaskar étant presque terminée, il est temps d'en faire un premier bilan.² Un bilan fort³ positif. Laissons d'abord parler quelques chiffres.

Signature accords

Nous venons de signer, il y a à peine une demi-heure, *cinq accords* de coopération d'un montant global de 26 millions de francs suisses, dont 19 consacrés à la santé: un des domaines prioritaires de l'intervention helvétique au Madagaskar.

Le détail des accords

Aide à la balance des paiements: 15 millions de francs pour 3 ans dès l'année prochaine.⁴

Elle est destinée à financer les importations de médicaments essentiels. Elle contribuera donc à prévenir et à guérir un certain nombre de maladies évitables, comme la malaria, en contribuant ainsi à améliorer les conditions de vie de larges couches de la population, notamment les couches les plus défavorisées.

Appui au programme de santé de base: 4 millions de francs.⁵

Comme il ne suffit pas de fournir des pilules et des vaccins, nous appuyons depuis un certain nombre d'années une action qui encourage la réforme de la politique des médicaments. Ceci signifie concrètement un soutien de la pharmacie centrale d'approvisionnement chargée de l'achat, du stockage et de la distribution, la livraison de médicaments, le recyclage du corps médical et des prescripteurs ainsi que l'appui des pharmacies communautaires, dont le système sera étendu à tout le pays à raison de 50 par année.

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#5209* (B.15.21(1)). Ce texte est très probablement rédigé à Madagascar par Marco Cameroni, Chef du Service presse et information du DFAE, et a servi de base au Conseiller fédéral René Felber, Chef du DFAE, pour son discours lors de la conférence de presse. Celle-ci a lieu le 11 octobre à 11h30 à l'Hôtel Madagascar Hilton à Tananarive. L'exemplaire édité du document est faxé par l'Ambassade de Suisse à Tananarive au Service presse et information du DFAE le 11 octobre et, de là, faxé à nouveau au Service d'information de la Chancellerie fédérale.

2 Cf. le téléx hebdomadaire 42/90 du 15 octobre 1990, dodis.ch/55169, points 1 et 2 (rapides) ainsi que dodis.ch/53644 et dodis.ch/53647. Pour le programme détaillé du voyage, cf. le dossier CH-BAR#E2200.202-02#1999/60#17* (101.1).

3 Correction manuscrite: «bien».

4 Cf. le PVCF N° 2120 du 1^{er} octobre 1990, dodis.ch/53642 et dodis.ch/56093.

5 Cf. la proposition de projet de la Coopération technique N° 250/90 du 6 septembre 1990, dodis.ch/56912.

Les trois accords restant – 6,5 millions de francs au total – constituent une contribution à une action de sauvegarde de l'environnement de plus en plus nécessaire et urgente.

Il s'agit en gros⁶ de renforcer la formation forestière au niveau technique,⁷ d'appuyer le Silo national de graines forestières,⁸ qui couvre à l'heure actuelle les 2/3 des besoins en graines des actions de reboisement sur tout le territoire national et d'encourager l'appropriation des actions de foresterie paysanne par les paysans eux-mêmes.⁹

Nouveaux accords pour une politique prouvée

Ces actions s'intègrent, en la prolongeant, à une politique d'aide au développement qui a fait ses preuves au Madagascar, un pays avec lequel la Suisse coopère depuis une vingtaine d'années.¹⁰ Une politique qui constitue l'épine dorsale de relations bilatérales qui peuvent être qualifiées de très bonnes.¹¹

Coopération au développement

Madagascar est un des premiers pays avec lesquels la Suisse a signé un accord-cadre de coopération.¹² C'est un pays dit de concentration, où la Suisse mène un de ses programmes les plus importants. Il coûte environ 20 millions de francs suisses par an et il se compose désormais de trois volets:

- l'environnement qui regroupe la foresterie, l'agriculture et concerne l'utilisation des ressources naturelles et l'aménagement du territoire;
- le domaine social qui regroupe la santé (prévention et soin) ainsi que la sécurité alimentaire;
- enfin les routes.¹³

Importance de la visite

Avec cette visite, la première d'un ministre suisse des affaires étrangères, nous avons voulu rassurer les autorités malgaches, analyser avec elles notre politique d'aide au développement,¹⁴ vérifier les besoins réels de la population défavorisée, grâce notamment à des inspections sur le terrain qui nous ont permis de voir un tronçon-clef de la route nationale numéro deux, la descente de la Mandraka (où nous avons engagé jusqu'ici 18 millions de francs suisses),¹⁵ les actions

6 *Correction manuscrite*: Plus en détail, il s'agit de renforcer.

7 Cf. la proposition de projet de la Coopération technique N° 178/90 du 18 juin 1990, dodis.ch/56924.

8 Cf. la proposition de projet de la Coopération technique N° 180/90 du 19 juin 1990, dodis.ch/56914.

9 Cf. la proposition de projet de la Coopération technique N° 83/90 du 19 mars 1990, dodis.ch/56928.

10 Cf. la note sur le programme de coopération Suisse–République de Madagascar (annexe), dodis.ch/53644, et les rapports de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire du DFAE de mars 1988, dodis.ch/51362 et de décembre 1985, dodis.ch/51361.

11 Pour un bref aperçu des relations bilatérales entre la Suisse et Madagascar, cf. dodis.ch/53644.

12 Pour l'accord-cadre qui est signé à Tananarive le 11 décembre 1968 et qui est entré en vigueur le 30 juin 1971, cf. RO, 1971, pp. 1197–1200, ainsi que le PVCF N° 74 du 10 janvier 1964, dodis.ch/30669.

13 Pour le programme détaillé de la coopération au développement de la Suisse à Madagascar pour 1990, cf. dodis.ch/56910 et dodis.ch/56909.

14 Pour les discussions avec les autorités malgaches sur la politique de développement à Madagascar, cf. les notes de Henri-Phillipe Cart, Chef de la Division opérationnelle Afrique, Amérique latine de la DDA, sur son entretien avec le Premier ministre, Victor Ramahatra, du 28 décembre 1990, dodis.ch/56911. Dans l'annexe de ce document se trouve une note d'orientation des autorités malgaches intitulée Contribution à l'élaboration d'une politique de développement à Madagascar de juin 1990.

15 Cf. la proposition de projet de la Coopération technique N° 163/90 du 8 juin 1990, dodis.ch/56913.

de reboisements villageois sur les Hauts-Plateaux,¹⁶ la contribution à la sauvegarde des forêts sèches de la Côte Ouest¹⁷ ainsi que la Pharmacie centrale, ce matin.¹⁸

La Suisse, l'Europe de l'Est et le Sud

Pourquoi rassurer? Il était important de dire personnellement à nos amis malgaches que les événements survenus en Europe orientale, où les nécessités économiques sont énormes, n'allaient pas mettre en danger notre coopération au développement.

Il n'est pas question de soustraire les crédits prévus pour le sud à la faveur des pays de l'Est européen.¹⁹

L'évaluation de notre politique d'aide

Il nous est agréable de dire combien les dirigeants du Madagascar apprécient notre présence. Une collaboration décisive, d'après le ministre de l'économie et du plan.²⁰ Une collaboration excellente, aux dires du secrétaire général du Ministère des affaires étrangères.²¹

Nous nous félicitons également des convergences d'opinion concernant la «philosophie» d'une politique d'aide au développement moderne.²² L'époque de la charité est révolue. Il s'agit maintenant de mobiliser, de responsabiliser les destinataires de l'aide. Il s'agit pour ainsi dire de mettre les gens dans le coup, afin qu'ils comprennent que ça vaut la peine d'agir, de prendre des initiatives, appuyés par l'État, les organisations non gouvernementales, l'aide au développement. Il est important que ces gens, ces petits paysans voient la différence, qu'il est payant d'aller chercher une eau de meilleure qualité ailleurs, de reverdir les collines brûlées dans l'intérêt de tout le monde. Il s'agit donc de décentraliser et de travailler directement avec les collectivités locales. Chose que la Suisse et ses coopérants essaient d'ailleurs de faire depuis pas mal de temps déjà.

Responsabilité et dialogue permanent, que nous avons poursuivi ces jours-ci avec le premier ministre²³ et cinq de ses ministres²⁴, sont donc les mots-clefs d'une collaboration qui devrait se poursuivre sous les meilleurs auspices.

Dimension sociale et ajustements économique et financier

On ne peut pas parler de politique de développement sans toucher aux problèmes liés aux programmes d'ajustement économique et financier.²⁵

Madagascar a été parmi les premiers pays à adopter un programme d'ajustement structurel et à l'appliquer avec rigueur et ténacité. Une opération indispensable, nous a confirmé le chef du gouvernement, mais dure, parce que les mesures macro-économiques touchent tout le monde,

16 Cf. le dossier E2025A#2000/138#1662* (t.311-Madagaskar.47).

17 Cf. la proposition de projet de la Coopération technique N° 237/89 du 22 août 1989, dodis.ch/56929.

18 Cf. note 5.

19 Sur la concurrence entre l'aide au développement et l'aide aux pays d'Europe de l'Est, cf. dodis.ch/55696 et dodis.ch/55691 ainsi que DDS 1990, doc. 12, dodis.ch/56158, en particulier les prises de parole des Conseillers nationaux Bernhard Seiler et Thomas Onken.

20 Jean Robiarivony.

21 Maurice Ramarozaka.

22 Pour les débats de l'époque sur les questions de développement, cf. DDS 1990, doc. 3, dodis.ch/56143.

23 Victor Ramahatra.

24 Le Conseiller fédéral Felber rencontre le Ministre de l'économie et du plan Robiarivony, le Ministre des travaux public, Jean Emile Tsaranazy, le Ministre des finances et du budget, Léon Rajaobelina, le Ministre de la production animale, des eaux et des forêts, Maxime Zafera et, à cause de l'absence du Ministre des affaires étrangères, le Secrétaire général des affaires étrangères Ramarozaka.

25 Cf. DDS 1990, doc. 17, dodis.ch/56083.

en particulier les couches sociales défavorisées, qui souffrent de la chute d'un pouvoir d'achat déjà faible et de la diminution des prestations des services publics.

À ce propos, nous avons appris avec plaisir du ministre des finances que l'ajustement n'a pas empêché aux autorités malgaches d'allouer cette année des rallonges aux budgets de l'Éducation de base, de la Justice et de la Santé. C'est ici que s'insère l'aide suisse à la balance des paiements, dont nous avons parlé au début. Cette nouvelle contribution permet un soutien budgétaire pendant une période de transition qui doit être utilisée par le gouvernement malgache pour adapter son budget de manière à ce qu'il puisse répondre aux besoins du secteur de la santé.

*Désendettement*²⁶

De nouvelles idées se font place. Par exemple le soi-disant *désendettement créatif*, qui poursuit le double objectif de diminuer le fardeau de la dette par le financement de son rachat à certaines conditions et de relancer des activités de développement grâce à des fonds en monnaie locale ainsi générés. Une idée fort intéressante, qui mérite d'être prise en considération. Quoi qu'il en soit, le gouvernement suisse est en train d'examiner de quelle manière il pourra lancer l'action pour favoriser le désendettement voulu par quelques organisations non gouvernementales dans le cadre du 700^{ième} anniversaire de la Confédération helvétique qui sera célébré l'année prochaine.²⁷

Autre thème bilatéral: protocoles croix rouge

Nous avons également exprimé notre satisfaction pour l'accélération de la procédure de ratification des protocoles additionnels de la Croix-Rouge, qui devrait se produire vraisemblablement l'année prochaine.²⁸ Nous avons ainsi eu l'occasion de dire comment la Suisse tient au droit humanitaire.

Autres thèmes de discussion

Redéfinition du rôle de l'État

Les corrections que les autorités malgaches ont apporté ces dernières années au régime économique et politique sont particulièrement intéressantes. Nous saluons la voie choisie qui a débouché sur un processus de libéralisation.²⁹

Relations avec l'Afrique du Sud

Nous saluons également le signal que le gouvernement malgache a lancé vers l'Afrique du sud, en recevant dernièrement ici le président des réformes de Klerk. La Suisse aussi, comme le Madagascar, souhaite la fin de la politique de l'apartheid.³⁰

Collaboration régionale

Notre pays souhaite aussi une collaboration régionale entre Madagascar et les îles voisines de l'Océan indien. Une collaboration qui, à notre avis, pourrait avoir une dimension politique et économique intéressante.

26 Pour la politique suisse en matière de mesures de désendettement, cf. dodis.ch/56477.

27 Cf. la compilation dodis.ch/C1755.

28 Pour l'état d'avancement du processus de ratification, cf. dodis.ch/56925.

29 Pour la situation économique de Madagascar, cf. dodis.ch/51340.

30 Cf. DDS 1990, doc. 25, dodis.ch/54851.

dodis.ch/55958

Entretiens du Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Delamuraz, à Reykjavik, Stockholm et Helsinki¹

MES ENTRETIENS DU 8-12 OCTOBRE 1990

Berne, 16 octobre 1990

1. J'ai visité ces capitales en qualité de Président du Conseil des ministres de l'AELE.² Parmi les interlocuteurs étaient les Premiers ministres Hermansson (Islande), Carlsson (Suède), Holkeri (Finlande) et les ministres en charge de l'AELE Hannibalsson, Gradin et Salolainen.

2. L'objectif principal de la visite:

- échange de vues sur l'état des négociations sur l'EEE
- fixer une stratégie pour les mois à venir.³

Ont fait également l'objet des discussions, mais plutôt en marge, l'Uruguay Round⁴ et les relations entre l'AELE et les pays de l'Europe centrale et orientale.⁵

3. Négociations sur l'EEE

La majorité des interlocuteurs ont estimé que les points de résistance principaux à des progrès rapides étaient la Commission et, parmi les États membres, la France⁶ et l'Espagne.

Ils soutiennent tous ma proposition de tenter, avec l'aide de la Présidence italienne, une percée politique avant la fin de cette année avec, comme objectif, de terminer les négociations au printemps 1991.⁷

1 CH-BAR#E2200.8#2000/106#51* (331.1). Cette note d'information est rédigée par le Chef du Bureau de l'intégration, l'Ambassadeur Jakob Kellenberger, et visée par le Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, le Secrétaire d'État Franz Blankart, pour le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz, Chef du DFEP, le 15 octobre 1990. Elle est ensuite distribuée au Conseil fédéral le 16 octobre, signée par le Conseiller fédéral Delamuraz. Elle est également légèrement modifiée pour être diffusée dans le téléx hebdomadaire 42/90 du 15 octobre 1990, cf. dodis.ch/55169, point 3. Elle est très probablement rédigée à partir de plusieurs autres notices sur les entretiens bilatéraux, cf. dodis.ch/55735 et dodis.ch/55744.

2 Le Conseiller fédéral Delamuraz poursuit sa tournée des pays nordiques par une visite en Norvège du 17 au 18 octobre 1990, cf. dodis.ch/55736.

3 Cf. à ce propos la notice du 12 septembre 1990 de Giovanni Colombo, Chef de section au Bureau de l'intégration, sur la rencontre entre le chef négociateur finlandais Veli Sundbäck et le Secrétaire d'État Blankart, dodis.ch/55187, et la notice du 3 octobre 1990 de l'Ambassadeur Kellenberger au Secrétaire d'État Blankart sur le déroulement des négociations au mois d'octobre, dodis.ch/55767.

4 Cf. DDS 1990, doc. 20, dodis.ch/54816 et doc. 57, dodis.ch/54822.

5 Pour les relations entre l'AELE et les pays d'Europe centrale et orientale, cf. dodis.ch/55532. Pour les relations de la Suisse avec ces pays, cf. DDS 1990, doc. 5, dodis.ch/56181, et doc. 12, dodis.ch/56158.

6 Sur la position de la France dans les négociations de l'EEE, cf. le téléx hebdomadaire 24/90 du 11 juin 1990, dodis.ch/55101, point 1, ainsi que la note d'information du Conseiller fédéral Delamuraz au Conseil fédéral du 28 septembre sur son entretien avec le Premier ministre français Michel Rocard, dodis.ch/55507.

7 Sur le rôle joué par la présidence italienne dans les négociations européennes durant la deuxième moitié de l'année 1990, cf. la note d'information du Conseiller fédéral Delamuraz au Conseil fédéral du 17 septembre 1990 sur sa visite à Rome, dodis.ch/54664.

Ils estiment, avec la Suisse, qu'une telle percée exige deux choses:

- la préparation d'une liste de réduction des dérogations présentées par les pays de l'AELE ou contenant des transformations d'exceptions permanentes en mesures transitoires
- une offre satisfaisante de la CE dans le domaine institutionnel et juridique et notamment un mécanisme de décision commun valable.⁸

À noter quand même des nuances intéressantes: alors que l'intérêt islandais porte presque exclusivement sur une solution au problème de la pêche⁹ (intransigeance totale quant à la demande communautaire d'inclure dans les négociations l'accès aux ressources) – «life is cod» –, la Suède s'est montrée très ferme dans son exigence d'avoir un bon mécanisme de décision commun.

Tous estiment indispensable une réduction des dérogations mais ont également confirmé les points les plus sensibles: maintien des normes plus élevées pour la protection de l'environnement et la santé (Suède), investissements directs dans certains secteurs de l'économie (Islande, Suède, Finlande), contrôle des impôts (Suède).

J'ai pour ma part déclaré que la Suisse sera prête à examiner dans quelle mesure des exceptions permanentes (libre circulation des personnes, Lex Friedrich) pouvaient être remplacées par des mesures transitoires accompagnées de clauses de sauvegarde efficaces sous contrôle du pays concerné. J'ai en outre exprimé ma vive préoccupation devant les demandes de la Commission dans le domaine agricole qui vont nettement plus loin que ce qu'on pouvait penser au début des négociations. Les interlocuteurs n'ont pas réagi sur ce point.

J'ai proposé que les ministres des pays de l'AELE lors de leur réunion informelle du 23 octobre adressent un message volontaire et positif à la CE avec, comme éléments principaux:

- volonté de réussir une percée politique avant la fin de l'année
- disponibilité à réduire la liste des dérogations à condition que la CE présente une offre acceptable dans le domaine institutionnel.

L'offre des pays de l'AELE sur les dérogations pourrait être concrétisée lors du HLNG des 20–21 novembre.

Tous étaient d'accord avec cette stratégie.

4. Tous les interlocuteurs restent entièrement acquis à l'objectif d'un traité sur l'EEE estimant que c'est la seule action concrète et réaliste à poursuivre dans les circonstances actuelles. Le fait qu'un débat toujours plus intense sur l'option d'une adhésion à la CE a lieu en Suède¹⁰ et Finlande (pas en Islande) ne change rien à la détermination des gouvernements de réussir, comme prochain objectif, le traité sur l'EEE.

5. GATT

J'ai fait part de mon pessimisme croissant quant au succès de l'Uruguay Round. Parmi les pays visités, la Suède est celui qui porte nettement le plus grand intérêt aux négociations GATT.

Le gouvernement finlandais décidera la semaine prochaine sur son offre agricole qui se concentrera sur une baisse des subsides à l'exportation.

8 Cf. la notice du Secrétaire d'État Blankart au Conseiller fédéral Delamuraz du 20 août 1990 sur sa rencontre avec Horst Krenzler, négociateur en chef de la CE, dodis.ch/55368.

9 Pour l'importance de la pêche dans les négociations EEE du point de vue islandais, cf. le rapport de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures sur les relations économiques bilatérales Suisse–Islande, dodis.ch/55768.

10 Sur le revirement politique en Suède et en Norvège concernant l'adhésion à la CE, cf. la compilation dodis.ch/C1783.



Conseil des ministres de l'AELE sous la présidence du Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz (milieu) sur l'EEE, le 22 octobre 1990 à Genève. À gauche derrière Delamuraz se tient le Secrétaire général de l'AELE, Georg Reisch, dodis.ch/57299 (CH-SNM LM-179661.4).

6. Europe centrale et orientale

Tous les interlocuteurs partageaient mon avis qu'il faut trouver une nouvelle vitesse dans les relations avec les pays de l'Europe centrale, dont certains particulièrement touchés par la crise du Golfe. Ils sont également en faveur, notamment la Suède, d'une concrétisation rapide des Déclarations signées entre les pays de l'AELE, la Hongrie, la Pologne et la CSSR.¹¹

Le Suède (Mme Gradin) a remarqué que les pays de l'AELE avaient aussi une responsabilité à l'égard de la Yougoslavie qui devait être traitée de la même manière que les trois pays mentionnés plus haut. Elle s'est d'ailleurs déclarée un peu troublée par les idées toujours nouvelles sur l'aide financière.

En conclusion

Les pays de l'AELE que je viens de visiter sont prêts à s'engager dans un exercice de réductions des dérogations sans préciser pour autant jusqu'où ils iraient. L'impression qui se dégage des entretiens est néanmoins celle qu'ils s'orientent dans une direction qui consiste à remplacer le plus possible des exceptions non limitées dans le temps par des périodes transitoires et/ou clauses de sauvegarde.

Tant pour tenter de réussir une percée politique avant la fin de l'année que pour éviter un isolement trop grand de la Suisse, j'estime important que *le remplacement* d'une exception per-

¹¹ Cf. dodis.ch/55532.

manente par de longues périodes transitoires accompagnées de clauses de sauvegarde efficaces soit examiné prochainement par le Conseil fédéral pour

- la libre circulation des personnes et
- la Lex Friedrich

Des travaux préparatoires à cette fin ont été entrepris dans les deux domaines.

L'OFIAMT, dans une note du 27 septembre,¹² donne les raisons pour lesquelles il est aujourd'hui d'avis qu'on pourrait se contenter d'un long délai transitoire (de 10 ans par exemple) avec, en complément, une clause de sauvegarde qui pourrait se situer par exemple à 20–25% du taux de la population étrangère.

L'Office de la justice, dans un rapport intérimaire¹³ au Président de la Confédération, laisse entrevoir, sans être arrivé à des conclusions définitives, des possibilités pour atteindre les objectifs de la Loi Friedrich par des mesures non discriminatoires entre citoyens suisses et citoyens des autres pays faisant partie de l'EEE.

Afin d'être en mesure de faire une contribution suisse substantielle à la réduction de la liste des exceptions non limitées dans le temps vers mi-novembre une proposition sera soumise au Conseil fédéral pour sa séance du 7 novembre.¹⁴ Cette proposition de modification et de concrétisation du mandat de négociation portera également sur les services audiovisuels.

À la réunion ministérielle informelle de l'AELE, qui aura lieu le 23 octobre,¹⁵ je me limiterai à exprimer la volonté suisse d'examiner rapidement les possibilités de transformer certaines exceptions non limitées dans le temps en dérogations transitoires avec clauses de sauvegarde.

12 Cf. dodis.ch/56728.

13 Cf. dodis.ch/56731.

14 À propos de la séance de discussion du 7 novembre 1990 du Conseil fédéral, cf. le PVCF de décision II de la 35^{ème} séance du 8 novembre 1990, dodis.ch/54954. Pour la proposition de la liste des exceptions, cf. dodis.ch/56732.

15 Cf. dodis.ch/56729.

dodis.ch/56180

Notiz des EDA zuhanden der aussenpolitischen Kommission des Ständerats für die Sitzung vom 15./16. November 1990¹

ADHÉSION DU LIECHTENSTEIN À L'ONU: ÉVOLUTION DE L'ONU ET INFORMATION DE LA SUISSE PAR LE LIECHTENSTEIN ET CONSÉQUENCES POUR LA SUISSE

Bern, 23. Oktober 1990

1. Der Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zur UNO

Am 18. September wurde das Fürstentum Liechtenstein von der Generalversammlung der UNO auf Antrag des Sicherheitsrats einstimmig als Mitglied der Vereinten Nationen aufgenommen.² Damit hat Liechtenstein eines seiner aussenpolitischen Hauptziele der letzten Jahre erreicht. Mit der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen demonstriert es seine Solidarität mit der Staatenwelt und kann gleichzeitig seine Souveränität hervorheben – letzteres ist für ein kleines Land wie Liechtenstein, welches aus praktischen Gründen eng mit seinen Nachbarn zusammenarbeitet, von grosser Bedeutung.

Mit dem Beitritt übernimmt das Fürstentum Liechtenstein die sich aus der UNO-Charta ergebenden Verpflichtungen. Diese können bei Bedrohung oder Bruch des Friedens unter anderem auch in der Einhaltung von Wirtschaftssanktionen liegen. Liechtenstein bereitet daher gegenwärtig die nötigen gesetzgeberischen Massnahmen vor, um Widersprüche mit den mit der Schweiz eingegangenen Verträge zu vermeiden; so mit dem Zollanschlussvertrag von 1923,³ der das Fürstentum zu einem Bestandteil des schweizerischen Zollgebiets macht, und mit dem Währungsvertrag von 1980,⁴ der die geld-, kredit- und währungspolitischen Vorschriften der Schweiz auf Liechtenstein ausdehnt. Da aufgrund dieser Verträge das übliche Instrumentarium wie Ein- und Ausfuhrkontrollen erheblich eingeschränkt ist, werden andere Massnahmen wie Einführung einer Meldepflicht für gewisse Geschäfte unter Strafandrohung bei Zuwiderhandlung oder administrative Kontrollen bei einzelnen Unternehmen ins Auge gefasst.

1 CH-BAR#E2023A#1999/138#2682* (o.711.1). Diese Notiz wurde von Dominique Petter, Mitarbeiterin der Sektion Vereinte Nationen und Internationale Organisationen, sowie von Stephan Husy von der Sektion internationale Umweltangelegenheiten der Direktion für internationale Organisationen des EDA, verfasst. Wenige Tage vor der Erstellung dieses Dokuments weilte Fürst Hans Adam II von Liechtenstein vom 17.–19. Oktober 1990 auf Staatsbesuch in der Schweiz, vgl. dazu dodis.ch/54593. Es gibt allerdings keine Anzeichen dafür, dass die vorliegende Notiz in Zusammenhang mit dem Besuch Hans Adams erstellt wurde. Die Frage des UNO-Beitritts von Liechtenstein scheint im Rahmen des Besuchs auch nicht diskutiert worden zu sein.

2 Admission of the Principality of Liechtenstein to membership in the United Nations: resolution adopted by the General Assembly, UN doc. A/RES/45/1.

3 Vertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet, abgeschlossen am 29. März 1923, AS, 1923, S. 551–564. Vgl. auch DDS, Bd. 8, Dok. 324, dodis.ch/44966.

4 Währungsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein (mit Anlage und Briefwechsel) vom 19. Juni 1980, AS, 1981, S. 1709–1724. Vgl. ferner DDS, Bd. 27, Dok. 124, dodis.ch/52253, Anm. 8 und 14.

2. Zusammenarbeit Schweiz–Liechtenstein im Rahmen der UNO

Die Schweiz hat bisher von Fall zu Fall das Fürstentum Liechtenstein – stets auf dessen Wunsch hin – in den ihr offenstehenden Gremien und Konferenzen des Systems der Vereinten Nationen vertreten. Auch während der Vorbereitungsarbeiten zum Beitritt fand ein ständiger Dialog statt: So wurden in Bern mit Vertretern des liechtensteinischen Auswärtigen Amtes einschlägige juristische Probleme besprochen.⁵ Die Ständige Beobachtermission der Schweiz bei den Vereinten Nationen in New York unterstützte die designierte UNO-Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein⁶ im Sommer dieses Jahres, indem sie ihr Büroräumlichkeiten zur Verfügung stellte und ihr die nötigen persönlichen Kontakte mit dem UNO-Generalsekretariat, mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats und den Vorsitzenden der regionalen und der Staatengruppen vermittelte. Für die politische Unterstützung seines Beitritts war Liechtenstein allerdings auf die Hilfe des UNO-Mitglieds Österreich und anderer Mitgliedstaaten angewiesen.⁷

Ein enger gegenseitiger Kontakt zwischen der permanenten Mission Liechtensteins bei den Vereinten Nationen und der schweizerischen Beobachtermission in New York wird weiterhin in beiderseitigem Interesse liegen. Seit dem Beitritt Liechtensteins wird diese Zusammenarbeit durch die Tatsache geprägt, dass Liechtenstein jetzt in New York zwar über den Status als UNO-Mitglied verfügt; jedoch nur einen oder zwei Diplomaten in New York stationiert hat, während die Schweiz als Nichtmitglied eine Mission hat, die genügend dotiert ist, um wenigstens die wichtigsten UNO-Tätigkeiten aktiv zu verfolgen. In ihrer jetzigen Form steht die Zusammenarbeit zwischen den zwei Missionen noch in ihrer Anfangsphase, die häufigen informellen Kontakte lassen jedoch darauf schliessen, dass sie sich positiv entwickeln wird.

Die Schweizer Mission ist – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – bereit, der personalmässig weit kleineren Vertretung Liechtensteins bei der Verfolgung der in den verschiedenen Organen, Komitees und sonstigen Gremien der Vereinten Nationen häufig parallel ablaufenden Geschäfte behilflich zu sein. Umgekehrt stösst die Schweiz wegen ihrer durch den Beobachterstatus bedingten schwachen Stellung innerhalb der UNO oft an institutionelle Grenzen. In vielen Bereichen ist sie auf die Unterstützung befreundeter Mitgliedstaaten angewiesen, und es ist klar, dass sie dabei auch auf das ihr eng verbundene Nachbarland zurückgreift.

3. Konsequenzen für die Schweiz

In seiner Antwort auf eine Interpellation von Nationalrat Eisenring schrieb der Bundesrat am 15.12.89: «Ein Beitritt Liechtensteins zur UNO hat keine Auswirkungen auf das schweizerisch-liechtensteinische Verhältnis. Das Fürstentum ist in der Gestaltung seiner Aussenpolitik frei, auch wenn die Schweiz es in den meisten Drittstaaten diplomatisch vertritt.»⁸

Der Beitritt Liechtensteins zu den Vereinten Nationen hat somit keine direkten Konsequenzen für die Schweiz. Eine indirekte Auswirkung entsteht jedoch dadurch, dass sich die Zahl der Staaten mit Beobachterstatus bei der UNO weiter reduziert hat und dadurch zusätzlich marginalisiert zu werden droht. Neben den beiden Koreas gehören ausser der Schweiz nun noch Monaco, San Marino und der Vatikan dieser Gruppe an. Gleichzeitig wird der Status der Beobachter vermehrt durch teilweise umstrittene nicht-staatliche Organisationen wie beispielsweise die PLO geprägt.

5 Vgl. dazu dodis.ch/57015.

6 Claudia Fritsche.

7 Vgl. dazu dodis.ch/57016.

8 Vgl. das BR-Prot. Nr. 1193 vom 11. Juni 1990, dodis.ch/54594. Zum Gespräch über Europafragen anlässlich des Staatsbesuchs von Fürst Hans-Adam II von Liechtenstein vom 17.–19. Oktober 1990 vgl. dodis.ch/54593.

Der Beitritt Liechtensteins ist in eine Zeit grosser politischer Veränderungen gefallen. Wie im letzten Papier, das die DIO für die Sitzung dieser Ständeratskommission vom 6. September 1990 verfasst hat,⁹ ausführlich dargelegt wurde, hat die Entspannung zwischen Ost und West klare Auswirkungen auf das System der Vereinten Nationen. Die UNO hat jetzt endlich die Möglichkeit, die Ziele ihrer Charta wahrzunehmen, nachdem die gegenseitige Blockierung durch die ehemaligen Gegner des kalten Krieges innerhalb ihrer Institutionen weggefallen ist. In dieser Atmosphäre zunehmender Normalität kann sie ihre Aufgaben besser erfüllen.

Allerdings sind die Strukturen der UNO bisher noch nicht ihren veränderten Bedürfnissen und Möglichkeiten angepasst worden: Die in der Charta verankerten Institutionen, so beispielsweise die dominante Stellung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, gehen auf die ersten Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs zurück. Auch das Sekretariat, dessen Organisation und Personalbestand in den Zeiten der Konfrontation zwischen den zwei Machtblöcken angemessen gewesen sein mag, kann den heutigen Anforderungen noch nicht genügen. Trotzdem ist die Verbesserung der Arbeitsatmosphäre bereits deutlich sichtbar geworden, dies vor allem im Fall der Golfkrise¹⁰ durch die verschiedenen im Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen.

Die in diesem Zusammenhang gefassten Sanktionsbeschlüsse hatten auch für die Schweiz konkrete Folgen. Es hat sich gezeigt, dass unser Land unabhängig von seinem Status in der UNO bei einem von annähernd allen Mitgliedern getragenen Entscheid nicht abseits stehen kann und will.¹¹ Dies umso weniger, als die Schweiz (vgl. dazu ebenfalls das frühere DIO-Papier)¹² mit den Vereinten Nationen eng verknüpft ist und die Zusammenarbeit mit der UNO sowie mit ihren Unter- und Sonderorganisationen weiter ausbauen wird.

Der schweizerische Entschluss, sich den von der UNO ergriffenen Sanktionen in autonomer Weise anzuschliessen, fiel in einem durch den europäischen Integrationsprozess und die Öffnung Osteuropas bereits sensibilisierten Umfeld: Die Frage nach der Stellung unseres Landes in der Welt gehört gegenwärtig zu den aktuellsten Themen und zu den grössten Herausforderungen der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik. Traditionelle Konzepte wie beispielsweise der Begriff «Sonderfall Schweiz» müssen der veränderten Situation angepasst und neu definiert werden.¹³

In diesem Fragenkomplex hat der Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu den Vereinten Nationen eine bereits spürbare Tendenz verstärkt und somit in einem gewissen Sinn ebenfalls dazu beigetragen, dass die Haltung der Schweiz gegenüber der UNO wieder zu einer aktuellen Frage geworden ist. Die Antworten auf fünf parlamentarische Vorstösse zu diesem Thema, die in der Herbstsession der eidgenössischen Räte eingereicht wurden, werden gegenwärtig in der Verwaltung erarbeitet und sollen dem Parlament in der kommenden Wintersession durch den Bundesrat vorgelegt werden.¹⁴

Der Bundesrat wird die Entwicklung der UNO angesichts der in der letzten Zeit erzielten Erfolge genau verfolgen, um gegebenenfalls die nötigen Massnahmen im Hinblick auf eine Veränderung der Beziehung der Schweiz zur Weltorganisation vorzubereiten. Dies hat jedoch unter

9 Vgl. dodis.ch/54498.

10 Zur Golfkrise vgl. DDS 1990, Dok. 29, dodis.ch/55715 und Dok. 60, dodis.ch/55703 sowie die thematische Zusammenstellung Golfkrise (1990–1991), dodis.ch/T1673.

11 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 30, dodis.ch/54497 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1674.

12 Vgl. dodis.ch/54498.

13 Vgl. dazu die Ausführungen des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats am 12. Februar 1990, DDS 1990, Dok. 11, dodis.ch/56530.

14 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1767.

Beachtung weiterer Prioritäten der Aussenpolitik wie namentlich des Verhältnisses zu Europa¹⁵ und des Beitritts zu den Bretton-Woods-Institutionen¹⁶ zu erfolgen.

15 Vgl. dazu z. B. DDS 1990, Dok. 42, dodis.ch/56411; Dok. 52, dodis.ch/55288 sowie Dok. 56, dodis.ch/54945.

16 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen (1989–1993), dodis.ch/T1721.

42

dodis.ch/56411

Notiz des Vizedirektors der Direktion für Völkerrecht des EDA, Minister von Däniken¹

EUROVISION: EUROPAPOLITIK

Streng vertraulich

Bern, 26. Oktober 1990

Im Anschluss an unsere Sitzung vom 8.10.1990 habe ich das Euch bekannte Aussprachepapier² noch einmal überarbeitet. Unser Kollege Bärffuss hat gleichzeitig die persönliche Mitarbeiterin des EDA-Vorstehers³ auf dieses Papier aufmerksam gemacht, welche es in der überarbeiteten Version an Bundesrat Felber weiterleitete. In der Folge beschloss der *Departementschef*, mich zu einer Aussprache über die Richtung der schweizerischen Europapolitik beizuziehen, die er ohnehin mit dem Chef des Integrationsbüros⁴ vereinbart hatte. Das Gespräch fand am 25.10.1990 statt und dauerte eine knappe Stunde. Es lässt sich wie folgt zusammenfassen.

BRF [*Bundesrat Felber*] bezeichnet rückblickend das EWR-Konzept⁵ als «bon moyen», das den EFTA-Staaten zwecks Ausbau und Vertiefung ihrer Beziehungen zur EG angeboten worden war. Inzwischen hat sich aber einiges geändert, sodass BRF [*Bundesrat Felber*] – und, wie er sagt, mit ihm die übrigen Mitglieder des Bundesrates – heute davon ausgeht, dass der EWR-Vertrag

1 CH-BAR#E2010A#2001/161#6106* (B.75.76(1)). Die Notiz wurde vom Vizedirektor der Direktion für Völkerrecht des EDA, Franz von Däniken, verfasst und an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Eurovision, namentlich an den stv. Chef des Politischen Sekretariats, Josef Aregger, den Sektionschef im Integrationsbüro EDA–EVD, Rudolf Bärffuss, den stv. Chef im Finanz- und Wirtschaftsdienst, Paul Fivat, Tim Guldemann vom Politischen Dokumentationsdienst, Peter Maurer vom Politischen Sekretariat, den stv. Sektionschef für internationale wissenschaftliche Angelegenheiten der Direktion für internationale Organisationen, Patrick Piffaretti, den Chef des KSZE-Diensts, Paul Widmer sowie an den stv. Chef der Politischen Abteilung I, Daniel Woker verschickt. Die Arbeitsgruppe Eurovision war vom Direktor der Politischen Direktion, Staatssekretär Klaus Jacobi, ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, sich in «undogmatischer und kreativer Weise mit der schweizerischen Vision für ein zukünftiges Europa» auseinanderzusetzen, vgl. dodis.ch/56661.

2 Nicht ermittelt.

3 Margrith Hanselmann.

4 Jakob Kellenberger.

5 Vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934 und Dok. 23, dodis.ch/55262.

mit Gewissheit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben wird.⁶ Er ist aber überzeugt, dass der Bundesrat mit Rücksicht auf die innenpolitische Situation (fehlende Mehrheit für einen EG-Beitritt) *praktisch jeden EWRV annehmen* und den Mut nicht aufbringen wird, einen EWRV abzulehnen – es sei denn, dass auch andere EFTA-Regierungen das Verhandlungsergebnis als unbefriedigend zurückweisen.

Für BRF [*Bundesrat Felber*] bildet der EWR eine Zwischenstufe auf dem Weg zur EG-Mitgliedschaft. Er gibt sich zuversichtlich, dass das Volk dem Vertrag zustimmen wird,⁷ selbst wenn die zu erbringenden materiellen Zugeständnisse nicht viel weniger weit gehen als jene, die im Fall eines Beitritts zu entrichten wären. Dass die *Finalität des EWR-Vertrages* auch im Fall der Schweiz die *EG-Mitgliedschaft* ist, steht für BRF [*Bundesrat Felber*] ausser Zweifel, und er wäre offenbar auch bereit, dies anlässlich des Ratifikationsverfahrens in aller Klarheit und öffentlich zu sagen.⁸ Wird diese Finalität nicht anerkannt, haben die mit dem EWRV zu erbringenden Konzessionen keinen Sinn. BRF [*Bundesrat Felber*] bestätigt, dass der Bundesrat unter diesen Voraussetzungen auf einen «political breakthrough» bei den Verhandlungen noch vor Ende Jahr hoffe.⁹

BRF [*Bundesrat Felber*] legt grossen Wert auf die Unterscheidung zwischen dem, was er persönlich als Staatsbürger denkt, und dem, wofür er als Vorsteher des EDA und Mitglied des Bundesrates Verantwortung trägt. Persönlich befürwortet er einen EG-Beitritt ohne Wenn und Aber. Als Mitglied der Landesregierung muss er hingegen Rücksicht nehmen auf die politische Stimmung im Bundesrat und bei der Bevölkerung. Engagiert sich das EDA jetzt zu stark und zu offen für einen EG-Beitritt, riskiert es, im weiteren Verlauf der integrationspolitischen Auseinandersetzungen an Glaubwürdigkeit zu verlieren. BRF [*Bundesrat Felber*] ist, wie er sagt, z. B. vorderhand nicht bereit, der Verwaltung ein formelles und offizielles Mandat zur Abklärung sämtlicher Aspekte eines EG-Beitritts zu erteilen; was nicht heisst, dass intern die verschiedenen Anstrengungen in dieser Richtung erlahmen sollen. A fortiori dürfte es für BRF [*Bundesrat Felber*] auch noch zu früh sein, eine nationale Kommission zur Überprüfung des EG-Beitritts einzusetzen, oder die Totalrevision der Bundesverfassung im Hinblick auf einen Beitritt an die Hand zu nehmen. Er sieht im Moment auch *keinen Bedarf für ein Aussprachepapier* zu Händen des Bundesrates, schliesst aber nicht aus, zu gegebener Zeit ein solches dem Bundesrat zu unterbreiten.

Bemerkenswert ist im weiteren, dass BRF [*Bundesrat Felber*] vor allem auf seiten einzelner EG-Mitgliedstaaten durchaus die Bereitschaft sieht, die Schweiz als Mitglied zu akzeptieren. Entsprechende Hinweise haben sich, wie auch der Chef des Integrationsbüros bestätigt, in jüngster Zeit vermehrt, was im Gegensatz zur Behauptung der EG-Kommission steht, eine Erweiterung der EG sei in nächster Zeit ausgeschlossen.

BRF [*Bundesrat Felber*] hält es für sinnvoll, dass sich die Arbeitsgruppe Eurovision¹⁰ mit der Europa-Politik auseinandersetzt, vorausgesetzt, dass dies in vernünftiger Arbeitsteilung mit dem Integrationsbüro geschieht. Als Themen zur weiteren Vertiefung eignen sich seiner Meinung nach, und «à titre d'exemple» die Institutionen (gemeint sind offenbar die staatsrechtlichen Folgen eines EG-Beitritts) und die Neutralität.

6 Zur Einschätzung der EWR-Verhandlungen durch den Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 24. Oktober 1990, dodis.ch/55184.

7 Der Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum wurde am 6. Dezember 1992 in einer Volksabstimmung mit 50,3% Nein-Stimmen abgelehnt.

8 Diese Aussage widerspricht der Position, welche der Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, und der Vorsteher des EVD, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, in einer Notiz an den Bundesrat vertreten hatten, vgl. DDS 1990, Dok. 23, dodis.ch/55262.

9 Zu den EWR-Verhandlungen vgl. DDS 1990, Dok. 52, dodis.ch/55288; dodis.ch/54664 und dodis.ch/55507.

10 Zur Arbeitsgruppe Eurovision und ihren Aufgaben vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1808.

Aufschlussreich für die Europa-Einstellung des EDA-Vorstehers ist die Art und Weise, wie er sich mit gewissen Argumenten von Gegnern des EG-Beitritts auseinandersetzt:

- Ein EG-Beitritt wird den inneren Zusammenhalt der Schweiz entgegen oft gehörten Behauptungen nicht schwächen, sondern, im Gegenteil, stärken (eine Überlegung, die wir teilen).
- Die Schweiz ist mit ihren spezifischen demokratischen Traditionen und Einrichtungen nicht «demokratischer» als andere europäische Staaten. Besonderheiten in der Ausgestaltung der demokratischen Rechte machen einen Staat noch nicht zu einem Sonderfall.
- Blickt man über die Grenzen, so wird man rasch feststellen, dass Deutsche, Franzosen und Italiener trotz EG-Angehörigkeit nicht weniger «glücklich» leben als die Schweizer.

Meines Erachtens lohnt es sich, über das Ergebnis dieser Aussprache sowie über das weitere Vorgehen innerhalb der Eurovision-Gruppe zu diskutieren. Als Termin für die nächste Sitzung schlage ich den *Mittwoch, den 7. November 1990, um 17:00 (W 216)* vor.

43

dodis.ch/56427

Notiz des politischen Sekretariats des EDA¹

VEREINIGUNG DER BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN

Bern, 29. Oktober 1990

Zeitlicher Ablauf

Trotz aller Schwierigkeiten war am 30. August der Einigungsvertrag, d. h. der Vertrag über die Beitrittsbedingungen zustande gekommen, der in der Folge auch die parlamentarischen Hürden in der Bundesrepublik und in der DDR überwand. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 perfekt. Die DDR hat den Beitritt der neu geschaffenen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 vollzogen.

Vorgängig wurden im Moskau die 2+4 Gespräche am 12. September abgeschlossen.² Am 1./2. Oktober haben die KSZE-Aussenminister in New York über die deutsche Vereinigung beraten³ und einen Tag später ist sie bereits in Kraft getreten.

1 CH-BAR#E2010-01A#1996/396#846* (B.58.73). Diese Notiz wurde vom *stv. Chef des Politischen Sekretariats des EDA, Josef Aregger*, verfasst. Die Notiz wurde – ohne die beiden letzten Kapitel – den *Dossiers zur Vorbereitung des Besuchs von DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière in Bern vom 10. September 1990*, vgl. *DDS 1990, Dok. 35*, dodis.ch/55552, sowie des *Besuchs des Direktors der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, in Bonn vom 11. Oktober 1990*, vgl. dodis.ch/49568, beigelegt. Für die *Einschätzung des schweizerischen Botschafters in Bonn, Alfred Hohl, zur Wiedervereinigung Deutschlands*, vgl. *DDS 1990, Dok. 44*, dodis.ch/56631. Für weitere *Einschätzungen und Kommentare* vgl. die *thematische Zusammenstellung Deutsche Wiedervereinigung*, dodis.ch/T1675.

2 Vgl. den *Politischen Bericht Nr. 53 von Botschafter Hohl vom 21. September 1990*, dodis.ch/57088.

3 Vgl. den *Wochentelex 41/90 vom 8. Oktober 1990*, dodis.ch/55168, Punkt 2 (*rapides*).

Am 14. Oktober wurden in den neuen Bundesländern die Landtage gewählt, am 19. November wird in Paris der KSZE-Gipfel⁴ tagen und die deutsche Vereinigung absegnen, und am 2. Dezember werden die ersten gesamtdeutschen Wahlen stattfinden.⁵

Bedeutung der Vereinigung für Deutschland

Die Bundesrepublik hat mit der Vereinigung vom 3. Oktober 1990 ihre aussen- und deutschlandpolitischen *Hauptziele erreicht*. Erstens erlangte sie die *Einheit Deutschlands in Freiheit* gemäss Präambel des Grundgesetzes. Zweitens erreichte sie zusammen mit der DDR in den 2+4 Gesprächen die *Wiederherstellung der vollen Souveränität* Deutschlands. Und drittens erfolgte all dies in *Übereinstimmung mit der deutschen Europapolitik*, die darauf abzielt, Deutschland in ein vereintes Europa zu integrieren. Es ist kein Bruch mit der bisherigen Europapolitik der Bundesrepublik zu erkennen.

Die Vereinigung wird innenpolitisch, wirtschaftlich und auf sozialem Gebiet viele Probleme aufwerfen. Soziale Spannungen und wirtschaftliche Probleme werden nicht ausbleiben. Das Gefälle zwischen der Bundesrepublik und dem Gebiet der Ehemaligen DDR ist zu gross, als dass die Schwierigkeiten über Nacht bewältigt werden könnten.

Auswirkungen auf die übrigen EG-Staaten sind zu erwarten. Die Disponibilität der Deutschen im Europa der EG wird aufgrund ihrer Inanspruchnahme durch innerdeutsche Probleme reduziert werden, wobei dies allerdings an der grundlegenden Ausrichtung der Politik unseres Erachtens nichts ändern wird.

Bedeutung für Europa und die Welt

Deutschland ist nach 45 Jahren als *gleichberechtigtes Mitglied in die Völkergemeinschaft* zurückgekehrt. Erstmals in der Geschichte haben wir es mit einem demokratischen Deutschland zu tun, das über eine im demokratischen parlamentarischen Spiel erprobte Verfassung verfügt.

Es gibt genügend Anlass, der zur Annahme berechtigt, dass dieses neue Deutschland eine Politik der Mässigung und Verantwortung führen wird. Trotz der grossen wirtschaftlichen Bedeutung wird Deutschland *keine Grossmacht sein, sondern Mittelmacht* bleiben. Es verpflichtet sich, weiterhin auf ABC-Waffen zu verzichten und die Streitkräfte auf 370 000 Mann zu beschränken (Bundesrepublik hatte bisher allein 495 000 Mann).

Wenn die bisherige Politik weiterfolgt wird, können wir damit rechnen, dass Deutschland auch künftig an der Überwindung des Nationalstaates arbeiten wird und dass die Preisgabe nationaler Souveränität an supranationale Institutionen (sprich EG) fortschreitet. Dies will nicht heissen, dass Deutschland nicht mit *neuem Selbstbewusstsein* und entsprechendem Ton, seine Interessen mit Nachdruck wahrnehmen wird.

Im sicherheitspolitischen Bereich bleibt Deutschland *in der NATO eingebunden* und wird sich im übrigen für den Ausbau der gemeinsamen Sicherheit in Europa (WEU und KSZE) und in der Welt (kollektives Sicherheitssystem der UNO) einsetzen.

Deutsche Soldaten werden kaum als nationale Soldaten globale Verantwortung in irgendeinem Krisengebiet übernehmen, aber denkbar ist, dass sie im Rahmen der UNO, der EG oder im Rahmen der NATO – also multilateral eingebunden – vermehrt in neuen Gebieten und Aufgaben aktiv sein werden.

4 Vgl. DDS 1990, Dok. 50, dodis.ch/54685 und Dok. 51, dodis.ch/54683.

5 Für eine Einschätzung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen durch Botschafter Hohl vgl. den Politischen Bericht Nr. 72 vom 5. Dezember 1990, dodis.ch/57087.

*Bedeutung für die Schweiz*⁶

Wir haben erstmals an unserer nördlichen Grenze ein Gesamtdeutschland, das den gleichen demokratischen liberalen Werten verpflichtet ist wie unser Land. Andererseits ist es ein Deutschland, das europaweit Verantwortungen hat und Politiken verfolgt, die ihm nicht ohne weiteres erlauben, auf unsere partikularen Interessen im gleichen Masse einzutreten, wie dies in den letzten Jahrzehnten für die Bundesrepublik der Fall war.

Wir haben also einerseits eine neue Chance, einen potenten und *in der Grundphilosophie uns verbundenen Nachbarn* zu haben. Andererseits führt dieser Nachbar eine übergeordnete Aussenpolitik, die seinen Spielraum zur speziellen Gestaltung der deutsch-schweizerischen Beziehungen eher etwas einschränkt. *Die deutsche Politik gegenüber der Schweiz wird noch vermehrt durch in der EG und anderen Institutionen eingenommene Positionen vorbestimmt sein.* Die Schweiz hat darum allen Anlass, die schon heute sehr guten Beziehungen künftig noch vermehrt zu pflegen.

*Reaktionen in der Welt und in der Schweiz*⁷

Bei aller verbalen Unterstützung des Wunsches der Deutschen in einem Staat zu leben, hatten weder die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik noch die östlichen Partner der DDR in den letzten 40 Jahren auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gezielt hingearbeitet. Es glaubte darum niemand so recht an die Realisierbarkeit des im Grundgesetz der Bundesrepublik niedergelegten Staatsziels, die Einheit in Freiheit zu vollenden.

Die Reaktionen in der Staatenwelt waren denn auch nicht überschwänglich und einige Staaten waren eher zögerlich, als es darum ging, offen für das einzutreten, was eigentlich nur die Wiederherstellung der Normalität war. Diese Haltung hatte ihren Grund. Europa hat trotz der deutschen Teilung und viele würden sagen wegen der Teilung des Kontinents und Deutschlands eine 40-jährige Periode der Stabilität, – wenn auch prekären Stabilität – und des Friedens erlebt. Trotzdem, am Ende gab es keine ablehnende Reaktion. Doch hielten sich auch die Begeisterungstürme in Grenzen. Auch in unserem Land war die Öffentlichkeit in ihren Gefühlen gespalten.⁸ Deutschland ist für die Schweiz der wichtigste Partner, mit welchem sie ausgezeichnete Beziehungen unterhält.⁹ Gleichzeitig fühlt sich ein kleines Land gegenüber einem grossen Nachbarn immer etwas unsicher, ein Gefühl das sich verstärkt, wenn dieser Nachbar noch grösser wird.¹⁰

Perspektiven

Wirtschaftlich:

Deutschland steht vor einer gewaltigen Aufgabe. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die Wirtschaft in den fünf neuen Bundesländern nach marktwirtschaftlichen Prinzipien in Gang zu bringen.

Dafür sind Transferzahlungen von West nach Ost von im laufenden Jahr 50 Mrd DM und im kommenden Jahr von 70–75 Mrd DM zu erwarten. Nach der Gemeinschaftsdiagnose der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institute werden die Defizite des öffentlichen Sektors

6 Zu den Folgen der deutschen Wiedervereinigung für die Schweiz vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1774.

7 Vgl. die thematische Zusammenstellung Internationale Perzeptionen der deutschen Wiedervereinigung (1989–1990), dodis.ch/T1443 und für die Reaktionen der Schweiz vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1739.

8 Vgl. dazu das Interview des Magazins Brückenbauer mit dem Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, vom 3. Oktober 1990, dodis.ch/56598 bzw. dodis.ch/56433.

9 Dies galt insbesondere für die Wirtschaftsbeziehungen, vgl. dodis.ch/56434.

10 Vgl. DDS 1990, Dok. 44, dodis.ch/56631.

1990 70 und 1991 90 Mrd DM betragen und der Nettokreditbedarf der Gebietskörperschaften wird sich auf 100 Mrd DM 1990 und 120 Mrd DM 1991 belaufen. Falls die rechtspolitischen Entscheidungen (Verkauf von volkseigenen Betrieben, Rückgängigmachung von Enteignungen) schnell und in verantwortbarer Weise erfolgen, ist ab Frühling bis Sommer 1991 mit einem Wachstumsschub in der ehemaligen DDR zu rechnen. Eine grosse Unbekannte bleibt jedoch die Auswirkungen der weltweit sich abschwächenden Konjunktur. Die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft wird davon nicht unberührt bleiben. Insgesamt wird ein Wachstum für Gesamtdeutschland von 1,5% erwartet.

Aussenpolitisch:

Mit der deutschen Einheit und mit den deutschen politischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber ost- und mitteleuropäischen Staaten wird sich auch das Epizentrum der westeuropäischen Politik, d. h. der Politik der EG und ihrer Mitgliedstaaten etwas nach Osten verlegen. Angesichts der grossen Herausforderungen und Aufgaben, die sich in diesen Gebieten stellen, ist diese Entwicklung insgesamt zu begrüssen. Die Stabilität und der Frieden in Europa werden nämlich davon abhängen, ob es gelingt, den Übergang dieser Länder zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Systemen zu bewerkstelligen. Deutschland wird einen wesentlichen Beitrag zum Umbau dieser Volkswirtschaften zu leisten haben, aber der Erfolg wird weitgehend von einem genügenden Mitmachen der übrigen westeuropäischen Staaten abhängen.¹¹

¹¹ Zum Engagement der Schweiz in Osteuropa vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158; Dok. 33, dodis.ch/55680; Dok. 54, dodis.ch/55850 und Dok. 58, dodis.ch/55430 sowie die thematische Zusammenstellung Hilfe für die Länder Osteuropas, dodis.ch/T1676.

dodis.ch/56631

Artikel des schweizerischen Botschafters in Bonn, Hohl, für die EDA-Zeitschrift «Die Schweiz und die Welt»¹

EINE WÜRDIGE UND DISZIPLINIERTER REVOLUTION. DAS VEREINIGTE
DEUTSCHLAND VERDIEN T VERTRAUEN

Bern, November 1990

Für die einen gibt es nichts Natürlicheres als die Wiedervereinigung Deutschlands. Andere zögern noch mit ihrer Meinung und warten ab. Sie können aber nicht verhindern, dass bei unserem Nachbar am vergangenen 2. Oktober eine neue Ära eingesetzt hat.² Für uns Schweizer wäre zum heutigen Zeitpunkt Angst vor der grösseren Macht im Norden fehl am Platz.³

Die deutsche Wiedervereinigung ist im Grunde genommen ein völlig natürlicher, unter anderem auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland antizipierter Vorgang. Sie überraschte dann doch, als sie mit der unerbittlichen Wucht eines durch revolutionäre Vorgänge beschleunigten Geschichtsprozesses im bekannten Tempo über die Bühne ging. Nicht zuletzt traf der Vorgang die Deutschen hüben und drüben anfangs völlig unvorbereitet.

Man führe aber diese Überlegung nicht ad absurdum, das heisst bis zur Behauptung, die Deutschen hätten die Zusammenführung der Ost- und Westmarken ihres Landes gar nicht gewollt. Zugegeben, einige Deutsche zögerten und zögern mit einem klaren «Ja» zur Wiedervereinigung, zum neuen Deutschland. Vielen kam alles zu schnell und zu früh. Andere halten den jetzt erfolgten Machtgewinn für gefährlich. Und ein kleines Grüppchen etwas makaber «Nostalgiker» trauert dem Verlust einer nach ihrem Dafürhalten heilen Welt in der völlig rückständigen europäischen Landschaft nach, welche die DDR darstellte.⁴

- 1 CH-NB#Pq 21410. Der Artikel von Botschafter Alfred Hohl erschien in der Ausgabe 2/1990 der EDA-Zeitschrift «Die Schweiz und die Welt» vom November 1990, S. 51–52 (in der Rubrik «Ein Botschafter schreibt uns»). Eine französische Übersetzung des gesamten Artikels folgt auf den folgenden Seiten und eine Zusammenfassung auf Italienisch ist am Ende von S. 54 zu finden, vgl. das Faksimile dodis.ch/56631. Die Grundlage für den Artikel bildete eine Notiz Hohls vom 26. September 1990 mit dem Titel «Zur Wiedervereinigung Deutschlands», die für die Publikation sprachlich leicht angepasst und in die Vergangenheitsform gesetzt wurde, vgl. dodis.ch/56096. Für die Korrespondenz, die im Zusammenhang mit dem 1990 ins Leben gerufenen EDA-Magazin angefallen ist, vgl. das Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#395* (A.22.14.07.10).
- 2 Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wurde durch den Beitritt der DDR zur BRD in der Nacht auf den 3. Oktober 1990 vollzogen. Das Datum markierte fortan den Tag der Deutschen Einheit. Noch am 10. September 1990 hatte der Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, der Schweiz einen offiziellen Arbeitsbesuch abgestattet, vgl. dazu DDS 1990, Dok. 35, dodis.ch/55552.
- 3 Dieser Lead ist in der Notiz von Botschafter Hohl vom 26. September 1990 noch nicht enthalten und wurde redaktionell hinzugefügt, vgl. dodis.ch/56096.
- 4 Gemäss Korrespondenzen von Ende Oktober 1990 sah Botschafter Hohl auch in seinem in Berlin (DDR) akkreditierten Kollegen Botschafter Franz Birrer einen solchen «Nostalgiker». Dessen Wertung der Vorgänge in Deutschland gingen von den seinigen «derart auseinander, dass eine Doppeldarstellung, sozusagen aus West- und Ostsicht für Bern verwirrtlich wirken muss». Hohl empfahl dem Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, Birrer aufgrund seiner «tendenziösen Berichterstattung» aus Berlin abzuziehen. Zu den Berichten Birrers vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1780, zur Auseinandersetzung zwischen Birrer und Hohl vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1779.

Wohlstand hat seinen Preis

Hier ist allerdings einzuräumen, dass der harte und fordernde Alltag einer kapitalistischen Marktwirtschaft auch Schattenseiten hat, die der vom Staat völlig bevormundete bzw. «betreute» Bürger der DDR kaum kannte. Wohlstand hat indessen seinen Preis und lässt sich nicht über Nacht aus dem Boden stampfen. Im übrigen haben aber die parlamentarischen Gremien beider Teile Deutschlands die Wiedervereinigung auf Grund der mit gewaltigem Arbeitseinsatz in Rekordzeit ausgearbeiteten umfangreichen Gesetzgebung gutgeheißen. Das vereinigte Deutschland ist ein wichtiger Teil der neuen Strukturen unseres Kontinents, die sich heute – nach den von einem Erdbeben ausgelösten tektonischen Verschiebungen – allmählich klarer abzeichnen.⁵

In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober wurde in Berlin um Mitternacht die Fahne des neuen Staates hochgezogen, am dritten Oktober offiziell die Geburtsstunde des neuen Deutschlands gefeiert. Nach den Wahlen am 2. Dezember beginnt ein neues Kapitel deutscher Geschichte.

Günstige Ausgangslage

Wenn man zurückblendet, so stand die deutsche Frage anfangs keineswegs im Epizentrum des grossen, die Urfesten unseres Kontinents erschütternden Bebens. Wichtigste auslösende Faktoren waren

- der Zerfall einer Ideologie und die schwindende Anziehungskraft ihrer geistigen Väter, angefangen von Marx und Engels bis zu Lenin und Stalin.
- Parallel dazu wurden wir Zeugen des Niedergangs eines vom Marxismus-Leninismus getragenen und von dessen Interpreten ausgebauten und allmählich immer perfektionierteren Systems der Machtausübung.
- Als Instrument der Geschichte erwies sich in erster Linie Michail Gorbatschow, der die Zeichen der Zeit erkannte und auch den bereits verunsicherten ostdeutschen Satrapen, als deren Soldateska noch im Stehschritt an der Berliner Ehrentribüne vorbeidefiliierte, das berühmte Wort «wer zu spät kommt, den straft die Geschichte» ins Album schrieb.

Dabei war Gorbatschow weder ein Hellseher noch ein Prophet (mit der Zerschlagung des sowjetischen Herrschaftssystems und dem Aufbau einer Marktwirtschaft tut er sich noch heute schwer). Aber er war und ist – den Titel borge ich mir von Lermontow aus – «Ein Held unserer Zeit». Er liess – um in den Märchen-Kategorien zu bleiben – den Geist aus der Flasche. Mit anderen Worten: Er öffnete die Käfige, in welchen Geist und Wille der Völker Ost- und Mitteleuropas so lange gefangengehalten worden waren.

Am 9. November 1989 begann so auch der Abbruch der Mauer, des berühmtesten, aus Stein und Beton gefertigten Teils des eisernen Vorhangs. Die Fäuste des ostdeutschen Volkes ballten sich und von den Strassen und Plätzen ihrer Städte erhob sich der vom Freiheitsgedanken getragene Ruf «Wir sind das Volk». Den restlichen Verlauf der Geschichte kennt der Leser. Wir alle wurden Zeugen einer unblutigen Revolution.

Der unwiderstehliche Ruf der Freiheit

Erstaunlich war vielleicht höchstens, dass ausgerechnet die im Obrigkeitsdenken verwurzelten Deutschen eine Revolution ins Rollen brachten. Sie taten dies – vergessen wir das nicht – mit Würde, Disziplin und Willenskraft. Die Zielsetzung der Leute, welche die Machtsymbole der Tyrannie niederrissen, wird am besten durch das Wort «Freiheit» umschrieben. Nationalistische Töne waren kaum auszumachen. Das gilt auch heute noch, und zwar für ganz Deutschland.⁶

5 Vgl. dazu die Studie der schweizerischen Botschaft in Bonn zur Wiedervereinigung vom 15. Februar 1990, dodis.ch/56429.

6 Für die Einschätzungen Botschafter Birrers vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1780.

Angst vor einem grösseren Nachbarn im Norden wäre für uns Schweizer völlig deplaziert. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Und die Deutschen der Neunzigerjahre haben mental weder mit ihren kriegstüchtigen bzw. politisch ambitionösen Vorfahren wie Friedrich dem Grossen oder Bismarck, noch mit den von Hitler heraufbeschworenen Dämonen des Dritten Reiches etwas gemeinsam. Ihr heutiges Bekenntnis zu Europa, zur Versöhnung mit Frankreich und Polen, zur Freundschaft mit allen Europäern und zu weltoffener Gesinnung in allen wichtigen Belangen ist ernst zu nehmen.

Misstrauen wäre kontraproduktiv

Wir sollten unseren Nachbarn das Misstrauen ersparen, das ihnen da und dort immer noch entgegenschlägt.⁷ Es könnte kontraproduktive Wirkungen zeitigen. Wenn jemand gute Absichten hegt und man ihm unbeirrt immer wieder schlechte unterstellt, so riskiert bei ihm am Ende die Frage aufzukommen, was ihm sein Wohlverhalten letztlich einbringt. Das wäre fatal. Und dazu darf es nicht kommen. Diesbezüglich sind wir mit in die Verantwortung einbezogen.

Am 2. Oktober hatten wir Schweizer somit Anlass, uns mit den Deutschen über die Erfüllung des durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland artikulierten Staatsziels der Wiedervereinigung zu freuen.⁸

Die Geschichte brachte den nördlichen Nachbarn und uns allen am 2. Oktober einen historischen Tag, dem – wie wir alle hoffen – ein neues, nicht minder wichtiges, europäisches Kapitel folgen wird: Die Zeit des grossen Brückenschlags, der den ganzen alten Kontinent erfasst, in dem auch wir Schweizer zu gegebener Zeit einen angemessenen Platz finden werden.

7 Vgl. dazu das Interview des Magazins *Brückenbauer* mit dem Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, vom 3. Oktober 1990, dodis.ch/56598 bzw. dodis.ch/56433.

8 Für das Gratulationsschreiben des Bundesrats vgl. das BR-Prot. Nr. 2088 vom 1. Oktober 1990, dodis.ch/55347. Für eine Analyse des Politischen Sekretariats des EDA zur Wiedervereinigung der deutschen Staaten vgl. DDS 1990, Dok. 43, dodis.ch/56427.

dodis.ch/54975

Proposition du DFAE et du DMF au Conseil fédéral¹

EXPORTATIONS DE MATÉRIEL DE GUERRE VERS LA TURQUIE

Berne, 5 novembre 1990

Conformément à la décision du Conseil fédéral du 24 octobre 1990,² les représentants des services concernés du DFAE, du DFJP et du DMF se sont réunis, afin de préciser la motivation de la décision du Conseil fédéral de ne pas interdire les exportations de matériel de guerre vers la Turquie.

A.

L'art. 11 al. 2 lit. a³ pose le principe qu'aucune autorisation d'exporter ne sera délivrée, notamment, à destination de territoires (Gebiete) dans lesquels règnent des tensions dangereuses. Ainsi que le relevait le professeur Walter Kälin dans son avis de droit du 7 mars 1989,⁴ élaboré sur mandat de la Commission de gestion du Conseil national,⁵ l'expression «tensions dangereuses» constitue une notion juridique non définie. Le prof. Kälin dit à ce sujet ceci (page 25): «Der Inhalt unbestimmter Rechtsbegriffe lässt sich mit den Methoden juristischer Auslegung nicht präzise aufdecken, sondern er muss innerhalb der Grenzen des Begriffs wertend festgelegt werden.»

S'agissant du pouvoir d'appréciation dont jouit le Conseil fédéral dans l'application de cette notion, le prof. Kälin s'exprime par ailleurs comme suit (page 28): «Im Fall des Begriffes <gefährliche Spannung> ist dem Bundesrat zuzugestehen, dass sich das Kriterium der Gefährlichkeit nicht qualifizieren lässt und ihm in diesem Bereich ein grosser Beurteilungsspielraum zukommt. Soweit Kriterien, wie z. B. jenes der geographischen Nähe zu Kriegsgebieten, für die Beurteilung auf der Hand liegen, müssen sie aber beigezogen werden. Dies bedeutet nicht, dass sie mechanisch Anwendung finden. Das Gebot der rechtsgleichen Behandlung der Gesuchsteller verlangt aber, dass dieses Kriterium, wenn es im einen Fall Anwendung gefunden hat, im anderen Fall nur dann vernachlässigt werden darf, wenn dafür sachliche Gründe sprechen.»

Dans le cas particulier, la question de l'existence d'éventuelles tensions dangereuses ne se pose qu'en relation avec la situation régnant dans le sud-est de la Turquie. (Lors de sa séance du 24 octobre dernier, le Conseil fédéral est arrivé à la conclusion que l'invasion du Koweït par l'Irak n'avait pas provoqué, entre ce dernier et la Turquie, de tensions dangereuses au sens de l'art. 11 LMG.) Jusqu'à maintenant, le Conseil fédéral a toujours affirmé que la situation

1 CH-BAR#E1004.1#1000/9#1002* (4.10prov.). Cette proposition du DFAE et du DMF du 5 novembre 1990 est signée par le Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, et le Chef du DMF, le Conseiller fédéral Kaspar Villiger. Elle est adoptée par le Conseil fédéral lors de la séance du 14 novembre, cf. le PVCF N° 2372, facsimilé dodis.ch/54975. Auparavant, la question avait été débattue lors de la 33^{ème} séance du Conseil fédéral du 24 octobre 1990, cf. le PVCF de décision II du 29 octobre 1990, dodis.ch/54938.

2 Cf. le PVCF de décision II de la 33^{ème} séance du Conseil fédéral du 24 octobre 1990, dodis.ch/54938.

3 Loi fédérale sur le matériel de guerre du 30 juin 1972, RO, 1973, pp. 107–113.

4 Cf. dodis.ch/56947.

5 Sur l'inspection de la Commission de gestion du Conseil national concernant les exportations de matériel de guerre, cf. dodis.ch/56237.

prévalant dans le sud-est du pays ne devait pas être considérée comme génératrice de tensions dangereuses au sens de la loi (cf. les interventions parlementaires mentionnées dans la note de discussion du DMF du 6.9.90)⁶. Bien que cette situation soit préoccupante, ainsi que le relève le DFAE dans son co-rapport,⁷ on peut motiver la décision du Conseil fédéral par le fait que la situation n'est pas si grave que l'on doive parler de «tensions dangereuses».

On peut cependant se demander si la Turquie elle-même n'a pas implicitement reconnu l'existence de tensions dangereuses, en décidant de suspendre certaines des garanties consacrées par la Convention européenne des droits de l'homme. Compte tenu de l'amélioration que l'on observe par ailleurs, la question ne doit pas nécessairement être tranchée par l'affirmative. Il faut en effet relever que cette décision de la Turquie – qui a par définition un caractère provisoire – s'inscrit dans un mécanisme lui-même prévu par la Convention. La Turquie reste par ailleurs membre du Conseil de l'Europe, et la question de son exclusion, ainsi que certains États-membres l'avaient envisagé en 1983⁸ avant le retour au pouvoir d'un gouvernement civil, n'est pas à l'ordre du jour actuellement. Enfin, la suspension par la Turquie de certaines des garanties reconnues par la Convention européenne des droits de l'homme est sans effet sur les obligations que la Turquie assume en vertu de la Convention européenne pour la prévention de la torture.

B.

L'art. 11 al. 2 lit. b dispose qu'aucune autorisation d'exporter ne sera délivrée «s'il appert que des livraisons de matériel de guerre à un pays donné risquent de compromettre les efforts de la Confédération dans le domaine des relations internationales, notamment en ce qui concerne le respect de la dignité humaine (...)». Sur le sens de cette disposition, le prof. Kälin s'exprime comme suit (page 43): «Die Entstehungsgeschichte der Bestimmung zeigt deutlich, dass die Räte es abgelehnt haben, die Kriterien von lit. b in dem Sinn zu verstehen, dass generell die Ausfuhr von Kriegsmaterial in Länder zu verweigern sei, in welchen in irgendeiner Weise die Menschenwürde missachtet wird (...). Konzeptionell ruht lit. b auf dem Gedanken, dass Waffenlieferungen dort verweigert werden sollen, wo sie mit aussenpolitischen Bestrebungen der Schweiz kollidieren, d. h. den Zielen widersprechen, welche unser Land namentlich mit seiner Menschenrechtspolitik verfolgt.»

Ainsi que le DFAE l'expose en détails dans son co-rapport, la situation dans le sud-est de la Turquie, sur le plan des droits de l'homme, est actuellement tout sauf satisfaisante.⁹ Dans le cadre de la motivation de la décision du Conseil fédéral, il est cependant possible d'argumenter en disant que, malgré cette aggravation régionale, la situation globale des droits de l'homme s'est, de manière générale, améliorée en Turquie.

C.

Il est en outre important de relever, bien que cet argument ne soit pas à lui seul décisif, que le matériel de guerre dont il est question ici¹⁰ est par nature impropre à être engagé dans le sud-est du pays et ne l'a pas été jusqu'à aujourd'hui. Les services de renseignement du DMF l'ont confirmé. Par lettre du 25 octobre 1990,¹¹ *Oerlikon-Bührle* a par ailleurs déclaré qu'ils retireraient la

6 Cf. le facsimilé dodis.ch/54975, annexe 2.

7 Cf. le facsimilé dodis.ch/54975, annexe 5.

8 Cf. le facsimilé dodis.ch/54975, annexe 3.

9 Cf. le facsimilé dodis.ch/54975, annexe 4 et annexe 5, points 1 et 2.

10 Pour plus de détails sur le matériel de guerre en question, cf. le télégramme de l'Ambassade de Suisse à Ankara à la Division politique II du DFAE, dodis.ch/54974 et le facsimilé dodis.ch/54975, annexe 2.

11 Cf. dodis.ch/56945.

demande portant sur 20 canons de 25 mm destinés à des véhicules blindés d'accompagnement. (Ces canons seront livrés à partir d'une filiale que l'entreprise possède à l'étranger.)

Si, contre toute attente, les autorités turques devaient utiliser pour la répression de la minorité kurde¹² du matériel de guerre qui leur a été livré depuis la Suisse, alors il conviendrait de refuser aussitôt toute nouvelle autorisation d'exportation.

12 *Sur la répression de la minorité kurde en Turquie, cf. la notice de la Division politique I du DFAE de juillet 1990, dodis.ch/56691.*

46

dodis.ch/56282

Discours du Président de la Confédération Koller à la deuxième Conférence mondiale sur le climat à Genève le 6 novembre 1990¹

OUVERTURE DE LA DEUXIÈME CONFÉRENCE MONDIALE SUR LE CLIMAT

Genève, 6 novembre 1990

C'est un privilège pour la Suisse que de pouvoir aujourd'hui souhaiter la bienvenue ici, à Genève, à vous tous qui êtes venus pour participer à la deuxième Conférence mondiale sur le climat. Et c'est un privilège pour moi que de pouvoir vous adresser quelques mots sur un thème qui, de toute évidence préoccupe l'humanité tout entière.

Au moment où l'impact des activités humaines sur la planète se révèle d'une ampleur sans précédent, nous prenons conscience qu'elle est un système unique et fini, et que sa capacité à maintenir la vie qui s'y est installée dépend de subtils équilibres naturels.

1 CH-BAR#E2210.7-05#2000/278#414* (313.5). Ce discours fait l'objet d'une rédaction à plusieurs entre la Division des affaires internationales de l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage du DFI, la Mission permanente de la Suisse près les organisations internationales à Genève et le collaborateur personnel du Président de la Confédération Arnold Koller, Raymond Loretan. La deuxième Conférence mondiale sur le climat a lieu à Genève du 29 octobre au 7 novembre 1990. Elle est organisée par l'Organisation météorologique mondiale (OMM), le Programme des Nations Unies pour l'environnement (PNUE), l'Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture (UNESCO) et sa Commission océanographique intergouvernementale (COI), l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (FAO) et par le Conseil international des unions scientifiques. Auparavant se sont réunis quelque 700 expertes et experts pour une conférence scientifique internationale du 29 octobre au 3 novembre. À la fin de la conférence, les 6 et 7 novembre, a également lieu une réunion politique avec plusieurs représentantes et représentants des gouvernements, cf. dodis.ch/56286. Le Président de la Confédération Koller est invité par le Secrétaire général de l'OMM, Godwin Olu Patrick Obasi, et le Directeur exécutif du PNUE, Mostafa Kamal Tolba, à prononcer la première allocution lors de la partie ministérielle de la conférence le 6 novembre, directement à la suite du discours d'ouverture du Secrétaire général de l'OMM. Pour le programme des séances ministérielles du 6 et 7 novembre 1990, cf. dodis.ch/56766.

Nous nous rendons compte également – et la communauté scientifique internationale réunie ici la semaine dernière l'a rappelé² – de notre profonde ignorance des processus et mécanismes complexes qui régissent notre climat et le phénomène vivant.

Aujourd'hui, il s'agit donc, d'abord, de mieux comprendre ces mécanismes, notamment en étudiant les processus en cause et en analysant les atteintes qui pèsent sur le système et sur sa capacité de charge. De telles études et analyses réclament une coopération interdisciplinaire et c'est dans cette voie que les programmes scientifiques nationaux, régionaux et internationaux devront s'orienter à l'avenir.

Ensuite, il s'agit, cette fois au niveau décisionnel, d'intervenir résolument et dans une perspective globale afin d'enrayer les multiples pollutions qui perturbent les équilibres naturels, et de mettre un terme au sacage des ressources naturelles en vue de les préserver pour les générations futures.

Il s'agit enfin, malgré les intérêts parfois divergents et les situations particulières, de jeter les bases d'une nouvelle solidarité internationale, seule capable d'assurer à long terme la recherche de solutions efficaces aux problèmes écologiques globaux.

Ce n'est pas la première fois, il est vrai, que nous traitons d'un problème environnemental à l'échelle de la planète. La conférence sur la protection de la couche d'ozone, qui s'est tenue à Londres en juin dernier, a déjà illustré notre volonté de mettre en œuvre des mesures concrètes pour répondre à une menace de portée mondiale.³ Mais le problème de la couche d'ozone, pour grave qu'il soit, se laisse encore circonscrire assez aisément.

Le problème du changement climatique, que les hommes de science, auxquels je rends ici hommage, ont identifié depuis longtemps, est en effet d'une toute autre portée.⁴ Certes, les technologies modernes peuvent et doivent fournir des solutions. Mais les racines du mal sont dans notre comportement même, dans notre vision dominatrice du monde et de la nature, et c'est pourquoi l'avènement de solutions véritables passe obligatoirement par un changement radical de nos sociétés, qui devront apprendre à tenir compte des réalités d'un monde fini et des lois incontournables de la nature. C'est donc tout notre développement qu'il s'agit en somme de redéfinir, et cette conférence, de même que la Déclaration que nous adopterons à l'issue de ces discussions, constituent un premier pas décisif dans ce sens.⁵

Ce pas devra être franchi en se fondant sur trois principes: la précaution, l'équité, et la solidarité.

Monsieur le Président,⁶ je suis conscient de l'importance de l'effort à accomplir et de la portée des enjeux.

Nous avons déjà eu l'occasion de nous exprimer à maintes reprises sur la nécessité de disposer des données scientifiques les plus complètes et les plus précises possible afin d'être à même de prendre des décisions rationnelles et responsables dans le domaine du changement climatique.

2 Pour la déclaration qui est adoptée dans le cadre de la partie scientifique de la conférence, cf. dodis.ch/56286, annexe 1.

3 En 1985, à Vienne, un accord-cadre sur la protection de la couche d'ozone est adopté. À la suite de cela, en septembre 1987, le Protocole de Montréal relatif aux substances qui appauvrissent la couche d'ozone est signé par 198 États. Le Protocole entre en vigueur en 1989. Sur la mise en œuvre du Protocole de Montréal en Suisse, cf. dodis.ch/55664. Lors d'une conférence successive, à Londres en juin 1990, des modifications sont apportées au Protocole, notamment sur des nouvelles mesures de financement pour le soutien de la mise en œuvre du Protocole en faveur des pays en développement, cf. dodis.ch/56494 et dodis.ch/56495.

4 Cf. à ce propos la notice de la Direction des organisations internationales du DFAE intitulée Die Schweiz und das Klimaproblem de septembre 1990, dodis.ch/57223.

5 Pour la déclaration ministérielle, cf. dodis.ch/56286, annexe 3.

6 Le Secrétaire général Obasi.



Les Ministres de l'environnement de la CE et de l'AELE débattent le 5 novembre 1990 à Genève à propos d'une position commune lors de l'imminente deuxième Conférence mondiale sur le climat, dodis.ch/57300 (CH-SNM LM-179328.8).

Nous avons confié au Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat (IPCC) le soin de nous fournir ces données.⁷

Les hommes de science qui ont participé à cet effort nous ont convaincus que, malgré la complexité des problèmes et les incertitudes qui subsistent, nous en savons aujourd'hui suffisamment pour ne pas reporter l'adoption d'engagements précis et concrets dans les domaines d'action qui nous semblent prioritaires.

Ainsi, il incombe tout d'abord aux pays industrialisés qui, faut-il encore le souligner, sont les principaux responsables des pollutions de tous ordres, de réduire leurs émissions de gaz à effet de serre, et en particulier de gaz carbonique.

À cet égard, il nous semble d'ailleurs de la plus haute importance que tous les pays industrialisés participent à cet effort dans un esprit de solidarité et que les plus gros émetteurs s'engagent à des réductions qui soient à la mesure de leurs émissions.

La Suisse est déterminée à prendre ses responsabilités et mettra en œuvre les mesures qui s'imposent, notamment pour réduire ses émissions de gaz carbonique. Elle s'est fixé pour objectif minimal de stabiliser ces émissions d'ici à l'an 2000 au niveau de 1990, et accordera à cette fin la priorité à des mesures d'économies d'énergie et d'accroissement de l'efficacité sur le plan énergétique.⁸

⁷ *Le premier rapport de l'IPCC, intitulé IPCC First Assessment Report, est publié en août 1990.*

⁸ *Pour un aperçu des mesures prévues en Suisse, cf. le PVCF N° 2287 du 30 octobre 1990, dodis.ch/56284.*

De plus, le Conseil fédéral a l'intention d'introduire une taxe sur les émissions de gaz carbonique, ce qui devrait contribuer de manière non négligeable à stabiliser la consommation des combustibles et carburants fossiles.⁹

Nos experts étudient en ce moment la faisabilité et les coûts d'une réduction des émissions de gaz carbonique de 20% d'ici à l'année 2005 et de 50% d'ici à 2025. Une fois qu'il aura pris connaissance des résultats de ces études, qui sont attendus pour l'été 1991, le Conseil fédéral arrêtera un plan d'action destiné à renforcer les mesures de réduction déjà prises.¹⁰

Monsieur le Président, bien que la réduction des émissions de gaz carbonique et d'autres gaz à effet de serre soit à nos yeux une mesure d'une importance capitale, elle ne suffira pourtant pas à résoudre à elle seule le problème du réchauffement du globe.

Les pays industrialisés doivent encore renforcer et élargir leur coopération avec les pays en développement. Il s'agit de soutenir leurs efforts dans la lutte contre la pauvreté, la malnutrition et tous les autres facteurs qui sont à l'origine de multiples atteintes à leur base écologique. Il importe à cet égard de mettre à disposition des pays en développement des ressources financières additionnelles afin qu'ils puissent, eux aussi, assumer leur responsabilité en participant à l'effort global qui sera accompli en vue d'enrayer le réchauffement de la planète.¹¹

Cet effort implique, notamment, l'utilisation efficace des ressources naturelles et énergétiques et la gestion durable des forêts tropicales. À cette fin, nous, pays industrialisés, nous devons promouvoir le transfert vers les pays en développement et les pays d'Europe de l'Est des technologies les plus efficaces, afin que ces pays assurent leur développement économique tout en maîtrisant leurs émissions de gaz à effet de serre.¹²

Des impulsions nouvelles et essentielles à cette coopération seront apportées par la convention sur le climat que la communauté internationale se prépare à négocier et, ce dont nous ne pouvons que nous féliciter, qu'elle est déterminée à adopter à l'occasion de la Conférence des Nations Unies de 1992 sur l'environnement et le développement.¹³

La Suisse estime essentielle la participation aussi large que possible des pays en développement dans cette négociation. Elle a l'intention de contribuer substantiellement au fonds fiduciaire que le PNUE et l'OMM créeront à cet effet, ainsi qu'au secrétariat de la négociation.¹⁴

9 *Pour les travaux préparatoires relatifs à l'introduction d'une taxe sur les émissions de gaz carbonique, cf. le PVCF N° 2286 du 31 octobre 1990, dodis.ch/56283.*

10 *L'introduction d'une taxe sur le CO₂ est retardée en raison de débats de politique intérieure. Cette taxe est examinée plus tard comme une mesure possible dans le cadre d'une loi sur la réduction des émissions de CO₂. Une procédure de consultation sur ce projet de loi a lieu en 1994, cf. le dossier CH-BAR#E3363-07# 2009/233#1609* (8.60.2). En 1997, le Conseil fédéral publie le Message sur la loi fédérale sur la réduction des émissions de CO₂, du 17 mars 1997, FF, 1997, III, pp. 410–479. La Loi fédérale sur la réduction des émissions de CO₂ (Loi CO₂) est adoptée le 8 octobre 1999 par l'Assemblée fédérale et entre en vigueur le 1^{er} mai 2000, cf. RO 2000, pp. 979–985. Une taxe sur le CO₂ est prévue dans cette loi comme mesure en cas d'échec de la réduction des émissions de CO₂ par d'autres moyens. Une introduction de cette taxe est d'abord prévue en 2004, puis réalisée en 2008.*

11 *Pour une sélection de documents sur les liens entre protection de l'environnement et développement, cf. la compilation dodis.ch/C1848.*

12 *Pour l'aide aux pays d'Europe de l'Est en matière d'environnement, cf. dodis.ch/55684.*

13 *Pour la préparation et le déroulement de la conférence, cf. la compilation thématique Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement (UNCED) à Rio de Janeiro, dodis.ch/T1726.*

14 *Pour la contribution suisse aux préparatifs de la conférence, cf. le PVCF N° 163 du 30 janvier 1991, dodis.ch/56189 et dodis.ch/55933. Pour la création du secrétariat de la conférence à Genève, cf. le PVCF N° 1329 du 27 juin 1990, dodis.ch/56142.*

Monsieur le Président, la responsabilité et la solidarité dont il nous faut aujourd'hui faire preuve pour relever le formidable défi que consititue le réchauffement planétaire devront exister à tous les niveaux – global, régional, local, mais aussi individuel.

Cela présuppose que tous les acteurs bénéficient d'une information adéquate, précise et accessible. Il est aussi impératif qu'urgent de mettre en place les moyens et les structures qui en permettront la diffusion.

La Suisse entend contribuer à cette entreprise, et étudie la création à Genève, en collaboration avec le PNUE, d'un centre international d'information. La vocation d'un tel centre sera d'assembler et de diffuser l'information relative aux changements climatiques, particulièrement à destination des pays en développement.¹⁵

D'autre part, la Suisse accorde son soutien à l'initiative qu'a prise l'Université de Genève de créer une Académie internationale de l'environnement, destinée à offrir une éducation continue aux décideurs du monde entier en matière d'environnement.¹⁶

Au niveau national, enfin, mon pays veillera à ce que les programmes scolaires et universitaires se dotent de cours consacrés aux problèmes d'environnement, et notamment à celui du réchauffement de la planète.

Je souhaiterais conclure, Monsieur le Président, en exprimant encore combien la Suisse est honorée d'avoir pu contribuer à l'organisation de cette deuxième Conférence mondiale sur le climat, et à l'ébauche de la déclaration ministérielle qui en sera l'aboutissement.¹⁷ J'aimerais vous assurer de notre volonté de poursuivre cette contribution, notamment dans le cadre de la négociation à venir.

Je voudrais encore féliciter, au nom de mon pays, le Programme des Nations Unies pour l'environnement (PNUE) et l'Organisation Météorologique mondiale (OMM) pour l'excellent travail qu'ils ont accompli jusqu'à présent et j'exprime ici le souhait que ce travail puisse aboutir à l'adoption d'une convention et de protocoles contraignants lors de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement, que le Brésil accueillera en juin 1992.

Nous sommes maintenant à moins de vingt mois de cette échéance historique où, pour la première fois, des chefs d'État du monde entier se réuniront pour mettre en œuvre ensemble un programme d'action visant à une gestion intelligente de la planète. Je forme le vœu que la présente Conférence permettra de contribuer efficacement à la réalisation de cet événement.

15 *Pour l'établissement d'un «Centre international d'information sur les changements climatiques», cf. dodis.ch/56993.*

16 *Cf. la compilation dodis.ch/C1849.*

17 *Pour l'élaboration de la déclaration ministérielle, le Conseil fédéral met à disposition, dès avril 1990, Alain Clerc en qualité de chargé d'affaires, cf. le PVCF N° 743 du 11 avril 1990, dodis.ch/55527. Pour l'attitude critique de la délégation suisse à l'égard des résultats de la conférence, cf. la déclaration de la délégation suisse, dodis.ch/56286, annexe 5. Pour la démission de Clerc après la conférence et sa candidature à la présidence du groupe de travail pour l'élaboration d'une convention pour le climat, cf. la compilation dodis.ch/C1850.*

dodis.ch/55025

Notice de la Division politique II du DFAE¹

PROCHE-ORIENT/POSITION SUISSE

Berne, 8 novembre 1990

1. Israël/Palestine

Aux yeux de la Suisse, «toute solution au Proche-Orient devra nécessairement prendre en considération deux données qui sont sur un pied d'égalité, le droit du peuple palestinien à déterminer son propre avenir ainsi que le droit d'Israël à l'existence et à la sécurité dans des frontières internationalement reconnues». Pays de dialogue, la Suisse espère que ce conflit trouvera une solution grâce à la négociation. À cet effet, le Conseil fédéral a fait part à plusieurs reprises de la disponibilité de notre pays d'accueillir, le cas échéant, une conférence internationale sur la paix au Proche-Orient.²

Fidèle au principe d'universalité de sa politique étrangère, la Suisse cherche à maintenir le contact avec toutes les parties au conflit.

La Suisse soutient financièrement le CICR dans ses activités d'assistance et de protection de la population civile dans les territoires occupés,³ l'UNRWA (la contribution de la Suisse s'élève à 9,8 millions de francs pour cette année)⁴ et l'UNIFIL (contribution suisse de 2,5 millions de francs).⁵

De plus, elle a envoyé cinq observateurs pour soutenir les activités de l'UNTSO et met un avion à disposition de cette organisation.⁶

Un engagement plus important de la Suisse dans la recherche de la paix au Moyen-Orient est difficilement concevable au vu des réalités actuelles dans cette région et de nos possibilités d'influence limitées.

2. Liban

Favorable à un règlement pacifique des différends, la Suisse condamne formellement tout usage de la force. Le Conseil fédéral a rappelé à plusieurs reprises sa disponibilité en matière de bons offices, offrant ses services pour l'organisation de rencontres entre les belligérants.⁷

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#711* (B.15.22.21(.Sd.)). Cette notice est rédigée par Christian Fotsch, responsable pour le Proche-Orient à la Division politique II de la Direction politique du DFAE. En l'occurrence, le facsimilé ici édité se trouve dans un dossier préparatoire pour le voyage du Secrétaire d'État Klaus Jacobi en Israël, en Jordanie et en Syrie du 14 au 26 novembre 1990, cf. la compilation dodis.ch/C1903.

2 Depuis le milieu des années 1970, ces observations servent de base aux prises de position suisses sur le conflit au Proche-Orient, cf. la compilation dodis.ch/C1852.

3 Cf. dodis.ch/56650.

4 Cf. le PVCF N° 783 du 25 avril 1990, dodis.ch/55775.

5 Cf. le PVCF N° 1338 du 27 juin 1990, dodis.ch/56106.

6 Cf. dodis.ch/56277; le PVCF N° 591 du 19 mars 1990, dodis.ch/54793 et la compilation dodis.ch/C1635.

7 Pour les conférences de réconciliation sur le conflit au Liban tenues à Genève du 31 octobre au 4 novembre 1983 et à Lausanne du 12 au 21 mars 1984, cf. la compilation dodis.ch/C1847.



Le Secrétaire d'État Klaus Jacobi, Directeur de la Direction politique du DFAE, en novembre à la Maison Béatrice de Watteville à Berne, dodis.ch/57301 (CH-SNM LM-179738.1).

La Suisse s'est exprimée plus d'une fois – notamment lors de la visite de M. Pierre Aubert en Syrie, en 1985⁸ – en faveur du «*respect de l'intégralité territoriale et du rétablissement de la pleine souveraineté du Liban*», ce qui suppose le retrait de toutes les troupes étrangères qui y stationnent sans l'accord du gouvernement libanais.

L'aide accordée par notre pays au Liban est financière et alimentaire, destinée avant tout aux programmes d'aide humanitaire des organisations internationales – CICR, UNRWA – et des œuvres d'entraide suisses.⁹

3. Israël

Ainsi que nous l'avons mentionné sous 1., «*le droit d'Israël à l'existence et à la sécurité dans des frontières internationalement reconnues*» est soutenu par la Suisse et devrait être pris en considération pour la recherche de toute solution au Proche-Orient.

8 Ce séjour du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Pierre Aubert, en Syrie du 10 au 13 mai 1985 fait partie d'une série de visites au Maghreb et au Moyen-Orient en mai et en septembre 1985, cf. la compilation dodis.ch/C1882.

9 Cf. dodis.ch/56848 et dodis.ch/56849.

Dans le cas du *statut de Jérusalem et des territoires occupés*, la Suisse, à l'instar de l'immense majorité des pays de la communauté internationale, a refusé de reconnaître comme juridiquement valables les lois israéliennes ayant trait au Golan et à Jérusalem (ceci en vertu du principe du droit des gens selon lequel un gain territorial obtenu par la force n'entraîne pas d'effets de droit tant qu'il n'est pas consacré par un traité de paix).¹⁰ L'Ambassade de Suisse se trouve donc à Tel-Aviv et *aucun transfert n'est envisagé*.

Le Conseil fédéral a signalé à diverses occasions au gouvernement israélien sa désapprobation face à la politique de la violence menée dans les territoires occupés, qui constitue une *violation des Conventions de Genève* – la IV^e en particulier qui concerne la protection des personnes civiles en temps de guerre. Il a notamment protesté contre la *déportation de Palestiniens* qui constitue une violation grave du droit international humanitaire.¹¹

Notre pays ne peut cependant demander l'application des résolutions des Nations Unies, n'étant pas membre de l'Organisation.¹²

4. Palestine et OLP

Avec le droit d'Israël à l'existence, le *droit du peuple palestinien à déterminer lui-même son avenir* constitue le fondement de la position suisse vis-à-vis du conflit du Proche-Orient.

Bien qu'un *dialogue* se soit instauré avec l'OLP,¹³ le Conseil fédéral n'a en rien modifié sa pratique dans ce domaine: *la Suisse ne reconnaît que des États*.

Si notre pays *ne reconnaît pas l'OLP*, il en va de même avec la *Palestine* en tant qu'État. Aux yeux des autorités suisses, tous les éléments constitutifs d'un État (population – territoire – gouvernement) ne sont pas réunis dans ce cas.

Quant à l'*adhésion de l'OLP aux quatre Conventions de Genève* de 1949, le *gouvernement suisse*, en sa qualité de dépositaire desdites conventions, *n'est pas en mesure* de déterminer si la communication que l'OLP lui a fait parvenir en juin 1989 doit être considérée comme un instrument d'adhésion au sens des Conventions de Genève, en raison de l'incertitude au sein de la communauté internationale quant à l'existence d'un État de Palestine.¹⁴

10 Cf. dodis.ch/55094.

11 Sur l'attitude suisse en matière de violation des Conventions de Genève dans les territoires occupés par Israël, cf. la compilation dodis.ch/C1881.

12 Sur l'état des relations de la Suisse avec l'ONU, cf. DDS 1990, doc. 18, dodis.ch/56127 et doc. 41, dodis.ch/56180.

13 Cf. dodis.ch/54794.

14 Sur la question de l'adhésion de l'OLP aux Conventions de Genève, cf. la compilation dodis.ch/C1723.

dodis.ch/56080

*Le Directeur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire,
l'Ambassadeur Staehelin, au Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Felber¹*

POURSUITE DU PROGRAMME DE COOPÉRATION AVEC LE RWANDA

Berne, 14 novembre 1990

Depuis le début du mois d'octobre, le Rwanda fait face à une attaque venue d'Ouganda menée par des militaires d'origine rwandaise appartenant à l'armée ougandaise (environ 3000), auxquels se sont joints des réfugiés rwandais civils (7000), regroupés au sein du Front Patriotique Rwandais (FPR).²

L'objectif de cette expédition est le renversement du gouvernement en place à Kigali et l'ouverture de négociations pour trouver une solution au problème que pose l'existence d'une importante communauté réfugiée à l'étranger depuis bientôt trente ans (principales vagues d'exil en 1959, 1963). Les réfugiés revendiquent le droit de pouvoir retourner dans leur patrie; on ignore cependant combien seraient effectivement décidés à le faire s'ils en recevaient l'autorisation.

Face à cette situation, le Président Habyarimana (H) a pris des mesures sur le plan militaire pour contenir l'attaque, et très vite aussi sur le plan diplomatique, encouragé en cela par la Belgique, la France et les pays voisins. Le but de ces efforts est d'une part la mise en place d'un cessez-le-feu, et d'autre part l'ouverture de négociations entre les parties concernées, sous forme d'une Conférence régionale visant à proposer une solution durable au problème des réfugiés rwandais.³

Notre analyse de la situation est que dans cette période troublée que traverse le Rwanda, la présence de H[*abyarimana*] à la tête de l'État constitue une garantie de stabilité et de possibilité de dialogue avec les autres parties impliquées; dès lors il convient de lui apporter notre soutien, tout en attirant son attention sur notre souhait de voir les droits de l'homme respectés et les conditions de travail pour les expatriés suisses et leurs partenaires rwandais rétablies dès que possible.

En exerçant trop de pression sur H[*abyarimana*], notamment par des conditions politiques à l'approbation de nouveaux crédits de développement, ou en lui fixant des échéances trop brèves pour trouver une solution à la crise actuelle, on risque de réduire sa marge de négociation entre d'une part les revendications des réfugiés et d'autre part les désirs d'une aile dure hutu au sein du pouvoir et de l'armée qui veut préserver ses avantages et ne supporte nullement les initiatives

1 CH-BAR#E2025A#2000/138#2351* (t.311-Rwanda). Cette notice est rédigée par le Directeur de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, l'Ambassadeur Fritz Rudolf Staehelin, pour le Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber. Elle est visée par le Chef de la Division opérationnelle Afrique, Amérique latine, Henri-Philippe Cart, Jean-François Cuénod de la Section recherche et politique et le suppléant de la Section Afrique orientale de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire, Armon Hartmann. Le Chef du DFAE prend connaissance du texte le 16 novembre 1990. Des copies sont distribuées au Chef de la Division politique II, l'Ambassadeur Pierre-Yves Simonin, à son collaborateur François Chappuis, à l'Ambassadeur de Suisse à Nairobi, Armin Kamer, au Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur Pierre-Louis Girard et à Jean-Maurice Delèze du bureau de coordination à Kigali.

2 Cf. le rapport politique N° 8 du 4 octobre 1990 de l'Ambassade de Suisse à Nairobi, dodis.ch/56664.

3 Cf. le rapport politique N° 11 du 19 novembre 1990 de l'Ambassade de Suisse à Nairobi, dodis.ch/56665.

que le Président avait prises, dès avant le début des troubles, en faveur d'une ouverture démocratique et d'un retour d'une partie des réfugiés. L'attitude de la population rwandaise a jusqu'à présent été relativement neutre; si avant le début des troubles un certain mécontentement se manifestait à l'égard du régime pour obtenir plus de démocratie et un partage plus équitable des maigres ressources du pays, l'éventualité du retour d'un nombre important de réfugiés n'est pas mieux appréciée, avec les coûts et la mise à disposition de terres que cela implique dans le pays le plus densément peuplé d'Afrique. Par ailleurs on ne sait en définitive que peu de choses sur le programme politique du FPR.

Dans ces circonstances il est nécessaire de montrer à la population rwandaise que nous faisons confiance aux autorités en place, et de laisser à celles-ci le temps nécessaire pour convaincre cette population d'accepter les solutions que recommanderait la Conférence régionale en préparation.

Nos actions de coopération ont pour but premier d'améliorer les conditions de vie de la population,⁴ il est cependant clair que toute décision de maintien ou de retrait sera interprétée de manière politique au Rwanda. À un moment où la population est doublement touchée par la crise économique et par le conflit actuel, une suspension de notre assistance pourrait contribuer à accroître les difficultés de la population et augmenter des tensions déjà très vives. La meilleure manière de montrer que nous maintenons notre confiance à H[abyarimana] est de ne pas abandonner les opérations de développement en cours, ni d'arrêter tout dialogue concernant les nouvelles actions, dans la mesure où les conditions objectives de travail sont satisfaites.

En accord avec notre Bureau de coordination (cf. télex 18 du 10.11.1990),⁵ nous prévoyons de poursuivre sur le plan suisse la procédure d'approbation de crédit pluriannuels comme initialement prévu, mais de ne conclure que des accords limités à un an avec le Gouvernement rwandais pour éviter d'être trop engagés si la situation ne se rétablit pas convenablement, et aussi pour garder un levier de pression nous permettant de rappeler au Gouvernement rwandais notre souci du respect des droits de l'homme et d'une solution durable du problème des réfugiés.⁶ Un certain nombre de projets ne peuvent cependant en l'état actuel faire l'objet d'une planification à moyen terme, et nous préparons dans ce cas une année transitoire correspondant mutatis mutandis à la reconduction du budget de l'année précédente. Cette approche nous donne plus de souplesse pour gérer la poursuite de notre programme, souplesse nécessaire étant donné la rapidité avec laquelle la situation évolue sur les plans militaire et diplomatique.

P. S.: Concernant la sécurité des ressortissants suisses (200) au Rwanda, les dispositions suivantes ont été prises. Dès le début de la crise la possibilité a été offerte à ceux qui le souhaitent de quitter le Rwanda, sans pour autant donner l'instruction d'évacuer; une quarantaine de personnes ont profité de cette facilité, essentiellement des familles et quelques experts dont les conditions de travail étaient trop perturbées. Leur départ s'est effectué en étroite collaboration avec les Belges et les Français qui organisaient des convois jusqu'à l'aéroport. Les autres ressortissants ont choisi librement de rester, et les informations qui nous parviennent quotidiennement du Rwanda indiquent qu'ils ne craignent pas pour leur sécurité. Il faut ici souligner que tant le FPR que l'armée rwandaise ont toujours précisé qu'ils ne s'en prendraient pas aux expatriés.

Notre appréciation de la situation est qu'il n'y a pas lieu de retirer maintenant les experts pour des raisons de sécurité; les plans de sécurité sont toutefois tenus en permanence à jour, ainsi

4 Sur le programme suisse de coopération au développement avec le Rwanda, cf. dodis.ch/56081. Cf. aussi DDS 1990, doc. 17, dodis.ch/56083, notes 31 et le PVCF N° 1907 du 17 septembre 1990, dodis.ch/55472.

5 Cf. dodis.ch/56533.

6 Cf. la compilation dodis.ch/C1799.

que les contacts avec les Ambassades qui disposent de moyens d'évacuation en cas de nécessité (Belgique et France).⁷

⁷ Cf. dodis.ch/56662; dodis.ch/56657 et le *télex hebdomadaire 41/90 du 8 octobre 1990*, dodis.ch/55168, point 6 (*rapides*).

49

dodis.ch/56241

Discorso del Capo del DFTCE, Consigliere federale Ogi, a Bellinzona il 15 novembre 1990¹

LA NUOVA LINEA FERROVIARIA ATTRAVERSO LE ALPI SVIZZERE

Bellinzona, 15 novembre 1990

Nella politica dei trasporti la Svizzera è chiamata ad adempiere compiti di portata notevole. Gli esistenti concetti di politica dei trasporti permettono di assolvere con successo questo mandato.

La politica dei trasporti e di transito del Consiglio federale si fonda su 4 principi, 4 progetti principali e 3 fasi.²

I 4 principi sono:

1. Libera scelta del mezzo di trasporto.
2. Priorità al promovimento del traffico pubblico.
3. Smaltimento del volume supplementare del traffico secondo le possibilità svizzere, vale a dire «à notre façon».
4. Disponibilità della Svizzera a diventare per l'Europa il paese pilota del traffico combinato ferrovia/strada.

I seguenti 4 progetti principali daranno attuazione ai 4 principi:

1. Completamento del progetto *Ferrovia + Bus 2000*, che è già in fase di attuazione.
2. Costruzione di una nuova linea ferroviaria attraverso le Alpi. Questo comprende una galleria di base attraverso il Gottardo e una attraverso il Lötschberg come pure, a titolo di soluzione transitoria, l'attuazione di un corridoio di transito ampliato per il traffico combinato ferrovia/strada. Per questa soluzione transitoria il Consiglio federale ha stanziato nell'ottobre 1989 un credito di 1,4 miliardi di franchi.³

¹ CH-BAR#E8100C#2004/126#178* (012.41). *Il discorso venne pronunciato dal capo del DFTCE, Consigliere federale Adolf Ogi, il 15 novembre 1990 alla Conferenza informativa sulla nuova linea ferroviaria attraverso le Alpi svizzere e probabilmente venne redatto in tedesco e tradotto in seguito in italiano, cf. il facsimile dodis.ch/56241.*

² *Per un elenco completo del progetto della politica dei trasporti e di transito, cf. il verbale del Consiglio federale N° 1072 del 23 maggio 1990, dodis.ch/55403 e il rapporto del DFTCE del 7 giugno 1990, dodis.ch/56244.*

³ *Cf. il Messaggio sul preventivo delle Ferrovie federali per il 1990 del 24 ottobre 1989, FF, 1989, III, pp. 1069–1201.*

3. Completamento della rete delle strade nazionali, per il quale il popolo svizzero ha nuovamente dato via libera nella votazione del 1° aprile scorso.⁴
4. Miglioramento del traffico di agglomerazione.

Questi progetti saranno realizzati progressivamente in 3 fasi.

- Entro il 1994: triplicazione delle capacità del traffico combinato ferrovia/strada sugli attuali assi di transito San Gottardo e Lötschberg/Sempione; grazie a questo provvedimento il volume delle spedizioni trasportate annualmente passerà dalle attuali 150 000 unità a 470 000 unità, un volume che le nostre strade non potrebbero mai smaltire.
- Entro l'anno 2000/2005: completamento del progetto *Ferrovia + Bus 2000* e attuazione della galleria di base attraverso il Lötschberg.
- Entro il 2010/2015: completamento della galleria di base attraverso il San Gottardo quale nucleo del concetto di transito alpino.

Occorre però stabilire le priorità. Infatti, per motivi finanziari diversi provvedimenti auspicabili non possono essere presi in considerazione.

La politica svizzera dei trasporti è però anche influenzata in maniera notevole dal contesto internazionale. Mi riferisco in particolare al processo d'integrazione europeo e ai recenti sviluppi nei paesi dell'Est.⁵

Tra la Svizzera e l'Europa esistono legami intensi. Il traffico merci attraverso le Alpi, per esempio, è aumentato tra il 1988 e il 1989 di più dell'11 per cento, raggiungendo un volume di 1,2 milioni di veicoli o di contenitori. Già oggi il tasso di sfruttamento delle nostre vie di circolazione è molto elevato.⁶ E nei prossimi anni aumenterà ancora massicciamente. Secondo le stime infatti il volume del traffico raddoppierà entro l'anno 2000.

Vogliamo mettere un freno a quest'aumento? No. Oppure vogliamo lasciarlo crescere liberamente? No. Non possiamo permetterci soluzioni estreme.

La Svizzera non può arginare il traffico rinunciando a potenziare la propria infrastruttura. Una simile strategia provocherebbe intasamenti sulle strade e saturazione delle linee ferroviarie. Da parte della Comunità europea dovremmo inoltre attenderci un'accentuazione delle pressioni miranti ad ottenere l'apertura di un corridoio stradale per autocarri da 40 tonnellate.⁷

La nostra risposta è dunque la nuova linea ferroviaria attraverso le Alpi.

Si tratta di un'opera che lascerà la sua impronta sul nostro tempo. Questo progetto richiede coraggio e disponibilità a correre dei rischi, ma sicuramente non spirito d'avventura.

La Svizzera deve essere capace di ideare delle prospettive, per sé stessa e per l'Europa. Essa deve prepararsi ad affrontare l'evoluzione del traffico europeo e non deve perdere l'occasione per ottenere un collegamento alla futura rete europea.⁸

D'altro canto dobbiamo anche offrire un'alternativa per il rifiuto di un corridoio stradale per autocarri da 40 tonnellate.⁹

4 *Il 1° aprile 1990 popolo e Cantoni respinsero quattro iniziative popolari concernenti la limitazione della rete stradale: l'Iniziativa popolare Alt al cemento – per una limitazione delle costruzioni stradali e tre iniziative dette Iniziative «Trifoglio», FF, 1990, II, pp. 774–781.*

5 *Cf. il verbale del 27 febbraio 1990 della seduta della Commissione degli affari esteri del Consiglio degli Stati del 15 febbraio 1990, dodis.ch/56114, in particolare il secondo verbale, punto 5 Actualités, p. 11.*

6 *Cf. dodis.ch/56251.*

7 *Sul problema dell'apertura stradale agli autocarri di 40 tonnellate, cf. dodis.ch/55595, dodis.ch/54780 e dodis.ch/56075.*

8 *Sulle discussioni con la CE, cf. dodis.ch/56714 e dodis.ch/56711.*

9 *Cf. dodis.ch/56075.*

Per motivi di diritto internazionale e anche di economia politica, la Svizzera non ha facoltà di decidere se tollerare o meno il traffico di transito. Dobbiamo renderci conto del fatto che l'Europa può concepire la sua politica dei trasporti senza di noi.¹⁰ Dobbiamo fare in modo che questo non succeda, offrendo soluzioni che risultino accettabili anche per noi.¹¹

Dal punto di vista ecologico, la ferrovia attraverso le Alpi rappresenta una risposta offensiva ai problemi dovuti al traffico. Le future correnti di traffico saranno canalizzate e convogliate al mezzo di trasporto più ecologico e che consuma meno energie: la ferrovia. In questo modo proteggiamo l'ambiente e compiamo il nostro dovere nei confronti dei nostri vicini, dell'Europa.¹²

A livello internazionale, il transito alpino offre alla Svizzera il margine di manovra di cui ha bisogno per mantenere la sua posizione nel campo del traffico.

Il 10 maggio 1989 il Consiglio federale ha approvato il concetto per il traffico alpino.¹³ Il relativo messaggio concernente la costruzione di una ferrovia attraverso le Alpi svizzere è stato congedato il 23 maggio 1990.¹⁴

Il messaggio prevede quanto segue:

- la costruzione di una nuova linea attraverso il San Gottardo a titolo di decisione principale;
- a titolo di decisione complementare la costruzione di una galleria di base attraverso il Lötschberg;
- la valorizzazione della linea del Sempione;
- il miglioramento delle linee d'accesso per la Svizzera orientale.

Queste opere sono ripartite regionalmente. L'insieme è concepito come un sistema modulare, poiché esistono altre possibilità di completamento delle linee d'accesso e delle infrastrutture.

Il progetto prevede di distribuire il traffico di transito su più assi, il che offre dei vantaggi di natura ambientale. Dovranno inoltre essere potenziate meno linee d'accesso e il progetto *Ferrovia + Bus 2000*, che è già in fase di attuazione, potrà essere sfruttato meglio. Il sistema è anche meno esposto a perturbazioni dell'esercizio dovute per esempio a frane e al maltempo.

Ma la nuova linea ferroviaria attraverso le Alpi svizzere tiene anche conto delle esigenze della CE. La nostra politica di transito trova quindi un inserimento funzionale nella politica dei trasporti europea. La soluzione risponde anche alle nostre esigenze, alle esigenze della Svizzera. Costruiamo in Svizzera investendo per l'Europa.¹⁵ Il San Gottardo e il Lötschberg offriranno per il trasporto merci una capacità supplementare di più di 30 milioni di tonnellate all'anno. Questo corrisponde a una capacità di 3 a 4 milioni di autocarri che non circoleranno sulle nostre strade. Un risultato notevole!

Il concetto proposto dal Consiglio federale avrà tuttavia successo soltanto se si riuscirà a convogliare il traffico alla ferrovia. A questo scopo dobbiamo quindi mantenere il limite di peso a 28 tonnellate, il divieto di circolazione notturna e la tassa sul traffico pesante.

Il nucleo del concetto è costituito dalla ristrutturazione della ferrovia del San Gottardo che sarà trasformata in una moderna ferrovia di pianura.

Nella consultazione 13 Cantoni (49 per cento della popolazione) si sono pronunciati a favore del San Gottardo e 7 Cantoni a favore del Lötschberg (38 per cento della popolazione).¹⁶

¹⁰ Cf. dodis.ch/56254.

¹¹ Sulla strategia della Svizzera che mirava a trattare le questioni dei trasporti separatamente dai negoziati dello SEE, cf. dodis.ch/56713.

¹² Sulle considerazioni ecologiche e la politica di transito europea, cf. dodis.ch/56243.

¹³ Cf. il verbale del Consiglio federale N° 805 del 10 maggio 1989, dodis.ch/57222.

¹⁴ Cf. il verbale del Consiglio federale N° 1072 del 23 maggio 1990, dodis.ch/55403.

¹⁵ Cf. dodis.ch/56117.

¹⁶ Sulla posizione dei Cantoni della Svizzera orientale, cf. dodis.ch/56145 e dodis.ch/56242.

I motivi seguenti confermano il San Gottardo quale asse principale di transito:

- collegamento nord-sud più diretto, il che riveste un'importanza di rilievo in vista del traffico futuro;
- integrazione del Cantone Ticino;
- gode di maggiori sostegni a livello nazionale ed internazionale;
- migliore risultato microeconomico;
- adempimento ottimale delle esigenze della Comunità europea e del resto dell'Europa a lungo termine;
- maggiore decongestionamento della strada.

La maglia principale del progetto è costituita dalla costruzione di una nuova linea tra Arth-Goldau e Lugano comprendente una galleria di base attraverso il San Gottardo e una attraverso il Monte Ceneri. A nord come a sud, essa si inserisce nella rete esistente e ne sfrutta ampiamente le capacità, che sono di 400 treni quotidianamente nelle due direzioni (300 treni sull'asse di Chiasso e 100 treni in direzione del Lago Maggiore via Luino). La capacità della galleria di base del San Gottardo può essere valutata a 300 treni quotidiani nelle due direzioni, mentre la tratta di montagna raggiunge 250 treni al giorno. Il transito alpino attraverso il San Gottardo ha quindi una capacità quotidiana di 55 treni. Ne risulta una riserva di 150 treni al giorno che secondo quanto esplicitamente previsto nel concetto del Consiglio federale, non viene sfruttata.

Vi saranno anche delle riduzioni dei tempi di percorrenza. La distanza Basilea-Milano via Lucerna sarà percorribile in 3 ore e 10 minuti invece delle attuali 5 ore e 17 minuti; per giungere a Zurigo, da Bellinzona si impiegherà 1 ora oppure 1 ora e 15 minuti (invece di 2 ore e 30 minuti).

Chi sarà incaricato di concepire e di attuare quest'opera di portata nazionale ed internazionale? Il messaggio ha stabilito gli organismi responsabili. Non è stata adottata un'organizzazione incentrata sull'economia mista poiché la redditività del traffico alpino può essere messa in dubbio. Una simile organizzazione sarebbe inoltre sbagliata perché il nuovo progetto costituisce una parte dell'esistente rete ferroviaria. Il resto della rete rimarrebbe di proprietà delle ferrovie. Scegliendo una soluzione di questo tipo, si avrebbe potuto sfruttare soltanto in parte l'esperienza di cui le ferrovie hanno già dato prova diverse volte. Questo potenziale va invece utilizzato.

A differenza di altri progetti come per esempio *Ferrovia + Bus 2000*, la costruzione di una linea ferroviaria attraverso le Alpi richiede una soluzione ferroviaria modificata. Sono convinto che essa ridurrà al minimo i ritardi dovuti a conflitti e a questioni di coordinamento. Risulta pertanto opportuno completare le attuali strutture delle ferrovie con un comitato di coordinamento e di controllo, nominato dal Consiglio federale e subordinato al dipartimento federale dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie. Gli attuali organi di sorveglianza della Confederazione sono quindi completati in modo giudizioso. Questo comitato garantirà però in particolare il controllo da parte delle autorità politiche durante la fase dei lavori.

Per il Consiglio federale la collaborazione con i cantoni riveste un'importanza particolare. Egli è del parere che la soluzione scelta presenti le premesse migliori per realizzare una collaborazione funzionale. I Cantoni interessati ed i servizi specializzati della Confederazione sono associati alla fase intermedia, che ha lo scopo di tenere conto tempestivamente ed in modo conveniente degli interessi regionali e tecnici.

È previsto di coprire il 25 per cento del finanziamento mediante i dazi sui carburanti. Questa percentuale corrisponde circa a 2,5 miliardi di franchi. Per il resto i mezzi saranno stanziati a rate mediante crediti. Questo stanziamento rateale si impone a causa della durata a lungo termine del progetto. L'insieme dei costi sarà stabilito in un credito globale, ma i mezzi forniti saranno liberati ratealmente da parte delle Camere federali. Una prima rata di 700 milioni di franchi è destinata alla rifinitura del progetto e ai preparativi per la fase esecutiva.

Per quanto riguarda le basi legali, gli elementi da disciplinare sono i seguenti:

- la costruzione di una nuova linea FFS con una galleria di base attraverso il San Gottardo,
- la costruzione di una nuova linea BLS con una galleria di base attraverso il Lötschberg,
- la valorizzazione della linea del Sempione e l'integrazione della Svizzera orientale.

Vi sono poi delle questioni finanziarie e procedurali.

L'attuazione del progetto richiede tre decreti federali.¹⁷

Il decreto federale concernente la costruzione della nuova ferrovia transalpina (decreto sul transito alpino) stabilisce gli obiettivi, definisce il concetto, regola le questioni procedurali, i principi di finanziamento, la vigilanza e l'entrata in vigore. Il decreto sottostà al referendum facoltativo.

Il decreto federale per l'ampliamento e la proroga della concessione alla BLS concede a quest'ultima il diritto di costruire e sfruttare una nuova linea con una galleria di base attraverso il Lötschberg. Contemporaneamente viene prorogata anche la concessione. Il decreto non sottostà al referendum.

Il decreto concernente il credito globale per la realizzazione della nuova ferrovia transalpina regola gli aspetti tecnici. Esso prevede l'assegnazione di un credito globale di 10,1 miliardi di franchi, approva lo stanziamento di un primo credito d'impegno di 700 milioni di franchi e fissa al 25 per cento la copertura delle spese mediante i dazi sui carburanti. Il decreto non sottostà al referendum.

Questi tre decreti entrano in vigore contemporaneamente e garantiscono l'unità del progetto, che è compatibile con il diritto internazionale ed europeo.¹⁸

Il Parlamento ha deferito il messaggio al Consiglio nazionale, che, in corrispondenza con l'importanza del progetto, ha istituito una commissione speciale composta da 31 membri. Quest'ultima ha messo a punto un ambizioso piano di lavoro. La Commissione del Consiglio nazionale intende presentare il progetto in seduta plenaria nella primavera 1991. Se il Consiglio degli Stati procede altrettanto rapidamente, il Parlamento potrebbe congedare il progetto alla fine del 1991 o agli inizi del 1992.

A questo punto vedremo se sarà impugnato il referendum o meno. Nel corso del 1992 o dopo la votazione popolare, a seconda degli avvenimenti, sapremo definitivamente se la ferrovia attraverso le Alpi svizzere sarà realizzata secondo il concetto proposto dal Consiglio federale o no.

Per concludere vorrei riassumere brevemente quanto detto.

Grazie alla nuova linea ferroviaria, il Ticino sarà direttamente collegato alla rete europea ad alta capacità sia per il traffico viaggiatori che per il traffico merci. Esso diventerà l'asse portante di un concetto moderno per il trasporto combinato ferrovia/strada tra il nord e il sud.

Dal punto di vista ecologico, il Ticino trarrà anche notevoli benefici ambientali per quanto riguarda il traffico stradale delle merci e delle persone, se il futuro traffico merci sarà convogliato alla ferrovia.

Il traffico viaggiatori attraverso le Alpi usufruirà di numerosi collegamenti rapidi con la Svizzera interna. Grazie a ciò l'offerta di *Ferrovia + Bus 2000* diventerà più interessante nel contesto ticinese.

Il Consiglio federale ha scelto il concetto che Vi ho presentato, per risolvere i problemi del traffico di transito. Si tratta di un primo passo da realizzare sul piano svizzero.

Il concetto si fonda sugli assi esistenti che saranno modernizzati e potenziati. Il tutto è concepito come sistema modulare, vale a dire una realizzazione progressiva a diverse fasi comprendente più elementi.

17 Cf. il verbale del Consiglio federale N° 1072 del 23 maggio 1990, dodis.ch/55403, in particolare gli allegati 1, 12 e 13.

18 Cf. dodis.ch/56713.

In questa prima fase sarà fatto il necessario e il fattibile. Le linee d'accesso al sud e al nord sono sufficienti. Il sistema funziona, ma ne saranno sfruttate al massimo le capacità smaltibili dalle linee d'accesso.

Se al momento della messa in esercizio sorgeranno altre esigenze o se il volume del traffico aumenterà più rapidamente di quanto previsto, dovranno essere presi in considerazione dei provvedimenti supplementari.

Adesso però facciamo il primo passo. Collaborate tutti!

50

dodis.ch/54685

Rede des Bundespräsidenten Koller am Pariser Gipfeltreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 19. November 1990¹

ANSPRACHE VON HERRN ARNOLD KOLLER, BUNDESPRÄSIDENT DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT, ANLÄSSLICH DES GIPFELS DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER KSZE-STAATEN

Paris, 19. November 1990

Wir bezeugen hier in Paris ein epochales Ereignis. Was wir vor einem Jahr noch nicht zu erhoffen wagten, wird heute Wirklichkeit. Die Teilung unseres Kontinents fällt der Vergangenheit anheim. Was die Völker jahrzehntelang herbeiwünschten, beginnt: eine Ära der Zusammenarbeit zwischen Ost und West, mit dem Ziel, ein neues, geeintes, Europa zu errichten.²

Während Jahren verkörperte kein anderes Land die schmerzhaftige Trennung unseres Kontinents so sehr wie unser Nachbar Deutschland. Früher ein Symbol der Trennung, ist es heute zum sichtbarsten Zeichen der Einigung Europas geworden.

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1678* (B.72.09.15.1(28)). Ein erster Entwurf dieser Rede wurde von der schweizerischen Delegation im Vorbereitungsausschuss für das KSZE-Gipfeltreffen in Wien unter Federführung von Paul Widmer vom KSZE-Dienst des EDA verfasst und am 8. November 1990 an den persönlichen Mitarbeiter von Bundespräsident Arnold Koller, Raymond Loretan, übermittelt, vgl. das Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#1676* (B.72.09.15.1(28)). Letzte handschriftliche Änderungen am Manuskript, die von Bundespräsident Koller persönlich vorgenommen wurden, übermittelte die schweizerische Delegation am Pariser Gipfeltreffen am Morgen des 19. Novembers 1990 nach Bern, vgl. das Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#1677* (B.72.09.15.1(28)). Die definitive Version der Rede wurde als Konferenzdokument des Pariser Gipfels in das Protokoll der zweiten Sitzung am Nachmittag des 19. Novembers 1990 unter CSCE/SP/PVR.2, S. 181–185 aufgenommen.

2 Als Abschluss des Pariser Gipfeltreffens unterzeichneten die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der KSZE-Teilnehmerstaaten am 21. November 1990 die Charta von Paris für ein neues Europa, dodis.ch/54680. Der Text wurde, ebenso wie das Wiener Dokument 1990 der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen vom 17. November 1990, im BBl veröffentlicht, BBl, 1991, I, S. 1079–1112. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 149 vom 30. Januar 1991, dodis.ch/56187.

Herr Bundeskanzler, im Namen des Schweizer Volkes wünsche ich Ihrem Land eine segensreiche Zukunft.³

Das Wort Europa erweckt heute zurecht wieder Hoffnung. Allzu häufig wurde diese jedoch enttäuscht, ja schlug in Verzweiflung um. Unser neues Europa tut gut, sich auf seine grossartigen kulturellen Traditionen zu besinnen. Es anerkennt als höchsten Wert die Würde des Menschen. Auf sie ist alles zugeordnet: Menschenrechte und Grundfreiheiten, die jedem Individuum unveräusserlich von Natur aus zukommen; der Rechtsstaat, der das Zusammenleben der Menschen in unsern Ländern regelt; die pluralistische Demokratie, welche den Volkswillen am besten zum Ausdruck bringt; die Wirtschaftsfreiheit, welche Prosperität verschafft, und die soziale Gerechtigkeit, die für die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft sorgt.

Ein solches Europa, das sich der Ursprünge der Demokratie in Athen entsinnt, das auf dem römischen Rechtsdenken aufbaut, das sich der christlichen Auffassung der Menschenwürde verpflichtet fühlt, das an die Tradition der Aufklärung und die amerikanische Verfassung ebenso anknüpft wie an die französische Erklärung der Menschenrechte – ist ein solches Europa vom Atlantik bis zum Ural nur ein Wunschtraum oder wirklich machbar? Wir meinen, die Chance, all dies zu verwirklichen, ist heute grösser denn je. Wir alle, in West-, Mittel- und Osteuropa, in der Sowjetunion, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Kanada, wir alle wollen diese Vorstellungen von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat, von Marktwirtschaft, von Sicherheit und Frieden in die Tat umsetzen. Gewiss, es gibt noch beträchtliche Unterschiede zwischen uns. Das dürfen und wollen wir nicht vergessen. Sie werden uns auf Jahre hinaus beschäftigen. Aber – und das ist das Neue – wir stimmten noch nie so stark in unserer Grundausrichtung überein. Darauf wollen wir aufbauen. Gemeinsam wollen wir das Begonnene fortsetzen und uns auch neuen Prioritäten wie der wirtschaftlichen Unterstützung der Staaten Mittel- und Osteuropas sowie dem Umweltschutz zuwenden.

Vorab aus diesen Gründen ist der Gipfel von Paris ein so erfreuliches Ereignis. Er bringt vieles zum Ausdruck: Den unerschütterlichen Freiheitswillen der Völker Mittel- und Osteuropas; die Weltsicht der Gründungsväter des Helsinki-Prozesses – und den Mut jener, die sich wie der verstorbene Andrej Sacharow stets unerschrocken für die Einhaltung der KSZE-Verpflichtungen einsetzten.

Die KSZE hat viele ihrer Aufgaben gut erfüllt. In der militärischen Sicherheit, in der Wirtschaft und bei den Menschenrechten liegen wertvolle Verträge und Dokumente vor. Ich möchte nur die beiden Verhandlungen im Bereich der militärischen Sicherheit erwähnen. Wir erreichten substantielle Fortschritte bei den Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen.⁴ Und den 22 Mitgliedstaaten der beiden militärischen Bündnisse, welche im Rahmen der KSZE einen bahnbrechenden Vertrag über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa aushandelten und heute Morgen unterzeichneten, gratuliere ich zu ihrem Erfolg.⁵ Ihr Vertragswerk stärkt die Sicherheit aller europäischer Staaten. Ich begrüsse es, dass beide Verhandlungen nach dem Gipfel fortgesetzt werden. Nach dem nächsten KSZE-Folge-treffen in Helsinki im Jahr 1992 sollten wir dann die Verhandlungen in einem einzigen Forum aufnehmen, um gemeinsam unsere Sicherheit zu erhöhen und die Stabilität zu festigen.

3 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Deutsche Wiedervereinigung, dodis.ch/T1675 sowie DDS 1990, Dok. 43, dodis.ch/56427 und Dok. 44, dodis.ch/56631. Bundeskanzler Helmut Kohl präsidierte die Nachmittagsitzung des 19. November 1990, vgl. CSCE/SP/PVR.2.

4 Am 17. November 1990 wurde das Wiener Dokument 1990 der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen verabschiedet, vgl. dodis.ch/54681. Vgl. auch den Bericht der schweizerischen Delegation an den Verhandlungen in Wien, dodis.ch/56000.

5 Vgl. die thematische Zusammenstellung Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), dodis.ch/T1844.

Die KSZE hat ihre Aufgaben teilweise so erfüllt, dass sie ihr Engagement allmählich zugunsten anderer Organisationen abbauen kann. Sie hob etwa die Menschenrechtsstandards auf ein solches Niveau an, dass mehrere Staaten wie neustens Ungarn nun in der Lage sind, dem Europarat beizutreten und dessen strenge Normen zu übernehmen.

Die Schlussakte von Helsinki war in einem Klima der Konfrontation verhandelt worden.⁶ Sie hat viele ihrer Ziele erreicht. Heute müssen wir uns auch neuen Problemkreisen zuwenden, welche unsere Mitbürger beunruhigen und die Sicherheit gefährden: Ich denke an Umweltschutz in all seinen Formen,⁷ an das Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd, welches eine zunehmend stärkere Migrationswelle verursacht.⁸ Schliesslich denke ich an die Interdependenz zwischen unserer Sicherheit und Krisen in angrenzenden Gebieten, wie sie gerade durch die Golfkrise in Erinnerung gerufen wird.⁹ Ich denke aber vernehmlich auch an zwei Bereiche, denen die Schweiz grosse Bedeutung beimisst und die hier in Paris einen kräftigen politischen Impuls erhalten sollten.

Zuerst: die nationalen Minderheiten, eines der wichtigsten politischen Themen der Zukunft. Die Minderheiten haben mit ihrem kulturellen Erbe und ihren grossen Leistungen die meisten unserer Staaten bereichert. Doch vielerorts sind ihre Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten. Ausserdem brechen Minderheitenprobleme mit ungeahnter Wucht innerhalb von Staaten und zwischen Staaten auf, seit der Druck totalitärer Regimes gewichen ist. Diese Konflikte könnten die Existenz junger Demokratien ebenso gefährden wie die regionale Stabilität. Damit stellen sich schwierige neue Aufgaben. Das neue Europa, das wir gemeinsam aufbauen wollen, muss Platz für alle haben. Minderheiten sollten keine Last sein. Sie sind eine Bereicherung, wenn Mehrheiten und Minderheiten aufeinander zugehen und Probleme partnerschaftlich lösen. Manche Staaten, so hoffe ich, machten diese Erfahrung. Mein Land beispielweise lebt von Minderheiten, es ist geprägt vom Zusammenleben vier verschiedener Sprachen und Kulturen. Ja, die gegenseitige Bereicherung verschiedener Kulturen macht die eigentliche Stärke der Schweiz aus.

Demokratien müssen Lösungen finden, die demokratischer Staaten würdig sind. Ich bin glücklich, dass wir hier auf dem Gipfel beschliessen, im nächsten Sommer ein Treffen über nationale Minderheiten in der Schweiz durchzuführen.¹⁰ Damit geben wir ein deutliches Signal. Jedermann soll verstehen, dass wir uns der neuen Problemlage bewusst sind; und alle Minderheiten sollen vernehmen, dass wir uns ernsthaft um gangbare Lösungen bemühen.

Ein Europa der Toleranz braucht noch etwas anderes: einen festen Rahmen für die friedliche Beilegung von Streitfällen. Wir alle sind uns einig, dass man Konflikte nicht mit Gewalt lösen darf. Doch Konflikte, wer wüsste dies nicht aus eigener Erfahrung, werden immer wieder entstehen. Deshalb müssen wir unter uns die Verpflichtung eingehen, Streitfälle friedlich zu lösen. Und unsere Experten müssen eine entsprechende Methode ausarbeiten, wonach eine Partei die Hilfe eines Dritten zur Streiterledigung beiziehen kann, wenn die Kontrahenten selbst zu keiner einvernehmlichen Lösung gelangen oder sich auf keinen anderen Weg zur friedlichen Konfliktlösung einigen können. Dürfen wir dieses Wagnis etwa nicht eingehen? Haben wir noch nicht

6 Vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 158, dodis.ch/38867.

7 Vgl. DDS 1990, Dok. 46, dodis.ch/56282.

8 Vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934 und Dok. 53, dodis.ch/56148.

9 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 29, dodis.ch/55715; Dok. 30, dodis.ch/54497 und Dok. 60, dodis.ch/55703 sowie die thematische Zusammenstellung Golfkrise (1990–1991), dodis.ch/T1673.

10 Zum KSZE-Expertentreffen über nationale Minderheiten vom 1. bis 19. Juli 1991 in Genf vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1875.

genügend Vertrauen zueinander? Die Antwort kann nur lauten: Wir müssen damit beginnen, und zwar rasch, in zwei Monaten mit dem Expertentreffen in Malta.¹¹

Herr Präsident,¹²

Die Zeiten ändern sich, die Probleme ändern sich, und die politischen Institutionen sind dem Gesetz des Wandels gleichfalls unterworfen. Europa ist im Umbruch. Es strebt nach mehr Einheit.

Bei der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung spielt die Europäische Gemeinschaft eine überaus wichtige Rolle. Sie ist zu einem entscheidenden Faktor im Leben Europas geworden. Zusammen mit den andern EFTA-Staaten bemüht sich mein Land, in Verhandlungen mit der EG einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum zu erstellen.¹³ Wir haben alles Interesse daran, dass diese Stufe der Vereinheitlichung gelingt. Sie wird sich auf ganz Europa positiv auswirken.

Bei den Menschenrechten und der Kultur hat der Europarat Wichtiges zu bieten. Wir haben ein Interesse daran, seine Erfahrungen vermehrt zu nutzen und ihn zu stärken. Denn wir sollten nie vergessen, dass Europa mehr noch als einen geographischen, einen kulturellen Begriff umschliesst.

Die KSZE schliesslich war bis anhin lediglich eine Konferenz. Sie verfügte über keine Institutionen. Das neue Europa, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, will sich in Zukunft vermehrt zu Gesprächen, Beratungen und einheitlichen Beschlüssen treffen. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, bedarf die KSZE eines Sekretariates, eines Konfliktverhütungszentrums und eines Büros für freie Wahlen. Wir wollen diese Institutionen sinnvoll Schritt für Schritt aufbauen und im Lichte der Erfahrung auf dem Folgetreffen in Helsinki prüfen, wie sie sich bewährt haben. Bis zum Jahr 1992 sollte auch die parlamentarische KSZE-Versammlung Gestalt annehmen. Wir würden es begrüßen, wenn dies auf der Grundlage der parlamentarischen Versammlung des Europarates geschähe.

Monsieur le Président,

Ce sommet ne devrait pas constituer uniquement un événement solennel. Il devra influencer sur nos travaux ces prochaines années. Nous voulons saisir cette occasion historique de donner une nouvelle dimension à la coopération en Europe. Il y a un an, le Président Gorbatchev proposait de tenir ce sommet.¹⁴ Cette initiative a porté ses fruits. Je le remercie.

Je tiens aussi à remercier le Président Bush qui a œuvré à sa concrétisation et ainsi renforcé les liens entre les États-Unis d'Amérique et notre continent. Enfin, j'aimerais exprimer ma gratitude à notre hôte, le Président Mitterand, et au peuple français, ainsi qu'au secrétaire exécutif de ce sommet¹⁵ rendu possible grâce à une parfaite organisation dans une ville qui incarne de manière exemplaire la grandeur de l'Europe.

11 Zum KSZE-Expertentreffen zu Streitschlichtungsmethoden vom 15. Januar bis 5. Februar 1991 in Valletta vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1819.

12 Bundeskanzler Kohl, vgl. Anm. 3.

13 Zum Stand der Verhandlungen über den EWR-Vertrag im November 1990 vgl. DDS 1990, Dok. 52, dodis.ch/55288.

14 Dans son discours à Rome du 30 novembre 1989, le Président Mikhaïl Gorbatchev avait proposé de tenir un sommet de la CSCE de type «Helsinki 2» en 1990 déjà, cf. le dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#1619* (B.72.09.15.1).

15 Pierre-Henri Dessaux.

dodis.ch/54683

Gespräche des Bundespräsidenten Koller sowie des Vorstehers des EDA, Bundesrat Felber, während des Pariser Gipfeltreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 21.–23. November 1990¹

BILATERALE TREFFEN WÄHREND DES KSZE-GIPFELS IN PARIS²

Urgent

Bern, 23. November 1990

1.

Im Reigen der bilateralen Treffen und informellen Gespräche während des Gipfels, standen für die Schweiz zwei Themen im Vordergrund. Zunächst und schwergewichtig die EWR-Verhandlungen, weiter die schweizerische Unterstützung an Ostmitteleuropa.

Das erste Thema war Gegenstand von Treffen mit Italien, Schweden, Finnland und Norwegen (mit Österreich werden anlässlich des bevorstehenden Besuches von Bundeskanzler Vranitzky in Bern³ eingehende Gespräche möglich sein) sowie informeller Gespräche mit der EGK (Delors), Luxemburg (EG-Präsidentschaft 1. Halbjahr 1991) und Bundeskanzler Kohl. Die dabei von der EG-Seite ausgedrückte Botschaft ist grundsätzlich positiv. Ein EWR liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt im allseitigen (EG, EFTA, Gesamteuropa), politischen Interesse (so Delors ausdrücklich auch in der EGK-Ansprache am Gipfel).⁴ Daher werden auch die institutionellen Probleme lösbar sein, was allerdings wegen anderseitiger Absorption (GATT,⁵ Regierungskonferenzen) der EG kaum mehr im Dezember 90 der Fall sein wird. Die drei EFTA-Partner betonen ihre Entschlossenheit zum Abschluss eines EWR-Vertrages bis zum Frühling 91, geben aber mehr oder weniger deutlich zu verstehen, dass sie dies als Zwischenstufe zum Beitritt sehen.⁶

Die drei ostmitteleuropäischen Gesprächspartner weisen – dies der Grundtenor in den Treffen mit Ungarn, Bulgarien und Rumänien – auf die wirtschaftlich bedingte Fragilität der neu gewonnen politischen Freiheiten hin.

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1677* (B.72.09.15.1(28)). *Der Telex Nr. 6428 wurde unterzeichnet vom stv. Chef der Politischen Abteilung I des EDA, Daniel Woker, und ging an die schweizerischen Botschaften in den KSZE-Staaten, die Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, die Delegation bei der Europäischen Freihandels-Assoziation und beim GATT in Genf, die Delegation bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris sowie an die Ständige Vertretung der Schweiz beim Europarat. Der Text wurde abgedruckt im Wochentelex 49/90 vom 3. Dezember 1990, dodis.ch/55095, Punkt 3.*

2 Für die Vorbereitung der bilateralen Treffen vgl. das Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#1674* (B.72.09.15.1(27)).

3 Vgl. dazu den Wochentelex 49/90 vom 3. Dezember 1990, dodis.ch/55095, Punkte 3 (rapides) und 2.

4 Die Konferenzdokumente sind im Dossier CH-BAR#E2010A#1999/250#1678* (B.72.09.15.1(28)) abgelegt.

5 Vgl. DDS 1990, Dok. 57, dodis.ch/54822.

6 Für eine Übersicht über die Positionen der EFTA-Länder im Hinblick auf die EWR-Verhandlungen vgl. dodis.ch/55194.

2. Italien

(Ministerpräsident Andreotti, sein Stabschef Vattani, BP Koller, BR Felber)⁷

A[ndreotti] anerkennt ausdrücklich den Effort der EFTA-Staaten bezüglich der Aufgabe von Ausnahmen vom Acquis.⁸ Wir haben die Bewegung hin zur EG-Mitgliedschaft in Schweden und Norwegen zur Kenntnis genommen,⁹ institutionell können wir aber im Moment keine EG mit 19 oder mehr Mitglieder verkraften. Ein EWR ist damit absolute Notwendigkeit. Wir werden unser Möglichstes tun, um einen politischen Durchbruch noch im Dezember zu erreichen, dies wird allerdings sehr schwierig, da andere wichtige Konferenzen anstehen.

BPK [Bundespräsident Arnold Koller] unterstreicht seinerseits den grossen Vorteil der EWR-Lösung auch für die EG, eine solche ist kurzfristig möglich, ohne den institutionellen Reifeprozess der EG zu behindern. Was nachher kommt, steht momentan noch nicht fest, ein schweizerischer Beitritt ist keineswegs auszuschliessen.

3. Finnland¹⁰

(Präsident Koivisto, AM Paasio, BP Koller, BR Felber)

K[oivisto] glaubt, dass sich die Chancen für einen EWR in allerjüngster Zeit wieder verbessert haben, die EG will ihn offensichtlich. Wir waren allerdings von der kürzlichen Entwicklung in Norwegen (Regierungswechsel) und Schweden (Regierungserklärung ans Parlament) hin zum Beitritt etwas überrascht.¹¹ Im März 91 finden Wahlen statt, bislang macht sich in Finnland keine grundsätzliche Opposition gegen die Annäherung an die EG bemerkbar. (Bemerkenswert wie K[oivisto] darauf insistiert, indem er als Gegensatz die negative Reaktion in einem Teil der Bevölkerung anlässlich der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit der EG erwähnt).

BPK [Bundespräsident Koller] weist namentlich auf die innenpolitischen Schwierigkeiten hin, welche ein unbefriedigender EWR-Vertrag uns bereiten würde. Dieser hat im Referendum nur Chancen, wenn bei allfälliger Gefährdung vitaler Staatsinteressen ein Vorbehalt (opting-out) möglich bleibt.

4. Schweden¹²

(Premier Carlsson, AM Andersson, BP Koller, BR Felber)

C[arlsson] erläutert zunächst die Regierungserklärung, welche an das schwedische Parlament gerichtet wurde: Es handelt sich um eine Langzeitperspektive Richtung Beitritt, prioritär im Moment bleibt der EWR. Dies ist in Schweden, auch in Wirtschaftskreisen, unbestritten. Wir sind recht optimistisch, dass ein solcher zustande kommt, im Moment liegt der Schlüssel in der Hand von Delors. Eine befriedigende institutionelle Lösung ist auch für uns unverzichtbar.¹³ Die

7 Im Rahmen der jährlich stattfindenden, bilateralen Gespräche mit Italien war Ministerpräsident Giulio Andreotti im Mai 1990 zu Besuch in der Schweiz, vgl. DDS 1990, Dok. 21, dodis.ch/56125. Der Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, weilte im Juli 1990 für einen offiziellen Besuch in Italien, vgl. den Wochentelex 30/90 vom 23. Juli 1990, Punkt 2 und 2 (rapides), dodis.ch/55148.

8 Zur Übersicht über die schweizerischen Konzessionen im Rahmen der EWR-Verhandlungen vgl. das BR-Prot. Nr. 2341 vom 7. November 1990, dodis.ch/56905 sowie das BR-Beschlussprot. II der 35. Sitzung vom 7. November 1990, dodis.ch/54954, S. 2 f.

9 Vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1783.

10 Zu den bilateralen Gesprächen mit Finnland vgl. auch die Notiz über den Arbeitsbesuch des Vorstehers des EVD, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, in Helsinki am 11. Oktober 1990, dodis.ch/55735.

11 Zu den Entwicklungen in Norwegen und Schweden vgl. dodis.ch/55936.

12 Zu den bilateralen Gesprächen mit Schweden vgl. auch die Notiz über den Besuch von Bundesrat Delamuraz in Stockholm vom 9.–11. Oktober 1990, dodis.ch/55744.

13 Zu den institutionellen Problemen der Verhandlungen vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1886.

Verhandlungen, die bis zum Frühjahr 91 grundsätzlich unter Dach sein sollten, werden allerdings zäh, die Landwirtschaftsbegehren der EG sind ein harter Brocken.¹⁴

BPK [*Bundespräsident Koller*] beschreibt einleitend unsere Überraschung ob der brüskten schwedischen Hinwendung zum Beitritt.¹⁵ Indes haben die Vorkommnisse in Schweden und Norwegen offensichtlich auch die EG-Seite gezwungen, Farbe zu bekennen: Alle Beteiligten scheinen kurzfristig einen EWR als Pfeiler in der europäischen Architektur für notwendig zu halten. Die Schweiz setzt im Moment voll auf den EWR.

5. Norwegen¹⁶

(Premier Frau Brundtland, AM Stoltenberg, BP Koller, BR Felber)

Ein Arbeitsfrühstück mit der neuen norwegischen Equipe am letzten Tag des Gipfels erlaubte ein eingehendes Gespräch über den EWR im Lichte der zahlreichen bilateralen Treffen und Gespräche zwischen EG und EFTA in Paris. Die einleitende Frage von B[*rundtland*], die – wie am Tage zuvor schon Premier Carlsson – sich erkundigt, ob auf schweizerischer Seite der in kürzlichen Verlautbarungen der schweizerischen EWR-Verhandlungsdelegation offensichtlich werdende Pessimismus mit Bezug auf einen politischen Durchbruch weiterhin vorherrsche, konnte BPK [*Bundespräsident Koller*] damit verneinen, beide Seiten stellen fest, dass von höchster EG-Warte (Präsidentschaft, Kommission) nun eindeutige Willensäusserungen zur Errichtung eines EWR vorliegen. Laut B[*rundtland*] liegt ein konkreter Lösungsvorschlag bereits bei Andriessen. B[*rundtland*] glaubt, dass die Aufgabe der Ausnahmen durch die EFTA-Staaten ausschlaggebend war: da der Binnenmarkt im EWR damit weitgehend vorgezeichnet ist, sind institutionelle Konzessionen beim Prozess zu dessen endgültiger Ausgestaltung für die EG etwas weniger problematisch geworden.¹⁷

B[*rundtland*] möchte weiterhin am 18.12. via ein EG-EFTA Ministertreffen den nun in Aussicht stehenden Durchbruch schaffen, BPK [*Bundespräsident Koller*] ist auf Grund seiner bisherigen Gespräche eher skeptisch. Er betont, dass mit Blick auf das Referendum die Schweiz einen vorzeigbaren EWR braucht: die Möglichkeit des opting-out sollte vorbehalten bleiben.

Auf Frage von B[*rundtland*] und S[*toltenberg*] erläutert BRF [*Bundesrat Felber*] den Stellenwert der Neutralität allgemein in der schweizerischen Integrationsdiskussion.¹⁸ Sie dürfte im Rahmen der schweizerischen Abstimmung über den EWR keine ausschlaggebende Rolle spielen, dies im Gegensatz zu einem Beitritt. BPK [*Bundespräsident Koller*] erläutert, dass auf schweizerischer Seite dessen ungeachtet der Beitritt auf längere Sicht hin keineswegs ausgeschlossen würde. Sind jene EFTA-Länder, die bereits ein Beitritts-gesuch eingereicht haben, resp. dies gegebenenfalls bald tun werden, im Vorteil gegenüber weniger ausdrücklichen Kandidaten? B[*rundtland*] sieht Anzeichen, dass nach Abschluss eines EWR das österreichische Gesuch vor der EG wieder etwas auf die lange Bank geschoben werden könnte.

Die Landwirtschaftsbegehren der EG im EWR-Rahmen sind massiver ausgefallen als erwartet. B[*rundtland*] plädiert dafür, dass gegenüber den südlichen EG-Mitgliedern gezielte Konzessionen gemacht werden, der Rest sollte ins GATT verwiesen werden.

Unter dem Eindruck der dramatischen Aufrufe um Unterstützung durch die Ostmitteleuropäer am Gipfel kommt schliesslich die drohende Möglichkeit einer ökonomisch bedingten

14 Zu den Positionen der EG im landwirtschaftlichen Bereich vgl. dodis.ch/55370.

15 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 40, dodis.ch/55958 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1783.

16 Zu den bilateralen Gesprächen mit Norwegen vgl. auch die Informationsnotiz über den Besuch von Bundesrat Delamuraz in Oslo vom 17. und 18. Oktober 1990, dodis.ch/55736.

17 Vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1886.

18 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 24, dodis.ch/54523.

Wanderbewegung Ost-West zur Sprache. *S[toltenberg]* hat verlässliche Hinweise, dass die sowjetische Führung die auf den 1.1.91 vorgesehene Einführung der Ausreiseerleichterungen für Sowjetbürger suspendiert hat, dies aus Angst vor einem *braindrain*.¹⁹ *B[rundtland]* und *S[toltenberg]* plädieren für weitaus massivere Hilfe an Osteuropa. Will oder kann der Westen keinen zweiten Marshall-Plan auf die Beine stellen? Nötig wäre er.

6. Ungarn

(PM Antall, BP Koller)

Die Schweiz ist für *A[ntall]* ein zentraler Partner Ungarns, speziell auch im jetzigen Zeitpunkt. Sie gehört zu den vier wichtigsten Investoren (USA, BRD, A, CH), ich selbst habe persönliche und berufliche (Ciba-Geigy) Verbindungen zur Schweiz. Zwei Probleme stehen für Ungarn mit Blick auf seine Beziehung zu Westeuropa im Vordergrund, nachdem nun der politische Durchbruch, symbolisiert in der Aufnahme in den Europarat,²⁰ geglückt ist: Die Verbreiterung der Wirtschaftsbeziehungen²¹ und gemeinsame Lösungen für ökonomisch bedingte Wanderbewegungen von Ost nach West.²² Ungarn mag an der Oberfläche relativ wohlhabend erscheinen, darunter besteht aber einerseits ein Problem mangelnder Reserven jeglicher Art (kürzliche Treibstoffkrise), andererseits muss die von der kommunistischen Planwirtschaft herbeigeführte Infantilisierung (*A[ntall]*'s Ausdruck) breiter Bevölkerungsschichten wieder in marktwirtschaftliche Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen verkehrt werden.

Wir streben ein umfassendes Assoziationsabkommen mit der EG an, wollen aber parallel dazu ein möglichst enges und weitgehendes Vertragsverhältnis auch mit der EFTA.

BPK [*Bundespräsident Koller*] unterstreicht den Vertrauensvorsprung, den sich Ungarn durch seine Pionierrolle anlässlich der demokratischen Revolution in Ostmitteleuropa auch in der Schweiz geschaffen hat.²³ Dieser bildet eine solide Basis auch für Wirtschaftsbeziehungen, die ja primär Sache der Privaten sind. Den Ungarn-Schweizer von 1956²⁴ kommt wertvolle Unterstützungsfunktion in der schweizerischen Wirtschaft zu. Mit Bezug auf die Flüchtlingsströme muss alles daran gesetzt werden, die wirtschaftlichen Ursachen im Herkunftsland zu behandeln, bei der Aufnahme von Asylsuchenden fließen beträchtliche Mittel in rechtsstaatlich unabdingbare, wirtschaftlich aber unproduktive Ausscheidungsverfahren.²⁵

7. Rumänien

(AM Nastase, BR Felber)

Nach der politischen Umbruchsphase²⁶ steht Rumänien, so *N[astase]*, nun mitten in einem ambitionierten aber sozial heiklen Programm des Übergangs zur Marktwirtschaft. Wir verstehen nicht, warum die westlichen Industriestaaten uns ausgerechnet jetzt in den Rücken fallen, indem die G-24 (Koordination der Unterstützung für Osteuropa der OECD-Staaten) kürzlich

19 Vgl. DDS 1990, Dok. 58, dodis.ch/55430.

20 Die Schweiz prüfte Ungarns Beitrittsgesuch mit Wohlwollen, vgl. dodis.ch/56255.

21 Zur wirtschaftlichen Situation Ungarns vgl. dodis.ch/55689.

22 Auch die Schweiz befürchtete Probleme im Fall einer massiven Ost-West-Wanderung, vgl. dodis.ch/55669 und dodis.ch/55295.

23 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 33, dodis.ch/55680 sowie die Botschaft über eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfsmassnahmen vom 22. November 1989, dodis.ch/55717, Kapitel 113 Reformen in Osteuropa.

24 Zur Aufnahme ungarischer Flüchtlinge 1956 vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1832.

25 Zur schweizerischen Flüchtlings- und Asylpolitik vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934 sowie Dok. 53, dodis.ch/56148.

26 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung Rumänische Revolution (1989), dodis.ch/T1835.

wiederum den formalen Ausschluss Rumäniens von der entsprechenden internationalen Unterstützungsaktion betätigt hat. Wir kennen aber die diesbezügliche wohlwollende Haltung der Schweiz²⁷ und möchten die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ausweiten.

BRF [*Bundesrat Felber*] weist unmissverständlich auf den beträchtlichen Rest von Skepsis hin, mit der Regierung und Öffentlichkeit in der Schweiz den gegenwärtigen Stand des Demokratisierungsprozesses in Rumänien betrachte.²⁸ Dass von dort weiterhin politische Flüchtlinge kommen, ist kein gutes Zeichen, gerade auch für jene Schweizer, die sich in Rumänien wirtschaftlich engagieren wollen.²⁹ Wir warten auf klare politische Signale.

Schweizerische Unterstützung ist weiterhin in einzelnen Bereichen punktuell möglich, so beispielweise in der Ausbildung. Die bestehenden Mittel sind allerdings momentan ausgeschöpft, der nächste Rahmenkredit wird aber grundsätzlich auch Rumänien offen stehen.³⁰ Mit dem Fortgang der Reformen in Rumänien wird sich in Zukunft auch die G-24 öffnen.

N[*astase*] plädiert noch einmal für Unterstützung jetzt und nicht in einem Jahr. Auf der linken und rechten Seite warten antidemokratische Kräfte auf die politische Ausschlichtung einer allfälligen Wirtschaftsmisere. Meinungsäusserung und Reisefreiheit sind heute in Rumänien voll gegeben. Auch die Justiz ist wirklich unabhängig, anlässlich von bilateralen Kontakten und Projekten sollte sich die schweizerische Seite davon überzeugen. Prof. Voyame (schweizerischer Beauftragter der UNO-Menschenrechtskommission) wird Ihnen das bestätigen. Ich lade sie gerne zu einem offiziellen Besuch in Rumänien ein.

BRF [*Bundesrat Felber*] nimmt dies entgegen unter Hinweis auf seine Beanspruchung 1991 (700-Jahr Feier)³¹ und 1992 (Präsidentschaftsjahr).

8. Bulgarien

Bericht folgt in Wochentelex.³²

27 An der G-24-Ministerkonferenz vom 4. Juli 1990 hat sich die Schweiz gegen eine Unterstützung Rumäniens ausgesprochen, vgl. dodis.ch/55709. Bei der Konferenz vom 30. Oktober 1990 hingegen befürwortete die Schweiz eine «selektive Unterstützung» Rumäniens, vgl. dodis.ch/56141.

28 Für einige Einschätzungen zur Lage in Rumänien vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1876.

29 Für Einschätzungen zu den Wirtschaftsbeziehungen vgl. dodis.ch/56716 sowie den Wochentelex 36/90 vom 3. September 1990, dodis.ch/55157, Punkt 4.

30 Vgl. dazu dodis.ch/55710.

31 Vgl. dazu die thematische Zusammenstellung 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft (1991), dodis.ch/C1830.

32 Wochentelex 48/90 vom 28. November 1990, dodis.ch/55145, Punkt 2 (*rapides*).

dodis.ch/55288

Extraits

*Séance du 12 novembre 1990 de la Commission de l'économie du Conseil national¹*INFORMATIONS SUR L'ÉTAT DES NÉGOCIATIONS EEE, APRÈS LE QUATRIÈME
ROUND DES NÉGOCIATIONS DES 17./18. OCTOBRE 1990

Confidentiel

Berne, 26 novembre 1990

[...]²

M. Delamuraz:

[...]

J'aborde maintenant la question des négociations sur l'Espace économique européen, l'EEE.

Tout d'abord, en ce qui concerne nos partenaires de la Communauté, je constate que la situation est extrêmement mobile: ainsi, les déclarations du président de la Commission³ se suivent mais ne se ressemblent pas, les attitudes de la Commission ont été assez variables, sans parler des différences notoires qui existent depuis toujours entre les déclarations des Douze, chacun dans sons fief, et celles du Conseil des Ministres, ainsi que des différences sensibles qui ont été observées d'avec le Parlement européen.

Je vais vous livrer de manière très directe mes impressions d'audience, ce que m'ont révélé, ces derniers temps, les séances multilatérales que j'ai présidées dans le cadre de l'AELE, ainsi que les contacts bilatéraux très nombreux que j'ai eus:

1. Dans les capitales, je constate, à l'égard de la négociation EWR, un intérêt très lointain, parfois.⁴ En effet, cette dernière n'occupe, dans les capitales, que la quatrième ou la cinquième priorité, le reste de la construction de l'Europe occupant davantage le devant de la scène. Ainsi, il m'apparaît que les amis traditionnels que nous avons dans le cadre de cette Communauté, que les Allemands par exemple ont autre chose à faire, depuis une année qu'ils construisent l'Allemagne réunifiée.⁵ Dans cette perspective, l'EWR n'occupe qu'une place lointaine. Dans de nombreux pays, où l'on était déjà auparavant assez neutre à son égard, on y est maintenant hostile! Ainsi, les exigences que Madrid a formulées ces derniers temps, au titre de la compensation Nord-Sud, dans la Communauté et avec l'EWR, sont incroyables et posent le problème en des termes que l'on peut qualifier de «nouveaux»!

1 CH-BAR#E7113A#2001/192#312* (777.231.1). *La séance s'est tenue de 9h00 à 13h00 au Palais fédéral à Berne. Lors de la séance, présidée par le Conseiller national Edgar Oehler, sont présents comme invités: le Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz, accompagné par le Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, le Secrétaire d'État Franz Blankart, et le Chef du Bureau de l'intégration DFAE-DFEP, l'Ambassadeur Jakob Kellenberger. Le procès-verbal de la séance est pris sous la responsabilité du Secrétaire de la Commission, Alfred Aebi.*

2 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/55288.

3 Jacques Delors.

4 Pour un exemple de ce désintérêt européen, cf. dodis.ch/55507.

5 Cf. le télex hebdomadaire 42/90 du 15 octobre 1990, dodis.ch/55169, point 2.

En revanche, du côté de la présidence italienne, si l'on observe une volonté politique d'aboutir cette année encore, celle-ci se manifeste avec une générosité de moyens et d'attitude qui tranchent d'avec certaines volontés exprimées, ou non, à la Communauté.⁶

[...]

En conclusion, on peut constater que la situation est dure, mal saisissable parce que moins facilement univoque, que la Communauté n'a pas encore tout dit dans le domaine de la substance, notamment en ce qui concerne les questions relatives à l'agriculture communautaire,⁷ à l'art de la pêche, encore peu clairement identifiées par la Communauté, donc par les négociateurs. Si tout ce flou en la matière continue de reporter d'autant l'espoir de la conclusion d'un traité, néanmoins la situation est un peu plus positive par le signe qu'a manifesté le Conseil des Ministres et auquel les négociateurs, je l'espère, donneront suite.

2. L'AELE: Si cette séance avait eu lieu il y a quinze jours, j'aurais pu vous dire que l'AELE était plus unie que jamais et que la réunion ministérielle de Genève confirmait tout à fait l'état d'esprit de Göteborg.⁸

Aujourd'hui, je puis encore vous assurer, assez théoriquement certes, que dans la négociation, il n'y a aucune rupture du front de l'AELE. Cependant, il faut prendre en considération les déclarations que le Premier Ministre, Ingvar Carlsson, a dû faire au Parlement suédois, il y a quinze jours. Ces déclarations comportaient deux phrases: la première stipulait que, au plus long terme, la Suède devait fortifier l'hypothèse d'une adhésion à la Communauté. La deuxième phrase précisait, en particulier, que l'on s'intéressait à la sécurité en Europe etc... mais que pour l'instant la priorité devait porter sur la négociation d'un EWR. De ce point de vue, l'attitude du gouvernement suédois et des négociateurs n'a formellement pas changé.

Mais il est évident que l'écho qu'a eu la première phrase en Suède même, à l'extérieur du pays, soit auprès de l'AELE, auprès de la Communauté, auprès de la tierce Europe, a été extrêmement défavorable. L'on ne parvient plus à croire que l'AELE demeure l'instrument de demain, puisque certains de ses membres affirment maintenant purement et simplement qu'ils vont adhérer à la Communauté!⁹

Le Traité sur l'Espace économique européen, qui est un traité «sui generis», qui ne préjuge de rien quant à la suite, soit d'une adhésion, soit d'une non-adhésion – il doit laisser la question ouverte – prend aujourd'hui, bon gré mal gré, des allures de traité-antichambre, de moyen, sinon pour toute l'AELE, du moins pour une bonne partie de ses membres, de préparer leur adhésion à la Communauté. Cette situation ne crée pas une ambiance de force pour la négociation. En outre, quelques effets additionnels vont peut-être se manifester: d'abord, le changement de gouvernement en Norvège. Cela ne va pas signifier l'alignement de la Norvège sur la Suède, en tout cas à court terme, mais cela va créer une atmosphère plus favorable et plus large, à l'intérieur du pays, en faveur de l'adhésion à la Communauté.¹⁰

Les événements ont pris un tour fâcheux car, pour la première fois, on a une manifestation de bonne volonté de la part de la Communauté et également des pays de l'AELE, en vue de

6 Cf. [dodis.ch/54544](#), [dodis.ch/54781](#) et [dodis.ch/54664](#).

7 Sur la question agricole dans les négociations EEE, cf. DDS 1990, doc. 36, [dodis.ch/54935](#), ainsi que la notice du 15 novembre 1990 du Secrétaire d'État Blankart au Conseiller fédéral Delamuraz, [dodis.ch/55370](#).

8 Pour la réunion de l'AELE à Göteborg des 13 et 14 juin 1990, cf. le téléx hebdomadaire 25/90 du 18 juin 1990, [dodis.ch/55146](#), point 1 (rapides). Pour la réunion informelle de l'AELE à Genève le 23 octobre 1990, cf. la notice de Conseiller fédéral Delamuraz au Conseil fédéral du 23 octobre 1990, [dodis.ch/56729](#), et le téléx hebdomadaire 44/90 du 29 octobre 1990, [dodis.ch/55171](#), point 2 (rapides).

9 À propos des changements d'attitude de la Suède et de la Norvège dans les négociations de l'EEE, cf. DDS 1990, doc. 51, [dodis.ch/54683](#) et la compilation [dodis.ch/C1783](#).

10 Cf. la compilation [dodis.ch/C1783](#).

réduire les exceptions à l'acquis et au Traité communautaires, tant qu'il est possible de les ramener aux strictes nécessités vitales des pays auxquels elles s'appliquent. C'est à ce travail que le Conseil fédéral, de concert avec les cinq autres pays de l'AELE, et le Liechtenstein, est en train de se livrer actuellement.

Nous voulons espérer que les effets produits par la déclaration suédoise vont s'apaiser et que nous pourrons, malgré tout, conduire à chef ce travail de substance dans la négociation future, laquelle aura lieu dans les prochaines semaines.

[...]

Tels sont les mécanismes qu'observent les gouvernements des pays de l'AELE. En fait, on peut se demander sur quelle substance peuvent porter de telles exceptions? En l'occurrence, les Autrichiens et les Suisses considèrent que l'application des 28 tonnes est une exception qui ne souffre pas d'être temporisée et, qu'en cette qualité, elle doit être sortie de la négociation pour faire l'objet de discussions bilatérales entre la Suisse et la Communauté, entre l'Autriche et la Communauté.¹¹

En ce qui concerne les secteurs où la Communauté est en retard sur les réalisations de l'AELE, en matière de santé publique et de protection de l'environnement,¹² il s'agit, pour l'essentiel, de sortir ces disciplines afin qu'à aucun moment il n'y ait régression de nos standards, du fait du vote d'un Espace économique européen. Telles sont les positions que nous défendons, qui ne sont pas encore reconnues mais que nous continuerons de défendre avec force dans la négociation.

En fait, nous considérons que tant et aussi longtemps que des formules d'application de la Lex Friedrich ne seront pas trouvées, qui permettraient d'établir une solution transitoire en la matière, – et les formules du Département de justice et police ne seront prêtes qu'en janvier – cette exception permanente, jusqu'à droit connu en tout cas, continuera d'être permanente!

Concernant une exception qui pourrait appartenir au chapitre des exceptions transitoires, à savoir la libre-circulation des personnes, nous ne pourrions la prendre en considération qu'en présence d'une clause de sauvegarde précise à l'endroit des autres ressortissants des pays de l'AELE et de la Communauté.

En effet, si l'on fait le point de la situation, on constate que le plafonnement de la main-d'œuvre étrangère en Suisse est actuellement voulu par le peuple, par le Parlement, par le Conseil fédéral. Ainsi, il n'est pas question que ce plafonnement soit purement et simplement abandonné.¹³

Or, la création d'un Espace économique européen permettrait la libre-circulation des personnes en provenance des autres pays de l'AELE et de la Communauté. Le risque de voir affluer ces personnes en bataillons serrés, à partir du 1^{er} janvier 1993, est très faible, quasi nul.

Ainsi donc, si nous signions maintenant un traité portant liberté de circulation des personnes en provenance de toute l'Europe, sinon du monde entier, l'on verrait alors les Turcs par rangs de dix mille, les ressortissants des autres États européens déferler en Suisse! Or, tel n'est pas l'objet d'un EWR.¹⁴ En l'occurrence, comme nous aurions la possibilité – et ce sera bien notre intention – de négocier une clause de sauvegarde, qui pourrait peut-être se situer à un plafond de 15 pour cent du nombre des ressortissants communautaires présents en Suisse en même temps, et qui permettrait ainsi de garder la situation en main, si tant est qu'il est réel que le nombre actuel de ces ressortissants de la Communauté en Suisse est de l'ordre d'un peu plus de 11 pour cent.

[...]

11 Sur la problématique du trafic du transit des véhicules poids lourd à travers la Suisse, cf. dodis.ch/56075.

12 Cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934.

13 À propos des pressions pour la limitation de la population étrangère, cf. dodis.ch/55674 et dodis.ch/55574, ainsi que la compilation dodis.ch/C1800.

14 Cf. dodis.ch/55645.

Cependant, la pente à remonter est si grande que je préférerais qu'il n'y ait pas de percée politique du tout, plutôt qu'une percée politique gâchée et ratée, au mois de décembre prochain. Tous nos efforts se conjuguent pour obtenir un succès en la matière. En outre, je tiens à ce que vous sachiez que les autres partenaires de l'AELE ont, en ce qui concerne le domaine des exceptions, des attitudes parfois changeantes. Ainsi, lorsque j'ai fait la tournée des capitales scandinaves,¹⁵ il m'apparaissait, paradoxalement, que la liste des exceptions suisses était en passe de devenir la plus courte de toutes, et qu'il y avait, notamment du côté des pays scandinaves, toutes sortes d'exceptions, propres à tel ou tel pays – la pêche en Islande, par exemple – ou générales pour l'ensemble des pays scandinaves, à savoir l'accès des capitaux étrangers à leurs sociétés: et là, on était beaucoup plus lourd d'exceptions qu'en Suisse.

Si je considère les résultats, des travaux auxquels les gouvernements suédois et norvégiens, en particulier, se sont livrés ces derniers temps, et dont ils ont chargé leurs négociateurs, je ne puis que constater qu'ils ont parcouru en quinze jours, un chemin considérable en direction de l'abandon d'un certain nombre d'exceptions. Or, cette situation n'est évidemment pas propice à faciliter la position suisse, qui, elle, a eu le mérite d'être suffisamment clairement définie dès le début, de connaître sans doute quelques adaptations – c'est là tout l'art de la négociation – mais néanmoins d'avoir su rester ferme sur une certaine ligne. En l'occurrence, tant que nous y étions, avec nos partenaires de l'AELE, il était plus facile de tenir cette ligne qu'aujourd'hui où nous nous sentons un peu plus seuls qu'auparavant.

[...]

M. Eggly:

Je ne me ferai pas l'avocat du diable, mais l'avocat de l'ange, si je puis dire!

- 1.) Peut-on imaginer que, face au risque que fait courir la «débandade» des pays de l'AELE, la chance et le salut pourraient venir de la CEE, du fait, justement, qu'elle ne désire pas voir se profiler trop d'adhésions au cours des prochaines années? Autrement dit, malgré les Suédois, peut-on penser que la Communauté et sa Commission assoupliront le processus?
- 2.) Ma deuxième question s'adresse davantage à l'homme politique engagé sur le front intérieur: Comment appréciez-vous les suggestions, les positions de ceux qui, aujourd'hui, prétendent que l'exercice est d'ores et déjà raté, qu'il faudrait interrompre et présenter le plus rapidement possible un projet d'adhésion?

Spältli:

Eigentlich tritt aus den Ausführungen von Herrn Bundesrat Delamuraz ein optimistischer Pessimismus hervor. In diesem Zusammenhang möchte ich festhalten, dass die Situation den gegebenen Umständen entsprechend negativer zu beurteilen wäre. Ich habe nicht ganz verstanden, wo der Kern für den vorhandenen Optimismus zu suchen ist.

M. Etique:

Ma question rejoint celle posée par M. Eggly.

On constate qu'en Suisse, il se dessine trois fronts sur le plan politique, à savoir les partisans d'une adhésion pure et simple, la plus rapide possible; les partisans de l'Espace économique européen; les partisans du statu quo.¹⁶ On constate donc un manque évident de cohésion dans le

¹⁵ Cf. DDS 1990, doc. 40, dodis.ch/55958 et dodis.ch/55736.

¹⁶ Pour des exemples de prises de position sur l'EEE, cf. la lettre du 24 mai 1990 des Conseillers nationaux Christoph Blocher et Otto Fischer, respectivement Président et Vice-président de l'Action pour une Suisse indépendante et neutre (ASIN), au Conseil fédéral, dodis.ch/54496; la lettre du 9 juin 1990 de Peter Boden-

cadre de ces négociations. En l'occurrence, ce manque de cohésion ne complique-t-il pas la tâche de nos négociateurs aussi bien dans leurs rapports avec la Communauté que dans leurs rapports au sein de l'AELE?

M. Maître:

Le rapport qui nous est présenté par M. Delamuraz, Conseiller fédéral, n'est pas très étonnant ni très réjouissant. Il apparaît à l'évidence qu'entre les différents membres de l'AELE, suivant les positions des uns et des autres, qui sont fluctuantes, on oscille entre un certain réalisme et un pessimisme éclairé.

J'aurais souhaité compléter la question posée par M. Eggly, dans le sens suivant: en fait, notre seule chance d'aboutir c'est véritablement de percevoir l'intérêt réel de la Communauté à l'Accord.

En l'occurrence, trois hypothèses ont été formulées à plusieurs reprises, dans la perspective de la conclusion ou non d'un accord: la meilleure des hypothèses prévoit un bon accord du point de vue substantiel, et pour autant qu'il soit accepté par le peuple; la deuxième est représentée par un petit accord, accepté ou non par le peuple; enfin la troisième ne prévoit pas d'accord du tout.

Or, du point de vue de l'intérêt de la Communauté, si l'on se situe dans la perspective de la question de M. Eggly, soit celle de gagner un peu de temps, car il faut en priorité résoudre les problèmes, complexes, d'intégration – et je pense ici aux 40 millions d'Allemands qui font maintenant partie du Club – si donc l'on est d'avis que l'intérêt le plus perceptible de la Communauté serait de gagner un peu de temps avec les pays de l'AELE, tout en ménageant un espace de concertation obligeant les intéressés à se rencontrer, il me semble alors que l'on se dirige vers un petit accord, dans la meilleure des hypothèses: en effet, un accord substantiel sera trop compliqué, à supposer qu'il soit possible, compte tenu des problèmes d'exceptions, des problèmes de l'organisation de la procédure, au sein même de cet Espace économique européen. On a vraiment le sentiment que l'on va vers un petit accord. En l'occurrence, l'on peut se demander si dans un tel cas, le jeu en vaut la chandelle?¹⁷

M. Matthey:

Je voudrais également préciser la question de M. Eggly, qui, en fait, pose le problème central, à savoir: Dans quelle mesure la Communauté aurait-elle intérêt à créer cet Espace économique pour plus tard, précisément pour n'avoir à négocier qu'avec l'AELE, d'une seule voix, et non pas avec une multitude de pays? La Communauté accepterait-elle de nouvelles candidatures aujourd'hui?

M. Delamuraz, Conseiller fédéral:

Tout ceci est, il me semble, une vue un peu drastique des choses! En fait, je ne vois que cinq solutions possibles dans l'aboutissement de ces discussions EWR.¹⁸

mann, Président du Parti socialiste suisse, au Conseil fédéral, dodis.ch/55332 et la lettre de septembre 1990 de Franz Muheim, membre du Groupe de réflexion Suisse-Europe et ancien Conseiller aux États, au Conseil fédéral, dodis.ch/54881.

17 *Sur la question de la volonté de parvenir à un accord, quel qu'il soit et quel qu'en soit le prix, le Conseil fédéral adopte des positions très différenciées, cf. notamment DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934; doc. 23, dodis.ch/55262 et doc. 42, dodis.ch/56411.*

18 *Les cinq scénarios proposés ci-après reprennent en quelque sorte ceux de la note politique des Conseillers fédéraux René Felber et Jean-Pascal Delamuraz au Conseil fédéral du 6 juin 1990, sauf qu'alors les solutions «avec accord» sont au nombre de trois, plus ou moins ambitieuses, et la quatrième option envisage un échec des négociations. Ici, deux des cinq options envisagent une absence d'accord, cf. DDS 1990, doc. 23, dodis.ch/55262.*

En fait, la meilleure solution serait un bon accord EWR, qui ait de la substance et auquel participeraient tous les pays de l'AELE, plus le Liechtenstein. Ceci représente le premier cas.

Le deuxième cas, ce serait un accord EWR de peu de contenu, une sorte de Luxembourg plus, auquel tous les pays de l'AELE, y compris le Liechtenstein, adhèrent.

Le troisième cas: pas d'accord du tout. Il n'y a pas de nouveau traité, aucun changement n'intervient dans le droit actuel.

Le quatrième cas: il se situe dans la zone rose. Il s'agit d'un accord EWR de moyen ou de faible contenu, mais ici, la Suisse se retrouve seule: tous les pays de l'AELE ont jugé bon de l'accepter, la Suisse non.

Le cinquième cas: il est dans la zone rouge. Il s'agit du même cas que le premier, mais là, la Suisse en est absente. En l'occurrence, c'est là une situation dont il faudrait tout entreprendre pour l'éviter. Dans la perspective de cette volonté manifestée de façon un peu plus ferme par certains pays d'adhérer dans le futur à la Communauté, quelles sont les réactions de la Communauté? On aurait pu imaginer, Monsieur Eggly, que la Communauté ait le réflexe de considérer que c'est une aubaine que d'avoir encore un peu de temps pour réfléchir à l'éventualité de nouvelles adhésions: que c'est une aubaine que de placer entre aujourd'hui et le moment de nouvelles adhésions, un EWR qui permettra, à nous-mêmes et aux pays de l'AELE de «tenir le coup» pendant quelques années, pour ne pas conduire la Communauté à devoir, coûte que coûte, se prononcer sur le contenu de cette adhésion.

Malheureusement, je crains que cette volonté de la part de la Communauté de bien réussir un bon projet, de lui donner le temps de souffler, que cet état et ces dispositions d'esprit ne soient plus d'actualité.

En effet, la Communauté, une nouvelle fois, nous donne par ses déclarations plus ou moins intempestives, l'impression qu'à l'intérieur le camp des partisans de nouvelles adhésions, c'est celui de l'argent! Ainsi, j'observe souvent, émanant des pays des Douze, certaines volontés d'incorporer la Suisse dans la grande famille communautaire, mais des réserves définitives de la part de M. Delors. Or, dans les dernières déclarations de M. Delors à Strasbourg, ces réserves ont pratiquement été balayées.

[...]

Je ferai maintenant une réponse commune à M. Eggly et à M. Maître.

Le risque n'est pas tellement du côté de la Communauté, mais bien plutôt du côté de certains partenaires faibles de l'AELE, de ceux-là qui nous ont fait la vie dure, l'année dernière, car ils acceptaient tout sans broncher, puis qui nous ont fait plaisir durant une demi-année; ensuite depuis Göteborg, certains reprennent le «petit profil». En l'occurrence, il est évident que la Communauté ne se donnera pas une peine énorme pour parvenir à un accord chèrement gagné, si du côté de l'AELE, on accepte beaucoup plus facilement les conditions que je vous ai énumérées auparavant. Ceci ne doit pas nous laisser espérer beaucoup de l'attitude de la Communauté car elle aura trop de mauvais exemples en face d'elle, notamment certains émanant de l'AELE.

Faut-il donc interrompre un exercice inutile? En l'occurrence, s'il est un pays qui doit recevoir le «Schwarzpeter», c'est la Suède, et non la Suisse! Il faut y prendre garde, car actuellement, tout est tenté en ce sens! Mais c'est bien la Suède qui a créé la situation psychologiquement nouvelle à laquelle nous sommes confrontés. C'est pourquoi il n'y aura pas de notre part de déclaration d'interruption de l'exercice.

Enfin, les raisons d'un certain optimisme – et là je m'adresse à M. Spälti – il faut aller les chercher malgré tout dans cette attitude des États de la Communauté, entrant enfin en matière sur l'institution! Nous voyons se profiler une évolution heureuse, même du côté de la Commission: on trouve enfin une meilleure compréhension dans les capitales des Douze. L'on conçoit mieux

qu'avant, même si cela n'est pas la première priorité, l'intérêt de la construction de cet Espace économique européen.¹⁹

Monsieur Etique, il est indéniable que l'absence de cohésion intérieure est source d'affaiblissement de notre pays à l'extérieur: en l'occurrence, l'intérêt que portent nos compatriotes à ces questions est vif, mais l'évolution ultra-rapide des attitudes, en particulier de celles de nos partenaires de l'AELE, de celle aussi de notre partenaire communautaire, ne permet pas de prendre pied en la matière et ne contribue pas à assurer bonne réputation à l'EWG, dont certains pensent déjà qu'il conviendrait d'en faire l'économie, au profit d'une adhésion. Ainsi, le camp des demandeurs d'adhésion a incontestablement grossi, celui des défenseurs de l'Alleingang demeure semblable à lui-même, l'Alleingang paraissant être une solution possible. À notre avis, ce serait plutôt une contrainte, si tout va mal et que l'on se retrouve dans le cas numéro 5, précédemment évoqué; il ne doit pas être un choix délibéré de la part de la Suisse, car à cette démarche-là correspondrait une réalité économique totalement différente, à laquelle nous ne pourrions rien changer.

En effet, il convient ici de se rappeler que notre état de dépendance économique vis-à-vis de l'Europe n'a fait que s'accroître ces dernières années, et que notre indépendance relative à l'égard de l'Europe ne représente plus que 20 pour cent de nos importations: 80 pour cent proviennent des pays de la Communauté ou subsidiairement de l'AELE.²⁰

Ainsi donc, dans le cadre d'une démarche d'Alleingang lors des marchés complets des années 1993 et suivantes, la Suisse serait, «de facto», dominée, absorbée par ces marchés. En l'occurrence, notre espoir fondamental doit être que notre pays soit, «de jure», une part entière à ces mêmes marchés, soit sous la forme d'un EWG ou si ce dernier n'aboutit pas, alors sous la forme d'une adhésion. Actuellement, nous examinons très attentivement ces différents cas, afin de pouvoir, le moment venu, discuter devant le peuple, devant le Parlement, des variantes possibles ou des contraintes inévitables. Cependant, chassons de nos esprits l'idée que l'Alleingang est la souveraine solution: elle l'est peut-être à très court terme, mais en aucun cas à long terme.

19 Cf. la notice du 12 novembre 1990 de Philippe Nell, Délégué de la Suisse auprès du High Level Negotiating Group de l'AELE, sur la rencontre entre les négociateurs en chef des pays de l'AELE et Horst Krenzler, négociateur en chef de la CE, dodis.ch/55289.

20 Cf. dodis.ch/54592.

dodis.ch/56148

Interdepartementale Sitzung vom 19. November 1990¹

BEITRITT DER SCHWEIZ ZUM ERSTASYLABKOMMEN DER EG

Bern, 26. November 1990

1. Grundsätzliche Haltung der Schweiz zu einem Beitritt

Ein Beitritt der Schweiz zum Erstasylabkommen der EG wird grundsätzlich von allen vertretenen Stellen befürwortet.² Es besteht ein integrations- und ein asylpolitisches Interesse. Diese Haltung wird in direkten Zusammenhang gestellt zu den Auswirkungen für die Schweiz im Hinblick auf die kommende Freizügigkeit, die Vereinfachung der Zollkontrollen an den Grenzen und das Abkommen über Aussengrenzen der EG.³ Allerdings sind vorgängig wichtige zentrale Fragen zu klären. Die Pflichten und Rechte für uns müssen klar erkennbar sein. Grundvoraussetzung ist auch, dass die Schweiz ein Mitbestimmungsrecht hat.

Das Erstasylabkommen ist nicht Teil der Verhandlungen im Zusammenhang mit dem EWR. Die Möglichkeit, ausserhalb des EWR mit der EG zusammenzuarbeiten, sollte voll genutzt werden.⁴

2. Erstasylabkommen der EG

Entgegen des Wortlautes des Abkommenstextes, wonach nur EG-Mitglieder sich dem Übereinkommen anschliessen können (Art. 21), handelt es sich politisch gesehen um eine offene Konvention.⁵ Im Schlussprotokoll der Unterzeichnung des Abkommens wurde festgehalten, dass auch Drittstaaten dem Abkommen beitreten können.

Das Erstasylabkommen der EG entfaltet eine bessere Wirkkraft als das vom Europarat vorgesehene⁶ und ist daher vorzuziehen. Während jenes des Europarates kein Gremium für die praktische Umsetzung von Konventionen enthält, sieht Artikel 18 des EG-Erstasylabkommens

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1068* (B.41.21.03). *Das Protokoll wurde von Maya Appenzeller Blaser, der Assistentin des Koordinators für internationale Flüchtlingspolitik des EDA, verfasst und unterzeichnet. An der Sitzung nahmen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des EDA, des EJPD und der Bundesanwaltschaft teil. Das Protokoll wurde den Teilnehmenden der Sitzung, dem Direktor der Politischen Direktion, Staatssekretär Klaus Jacobi, dem Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik, Botschafter Rudolf Weiersmüller, dem Generalsekretariat des EDA und verschiedenen schweizerischen Vertretungen im Ausland zugeschickt. Für die vollständige Liste der Adressaten und der Sitzungsteilnehmenden vgl. das Faksimile dodis.ch/56148.*

2 *Zum Erstasylabkommen der EG vgl. die Orientierungsnotiz des Vorstehers des EJPD, Arnold Koller, an den Bundesrat über die TREVİ-Konferenz der EG vom 14. und 15. Juni 1990 in Dublin, dodis.ch/56149. Eine nationale Asylkonferenz forderte bereits im Mai 1990 eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Bereich der Asylpolitik, vgl. dodis.ch/56476 sowie dodis.ch/55639.*

3 *Zur Frage des Personenfreizügigkeit vgl. dodis.ch/55645 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1800.*

4 *An einer informellen Sitzung zwischen Vertretern der EG und Drittstaaten am 28. November 1990 wurde deutlich, dass die EG die Zusammenarbeit auf den spezifisch asylrechtlichen Bereich beschränken und alle binnenmarktrelevanten Punkte grundsätzlich ausklammern wollte, vgl. dodis.ch/56147.*

5 *Für eine detaillierte Analyse des Erstasylabkommens durch die Direktion für Völkerrecht des EDA vgl. dodis.ch/56078.*

6 *Zur Initiative des Europarats vgl. dodis.ch/56686.*

die Einsetzung eines Ausschusses vor, der für die technische, juristische und administrative Anwendung verantwortlich ist.

Es ist jedoch festzuhalten, dass mit dem Inkrafttreten des Erstasylabkommens die praktische Durchführung noch nicht gewährleistet ist. Auch innerhalb der EG sind sich noch nicht alle Staaten einig. Die praktischen Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf (wie z. B. Identifikation durch Fingerabdrücke) müssen noch geschaffen werden.

Bedingt ein Beitritt zum Erstasylabkommen auch einen Beitritt zum Schengener Abkommen?⁷ Welches sind die Zusammenhänge?

Das Schengener Abkommen besteht aus drei Teilen:

- Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und Personenverkehr
- Polizeiliche Zusammenarbeit
- Zuständigkeit für die Behandlung von Asylbegehren.

Da innerhalb der Gesamt-EG noch keine Einigung in Bezug auf die Anwendung des Schengener Abkommens besteht, wird es in Einzelabkommen konkretisiert, um so wenigstens punktuell zum Ziel zu gelangen. Neben dem Erstasylabkommen bestehen auch Bestrebungen für eine Vereinbarung über die Grenzkontrollen, wobei der Grundsatz noch offen ist, ob es sich um eine offene oder geschlossene Konvention handeln wird. Schweizerischerseits ist das Bundesamt für Ausländerfragen damit befasst.

Die Schweiz verhält sich in vielen Belangen bereits jetzt kooperativ mit der EG. Als Beispiel sei die Anpassung der Visapolitik (kürzliche Einführung der Visumpflicht für Angehörige aus den Maghrebstaaten)⁸ erwähnt. Dieses parallele Mitziehen mit der EG stösst aber auf Grenzen. Die Frage eines Beitritts zum Erstasylabkommen stellt sich ganz besonders in den Bereichen der Amtshilfe und des Datenaustausches.

3. Konsequenzen eines Beitritts der Schweiz

Die von den betroffenen Bundesämtern geäusserten Fragen, Anliegen und Vorbehalte betreffen vor allem

- den Datenschutz in der Schweiz, der nicht europakonform ist und entsprechend angepasst werden müsste.
- die Gewährleistung der Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des schweizerischen Asylgesetzes. Steht die Anwendung des Erstasylabkommens im Widerspruch mit der durch das AVB⁹ beschlossenen Beschleunigung des Verfahrens. Welche Stellung haben vorläufig aufgenommene Personen oder De-Facto-Flüchtlinge?
- sicherheitspolitische Aspekte (Kontrolltätigkeit)
- Probleme bei der praktischen Durchführung (Amtshilfe)
- das Vorhandensein des fakultativen Referendums in der Schweiz.

Grosse Bedenken werden geäussert hinsichtlich des geplanten Ausschusses. Wie weit werden seine Kompetenzen gehen? Ist der Ausschuss befugt, neue Gesetze oder Gesetzesänderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu veranlassen? Gestützt auf Erfahrungen mit anderen EG-Vereinbarungen scheint jedoch das im Erstasylabkommen erwähnte Gremium nicht über diese Autonomie zu verfügen.

7 Ein Beitritt zum Schengener Abkommen war zu diesem Zeitpunkt nur für EG-Staaten vorgesehen, vgl. dodis.ch/56316.

8 Die Visumabkommen mit Algerien, Marokko und Tunesien wurden am 31. Oktober 1990 gekündigt. Ab 1. Januar 1991 galt für Staatsangehörige der erwähnten Staaten eine Visumpflicht, vgl. das BR-Prot. Nr. 2292 vom 31. Oktober 1990, dodis.ch/56285.

9 Zum Bundesbeschluss über das Asylverfahren vgl. dodis.ch/55789 und dodis.ch/55791.

4. Weiteres Vorgehen

Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Schweiz nicht im Alleingang sondern gemeinsam mit den EFTA- und anderen interessierten Staaten Verhandlungen mit der EG für einen Beitritt zum Erstasylabkommen aufnehmen soll.¹⁰

Nachdem das Bundesamt für Flüchtlinge direkt von Auswirkungen eines solchen Abkommens betroffen ist und die Einwanderungskompetenz generell beim EJPD liegt, wird *das BFF*¹¹ die Federführung für dieses Geschäft übernehmen in enger Zusammenarbeit mit dem Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik¹² und unterstützt von allen anderen interessierten Bundesstellen, speziell vom Integrationsbüro.

Am 28. November findet in Genf eine erste exploratorische Sitzung¹³ statt mit einer Gruppe interessierter Nicht-EG-Staaten, die sich im Rahmen der Informellen Zwischenstaatlichen Konsultationen für Asyl- und Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika gebildet hat. Initiator ist Schweden, das auch den Vorsitz innehat. Die Schweiz wird an dieser Sitzung vertreten sein durch das Bundesamt für Flüchtlinge (G. Zürcher) und den Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik (Botschafter R. Weiersmüller). Diese entscheiden über allfällige weitere Teilnehmer.

Mit einer Notiz informiert das BFF Herrn Bundespräsident Koller zuhanden des asylpolitischen Ausschusses des Bundesrates (Bundesräte Felber und Delamuraz) über die Aufnahme der Abklärungsarbeiten in den betroffenen Bundesstellen.

Termin für die Ablieferung der bundesinternen Stellungnahmen: Ende Dezember 1990. Gestützt auf diese Angaben unterbreitet das BFF dem Bundesrat einen Antrag um Erteilung des Verhandlungsmandats.¹⁴

Am 5./6. Dezember treffen sich in Rom die für die Immigration und TREVI zuständigen Minister der EG. Die Schweiz sowie weitere Nicht-EG-Staaten wurden ebenfalls eingeladen. Dort könnten die ersten Kontakte mit der EG, resp. deren Ad-hoc-Gruppe Immigration geknüpft werden.¹⁵

10 So tauschte sich die Schweiz auch im Rahmen eines Treffens der Aussenminister der vier Neutralen über Flüchtlings- und Asylpolitik aus, jedoch sei das Forum der «informellen zwischenstaatlichen Konsultationen über Asyl- und Flüchtlingsfragen in Europa und Nordamerika» zweckmässiger, vgl. dodis.ch/56316.

11 Das Bundesgesetz über die Schaffung eines Bundesamts für Flüchtlinge trat am 2. Oktober 1990 in Kraft, vgl. das BR-Prot. Nr. 2106 vom 1. Oktober 1990, dodis.ch/56667.

12 Rudolf Weiersmüller.

13 Für eine Zusammenfassung der Sitzung vgl. dodis.ch/56147.

14 Für den weiteren Verlauf der Diskussionen rund um den Beitritt der Schweiz zum Erstasylabkommen vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1879, sowie den Bericht des Bundesrates zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik, Amtl. Bull. NR, 1991, III, S. 996–1020 und die Motion 91.3178 Beitritt der Schweiz zum europäischen Erstasylabkommen von Ständerat Hans Jörg Huber vom 17. Juni 1991, Amtl. Bull. SR, 1991, IV, S. 888 f.

15 Zur TREVI-Konferenz der EG in Rom vgl. dodis.ch/57907 und dodis.ch/57908.

dodis.ch/55850

Gespräche des Bundespräsidenten Koller sowie der Bundesräte Stich und Felber mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Havel am 22. November 1990¹

BESUCH IN DER SCHWEIZ DES PRÄSIDENTEN DER CSFR, VACLAV HAVEL,
21.–23.11.90

[Bern,] 26. November 1990

Der Präsident der CSFR, Vaclav Havel, weilte im Rahmen eines zweitägigen Aufenthaltes in der Schweiz am 22.11.90 zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Bern, wo er mit einer von Bundespräsident Arnold Koller geführten Delegation des Bundesrates (Bundesräte O. Stich und R. Felber) Gespräche führte. Im Anschluss daran folgten ein Treffen Havels mit Parlamentariern und eine Pressekonferenz. Parallel dazu fanden separate Gespräche zwischen Bundesrat Felber und Aussenminister Dienstbier einerseits und den Bundesräten Stich und Delamuraz und Finanzminister Vaclav Klaus andererseits statt. Die zweite Hälfte des Tages verbrachte Havel in Zürich, wo er im Kongresshaus mit Vertretern der tschechischen und slowakischen Kolonie zusammenkam, im Gottlieb-Duttweiler-Institut (Rüschlikon) den GDI-Preis 1990 entgegennahm und spät abends an einem kulturellen Empfang des Schauspielhauses teilnahm, bei dem die schriftstellerische Elite unseres Landes zugegen war.²

1. Gespräche Bundespräsident Koller (BRK)–Präsident Havel (H)

Nachdem BRK [*Bundespräsident Koller*] zunächst die hervorragende Rolle H[avel]'s bei der Neugestaltung der politischen Landschaft Europas³ würdigte, wandten sich beide Gesprächspartner dem Thema Europa zu.

H[avel] schwebt ideell ein konföderales Europa vor, welches die ethnische Vielfalt und den Reichtum der Kulturen, die es zusammensetzen, rechtmässig garantiert. Da sich der aktuelle europäische Integrationsprozess z. T. über Organisationen abwickelt, denen die CSFR nicht angehört, besteht für die tschechoslowakische Aussenpolitik das Ziel, sich diesen möglichst rasch anzunähern, bzw. ihnen beizutreten. Eine besondere Bedeutung misst H[avel] dem Europarat zu, dem die CSFR im nächsten Jahr beizutreten hofft,⁴ sowie der EG und der EFTA.⁵ Daneben

1 CH-BAR# E2010A#1999/250#388* (A.22.14.07.03). Diese Notiz wurde höchstwahrscheinlich vom stv. Direktor der Politischen Direktion des EDA, Botschafter Jenö Staehelin, verfasst und im Wochentelex 48/90 vom 26. November 1990, dodis.ch/55145, Punkt 2 abgedruckt. Für die Vorbereitungen des Besuchs vgl. dodis.ch/54815 und dodis.ch/54814.

2 Im GDI hielt der Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt eine Rede, in der er u. a. die Schweiz als Gefängnis bezeichnete. Diese Rede sorgte für ein grosses mediales Echo. Für den Redetext vgl. das Dossier CH-SLA-FD-A-r116-I.

3 Die schweizerische Botschaft in Prag verfolgte das Wirken des Dissidenten Václav Havel seit Ende der 1970er Jahre eng. In seiner politischen Berichterstattung beschrieb Botschafter Serge Salvi wie Havel, im Januar 1989 von den kommunistischen Machthabern noch in Haft gesetzt, im Dezember desselben Jahres vom Parlament zum tschechoslowakischen Staatspräsidenten gewählt wurde, vgl. dodis.ch/54688 und dodis.ch/54689.

4 Das entsprechende Gesuch wurde bereits am 6. April 1990 eingereicht, vgl. dodis.ch/56255.

5 Zum Verhältnis zwischen der EFTA und der ČSFR vgl. dodis.ch/55532.

erwähnte H[avel] auch die Pentagonale, der ja bekanntlich die CSFR angehört.⁶ Was den RGW und den Warschaupakt anbelangt, meinte H[avel] lediglich, dass der erste praktisch nicht mehr existiert, während der zweite im Begriffe sei, sich möglicherweise noch vor Ende dieses Jahres in eine politische Organisation umzuwandeln.

H[avel] betonte mit Nachdruck, dass der wirtschaftliche und politische Reformprozess der neuen Demokratien Ost- und Mitteleuropas⁷ sowie deren Anschluss an das westliche Europa nicht ohne Hilfe der westlichen Staaten erfolgen könne.⁸ Der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, deren politisches System H[avel] mehrmals würdigte, komme deshalb grosse Bedeutung zu, insbesondere in den Bereichen politische Kultur und Wirtschaft.⁹ Bezüglich der bereits bestehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit stellte H[avel] mit Genugtuung fest, dass die Schweiz als ausländischer Investitionspartner (Joint-Ventures) in der CSFR an dritter Stelle liegt.¹⁰

BRK [Bundespräsident Koller] begrüßte die beidseitigen Bemühungen zur Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit und bekräftigte seinerseits den Willen der Schweiz, sich aktiv am Aufbau des neuen Europas zu beteiligen. Er unterliess es nicht, seinen Gesprächspartner über die schwierige Lage der Schweiz in den laufenden EWR-Verhandlungen zu informieren.¹¹ Besonders erfreut zeigte sich BRK [Bundespräsident Koller] über den zu erwartenden Beitritt der ehemaligen Ostblockstaaten zum Europarat, nicht zuletzt auch als Ausgleich zum immer stärkeren Gewicht der EG-Staaten in dieser Organisation. Letztere operierten nämlich innerhalb des Europarates mit wachsendem Einfluss und effizientem Beschlussfassungsmechanismus. Für BRK [Bundespräsident Koller] ist dies ein Grund, sich Gedanken über die institutionellen Mechanismen des Europarates zu machen.¹² Er plädierte dafür, anstehende Probleme im Bereich der internationalen Medienpolitik und des Asylwesens vermehrt im Rahmen des Europarates zu behandeln.¹³ In diesem Zusammenhang äusserten beide Gesprächspartner grosse Besorgnis über das wachsende Flüchtlingsproblem auf der Welt.¹⁴ Die CSFR sieht sich unmittelbar von einer Auswanderungswelle aus der UdSSR bedroht.¹⁵ Die Lösung der Flüchtlingsproblematik muss für BRK [Bundespräsident Koller] im Ursprungsland ansetzen. Daneben ist er aber auch der Ansicht, dass die internationale Flüchtlingskonvention – wie übrigens auch unsere nationale Asylgesetzgebung – heute in keiner Weise mehr zu befriedigen vermag.¹⁶

6 Die Pentagonale war eine im November 1989 in Budapest gegründete und ab Mai 1990 unter diesem Namen auftretende lose Kooperation zwischen Italien, Jugoslawien, Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei, vgl. dazu dodis.ch/56722.

7 Für den Reformprozess vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1729.

8 Zum Engagement der Schweiz in Osteuropa vgl. DDS 1990, Dok. 12, dodis.ch/56158; Dok. 33, dodis.ch/55680; Dok. 54, dodis.ch/55850 und Dok. 58, dodis.ch/55430 sowie die thematische Zusammenstellung Hilfe für die Länder Osteuropas, dodis.ch/T1676.

9 Für eine Übersicht über die bilateralen Beziehungen vgl. dodis.ch/54818.

10 Für eine Übersicht über die ausserwirtschaftlichen Beziehungen vgl. dodis.ch/54820.

11 Zum Stand der Verhandlungen über den EWR-Vertrag im November 1990 vgl. DDS 1990, Dok. 52, dodis.ch/55288.

12 Für eine Grundsatzrede des Vorstehers des EDA, Bundesrat René Felber, vor der Schweizer Europaratsdelegation vgl. dodis.ch/56066.

13 Zum Entwurf des Europarates für ein Erstasylabkommen vgl. bspw. dodis.ch/56687.

14 Zur Asylpolitik der Schweiz vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934 und Dok. 53, dodis.ch/56148.

15 Für eine «Einschätzung der Gefahr künftiger Flüchtlingsströme aus der UdSSR» und weiteren Ländern Osteuropas vgl. die Notizen des Direktors a. i. des Bundesamts für Flüchtlinge, Peter Arbenz, vom 27. und 30. November 1990, dodis.ch/55295, resp. dodis.ch/55669.

16 Zur Asylpolitik der Schweiz vgl. DDS 1990, Dok. 8, dodis.ch/54934 und Dok. 53, dodis.ch/56148 sowie die Zusammenstellung dodis.ch/C1733.



Ankunft des tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel (Mitte) am Morgen des 22. Novembers 1990 vor dem Bundeshaus in Bern. Rechts von ihm, vom Weibel etwas verdeckt, ist Bundespräsident Arnold Koller, dodis.ch/57302 (CH-SNM LM-118223.35).

2. Gespräche Bundesrat Felber (BRF)–Aussenminister Dienstbier (D)

Als wichtigstes Ergebnis dieser Unterredung ist die Verabschiedung einer *gemeinsamen Absichtserklärung*¹⁷ über verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen politische Kultur, Kultur, Wissenschaft, Ausbildung und Umweltschutz zu nennen, welche zum Schluss der Gespräche von beiden Aussenministern unterzeichnet wurde.

Weitere Fragen¹⁸ wurden wie folgt behandelt:

17 Für die Déclaration d'intention sur la coopération entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque vom 22. November 1990 vgl. das BR-Prot. Nr. 2352 vom 14. November 1990, dodis.ch/54814.

18 Für eine Übersicht über die offenen Fragen in den bilateralen Beziehungen vgl. dodis.ch/56705.

Wirtschaftsreform

Angesichts der geplanten Einführung, per 1.1.91, der Konvertibilität ihrer Währung, hofft die CSFR im Rahmen der G-24 mit der Errichtung eines *Stabilitätsfonds* rechnen zu können. D[ienstbier] bezifferte den diesbezüglichen Devisenbedarf seines Landes auf 1,5 Mrd. US\$ und bat BRF [Bundesrat Felber] um schweizerische Unterstützung bei der Realisierung dieses Projekts. BRF [Bundesrat Felber] stellte – unter Hinweis auf die schweizerische Beteiligung am Polen-Fonds¹⁹ – die Prüfung dieses Gesuchs zum gegebenen Zeitpunkt in Aussicht, verwies jedoch darauf, dass es sich um eine multilaterale Aktion handeln müsse.²⁰

Bezüglich der bilateralen *Wirtschaftszusammenarbeit* strebt die CSFR, im Anschluss an die Göteborg-Erklärung²¹ mit den EFTA-Staaten, den Abschluss eines Freihandelsabkommens an und möchte vermehrt schweizerische Investitionen anziehen. D[ienstbier] sprach auch die Hoffnung aus, dass bald ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen werde.²² Schliesslich erwähnte D[ienstbier], dass die öffentliche Verwaltung der CSFR bei der Einführung der Computerisierung auf westliche Unterstützung angewiesen sei, worauf BRF [Bundesrat Felber] die Möglichkeit von bilateralen Kontakten zwischen Experten anbot.²³

Flüchtlinge/eingebürgerte ex-Tschechoslowaken

D[ienstbier] bedankte sich für die wohlwollende Aufnahme, die seine Landsleute in der Vergangenheit in der Schweiz gefunden haben, sprach sich aber auch für die Behandlung auf Expertenebene der Frage der *gegenseitigen Rentenansprüche* aus. BRF [Bundesrat Felber] verwies in diesem Zusammenhang auf die neue Einbürgerungsgesetzgebung²⁴ (Möglichkeit der Doppelbürgerschaft), wodurch die von D[ienstbier] aufgeworfene Frage relativiert wird: Da rückkehrwillige ex-Tschechoslowaken gegebenenfalls ihre schweizerische Staatsbürgerschaft behalten können, besteht für sie auch weiterhin Anspruch auf eine schweizerische Rente.

Direktor P. Arbenz (Bundesamt für Flüchtlinge), der diesem Gespräch beiwohnte, kommentierte die Folgen der «CSFR-Safe-Country»-Erklärung,²⁵ die sich für die nicht eingebürgerten tschechoslowakischen Flüchtlinge ergeben. Ihre Zahl beträgt rund 4000. Sie werden ihren Flüchtlingsstatus verlieren, jedoch – sofern dieser nicht jüngeren Datums ist – aufgrund ihrer Aufenthaltsbewilligung weiterhin in der Schweiz leben können. Für jene, die keinen Aufenthaltsanspruch geltend machen können, stellte Arbenz einen case-by-case-approach in Aussicht.

Bezüglich des allgemein Flüchtlingsproblems plädierte D[ienstbier] für vermehrte Behandlung dieser Frage im Rahmen des Europarates. Wie schon Präsident Havel, äusserte auch D[ienstbier] Besorgnis über die bevorstehende Auswanderungswelle aus der UdSSR,²⁶ die nach seiner Ansicht in Richtung Westeuropa, d. h. unter Benützung der Länder Mitteleuropas als «Trampolin»-Länder, erfolgen wird. Arbenz regte zu dieser Frage die Fortsetzung des bilateralen Gedankenaustausches auf Expertenebene an.

19 Für den Stabilisierungsfonds für Polen vgl. das BR-Prot. Nr. 77 vom 18. Januar 1990, dodis.ch/55720.

20 So beteiligte sich die Schweiz im Dezember 1990 an einem Zahlungsbilanzausgleich des IWF für die ČSFR, vgl. dodis.ch/55852.

21 Vgl. dodis.ch/56094.

22 Bereits 1983 hatten Vorgespräche für ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) stattgefunden, welche aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen nicht abgeschlossen wurden. Angesichts der neusten politischen Umwälzungen zeigte sich die Schweiz für die Unterzeichnung eines DBA bereit, vgl. dodis.ch/56747.

23 Zum technischen Stand der Büroautomation und der elektronischen Textverarbeitung im EDA vgl. DDS 1990, Dok. 7, dodis.ch/56178.

24 Bürgerrechtsgesetz, Änderung vom 23. März 1990, AS, 1991, S. 1034–1043.

25 Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2291 vom 31. Oktober 1990, dodis.ch/56709.

26 Vgl. Anm. 15.

Begrenzte Aufenthaltsmöglichkeit für Ost-Praktikanten

Tschechoslowakischerseits wurde die neue Weisung²⁷ des BIGA/BFA, welche in Abweichung der Ausländerplafonierung einen auf 4 Monate begrenzten Aufenthalt für Ost-Praktikanten ermöglicht, sehr begrüsst. Abgesehen von der z. T. als etwas kompliziert empfundenen Anstellungsprozedur erwähnte die CSFR-Seite auch, dass sie sich bei der Behandlung allfälliger *Verlängerungsgesuche* gerne eine gewisse Flexibilität seitens der schweizerischen Behörden erhofft. BRF [*Bundesrat Felber*] schloss die wohlwollende Prüfung einzelner Gesuche im Bereich der high-tech-Ausbildung nicht aus.

Neues Botschaftsgebäude in Prag

Erwähnt, jedoch nicht diskutiert, wurde von BRF [*Bundesrat Felber*] kurz die Frage der Suche durch unsere Botschaft in Prag eines neuen angemessenen Gebäudes,²⁸ für die wir Unterstützung der CSFR-Behörden erhoffen.

3. Treffen von Präsident Havel (H.) mit schweizerischen Parlamentariern

Anschliessend an das Gespräch zwischen den beiden Präsidenten im Rahmen der gesamten Delegationen, wurde H[avel] im Ständeratssaal von einer rund 50-köpfigen Delegation (Präsidenten und Vizepräsidenten der beiden Kammern,²⁹ Mitglieder der aussenpolitischen Kommissionen, Europaratsdelegation) der schweizerischen Bundesversammlung, geleitet von Ständeratspräsident Cavelti (C), für ein Gespräch empfangen; dieser war ebenfalls für alle Medienvertreter offen. Von C[avelti] in der Begrüssung auf die Freundschaft Schweiz-CSFR angesprochen, dankte H[avel] zunächst für die mannigfaltigen Solidaritätsbezeugungen für die tschechoslowakischen Dissidenten unter dem alten Regime und für die Aufnahme von rund 20 000 Tschechoslowaken 1968.³⁰ Die CSFR schaut auf die Schweiz ganz speziell, um im Bereich politische Kultur zu lernen und um die wirtschaftlichen Beziehungen zu verbreitern. Auf eine Frage von NR Bremi bestätigt H[avel], dass die Schweiz bereits zu den wichtigsten Investoren in der CSFR zähle; die gesetzliche Grundlage für eine weitere Intensivierung würde im Moment gelegt. Was die CSFR allerdings heute am nötigsten habe, sei kurzfristige Hilfe, um einen allzu grossen sozialen Einbruch zu verhindern. Auf Fragen von Nationalratspräsident Ruffly und NR Bundi erläutert H[avel] die Rolle der CSFR und speziell von Prag im Rahmen der neuen europäischen Architektur. Es bestehen durchaus konkrete Aussichten, dass künftig auch andere als nationalstaatliche Akteure (Regionen etc.) beispielsweise bei der KSZE mittun könnten. Die Entscheidung über die Ausgestaltung seiner politischen Struktur und damit auch der internationalen Vertretung, ist aber dem betroffenen Staat selbst zu überlassen.

Die in dieser Form erstmal durchgeführte öffentliche Begegnung eines ausländischen Staatsgastes der Schweiz mit den eidgenössischen Räten, wird von beiden Seiten offensichtlich als voller Erfolg gesehen; die ausserordentliche Persönlichkeit dieses Gastes mag dabei mitgespielt haben.

27 Vgl. dodis.ch/55685.

28 Bis November 1981 war die schweizerische Botschaft in Prag im Palais Schwarzenberg auf dem Hradschin untergebracht, danach wurden ihr Ersatzobjekte zugewiesen. 1990 wurden Anfragen zum Wiederbezug der alten Räumlichkeiten mit dem Verweis darauf abgelehnt, dass diese für den Fall freigehalten würden, dass sich eine internationale Organisation in Prag niederlassen sollte, vgl. dodis.ch/57085 und das Dossier CH-BAR#E2024B#2001/146#1455* (a.632.11). Vgl. auch DDS, Bd. 27, Dok. 100, dodis.ch/49249, Anm. 6.

29 Nationalratspräsident war Victor Ruffly, Vizepräsident Ulrich Bremi. Der Ständerat wurde von Luregn Mathias Cavelti präsidiert, sein Stellvertreter war Max Affolter.

30 Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 108, dodis.ch/33048 sowie Bd. 25, Dok. 19, dodis.ch/35677.

4. Gespräche Bundesräte Stich u. Delamuraz–Finanzminister Klaus³¹

Im Verlaufe eines Gespräches mit den Bundesräten Stich und Delamuraz hat Finanzminister Klaus auf die desolote wirtschaftliche Lage der UdSSR³² und deren Auswirkungen auf die CSFR verwiesen. Klaus erwartet ab 1991 einen weitgehenden Zusammenbruch des bilateralen Handelsverkehrs mit der Sowjetunion und sucht deshalb nach Möglichkeiten, diesen Ausfall anderweitig wettzumachen.

31 *Minister Václav Klaus traf bereits am 5. Oktober 1990 Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, den Vorsteher des EVD, für die Unterzeichnung eines bilateralen Investitionsschutzabkommens in Bern, vgl. dazu den Wochentelex 41/90 vom 8. Oktober 1990, dodis.ch/55168, Punkt 1.*

32 *Zur Lage in der Sowjetunion vgl. DDS 1990, Dok. 58, dodis.ch/55430.*

dodis.ch/54763

L'Ambassadeur de Suisse à Washington, Brunner, au DFAE¹

INCIDENTS DE GENÈVE

Washington, 26 novembre 1990

Pendant ce weekend, le Ministre Blickenstorfer a été convoqué une fois par le Chef du protocole dans ses appartements privés.² Puis moi-même j'ai dû aller le voir dimanche matin après avoir eu un contact téléphonique samedi, toujours dans la question des incidents de Genève. La presse américaine fait état de ces incidents sous de gros titres et la solidarité journalistique joue son rôle. Les autorités genevoises apparaissent comme les méchants et les journalistes du corps de presse de la Maison Blanche comme les victimes.³

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#2620*(B.15.50.4.Am). *Ce document est rédigé par l'Ambassadeur de Suisse à Washington, Edouard Brunner, et expédié par radio. Il est envoyé au Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, à la Division politique I, au Service du protocole et au Service presse et information. Une copie a été envoyée directement par télex à l'Observateur suisse auprès des organisations internationales à Genève, Bernard de Riedmatten.*

2 Cf. dodis.ch/54761.

3 *Le Président américain George H. W. Bush se trouve à Genève le 23 novembre de 18h40 à 21h30. À l'occasion de l'arrivée et du départ du Président ont lieu des événements – décrits du côté américain comme des bousculades et des accrochages musclés – entre des journalistes et des officiels américains et la police genevoise sur le tarmac de l'aéroport de Cointrin. Cela prend place à proximité immédiate de l'avion présidentiel, la police genevoise n'ayant pas été informée de la pratique états-unienne courante consistant à permettre aux personnes accréditées de la presse de se tenir sous l'aile de l'avion. En ce qui concerne le dispositif de sécurité lors des pourparlers entre Bush et le Président syrien Hafiz al-Assad, des tensions ont également lieu à l'hôtel Holiday Inn Crowne Plaza entre la délégation américaine et la police genevoise, cf. la compilation dodis.ch/C1680 et le dossier comme note 1. Pour un exposé des événements du point de vue des autorités genevoises, cf. dodis.ch/56827 et dodis.ch/56828.*



Les Présidents des États-Unis, Georges H. W. Bush (au centre à gauche), et de la Syrie, Hafiz al-Assad (à sa droite), lors de leur rencontre le 23 novembre à Genève, entourés de leurs conseillers, dodis.ch/57303 (CH-SNM LM-179655.7).

Le Chef du protocole, l'Ambassadeur Reed, m'a répété deux fois que pour le Département d'État l'incident était clos et que le Président Bush avait beaucoup apprécié la venue à Genève du Conseiller fédéral Felber et le Général Scowcroft l'entretien avec le Chef de notre diplomatie. L'Ambassadeur Reed a ajouté qu'il se rendait compte des difficultés que nous avons ce jour-là à Genève avec la présence simultanée de cinq chefs d'États,⁴ que la visite, bien que décidée au dernier moment, avait été bien préparée du côté suisse, que le Président n'avait rien remarqué de tous ces incidents et que lui, Reed, avait donné des instructions aux ambassadeurs des États-Unis à Berne⁵ et à Genève⁶ de calmer le jeu, de remercier les autorités fédérales et cantonales.

Ceci dit, l'Ambassadeur Reed a voulu quand même faire la critique de l'exercice et il a souligné les quelques points suivants:

- a) Absence de communication entre responsables américains et suisses, avec difficulté de langage à l'appui. On aurait dû penser des deux côtés de nommer un homme de liaison bilingue pour cette visite.

4 En plus de Bush et Assad, se trouvent également à Genève le 23 novembre 1990 les Présidents de l'Afghanistan, d'Israël et de la République fédérale tchèque et slovaque. Pendant que Mohammad Najibullah rencontre différents opposants afghans, cf. dodis.ch/54476, Chaim Herzog est à Genève pour des motifs privés et Václav Havel termine sa visite officielle de travail en Suisse, cf. à ce propos DDS 1990, doc. 54, dodis.ch/54814.

5 Joseph Bernard Gildenhorn.

6 Morris Berthold Abram.

- b) L'arrivée à Genève du Président était une véritable scène de jardin zoologique.
- c) D'autres incidents ont suivi à l'hôtel et dans ces conditions, Reed a regretté que le chef de police⁷ n'ait pas été présent au départ, à l'aérodrome.

À cela, Reed ajoute que si sur le plan officiel américain l'incident est clos, la presse continuera quelques jours encore à parler de ce sujet et qu'il est possible qu'il y ait des retombées négatives dans la presse américaine sur Genève, connue lieu de rencontre internationale. Le Chef de l'état-major de la Maison Blanche, le Gouverneur Sununu, partage sans doute également le point de vue de la presse.

Dans ces conditions, je me demande, si pour éviter de rester sur cette impression fâcheuse de Genève recueillie par les médias américains, qui malgré tout risque, en raison de leur influence et de leur puissance, de porter atteinte à la réputation de Genève, il ne serait pas possible de faire un geste du côté genevois à l'endroit des journalistes de la Maison Blanche qui ont accompagné le Président? On pourrait imaginer de les inviter de passer quelques jours de vacances dans un hôtel genevois et cela par exemple dans le courant de l'année 1991.⁸ Ce corps de presse, il ne faut pas l'oublier, est assez arrogant, et a l'habitude d'être gâté et choyé par le Président Bush comme pour tous les responsables politiques américains et nulle part dans ses très nombreux déplacements au cours de ces dernières années, il ne s'est produit des incidents comme ceux de Genève.

7 *Laurent Walpen.*

8 Cf. dodis.ch/54764. *Les autorités de Genève ne donnent pas suite à cette proposition.*

dodis.ch/54945

Ausserordentliche Sitzung des Bundesrats vom 21. November 1990¹

EINSICHT IN DIE FICHEN UND DIE DOSSIERS DER BUNDESANWALTSCHAFT •
EEE • CEP DMP • OTAGES EN IRAQ

Vertraulich

[Bern,] 30. November 1990

Einsicht in die Fichen und in die Dossiers der Bundesanwaltschaft

Herr Bundespräsident *Koller* stellt die Frage der Fichen und der Einsicht in die Dossiers zur Diskussion. Äusserer Anlass dieser Aussprache sind drei parlamentarische Vorstösse.² Es geht aber um die Klärung der künftigen Politik. Nach anfänglichen grossen Schwierigkeiten konnte das Verfahren für die Einsicht in die Fichen der Bundesanwaltschaft definiert werden. Diese Operation läuft gegenwärtig und nimmt bedeutend mehr Zeit und Mittel als vorgesehen in Anspruch. Nach der Einsicht in die Fichen sollte nach der geltenden Verordnung³ auch die Einsicht in die Dossiers gewährt werden. Diese Übung ist noch viel schwieriger zu verwirklichen, denn sie verursacht einen riesigen Aufwand. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Bundesrat seine ursprünglichen Absichten nicht überprüfen sollte. Denkbar ist, die Einsicht in die Dossiers nur jenen zu gewähren, die glaubhaft darlegen, dass sie durch die Registrierung einen Schaden erlitten haben. Eine solche Einschränkung müsste das Parlament wenn möglich bereits in der März-Session mit einem Bundesbeschluss beschliessen.⁴

In der Diskussion wird einhellig die Meinung vertreten, dass die Einsicht in die Fichen trotz Schwierigkeiten zu Ende geführt werden muss. Allerdings werden auch Kritiken an der Arbeit des Fichendelegierten⁵ geäussert. Die Briefe an die Betroffenen sind allzu juristisch

- 1 CH-BAR#E1003#2003/92#1* (4.32). *Dieses BR-Beschlussprot. II der 7. ausserordentlichen Sitzung des Bundesrats wurde von den Vizekanzlern Achille Casanova und François Couchepin verfasst und mit den Worten eingeleitet: «Herr Bundespräsident Koller eröffnet um 18 Uhr die Sitzung im von Wattenwylhaus und entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Bundesrat Ogi, der die Schweiz an der CEMT-Tagung in Paris zu vertreten hat.» Kopien des Protokolls gingen an die sieben Departementsvorsteher, an den Bundeskanzler sowie die beiden Vizekanzler.*
- 2 *Interpellation 90.370 Zugang Dritter zu den Fichen von Nationalrätin Francine Jeanprêtre vom 5. März 1990, Amtl. Bull. NR, 1990, III, S. 1300–1301; Interpellation 90.489 SRG. Gebührenerhöhung, Überprüfung der Strukturen, Fichen-Einsicht von Nationalrat Maximilian Reimann vom 23. März 1990, Amtl. Bull. NR, 1990, III, S. 1314–1315 und Interpellation 90.320 Sofortige und uneingeschränkte Einsicht in Fichen und Akten der Bundespolizei von der Sozialdemokratischen Fraktion vom 7. Februar 1990, für den Interpellationstext vgl. Amtl. Bull. NR, 1990, II, S. 210–211; für die Stellungnahme des Bundesrats und die Diskussion im Nationalrat dazu vgl. Amtl. Bull. NR, 1990, II, S. 198–206.*
- 3 *Verordnung über die Behandlung von Staatsschutzakten des Bundes vom 5. März 1990, AS, 1990, S. 386–390.*
- 4 *Der entsprechende Bundesbeschluss über die Einsicht in Akten der Bundesanwaltschaft wurde am 9. Oktober 1992 von den Eidgenössischen Räten mit der Einschränkung verabschiedet, dass Akteneinsicht nur dann gewährt wird, «wenn eine verzeichnete Person glaubhaft macht, dass sie einen materiellen oder ideellen Schaden erlitten hat, der mit Informationen, die aus Akten des Polizeidienstes ersichtlich sind, oder mit Handlungen von Angehörigen der Bundesanwaltschaft in Zusammenhang steht», vgl. AS, 1993, S. 375–378, hier S. 376.*
- 5 *Am 11. April 1990 ernannte der Bundesrat den ehemaligen Luzerner Regierungsrat Walter Gut zum Sonderbeauftragten für Staatsschutzakten, vgl. das BR-Prot. Nr. 749, dodis.ch/57106.*

und ohne jegliche Psychologie verfasst. Auch ist die Abdeckungspraxis zu streng und viel weniger liberal als diejenige des Ombudsmannes.⁶ Leider konnte zwischen den Herren Gut und Haefliger keine gemeinsame Praxis vereinbart werden, nicht zuletzt weil Herr Haefliger sich als Richter nicht im voraus festlegen wollte. Die Arbeitsweise des Fichendelegierten sollte überprüft und verbessert werden.

Im Rat gehen die Meinungen in bezug auf eine Begrenzung des Rechts, die Dossiers einzusehen, stark auseinander. Für Herrn Bundesrat *Cotti* ist es undenkbar, auf das bundesrätliche Versprechen⁷ zurückzukommen, wonach auch Einsicht in die Dossiers gewährt wird. Der Bundesrat würde seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. Der Rat hat dem Volk in Kenntnis der praktischen Probleme ein Versprechen abgegeben, das unbedingt erfüllt werden muss. Eine andere Haltung könnte Herr Bundesrat *Cotti* keinesfalls vertreten. Höchstens das Parlament könnte eine solche Beschränkung einführen: Die Verantwortung würde aber vom Parlament selbst getragen.

Gegenteiliger Meinung ist Herr Bundesrat *Villiger*. Die Fichen-Geschichte hat das Vertrauen in den Staat und in seine Institutionen erschüttert. Durch die sehr grosszügige Einsichtspraxis konnte leider dieses Vertrauen nicht wiederhergestellt werden. Das Gegenteil ist der Fall: die Polemik wurde aufrechterhalten und wird noch Jahre dauern, falls nun auch die Dossiers geöffnet werden. Rechtlich ist eine Beschränkung möglich, und sie sollte deshalb auch beschlossen werden. Es ist niemandem gedient, wenn dieses Kapitel der Schweizer Geschichte noch um Jahre verlängert wird. Der Rat sollte das Postulat,⁸ das «Tabula rasa» verlangt, annehmen. Es wird im Rat ebenfalls bemerkt, dass in dieser Frage das Prinzip der Verhältnismässigkeit angewendet werden sollte. Würden die Dossiers, die in der Regel ohnehin nur die Angaben der Fichen wiederholen, vernichtet, könnte man eine Begrenzung der Einsichtnahme in Erwägung ziehen. Dies ist aber nicht der Fall: damit werden die Eintragungen aufrechterhalten. Die Leute sind nicht bereit, dies einfach hinzunehmen.

Es wird angeregt, mit den Parteien darüber zu sprechen, bevor irgendwelche Schritte unternommen werden. Man sollte die Haltung des Parlamentes einschätzen können. Der Rat trifft keine Entscheide. Herr Bundespräsident *Koller* wird die Frage aufgrund der Diskussionen erneut überprüfen und entscheiden, ob er weitere Schritte vorschlagen wird oder nicht.

EEE

M. Delamuraz commente les développements des dernières semaines dans le cadre des négociations sur l'EEE. Il apparaît que les pays de l'AELE sont moins disposés à se battre et semblent devenir de moins en moins exigeants à propos des institutions.⁹ À cela s'ajoute que la CE a étonné tout le monde en avançant des exigences inattendues dans le domaine agricole.¹⁰ Enfin, à Bruxelles, les concessions que la Suisse est prête à consentir ont été publiées, ce qui a suscité en Suisse de vives réactions de la part de certains partis politiques.¹¹

6 Am 20. Dezember 1989 ernannte der Bundesrat den ehemaligen Bundesrichter Arthur Haefliger zum Ombudsmann für die Überwachung der Auskunftserteilung und der Einsichtgewährung bezüglich der in der Bundesanwaltschaft aufbewahrten Daten, vgl. BR-Prot. Nr. 2400, dodis.ch/57108.

7 Vgl. Anm. 3.

8 Postulat 90.742 Bereinigung der Fichenaffäre von Nationalrat Paul Eisenring vom 26. September 1990, Amtl. Bull. NR, 1991, II, S. 767–768.

9 Pour un exemple des positions des pays de l'AELE dans les négociations, cf. dodis.ch/55289.

10 Cf. DDS 1990, doc. 36, dodis.ch/54935.

11 Cf. par exemple l'interpellation du groupe socialiste 90.891 du 26 novembre 1990, État des négociations EEE et réexamen de la situation, Bul. of. CN, 1991, III, pp. 1251–1252.

Malgré cette situation, qui est tout sauf positive, il convient de poursuivre la négociation, de fournir l'information prévue au Parlement en lui soumettant le rapport préparé à cette occasion.¹² Par contre, sans percée politique, il est douteux que les pays de l'AELE puissent accepter une rencontre à 19, comme la CE semble le souhaiter, au cours du mois de décembre encore.¹³

M. Felber, qui est rentré avec le Président de Paris où, dans le cadre de la CSCE, il a parlé avec de nombreux chefs de gouvernement et ministres des affaires étrangères de la CE,¹⁴ est moins pessimiste. Certes, la négociation continue d'être difficile, mais la pire des choses serait de l'arrêter maintenant. Il y a encore une chance qu'il faut saisir. D'ailleurs, le rapport informatif¹⁵ en discussion part de l'idée que la négociation continue. L'adhésion n'est pas une solution réelle, car il est clair que la date de 1993 ne pourrait pas être tenue. Si l'on arrive pas à un bon accord, la solution de rechange serait un isolement pendant une certaine période de courte durée. Les chapitres 8 et 9¹⁶ du rapport sont, contrairement aux chapitres précédents, des éléments de réflexion qu'il faut soumettre au Parlement et à l'opinion publique. *M. Cotti* trouve le rapport très bien fait, mais regrette que les aspects politiques ne ressortent pas suffisamment. L'Europe est un phénomène politique avant tout. L'économie pourrait s'arranger d'un parcours en solitaire, tandis que du point de vue politique, un isolement serait très négatif. Quant à l'état des négociations, le Conseil donne l'impression de se laisser entraîner par la CE et de devoir céder toujours plus. Il convient de ne pas accélérer à tout prix la négociation et il faut éviter de montrer de l'impatience. L'important est de forger les mentalités dans notre pays, car aujourd'hui ni l'EEE ni l'adhésion ne pourraient obtenir une majorité. S'il n'est pas question d'abandonner la négociation, le Conseil doit être en mesure aussi de refuser des propositions ou exigences inacceptables.

Herr Bundesrat *Stich* ist ebenfalls sehr skeptisch in bezug auf die Möglichkeiten, einen guten EWR-Vertrag abzuschliessen. Falls die Agrarforderungen nicht drastisch reduziert werden, hätte ein solcher Vertrag überhaupt keine Chance. Trotzdem sollten die Verhandlungen weitergeführt werden. Können sie nicht zum Durchbruch gebracht werden, sollte man eine sechsmonatige Pause erwägen. Die Probleme sind bei der EG zu suchen, denn in den Hauptstädten findet die Schweizer Haltung grösseres Verständnis. Im Informationsbericht sollten die Kapitel 8 und 9 gestrichen werden, damit der Spielraum des Bundesrates grösser bleibt.

Herr Bundesrat *Villiger* bedauert, den Bericht nicht gelesen zu haben, denn dieser wurde zu spät eingereicht. Wie die EG die Schweiz behandelt, ist unerträglich. Es ist nicht akzeptabel, dass die EG während der Verhandlungen solche neuen Vorschläge im Agrarbereich macht. Für ihn steht auch die nationale Würde auf dem Spiel. Die grosszügigen Konzessionen des Bundesrates sind nicht honoriert worden. Er kann weiteren Konzessionen und Forderungen im Landwirtschaftsbereich nicht zustimmen. Vielleicht wäre es besser, eine Denkpause einzuschalten. Wir müssen den Mut haben, nein zu sagen.

12 Cf. dodis.ch/54734.

13 Voir à ce propos le fax du 10 décembre 1990 sur la rencontre, le 7 décembre, entre le Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, le Secrétaire d'État Franz Blankart, et la Ministre française déléguée aux affaires européennes, Elisabeth Guigou, dodis.ch/55324.

14 Pour les rencontres bilatérales du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, et du Président de la Confédération Arnold Koller pendant le sommet de Paris, cf. DDS 1990, doc. 51, dodis.ch/54683.

15 Cf. note 12.

16 Il s'agit très probablement des chapitres La politique de neutralité dans le nouveau contexte européen et Autres options de la politique d'intégration de la Suisse en tant qu'alternatives éventuelles au projet d'EEE. Dans la version finale du 26 novembre 1990, ces deux chapitres sont en effet séparés du reste du texte et forment une deuxième partie, alors que dans un projet précédent ils forment les chapitres 8 et 9 – l'introduction étant numérotée en 1, cf. dodis.ch/54734, notamment la table des matières, pp. 109–110.

Auch Herr Bundespräsident *Koller* hat in Brüssel positivere Töne registriert. Alle Gesprächspartner haben unterstrichen, ein EWR-Vertrag müsse realisiert werden. Die Alternative für die Schweiz wäre eine kolossale Isolation in einer Zeit, in der die EG eine sehr grosse Attraktivität aufweist. Die Verhandlungen sollten weitergeführt werden, aber ein Durchbruch müsste in den ersten Monaten des Jahres 1991 erfolgen. Wenn nicht, sollte der Rat den Mut haben, nein zu sagen, und sich Zeit nehmen, Alternativoptionen zu studieren.

Der Rat wird die Aussprache an der nächsten ordentlichen Sitzung weiterführen¹⁷ und dabei auch die Frage der Information der Öffentlichkeit definitiv beraten.

*CEP DMF*¹⁸

M. Villiger veut savoir ce que le Conseil fédéral entend dire sur le reproche qui lui est fait de n'avoir pas su conduire. Il a renforcé la réponse du Conseil fédéral, sur la base de la discussion de ce matin¹⁹ et préparé une synthèse pour les journalistes.²⁰ Si d'autres remarques devaient être encore proposées, il prie ses collègues de les lui remettre jeudi matin.

Les deux documents seront rendus publics vendredi, en meme temps que la conférence de presse de la CEP.

Pour *M. Cotti* ce rapport ne met pas en évidence des choses trop graves sauf l'absence de contrôle politique du P26.²¹ Si on peut l'expliquer historiquement, il faut dire que ce n'était pas justifiable. Il souhaiterait savoir comment ce blanc-seing a été donné et si on peut en appor-ter la preuve.

M. Villiger explique que ce mandat a été donné oralement par *M. Chevallaz* qui l'a confirmé. Après l'affaire *Bachmann*,²² le Conseil fédéral a débattu de ce problème.²³

M. Buser précise que *M. Senn*, chef EMG a informé le Conseil fédéral en 1979. Aucun procès-verbal n'existe, mais la CEP a en mains le rapport²⁴ que *M. Senn* avait présenté.

M. Delamuraz rappelle que lors du débat de 1981 au Conseil national, *M. Chevallaz* a dit que certaines organisations existaient et qu'il n'avait pas voulu en connaître le détail, pour des raisons de sécurité.²⁵ Le Parlement n'a rien trouvé à y objecter. Si le rappel historique ne justifie pas tout, il

17 *Im BR-Beschluss-Prot. II vom 26. November 1990 wurde der Bericht zur europäischen Integration besprochen. Für das Protokoll vgl. dodis.ch/54946, für den Bericht vgl. dodis.ch/54734.*

18 *Cf. aussi DDS 1990, doc. 19, dodis.ch/54937.*

19 *Cf. le PVCF de décision II du 30 novembre 1990 de la 37^{ème} séance du 21 novembre 1990, dodis.ch/56574.*

20 *Cf. le PVCF N° 2483 du 21 novembre 1990, dodis.ch/56573.*

21 *Le Conseil fédéral décide la liquidation de l'organisation secrète P-26 au 14 novembre 1990, cf. le PVCF N° 2368, dodis.ch/56590, ainsi que le PVCF de décision II du 16 novembre de la 36^{ème} séance du 14 novembre 1990, dodis.ch/54953.*

22 *L'affaire Bachmann désigne une opération d'espionage en 1979 lors de laquelle Kurt Schilling, espion mandaté par le colonel Albert Bachmann, est découvert par les autorités autrichiennes. Cette affaire met en lumière que le colonel Bachmann dirige en réalité le développement d'un service de renseignement spécial. Le colonel Bachmann est mis en retraite anticipée suite à cette affaire et le service spécial est dissout. Toutefois, le concept d'une organisation parallèle de résistance au sein des services de renseignement est ensuite revisité, ce qui donne naissance à la P-26. Cf. à ce propos la compilation dodis.ch/C1820.*

23 *Cf. par exemple le PVCF de décision II du 25 juin 1980 de la 22^{ème} séance du 25 juin 1980, dodis.ch/57107.*

24 *Le rapport de la CEP du 17 novembre 1990 déclare que «Le 5 septembre 1979, le Chef de l'EMG, le commandant de corps Senn, a présenté à l'ensemble du Conseil fédéral un exposé sur l'organisation de résistance et le Service de renseignements extraordinaires», cf. FF, 1990, III, p. 1472.*

25 *Le Conseiller fédéral Delamuraz est à l'époque le rapporteur de la Commission de gestion du Conseil national en charge de l'affaire du colonel Bachmann. Pour les paroles du Conseiller fédéral Georges-André Chevallaz, Chef du DMF, lors du débat du 3 mars 1981 cf. Bull. of. CN, 1981, I, pp. 53-55.*

n'est pas sans intérêt. Le contrôle politique devait garder ses distances pour le cas d'un échec de ces préparatifs. Enfin, il faut garder à l'esprit qu'il s'agit d'un instrument *potentiel* et non *opérationnel*.

M. Cotti pense cependant que le Conseil fédéral aurait dû être renseigné.

Otages en Iraq

M. Felber soulève la question à savoir si le Conseil fédéral peut prendre en charge les frais de rapatriement?

Le Conseil fédéral donne l'autorisation et le prie d'examiner s'il y a lieu de rembourser les frais perçus auprès des personnes déjà rapatriées antérieurement.²⁶

²⁶ Cf. le PVCF N° 2482 du 21 novembre 1990, dodis.ch/55522.

Rapport de la Division du commerce mondial–GATT du DFEP¹

CYCLE DE L'URUGUAY: CONFÉRENCE MINISTÉRIELLE DU 3–7 DÉCEMBRE 1990 À BRUXELLES

Berne, 11 décembre 1990

I. Généralités

1. Appréciation générale

La réunion ministérielle de Bruxelles n'a pas abouti. Le cycle de l'Uruguay reste néanmoins en vie. L'espoir demeure que cette négociation, qui dure depuis plus de quatre ans, puisse être conclue d'ici deux mois par un paquet de résultats substantiels. Cela grâce à quelques progrès importants accomplis à Bruxelles dans les secteurs non-agricoles et en dépit de l'impossibilité d'y réaliser la percée décisive.

Parallèlement aux négociations, s'est tenu un débat général au cours duquel le Chef de la Délégation suisse, M. le Conseiller fédéral Delamuraz (CFD) est intervenu pour souligner l'importance d'aboutir, notamment sur le front des règles, des nouveaux sujets, de l'accès au marché

¹ CH-BAR#E2010A#1999/250#1856*(787.0.3). *Ce rapport est rédigé, comme indiqué dans une annotation dans le facsimilé, «sur la base des contributions des membres de la délégation suisse». La délégation suisse est dirigée par le Chef du DFEP, le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz, secondé par le Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, le Secrétaire d'État Franz Blankart et le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur David de Pury, de l'OFAEE. Jean-Claude Piot ou Hans Popp de l'Office fédéral de l'agriculture sont prévus comme conseillers du chef de la délégation pour les questions agricoles. L'Ambassadeur William Rossier et le Ministre Rudolf Ramsauer, respectivement Chef et Chef adjoint de la Mission suisse auprès de l'AELE et du GATT à Genève, ainsi que Luzius Wasescha et Nicolas Imboden, respectivement Chef et Chef adjoint de la Division du commerce mondiale–GATT à l'OFAEE, sont les adjoints du chef de la délégation. Ce rapport est très probablement de leur fait. Pour la liste complète de la délégation, cf. le PVCF N° 2537 du 26 novembre 1990, dodis.ch/54813.*

et de l'agriculture. Il a également proposé que la relation entre l'environnement et le commerce fasse dorénavant partie des travaux du GATT. Ses collègues de l'AELE l'ont appuyé sur ce point.

Que s'est-il passé à Bruxelles? Dès avant la réunion ministérielle, la négociation d'ensemble était bloquée sur le dossier agricole.² Les États-Unis et les pays agro-exportateurs du groupe de CAIRNS refusaient d'entrer en négociation, jugeant l'offre communautaire trop faible. Cette situation ne s'est pas fondamentalement modifiée tout au long de la semaine bruxelloise.

En effet, le Conseil des ministres de la CE, qui a siégé plusieurs fois durant la Conférence, n'a pas autorisé la Commission à dépasser le mandat de négociation reflété dans l'offre agricole communautaire.³ Toute modification de la politique agricole commune lui paraissait pour l'instant inacceptable. Il apparaissait dès lors difficile de modifier fondamentalement les paramètres de la négociation, cela même si la CE a accepté jeudi d'entrer en matière sur des engagements spécifiques dans les trois volets de la négociation agricole (réduction du soutien interne, réduction des subventions à l'exportation et amélioration de l'accès au marché, ces deux derniers volets n'ayant joué qu'un rôle insignifiant dans l'offre de la CE). Bruxelles a ainsi conduit au moins à une percée méthodologique dans le secteur agricole. Pour les États-Unis et le groupe de Cairns, il s'agissait pourtant là d'un progrès insuffisant. Celui-ci n'aurait pas, en effet, entraîné obligatoirement à lui tout seul une réforme de la politique agricole commune de la CE (PAC). C'est pourquoi les agro-exportateurs ont rejeté la poursuite de la négociation durant la nuit de jeudi à vendredi.

La tendance est claire: la négociation ne pourra aboutir sans un accord substantiel sur le dossier agricole. Ce que Montréal, en décembre 1989, a déjà esquissé, Bruxelles le confirme: le Round reste l'otage du dossier agricole.

À Bruxelles, la CE a montré, sous l'influence prédominante de la France, son unité dans le refus des pressions politiques et médiatiques des États-Unis et du Groupe de CAIRNS. Elle portera toutefois aux yeux de beaucoup, avec le Japon et la Corée, la responsabilité de l'échec bruxellois. En insistant dès la première heure à la fois sur la nécessité d'entrer en négociation sur les trois volets du dossier agricole et sur celle de négocier des règles du GATT claires et précises, permettant de tenir compte des facteurs non économiques de l'agriculture, la Suisse a réussi à défendre sa position, sans se laisser placer sur le banc des accusés. Sa position deviendra néanmoins beaucoup plus délicate et plus exposée lorsque la négociation s'attaquera au «détail», c'est-à-dire notamment aux engagements chiffrés de réduction du soutien. Cette négociation aura lieu à Genève dans les deux mois qui viennent.

Le Directeur général du GATT, Arthur Dunkel, qui a reçu le mandat (cf. déclaration de clôture, Annexe 2)⁴ de débloquer la crise agricole dans les semaines qui viennent ne pourra réussir que si la CE, mais aussi d'autres pays, sont prêts à améliorer substantiellement leurs offres. Ayant démontré qu'elle ne cède pas devant la pression médiatique dans un forum réunissant quelque 2000 négociateurs et plus de 1000 journalistes, la CE pourrait, selon certains de nos collègues français, assouplir sa position dans les semaines à venir puisqu'elle a renforcé sa position vis-à-vis du monde rural et qu'elle ne désire pas porter la responsabilité d'un échec définitif de la négociation. S'ajoute à cela que même les Français admettent en privé que la politique agricole commune de la CEE finira par devoir être réformée.

Il apparaît ainsi de plus en plus probable que si la négociation réussit dans les deux mois qui viennent – et elle doit réussir de l'avis unanime de tous les ministres présents à Bruxelles – le prix pour la Suisse a de fortes chances d'en être des réformes agricoles qui iront au-delà de son

2 Sur le dossier agricole, cf. DDS 1990, doc. 36, dodis.ch/54935, ainsi que la compilation dodis.ch/C1810.

3 Sur la position de la CE, cf. dodis.ch/55370.

4 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/54822.

offre actuelle. Il nous faut de ce fait accélérer d'urgence le processus de réforme de notre politique agricole, processus que le Conseil fédéral a déjà entamé.⁵

Dans les quatorze autres domaines de la négociation, des travaux intenses ont permis de réaliser des progrès:

En matière d'accord sur les *services*, la Suisse, le Canada, le Japon et la Suède ont introduit une proposition d'annexe sectorielle sur les services financiers.⁶ CFD [Conseiller fédéral Delamuraz] a lui-même présenté ce texte à la conférence mardi dernier. De plus, huit pays se sont joints à la Suisse et aux États-Unis pour soumettre des offres d'engagements initiaux de libéralisation concrète dans différents secteurs des services. Une négociation aura lieu à cet effet dès 1991, une fois que le Round sera terminé.

Dans le secteur des services, la principale difficulté était la suivante: sous la pression d'intérêts particularistes de différents secteurs (notamment transports et télécommunications), les États-Unis avaient diminué leurs ambitions. Ils voulaient réduire la portée de la clause de la nation la plus favorisée. Un tel affaiblissement leur aurait permis de conclure des accords bilatéraux sans faire bénéficier les autres parties à l'Accord général des libéralisations ainsi obtenues. Cela était inacceptable pour de nombreux pays de petite et moyenne dimension comme la Suisse. Un assouplissement de la position des États-Unis sur ce point est intervenu durant la dernière nuit et constitue un progrès important. La percée définitive sur les services n'a néanmoins pu être réalisée faute de progrès en matière agricole.

Dans la *propriété intellectuelle*, les travaux ont beaucoup progressé à Bruxelles. Il s'agit maintenant de préserver l'acquis favorable à la Suisse. Restent essentiellement les problèmes suivants à régler au niveau ministériel:

- l'ancrage de l'accord sur la propriété intellectuelle dans le système du GATT: pour la Suisse et les autres pays industrialisés, cet ancrage est essentiel. Le résultat dépend toutefois des résultats agricoles.
- la possibilité d'exclure de la brevetabilité des domaines de la technologie: avec d'autres pays industrialisés, la Suisse veut obtenir la protection obligatoire des produits pharmaceutiques dans une quarantaine de pays, ainsi que la protection des inventions dans les domaines de la biotechnologie et du génie génétique. L'exclusion des inventions contraires aux bonnes mœurs et à l'ordre public et la possibilité d'exclure les variétés végétales, mais de les protéger par un système sui generis sont suffisantes. Ce point vital pour la Suisse, comme exportateur et comme centre de recherches, ne pourra être réglé de manière satisfaisante pour elle qu'avec un résultat substantiel dans l'agriculture et les textiles.⁷
- la durée des brevets: pour la Suisse et pour les autres pays industrialisés, il est nécessaire de fixer une durée de vingt ans. Les pays en développement, l'Australie et la Nouvelle-Zélande ne feront cette concession que s'il y a un résultat agricole satisfaisant pour eux.

Dans les *règles*, Bruxelles a permis de conclure la négociation sur les règles d'origine et sur les inspections avant embarquement ainsi que de progresser dans les sauvegardes. Peu de progrès en revanche en matière de subventions et d'antidumping, où un processus de négociation a toutefois pu être lancé sous présidence suisse.

Dans l'*accès au marché*, Bruxelles a permis un accord de principe sur le démantèlement tarifaire pour le secteur des produits pharmaceutiques. Le climat morose de la conférence n'a pas

5 Pour les discussions sur les réformes de la politique agricole suisse, cf. DDS 1990, doc. 36, dodis.ch/54935 et la compilation dodis.ch/C1810.

6 Cf. dodis.ch/54810 et dodis.ch/56730.

7 Sur l'importance de la question des brevets, cf. la prise de position du 2 octobre 1990 de la Société suisse des industries chimiques, dodis.ch/54891.

permis de progrès significatifs dans le secteur des produits tropicaux. De plus, le paquet tarifaire d'ensemble actuellement sur la table est encore très modeste, notamment à cause du manque de progrès dans l'agriculture.

Dans les *textiles*, les consultations ministérielles ont permis de jauger la marge de manœuvre de chaque participant. Cette négociation pourra aboutir rapidement, dès qu'il y aura déblocage sur l'agriculture. Elle permettra la réintégration de ce secteur dans le GATT.⁸

Ne pouvant réaliser la percée agricole, le Président uruguayen Gros-Espiell a annoncé le vendredi à 14 heures la prolongation de la négociation. Dès avant la fin de l'année, le directeur général Dunkel mènera des consultations pour tenter le déblocage agricole, de manière à permettre une intensification, dès janvier, du processus de négociation dans tous les domaines. Cette négociation aura lieu au niveau des hauts fonctionnaires. Une clôture du Round en février est ainsi envisageable. Il n'a pas été décidé si cette clôture requerrait une nouvelle réunion ministérielle.

Dans tous les domaines de la négociation et à tous les niveaux, la Suisse a joué un rôle particulièrement actif et constructif.

2. Débat général

Le débat général fut marqué par le fait que chacun, y compris les pays d'Europe de l'Est et les PVD, s'attache à reconnaître les mérites de l'ouverture au commerce mondial, des réformes économiques libérales, du respect des signaux du marché. Si ces déclarations paraissent contraster avec les résultats atteints réellement, il ne faut pas y voir d'hypocrisie, mais plus probablement la difficulté de faire coïncider le caractère national des réformes et des politiques mises en œuvre avec la coopération internationale dans laquelle elles doivent s'encadrer.

Bien que des délégations majeures comme la CE et l'Inde se soient montrées sur la défensive, l'immense majorité des participants soulignèrent leur volonté d'aboutir dans tous les domaines, et à Bruxelles encore. Il faut se réjouir de ces prises de position qui sont conformes, en fait, à l'ardeur montrée par tant de participants qui contribuèrent aux travaux de ces quatre dernières années.

Il est donc certain, en ce sens, que le terrain existe pour qu'une coopération fertile en matière d'échanges, conforme aux conditions de cette fin de siècle, se mette en place. Il n'en reste pas moins que les réticences de certains, la précipitation des autres, et le très réel fossé qui sépare les pays les plus pauvres du reste de la planète, ont constitué cette fois encore un obstacle qui ne put être franchi que partiellement.

[...]⁹

8 Cf. dodis.ch/56715.

9 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé dodis.ch/54822.

dodis.ch/55430

Entretiens du Chef du DFAE, le Conseiller fédéral Felber, avec le Vice-président soviétique Loukianov et le Ministre des affaires étrangères Chevardnadze à Moscou¹

MA VISITE À MOSCOU (30.11. AU 1.12.1990)

Berne, 12 décembre 1990

C'est à la veille de l'hiver russe que BRF [*Bundesrat Felber*] s'est rendu à Moscou, à l'invitation du MAE Chevardnadze.² La capitale de l'URSS, blême sous les gelées de novembre, montrait un visage où dominait l'anxiété des foules grises agglutinées devant des échoppes vides. La teinte générale des entretiens avec les interlocuteurs soviétiques, traduisait bien la préoccupation centrale des autorités, qui consiste à tenir le cap par-delà la mauvaise saison. Ainsi au niveau du Vice-président Loukianov (LO), tout son discours, qui reposait sur l'affirmation catégorique de l'Union, laissait transparaître les difficultés devant le changement des mentalités. «Franchir le col qui nous mène au plateau supérieur», telle était la métaphore. Edouard Chevardnadze (CHE), lui, n'est pas allé par quatre chemins pour dire le besoin vital de soutien à son pays, dans une phase de restructuration rendue plus aigüe par les conditions climatiques, les pénuries déclenchées par les tensions inter-républicaines et les déchirures du tissu socio-économique. Enfin, auprès du maire de Moscou, Gavril Popov (PO), les problèmes du quotidien ont été évoqués sans fard: un maire ne peut plus se permettre le luxe de décider de la distribution du pain, quand la substance même du pouvoir se décompose sous les coups conjoints de l'obstruction des nantis et de l'illusion des déshérités.

Le thème des réformes constitutionnelles abordé par LO[*ukianov*], et le nouveau traité d'Union proposé, détermineront la forme du marché intérieur unique voulu par Moscou. Selon LO[*ukianov*], les Républiques tout en déclarant leur souveraineté, sont unanimes à souhaiter au centre un nombre de compétences fondamentales: monétaire, défense, transports, politique étrangère, environnement. Le projet de traité, issu d'un travail préparatoire de droit comparé bien ciblé, répond à ces attentes. Toutefois, l'effort sincère et louable d'explication, voire de légitimation de LO[*ukianov*], fait ressortir en filigrane l'ambiguïté d'une situation où la frontière entre désirs et réalités est particulièrement floue.

Par contraste, la discussion bilatérale avec CHE[*vardnadze*], dense et quasi exhaustive, a mis en exergue les graves difficultés auxquelles sont confrontées les autorités soviétiques, à un stade crucial des transformations, dans à peu près tous les domaines. La décentralisation et le relâche-

1 *Notice*: CH-BAR#E2010A#1999/250#7512* (B.15.21(12)). Le Conseiller fédéral René Felber transmet cette note d'information le 12 décembre 1990 au Conseil fédéral. Elle est composée à partir de plusieurs textes de différents auteurs. La première partie, imprimée dans le *télex hebdomadaire* 49/90 du 3 décembre 1990, dodis.ch/55095, point 2 (rapides), est très probablement rédigée par le collaborateur personnel du Chef du DFAE, Pierre Combernous.

2 *L'idée initiale selon laquelle le Conseiller fédéral Felber est accompagné pour sa visite à Moscou – planifiée pour octobre déjà – par une grande délégation de représentants de la science, de l'économie et de la culture suisse, doit être revue*, cf. dodis.ch/56402 et dodis.ch/55447. Après le voyage du Chef du DFTCE, le Conseiller fédéral Adolf Ogi, à Moscou du 4 au 8 avril, il s'agit de la deuxième visite officielle d'un Conseiller fédéral en URSS en 1990, cf. dodis.ch/55716 et dodis.ch/55440.

ment de la discipline civique, les conséquences de toute une série de désastres naturels (Tchernobyl)³ ou autres (alcoolisme), font que l'URSS a besoin d'aide et CHE[*vardnadze*] ne s'en cache guère, ce n'est pas l'heure de la fausse dignité. Objectif: passer l'hiver, assurer la poursuite des réformes, 1991 étant une année cruciale du point de vue des finances. BRF [*Bundesrat Felber*] précise les modalités d'un engagement humanitaire (priorité à l'évaluation, puis à l'organisation de la distribution) et financier à moyen terme (conversion créances GRE en crédits, offres du secteur pharmaceutique) pour alléger les charges soviétiques. Au chapitre du Golfe, CHE[*vardnadze*] estime que la dernière Résolution de l'ONU⁴ est, paradoxalement, celle de l'espoir, les 45 jours prochains pourront être réservés à la recherche de solutions pacifiques. Tous les membres de la Communauté des États devront s'y mettre. BRF [*Bundesrat Felber*] expose brièvement la problématique d'intégration et les obstacles au niveau institutionnel et structurel, CHE[*vardnadze*] s'intéressant particulièrement à un processus de redistribution des compétences qui touche son pays aussi, dans le vaste contexte de la construction européenne. Enfin, CHE[*vardnadze*] souhaite connaître les expériences suisses en matière d'aide au développement, admettant implicitement la faillite (créances irrécouvrables) et les priorités erronées des Soviétiques dans ce domaine.

Finalement, l'entretien avec PO[*pov*], concret et très direct, met à nu les mécanismes de la pénurie actuelle: absence totale d'expérience des politiciens, citoyens et bureaucrates devant la démocratie, difficulté de réaliser une privatisation indispensable, montée d'intérêts antagoniques entre les tenants de l'ancienne structure et les promoteurs du changement. Les besoins immédiats dans la métropole de Moscou sont dans le rétablissement de certains approvisionnements (p. ex. œufs), l'alimentation pour petits enfants et l'accès aux médicaments de base (y compris aspirines). BRF [*Bundesrat Felber*] annonce la disponibilité du Corps suisse (SKH) pour une mission dans les délais les plus brefs (départ le 5.12.90).⁵

Entretien Chef Département (BRF [Bundesrat Felber]) avec Président Soviet Suprême et Vice-Président de l'URSS Loukianov (LO) Moscou, 30 novembre 1990⁶

C'est au Kremlin que le suppléant de Gorbatchov a reçu BRF [*Bundesrat Felber*], fort de la symbolique du siège traditionnel du pouvoir soviétique. LO[*ukianov*], chevelure argentée et visage impavide, ponctue son discours la main serrée sur un faisceau de crayons fraîchement taillés, tels un arsenal recyclé de SS-20 post-CFE.⁷ Le paradoxe est en filigrane de ses propos, à la fois affirmation de l'autorité centrale et ouverture vers une nouvelle forme de répartition de la souveraineté.

LO[*ukianov*] se félicite en premier lieu des nouveaux développements de nos relations bilatérales,⁸ notamment la concordance soviéto-suisse en faveur de la Réunion sur les minorités nationales de la CSCE.⁹ Il relève l'existence de nombreuses entreprises mixtes, et souhaite que

3 Cf. la compilation thématique Catastrophe nucléaire de Tchernobyl (1986), dodis.ch/T1833.

4 Résolution N° 678 du Conseil de sécurité de l'ONU du 29 novembre 1990, UN doc. S/RES/678.

5 Sur les actions d'entraide de la Suisse en URSS à la fin de l'année 1990, cf. la compilation dodis.ch/C1877.

6 Cette partie, imprimée dans le *télex hebdomadaire* 50/90 du 10 décembre 1990, dodis.ch/55175, point 1, est aussi rédigée par Pierre Comberous.

7 Le Conventional Forces in Europe Treaty (CFE) est signé à l'occasion du sommet de la CSCE à Paris le 19 novembre 1990 par les membres de l'OTAN et du Pacte de Varsovie, cf. DDS 1990, doc. 50, dodis.ch/54685, ainsi que la compilation thématique *Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe (FCE)*, dodis.ch/T1844.

8 Pour un aperçu des relations bilatérales, cf. dodis.ch/55296. Sur les options politiques de la Suisse à l'égard de l'URSS, cf. dodis.ch/55741. Pour la planification de la visite, cf. dodis.ch/55335.

9 Sur la réunion d'experts de la CSCE sur les minorités nationales du 1^{er} au 19 juillet 1991 à Genève, cf. la compilation dodis.ch/C1875.



Conférence de presse du 3 décembre 1990 sur le convoi humanitaire planifié pour l'Union soviétique. Depuis la gauche: le Conseiller fédéral René Felber, le Vice-chancelier Achille Casanova et le Conseiller fédéral Kaspar Villiger, dodis.ch/57304 (CH-SNM LM-179324.21).

l'Accord sur la protection des investissements¹⁰ encouragera les entrepreneurs suisses. LO[ukianov] constate que BRF [*Bundesrat Felber*] est venu à un moment crucial du processus de réformes entrepris en URSS.¹¹ Les mesures prises dans le domaine économique en direction du marché vont être assorties de changements au niveau des relations avec les Républiques. LO[ukianov] est conscient que pour rompre avec le passé il s'agit de changer les mentalités et que là réside la plus grande difficulté. Aussi les différents changements doivent-ils constituer un ensemble pour pouvoir réussir. À ceux qui s'inquiètent de la stabilité future de l'Union, LO[ukianov] répond que toutes les Républiques sont prêtes à accepter des responsabilités uniques dévolues à l'État central, telles que marché intérieur, politique étrangère, défense, transport, protection de l'environnement notamment. Il constate que si d'aucunes nient certaines compétences à Moscou, elles ne sont

10 Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques concernant la promotion et la protection réciproque des investissements du 1^{er} décembre 1990, RO, 1991, pp. 2196–2202. Le 1^{er} décembre 1990 est aussi signé un Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques concernant le règlement des prétentions financières survenues après le 1^{er} septembre 1939, cf. le PVCF N° 2351 du 14 novembre 1990, dodis.ch/55341. Pour la Déclaration d'intention sur la coopération entre le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques, qui est aussi signé à l'occasion de la visite, cf. le PVCF N° 2498 du 26 novembre 1990, dodis.ch/55335.

11 Cf. le rapport politique N° 40 de l'Ambassadeur de Suisse à Moscou, Francis Pianca, du 15 septembre 1990, dodis.ch/54848.

néanmoins pas prêtes à les assumer elles-mêmes. L'essentiel dans la situation mouvante actuelle est de garder la sérénité et la modération. LO[ukianov] souligne enfin l'importance du futur volet parlementaire de la CSCE, qui devrait constituer la «salle principale de la maison commune».

BRF [*Bundesrat Felber*] met en exergue le courage et la ténacité des dirigeants soviétiques dans leur volonté de changer les structures économiques et institutionnelles. Le partage de la souveraineté est chose difficile, mais doit aboutir à une image claire. Ceci est important, car si l'on veut encourager l'investisseur, p.ex., il doit savoir où s'adresser. Ainsi les cantons suisses, tout en gardant leur constitution, sont soumis à celle de la Confédération. Par ailleurs, si le pouvoir fédéral décide des lois, les cantons sont libres des modalités de leur application. Dès lors, tous ont des attributs de souveraineté, mais c'est un état d'esprit qui en est le ciment.

LO[ukianov] conclut, fibre juridique oblige, que la réorganisation institutionnelle, dans laquelle le modèle suisse a sa place, devra assurer des règles uniques dans le domaine économique, mais que la lutte pour le contrôle des cordons de la bourse serait très dure.

1) *Moskau-Besuch von Bundesrat Felber, 30.11.–1.12.1990*¹²

1. *Gespräch BRF [Bundesrat Felber]s mit dem Bürgermeister Moskaus, G. Popov (P.)*

P[opov] legte die schwierige Lage seiner Stadt dar. Entscheide, die im Moskauer Stadtsowjet gefällt würden, beträfen 13, 14 Mio. Menschen, nämlich 9 Mio. Moskauer, 2,5 Mio. «Pendler» und 2–3 Mio. «Auswärtige», die täglich Moskau besuchten. Die Probleme des Landes zeigten sich in «hypertrophiertem» Zustand in Moskau, das unter dem regionalen bzw. gar «subregionalen» Separatismus zu leiden habe. Lieferverpflichtungen würden gegenüber Moskau nicht mehr eingehalten, was zu den massiven Mangelsituationen geführt habe.¹³ Es handle sich zum Teil um bewusste Sabotage der Gegner der Perestrojka. Die «sozialistischen Gutsherren», sprich Kolchosen und Sowchosen, würden das im Überfluss vorhandene Getreide zurückhalten, um der Perestrojka zu schaden.

Die Hilfe des Westens, deren Annahme durch die Zentralbehörden als «mutiger Schritt» bezeichnet wird, könne nur effektiv sein, wenn gleichzeitig Massnahmen gegen diese Saboteure ergriffen würden.

P[opov] ging mit grossem Interesse auf konkrete Angebote BRF [*Bundesrat Felber*]s, wie etwa die Entsendung von Logistikspezialisten des SKH, ein. P[opov] erwartet den Höhepunkt der Versorgungsengpässe erst für Ende Februar, März.

2. *Tête-à-tête BRF [Bundesrat Felber]–Sevardnadze*

In einem 35-minütigen Tête-à-tête äusserte sich Sevardnadze (S.) zu Fragen der «Erneuerung der Union». Eine vollständige «Dezentralisierung», wie sie einige Republiken voreilig anstrebten, sei in der UdSSR aus zwei Gründen nicht möglich:

- a) Es gebe einen riesigen «Verteidigungssektor», dessen Kontrolle in einer Hand verbleiben müsse.
- b) Der Charakter der Wirtschaft (riesige Betriebe etwa in der Metallurgie könnten nicht dezentralisiert werden).

12 Dieser Teil wurde ebenfalls im Wochentelex 50/90 vom 10. Dezember 1990, dodis.ch/55175, Punkt 1 abgedruckt. Er entspricht dem Text des Telegramms Nr. 314 von Botschafter Pianca, an die Politische Abteilung I des EDA vom 4. Dezember 1990, Dossier wie Anm. 1. Redigiert wurde er wahrscheinlich von Minister Stefan Speck, dem ersten Mitarbeiter der Botschaft in Moskau.

13 Zur Versorgungskrise in Moskau vgl. den von Minister Speck redigierten Politischen Bericht Nr. 38 von Botschafter Pianca an das Politische Sekretariat des EDA vom 7. September 1990, dodis.ch/54871.

S[evardnadze] stellt bei den Republiken, die lautstark ihre Souveränität reklamieren, eine «widersprüchliche Haltung» fest. Einerseits sprächen sie von einem Austritt aus der Union, andererseits verlangten sie von den Zentralorganen weitgehende Konzessionen im Wirtschaftsbereich.

Laut *S[evardnadze]* macht man sich im Westen vielfach keinen Begriff von der Komplexheit der Situation. Westliche Kollegen stellten ihm die Frage, weshalb Moskau etwa die Balten nicht ziehen lasse.¹⁴ Man vergesse dabei, dass etwa Lettland 48% Russen aufweise. Die Bevölkerung Rigas bestehe gar zu 72% aus Russen. Diese Menschen stellten den «organisiertesten» Teil der Bevölkerung. Einen Austritt Lettlands aus der Union würden sie nicht hinnehmen. Ähnliches gelte für Estland. Insgesamt lebten 60 Mio. Sowjetbürger ausserhalb ihrer Heimatrepublik. Eine «Entflechtung» dieser Verhältnisse sei ohne Bürgerkrieg gar nicht möglich. *S[evardnadze]* gab sich jedoch mittelfristig zuversichtlich. Die weltweiten Integrationsbestrebungen würden sich auch in der SU schliesslich durchsetzen.

BRF [*Bundesrat Felber*] erläuterte die Grundzüge des Schweizer Föderalismus.

3. Gespräche BRF [*Bundesrat Felber*]-*Sevardnadze*

Hilfe für sowjetische Bevölkerung

Von BRF [*Bundesrat Felber*] auf die Möglichkeiten schweizerischer Hilfe angesprochen, bestätigte *S[evardnadze]*, dass das Land «schwere Probleme» habe. Diese seien durch die «Erneuerung auf allen Gebieten» bedingt. Hinzu kämen Naturkatastrophen und Tschernobyl.¹⁵ Man habe dieses Unglück in der ersten Zeit verharmlost.

S[evardnadze] erklärte nach der Übergabe von Listen mit benötigten Hilfsgütern an BRF [*Bundesrat Felber*], weshalb gerade Moskau und Leningrad in einer schwierigen Lage seien. Man habe zwar dieses Jahr eine gute Ernte zu verzeichnen gehabt, aber in Verbindung mit der «Dezentralisierung» und der «Schwächung staatlicher Disziplin» würden die Städte nicht mehr lückenlos versorgt. Hinzu komme die Tendenz der Sowchosen und Kolchosen, das Getreide zurückzubehalten und damit das Vieh zu füttern. Das Fleisch gelange aber erst in einigen Monaten auf den Markt. Es gelte, diese Monate zu überbrücken.

Golf

Laut *S[evardnadze]* stand bei der letzten Sicherheitsratsresolution¹⁶ das Bestreben, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu bewirken, Gevatter, dies obwohl das Dokument die Anwendung von Gewalt sanktioniere. Tarek Aziz sei bei seinem jüngsten Moskaubesuch «kategorisch» aufgefordert worden, Kuwait zu räumen. Die SU habe nicht die Absicht, sich an militärischen Aktionen gegen den Irak zu beteiligen. Man habe den irakischen Aussenminister aber gewarnt, dass die SU bereit sei, «sehr entschlossene Massnahmen» zu ergreifen, wenn auch nur einer der Geiseln, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, ein Haar gekrümmt werde. *S[evardnadze]* erhofft sich von der Resolution eine «Aktivierung der Friedensbemühungen». Der Generalsekretär¹⁷ könne im Namen der ständigen Mitglieder des SK auftreten und plane eine Reise in die Region. Man sei sich auch einig, dass der Kontakt mit dem Irak nicht abgebrochen werden dürfe.

S[evardnadze] hofft einerseits auf die «Aktivierung des arabischen Faktors». Ein sowjetischer Vizeausserminister¹⁸ habe kürzlich zu diesem Zweck sämtliche arabischen Hauptstädte

14 Zur Haltung der Schweiz gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten vgl. DDS 1990, Dok. 61, dodis.ch/54526.

15 Vgl. die thematische Zusammenstellung Nuklearkatastrophe von Tschernobyl (1986), dodis.ch/T1833.

16 Vgl. Anm. 4.

17 Javier Pérez de Cuéllar.

18 Alexander Michailowitsch Belonogow.

aufgesucht. Andererseits könnten laut *S[evardnadze]* auch die Europäer mehr zur Lösung des Konflikts beitragen, und zwar kollektiv (EG) und im Alleingang. Auch die Schweiz könnte das ihre dazu beitragen. *S[evardnadze]* spricht sich gegen irgendwelche künstlichen «Links» aus. So sei etwa die irakische Haltung, das Kuwait-Problem könne nur zusammen mit der Palästinafrage gelöst werden, «absurd». Andererseits lehne die SU aber auch die These ab, wonach zuerst die Golfkrise liquidiert werden müsse und erst dann das arabisch-israelische Problem neu aufgerollt werden könne. Moskau trete für paralleles Handeln in beiden Krisen ein.

S[evardnadze] gab sich abschliessend zuversichtlich, dass es die «Verschnaufpause» von 45 Tagen gestatten werde, eine friedliche Lösung zu finden.

Europa

BRF [*Bundesrat Felber*] legte ausführlich die Integrationspolitik des Bundesrates dar.¹⁹

S[evardnadze] betonte seinerseits, die SU habe sich verschiedentlich für einen «einheitlichen europäischen Raum» in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ausgesprochen. Die SU habe aber naturgemäss grössere Schwierigkeiten als die Schweiz, «sich zu integrieren». Immerhin bemühe man sich, die Beziehungen zur EG zu intensivieren. Man habe ein Rahmenabkommen und mehrere sektorielle Abkommen abgeschlossen. Man strebe nun sowjetischerseits nach einem «noch globaleren» Vertrag.

KSZE

Botschafter Derjabin (KSZE-Abteilung im AM) hob die fruchtbare Zusammenarbeit insbesondere im Hinblick auf das Seminar über Minderheitenfragen hervor.²⁰ Die sowjetische Seite ist auch an einer sehr engen Koordination mit der Schweiz in Sachen friedliche Erledigung von Streitfällen interessiert.²¹

*Verschiedenes*²²

Ebenfalls interessiert – angesichts der unbefriedigenden Resultate sowjetischer Anstrengungen – zeigte sich *S[evardnadze]* an einem Erfahrungsaustausch in Sachen Entwicklungshilfe. Er regte ein Expertentreffen in einem Land an, wo sowohl die UdSSR wie auch die Schweiz engagiert sind (z. B. Mozambique).²³ Zu Südafrika meint *S[evardnadze]*, dass man angesichts der feststellbaren Reformanstrengungen der Regierung die Sanktionspolitik überdenken sollte. Schliesslich äusserte die sowjetische Seite ebenfalls Interesse an einem Gedankenaustausch betreffend die Rolle internationaler Wirtschafts- und Finanzinstitutionen (OECD, BERD, IMF, Weltbank) sowie im Bereich Drogenbekämpfung.

19 Zum Stand der Verhandlungen über den EWR-Vertrag Ende November 1990 vgl. DDS 1990, Dok. 56, dodis.ch/54945.

20 Zum KSZE-Expertentreffen über nationale Minderheiten vom 1. bis 19. Juli 1991 in Genf vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1875.

21 Zum KSZE-Expertentreffen zu Streitschlichtungsmethoden vom 15. Januar bis 5. Februar 1991 in Valletta vgl. die Zusammenstellung dodis.ch/C1819. Vgl. auch DDS 1990, Dok. 34, dodis.ch/56205 und Dok. 50, dodis.ch/54685.

22 Auch dieser Abschnitt wurde im Wochentelex 50/90 vom 10. Dezember 1990, dodis.ch/55175, Punkt 1 reproduziert. Er war allerdings nicht Teil des Telegramms Nr. 314 von Botschafter Pianca an das EDA vom 4. Dezember 1990, vgl. Anm. 12.

23 Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit u. a. mit Mosambik vgl. DDS 1990, Dok. 17, dodis.ch/56083.

1) *Moskau-Besuch von Bundesrat Felber*²⁴
*Finanz- und Handelsfragen*²⁵

Seit einigen Monaten häufen sich die Zahlungsrückstände der UdSSR gegenüber dem Ausland, so dass die Abwicklung bestehender Verträge und die Lieferungen von Waren, für die ein kontinuierlicher Bedarf besteht, wie zum Beispiel Heilmittel und Chemikalien, gefährdet sind. Die grösseren europäischen Länder haben dafür der Sowjetunion Milliardenkredite eingeräumt, mit denen verfallene Verpflichtungen abgelöst und neue Geschäfte ermöglicht werden sollen. Die Unionsbehörden haben sich offensichtlich darauf eingestellt, sich auf diese Weise aus der Devisenklemme helfen zu lassen. Gegenüber schweizerischen Firmen sind nach Meldungen an unsere Botschaft gegen 300 Millionen Zahlungsrückstände aufgelaufen. BRF [Bundesrat Felber] legte S[evardnadze] und dem an den Gesprächen für diesen Teil anwesenden Vizeminister Obminsky dar, dass im Gegensatz zu anderen Ländern der Bund nicht selbst Mittel zur Exportfinanzierung zur Verfügung stellt und deshalb eine Ablösung der Rückstände durch einen Bundeskredit jedenfalls kurzfristig nicht möglich sei. Hingegen liegen von der chemischen Industrie und den Firmen, die ihre Forderungen durch die ERG versichern liessen, Offerten vor, welche im Ergebnis für die UdSSR eine mindestens ebenso günstige Lösung bringen. Insgesamt wurden ihr Kredite von über 300 Millionen Franken angeboten, zum Teil ohne Zinsen. Obminsky versprach, diese Offerten zu prüfen.

Botschafter Arioli erläuterte diese Offerten auch dem Vizepräsidenten der Staatsbank, dem Vizeminister des Aussenhandelsministeriums sowie der Aussenhandelsbank.²⁶ In all diesen Gesprächen wurde von sowjetischer Seite unterstrichen, dass die Union in den Jahren 1991 und 1992 hohe Auslandsverpflichtungen zu begleichen habe, und deshalb eine Entlastung über längerfristige Kredite suche. Es wurde aber auch klar, dass die Behördenstrukturen zur Behandlung dieser Fragen durch eine neue Aufgabenteilung unter den verschiedenen angesprochenen Stellen, durch den Vorbehalt wichtiger Entscheidungen durch den Ministerrat selbst und vor allem durch den Versuch, die Republiken an der Haftung für Auslandschulden zu beteiligen, ausserordentlich schwerfällig geworden sind.

24 Dieser Teil wurde nicht im Wochentelex abgedruckt. Er wurde höchstwahrscheinlich vom zuständigen Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, Botschafter Silvio Arioli, verfasst, der Bundesrat Felber nach Moskau begleitet hatte.

25 Zur Wirtschaftssituation in der UdSSR und den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der UdSSR vgl. dodis.ch/55293.

26 Waleri Alexandrowitsch Pekschew, Gairai Faisulajewitsch Rachimbajew resp. Igor Alexandrowitsch Ipatow. Zu den Gesprächen vgl. dodis.ch/55738.

dodis.ch/54750

Le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, l'Ambassadeur Girard¹

RAPPORT SUR LA MISSION DE L'AMBASSADEUR PIERRE-LOUIS GIRARD EN AMÉRIQUE LATINE (ARGENTINE/CHILI/ÉQUATEUR/COLOMBIE/VENEZUELA/JAMAÏQUE) DU 22 NOVEMBRE AU 11 DÉCEMBRE 1990

À l'usage exclusif du service

Berne, 14 décembre 1990

Cadre et programme de la visite

Une délégation de l'OFAEE composée de l'Ambassadeur P.-L. Girard, Délégué aux accords commerciaux, et de J.-J. Maeder, Chef du Service Amérique latine, a effectué entre le 22 novembre et le 11 décembre 1990 une mission dans six pays latino-américains et des Caraïbes (Argentine, Chili, Équateur, Colombie, Venezuela, Jamaïque). À chaque étape, la délégation a eu des contacts à haut niveau avec les principaux responsables de la politique économique – dont les ministres de l'économie, des finances et les gouverneurs de la Banque Centrale – ainsi qu'avec les représentants des associations faïtières du secteur privé national et des communautés d'hommes d'affaires suisses. Le programme extrêmement serré et substantiel (voir annexe)² a bénéficié du soutien efficace de la part de nos représentations diplomatiques et consulaires dans les divers pays visités, auxquelles la délégation tient à exprimer ici ses sincères remerciements.

Objectifs³

Le but du voyage était triple:

- Finaliser un accord de consolidation de dettes de 249 millions de frs avec l'Argentine⁴ et procéder à la signature d'accords de crédits mixtes de 60 millions de frs avec le Chili⁵ et de 40 millions de frs avec la Colombie⁶ ainsi que d'un accord de protection et de promotion des investissements avec la Jamaïque.⁷
- Discuter divers problèmes spécifiques bilatéraux (arriérés de paiements, protection de la propriété intellectuelle, prix et enregistrement des produits pharmaceutiques, discrimination des maisons suisses établies dans les pays du Pacte andin au plan des échanges intrarégionaux, etc.), identifier des nouveaux axes de coopération et jeter les bases d'un renforcement du cadre contractuel de nature à relancer les relations économiques Suisse–Amérique la-

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#1907* (C.41.110.0(3)). *Le rapport est rédigé et signé par Jean-Jacques Maeder, Chef de la Section pays industrialisés latino-américains à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures (OFAEE) du DFEP. Maeder accompagne l'Ambassadeur Pierre-Louis Girard, Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux et Chef du Service développement, pays de développement à l'OFAEE, pour cette mission en Amérique latine.*

2 Cf. le facsimilé dodis.ch/54750.

3 Pour la préparation de la mission, cf. dodis.ch/54659.

4 Cf. le PVCF N° 617 du 19 mars 1990, dodis.ch/56069.

5 Cf. le PVCF N° 2386 du 14 novembre 1990, dodis.ch/54783.

6 Cf. le PVCF N° 2452 du 21 novembre 1990, dodis.ch/56445.

7 Cf. la lettre de Marino Baldi, Vice-directeur à la Division des exportations et importations de l'OFAEE, du 14 août 1989, dodis.ch/56701.

tine/Caraïbes. La délégation a en particulier réitéré l'intérêt et la disponibilité de la Suisse à conclure, respectivement à réactiver la négociation d'APPI et/ou de conventions de double imposition (CDI) avec tous les 6 pays visités.⁸

Les discussions ont également donné l'occasion d'exprimer la disponibilité de la Suisse à soutenir, dans le cadre du volet commercial de son programme de coopération au développement, les efforts de ces pays en vue de l'expansion et de la diversification de leurs exportations.

- Procéder à un large échange de vues sur les efforts d'ajustement interne, de libéralisation des échanges et d'insertion des pays concernés dans l'économie mondiale ainsi que sur les mouvements d'intégration entre États latino-américains et avec leurs voisins du Nord.

Appréciation d'ensemble

La visite a pris place sur la toile de fond actuelle posée par la préoccupation des gouvernements visités quant à la tournure des négociations de l'Uruguay Round⁹ et le risque inhérent de résurgences protectionnistes, par les espoirs engendrés en relation avec la visite du Président Bush et la concrétisation de son «Initiative for the Americas» de même que par le nouvel élan insufflé à la coopération régionale lors du sommet des Chefs d'État du Pacte andin à La Paz. Sous le leadership vénézuélien, le Groupe envisage de se transformer en zone de libre-échange jusqu'en 1992 et en marché commun jusqu'en 1995 (délai de réflexion de 6 mois accordé à l'Équateur pour participer).

Ces entretiens ont mis en évidence la prise de conscience profonde des nouvelles équipes gouvernementales en place sur le caractère inéluctable d'ouverture et de libéralisation des économies de la région. La cohérence et la qualité – même si c'est à des degrés divers – des politiques exposées confortent l'espoir d'une possibilité de progrès en matière d'assainissement de la situation économique et financière régionale. À relever toutefois une certaine fragilité politique des gouvernements et institutions en place (cf. nouvelle rébellion militaire en Argentine, coalition boiteuse des partis politiques en Colombie,¹⁰ isolement des dirigeants au pouvoir au Venezuela), les lourdes contraintes posées par le service de la dette extérieure ainsi que l'existence d'une situation sociale caractérisée par des carences et inégalités souvent criantes.

Les pays de la région restent confrontés aux défis, d'une part, de la réforme en profondeur des structures économiques – en impliquant un secteur privé généralement sclérosé par les politiques protectionnistes suivies jusqu'ici – qui leur permettront de faire valoir leurs avantages comparatifs et potentialités au sein d'un monde marqué par une internationalisation croissante des activités de production et par les risques de compartimentation des marchés et, d'autre part, de l'intégration, dans le cadre d'un processus démocratique, de couches sociales et ethniques que tout sépare encore dans nombre de cas.

La mission a permis de constater le crédit dont jouissent la Confédération et l'économie suisse dans les pays visités. Elle a été perçue par ces derniers comme l'expression de l'intérêt suisse à un renforcement et une dynamisation des relations économiques et de sa disponibilité à des mesures d'appui additionnelles à leurs efforts de développement. Sa signification politique en a été vivement appréciée dans le contexte international actuel dominé par des développements extrarégionaux (intégration européenne, coopération avec les pays de l'Est, etc.). La mission a posé

8 Cf. la lettre du 1^{er} novembre 1990 d'Alexis Lautenberg, Chef du Service économique et financier du DFAE, à l'Ambassadeur Girard, dodis.ch/54590.

9 Sur les négociations du cycle de l'Uruguay, cf. DDS 1990, doc. 20, dodis.ch/54816 et doc. 57, dodis.ch/54822.

10 Cf. le compte rendu du voyage en Colombie en août 1990 de l'Ambassadeur Pierre-Yves Simonin, Directeur adjoint de la Direction politique du DFAE, dans le télex hebdomadaire 33/90 du 13 août 1990, dodis.ch/55153, point 2.

les premiers jalons pour toute une série d'actions concrètes dans les secteurs des investissements, du commerce, de l'aide financière et de la collaboration au niveau privé.

Questions bilatérales

En termes concrets, ces visites ont permis de dégager les perspectives suivantes:

Argentine:¹¹

L'APPI, qui se trouve à un état de négociation avancé, devrait pouvoir être finalisé à l'occasion de la visite prévue par le Président Menem en Suisse début février 1991.¹² La question de l'ouverture de discussions relatives à une CDI pourrait être examinée en parallèle. Au chapitre des conditions-cadre susceptibles de renforcer la collaboration industrielle, les discussions ont également porté sur une possible amélioration de la protection de la *propriété intellectuelle*.

La délégation suisse a soulevé le problème de la *Société nationale de réassurance (INDER)*, qui bénéficie d'un monopole d'État (60%) dans une situation proche de la faillite.

La partie argentine a saisi l'occasion du paraphe de l'accord de consolidation de dettes pour exprimer l'attente d'une prompt *réactivation de la GRE*.

Chili:¹³

Il a été convenu de reprendre les pourparlers en matière d'APPI dans les premiers mois de 1991. Les interlocuteurs chiliens ont également manifesté spontanément leur intérêt à ouvrir en même temps des discussions sur une CDI. Un mémo rappelant notre position de principe en matière de *propriété intellectuelle* a été remis aux autorités chiliennes, visant à amender certaines dispositions-clé de la loi récemment adoptée par le Parlement. La délégation suisse a par ailleurs accepté de considérer une éventuelle candidature chilienne pour un poste de délégué au *Service de promotion des investissements (IPS)* de l'ONUDI à Zurich.

Dans le cadre d'échanges de vues sur nos possibilités de promotion du commerce bilatéral, les représentants des ministères chiliens de l'économie et des finances ont, de leur côté, évoqué l'idée d'un *accord de libre-échange* entre les deux pays. L'idée méritera d'être approfondie ultérieurement, en fonction des résultats de l'Uruguay Round.

Équateur:¹⁴

Les entretiens ont mis l'accent sur la nécessité pour l'Équateur de présenter rapidement des *projets* permettant d'avancer dans l'ouverture du *crédit mixte* envisagé depuis 2 ans déjà.¹⁵ Les critères suisses en la matière ont été rappelés une fois de plus. Dans le cadre dudit crédit, les autorités équatoriennes auraient souhaité pouvoir financer une mission de deux *experts suisses* pour assainir et restructurer l'*Institut national d'électricité (INECEL)*. L'instrument en question ne se prêtant pas à ce type d'opération, la partie suisse a offert d'éclaircir la possibilité d'utiliser à

11 Pour les entretiens de l'Ambassadeur Girard en Argentine, cf. dodis.ch/54751. Pour une évaluation des relations économiques bilatérales, cf. dodis.ch/54838.

12 Accord entre la Confédération suisse et la République Argentine concernant la promotion et la protection réciproque des investissements conclu le 12 avril 1991 et entré en vigueur le 6 juin 1992, cf. RO 1999, pp. 1598–1606. Sur la visite de Carlos Menem dans le cadre de sa participation au Forum de Davos en 1991, cf. dodis.ch/55846.

13 Pour les entretiens de l'Ambassadeur Girard au Chili, cf. dodis.ch/54752. Pour une évaluation des relations économiques bilatérales, cf. dodis.ch/54766.

14 Pour l'entretien de l'Ambassadeur Girard en Équateur, cf. dodis.ch/54753.

15 Cf. le rapport de la mission de l'OFAEE d'août 1990 pour l'octroi de crédits mixtes en Amérique latine, dodis.ch/56524.

cette fin les fonds suisses de préinvestissement auprès de la Banque interaméricaine de développement et de la Banque mondiale.

La délégation suisse a confirmé sa disponibilité à appuyer la procédure *d'accession de l'Équateur au GATT* – envisagée à moyen terme suivant l'issue de l'Uruguay Round – ainsi que les efforts de *promotion industrielle et commerciale*, notamment par les activités de l'IPS de l'ONUDI à Zurich et par des séminaires et autres travaux d'approche du marché suisse organisés par le *Centre du commerce international* du GATT/CNUCED à Genève et au *plan bilatéral* (séminaire itinérant/AMSUD II); à ce sujet, la partie équatorienne a remis une liste de produits qui pourraient être considérés.

En réponse à une requête équatorienne, la partie suisse a enfin pu mettre en perspective les possibilités en matière de *désendettement* offertes par l'ouverture d'un *crédit d'aide financière supplémentaire* à l'occasion du 700^{ème} anniversaire de la Confédération.¹⁶ Les obligations de l'Équateur au titre de *l'accord de consolidation de dettes* en cours d'exécution ont par ailleurs été rappelés.

*Colombie:*¹⁷

Les appels de la délégation suisse visant l'ouverture de négociations en vue d'un APPI et d'une CDI n'ont, de prime abord, recueilli qu'un écho limité. La conclusion de tels accords reste toutefois un objectif à moyen terme. La partie suisse a plaidé en faveur d'une suppression des *discriminations des entreprises étrangères* en Colombie (enregistrement des réinvestissements) et au sein du Pacte andin (décision 220), d'une amélioration de la *propriété intellectuelle* ainsi que de divers ajustements en particulier pour *l'industrie pharmaceutique* (prix).

Au plan commercial, la partie colombienne a fait référence – de manière plus insistante que les interlocuteurs d'autres pays – aux *préférences tarifaires* offertes par la CEE aux pays andins en relation avec leur lutte contre la drogue. À ce propos, la délégation suisse a renvoyé aux allègements sur les produits tropicaux envisagés dans le cadre de l'Uruguay Round.

Du côté suisse, on a par ailleurs soulevé un problème d'amendement de contrat pour la construction du *métro de Medellin* et de paiements en souffrance touchant notamment la société *Electrowatt* et la *GRE*. Aux dernières nouvelles, ce problème semblerait en voie d'être résolu grâce à la garantie donnée à ce projet par le Gouvernement Gaviria. La délégation est également intervenue en faveur de la maison *Leica*, apparemment défavorisée dans un appel d'offres du *Centre international de photointerprétation* de Bogota (lié à l'IGAC).

Il a aussi été question de *coopération technique* de la DDA, la non (plus) éligibilité de la Colombie pour un soutien direct (en dehors de petites actions de l'Ambassade et des ONG) étant ressentie comme une mesure de graduation de ce pays.

Finalement, les représentants de la communauté économique helvétique se sont enquis sur la possibilité d'un meilleur soutien de la Confédération à *l'école suisse* de Bogota.

*Venezuela:*¹⁸

La réaction à la démarche suisse visant une amélioration des conditions-cadre pour les investissements a été très positive. Pour ce qui est de la *propriété intellectuelle*, la partie vénézuélienne a indiqué qu'elle soutiendrait vigoureusement l'adoption d'une nouvelle loi annoncée pour 1991 et incluant tous les secteurs industriels (y compris les pharmaceutiques).¹⁹ Quant à la question

16 *Sur les mesures de désendettement supplémentaires à l'occasion du 700^{ème} anniversaire de la Confédération, cf. la compilation dodis.ch/C1755.*

17 *Pour les entretiens de l'Ambassadeur Girard en Colombie, cf. dodis.ch/54754.*

18 *Pour les entretiens de l'Ambassadeur Girard au Venezuela, cf. dodis.ch/54755.*

19 *Cf. dodis.ch/56704.*

d'un APPI, il a été convenu de commencer dès que possible des consultations entre experts à Caracas ou à Berne. Préalablement, les autorités vénézuéliennes nous feront parvenir une première appréciation du texte modèle suisse (une version espagnole est en préparation à l'Ambassade à Caracas). De leur côté, des représentants du MAE vénézuélien ont remis leur propre texte standard élaboré sur la base des accords signés avec l'Espagne et l'Italie (l'Ambassade prépare une traduction française en vue d'un examen plus approfondi par nos services). L'intérêt à une CDI a également été vif. La partie vénézuélienne attend une proposition de l'AFC en vue d'entamer les pourparlers, si possible parallèlement à l'APPI. Elle nous enverra une copie du texte conclu depuis peu avec l'Italie et en discussion avec la Suède ainsi que d'autres pays.

Dans le cadre de son *programme de privatisation*, le Gouvernement vénézuélien a émis le souhait de voir des entreprises suisses s'intéresser notamment aux secteurs du *tourisme* et des *transports*: projet de vente de la compagnie aérienne VIASA. À ce propos, la partie suisse a rappelé notre intérêt à la conclusion rapide d'un *accord sur les transports aériens* et indiqué que des négociations étaient prévues entre autorités compétentes des deux pays pour le début 1991 à Berne.

En réponse à une demande d'appui de la partie vénézuélienne pour la réalisation de *projets d'investissements* concrets, la délégation suisse a notamment renvoyé aux possibilités offertes par l'IPS de l'ONUDI à Zurich.

En matière de gestion de la *dette*, l'accent a été mis sur l'accord de restructuration intervenu avec les *banques commerciales* pour un montant de 20 milliards de US\$. Alors que la question des dettes du *secteur privé vénézuélien* se trouve en voie de règlement (prise en charge partielle du risque de change par le Gouvernement pour les anciennes affaires bénéficiant du cours préférentiel de l'époque), le Venezuela n'envisage pas, pour le moment, un rééchelonnement au *Club de Paris*.

Le Venezuela fait un gros effort de *diversification* de son économie, excessivement dominée par le pétrole. À côté du tourisme, la *promotion commerciale* est axée sur les produits tropicaux qui seront à l'honneur lors de la participation, confirmée, du Venezuela au prochain *Comptoir Suisse*. L'institut du commerce extérieur (ICE) compte à cette fin sur l'appui des services de l'OSEC et du VSIG.

*Jamaïque:*²⁰

Concernant les *échanges commerciaux*, présentant des chiffres particulièrement insatisfaisants pour la Jamaïque, la délégation suisse a évoqué la possibilité d'un soutien au titre de nos mesures de promotion (études et séminaires sur le marché suisse, organisés par le CCI du GATT/CNUCED ou sur une *base bilatérale*).

Au plan des investissements, la partie jamaïcaine espère que la présente conclusion de l'APPI²¹ – à compléter dans un proche avenir par une CDI (visite prévue du Vice-directeur Lüthi de l'AFC pour le 12.2.1991) – favorisera la création de *joint-ventures*, notamment dans le secteur du *tourisme* et de l'*hôtellerie*. Dans ce dernier domaine, il y aurait lieu de clarifier la possibilité de *bourses d'études* par le DFAE et le DFI. Une collaboration est également souhaitée avec l'*Institut des HEI* de Genève.

La protection de la *propriété intellectuelle* devrait vraisemblablement connaître des améliorations au cours de l'année prochaine, sous forme d'une nouvelle loi sur les droits d'auteur (copyright) ainsi que d'une actualisation de l'ancienne loi sur les brevets datant des années 30.

20 Pour les entretiens de l'Ambassadeur Girard en Jamaïque, cf. dodis.ch/56717.

21 Accord entre la Confédération suisse et le Gouvernement de la Jamaïque concernant la promotion et la protection réciproques des investissements du 11 décembre 1990, RO, 1990, pp. 2142–2148. Sur les négociations précédant cet accord, cf. dodis.ch/56701.

La question d'un *crédit mixte* a été évoquée à l'initiative jamaïcaine (Ambassadeur A. Hill). L'éligibilité de ce pays ne faisant guère de doute, un éventuel crédit dépendrait de l'existence de projets répondant à nos critères habituels. L'OFAEE documentera les autorités jamaïcaines intéressées, tandis que ces dernières feront parvenir à Berne des informations sur les projets industriels ou d'infrastructure qui pourraient entrer en ligne de compte.

La délégation suisse a remis un aide-mémoire²² concernant des *arriérés de paiement* au titre de notre *accord de consolidation* de 1985.

Divers

La délégation a saisi l'occasion de ses entretiens avec les représentants des divers ministères des finances et des Banques Centrales pour dissiper tout malentendu concernant les conséquences éventuelles de la procédure d'*adhésion de la Suisse au FMI et à la Banque mondiale* sur la représentation des pays en développement, notamment latino-américains, au Conseil d'administration de ces institutions.

Le coordinateur de la dette extérieure au ministère des finances du *Chili* a sollicité une participation (au moins symbolique) des banques suisses à une souscription de *bons de l'État*. Jusqu'ici, nos banques ont décliné une telle participation en invoquant apparemment la *provision* imposée sur ces opérations par la *Commission fédérale des banques*. Le problème de cette provision, appliquée sans différenciation selon les pays débiteurs concernés, a également été soulevée au *Venezuela*. L'appui attendu des banques suisses dans le cadre d'accords de principe conclus par l'*Équateur* et la *Colombie* avec le Club de Londres ne devrait en revanche pas se heurter à cette difficulté, s'agissant en l'occurrence de simples restructurations sans apport de financements frais.

La Banque Centrale du *Venezuela* a par ailleurs demandé l'assistance de la *BNS* en matière de raffinement et de transactions d'*or*.

²² Cf. dodis.ch/56717, annexe 4.

dodis.ch/55703

Extrait

Séance du 14 décembre 1990 du Conseil national¹

LA CRISE DU GOLFE ET LA SUISSE. INTERVENTIONS PERSONELLES

[Berne,] 14 décembre 1990

[...]²

M. Felber, Conseiller fédéral:

Permettez-moi tout d'abord de commencer la réponse que nous devons aux interpellateurs et à votre conseil en exprimant la satisfaction du Conseil fédéral devant le fait que tous les otages retenus contre leur volonté en Irak, les six derniers sont rentrés hier soir à 17h35, sont rapatriés. Nous constatons également que la solidarité internationale et les pressions exercées sur l'Irak ont sans doute été un élément de modification de la politique irakienne dans le domaine des otages.

Le conflit est entré dans son cinquième mois. Faut-il rappeler la position du Conseil fédéral? On se souviendra qu'il a condamné l'occupation à l'annexion du Koweït³ ainsi que toutes les autres violations du droit international par les autorités irakiennes. Le Conseil fédéral demande au gouvernement irakien de se conformer aux résolutions des Nations Unies. Le Conseil fédéral estime que la neutralité de la Suisse ne doit pas l'empêcher de participer à l'embargo décidé par l'ensemble des nations, face à une violation caractérisée du droit.⁴ Le soutien exprimé aux efforts de la Communauté internationale, en particulier de l'organisation des Nations Unies visant à promouvoir la paix et à faire respecter le droit international, constitue un des volets de notre stratégie de sécurité et doit guider notre action dans la crise actuelle. Le Conseil fédéral confirme donc sa position dans la crise du Golfe. Il réaffirme sa solidarité avec les Nations Unies et réitère sa détermination de respecter les normes du droit international et les mesures prises à cet effet.

Le Conseil fédéral n'a cessé cependant de se préoccuper au plus haut point du sort des otages suisses et étrangers retenus en Irak. Il n'a ménagé aucun effort pour obtenir leur libération, ce d'autant plus qu'un risque d'éclatement d'un conflit militaire reste grand, tant que le gouvernement irakien refuse de se conformer aux résolutions du Conseil de sécurité des Nations Unies. Notre position dans ce conflit obéit toujours aux mêmes règles: solidarité internationale, application de l'embargo, participation à l'effort international en faveur, d'une part, des ressortissants

1 Bull. of. CN, 1990, V, pp. 2405–2412. *Ce procès-verbal est publié dans le bulletin officiel du Conseil national. Lors de la séance en question, le 14 décembre 1990, le Chef du DFAE, le Conseiller fédéral René Felber, répond de manière groupée à quatre interventions parlementaires au sujet de la crise du Golfe. Sa réponse se base sur une version préparée en premier lieu par le DFAE et approuvée par tous les offices concernés, puis approuvée également par le Conseil fédéral en date du 6 décembre 1990, cf. dodis.ch/55702. La demande d'une discussion, à la suite des explications de Felber, est refusée deux fois par une majorité du Conseil. Certains membres du parlement demandant la parole sont néanmoins autorisés à prononcer une brève déclaration personnelle. Pour le libellé des quatre interventions parlementaires, qui sont reproduites au début du procès-verbal de la séance, avant la réponse groupée du Conseiller fédéral Felber, cf. le facsimilé dodis.ch/55703.*

2 Pour la version complète du document, cf. dodis.ch/55703.

3 Cf. DDS 1990, doc. 29, dodis.ch/55715.

4 Cf. DDS 1990, doc. 30, dodis.ch/54497 et la compilation dodis.ch/C1674.



Le Conseiller national Jean Ziegler (droite) salue le Conseiller fédéral René Felber avant le début de l'émission «Table ouverte» du 25 novembre 1990 à la Télévision romande sur l'affaire des otages suisses en Irak, dodis.ch/57305 (CH-SNM LM-179323.1).

étrangers ayant fui l'Irak et le Koweït dans les pays voisins de ceux-ci, et d'autre part, des pays les plus touchés sur le plan économique par cette crise. Cette politique n'a donc pas changé. Devant le danger de guerre, la Suisse fidèle à sa tradition – comme tous les États membres de la Communauté internationale, nous le souhaitons et nous l'entendons – se prononce à nouveau en faveur d'un règlement pacifique de ce différend. Ce règlement doit naturellement toutefois être fondé sur les résolutions pertinentes des Nations Unies.

La situation politique est en effet connue ces derniers temps. L'évolution se concrétise dans la récente et difficile amorce de dialogue entre les États-Unis et l'Irak. Ce dialogue est à la fois un dernier effort pour parvenir à une solution pacifique. C'est aussi une tentative de persuader les dirigeants irakiens de la réalité de la menace militaire qui plane sur leur pays. C'est un moyen de convaincre le Congrès et l'opinion américaine et les gouvernements arabes que tout a été mis en œuvre pour éviter un affrontement armé. Si malgré cela le président Saddam Hussein persiste dans ses visées, il est malheureusement à craindre qu'un conflit militaire éclate dont l'issue serait toujours tragique et sans doute incertaine. Il reste un délai très court au président de l'Irak pour prendre la décision primordiale de retirer ses troupes. Nous constatons aujourd'hui qu'il ne subsiste que peu de réticence quant à l'application des résolutions votées par le Conseil de sécurité depuis le 2 août dernier. La Communauté internationale a fourni une preuve de sa dé-

termination le 30 novembre, lorsque le conseil s'est prononcé en faveur d'une éventuelle épreuve de force.⁵ Que ce mot ne figure pas dans le texte de la résolution ne change rien à la gravité de la décision des membres du conseil. Les termes choisis sont explicites: tous les États-membres qui coopèrent avec le gouvernement du Koweït sont autorisés, à moins que l'Irak ne se plie au plus tard au 15 janvier aux résolutions précédentes dans leur totalité, à utiliser tous les moyens nécessaires pour faire appliquer les résolutions antérieures en réponse à l'invasion et à l'occupation de l'Émirat. Si le président Saddam Hussein cède à la volonté des nations, les sanctions économiques décrétées par les Nations Unies auxquelles la Suisse s'est associée pourraient être parallèlement levées. D'après ce que nous savons, ces dernières portent un certain nombre de préjudices sérieux à l'économie irakienne et au potentiel militaire de Bagdad.

Les effets économiques et financiers de la crise du Golfe.

Il n'est pas aisé de distinguer les effets directs – interruption des échanges avec l'Irak et le Koweït, réduction des versements de la main-d'œuvre rapatriée, difficultés d'approvisionnement énergétique – des conséquences indirectes – augmentations du prix du brut, hausses d'intérêts et effets sur des économies souvent fragiles en Europe et dans le tiers monde.

L'évaluation des conséquences économiques et financières de la crise dépend largement des critères que nous choisissons. Les pays les plus directement touchés peuvent être rangés en trois catégories: d'abord l'Égypte, la Turquie et la Jordanie. Afin de les soutenir, les principaux pays industrialisés, les pays neutres d'Europe, dont la Suisse ainsi que certains pays du Golfe, ont formé un groupe d'assistance financière. Après avoir prodigué une aide humanitaire immédiate, en évacuant depuis la Jordanie les personnes ayant quitté l'Irak et le Koweït – une action à laquelle la Suisse a participé en contribuant par un montant de 10 millions de francs suisses⁶ les membres de ce groupe entendent assurer le financement des pertes économiques de ces trois pays dues à la crise du Golfe, pertes évaluées à plus de 10 milliards de dollars, dont les pays du Golfe assumeront la partie principale. La Suisse est également prête à participer à cette aide de façon substantielle.⁷

La deuxième catégorie d'États regroupe une dizaine de pays, directement affectés par le retour et le besoin de réintégration d'un très grand nombre de citoyens qui s'étaient rendus en Irak et au Koweït pour y travailler. Outre les pays déjà cités, il s'agit du Pakistan, du Maroc, du Soudan, du Bangladesh, de l'Inde, des Philippines et du Sri Lanka ainsi que du groupe des pays les moins avancés.⁸ Ces pays peuvent compter sur une assistance du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale, notamment en profitant d'un accès facilité aux instruments existants. Le fonds étudie en outre la mise sur pied de certains programmes sur une base *ad hoc*. La Banque mondiale est, pour sa part, prête à accélérer le financement des projets en cours ainsi qu'à lancer des actions complémentaires, dans le cadre de l'Agence internationale de développement et dans celui du programme spécial pour l'Afrique.

La troisième catégorie comprend les pays d'Europe centrale et de l'Est. L'impact de la crise sur ces pays fait l'objet d'une appréciation dans le cadre du Groupe des 24. Les effets de l'embargo viennent s'ajouter à leur situation économique plus que précaire. Avec les autres pays industrialisés, la Suisse

5 *Il est fait référence ici à la résolution N° 678 du Conseil de sécurité de l'ONU du 29 novembre 1990, UN doc. S/RES/678. Cf. à ce propos le rapport politique N° 13 de l'Ambassadeur de Suisse de la Mission permanente de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, Dieter Chenaux-Repond, du 30 novembre 1990, dodis.ch/57077.*

6 *Cf. le PVCF N° 1908 du 17 septembre 1990, dodis.ch/55471.*

7 *Sur l'aide accordée par la Suisse aux trois États les plus touchés par la crise du Golfe, cf. la compilation dodis.ch/C1781.*

8 *Cf. dodis.ch/57240.*

évalue actuellement les modalités d'assistance. Celle-ci, pour être vraiment efficace, présuppose une démarche multilatérale à large échelle qui tienne compte de la situation particulière de chaque pays.⁹

L'aide humanitaire de la Suisse.

Nous avons octroyé une aide humanitaire rapide aux victimes de ce conflit, nous vous l'avons dit, d'un montant de 10 millions de francs: un million en faveur des ressortissants étrangers ayant quitté l'Irak et le Koweït, 6 millions pour le transport de ceux-ci dans leur pays d'origine, un million en faveur du Haut Commissariat pour les réfugiés, un million en faveur des actions du Comité international de la Croix-Rouge, un million en faveur de l'UNICEF et enfin un million pour toute une série de petits projets de l'UNDRO visant au transport de certains de ces ressortissants étrangers, en particulier au Sri Lanka. Le Corps suisse pour l'aide en cas de catastrophes a été engagé dès la première phase du conflit en août et septembre en Jordanie.¹⁰ Il a aidé à organiser l'infrastructure des principaux camps qui abritaient des ressortissants étrangers et comptait plusieurs centaines de milliers de personnes en provenance notamment du Koweït. Il l'a fait en étroite collaboration avec des organisations internationales. Cette action, pour laquelle le corps suisse a engagé douze personnes, est maintenant terminée, les installations maintenues sur place en Jordanie permettraient toutefois d'y accueillir cent mille nouvelles personnes. Le coût total de cette action s'élève à un demi-million de francs. Le Corps a préparé d'autres plans d'engagement, qu'il pourrait réaliser rapidement en cas de besoin. Il est possible de dire ce qui suit à propos des capacités de transport aérien, d'un éventuel engagement de la Suisse à des fins humanitaires et du traitement des personnes blessées: l'organisation de vols pour l'évacuation de personnes ou de victimes du conflit doit être réglée de cas en cas. Cela est possible dans un court délai comme l'a démontré l'exemple de la Jordanie en septembre 1990.

En vue de prochaines actions éventuelles, un accord avec les sociétés d'aviation a déjà été établi.¹¹ L'éventualité d'une évacuation et le traitement en Suisse de personnes blessées pourraient être décidés le moment venu. Pourtant, dans bien des cas, une aide médicale directe dans la région pourrait s'avérer plus efficace et probablement plus avantageuse.

Quant au CICR, malgré ses efforts dès le début, il n'a pas encore été en mesure d'exercer son mandat ni au Koweït occupé, ni en faveur des ressortissants étrangers en Irak. Ce mandat est pourtant expressément défini par les quatrième et troisième Conventions de Genève – Protection des personnes civiles en temps de guerre et Traitement des prisonniers en temps de guerre. Ce n'est qu'au moment où le CICR aura pu engager une action humanitaire en faveur des victimes de l'occupation irakienne du Koweït que se posera la question de contributions financières supplémentaires.¹² Il ne s'agira pas d'une augmentation de la contribution suisse au budget ordinaire du CICR – auquel la Suisse participe déjà pour la moitié¹³ – mais de prestations spécifiques portant sur une action déterminée. La Suisse contribue ainsi à toutes les grandes opérations du CICR.¹⁴

Les conséquences du conflit pour la Suisse et les mesures prises.

Les effets sur notre pays d'un éventuel engagement militaire dans cette région dépendent d'une série d'inconnues comme par exemple la durée de l'affrontement, le type d'armements utilisés ou encore l'ampleur des destructions. On peut cependant partir de l'idée que les réper-

9 Cf. DDS 1990, doc. 40, dodis.ch/55958, point 6 et dodis.ch/56141.

10 Cf. dodis.ch/56648.

11 Cf. dodis.ch/56649.

12 Cf. dodis.ch/57020.

13 Cf. dodis.ch/55478.

14 Sur l'état des relations avec le CICR, cf. la compilation dodis.ch/C1855.

ussions les plus immédiates pour nous d'un conflit armé seraient de nature économique. Le Conseil fédéral partage le point de vue de l'un des interpellants,¹⁵ à savoir que la Suisse devrait y être préparée, notamment en raison de la grande importance que revêt cette région dans le secteur pétrolier. Il en va ici avant tout de notre approvisionnement économique, bien que l'impact prévisible d'un recours à la force sur les marchés pétroliers doive être relativisé, mais il en va aussi, à un certain degré, de la protection de l'État dans la mesure où l'éventualité d'actions terroristes dans notre pays ne pourrait être totalement exclue. Enfin, si la situation l'exigeait, certaines mesures de protection et de protection civile pourraient s'avérer indiquées, encore que cette probabilité paraisse aujourd'hui fort lointaine, voire même inexistante. Pour surmonter des difficultés d'approvisionnement, notre pays dispose de réserves dans divers domaines, notamment dans le secteur pétrolier¹⁶ et la Suisse est membre de l'Agence internationale de l'énergie qui dispose d'un programme d'urgence en cas de difficultés d'approvisionnement.¹⁷

Même si notre pays ne devait pas souffrir sur le plan politique et humain de conséquences directement liées à un affrontement possible, il est certain que de manière générale tout conflit, en quelque endroit qu'il ait lieu, porte atteinte à la sécurité internationale dans son ensemble.

*Les sanctions de la Suisse.*¹⁸

Ce que nous demande l'Irak, c'est tout simplement de rompre l'embargo. Or, si l'ordonnance adoptée de manière autonome par le Conseil fédéral le 7 août 1990¹⁹ instituant des mesures économiques envers la République d'Irak et l'État du Koweït prévoit que l'exportation et le transit, notamment de marchandises à des fins médicales, sont possibles au titre de l'aide humanitaire, ils ne le sont qu'à des conditions très strictes pour les denrées alimentaires. Il n'était bien sûr pas question d'échanger des otages contre une dérogation aux règles internationales de l'embargo. La Suisse n'a ainsi pas fait de l'autorisation d'exporter des médicaments à destination de l'Irak un objet de négociations dans le problème des otages, par exemple, tant pour des raisons humanitaires que pour des raisons de principe.

Les autorisations données ne l'ont été que sur la base de l'article 4 de l'ordonnance susmentionnée. Elles ne concernent que des produits qui figurent également sur les listes de la Communauté économique européenne.²⁰

Les livraisons de produits alimentaires à l'Irak, dont celles de lait en poudre, en particulier pour bébés,²¹ tombent par contre sous le coup de l'ordonnance du 7 août 1990 qui est conforme à la résolution 761 du Conseil de sécurité.²² Une fois établis les vrais besoins sur place par une organisation internationale: la Croix-Rouge suisse, le Croissant-Rouge irakien ou le CICR, ce que l'Irak n'a pas autorisé jusqu'à présent, des demandes de livraison de tels produits peuvent être soumises au Comité des sanctions de l'ONU. Celui-ci est habilité à autoriser de telles livraisons pour autant qu'elles soient effectuées à titre humanitaire et qu'une organisation puisse assurer leur distribution et le contrôle nécessaire. L'Irak a jusqu'à maintenant méthodiquement refusé cette proposition.

15 Paul Günter.

16 Sur la situation d'approvisionnement en produits pétroliers de la Suisse, cf. la compilation dodis.ch/C1856.

17 Cf. le PVCF N° 2247 du 24 octobre 1990, dodis.ch/55521.

18 Cf. DDS 1990, doc. 30, dodis.ch/54497 et la compilation dodis.ch/C1674.

19 Cf. le PVCF N° 1467 du 7 août 1990, dodis.ch/55525.

20 Cf. dodis.ch/57244 et dodis.ch/57243.

21 Du côté irakien, la livraison de nourriture pour bébés est dressée comme condition préalable à la libération des otages suisse, cf. la compilation dodis.ch/C1857.

22 Cf. la résolution N° 661 du Conseil de sécurité de l'ONU du 6 août 1990, UN doc. S/RES/661.

De plus, les renseignements disponibles sur la situation alimentaire en Irak et au Koweït sont très contradictoires, notamment en ce qui concerne le lait en poudre. Les autorités irakiennes nous ont affirmé, il y a quelques semaines encore, qu'elles ne connaissaient pas de problèmes de pénurie de produits alimentaires. Enfin, les livraisons de lait en poudre d'une grande compagnie suisse²³ à l'Irak, au cours des dernières années, n'étaient constituées que pour une très faible partie de lait en poudre suisse. Celles qui sont actuellement bloquées à l'étranger ne l'ont pas été par une décision des autorités suisses, mais en raison des résolutions prises par les Nations Unies et appliquées par les autres États où se trouvent et où sont fabriqués les produits en question.

Par ailleurs, il n'existe aucune base légale qui autoriserait le Conseil fédéral à émettre une ordonnance en vue de la couverture des dommages causés à des entreprises suisses par les mesures économiques prises vis-à-vis de l'Irak et du Koweït, par exemple à celles qui se trouvent dans l'impossibilité de livrer à ces deux pays du matériel déjà fabriqué. Il en va différemment par contre des indemnités pour des pertes consécutives de travail qui sont réglées conformément à la législation sur le chômage.²⁴

On a beaucoup parlé des bons offices de la Suisse.

À plusieurs reprises, les autorités de notre pays ont appelé publiquement à un règlement pacifique de la crise et ont fait connaître cet appel aux autorités irakiennes. Ainsi, le 14 août 1990, celui qui vous parle a offert à l'ambassadeur d'Irak à Berne les bons offices de la Suisse, pour autant bien sûr que toutes les parties engagées dans le conflit le souhaitent.²⁵ Le Conseil fédéral a fait une déclaration dans le même sens le 31 octobre 1990.²⁶ La constante disponibilité de la Suisse pour les bons offices est d'ailleurs connue sur le plan mondial. Jusqu'à présent, ni les Irakiens, ni l'ONU dont nous avons rencontré les représentants à plusieurs reprises et au plus haut niveau, ni une autre partie n'ont cependant sollicité une quelconque entremise des autorités fédérales.

De plus, de bons offices de la Suisse ne pourraient s'exercer qu'en accord avec les parties au conflit et en respectant les résolutions pertinentes du Conseil de sécurité. Le gouvernement suisse réitère sa disponibilité pour la mise en œuvre de tout effort visant à trouver une solution pacifique à tous les conflits. Cette disponibilité, nous l'avons offerte récemment encore aux représentants de certains pays arabes qui sont venus nous trouver pour discuter avec nous de la crise du Golfe.

Au cas où le président irakien²⁷ se résoudrait au retrait de ses troupes du Koweït, la Suisse ne pourrait que se féliciter de la restauration d'une souveraineté d'un sujet de droit membre de la communauté internationale. Dans ces conditions, ce serait avant tout au secrétaire général des Nations Unies²⁸ d'entreprendre une action en faveur de la paix, mais notre pays saurait également faire honneur à sa traditionnelle politique de disponibilité.

Les otages en Irak.

Nous voudrions condamner une fois de plus cette méthode utilisée pour la première fois par un gouvernement étranger qui consiste à retenir contre leur gré les étrangers sur son territoire. Il s'agit d'une forme de terrorisme d'État.

23 Il s'agit de Nestlé, cf. dodis.ch/57238.

24 Cf. à ce propos dodis.ch/57242. En général, les répercussions négatives de la crise du Golfe sur l'industrie d'exportation suisse sont jugées minimes, cf. dodis.ch/55286.

25 Pour l'offre du Conseiller fédéral Felber à Abdo Ali Hamdan Al-Dairi, cf. dodis.ch/54679.

26 Cf. le PVCF N° 2277 du 31 octobre 1990, dodis.ch/57206.

27 Saddam Hussein.

28 Javier Pérez de Cuéllar.

D'emblée, le sort des otages a été une préoccupation constante du Conseil fédéral et du Département des affaires étrangères. Une cellule de crise a dès lors été mise sur pied sans délai.²⁹ Je reviendrai plus tard sur les problèmes structurels que pose la question d'une crise au sein d'un département qui n'est pas suffisamment doté en personnel, surtout si cette crise se prolonge ou si, de surcroît, elle suit immédiatement une autre prise d'otages, longue elle aussi, celle de nos compatriotes du CICR au Liban.³⁰ Sous la conduite d'un haut fonctionnaire, chef de division³¹, cette cellule est constituée d'une vingtaine de personnes représentant tous les départements et offices concernés.³² Selon les besoins, elle se réunit quotidiennement au début de la crise, ou deux fois par semaine au minimum, sans compter bien sûr les séances quotidiennes en petit comité. Il faut avoir à l'esprit que les tâches de la cellule de crise ne se bornent pas à la seule question, certes primordiale, des otages.

La cellule de crise s'occupe de tout ce qui touche à l'affaire du Golfe, elle exécute les directives pertinentes du Conseil fédéral, elle renseigne le chef du département et le Conseil fédéral, elle leur fournit ses appréciations de situation, elle leur procure des propositions, elle décide, entre autres, en matière de visas, de trafic aérien, de sanctions économiques – en étroite liaison avec l'Office fédéral des affaires économiques extérieures; elle est en contact permanent avec toutes nos ambassades dans la région, avec le Comité des sanctions de l'ONU, avec les ministères des affaires étrangères et avec les cellules de crise de tous les pays européens et des pays amis.

D'autres tâches encore lui incombent, telles la liaison avec les familles des otages, avec leurs employeurs ou l'information de l'opinion. Bref, la cellule de crise accomplit des tâches qui ne sont sans doute guère spectaculaires à l'extérieur mais qui exigent une mobilisation et un engagement de tous les instants. Je puis en tout cas vous assurer que cette équipe n'a épargné ni son temps ni sa peine pour tenter de trouver des solutions aux problèmes soulevés par cette crise.³³

La mission de la Croix-Rouge suisse en Irak est un exemple des efforts entrepris pour améliorer le sort des otages suisses.³⁴ Elle a également contribué vraisemblablement et même sûrement à la libération de l'un d'entre eux. La Croix-Rouge suisse, qui a pris assez tôt l'initiative de cette mission, a immédiatement informé le Département des affaires étrangères et saisi l'offre de collaboration de ce département. Le projet a alors été préparé et réalisé de façon conjointe et dans une entente parfaite. Son exécution avait été envisagée de longue date, mais après l'annonce de la constitution d'une mission privée de parlementaires, le Département des affaires étrangères a incité la Croix-Rouge suisse à repousser sa visite en Irak jusqu'au retour des parlementaires, de manière à ce que les efforts de ces deux délégations en faveur des otages ne se heurtent pas au point de finalement s'annuler.

Le président Saddam Hussein a demandé le 6 décembre 1990 à l'Assemblée nationale irakienne de libérer tous les otages étrangers retenus dans le pays.³⁵ Celle-ci a donné son accord le lendemain. Les sept otages suisses encore en Irak à ce moment-là ont obtenu leur visa de sortie au cours des jours suivants, avec l'appui de notre ambassade. L'un d'entre eux est rentré en Suisse mercredi déjà, les six autres se sont envolés hier vers Amman à bord d'un avion des Iraqi Airways et ont continué leur vol sur la Suisse dans un avion affrété par le Conseil fédéral qui a atterri hier à 17h35 à Kloten. Encore une fois, nous saluons le retour dans leur patrie de ces compatriotes et de ceux qui les ont précédés il y a quelques semaines.

29 Sur les activités et les délibérations de la cellule de crise, cf. la compilation dodis.ch/C1679.

30 Emanuel Christen et Elio Erriquez. Cf. DDS 1990, doc. 38, dodis.ch/56177 et la compilation dodis.ch/C1777.

31 Pierre-Yves Simonin.

32 Cf. par exemple la composition de la cellule de crise lors de la séance du 19 octobre 1990, dodis.ch/54675.

33 Pour une sélection de procès-verbaux de la cellule de crise Irak/Koweït, cf. la compilation dodis.ch/C1891.

34 Cf. dodis.ch/54647.

35 Cf. dodis.ch/57272.

Malgré toutes les critiques,³⁶ notre ambassade a toujours été ouverte au dialogue avec ces otages. Ceux qui sont rentrés hier soir l'ont réaffirmé, comme d'ailleurs avec le reste de la colonie suisse. Elle a entretenu des contacts réguliers avec eux, avec leurs représentants. La cellule de crise en a fait de même avec les parents et les employeurs des otages et leurs délégués. Nous avons organisé trois séances d'information à leur intention, la dernière en présence du chef du département. Vous vous rappellerez que le Département des affaires étrangères avait pris l'initiative d'un sondage auprès de tous les partis politiques ici représentés à propos de l'idée d'une mission privée de parlementaires en Irak. Notre crainte était de voir partir sans mandat plusieurs délégations qui auraient pu être plus dangereuses qu'une délégation constituée et appuyée. Vous le savez, nous avons rapidement renoncé à cette idée de délégation en raison de l'attitude sceptique des groupes qui n'avaient pas l'intention de participer à une telle démarche inofficielle.³⁷

Le département s'est efforcé, tout au long de la crise, d'évaluer les possibilités d'autres actions qui devaient rester discrètes si on voulait leur garder une chance d'aboutir. Le Conseil fédéral et le Département des affaires étrangères n'ont en outre cessé de demander la libération immédiate et inconditionnelle de tous les otages retenus en Irak. Le département a entrepris plusieurs démarches dans ce sens. Diverses interventions en leur faveur ont eu lieu auprès de chefs d'État ou de gouvernements, de ministres et de fonctionnaires susceptibles de nous aider. Le chef du département a utilisé régulièrement ses contacts pour tenter d'obtenir la libération des otages suisses. Nous avons reçu à leur demande tous les chefs de mission des douze membres de la Communauté européenne le 15 novembre 1990.³⁸ L'aide-mémoire³⁹ remis par eux à cette occasion demandait à la Suisse d'intervenir auprès des autorités irakiennes pour exiger la libération de tous les otages, de soutenir le rôle des Nations Unies à ce sujet et de rappeler au gouvernement irakien la nécessité d'accepter de recevoir le représentant spécial du secrétaire général des Nations Unies.⁴⁰ Le Conseil fédéral a donné son accord de principe à cette demande et a chargé le département des démarches nécessaires à cet effet.

Nous avons été en contact avec divers intermédiaires pour la solution du problème des otages. Nous ne pouvions toutefois agir que dans le respect des principes définis par le Conseil fédéral. Notre marge de manœuvre est et était nécessairement limitée. De plus, par sa nature, la prise d'otages requiert des initiatives qui ne peuvent pas toutes être révélées au grand jour.

Nous connaissons ici la genèse de la mission privée des parlementaires suisses, les vellétés de certains de jouer un rôle en groupe ou individuellement, leur volonté de conduire une mission humanitaire.⁴¹ Le Conseil fédéral, hostile à l'envoi d'une délégation officielle, ne pouvait pas

36 Pour un aperçu des principales critiques adressées, cf. dodis.ch/54646.

37 Cf. dodis.ch/57273 et dodis.ch/57274.

38 Cf. dodis.ch/56841.

39 Cf. dodis.ch/56842.

40 Il est fait référence ici à Sadruddin Aga Khan, qui est plus précisément nommé Personal Representative [of the Secretary-General] for Humanitarian Assistance relating to Iraq-Kuwait crisis. Kofi Annan est lui nommé Special Envoy of the Secretary-General to Baghdad.

41 Sur les activités de la délégation parlementaire inofficielle, cf. la compilation dodis.ch/C1860. La délégation est composée des Conseillers nationaux Edgar Oehler (chef, PDC/SG), Franz Jaeger (AdI/SG), Massimo Pini (PRD/TI) et Jean Ziegler (PS/GE), ainsi que du Chancelier adjoint du canton de Glaris, Erich Wettstein (UDC) et de Jürg Zbinden du Blick, qui est présent en qualité de coordinateur du voyage. La délégation est accompagnée de plus d'une trentaine de journalistes. Elle se rend en Irak du 14 au 22 novembre 1990 pour mener des négociations avec des officiels irakiens afin d'obtenir la libération d'un maximum de citoyens suisses retenus contre leur volonté à Bagdad. Cf. notamment le communiqué de presse du Conseiller national Oehler du 29 novembre 1990, dodis.ch/54648.

encourager une telle mission, mais ne voulait pas la décourager non plus.⁴² Les partis et le gouvernement ont pris acte de cette mission privée de parlementaires. Le chef de la cellule de crise a reçu le responsable de la mission avant son départ pour l'Irak.⁴³ Il a alors été informé de l'offre de bons offices faite aux autorités irakiennes pouvant consister par exemple en la mise à disposition du territoire suisse aux parties qui le souhaiteraient. Il lui a été également offert à cette occasion le soutien logistique de notre ambassade. Par deux fois, la délégation s'est adressée au président de la Confédération⁴⁴ au cours de sa mission. À son retour, le responsable de la mission a été reçu par le chef du Département des affaires étrangères et le chef de la cellule de crise.⁴⁵

On a beaucoup parlé du rôle de l'ambassade. Il y a eu beaucoup de médisances à ce sujet. Les conditions de travail de son personnel sont difficiles. Dès le début, nos diplomates ont été engagés à fond, tant à Bagdad qu'à Berne. Le rôle de l'ambassade vis-à-vis de la mission de parlementaires avait été défini par des instructions⁴⁶ de la centrale: large appui logistique, retenue, voire impossibilité d'un soutien des discussions ou démarches de la délégation auprès des milieux officiels irakiens. Il n'a pas été possible à l'ambassade d'accorder tout l'appui offert, soit parce que la mission, après l'avoir exigée l'a refusée, soit parce qu'elle a laissé notre représentation dans l'ignorance de certaines de ses intentions et de ses besoins.⁴⁷

Il faut aussi dire que l'attitude d'emblée fort critique de la presse suisse avant le départ de la mission parlementaire ainsi que des membres de cette mission elle-même à l'égard de notre ambassadeur⁴⁸ dès leur arrivée à Bagdad n'a pas facilité sa tâche. De plus, le Conseil fédéral juge durement certains propos tenus à l'égard de notre chef de mission, mais aussi du Département des affaires étrangères, de la cellule de crise et du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral ne connaît pas, bien sûr, avec précision, le contenu des discussions tenues par les membres de la mission parlementaire avec les autorités irakiennes, même si un communiqué conjoint⁴⁹ a été publié dans la presse irakienne. Il ne peut donc pas vraiment juger du résultat de leurs démarches, si ce n'est se réjouir de la libération d'une partie des otages. Le Conseil fédéral n'ignore, et n'ignorait pas, les nombreuses visites privées en Irak entreprises depuis plusieurs pays pour obtenir la libération d'otages et les conséquences possibles sur la solidarité internationale.

Nous avons pu vérifier toutefois que ces visites n'ont pas porté atteinte à la volonté de la communauté des États de faire respecter les normes internationales et les résolutions prises par les Nations Unies à cet effet, même si quelques fissures sont apparues dans cette solidarité. Celles-ci et le bénéfice politique intérieur que retire le gouvernement irakien de ces visites, grâce au battage médiatique qui les entoure, sont leurs principales raisons d'être pour Bagdad. La dé-

42 *Le Directeur de la Direction politique du DFAE, le Secrétaire d'État Klaus Jacobi, exprime sa désapprobation quant à cette entreprise parlementaire inofficielle dans le Sonntags-Blick du 11 novembre 1990. Suite à la très vive réaction du public et des médias, le Conseil fédéral, dans sa déclaration du 16 novembre 1990, prend position et se dit «choqué par les propos déplacés de Monsieur Klaus Jacobi, chef de la direction politique du DFAE, au sujet des membres de cette délégation. Le Conseil fédéral juge inacceptable qu'un haut fonctionnaire se permette de porter des appréciations sur des membres du Parlement.» Cf. le PVCF de décision II du 16 novembre 1990 de la 36^{ème} séance du Conseil fédéral du 14 novembre 1990, dodis.ch/54953, p. 10. Pour l'ensemble de l'affaire, cf. la compilation dodis.ch/C1861.*

43 *Le Chef de la division politique II, l'Ambassadeur Pierre-Yves Simonin, reçoit le Conseiller national Oehler le 12 novembre 1990, cf. dodis.ch/57021.*

44 *Arnold Koller.*

45 *Cette rencontre entre le Conseiller fédéral Felber et le Conseiller national Oehler a lieu le 4 décembre 1990.*

46 *Cf. dodis.ch/57021.*

47 *Pour les avis de l'Ambassadeur de Suisse à Bagdad, Friedrich Moser, cf. la compilation dodis.ch/C1890.*

48 *Friedrich Moser.*

49 *Cf. dodis.ch/57271.*



Conférence de presse des Conseillers nationaux (depuis la gauche) Massimo Pini, Edgar Oehler, Franz Jaeger et Jean Ziegler, le 29 novembre 1990, au sujet de leurs négociations à Bagdad pour la libération des otages suisses, dodis.ch/57306 (CH-SNM LM-179657.5).

termination avec laquelle la Suisse s'est montrée solidaire de la communauté des États, notre intransigeance à l'égard du principe du droit des gens sont des gages de l'attachement de la Suisse à la liberté, au respect des droits fondamentaux de la personne humaine.

Le Conseil fédéral et le Département des affaires étrangères sont parfaitement conscients, et cela ne date pas de cette crise du Golfe, de la nécessité d'une politique active et cohérente d'information. Depuis le début de la crise, l'information du département a été systématique, ouverte, avec des briefings pratiquement journaliers. L'information sur la politique du Conseil fédéral a été répétée à plusieurs reprises, tant au niveau du gouvernement lui-même qu'au niveau du département, par le truchement de conférences de presse, notamment du chef du département, de briefings, de déclarations, notamment du vice-chancelier de la Confédération,⁵⁰ et de communiqués.

Conformément à l'article 102, chiffre 8 de la Constitution fédérale, le Conseil fédéral est en général chargé des relations extérieures.⁵¹ En se basant sur les articles pertinents de la loi sur l'organisation administrative⁵² et de l'ordonnance sur les tâches du département, des groupements ou des offices,⁵³ le Conseil fédéral a délégué cette compétence d'ordre général de la représentation vers l'extérieur au Département fédéral des affaires étrangères. Il ressort par là clairement que si le Conseil fédéral conserve, en tant que collège gouvernemental, la compétence générale

50 *Achille Casanova.*

51 Constitution fédérale de la Confédération suisse du 29 mai 1874, RO, 1876, pp. 1–36, ici p. 29 et RS, 1947, pp. 1–88, ici p. 34.

52 Loi fédérale du 19 septembre 1978 sur l'organisation et la gestion du Conseil fédéral et de l'administration fédérale (Loi sur l'organisation de l'administration, LOA), RO, 1979, pp. 114–139. Cf. aussi dodis.ch/52388.

53 Ordonnance du 9 mai 1979 réglant les tâches des départements, des groupements et des offices, RO, 1979, pp. 684–709.

de fixer les lignes directrices, ce qu'il a fait, il délègue toutefois au département compétent l'exécution de celles-ci, tant sur le plan de la forme que sur celui du fond.

Les conditions de la politique étrangère suisse sont soumises depuis peu à un processus fondamental de transformation. Ce processus découle des impulsions de taille sur l'ancrage de la politique étrangère dans notre politique intérieure. Le changement le plus significatif réside sans doute dans le fait que nous ne pouvons plus, contrairement à ce qui semblait aller de soi pendant des décennies, rester les spectateurs des développements et des événements dans la politique étrangère et mondiale. De plus en plus, nous devenons nous-mêmes participants et acteurs.

Il suffit dans ce contexte de mentionner des mots clés comme intégration européenne,⁵⁴ interdépendance économique, politique écologique,⁵⁵ l'accroissement des menaces sur les bases de notre existence, les problèmes globaux de l'environnement, de la pauvreté, de l'émigration.⁵⁶ Tous ces développements ne sont pas seulement suivis et analysés par le Conseil fédéral et les départements concernés. Nous essayons tout aussi résolument d'exercer sur ces développements une influence créatrice.

Que cela nous plaise ou non, on attend de nous que nous participions. L'itinéraire de notre politique étrangère ne peut et ne doit pas être conçu dans les bureaux du Département des affaires étrangères, il doit plutôt naître dans le dialogue avec le Parlement, respecter aussi les besoins légitimes d'information des représentants du peuple.⁵⁷ Il doit cependant être clairement dit qu'il ne peut s'agir là que du tracé, des contours de la route, et que sa concrétisation, et surtout son exécution, doivent être assurées par un département compétent. Dans des conditions de politique étrangère modifiée, comme on l'a évoqué, le dialogue plus intense entre le Conseil fédéral et le Parlement revêt et revêtira certainement une signification croissante.

Nous sommes prêts à ce dialogue. Il se déroule en premier lieu dans le cadre des Commissions des affaires étrangères des deux conseils ou dans des manifestations particulières comme un séminaire sur le processus d'intégration.⁵⁸ La discussion dans le cadre des interpellations, comme ce matin, offre également une excellente occasion de dialogues. C'est ainsi que les deux conseils se sont déjà occupés, lors de la session d'automne, de la situation dans le Golfe et de notre réponse à cette problématique, y compris les mesures de boycott.⁵⁹ La volonté qui s'est alors clairement exprimée de soutenir les mesures du Conseil fédéral a été pour nous un fil conducteur important au cours des dernières semaines, à un moment où certains essayaient manifestement de dépeindre l'activité du Conseil fédéral comme isolée et non soutenue par le Parlement.

La conduite de la politique étrangère ne dispose que d'un champ d'action partiellement autonome. Les événements internationaux majeurs ou même mineurs et les relations interétatiques placent chaque jour la direction de la politique étrangère devant de nouveaux défis. C'est pour cette raison qu'une planification à moyen et à long terme est pratiquement impossible. Les bouleversements actuels en donnent une claire illustration et la crise du Golfe témoigne, on ne peut mieux, de cette situation.

La flexibilité que l'on requiert du Département fédéral des affaires étrangères et de ses collaborateurs doit aussi être mise en relation avec l'effectif dont nous avons besoin pour accomplir nos

54 *Sur l'état des négociations sur l'EEE fin novembre 1990, cf. DDS 1990, doc. 56, dodis.ch/54945.*

55 *Cf. DDS 1990, doc. 46, dodis.ch/56282.*

56 *Sur la politique d'asile de la Suisse, cf. DDS 1990, doc. 8, dodis.ch/54934 et doc. 53, dodis.ch/56148.*

57 *Sur la question du rôle de l'Assemblée fédérale dans la politique étrangère de la Suisse, cf. DDS 1990, doc. 9, dodis.ch/56535, et doc. 11, dodis.ch/56530.*

58 *Sur le séminaire de la Commission des affaires étrangères du Conseil national à Bruxelles au sujet de l'EEE du 12 au 14 novembre 1990, cf. la compilation dodis.ch/C1829.*

59 *Cf. dodis.ch/55793 et dodis.ch/56850.*

tâches et répondre aux préoccupations du moment. Nous ne pouvons mobiliser aucune réserve. Les diplomates ne peuvent être recrutés directement et rapidement sur le marché de l'emploi. Ils doivent être formés, passer un examen, suivre un stage de formation de deux ans. La même chose vaut d'ailleurs pour les collaborateurs du service consulaire. Ainsi, des fluctuations temporaires ne peuvent être compensées, même si le plafonnement rigide des effectifs le permettait.⁶⁰

Dans des situations de crise ou des collaborateurs supplémentaires seraient les bienvenus, ce handicap est particulièrement lourd. Une crise telle que celle-ci a exigé en effet que nous prélevions des agents de la division géographique compétente de la Direction politique pour les engager à plein temps dans la cellule de crise. Cela réduit évidemment d'autant l'effectif du personnel chargé des affaires courantes. L'idéal serait de disposer d'une «Task Force», d'un réservoir de collaborateurs spécialement formés, susceptibles d'être engagés rapidement à la centrale ou délégués sans perte de temps à l'extérieur, dans les régions de crise.

Le Conseil fédéral est conscient de l'importance et de la nécessité de pouvoir agir vite et de manière consistante en matière de politique étrangère et pas seulement dans des situations de crise. Il n'oublie pas à cet égard la problématique découlant de la spécificité du système politique suisse. Nous sommes ainsi en faveur d'une critique constructive qui permette d'améliorer une direction politique forte, et nous comptons avec la compréhension du Parlement lorsqu'il s'agit de traduire cet objectif en mesures concrètes.

Dernier élément: on a beaucoup parlé, au cours de ces deux derniers jours, de la fermeture de l'ambassade d'Irak à Berne, en laissant entendre que cette fermeture n'était ni confirmée ni infirmée par le Département fédéral des affaires étrangères. Eh bien, ce département ne confirme une information qu'il connaît que lorsqu'il en possède la notification exacte et officielle. Cette notification est parvenue à mon bureau hier après-midi, à 14h15; elle m'a été remise en main propre par l'ambassadeur d'Irak à Berne.⁶¹ Je vous la lis: «Le gouvernement d'Irak a décidé, pour des raisons administratives et financières créées par les circonstances présentes, de fermer l'ambassade. Le gouvernement irakien, en prenant ces mesures, souhaite la réouverture de l'ambassade à la prochaine occasion. L'ambassade saisit cette occasion, etc.».⁶² Telle est la seule nouvelle officielle qui nous soit parvenue hier après-midi. La fermeture de cette ambassade est accompagnée d'une série d'autres fermetures d'ambassades d'Irak dans d'autres pays du monde.

*Präsident:*⁶³ Herr Günter hat Diskussion beantragt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion 33 Stimmen

Dagegen 58 Stimmen

Präsident: Die Interpellanten haben nun die Möglichkeit einer kurzen Erklärung, ob sie von der Antwort des Bundesrates befriedigt sind oder nicht.

Sager: Ich könnte von der Antwort durchaus befriedigt sein, aber nicht von der Art und Weise des Vorgehens. Ich protestiere dagegen, dass hier sowohl die Diskussion abgelehnt als auch

60 Cf. le PVCF N° 1491 du 15 août 1990, dodis.ch/56108, ainsi que le mot-clé Questions concernant le personnel DPF/DFAE, dodis.ch/D1423. Cf. également la compilation thématique Concours diplomatique, dodis.ch/T1405.

61 L'ambassadeur Al-Dairi.

62 Cf. la compilation dodis.ch/C1682.

63 Nationalratspräsident Ulrich Bremi.

den Interpellanten die Möglichkeit einer Stellungnahme genommen wird. Im Falle Iraks geht es doch immerhin um eine sehr wichtige Angelegenheit.

Ich bedaure, Herr Bundesrat, dass Sie mit Ihrer allzu langen Rede den Parlamentariern einmal mehr die Möglichkeit genommen haben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ich bedaure das, und ich darf diesem Bedauern Ausdruck geben, weil mich Ihre Haltung sehr überzeugt hat und weil ich Ihnen im Namen der SVP-Fraktion die Anerkennung für Ihre Haltung während der ganzen Irak-Krise gerne etwas näher zum Ausdruck gebracht hätte.

Müller-Meilen: Auch ich möchte Herrn Bundesrat Felber die Anerkennung für seine Antwort aussprechen, vor allem für seine konsequente Haltung der internationalen Solidarität im Sinne des Völkerrechts. Ich glaube, dass die Reise der inoffiziellen Parlamentarierdelegation nach Bagdad zwar ein hohes humanitäres Ziel hatte, dass aber dieses hohe Ziel, die Humanität, durch die Publizität entwürdigt wurde und dass die Delegation vor allem – das ist der zentrale Vorwurf, den man ihr machen muss – ob dem humanitären Feilschen völlig den Blick für die grundsätzliche Bedeutung des Golfkonfliktes aus den Augen verlor. Das grosse Ziel, dem Aggressor entgegenzutreten, kann nur durch internationale Solidarität erreicht werden und nicht durch Einzelgänge von nichtoffiziellen Delegationen, die vielleicht sogar die Befreiung aller Geiseln mehr behindert denn befördert haben.

Günter: Ich erkläre mich von Ihrer Antwort befriedigt. Ich bin froh, dass der Bundesrat die internationale Solidarität stützt und dass Sie die Bereitschaft erklärt haben, in den armen Ländern mitzuhelfen, die Folgen des Konfliktes und des Embargos zu lindern, sei es in der Dritten Welt, sei es in Mittel- oder Osteuropa. Ich bin auch sehr froh, dass Sie sich bereit erklärt haben, dem IKRK die Möglichkeit zu geben, allenfalls vermehrt zu handeln. Bis jetzt konnte es noch nicht so stark tätig werden; wenn es aber dazu kommen sollte, wäre es wichtig, dass die Hilfe nicht an finanziellen Problemen scheitert. Für die Bereitschaft, hier einzuspringen, danke ich Ihnen besonders.

Präsident: Herr Ruf teilt mit, dass er von der Antwort teilweise befriedigt ist. Herr Oehler hat das Wort für eine kurze persönliche Erklärung. (*Unruhe*)

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Oehler: Es nützt gar nichts, wenn Sie mit Ihrem Deckel klopfen. Ich erachte es als mein Recht, nachdem ich von einigen von Ihnen angegriffen worden bin, auch einige Worte zu sagen; Sie haben die Diskussion ja abgelehnt. Namentlich zu Herrn Müller-Meilen, der offenbar seine ausenpolitischen Erfahrungen aus dem Schreibtisch in die Zeitung gibt.

Es ist von Herrn Bundesrat Felber viel Wahres gesagt worden; es ist aber auch vieles nicht gesagt worden, das hätte gesagt werden müssen. Aus diesem Grunde, Herr Bundesrat Felber, bin ich der Meinung, dass es – vor dem Hintergrund der Irak-Frage – absolut notwendig ist, dass Sie in Ihrem Departement mit dem gleichen harten Besen hinter die Bücher beziehungsweise hinter das Personal gehen, wie es gestern Herr Bundesrat Villiger dargelegt hat.⁶⁴ Die Krisen-

⁶⁴ *Zum Ende der Debatte im Nationalrat vom 13. Dezember 1990 über 90.022 Vorkommnisse im EMD. Parlamentarische Untersuchungskommissionen zur Frage der P-26 äusserte sich der Vorsteher des EMD, Bundesrat Kaspar Villiger folgendermassen: «Wir werden auch das EMD organisatorisch – das ist ein Element dessen, was uns bevorsteht – und personell den neuen politischen Bedürfnissen anpassen. Sicherheitspolitisch und innenpolitisch ist sehr viel mehr in Bewegung als früher. Die politische Substanz in diesem Departement muss verstärkt werden. Ich treffe aber meine Personalentscheide nicht in diesem Saal – Personalpolitik im EMD macht noch immer der Bundesrat, also weder das Parlament noch die Öffentlichkeit. Es ist richtig, dass gewisse meiner Mitarbeiter das Vertrauen ihrer Chefs missbraucht haben.*

bewältigung in Ihrem Departement ist so nicht gegangen; ich bedaure das, und ich glaube, dass wir in einer nächsten Angelegenheit Grund genug haben, auf diesen Vorfall zurückzukommen.

Herrn Müller beziehungsweise seinen Freunden möchte ich sagen – auch mit Blick auf das Flugzeug, das gestern vom Bundesrat zum Glück nach Irak beziehungsweise nach Amman geschickt wurde –: Wir, Herr Müller, und die 36 Geiseln, die mit uns zurückkamen, haben diese Reise selber bezahlt, nicht ein Verlag,⁶⁵ nicht ein Unternehmen. Das ist doch eine Angelegenheit, die klarzustellen mir erlaubt ist, nachdem uns unterschoben worden ist, man hätte uns bezahlt.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Jaeger: Wir sind kritisiert worden, das müssen wir uns gefallen lassen, das ist klar. Es gibt aber auch an den Ausführungen von Herrn Bundesrat Felber doch einiges, das korrigiert, in Frage gestellt oder diskutiert werden sollte. Sie haben leider die Diskussion abgelehnt. Sie haben uns die Gelegenheit nicht gegeben, auf die Kritik zu reagieren. Ich bedaure dies, zumal Unterstellungen, wir seien von einem Verlag finanziert worden, ungerecht sind. Wir haben diese Reise selber bezahlt. Wir haben Zeit aufgewendet dafür. Wir sind Risiken eingegangen. Wir sind überzeugt – das möchte ich noch ganz klar und deutlich festhalten –, dass wir nie die offizielle Linie der schweizerischen Aussenpolitik verlassen haben. Das wären Dinge gewesen, die man hier hätte klarstellen können. Ich bedaure es ausserordentlich.

Ich stelle den Antrag, auf diesen Entscheid zurückzukommen und eine Diskussion zu gestalten. Wir haben schon unwichtigere Dinge diskutiert. Ich bin überzeugt, es wäre für alle Teile wichtig und auch im Interesse unserer Aussenpolitik, wenn wir hier eine sachliche, eine faire und eine offene Diskussion führen würden.

Abstimmung – Vote

Für den Rückkommensantrag auf Diskussion 29 Stimmen

Dagegen 63 Stimmen

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

M. Ziegler: Je me déclare totalement solidaire des deux collègues de la délégation parlementaire. Je souscris entièrement à leurs propos. Je veux faire une déclaration personnelle sur un point très important soulevé tout à l'heure très rapidement par M. Felber: la Conférence internationale de Genève. Il a affirmé qu'il ne connaît pas le contenu des discussions de la délégation parlementaire avec le chef de l'État irakien.⁶⁶ Durant deux heures et dix minutes, nous avons eu des discussions approfondies avec lui et le chef de la diplomatie suisse qui n'est pas au courant de ce qui s'est passé. Il ne nous a pas invité à l'informer, ni évidemment ce ridicule état-major de crise, ni encore ce soi-disant secrétaire d'État.⁶⁷ C'est pour cela que je veux dire un mot sur cette conférence et sur ce que la Suisse doit faire, ainsi que sur ce que l'Irak et les belligérants attendent de notre pays à la veille d'une guerre qui aura des conséquences terrifiantes, des centaines de milliers de morts. La Suisse offre officiellement de convoquer une conférence internationale de paix à Genève qui analysera tous les problèmes du Moyen-Orient, c'est la ligne du Conseil fédéral. Seulement, il y a un malentendu fondamental entre la délégation et celui-ci. (*Cloche du*

Das kommt auch im Privatsektor vor, überall, aber genausowenig wie dort kann das beim Bund geduldet werden. Ich brauche Leute meines Vertrauens um mich herum, das ist völlig klar. Ich werde die nötigen Massnahmen treffen, um das sicherzustellen.» *Vgl. Amtl. Bull. NR, 1990, V, S. 2338–2397, hier S. 2395.*

65 *Gemeint ist der Ringier-Verlag.*

66 *Saddam Hussein.*

67 *Klaus Jacobi. Pour la polémique, cf. note 42.*

président) M. Felber dit: «Je ne sais pas quel était le contenu de ces discussions avec M. Saddam Hussein.» Alors, je vais vous le dire. (*Cloche du président*) La Suisse ne doit pas attendre

Präsident: Herr Ziegler, ich habe Ihnen das Wort für eine kurze Erklärung gegeben. Ich bitte Sie abzuschliessen.

M. Ziegler: Deux phrases: les belligérants attendent de la Suisse non une déclaration à l'ambassadeur irakien à Berne,⁶⁸ mais un déplacement des responsables suisses dans toutes les capitales concernées, afin d'obtenir la convocation d'une conférence. La Suisse doit prendre l'initiative de convoquer les délégations internationales, ... (*Cloche du président*)

Präsident:⁶⁹ Herr Ziegler, darf ich Sie bitten, jetzt Ihren Platz einzunehmen.

M. Ziegler: ... se déplacer pour cela à Washington et à Bagdad. Si on ne le fait pas ... (*Brouhaha*)

Präsident: Herr Ziegler, das ist nicht fair. Fertig! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen!

M. Ziegler: Si on n'agit pas de cette manière, on ne fait pas notre travail d'État neutre. Je vous remercie beaucoup. (*Brouhaha*)

Präsident: Ich teile Ihnen mit, dass Herr Pini auf eine kurze Erklärung verzichtet. (*Grosse Unruhe*)

Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen und Ruhe zu bewahren.⁷⁰

68 *Botschafter Al-Dairi*.

69 *Nationalratspräsident Bremi*.

70 *D'après la cellule de crise, le message du Conseiller fédéral Felber est bien reçu par le parlement, cf. dodis.ch/57275.*

dodis.ch/54526

*Die Politische Abteilung I des EDA an diverse schweizerische Vertretungen*¹

BALTISCHE REPUBLIKEN

Bern, 18. Dezember 1990

1. Sind in der Folge des Besuches der litauischen Ministerpräsidentin Prunskiene in Bern am 30.11. (info hebdo rapide vom 3.12.)² daran, unsere Beziehungen zu den drei baltischen Republiken einer Prüfung zu unterziehen. Sehen voraussichtlich vor, Anfang Jahres eine Delegation aus der Schweiz in die Republiken zu senden, nachdem wir nun in der Folge verschiedener Besuche in der Schweiz ein, naturgemäss vorläufiges, Bild gewonnen haben.

Bitten Euch, wenn möglich bis zum 10.1., um Berichterstattung über Haltung Eures Gastlandes allgemein und speziell zu den in den folgenden Paras aufgeworfenen Fragen.

2. Die *schweizerische Haltung* gegenüber dem Unabhängigkeitsbestreben der drei baltischen Republiken lässt sich primär an Hand der Beantwortung parlamentarischer Anfragen³ darstellen. Die letzte davon, Interpellation Kuhn vom 4.10.90, wurde vom BR mit Datum vom 21.11. beantwortet,⁴ wir lassen Euch den Text mit Fax zugehen. Auf einen kurzen Nenner gebracht und wohl ähnlich der Haltung vergleichbarer Länder, anerkennt die Schweiz grundsätzlich die Berechtigung des Anspruchs auf Unabhängigkeit, sieht aber die Elemente zu deren Anerkennung noch nicht als gegeben und wünscht, dass eine Lösung in Verhandlungen zwischen Zentralgewalt in Moskau und Republiksverantwortlichen gefunden werden kann. Vor diesem nicht unbedingt berauschenden Hintergrund erscheinen immerhin eine Vielzahl von Begegnungen (unten 3.) und Ansätzen zur praktischen Zusammenarbeit (unten 4.) möglich. Es interessiert uns in erster Linie, wie weit Euer Gastland mit Bezug auf diese zwei Punkte zu gehen gewillt ist.

3. *Begegnungen*: Aus Litauen sind die wichtigsten politischen Persönlichkeiten – in chronologischer Reihenfolge: Stv. Premierminister und Chef der unabhängigen Kommunisten A. Brasauskas (11.5.90),⁵ Präsident Landsbergis (10.8.),⁶ Ministerpräsidentin Prunskiene (30.11.)

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#2975* (B.15.11). Der Telex wurde verfasst und unterzeichnet vom stv. Chef der Politischen Abteilung I, Daniel Woker, und an die schweizerischen Botschaften in Wien, Helsinki, Stockholm, Oslo, Kopenhagen, London, Den Haag, Brüssel, Paris, Bonn, Rom, Washington, Prag und Warschau versendet. Der Text ging in Kopie an diverse weitere Empfänger, vgl. dazu das Faksimile dodis.ch/54526.

2 Wochentelex 49/90 vom 3. Dezember 1990, dodis.ch/55095, Punkt 5 (rapides).

3 In der Fragestunde vom 19. März 1990 gab das EDA auf Anfrage von Nationalrat Markus Ruf und Nationalrätin Geneviève Aubry Auskunft zur Anerkennung der Baltischen Staaten durch die Schweiz. Die Frage von Nationalrat Urs Scheidegger zur humanitären Hilfe für Baltische Staaten beantwortete der Vorsteher des EDA, Bundesrat René Felber, am 11. Juni 1990, vgl. dazu die Notiz des stv. Abteilungschefs Woker an Staatssekretär Klaus Jacobi vom 30. Juli 1990, dodis.ch/54572.

4 BR-Prot. Nr. 2401 vom 21. November 1990, dodis.ch/56303. Vgl. dazu ebenfalls das Amtl. Bull. NR, 1990, V, S. 2475 f.

5 Zum Gespräch von Algirdas Brazauskas mit Botschafter Guy Ducrey, dem Chef des Politischen Sekretariats des EDA, vgl. den Wochentelex 20/90 vom 14. Mai 1990, dodis.ch/55119, Punkt 3.

6 Zum Gespräch zwischen Vytautas Landsbergis und Staatssekretär Jacobi vgl. dodis.ch/54572 sowie den Wochentelex 33/90 vom 13. August 1990, dodis.ch/55153, Punkt 3 (rapides).

– bereits in Bern auf Ebene Bundesrat empfangen worden. Aus Lettland und Estland waren je ein Abgeordneter im obersten Unionsowjet und im Republikparlament in Bern (Empfang durch Botschafter J. Staehelin/G. Ducrey).⁷ Alle diese Begegnungen kamen auf private Initiative (schweizerische Unterstützungsvereine etc.) zustande, ohne dass eine offizielle Einladung vorlag. Aus Estland wird im Februar eine Delegation von Lokalbehörden (Tallinn) erwartet, die entsprechenden Kosten könnten von uns übernommen werden. Schliesslich hat Minister Speck (Botschaft Moskau) Anfang Monat eine Informations- und Kontaktreise in Litauen unternommen.⁸

Welche Begegnungen haben stattgefunden, sind insbesondere offizielle Delegationen Eures Gastlandes in die Republiken gereist?

4. *Zusammenarbeit:* In der Absichtserklärung, die der Departementschef anlässlich seines Besuches in Moskau am 30.11 + 1.12. unterschrieben hat, wird zur Durchführung von Programmen und Projekten bilateraler Unterstützung u. a. gesagt, dass diese «Institutionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene» anvertraut werden kann.⁹ Gestützt darauf und auf verschiedene Gespräche im Umfeld dieser Absichtserklärung ist eine direkte, primär auf Einzelprojekte bezogene Zusammenarbeit mit den drei Republiken künftig möglich. Wir sehen eine solche zunächst in der Form von Pilotprojekten in den Bereichen politische Kultur, Ausbildung und allgemeine Austausche. Bescheidene Mittel dafür stehen bereits heute zur Verfügung. Daneben ist humanitäre Hilfe grundsätzlich und nach Bedarfsnachweis immer möglich, sei dies in Form logistischer oder anderweitiger Unterstützung privater schweizerischer Initiativen oder als Direkthilfe. Frau Prunskiene sagte uns allerdings, dass diesen Winter Nahrungsmittelhilfe in allen drei Republiken voraussichtlich nicht, gegebenenfalls aber medizinische Hilfsgüter notwendig würden.

Gibt es eine solche direkte Zusammenarbeit? Wurde sie von Seiten Eures Gastlandes direkt mit Republiksverantwortlichen in die Wege geleitet?

5. *Vertretungen:* Insbesondere von litauischer Seite wurden wir bereits mehrere Male gefragt, ob ein Informations- und Verbindungsbüro in Genf möglich wäre. Die schweizerische Haltung dazu ist klar: Dies ist ohne weiteres möglich, solange eine solche Vertretung nicht offizielle Funktionen übernimmt.

Gibt es in Eurem Gastland Vertretungen, was existiert/ist geplant an Vertretungen in den drei Republiken?

7 *Mavriks Vulfsons wurde am 16. Mai 1990 empfangen, vgl. dazu die Notiz von Botschafter Jenö Staehelin, Chef der Politischen Abteilung I, vom 17. Mai 1990, Dossier wie Anm. 1. Zum Gespräch Botschafter Ducreys mit Tiit Made am 28. Mai 1990 vgl. den Wochentelex 23/90 vom 5. Juni 1990, dodis.ch/55128, Punkt 4.*

8 Vgl. dodis.ch/54571.

9 *Für die Déclaration d'intention sur la coopération entre le gouvernement de la Confédération Suisse et le gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques vom 1. Dezember 1990 vgl. das BR-Prot. Nr. 2498 vom 26. November 1990, dodis.ch/55335. Für den Besuch von Bundesrat Felber in Moskau vgl. DDS 1990, Dok. 58, dodis.ch/55430.*

dodis.ch/56245

Der schweizerische Botschafter in Teheran, Greber, an das EDA¹

WIEDEREINFÜHRUNG DER VISUMSPFLICHT FÜR OFFIZIELLE IRANISCHE PÄSSE

Teheran, 27. Dezember 1990

a) Vorladung aufs Aussenministerium (24. Dez.)

Ich wurde auf den 24. Dez. von Generaldirektor Assefi (A.) ins AM gebeten. Er erkundigte sich, ob sich in der oben erwähnten Angelegenheit etwas Neues ergeben habe. Ich verneinte die Frage und wies darauf hin, dass es sich um einen Entscheid der Regierung² handle, der nach so kurzer Zeit wohl kaum geändert werden könne.³

A[ssefi] führte weiter aus: Diese Angelegenheit trübt die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Das Wichtige dabei sind nicht die Visa. Viele europäische Länder haben eine entsprechende Visapflicht. Das Problem ist dies: Der Entscheid bedeutet, dass die islamische Republik Iran mit dem Mordfall Radjavi⁴ zu tun gehabt hat. Ihr Ansehen wird dadurch betroffen. Es liegt jedoch kein Gerichtsurteil vor. Vor einem Entscheid des Bundesrates hätte mit Teheran gesprochen werden müssen. Die iranische Regierung weiss nicht, wer der Mörder war, sie ist interessiert zu wissen, wer es war.

Die schweizerischen Untersuchungen beziehen sich auf Dienstpässe. In den Entscheid wurden jedoch auch die Diplomatenpässe eingeschlossen. Warum diese Verallgemeinerung? Auch falls Missbrauch von Dienstpässen, bräuchte es nicht sofort einen solchen Entscheid.

Die iranische Regierung ersucht um eine Verschiebung der Inkraftsetzung des Entscheides, damit die Angelegenheit zwischen den beiden Seiten besprochen und geprüft werden kann, ob es einen anderen Weg gibt, das Problem zu lösen. Iran hat dazu Vorschläge. Es strebt an, eine zweiseitige Erklärung abzugeben. Ein Aufschiebungsentscheid müsste nicht publiziert werden.

1 CH-BAR#E2010A#1999/250#4556* (B.15.21). Das Fernschreiben Nr. 347 wurde vom schweizerischen Botschafter in Teheran, Anton Greber, verfasst und am 27. Dezember 1990 um 10 Uhr versendet. Es richtete sich an den Direktor der Politischen Direktion des EDA, Staatssekretär Klaus Jacobi, den Chef der Politischen Abteilung II, Botschafter Pierre-Yves Simonin, den diplomatischen Sekretär des Departementsvorstehers, Pierre Combernous sowie die Völkerrechtsdirektion, den Protokolldienst, den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EDA, das EJPD sowie an den schweizerischen Botschafter in Washington, Edouard Brunner. Es wurde in Bern am 28. Dezember 1990 um 13 Uhr empfangen.

2 BR-Prot. Nr. 2673 vom 10. Dezember 1990, dodis.ch/56323.

3 Vgl. dazu dodis.ch/56750.

4 Der Jurist Kazem Rajavi befand sich bereits zu Zeiten des Pahlevi-Regimes als politischer Flüchtling und Student in der Schweiz, vgl. dazu dodis.ch/36624. Nach der iranischen Revolution war er für kurze Zeit als Vertreter des Irans bei der UNO in Genf tätig, demissionierte als Diplomat allerdings bald aus Protest gegen die Ausrichtung des neuen Regimes. Ab 1982 weilte er wiederum als politischer Flüchtling in der Schweiz und betätigte sich als Menschenrechtsaktivist. Am 24. April 1990 wurde er auf der Rückfahrt von Genf in seinem Wohnort Coppet erschossen. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Waadt nahm ein Verfahren auf, wobei rasch viele Indizien dafür vorlagen, dass die Täterschaft mit offiziellen iranischen Diplomatenpässen operiert hatte und die Schweiz umgehend verlassen konnte. Das Verfahren zog sich über mehrere Jahre hin, ohne dass schliesslich ein Urteil gefällt wurde, vgl. dazu die Zusammenstellung dodis.ch/C1814.

Teheran ist bereit, dem Rechtshilfesuch im Fall Radjavi zuhanden der schweizerischen Regierung Folge zu geben. Es hat jedoch eine Schwierigkeit: Es will nicht, dass seine Antwort den Modjaheddin oder Freunden von diesen zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich bei ihnen um eine terroristische Gruppe, die schon viele getötet hat. Sie haben wahrscheinlich selber Radjavi getötet. Die iranische Regierung möchte daher eine entsprechende Zusicherung der Schweiz.

b) Telefonanruf Assefi's am 25. Dez.

Anfangs Nachmittag rief mich Assefi an. Eingangs erklärte er, da Weihnachten sei und sehr viel Neuschnee gefallen sei, verzichte er, mich entsprechend seinen Instruktionen nochmals ins AM zu bitten. Er teile mir daher telefonisch Folgendes mit: Auf höchster Ebene («high ranking leadership») ist man über die Visa-Angelegenheit tief besorgt («concern»). Wenn diese nicht befriedigend gelöst werden kann, wird dies negative Wirkungen auf allen Gebieten in unseren bilateralen Beziehungen haben. Er bat mich, sofort nach meiner Rückkehr (6. ev. 8. Januar) mit ihm Kontakt aufzunehmen.

A[ssefi] äusserte sich nicht, welche Autorität hier gemeint ist. Nach der Formulierung muss sie höher sein als der Aussenminister. Es kann die höchste Autorität, der Revolutionsführer (Khamenei), gemeint sein. Für ihn wird gewöhnlich der Ausdruck «leader» verwendet. Auch der Präsident (Rafsanjani) käme in Frage.

c) Beurteilung

Die Ausführungen *A[ssefi]*'s zeigen deutlich, dass hier nicht so sehr die Visa-Frage im Vordergrund steht, sondern die in den Augen Teheran's präjudizierende Verknüpfung mit dem Mordfall Radjavi und deren Konsequenzen für das internationale Ansehen Irans. M. E. misst die hiesige Regierung dieser Angelegenheit grosse Bedeutung bei. Falls sie mit der Schweiz keine befriedigende Lösung erreicht, ist *mit einer schwerwiegenden Störung der bilateralen Beziehungen* zu rechnen. Davon muss unser Mandat Iran-USA⁵ nicht notwendigerweise betroffen werden, obwohl nicht zu vermeiden sein wird, dass auch dieses in Mitleidenschaft gezogen wird.

Nach meiner Übersicht der Dinge könnte die iranische Regierung auf folgende Punkte einwirken:

1. Swissair strebt schon seit einiger Zeit einen zweiten Flug nach Teheran an. Im Moment sieht es so aus, dass sie diese Bewilligung für April 1991 erhält. Für entsprechende Verhandlungen wird sich eine Delegation Ende Januar hierher begeben. Iran könnte diesen zweiten Flug ablehnen.⁶
2. Iran hat zur Zeit das Präsidium der G-24 im IMF inne. Es ist Mitglied des Komitees, das sich mit dem Beitrittsesuch der Schweiz befasst.⁷ Welche Wirkungsmöglichkeiten Teheran in diesem Rahmen hätte, müsste bei den zuständigen Stellen abgeklärt werden.
3. Die Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern weist einen hohen Überschuss zugunsten der Schweiz aus. Teheran könnte die Ausfuhren schweizerischer Firmen stark behindern oder ausschalten.⁸

5 *Zum Stand der Vertretung der US-amerikanischen Interessen im Iran durch die Schweiz vgl. die Zusammenstellung* dodis.ch/C1817.

6 *Vgl. dazu den Wochentelex 34/90 vom 20. August 1990,* dodis.ch/55154, S. 15–17. *Der zweite Swissair-Flug nach Teheran wurde von der iranischen Luftfahrtbehörde am 15. Mai 1991 genehmigt, vgl. dazu das Dossier CH-BAR#E2023A-01#2005/37#3294** (o.652.21.Iran).

7 *Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 1,* dodis.ch/54926 *sowie die thematische Zusammenstellung* *Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Institutionen (1989–1993),* dodis.ch/T1721.

8 *Zu den bilateralen Handelsbeziehungen vgl.* dodis.ch/56587.

4. Teheran könnte überdies den Reiseverkehr mit normalen sowie mit Diplomatenpässen erschweren.
5. Schwierigkeiten können uns auch aus der Angelegenheit Jamali⁹ entstehen, nachdem dieser in die Hände der Polizei fiel. Einer mündlichen Befragung des Kanzleichefs¹⁰ im Aussenministerium¹¹ folgte nun auch eine diplomatische Note,¹² die Auskunft verlangt.

d) Lösungsmöglichkeiten

Sofern der Bundesrat auf eine Wiedererwägung eingehen will, möchte ich dazu Folgendes bemerken: Aus den Ausführungen A[ssefi]'s kann man schliessen, dass Teheran wahrscheinlich mit der Befreiung der Diplomatenpässe beruhigt werden könnte. Für diese könnte ev. verlangt werden, dass uns gemeldet wird, welche Diplomatenpässe zur Einreise in die Schweiz vorgesehen sind. Damit übernehme das Aussenministerium praktisch die gleiche Verantwortung, wie wenn es uns mit einer diplomatischen Note um Visaerteilungen ersucht. Sicherheitsmässig wäre wohl kaum ein Unterschied, da wir ja im Falle von Visagesuchen mit diplomatischen Noten auch nicht mehr prüfen können. Um den administrativen Aufwand in der Schweiz in Grenzen zu halten, könnten allenfalls bestimmte Grenzübergänge vorgesehen werden (z. B. Genf, Zürich, Basel). Die Begründung gegenüber Iran könnte die sein, dass dadurch uns und ihnen ermöglicht wird, allfällige Missbräuche zu entdecken.

Eine Aufschiebung der Inkraftsetzung hätte folgende Vorteile:

- Entschärft die Lage und gibt die Möglichkeit zum Gespräch, das Teheran verlangt.
- Würde ev. gestatten, in der Zwischenzeit unsere IMF-Beitrittsfrage zu lösen.¹³
- V. a. würde es uns die Möglichkeit geben, zu sehen, was Teheran aus dem Rechtshilfesuch im Falle Rajavi macht. Es stände unter diesen Umständen mehr unter Druck zur Kooperation.

e) Dringlichkeit

Die iranische Regierung erwartet eine Reaktion unsererseits im Zeitpunkt meiner Rückkehr nach Teheran (6., ev. 8.1.91), was jedoch nicht heisst, dass die Antwort über mich erfolgen muss. Ich werde ab 28.12. in Fribourg (Tel. 037/24 97 37) erreichbar sein. Selbstverständlich halte ich mich für eine Besprechung zur Verfügung.

9 Nach seiner Rückschaffung in den Iran hielt sich der iranische Staatsangehörige Ali Reza Djamali während ca. acht Monaten in der Kanzlei der schweizerischen Botschaft in Teheran auf. Nach der Ablehnung seines Asylgesuchs durch den Delegierten für Flüchtlingswesen musste er am 1. November 1990 das Botschaftsgelände verlassen, vgl. dazu das Dossier CH-BAR#E2200.141-03#2000/233#31* (131.4).

10 Hans Stalder.

11 Vgl. dazu dodis.ch/56749.

12 Für die Note des iranischen Aussenministeriums an die schweizerische Botschaft in Teheran vom 18. Dezember 1990 vgl. das Dossier CH-BAR#E2200.141-03#2000/233#31* (131.4).

13 Vgl. dazu DDS 1990, Dok. 1, dodis.ch/54926 und Dok. 13, dodis.ch/54922.

VI. Appendix Appendice

Im vorliegenden Band DDS 1990 sind 62 Dokumente publiziert, die durch die zahlreichen Querverweise und Verknüpfungen im Anmerkungsapparat und in den digitalen Registern auch als Orientierungshilfe zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen dienen. Alleine aus dem Jahr 1990 finden sich in der Datenbank Dodis rund 1500 weitere Dokumente.

Dans le présent volume DDS 1990, 62 documents sont publiés. Ceux-ci, grâce aux nombreux renvois et liens dans l'appareil d'annotation et dans les index numériques, servent également de guide pour d'autres documents, thèmes, personnes, organisations et noms géographiques. Pour la seule année 1990, la base de données Dodis contient environ 1500 documents supplémentaires.

Nel presente volume DDS 1990 sono pubblicati 62 documenti che, attraverso numerosi riferimenti incrociati e rimandi presenti nell'apparato delle note e nei registri digitali, servono anche da guida per ulteriori documenti, argomenti, persone, organizzazioni e denominazioni geografiche. Solo per l'anno 1990, la banca dati Dodis contiene circa 1500 documenti supplementari.

Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni

dodis.ch/dds/abbreviations

Unter dem angegebenen Link befindet sich eine vollständige Liste aller Abkürzungen der DDS-Bände.

Ce lien renvoie à une liste complète de toutes les abréviations des volumes des DDS.

Il link rimanda a un elenco completo di tutte le abbreviazioni dei volumi DDS.



Thematisches Verzeichnis / Table méthodique
Tavola metodica

dodis.ch/index/des/1990

Unter dem angegebenen Link befindet sich ein dynamisches thematisches Verzeichnis der Dokumente des vorliegenden DDS-Bandes sowie aller Dokumente aus dem Jahr 1990 in der Datenbank Dodis.

Ce lien renvoie à une table méthodique dynamique des documents du présent volume des DDS et de tous les documents de 1990 dans la base de données Dodis.

Il link rimanda a una tavola metodica dinamica dei documenti del presente volume DDS come pure di tutti i documenti del 1990 della banca dati Dodis.



Verzeichnis der benutzten Dossiers / Liste des dossiers utilisés
Elenco dei dossier utilizzati

dodis.ch/index/dos/1990

Unter dem angegebenen Link befindet sich ein dynamisches Verzeichnis der benutzten Archivdossiers des vorliegenden DDS-Bandes sowie aller Dokumente aus dem Jahr 1990 in der Datenbank Dodis.

Ce lien renvoie à un index dynamique des dossiers d'archives utilisés pour le présent volume des DDS et pour tous les documents de 1990 dans la base de données Dodis.

Il link rimanda a un elenco dinamico dei dossier d'archivio utilizzati per il presente volume DDS come pure per la pubblicazione di tutti i documenti del 1990 della banca dati Dodis.



Register / Index / Indici

Unter den angegebenen Links befinden sich dynamische Register der Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen, die in den Dokumenten des vorliegenden DDS-Bandes sowie in jenen aus dem Jahr 1990 in der Datenbank Dodis erwähnt sind.

Ces liens renvoient aux index dynamiques des personnes, organisations et noms géographiques mentionnés dans les documents du présent volume des DDS et dans ceux datant de 1990 dans la base de données Dodis.

Il link rimanda agli indici dinamici delle persone, delle organizzazioni e dei nomi geografici menzionati nei documenti del presente volume DDS come pure in tutti i documenti del 1990 della banca dati Dodis.



Personen / Personnes / Persone

dodis.ch/index/bio/1990



Körperschaften / Organisations
Organizzazioni

dodis.ch/index/org/1990



Geografische Bezeichnungen / Noms géographiques
Denominazioni geografiche

dodis.ch/index/geo/1990

Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers / Liste des dossiers non accessibles
Elenco dei dossier non accessibili

Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) ist ein Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW). Entsprechend unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe Dodis denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft* gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe Dodis deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor von Dodis. Die Forschungsstelle Dodis ist dem von der *Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte* (SGG) verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet.

Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im *Bundesgesetz über die Archivierung* (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Gemäss Artikel 9 (Grundsatz der freien Einsichtnahme und Schutzfrist) steht dieses Archivgut der Öffentlichkeit nach Ablauf einer Schutzfrist von 30 Jahren unentgeltlich zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Ausnahmen sind in Artikel 11 (Verlängerte Schutzfrist für Personendaten) und Artikel 12 (Weitere Beschränkungen der Einsichtnahme) geregelt. Die aufgrund von Artikel 12 vom Bundesrat einer verlängerten Schutzfrist unterstellten Bestände werden jährlich im Anhang 3 (Liste von Archivgut mit verlängerter Schutzfrist) zur *Verordnung zum Bundesgesetz über die Archivierung* (VBGA) veröffentlicht. In der dritten Serie der DDS über die Jahre 1990–1999 beabsichtigt die Forschungsstelle Dodis, eine Auswahl relevanter Dokumente unmittelbar nach Ablauf der 30-jährigen Schutzfrist zu veröffentlichen. Für die Forschungsarbeiten bedingt dies eine Einsichtnahme in die massgeblichen Dossiers noch vor Ablauf der Schutzfrist. Für den vorliegenden Band zum Jahr 1990 hat die Forschungsstelle Dodis gemäss Artikel 13 BGA (Einsichtnahme während der Schutzfrist) folglich eine Vielzahl an Einsichtsgesuchen gestellt mit dem Hinweis, dass etliche für eine Veröffentlichung in Frage kommende Dokumente zum Zeitpunkt ihrer Publikation in der Datenbank Dodis per 1. Januar 2021 ohnehin frei zugänglich sein werden.

Gemäss Artikel 13 Absatz 2 BGA gelten die von der Forschungsstelle Dodis erhaltenen Bewilligungen «unter gleichen Bedingungen für alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller». Die Einsichtnahme in noch einer Schutzfrist unterstehende Dossiers kann nach Artikel 13 Absatz 3 BGA «mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden, insbesondere kann die Anonymisierung von Personendaten verlangt werden». Aus den rund 1500 für die Publikation in der Datenbank Dodis ausgewählten Dokumenten zum Jahr 1990 unterstanden 35 der Auflage der Manuskriptvorlage bei der jeweiligen aktenabliefernden Stelle. Ferner unterstanden sechs weitere Dokumente aus dem *Archiv für Zeitgeschichte* in Zürich (AfZ) analogen Auflagen. Erfreulicherweise konnten alle diese 41 Dokumente vollumfänglich im vorliegenden Band oder in der Datenbank Dodis veröffentlicht werden.

Im nachfolgenden Verzeichnis hingegen werden diejenigen Dossiers festgehalten, bei denen die zuständige Stelle im entsprechenden Departement der Forschungsstelle Dodis die Einsicht während der Forschung für den vorliegenden Band nicht gewährt hat. Von den insgesamt 27 nicht freigegebenen Dossiers sind deren sieben beim Zeitpunkt des Erscheinens dieses Bandes bereits frei zugänglich (mit † markiert). Die Ablehnung dieser Einsichtsgesuche nur wenige Monate vor dem Ablauf der 30-jährigen Schutzfrist wirft etliche Fragen zur Verhältnismässigkeit dieser Entscheide auf. In regelmässigen Abständen überprüft die Forschungsstelle Dodis die Schutzfristen aller Dossiers, in die sie keine Einsicht erhalten hatte. Nachträglich frei gewordene Dossiers werden systematisch ausgewertet und gegebenenfalls daraus ausgewählte Dokumente

auf Dodis veröffentlicht. Ebenfalls stellt die Forschungsstelle Dodis regelmässig erneute Einsichtsgesuche für zuvor nicht zur Konsultation freigegebene Dossiers, um der aktenabliefernden Stelle die Möglichkeit zu bieten, die Berechtigung einer verlängerten Schutzfrist zu überprüfen.

Laufend aktualisierte kumulierte Verzeichnisse sowohl aller für die Forschungsstelle Dodis nicht freigegebenen Dossiers, als auch derjenigen Dossiers, die nachträglich freigegeben und aus denen gegebenenfalls Dokumente auf Dodis publiziert wurden, können im Internet unter dodis.ch/dds/BGA konsultiert werden.

Le centre de recherche *Documents diplomatiques suisses* (Dodis) est un institut de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales* (ASSH). Les membres du centre de recherche Dodis sont ainsi soumis aux mêmes dispositions légales que tous les chercheurs et chercheuses. L'article 20 de la *Constitution fédérale de la Confédération suisse* garantit la liberté de la science. En tant qu'entreprise de recherche, le centre de recherche Dodis est ainsi entièrement libre dans la sélection des documents, dans le respect des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique est du ressort du directeur de Dodis. Le centre de recherche Dodis est soumis au *Code d'éthique* et aux *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire* tels qu'adoptés par la *Société suisse d'histoire* (SSH).

L'accès aux archives de la Confédération est réglementé par la *Loi fédérale sur l'archivage* (LAR) du 26 juin 1998. Selon son article 9 (Principe de la libre consultation et délai de protection), ces archives peuvent être consultées librement par le public après l'expiration d'un délai de protection de 30 ans. Des exceptions sont prévues à l'article 11 (Prolongation du délai de protection pour les données personnelles) et à l'article 12 (Autres restrictions de la consultation). Les fonds soumis à un délai de protection prolongé par le Conseil fédéral, en vertu de l'article 12, sont publiés annuellement dans l'Annexe 3 (Liste des archives soumises à un délai de protection prolongé) de l'*Ordonnance relative à la loi fédérale sur l'archivage* (OLAR). Concernant la troisième série des DDS, consacrée aux années 1990–1999, le centre de recherche Dodis a prévu la publication d'une sélection des documents immédiatement après l'expiration du délai de protection de 30 ans. Par conséquent, la consultation des dossiers pertinents nécessaires aux travaux de recherche a dû se faire pendant le délai de protection. Pour le présent volume, portant sur l'année 1990, le centre de recherche Dodis a ainsi dû soumettre un grand nombre de demandes de consultation, tel que le prévoit l'article 13 LAR (Consultation pendant le délai de protection). Les services versants ont été rendus attentifs au fait que la plus grande partie des documents concernés seraient, de toute manière, librement accessibles au moment de leur publication sur la base de données Dodis, au 1^{er} janvier 2021.

Conformément à l'article 13, alinéa 2 LAR, les autorisations accordées au centre de recherche Dodis le sont «aux mêmes conditions» que «toutes les personnes qui en font la demande». La consultation des dossiers encore soumis à un délai de protection «peut être assortie de charges et de conditions; il peut en particulier être exigé que les données personnelles soient rendues anonymes», ainsi que le prescrit l'article 13 alinéa 3 LAR. Sur les quelque 1500 documents de l'année 1990 sélectionnés pour une publication dans la base de données Dodis, 35 documents étaient conditionnés par la présentation du manuscrit aux services versants. Par ailleurs, 6 autres documents provenant des *Archives suisses d'histoire contemporaine à Zurich* (AfZ) ont été soumis à des conditions analogues. Ces 41 documents ont heureusement tous pu être publiés, intégralement et sans aucune restriction, dans le présent volume et dans la base de données Dodis.

En revanche, la liste ci-après consigne les dossiers dont l'autorité compétente du département correspondant a refusé la consultation au centre de recherche Dodis. Sur les 27 dossiers interdits d'accès, sept d'entre eux sont déjà librement accessibles au moment de la publication du présent volume (indiqués par †). Le rejet de ces demandes de consultation à quelques mois de l'expira-

tion du délai de protection soulève de nombreuses interrogations quant à la proportionnalité de ces décisions administratives. À intervalles réguliers, le centre de recherche Dodis vérifie les délais de protection des dossiers auxquels il n'a pas eu accès. Une fois rendus accessibles, ces dossiers sont soumis à une recherche systématique, qui peut aboutir à la sélection et à la publication de documents sur la base de données Dodis. Le centre de recherche Dodis présente également de nouvelles requêtes de consultation pour les dossiers auxquels l'accès lui a été précédemment refusé, afin d'offrir au service versant la possibilité de contrôler le bien-fondé de la prolongation du délai de protection.

Une première liste cumulative constamment actualisée fait état des dossiers auxquels le centre de recherche Dodis s'est vu refuser l'accès. Une seconde liste, toujours complétée et mise à jour, détaille, d'une part, les dossiers rendus accessibles ultérieurement ainsi que, d'autre part, les documents publiés à partir de ces dossiers. Ces listes sont disponibles à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

Il centro di ricerca *Documenti diplomatici svizzeri* (Dodis) è un istituto dell'*Accademia svizzera di scienze umane e sociali* (ASSU). I membri del gruppo di ricerca Dodis sono perciò soggetti alle stesse disposizioni legislative di tutte le ricercatrici e i ricercatori. L'articolo 20 della *Costituzione federale della Confederazione svizzera* garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto di ricerca, il gruppo di ricerca Dodis è completamente libero nella selezione dei documenti, nel rispetto delle leggi vigenti. La responsabilità scientifica spetta al direttore Dodis. Il centro di ricerca Dodis si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* della *Società svizzera di storia* (SSS).

L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla *Legge federale sull'archiviazione* (LAr) del 26 giugno 1998. Secondo l'articolo 9 (Principio della libera consultazione e termine di protezione), questi archivi sono accessibili al pubblico, a titolo gratuito, dopo la scadenza di un termine di protezione di 30 anni. Le eccezioni sono definite negli articoli 11 (Proroga del termine di protezione per i dati personali) e 12 (Altre restrizioni alla consultazione). I fondi soggetti a una proroga del termine di protezione da parte del Consiglio federale in base all'articolo 12 sono resi noti ogni anno nell'Allegato 3 (Elenco degli archivi con termine di protezione prorogato) dell'*Ordinanza relativa alla legge federale sull'archiviazione* (OLAr). Nella terza serie dei DDS relativa agli anni 1990–1999, il centro di ricerca Dodis intende pubblicare una selezione di documenti rilevanti alla scadenza del termine di protezione di 30 anni. Ciò richiede ovviamente che i relativi dossier della Confederazione siano consultati durante il termine di protezione. Per il presente volume, relativo all'anno 1990, il centro di ricerca Dodis, conformemente all'articolo 13 della LAr (Consultazione durante il termine di protezione), ha presentato un gran numero di richieste di consultazione indicando che, al momento della loro pubblicazione nella banca dati Dodis il 1° gennaio 2021, molti di questi documenti sarebbero comunque liberamente accessibili. Conformemente all'articolo 13 paragrafo 2 della LAr le autorizzazioni accordate al centro di ricerca Dodis si «applicano alle stesse condizioni a tutti i richiedenti.»

La consultazione di dossier soggetti a protezione «può essere subordinata a oneri e condizioni; segnatamente può essere stabilito che i dati personali vengano resi anonimi», conformemente all'articolo 13 paragrafo 3 della LAr. Dei circa 1500 documenti scelti per la pubblicazione riguardanti l'anno 1990, 35 documenti sottostavano alla condizione della presentazione del manoscritto ai servizi mittenti. Inoltre, altri 6 documenti provenienti dall'*Archivio di storia contemporanea* a Zurigo (AfZ) erano soggetti ad analoghe condizioni. Tutti questi documenti hanno potuto essere pubblicati integralmente e senza alcuna restrizione in questo volume o nella banca dati Dodis.

Nel seguente elenco sono invece indicati i dossier la cui consultazione è stata negata al centro di ricerca Dodis dalle autorità competenti dei rispettivi Dipartimenti durante la ricerca per il

presente volume. Dei 27 dossier negati alla consultazione 7 saranno liberamente consultabili al momento della pubblicazione del presente volume (indicati con †). La negazione della consultazione di questi dossier a pochi mesi dalla loro scadenza suscita interrogativi sul principio della proporzionalità di tali decisioni. A intervalli regolari, il centro di ricerca Dodis riesamina i termini di protezione dei dossier per i quali non ha ottenuto l'accesso. Se resi accessibili, questi dossier vengono analizzati sistematicamente ed eventuali documenti pertinenti selezionati per la pubblicazione nella banca dati Dodis. Inoltre, il centro di ricerca Dodis presenta regolarmente nuove richieste di consultazione in modo da consentire al servizio mittente di verificare se il prolungamento del termine di protezione sia ancora giustificato.

Gli elenchi, costantemente aggiornati, dei dossier che non sono stati resi accessibili al centro di ricerca Dodis e di quelli che sono stati resi accessibili posteriormente e dai quali, se del caso, sono stati pubblicati documenti su Dodis, sono consultabili all'indirizzo internet dodis.ch/dds/Larc.

Stand / État au / Stato: 01.11.2020

Dossier	Datum des ablehnenden Entscheides Date de la décision négative Data della decisione negativa
---------	--

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Département fédéral de l'intérieur DFI

Dipartimento federale dell'interno DFI

CH-BAR#E3363-07#2009/233#685* (8.32.14) Zoll und Handelsabkommen «GATT» (1989–1991)	23.06.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#780* (8.33.11) Accord de libre échange (1990)	†23.06.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#783* (8.33.12) Comité mixte CH-CE et accords sectoriels CH-CE (1990)	†23.06.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#801* (8.33.3) Mission suisse à Bruxelles (1990)	†23.06.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#806* (8.33.4) Message / Relations avec l'Assemblée fédérale avec parlementaires (1990)	†23.06.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#1299* (8.52.8) Association européenne de libre échange «AELE» (1990)	†23.06.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#1689* (8.66.14) Comité directeur pour la protection de la gestion de l'environnement et du milieu naturel CDPE (1990)	†23.06.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#118* (8.01.80) Interne Schweiz. UNCED-Vorbereitung (1990–1991)	11.08.2020
CH-BAR#E3363-07#2009/233#1043* (8.43.19) Comité de l'environnement / Organigramme / Préparation Programme / Rapports (1990–1991)	11.08.2020

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Département fédéral de justice et police DFJP
Dipartimento federale di giustizia e polizia DFGP

CH-BAR#E4268-06#2014/25#3388* (1-27) Schengen 90 EG 92 (1990–1992)	24.06.2020
CH-BAR#E4280A#2017/355#323*–CH-BAR#E4280A#2017/355#324* (75.0.1.120.3.2) Expertenkommission «Neues Asylverfahren» – Bände 2–3 (1990)	†24.09.2020

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports DDPS
Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport DDPS

CH-BAR#E5004A#2014/244#17* (094.29-001) Verteidigungsattaché-Dispositive (1990–1997)	19.08.2020
CH-BAR#E5563#1993/382#1* (11) Orientierung über Projekt 26 zuhanden PUK-EMD, geheim, Teil 1 (1982–1990)	08.10.2020

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Département fédéral des finances DFF
Dipartimento federale della finanze DFF

CH-BAR#E6100C#1998/106#2169* (940.5) Finanzhilfe an Entwicklungsländer, Allgemeines (1990–1993)	30.01.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2087* (945.2) Abkommen über die Gewährung eines zweiten Mischkredits an Kolumbien – BRB 21.11.90 / Mischkredit an Zimbabwe – BRB 16.1.91 / Mischkredit an Indien – BRB 30.1.91 / Mischkredit (1990–1991)	30.01.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2112* (946.2) Peru: Entschuldungsaktion – BRB 13.11.91 / Entschuldungsmassnahmen im Rahmen der 700-Jahrfeier: Aufkauf kommerzieller, nicht-ERG-garantierter Guthaben gegenüber ärmeren Ent. (1990–1991)	30.01.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2119* (948.2) Polen: Abkommen über Finanzhilfe einschliesslich die Gewährung einer Ausfallgarantie an die Exportrisikogarantie – BRB 29.8.90 (1989–1994)	30.01.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2120* (948.2) Sofortmassnahmen für Osteuropa – BRB 22.11.89 und BRB 1.12.89 (1989–1994)	30.01.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2346* (972.193) Briefwechsel zwischen dem Geschäftsführenden Direktor des IMF und dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes – BRB 12.6.89 (1988–1993)	14.04.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#1784* (900-00) Bericht über die Stellung der Schweiz in Europa – BRB 29.6.88 / Studiengruppe des EDA zu Fragen der schweiz. Neutralität – BRB 11.3.91 und BRB 25.3.92 (1988–1992)	02.09.2020

CH-BAR#E6100C#1998/106#1788* (900-08) Ernennung eines ständigen Beobachters der Schweiz bei der Abrüstungskonferenz in Genf – BRB 13.12.90 / Octroi du titre de ministre au Chef adjoint de la Délégation suisse (1990–1991)	02.09.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#1874* (920.2) Revisionskonferenz des partiellen Teststoppabkommens in New-York – BRB 10.12.90 / Europäische Ministerkonferenz über Ost-West-Migration in Wien – BRB 16.1.91 und in Rom (1990–1991)	02.09.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2283* (972.220) Beitrag an die IDA-Entschuldungsfazilität – BRB 2.12.91 (1973–1994)	02.09.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2369* (975.90) Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess – BRB 24.8.88 / BRB 18.9.89 / BRB 8.11.89 und BRB 24.6.92 (1987–1992)	02.09.2020
CH-BAR#E6100C#1998/106#2377* (976.4) Réunion ministérielle pays de AELE–pays de la CE sur le marché intérieur à Bruxelles – BRB 27.1.88 / à Tampere (Finlande) – BRB 6.6.88 / à Genève – BRB 14.11.88 (1988–1991)	02.09.2020
CH-BAR#E6100C#2012/153#2412* (975.90) Die Schweiz im europäischen Integrationsprozess, Diverses (1990–1999)	02.09.2020
CH-BAR#E6100C#2003/394#177* (975.30) Intégration Européenne. EWR Verhandlungen (1990–1996)	02.09.2020
CH-BAR#E6100C#2009/86#2277* (336.30) Kapitalexport nach Südafrika, Allgemeines (1978–1991)	02.09.2020



Die erste Bundesratssitzung des Jahres 1990 im Bundesratsszimmer. Von links: Bundespräsident Koller, die Bundesräte Stich und Felber, Vizekanzler Couchepin, Bundesrat Villiger, Vizekanzler Casanova, Bundeskanzler Buser sowie die Bundesräte Cotti, Delamuraz und Ogi, dodis.ch/57312 (CH-SNM LM-179370.4).

Bundesrat / Conseil fédéral / Consiglio federale

Bundespräsident	Arnold Koller (CVP, Appenzell Innerrhoden)	EJPD / DFJP / DFGP
Vicepres. della Confederaz.	Flavio Cotti (PPD, Ticino)	EDI / DFI
Bundesrat	Otto Stich (SP, Solothurn)	EFD / DFF
Conseiller fédéral	Jean-Pascal Delamuraz (PRD, Vaud)	EVD / DFEP
Bundesrat	Adolf Ogi (SVP, Bern)	EVED / DFTCE
Conseiller fédéral	René Felber (PS, Neuchâtel)	EDA / DFAE
Bundesrat	Kaspar Villiger (FDP, Luzern)	EMD / DMF

Bundeskanzlei / Chancellerie fédérale / Cancelleria federale

Bundeskanzler 1981–1991	Walter Buser (SP, Basel-Stadt)	BK / ChF / Caf
Vice-chancelier 1981–1991	François Couchepin	BK / ChF / Caf
Vicecancelliere 1981–2005	Achille Casanova	BK / ChF / Caf

Staatssekretäre / Secrétaires d'État / Segretari di Stato

Staatssekretär 1989–1992	Klaus Jacobi	EDA / DFAE
Staatssekretär 1986–1998	Franz Blankart	EVD / DFEP

Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* ist das Kernstück der Grundlagenforschung zur Geschichte der schweizerischen Aussenbeziehungen. Sie enthält zahlreiche Querverweise zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und Orten in der Datenbank Dodis. Band 1990 thematisiert den Wegfall des Ost-West-Antagonismus, die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, die EWR-Verhandlungen sowie die Golfkrise.

L'édition des *Documents diplomatiques suisses* est la pierre angulaire de la recherche fondamentale sur les relations extérieures de la Suisse. Elle renvoie abondamment vers d'autres documents, thématiques, personnes, organisations et lieux de la base de données Dodis. Le volume 1990 aborde la disparition de l'antagonisme Est-Ouest, les bouleversements en Europe centrale et de l'Est, la négociation sur l'EEE et la crise du Golfe.

L'edizione dei *Documenti diplomatici svizzeri* costituisce il nucleo della ricerca di base sulla storia delle relazioni estere della Svizzera. Il presente volume 1990 contiene innumerevoli rimandi ad altri documenti, temi, persone, organizzazioni e luoghi della banca dati Dodis. Vengono trattati, tra gli altri, la fine dell'antagonismo Est-Ovest, gli stravolgimenti in Europa centrale e dell'Est, le trattative sul SEE e la crisi del Golfo.

Dodis

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Académie suisse des sciences humaines et sociales
Accademia svizzera di scienze umane e sociali
Accademia svizra da ciencias humanas e sociais
Swiss Academy of Humanities and Social Sciences



OPEN
science

ISBN 978-3-907261-02-6



9 783907 261026 >